

SILVIO GESELL

GESAMMELTE WERKE

Band 15 · 1924 – 1925

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland
Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de
www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 27_ Kritische Bemerkungen zum Artikel: Mac Millan und der Wertzuwachs
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1924
- 31_ Kant: Zum ewigen Frieden
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1924
- 34_ Freiwirtschaftliche Definitionen
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1924
- 36_ Voraussetzungen der Politisierung der Freiwirtschaftsbewegung
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1924
- 42_ Die Deckung des Geldes durch Rentenpapiere
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1924
- 49_ Freiwirtschaftliche Reparations- und Friedenspolitik
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2 und Nr. 4/1924
- 62_ Bedenkliches bei Ortsgruppengründungen
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1924
- 67_ Geschichtsstudiengesellschaft des FFF-Bundes
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1924
- 70_ Valutastabilisierung ohne Gold
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1924
- 72_ Der Schutz der Rentenmark durch das Freigeld
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 4/1924
- 76_ Das sogenannte Wertmaß
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 5/1924
- 79_ Die Stabilisierung der Währung und Valuta ohne Gold
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1924
- 97_ Statuten der Vereinigten Staaten von Europa
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 7/1924
- 104_ Die Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 8/1924
- 108_ Die Eroberung der politischen Macht für und durch FFF
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 8/1924
- 109_ 20% Zins
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 10/1924
- 115_ Wie sieht eine freiwirtschaftliche Regierung aus?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 12/1924
- 119_ Die parlamentarische Majorität der Sozialisten – ein Traum
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 13/1924

- 123_ Sonnenbäder und Politik
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 13/1924
- 124_ Was ist Freiwirtschaft?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 14/1924
- 125_ Angriffe auf die pazifistische Politik
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 15/1924
- 129_ Ein Programmvorschlag des Jahres 1920
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 16/1924
- 135_ Wenn wir das Gold als Ware betrachten
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 20/1924
- 139_ Die Presse und die Währungsfrage
Der neue Kurs Nr. 1/1924
- 143_ De Profundis
Der neue Kurs Nr. 1/1924
- 144_ Die Rentenmark, die Goldnoten und ihre Zukunft
Der neue Kurs Nr. 4/1924
- 148_ Wahlkomödie
Der neue Kurs Nr. 6/1924
- 152_ Gesell gegen Helfferich
Der neue Kurs Nr. 11/1924
- 157_ Die Verpfändung der Sachwerte oder die allgemeine Finanzkontrolle
Der neue Kurs Nr. 14/1924
- 163_ Die Rechtfertigung der französischen Ruhrpolitik durch den Reichskanzler
Der neue Kurs Nr. 16/1924
- 167_ Der Weg zum Sieg
Der neue Kurs Nr. 16/1924
- 170_ Zurück auf den Ausgangspunkt!
Der neue Kurs Nr. 16 –19 und 21/1924
- 189_ Wer betreibt im FFFB Weltanschauungspolitik?
Der neue Kurs Nr. 17/1924
- 193_ Fort mit Dr. Schacht!
Der neue Kurs Nr. 18/1924
- 198_ Ist das Erbe des Kolumbus noch sicher in den Händen der Monroekaner?
Der neue Kurs Nr. 19/1924
- 202_ Die Erbsünde
*Der neue Kurs – Kampftruf der Freiwirte in der Jugendbewegung
Nr. 22 und 27/1924*
- 210_ Die Lösung der Währungsfrage durch das bewaffnete deutsche Proletariat
Der neue Kurs Nr. 24/1924

- 214_ Strandgut des Lebens
Der neue Kurs Nr. 25/1924
- 217_ Zwei Todesfälle durch falsche Deutung eines Sprichwortes
Der neue Kurs Nr. 25/1924
- 219_ Wer schützt den deutschen Arbeitslohn?
Der neue Kurs Nr. 26/1924
- 221_ Die Versklavung des deutschen Volkes durch Versailles
Der neue Kurs Nr. 27/1924
- 225_ Was tue ich, wenn sie mich für den Krieg holen kommen?
Der neue Kurs Nr. 28/1924
- 230_ Die Praxis der Ehe
Der neue Kurs Nr. 29/1924
- 230_ Geschichtserklärungsversuch
Der neue Kurs Nr. 30/1924
- 234_ Die Londoner Razzia
Der neue Kurs Nr. 33/1924
- 237_ Kleine Ursachen – große Wirkungen
Der neue Kurs Nr. 35/1924
- 238_ Was ist Freiwirtschaft?
Der Entscheidungskampf Nr. 10/1924
- 240_ FFF und Kulturpolitik
Der Entscheidungskampf Nr. 33/1924
- 245_ Drohender Rassekrieg zwischen Amerikanern und Mongolen
Der Entscheidungskampf Nr. 36/1924
- 249_ Morganatische Spekulation
Der Entscheidungskampf Nr. 44/1924
- 253_ Mehr Siegeswillen! Ein Wort an die Pazifisten
Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 37/1924
- 258_ Die Kriegsschuld und die eiserne Forderung des Friedens
Frei-Deutschland Nr. 1/1924
- 265_ Aufbau und Abbau des Staates
Frei-Deutschland Nr. 2/1924
- 272_ Die Vorrechte
Das freie Volk Nr. 14 – 15/1924
- 279_ Durch den Bürgerfrieden zum Völkerfrieden – 15 Thesen
Das freie Volk Nr. 22/1924
- 281_ Das Problem der Grundrente (mit Fritz Roth und Hans Bernoulli)
Bern: Verlag des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, 1925
- 313_ Die Praxis argentinischer Grundstücksverkäufe
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 5/192 5
- 318_ Die Schweiz auf der Bahn des Fortschritts
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1925

- 326_ Die Freilandpraxis in Argentinien
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 8/1925
- 328_ Susannas unbefleckte Empfängnis
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 10/1925
- 329_ Der Einfluß des Zinses auf die Acker- und Baugrundrente
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 11/1925
- 334_ Was bietet die Freiwirtschaftslehre eigentlich Neues an
volkswirtschaftlichen Erkenntnissen?
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 13/1925
- 343_ Das deutsche Verbrechen
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 14/1925
- 346_ Im Rachen des Staates
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 15/1925
- 351_ Die Verteidigung des Kapitalzinses durch Pater Nell-Breuning S. J.
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 19/1925
- 362_ Die Reform der Bodenreformer
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 21/1925
- 372_ Ein Index für die Handelsprofitrate
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 23/1925
- 377_ Freiland, der Prüfstein!
Neue Zeitung der Arbeit Nr. 25/1925
- 379_ Freiwirtschaftliche Friedenspolitik
*Neue Zeitung der Arbeit – Beilage: Dem Kriege an die Wurzel –
Nr. 31/1925*
- 382_ Der Wert der Sowjet-Statistiken
Neue Zeitung der Arbeit Nr. 32/1925
- 384_ Animierkneipe für höhere Zölle – Zur Neubesetzung des
Reichswirtschaftsministeriums
Freiwirtschaftliche Zeitung (Halle S.) Nr. 6/1925

Zum Geleit

In der zweiten Hälfte des Jahres 1923 hatte die große Inflation ihren Zweck erfüllt: Die mittleren und unteren Schichten des Volkes waren so sehr verarmt, daß ihnen nicht noch mehr hätte genommen werden können. Somit war der Zeitpunkt für eine Neuordnung der Währung gekommen.

Nach dem Rücktritt der Regierung Cuno im August 1923 bildete Gustav Stresemann (DVP) als neuer Kanzler und Außenminister eine große Koalitionsregierung aus DVP, Zentrum, DDP und SPD. Die DVP stellte mit Hans Luther den Wirtschafts- und Ernährungsminister; die SPD übernahm das Innen-, Justiz- und Finanzministerium. Der erste Entwurf für ein Konzept zur Stabilisierung der Währung stammte noch aus der Zeit der Regierung Cuno vom deutschnationalen Abgeordneten Karl Helfferich. Da Gold als Mittel zur Deckung des neuen Geldes nicht in ausreichender Menge vorhanden war, schlug Helfferich als Deckung vor, auf sämtliche deutschen Grundstücke eine Grundschuld vor anderen Belastungen einzutragen. Es sollte möglich sein, eine solche Grundschuld in Form von Rentenbriefen zu mobilisieren. Die neue Währung sollte also damit 'gedeckt' sein, daß man Banknoten gegen verzinsliche Rentenbriefe einlösen konnte. Als Wertmaßstab sah Helfferich den Roggen vor. Der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf Hilferding glaubte ebenfalls an die Notwendigkeit einer besonderen Deckung des Geldes; er lehnte aber die "Roggenmark" wegen zu befürchtender Instabilität ab. Sein Nachfolger wurde Hans Luther, der im November 1923 zusammen mit Hjalmar Schacht (DDP, zunächst nach Havensteins Tod Reichswährungskommissar und dann Reichsbankpräsident) die Währungsumstellung leitete. Anstelle der mit dem variablen Getreidepreis schwankenden "Roggenmark" trat nach der Stilllegung der Notenpresse eine auf den Goldwert fixierte "Bodenmark", die schließlich unter dem Namen "Rentenmark" ausgegeben wurde. [Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1981, S. 148 ff und Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1983, S. 142 ff.] Eine neue Rentenmark entsprach einer Billion (!) alter Reichsmark.

Mit der Einführung der Rentenmark begannen die sogenannten 'Goldenen Zwanziger Jahre'. Die Arbeitslosenzahlen sanken und die Rentenmark erwies sich auch ohne Golddeckung als eine stabile Währung. Da die Einlösung von Rentenmark in Rentenbriefe nur in ganz wenigen Ausnahmefällen vorkam, funktionierte die neue Währung de facto ohne Deckung – was Silvio Gesells Ablehnung jeglicher Deckungsideen als "Wahngebilde" [Silvio Gesell, Die Deckung des Geldes durch Rentenpapiere, in: SGW Band 15, S 43.] praktisch bestätigte. Daß es dennoch zu keiner ungedeckten, nur mengengesteuerten Indexwährung kam, lag nicht zuletzt an der amerikanischen 'Hilfs'-bereitschaft bei der Lösung des Reparationsproblems. Die USA waren wirtschaftlich und militärisch als Weltmacht Nr. 1 aus dem ersten Weltkrieg hervorgegangen. Das infolge der Prosperität hohe Angebot amerikanischen Kapitals erblickte rentable Anlagemöglichkeiten in der kapitalarmen Entwicklungsregion Deutschland und verstand es, seine Interessen im Wege einer geschickten Diplomatie mit den Regierungen der Entente-Staaten, vor allem Englands und Frankreichs, und den deutschen Kabinetten

Stresemann und Marx durchzusetzen. Eine Sachverständigenkommission unter Vorsitz des amerikanischen Finanzexperten Dawes stellte die wirtschaftspolitischen Weichen in jene Richtung, vor der Silvio Gesell unermüdlich warnte: Statt Großgrundbesitz und Großkapital mit einer Sachwertsteuer zur Sanierung des Staatshaushalts und zur Zahlung der Reparationen heranzuziehen, sah der Dawes-Plan Auslandsanleihen und die Wiedereinführung einer Golddeckung des Geldes vor. Durch diese von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und Finanzminister Luther in Abstimmung mit Außenminister Stresemann maßgeblich mitvollzogene Politik geriet Deutschland in eine Abhängigkeit von ausländischem Finanzkapital und unter eine Kontrolle durch ausländische Gläubiger.

Der marxistische Historiker Arthur Rosenberg kritisierte mit Recht, daß Deutschland durch den Dawes-Plan zu "einer Art Kolonie der New Yorker Börse" geworden sei. [Arthur Rosenberg (wie Anm. 1), S. 163. – Kurioserweise ist Rosenbergs Kritik des ausländischen Finanzkapitals gepaart mit einer Verteidigung der "echten Goldwährung" (S. 152/158) – also gerade jener Währung, die für die Wallstreet das eigentliche Herrschaftsinstrument war. Die Sozialdemokraten trugen bei der Währungsumstellung und der Annahme des Dawes-Plans zwar keine unmittelbare Regierungsverantwortung. Aber sie unterlagen demselben Golddeckungsglauben wie die Politiker des Kapitals und unterstützten diese Politik der Minderheitskabinette Stresemann und Wilhelm Marx. Dafür gaben sie sogar den Achtstundentag – eine Errungenschaft der Revolution – wieder preis.] Dem hielt der bürgerliche Historiker Helmut Heiber entgegen, daß diese Sichtweise "ganz links und ganz rechts praktisch identisch" gewesen sei. Und selbst wenn sie zutreffe: "Welchen anderen Weg hätte es wohl gegeben als den, den Stresemann gegangen ist?" [Helmut Heiber (wie Anm. 1), S. 163/164.] Die Behauptung, es habe keine Alternativen zu Stresemann, Schacht und Luther gegeben, ist genauso falsch wie Rosenbergs These, daß eine staatliche Planwirtschaft ein Weg zur Stabilität ohne Auslandsabhängigkeit hätte sein können. [Arthur Rosenberg (wie Anm. 1), S. 169.] Zwar führten die Auslandsanleihen trotz der Fortdauer der politischen Instabilität zunächst zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und sie ermöglichten indirekt Stresemanns Locarno-Diplomatie. Aber die Sünden von 1923/24 sollten sich schon 1929 bitter rächen. Wie eine Seifenblase platzten die legendären 'goldenen 20er Jahre', als die ausländischen Kreditgeber nach dem Schwarzen Freitag ihre Darlehen zurückverlangten. Der fremdfinanzierte Aufschwung erwies sich als "Scheinblüte" [Arthur Rosenberg (wie Anm. 1), S. 169.] (Rosenberg) – auch Heiber mußte zugestehen, daß er ein unsolides "Pumpsystem" war [Helmut Heiber (wie Anm. 1), S. 151.] –, und der Zusammenbruch der Konjunktur ebnete den Weg für den Untergang der Weimarer Demokratie.

Im August 1923 bemühte sich eine Delegation des "Freiwirtschaftsbundes" vergeblich um eine Unterredung mit Stresemann und Hilferding. Und Silvio Gesell sprach in einem Aufsatz "Der Goldwahn triumphiert" die Befürchtung aus, daß sich in der Politik wieder diejenigen durchsetzen könnten, die die wirtschaftliche Unkenntnis der Öffentlichkeit ausnutzen, um die "Analphabeten auf die Schlachtbank zuführen". [Silvio Gesell, Der Goldwahn triumphiert, in: SGW Band 14, S. 352.] Bis zur endgültigen Annahme des Dawes-Plans auf der Konferenz in London im

August 1924 wiederholte Gesell seine Warnungen vor den Folgen von Goldwährung und Auslandsanleihen sowie seine Gegenvorschläge in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen. "Nirgendwo ist die Macht des Geldes so groß, so brutal, so verbrecherisch wie in Amerika." Durch die Bindung an das Gold werde die deutsche Währung zum Spielball der Börsianer und Spekulanten; ihr Schicksal werde abhängig von der Entwicklung des amerikanischen Dollars. Der Übergang von der Rentenmark zur Goldwährung bedeute "die Unterwerfung des deutschen Volkes unter die Herrscher der New Yorker Börse". Die Goldwährung durchschaute Gesell als eine "Hochburg der Raubritter" und als eine "Wucher- und Spekulantenwahrung". [Silvio Gesell, Die Rentenmark, die Goldnoten und ihre Zukunft, sowie ders., Die Lösung der Währungsfrage, in: SGW Band 15, S. 146 und 212.] Sein Gegenvorschlag einer von jeglichen Spekulationsinteressen unabhängigen autonomen Währungspolitik in Deutschland war durchaus nicht nationalistisch, sondern kosmopolitisch gedacht, zumal sie in eine "Internationale Valuta-Assoziation" integriert werden sollte. Schadenfreudige Presseberichte über Kurssturze des Franc, Unruhen in Polen, Arbeitslosigkeit in England und Schwierigkeiten der Sowjetregierung betrachtete er als Zeichen des "nationalistischen Wahns". "Deutschlands Wirtschaft steht und fällt mit der Weltwirtschaft." Und es müsse alles getan werden, damit die Menschen sowohl im Inland als auch in anderen Ländern durch eine souveräne Indexwahrungs- und Wirtschaftspolitik in Wohlstand und Frieden leben könnten. [Silvio Gesell, Die Rentenmark, die Goldnoten und ihre Zukunft, in: SGW Band 15, S. 145.] Schließlich blieb Gesell jedoch nur noch die bittere Gewißheit, daß "Marx und Stresemann in London das erste und wichtigste Souveranitatsrecht, das Recht die Währung des Landes nach freiem Ermessen zu gestalten, um ein armseliges Linsengericht, um ein Darlehen von sage und schreibe 200 Millionen Dollar verkaufen". Dem deutschen Volk und nach ihm auch anderen Völkern wurde ein goldener Ring durch die Nase gezogen, an dem die Borsenkonige der Wallstreet sie ins Verderben führten. [Silvio Gesell, Die Londoner Razzia, in: SGW Band 15, S. 235. Vgl. auch Max Leuchtenberg (d. i. Johannes Schumann), Woran Weimar scheiterte, Hamburg o. J. (ca. 1961), S. 7 -9. – Fritz Schwarz, Morgan – der ungekronte König der Welt, 4. Aufl. Bern 1924.] Die nationalsozialistischen Formen, die dieses Verderben später annehmen sollte, waren für Gesell damals noch nicht vorauszusehen, zumal der Hitler-Putsch gerade erst gescheitert war. Doch ahnte er bereits 1923, daß die allgemeine Zerrüttung der Wirtschaft eine neue Welle des Nationalismus hervorbringen würde: "Dann wird man zur Hebung solchen Nationalgefühls zu den bewährten Mitteln greifen, die Völker zu verhetzen, und an die niedrigsten Instinkte wird man appellieren ... Dann ist die Stimmung wieder bald reif für einen Krieg." [Silvio Gesell, Der Aufstieg des Abendlandes, in: SGW Band 14, S. 205-206. Gegenüber Fritz Schwarz userte Gesell 1923: "Diese Inflation ist schlimm, aber schlimmer noch wird die Deflation sein. Passen Sie auf – Sie werden noch die Auswirkungen der Deflation erleben: da riecht es nach Blut in Europa." (Freiwirtschaftliche Zeitung, Bern Nr. 71/1939) – Vgl. Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 308 und Gesells Offenen Brief an die Berliner Zeitung am Mittag, in: SGW Band 17, S. 257.] Wie ein Seismograph spürte Gesell soziale Erdbeben, lange bevor sie Wirklichkeit wurden. Seine dusternen Vorahnungen eines neuen Krieges bewogen ihn zu einer Auseinandersetzung mit

dem Pazifismus der Weimarer Zeit, den er mit harter, aber dennoch wohlwollender Kritik begleitete.

Schon während des ersten Weltkriegs hatte Gesell in der Schweiz begonnen, die Bedeutung der Boden- und Geldreform als Weg zu einem dauerhaften Bürger und Völkerfrieden besonders herauszustellen. In Zürich hielt er 1917 vor dem "Weltfriedensbund" seinen Vortrag "Freiland, die eherne Forderung des Friedens", nachdem er 1916 in einem Vortrag in Bern bereits versucht hatte, die Pazifisten auf das zinstragende Geld als den großen Friedensstörer aufmerksam zu machen. [Beide Vorträge (SGW Band 10, S. 35 ff und 97 ff) wurden später in Gesells Hauptwerk eingearbeitet (Band 11, S. 55 ff und 210 ff).] 1920 beschrieb Gesell den Kriegsgeist als "eheliches Kind unserer eigenen sozialen Zustände" und die Boden- und Geldreform als "Bahnbrecher des Bürgerfriedens". [Silvio Gesell, Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung des Versailler Vertrags, in: SGW Band 12, S. 291 f.] 1922 trug er seine Gedanken auf einer Tagung der "Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" auf der Burg Lauenstein in Oberfranken vor, wo auch der Philosoph Bertrand Russell und der Künstler Heinrich Vogler sprachen. [Lida Gustava Heymann, Internationale Sommerschule auf Burg Lauenstein, in: Die Frau im Staat 4. Jg. 1922, Nr. 9, S. 7. – Der deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga hatte sich zuvor auf einer Tagung in Bremen für einen völlig freien Welthandel ausgesprochen. (Die Frau im Staat 4. Jg. 1922, Nr. 5, S. 5) – Vgl. Rolf Engert, Frieden und Freiheit, Dresden 1922, S. 3. – Über die "Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" vgl. Helmut Donat und Karl Holl (Hg.), Die Friedensbewegung – Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Düsseldorf 1983, S. 194-196.] Einerseits schätzte Gesell die Pazifisten als die "Edelsten des Menschengeschlechts". [Silvio Gesell, Ursachen der Kriege, in: SGW Band 13, S. 147.] Mit ihnen teilte er die Überzeugung, daß Deutschland die Verantwortung für den ersten Weltkrieg übernehmen, die Reparationsforderungen erfüllen und sich mit seinen Nachbarn im Westen und Osten aussöhnen müsse. Andererseits kritisierte er immer wieder die Mittel, mit denen die Pazifisten den Frieden erreichen wollten. Abrüstung, internationale Verträge und der Haager Gerichtshof könnten ohne eine Überwindung des "bürgerlichen Kriegszustands" zu keinem dauerhaften Frieden führen. "Die Pazifisten packen das Friedensproblem beim Schwanz an", während es doch nur lösbar ist, wenn es bei den Hörnern der sozialen Frage gepackt wird. Alle Privilegien des Boden- und Geldbesitzes und alle Zollgrenzen müssen beseitigt werden, damit die wirtschaftlichen Triebkräfte von Militarismus und Krieg erlahmen. So wie der Prophet Jesaja den Frieden als "Frucht der Gerechtigkeit" erwartete (32.17), so betrachtete Gesell den sozialen Frieden als Voraussetzung des Weltfriedens: "Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens." [Silvio Gesell, Angriffe auf die pazifistische Politik, sowie ders., Durch den Bürgerfrieden zum Völkerfrieden – 15 Thesen, in: SGW Band 15, S. 127 und 279. Der erstgenannte Aufsatz erschien ein weiteres Mal in der Schweiz unter dem Titel "Mehr Siegeswillen – ein Wort an die Pazifisten", in: SGW Band 15, S. 253. Zur Friedensfrage vgl. auch die Aufsätze "Freiwirtschaftliche Reparations- und Friedenspolitik", "Drohender Rassekrieg zwischen Amerikanern und Mongolen", "Die Kriegsschuld und die eiserne Forderung des Friedens" und "Freiwirtschaftliche Friedenspolitik", in: SGW Band 15.] 1928 faßte Gesell diese Gedankengänge noch einmal in Thesen zusammen, die von einer physiokratisch-freiwirt-

schaftlichen Delegation auf dem Welt-Jugend-Friedenskongreß in Eerde-Ommen in den Niederlanden vorgetragen wurden. [Silvio Gesell, Stabilisierung des Bürger- und Völkerfriedens (deutsch und englisch), in: SGW Bd. 17. – Zur Delegation gehörte Werner Zimmermann, der von einer guten Zusammenarbeit mit dem Pazifisten Heinz Kraschutzki berichtete. (Werner Zimmermann, Zu freien Ufern, München 1950, S. 224) Über Kraschutzki vgl. Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm. 16), S. 232 f.] Für diesen Kongreß schrieb Otto Lautenbach vom “Freiwirtschaftsbund” unter dem Pseudonym Kurt Kämpfer eine Broschüre “Mit Schwarz-Rot-Gold zum nächsten Krieg – Ein Weckruf an alle Friedensfreunde”. Der “Fisiokratische Kampfbund” lehnte den Panzerkreuzer A als “teures und gefährliches Spielzeug” ab. [Letzte Politik Nr. 49/1927 und Nr. 9/1928.] Der “Freiwirtschaftsbund” warnte vor der “Harlekinade eines Panzerkreuzer-Puppenspiels” und unterstützte das von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers A. [Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 37 und 38/1928.]

Innerhalb der Friedensbewegung waren es vor allem der ‘Friedensgeneral’ Paul von Schönaich und Friedrich Kayser, die Gesells Gedanken über die wirtschaftlichen Hintergründe von Kriegen aufgriffen. In Artikeln in der Zeitschrift “Das andere Deutschland” und im “Dortmunder Generalanzeiger” traten sie für wirtschaftliche Reformen als Mittel der Friedenssicherung ein. Auch Karl Udo Iderhoff war in diesem Sinne publizistisch tätig. [Paul von Schönaich, Mein Finale - Mit dem geheimen Tagebuch 1933 -1945, Flensburg und Hamburg 1947, S. 49-52, 116-119 und 342. - Ders., Vom vorigen zum nächsten Krieg, Fichtenau bei Berlin 1924, S. 46 ff und 70. - Stefan Appellius, Pazifismus in Westdeutschland - Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945-1968, 2 Bände Aachen 1991.] Besonders Schönaich, der zeitweise Vorsitzender der “Deutschen Friedensgesellschaft” (DFG) war, bemühte sich sehr um eine engere Verbindung von Pazifismus und Freiwirtschaft. [Über Schönaich, Kayser und Iderhoff vgl. die Artikel in Helmut Donat und Karl Holl (wie Anm.16), S. 338-340, 226 und 194. Iderhoff schrieb auch in "Der neue Kurs". – Johanna Iderhoff, Ein Menschenanwalt, Stuttgart 1974.] Doch regten sich dagegen in der DFG auch starke Widerstände, zum Beispiel von Fritz Küster, so daß der Einfluß von Schönaich und Kayser in diesen Fragen begrenzt war.

Zu der von Siegfried Jacobsohn und ab 1927 von Carl von Ossietzky geleiteten Zeitschrift “Die Weltbühne” entstanden keine näheren Verbindungen, “obwohl” – wie Hans Timm mit Bedauern feststellte – “nach der ganzen Tendenz der Zeitschrift anzunehmen war, daß sie unseren Ideen nicht mehr fernstand.” Ossietzky hatte Vorbehalte gegenüber “Allerweltsreformern”. Und Morus (ein Pseudonym für Richard Lewinsohn, der gleichsam der Wirtschaftskommentator der “Weltbühne” war) war ein Anhänger der Geldtheorie von Georg Knapp und Befürworter von Dawes-Plan und Golddeckung. [Hans Timm, in: Letzte Politik Nr. 85/1926. – Vgl. Carl von Ossietzky, Die Pazifisten, in: Das Tage-Buch vom 4. 10. 1924. Nachdruck in: Carl von Ossietzky, Rechenschaft – Publizistik aus den Jahren 1913-1933, Frankfurt 1972, S. 41. Morus wollte "auf schnellstem Wege ein gesichertes Goldgeld erhalten" (in: Es kriselt, Weltbühne Nr. 7/1924, S. 207) – Vgl. auch Morus, Geld und Macht (in: Weltbühne Nr. 20/1924, S. 668) sowie ders., Inflation, Dolchstoß und Stinnes (in: Weltbühne Nr. 22/1924, S. 823 ff).]

In der von Friedrich Wilhelm Foerster herausgegebenen Halbmonatsschrift “Die Zeit” gab es 1932 nur noch einmal eine Kontroverse zwischen Foerster

und Hans Schwann über Währungsfragen sowie einige Aufsätze von van Bruggen über Zusammenhänge zwischen der Wirtschaft und dem Krieg bzw. dem Frieden. Ein Bindeglied zwischen der Freiwirtschaft und der Friedensbewegung blieb jedoch weit über diese Zeit hinaus der österreichische katholische Theologe Johannes Ude. [Zur Kontroverse zwischen Foerster und Schwann vgl. Die Zeit vom Juni 1932. Während des ersten Weltkriegs gab es bereits Kontakte von Gesell und Paulus Klüpfel mit Ludwig Quidde und Friedrich W. Foerster; vgl. Gesells Briefe an Klüpfel vom Juli und Oktober 1916. – Über Johannes Ude vgl. Peter Hodina, Zwischen Selbstreform und Weltreform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 65. Folge 1985, S. 3-8. Udes während der Nazizeit entstandenes Hauptwerk "Du sollst nicht töten!" konnte 1948 im Hugo Mayer Verlag Dornbirn erscheinen. Ude gehörte dem "Kuratorium der Ostermarschbewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung" an und kämpfte in Vorträgen und Veröffentlichungen gegen Remilitarisierung und atomaren Rüstungswettlauf, für Kriegsdienstverweigerung und Neutralität.] – Vor dem ersten Weltkrieg hatten Silvio Gesell und der damals noch kleine Kreis seiner Mitarbeiter geglaubt, daß die Zeit bis zur Verwirklichung der Boden- und Geldreform noch lang sein würde und noch viel Aufklärungsarbeit zur Voraussetzung habe. Die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit führten jedoch zu einer Umwandlung der Fern- in eine Naherwartung. [Silvio Gesell, Die sieghafte Einheitsfront, in: SGW Band 13, S. 139.] Not und Chaos jener Zeit nährten die Hoffnung auf eine schnelle Realisierung. Das führte zu einer fieberhaften Politisierung der Freiwirtschaftsbewegung und zu harten Auseinandersetzungen über Fragen der Strategie und Taktik.

Um mögliche Konfliktstoffe auf dem Weg zur Verwirklichung der Boden- und Geldreform zu entschärfen und den Weg abzukürzen, hatten sich Physiokraten und Freiwirte 1921 bei der Bildung ihrer Einheitsorganisation zur strikten Neutralität gegenüber Weltanschauungen, politischen Parteien und menschlichen Rassen verpflichtet. Das Konzept der "Diktatur der Not" trat in den Hintergrund. Stattdessen setzten heftige Debatten um die Frage "Bund oder Partei?" ein. Außerdem beschloß der "Freiwirtschaftsbund FFF" auf seiner Tagung in Leipzig im April 1923, ein "Volksbegehren zur Stabilisierung der Mark" einzufädeln. [Vorarbeiten leisteten hierfür Hans Timm ("Die Freiwirtschaft durch Volkswillen", in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1922, S. 147-152) und Benedikt Uhlemayr, der einen entsprechenden Gesetzentwurf formulierte (in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 8/1923, S. 225-226). An anderer Stelle wird dieser Entwurf Timm zugeschrieben (Das freie Volk Nr. 18/1924). Einen ergänzenden Entwurf zu einem Gesetz zur Erhebung der Sachwertsteuer legte Albrecht von Hoffmann vor: Entwurf zu einem Gesetz betr. Steuern zur Tilgung der Kriegslasten (in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 10/1923, S. 265-276).] Um eine möglichst große Unterstützung seitens der unter der Inflation leidenden Bevölkerung zu bekommen, sollte bei der Werbung für dieses Volksbegehren das Ziel einer "Festwährung" im Mittelpunkt stehen (ohne Freiland und Freigeld). Um den "Gesetzentwurf zur Stabilisierung der Mark durch Stilllegung der Notenpresse ohne Hilfe des Auslands" dem Volk zur Entscheidung vorlegen zu können, hätten 10% der Wahlberechtigten dieses Volksbegehren unterstützen müssen. Die Zahl der Unterschriften blieb jedoch gering, und nach der Einführung der Rentenmark wurde diese Aktion eingestellt. [Hugo Luczak, Geschichtliches zur FFF-Bewegung in Deutschland, Erfurt 1931, S. 24-28. – Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells, Lütjenburg 1994, S. 39-50. – Hans-Joachim Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Münster/New York 1989, S. 58 ff.]

Um eine Einstellung zu den veränderten Zeitumständen zu finden, berief der "Freiwirtschaftsbund FFF" eine Tagung ein, die im Januar 1924 im Berliner Herrenhaus stattfand. Dort fiel der Grundsatzbeschuß, daß der FWB sich ohne Umwandlung in eine Partei als Bund an den Wahlen zum deutschen Reichstag beteiligen sollte. Zwar glaubte man nicht an die Möglichkeit, die Durchführung der Boden- und Geldreform auf parlamentarischem Weg zu erreichen. Jedoch sollte der Wahlkampf genutzt werden, um den FWB in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Bei der im Vorfeld der Reichstagswahlen geführten Programmdiskussion entbrannten indessen heftige Flügelkämpfe. Eine Programmkommission, der Gesell, Timm, Tuercke und Uhlemayr angehörten, legte den folgenden Entwurf vor: "Die kapitalistische Wirtschaft schafft Herrschende und Beherrschte. Die Furcht der Herrschenden vor Angriffen auf ihre Vormachtstellung, die nicht auf persönlichen, überragenden Eigenschaften gegründet ist, führt zum Ausbau des Staates als einer Organisation zur Sicherung der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dieser Sicherung dienen nicht nur die Einrichtungen, die unmittelbare Gewaltanwendungen ermöglichen, wie Militär, Polizei, Gerichte, Gefängnisse usw., sondern weit mehr die Einrichtungen zur Beherrschung des Geistes, durch die sich der Staat im Namen der Kultur und der Volkswohlfahrt in alle, auch die persönlichen Angelegenheiten, einmischt. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß darum von Anfang an auch gegen diese Beherrschungsmittel gerichtet sein, weil es sonst mit ihrer Hilfe immer wieder gelingt, die arbeitende Masse zu entzweien und von ihrem Ziele abzubringen.

Der Freiwirtschaftsbund nimmt den Kampf gegen den Kapitalismus in vollem Umfang auf. Er setzt sich dabei nicht in Widerspruch mit sich selbst, weil er in Anwendung der neuen Erkenntnis nur das Boden- und Geldmonopol zu beseitigen braucht und jegliche Eingriffe des Staates in die freie Wirtschaft sowie in persönliche und kulturelle Angelegenheiten entbehren kann. Damit sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf zum ersten Male gegeben. Mit den staatlich geschützten wirtschaftlichen Vorrechten wird auch der Hang zur Erhaltung und zum Ausbau des Staates für immer schwinden, so daß sein gründlicher Abbau zwar nicht von selbst eintreten, aber ohne erhebliche Widerstände durchgesetzt werden kann und besondere Sicherungen gegen seinen Wiederausbau nicht notwendig sein werden.

In den hier folgenden Zielen des Freiwirtschaftsbundes verbindet sich der Kampf gegen den Kapitalismus vollkommen mit dem Kampf für die persönliche Freiheit:

Innere Politik:

1. Festwährung, d. h. eine Währung, die nicht in einem festen Preise des Goldes oder anderer Deckungsmittel, sondern in einem festen Durchschnittspreis der Waren (Index), also in gleichbleibender Kaufkraft des Geldes, besteht. Diese wird dadurch erreicht, daß ein zu schaffendes Währungsamt die Geldmenge ver-

mehrt, wenn und solange der Index fällt, und vermindert, wenn und solange der Index steigt. Störungen dieser aktiven Währungspolitik durch den Wechsel der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes werden ausgeschaltet durch:

2. Freigeld, d. h. ein Geld, das im Gegensatz zu dem herkömmlichen Geld in seinem Kreislauf nicht mehr willkürlich durch Interessengruppen unterbrochen werden kann, sondern unter allen Umständen gleichmäßig umläuft, weil der einzelne Geldschein mit einem Nennbetragsverlust belastet ist. Dadurch wird die Produktion von allen Hemmungen befreit und senkt infolgedessen den Realkapital- und Geldzins, wodurch sich das Einkommen der Arbeitenden dauernd erhöht.

3. Freiland, d. h. Verpachtung des zurückgekauften Bodens zur privaten Bewirtschaftung im Meistbietungsverfahren, an dem jeder Mensch teilnehmen kann, und restlose Auszahlung der Pachtgelder an die Mütter nach der Zahl ihrer noch nicht 16 Jahre alten Kinder.

4. Freiheit in allen Kulturfragen. Schule, Fachbildung, Heilkunde, Kirche, Wissenschaft, Kunst, Ehe usw. sind vom Staat und dessen Einflüssen zu lösen.

5. Soziale Fürsorge. Versorgung aller Unterhaltsbedürftigen, insbesondere der Alten, Kriegsverletzten, Arbeitsunfähigen, Witwen und Waisen.

6. Rechtsreform.

a) Strafrecht.

Das Strafrecht ist in der Weise umzuwandeln, daß nicht der Gesichtspunkt der moralischen Schuld, der Abschreckung, der Besserung oder ähnliches für die zu treffenden Maßnahmen in Betracht kommt, sondern lediglich der Zweck der Sicherung der Allgemeinheit vor dem einzelnen, der das Leben, Gesundheit, Eigentum anderer wider deren Willen verletzt.

b) Zivilrecht.

Völlige Gleichberechtigung der Frau.

Die Zivilgerichtsbarkeit ist mehr und mehr privaten Schiedsgerichten zu überlassen.

7. Steuern. Um den in Zusammenhang mit der Forderung zu 1 unerläßlichen Ausgleich des Staatshaushalts und die nur für die Übergangszeit erhobene Forderung zu 5 durchführen zu können, werden alle öffentlichen Schulden und Lasten einschließlich der Reparationen restlos abgewälzt auf die Sachwerte. Alle indirekten Steuern einschließlich Lohnsteuern kommen in Fortfall.

Äußere Politik:

Es wird grundsätzlich im Zusammenhang mit den Forderungen der inneren Politik eine Außenpolitik getrieben, die über den Bürgerfrieden zum Völker- und Menschheitsfrieden führt.

1. Die imperialistischen Bestrebungen aller Völker werden durch Beseitigung aller Zollschränken (Freihandel) zugleich befriedigt und beseitigt.

2. Schaffung einer festen Valuta durch eine Internationale Valuta-Assoziation (Iva), die ein Geld schafft, das in den der Assoziation angeschlossenen Ländern neben dem nationalen Gelde umläuft. Im deutschen Freiwirtschaftsgebiet be-

steht kein Unterschied zwischen In- und Ausländern. Die Überlegenheit der Freiwirtschaft über alle anderen Wirtschaften wird die ganze Erde in ein Freiwirtschaftsgebiet verwandeln, so daß es dann überhaupt kein In- und Ausland mehr gibt.“ [Zitiert nach Hugo Luczak (wie Anm. 29), S. 29-32.]

Zum Hauptstreitpunkt wurde der Absatz 4 “Freiheit in allen Kulturfragen”. Gesell wollte ein Programm, aus dem die komplexen Auswirkungen einer Boden- und Geldreform auf die Ganzheit von Wirtschafts-, Rechts- und Kulturleben erkennbar werden. “Einheitlichkeit kann nur erreicht werden dadurch, daß die letzten Auswirkungen der Freiwirtschaft ans Licht gezogen werden.” [Silvio Gesell, Brief an den FWB-Vorsitzenden Wilhelm Merks vom 12.4.1924.] Der gemäßigte Flügel im FWB schreckte vor dieser radikal antistaatlichen Aussage zurück; er wollte eine Beschränkung auf ein rein wirtschaftspolitisches Konjunkturprogramm und verlangte die Streichung von Punkt 4 aus dem Programm. Im April 1924 – vier Wochen vor den Reichstagswahlen – beriefen die gemäßigten Vorstandsmitglieder Merks, Bartels und Scheffer einen außerordentlichen Bundestag nach Magdeburg ein, wo die “freie Liebe und Ehe” aus dem Programm gestrichen werden sollte. Gesell sandte der Tagungsleitung Leitsätze zu, die verlesen werden sollten – sie wurden den Teilnehmern jedoch vorenthalten. [Diese Leitsätze “Die Eroberung der politischen Macht für und durch FFF” finden sich in SGW Band 15 auf den Seiten 108 -109. – Günter Bartsch erinnerte an eine historische Parallele zur Geschichte der Sozialdemokratie: 1875 wurde den Delegierten der Lassalleaner und Bebelianer die “Kritik des Gothaer Programms” von Marx ebenfalls unterschlagen. (Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – wie Anm. 29 – S. 44-45).] Scheuffler stellte andere Leitsätze auf [Gottlieb Scheuffler, Die Verwirklichung der Freiwirtschaftslehre – Zwei Feldzugspläne: ein proletarischer und ein totaler, in: Das freie Volk Nr. 8/1924; wesentliche Passagen als Zitate in: Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells (wie Anm. 29), S. 45.], die ein Gegengewicht zu Gesells proletarischer Haltung darstellten. In beiden Leitlinien waren Richtiges und Falsches vermischt. Doch verhinderten erregte Emotionen und die Hektik der Wahlkampfzeit ein sachliches Ringen um einen Ausgleich der Gegensätze. Geschwächt von diesen Streitereien erreichte der “Freiwirtschaftsbund FFF” bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 nur die geringe Zahl von 90 000 Stimmen (bei einer Zahl von schätzungsweise 13 000 Mitgliedern). [Lt. Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 29/1932, S. 3 und Richard Stöss, Parteien-Handbuch – Die Parteien der BRD 1945-1980, Aufsatz über die Freisoziale Union im Band 2, Opladen 1984, S. 1398 ff. – Kurt Ruess gibt die Stimmenzahl des FWB sogar nur mit 36 000 an (im Artikel über den FWB in: Dieter Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland Band 1, Berlin-Ost 1968, S. 91).]

Dieses deprimierende Wahlergebnis trug dazu bei, daß sich die Gräben zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel innerhalb des FWB noch weiter vertieften. Dem Streit um das Wörtchen “Ehe” lagen letztlich gegensätzliche Lebenseinstellungen mit jeweils eigentümlichen Staats- und Politikvorstellungen zugrunde. Wie in anderen sozialen Bewegungen drifteten radikale und gemäßigte, revolutionäre und reformistische, proletarische und bürgerliche Strömungen auseinander.

“Was in der Sozialdemokratie Kautsky und Bernstein, waren in der NWO-Bewegung Timm und Maaß.” [Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells (wie Anm. 29), S. 45. – Zu den inneren Auseinandersetzungen vgl. das Protokoll des FWB-Bundestages am 10. und 11. Mai 1924 in Berlin im Anhang zur Nr. 10/1924 von "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld".] Je mehr sich die wirtschaftliche Gesamtlage durch die Rentenmark beruhigte, desto schärfer wurden die Konflikte innerhalb des FWB, bis diese gerade erst drei Jahre alte Einheitsorganisation von Physiokraten und Freiwirten im Sommer 1924 auseinanderbrach. Damit endete auch endgültig der Traum von der sozialistischen Einheitsfront, als deren Kern der FWB ursprünglich gedacht war. In dieser Situation wäre es notwendig gewesen, in einem gleichsam therapeutischen Rückblick auf die ersten fünf Nachkriegsjahre nach den Ursachen der Spaltung und nach Brücken zwischen den gegensätzlichen Positionen zu suchen. Doch hielt Gesell an seiner bisherigen Linie fest, was dazu beitrug, daß die Spaltung zementiert wurde.

Um Hans Timm, Alfred Bader, Helmut Haacke und Hanna Blumenthal (Hans-Joachim Tuercke wanderte nach Argentinien aus) formierte sich der radikale Flügel neu und organisierte sich als “Fisiokratischer Kampfbund” (FKB). Der Kampfbund war antiparlamentarisch eingestellt und verstand sich als Kaderorganisation zur Aufklärung der proletarischen Massen. Dazu diente ihm die Wochenzeitung “Der neue Kurs”, die 1925 in “Neue Zeitung der Arbeit” und ein Jahr später in “Letzte Politik” umbenannt wurde. Bis zum Ende des Ruhrkampfes im September 1924 erschien der “Neue Kurs” im Rheinland und Ruhrgebiet auch als Sonderausgabe mit dem Titel “Der Entscheidungskampf “. [Der "Kampfbund der Freiwirte an Rhein und Ruhr" wurde im Oktober 1924 aufgelöst. Die Mitglieder schlossen sich dem "Physiokratischen Kampfbund" an.] Theorieorgan blieb die Monatszeitschrift “Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld”. Durch Aufklärung und direkte Aktionen wie Streiks, Generalstreik und Geldstreik sollte das Proletariat auf eine herannahende Revolution und auf eine “Befreiungsdiktatur” vorbereitet werden. Die Grundzüge dieser ‘letzten’, zum Sieg über den Kapitalismus führenden Politik hatte Gesell bereits 1919/20 entworfen, als er noch ganz unter dem Eindruck der Münchener Räterepublik stand. [Einen entsprechenden "Programm-Entwurf" Gesells ließ Otto Maaß auf dem Erfurter Bundestag 1920 unter den Tisch fallen (wie 1924 in Magdeburg die "Leitlinien"). Er wurde erst nach der Spaltung des Bundes im Sommer 1924 von Timm veröffentlicht und wird auf den Seiten 129-135 im SGW Band 15 wiedergegeben. Vgl. außerdem Alfred Bader (Hg.), Programm des Fisiokratischen Kampfbundes, Berlin 1924.] Erst gegen Ende seines Lebens – als es zu Differenzen mit Hans Timm gekommen war – näherte sich Gesell dem “Freiwirtschaftsbund” an, um insbesondere Bertha Heimberg in ihrem Kampf gegen eine Umwandlung des Bundes in eine Partei zu unterstützen.

Im “Freiwirtschaftsbund” (FWB) reorganisierte sich der gemäßigte Flügel der zerfallenen Einheitsorganisation. Seinen Kern bildeten Otto Maaß, Benedikt Uhlemayr, Fritz Bartels, Paul Diehl, Otto Lautenbach und Bertha Heimberg. Aus dem völkischen Lager kamen Ernst Hunkel und Gottlieb Scheuffler hinzu, die es

dem FWB durch eine Fusion ihrer beiden Zeitungen "Das freie Volk" bzw. "Frei-Deutschland" und "Das Ziel" ermöglichten, eine "Freiwirtschaftliche Zeitung" als wirtschaftspolitische Wochenzeitung herauszugeben. Da der FWB sich erneut zur Neutralität gegenüber Weltanschauungen, Parteien und Rassen verpflichtete, ging der Einfluß der Völkischen zurück. Sie bildeten rechts vom FWB noch einen eigenen "Bund für krisenlose Volkswirtschaft", den Otto Weißleder und Paul Hasse leiteten. Der FWB verstand sich als Organisation zur Aufklärung proletarischer und bürgerlicher Schichten. Seine Strategie und Taktik blieb jedoch äußerst diffus. Nach einer nochmaligen Beteiligung an Reichstagswahlen im Dezember 1924, wobei der FWB auf 39 000 Stimmen kam [Lt. Freiwirtschaftliche Zeitung Nr. 1/1925, S. 3. – Zur internen Diskussion vgl. Wilhelm Groß, Der Freiwirtschaftsbund FFF als Organisation, Essen 1924.], setzten Bestrebungen zur Entpolitisierung des Bundes ein. Auf Betreiben des Angestelltengewerkschaftlers Wilhelm Beckmann kam eine breite Diskussion darüber in Gang, ob sich der FWB in die Gewerkschaftsbewegung integrieren oder selbst in eine Gewerkschaft umwandeln ließe. Die Bildung einer Verlagsgenossenschaft für die Herausgabe der FZ sollte nach den Vorschlägen von Ernst Alve der Anfang für eine freiwirtschaftliche Presse auf genossenschaftlicher Basis sein. Ernst Hunkel gründete eine "Selbsthilfe der Arbeit" mit einer Indexbank, die mit einem Sparen und Leihen auf der Grundlage gleichbleibender Kaufkraft experimentierte, und einer Bausparkasse, welche zinsloses Bauen ermöglichen sollte. Zahlreiche Bundesmitglieder beteiligten sich an dieser "Selbsthilfe der Arbeit". Ständig lockte außerdem die Versuchung, trotz ungünstiger Erfahrungen doch wieder eine politische Partei zu bilden. Und bei Peter Bender tauchte der Gedanke an eine Diktatur wieder auf. [Vgl. Wilhelm Beckmann, Die Partei der Arbeit – Manifest an die Schaffenden aller Berufe zur Aufrichtung der deutschen Wirtschaftsdemokratie, Hamburg 1925. – Hunkel gab für die "Selbsthilfe der Arbeit" die Zeitschrift "Freies Volk auf freiem Grund" heraus (1927-1930). – Vom FWB spalteten sich drei Parteien ab: Fritz Bartels gründete 1927 in Hamburg die "Freiwirtschaftliche Arbeitspartei". Eugen Graska und Bernhard Globisch bildeten 1930 in Berlin die "Volkspartei der Mitte" und 1931 entstand auf Initiative von Richard Hoffmann und Gottlieb Scheuffler die "Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands", in der die "Volkspartei der Mitte" aufging. – Dazu Übersichten bei Günter Bartsch (wie Anm. 29), S. 46-50 und Hans-Joachim Werner (wie Anm. 29), S. 60-76.]

Der Sommer 1924 brachte für Silvio Gesell in zweifacher Hinsicht eine Zäsur: die Spaltung der physiokratisch-freiwirtschaftlichen Einheitsorganisation rückte die Hoffnung auf eine sozialistische Einheitsfront in weite Ferne. Und die Annahme des Dawes-Plans besiegelte den Triumph von Goldwährung und Auslandsanleihen über Gesells Vorschläge zur wirtschaftlichen Neuordnung Deutschlands. In dieser Situation entschloß sich Gesell zu einer schon länger geplanten Reise nach Argentinien. Sie dauerte bis Januar 1926 und sollte sein letzter Aufenthalt in Südamerika sein. Geschäftliche Dinge waren dort zu regeln und das Refugium in Punta Chica außerhalb von Buenos Aires mußte einmal wieder in Ordnung gebracht werden – möglicherweise um einen lange gehegten Wunsch zu erfüllen und fernab von dem wie auf einem Vulkan tanzenden Europa den "schäbigen Rest" seines Lebens mit philosophischen und naturwissenschaftlich-

en Studien zu verbringen. [Vgl. den Brief von Silvio Gesell an Georg Blumenthal vom 22.4. 1907.] In einem Brief an seinen Sohn Hans-Joachim beschrieb Gesell die Idylle, die er sich dort geschaffen hatte: "Der Winter ist hier nicht sehr schlimm ... Dann öffnen sich auch wieder die Rosen, die Zitronenblüten, die Mispelblüten und eine ganze Reihe anderer Blumen. Und so viele Vögel kommen aus dem kälteren Süden an, um den Winter hier zu verbringen. Winzig kleine Kolibris und mächtige Wasservögel. Einige Flamingos und Schwäne will ich auch morgen für meinen See kaufen. Die Hütte für die Schwäne habe ich auf einem Floß errichtet. In der Mitte vom See ist eine Insel. Da werden die Hühner, die Enten, die Pfauen und Truthühner untergebracht. Da braucht man sie nicht zu hüten und auch ein Zaun ist überflüssig ... Rings um den See habe ich Bäume gepflanzt. Palmen, Eukalyptus, Trauerweiden, Pappeln ... Auf der Insel stehen Orangen und Mandarinenbäume. Jetzt ist die Zeit, wo die Früchte reif werden. Da gibt es auch Kakiäpfel. Die sind süß wie Honig, und Feigen und Pfirsiche und alle Früchte, die auch in Deutschland wachsen." [Brief von Silvio Gesell an Hans-Joachim Blumenthal-Führer vom Dezember 1925 (ohne genaues Datum).]

Doch auch dieses Mal konnte Gesell die idyllische Ruhe Punta Chicas nicht ungestört genießen. Aus der Schweiz kamen Nachrichten über Tendenzen innerhalb des "Schweizer Freiwirtschaftsbundes", mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung mehr von Festwährung als von Freigeld zu sprechen und das Freiland an den Rand zu drängen. Im Vorfeld der Nationalratswahlen 1925 brachen in der Schweiz ähnliche Gegensätze auf wie ein Jahr zuvor in Deutschland. Und nach dem enttäuschenden Resultat von ca. 1 % der Stimmen in den Kantonen Bern und Basel-Stadt entstand neben dem SFB ebenfalls ein "Physiokratischer Kampfbund". [Markus Schärfer, Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat – Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz 1915-1952, Dissertation Zürich 1983, S. 72 ff. – Robert Greuter, Das politische Programm des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 11/1925, S. 218-223.] Als pragmatisch denkender Realist repräsentierte der Rechtsanwalt Fritz Roth jene Kräfte, die eine Reduktion des Programms auf eine weltanschaulich neutrale Politik der Konjunkturstabilisierung forderten. Er trat damit der besonders von Konrad Gehring und Werner Zimmermann vertretenen antistaatlich-akratischen Richtung entgegen, für die Wirtschaftsreform sowie Kultur und Lebensreform eine unteilbare Ganzheit bildeten.

Gegen eine Verwässerung seines Sozialreformmodells und vor allem gegen einen Verzicht auf die Forderung nach Freiland setzte sich Silvio Gesell energisch zur Wehr. "Freiland ist der Prüfstein des freiwirtschaftlichen Denkens." Das Verständnis für das Freiland entscheide mehr noch als das für das Freigeld darüber, ob jemand "auch in gefährlicher Zeit zur Sache steht oder ob er, ehe der Hahn kräht, die Freiwirtschaft schon dreimal verraten hat." [Silvio Gesell, Freiland, der Prüfstein!, in: SGW Band 15, S. 377.] Eine harte Kontroverse zwischen Fritz Roth und Silvio Gesell, an der sich auch der Architekt Hans Bernoulli beteiligte, veröffentlichte der SFB in einer Broschüre mit dem Titel "Das Problem der Grundrente".

[In: SGW Band 15, S. 281. – Die Schärfe dieser Kontroverse wird auch in den Briefen Gesells an Fritz Schwarz vom 28.7.1925, 5.8.1925 und 6.2.1926 deutlich. In der Literatur (z. B. in der 9. Auflage der NWO) wird häufiger der Name "Sernocelli" als Mitautor dieser Broschüre genannt. Mitautor war jedoch Hans Bernoulli, der auch späterhin mit seinen Büchern "Die organische Erneuerung unserer Städte" (2. Auflage Stuttgart 1949) und "Die Stadt und ihr Boden" (3. Auflage Basel 1991) großen Anteil an der Diskussion über eine Reform des Bodenrechts hatte. – Über Bernoulli vgl. Werner Schmid, Hans Bernoulli – Städtebauer, Politiker, Weltbürger, Schaffhausen 1974. – Friedrich Salzmann, Hans Bernoulli zum 75. Geburtstag, Bern 1951. – Siehe auch: Robert Greuter, Zur Freilandfrage, in: Die Freiwirtschaft Nr. 7/1926, S. 128-138.] Erfreulicher als diese Streitigkeiten war für Gesell, daß sich in Argentinien gerade eine Partei "Partido Liberal Georgista" gebildet hatte, deren Programm in der Gedankenwelt von Henry George verankert war. In einem Bericht über diese Partei hielt er fest, was ihm Michael Flürscheim über dessen persönliche Begegnungen mit Henry George und über Georges Zweifel an seiner eigenen Zinstheorie mitgeteilt hatte. [Die argentinischen Bodenreformer und wir, S. 373 im Band 14. Vgl. auch ders., Wie Bodenreformer aussehen sollen – Die Henry-George-Partei in Argentinien / Partido Liberal Georgista, S. 326 im Band 14. – In den USA gibt es noch heute eine "Henry-George-School" (121 East 30th Street, New York NY 10016).]

Anders als Henry George plädierte Gesell nicht für eine Grundsteuer, sondern für eine Rückführung des Bodens in ein unveräußerliches Gemeineigentum. Gesells Einwand, daß die Grundsteuer abwälzbar sei, sollte nochmals überprüft werden. Abgesehen davon fühlte er sich aufgrund seiner Hochachtung vor Henry George immer wieder verpflichtet, den von Adolf Damaschke geleiteten "Bund deutscher Bodenreformer" (BdB) zu attackieren, weil er den Privatgrundbesitz, diese "rüdige Krätze" des sozialen Organismus, erhalten und nur den Bodenwertzuwachs besteuern wollte. Das Programm des BdB lehnte Gesell ganz entschieden als "Miniatur von 'Fortschritt und Armut' " ab. [Silvio Gesell, Die Reform der Bodenreformer, in: SGW Band 15, S. 365. Es handelt sich um den Nachdruck eines gleichnamigen Aufsatzes aus dem Jahr 1904 (vgl. Band 3, S. 349 ff). Über die in diesem Aufsatz erwähnte Landordnung von Kiautschou vgl. Wilhelm Matzat, Der Zusammenhang der Bodenpolitik in Tsingtau und Taiwan, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 94. Folge 1992, S. 29-34 sowie Aufsätze von Wilhelm Matzat und Torsten Warner in der 120. Folge (1999) der Zeitschrift für Sozialökonomie. – Zu Auseinandersetzungen mit dem "Bund deutscher Bodenreformer" vgl. auch "Zum Meinungsaustausch über Mittel und Wege der Bodenbesitzreform" und "Der Bund deutscher Bodenreformer vor neuen theoretischen Schwierigkeiten" in: SGW Band 8, S. 101-109 und 122-124.]

Leider blieb in Gesells Kritik an Damaschke der Zusammenhang zwischen dem BdB und dem "Verein für Sozialpolitik" (VfS) unberücksichtigt. Der VfS war 1873 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet worden, das kapitalistische System mit sozialpolitischen Reformen zu stabilisieren, um einer proletarischen Revolution zuvorzukommen. Die Initiatoren waren Nationalökonomien aus der Historischen Schule, deren führender Kopf Gustav Schmoller war, und aus den Reihen der Kathedersozialisten um Adolf Wagner. Sie stellten sich gegen den Harmonieglanzen der liberalen Klassiker, der sich in Anbetracht des Elends der Arbeiterschaft als unhaltbar erwiesen hatte. Statt eines ordnungspolitischen Rahmens für eine nachkapitalistische Marktwirtschaft (um den es Gesell ging)

forderte der VfS sozialpolitische Interventionen des Staates in den fortbestehenden kapitalistischen Markt. Diese systemkonforme Politik flankierte Adolf Wagner mit der Formulierung des "Gesetzes von der wachsenden Staatstätigkeit". Der VfS stieg zur angesehenen Standesorganisation der deutschen Nationalökonomien auf. Seine damalige Interessenverflechtung wird indessen aus der Zusammensetzung der Gründungsversammlung erkennbar. Nur 17 % der Gründungsmitglieder waren Wissenschaftler. 10 % (!) waren Großgrundbesitzer, 14 % waren Fabrikanten und Händler, 25 % entstammten dem kaiserlichen Beamtenapparat. [Werner Krause und Günter Rudolph, Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 bis 1945, Berlin-Ost 1980, S. 107. Über den "Verein für Sozialpolitik" vgl. auch Harald Winkel, Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1977, S. 159-170 und Günter Schmolders, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Reinbek in Hamburg 1962/1977, S. 58-72.] Aus diesem Umfeld kam auch Adolf Damaschke, der lange Zeit den Vorsitz im BdB innehatte. Unter seiner Leitung entwickelte sich der BdB zu einem verlängerten Arm des VfS, der – abgeschnitten von seinen von Henry George und Michael Flürscheim geschaffenen systemkritischen Wurzeln – auf dem von dem Finanzwissenschaftler Adolf Wagner vorgezeichneten Weg eine fiskalische Lösung des Bodenproblems propagierte. [Mit dieser Kritik soll nicht bestritten werden, daß Damaschkes Werke "Die Geschichte der Nationalökonomie" und "Die Bodenreform" bedeutende wissenschaftliche Leistungen waren und vieles dazu beitrugen, daß in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt über das Bodenproblem nachgedacht wurde.] Als Wagner auch noch Ehrenvorsitzender des BdB wurde, trat Gesell aus dem Bund aus. [Brief Silvio Gesells an Michael Flürscheim vom 18.4.1901. – Vgl. auch Gesells Aufsätze "Damaschke ironisiert sich selbst" und "Das Ende eines Salonlöwen", in: SGW Band 17. – Zur marxistischen Kritik an den Bodenreformern vgl. Werner Krause und Günter Rudolph (wie Anm. 47), S. 185 ff.] Gleichwohl sollte im Rahmen der Rezeption seiner Werke auch Damaschke eine gerechte Würdigung seines Wirkens erfahren.

Als Lujo Brentano, Mitbegründer und liberaler Exponent des "Vereins für Sozialpolitik", 1923 anlässlich des 50jährigen Bestehens des VfS beklagte, daß der Verein zu einer Beifallsmaschine für den preußisch-deutschen Regierungsapparat herabgesunken sei, kommentierte Silvio Gesell dies mit den Worten, daß der VfS "in vollster Finsternis herumtappe". Dieses Gefühl der Überlegenheit gegenüber den Schriftgelehrten ist zwar nichts Ungewöhnliches für einen geistigen Pionier. Dennoch ist es bedauerlich, daß Gesell es bei seinem Spott über die "titulierten Doktoren, Professoren, Geheimräte und Fachmänner" [Silvio Gesell, Die Ursache von Lujo Brentanos Mißerfolgen, in: SGW Band 14, S. 349.] beließ und sich nicht so gründlich mit dem VfS auseinandersetzte wie mit dem Marxismus oder mit der Zinstheorie von Böhm-Bawerk. Dann nämlich wäre er möglicherweise auf den Methodenstreit aufmerksam geworden, den die Neoklassik und die Historische Schule damals über die Frage führten, ob die rein theoretische oder die historische Methode dem Verständnis der Wirtschaft angemessener sei. Vielleicht hätte er zur Entwicklung einer Synthese der Methoden beitragen können, da in seinem gesamten Denken über das Geld theoretische Überlegungen und historische Beobachtungen gebündelt waren.

Schon frühzeitig hatte sich Silvio Gesell mit der Rolle des Geldes beim Auf- und Abstieg der Kulturen in Vorderasien, Athen und Rom sowie beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit beschäftigt. Parallel zur weiteren Ausformulierung seiner Geld- und Zinstheorie behielt er die Bedeutung des Geldes für den Gang der Geschichte immer im Auge: "Der Mensch ist verloren, wenn er die Geschichte nicht zu Rate zieht." [Silvio Gesell, Die Lehren der argentinischen Geldwirtschaft, in: SGW Band 2, S. 286 ff. – Ders., Die Rolle des Geldes in den Geschicken der Völker, in: SGW Band 8, S. 49-90. – Ders., Gold und Frieden?, in: SGW Band 11, S. 210-233, hier: 223.] Gewiß wäre es verfehlt, den historischen Materialismus von Marx, der alles Weltgeschehen auf die Produktionsverhältnisse zurückführte, durch eine monetäre Geschichtsbeachtung zu ersetzen, die die Geschichte monokausal allein aus dem Geldwesen erklärt. Zu ergänzen wären entsprechende Untersuchungen über den Einfluß des Bodenrechts auf die Geschichte der Völker, besonders auf ihre Staatsformen und Regierungssysteme. Ökonomische und darüberhinaus individuelle, kulturelle und militärische Einflüsse auf die Geschichte dürften in einer Wechselwirkung stehen. Daß Gesell den Einfluß des Geldes auf die Geschichte so stark betonte, könnte auch eine Reaktion darauf sein, daß die Historiker diesen Einflußfaktor damals weitgehend ignorierten. Vereinzelt Aussagen von Montesquieu, des schottischen Historikers Archibald Alison und des Italieners Guglielmo Ferrero stützten Gesells Ansicht, daß das Versiegen von Edelmetallquellen eine bedeutende Rolle beim Untergang Roms gespielt haben dürfte. Bemerkenswert ist, daß sich auch durch Theodor Mommsens große Geschichte der Römer Ausblicke auf deren Boden- und Geldwirtschaft wie ein roter Faden ziehen. [Montesquieu, Betrachtungen über die Ursachen der Größe der Römer und deren Verfall, Berlin 1923 und 1930, S. 163/164. – Über Archibald Alisons "Geschichte von Europa" vgl. Francis Walker, Money, New York 1891, S. 219. – Guglielmo Ferrero, Größe und Niedergang Roms, 6 Bände Stuttgart 1912-1914. – Theodor Mommsen, Römische Geschichte, 8 Bände München 1976. Für John Maynard Keynes war es ebenso fraglich, "... ob es ein Zufall war, daß Roms Niedergang und Fall zeitlich mit der längsten und schwersten Deflation, die je verzeichnet wurde, zusammenfiel; ob die Stagnation des Mittelalters nicht durch die schmale Versorgung Europas mit Währungsmetallen sicherer und zwangsläufiger verursacht worden sein mag als durch das Mönchstum oder die gotische Raserei." (John Maynard Keynes, Vom Gelde, München und Leipzig 1932, S. 417 f). – Paul Rohrbach, Geschichte der Menschheit, Königstein 1914-1922. – Philippe Ariès und Georges Duby, Geschichte des privaten Lebens Band 1 – Vom römischen Imperium zum byzantinischen Reich, Frankfurt 1989, S. 141-160.] Gesell fühlte sich in seiner Überzeugung bestärkt, daß Geld einen großen Einfluß auf die Menschheitsgeschichte gehabt habe und daß eine Geldreform eine Möglichkeit schaffe, die Entwicklung der Menschheit in eine neue Bahn zu bringen, auf der Kulturen nicht mehr durch soziale Not und Kriege untergehen, sondern zu einer Entfaltung in aufsteigender Linie kommen. Um die Zusammenhänge intensiver zu erforschen, regte er die Bildung einer "Geschichtsstudiengesellschaft" innerhalb des "Freiwirtschaftsbundes" an. [Silvio Gesell, Geschichtsstudiengesellschaft des FFFB, in: SGW Band 15, S. 67. – Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte, Band 1 Bern 1925 und Band 2 Bern 1932. Gesell gab schon vor 1920 die Anregung zu diesem Buch. Über dem Ende von Band 2 liegt leider ein dunkler Schatten. – Vgl. auch Karl Walker, Das Geld in der Geschichte, Lauf bei Nürnberg 1959. – Hans Weitkamp, Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Hiltorf 1988.] Es ist je-

doch ungewiß, ob tatsächlich eine solche Studieneinrichtung entstanden ist. Gesell war sich auch der immensen Verantwortung bewußt, die mit einem boden- und geldreformerischen Eingriff in die Weltgeschichte verbunden sein würde. [Silvio Gesell, Die Voraussetzungen der Politisierung der Freiwirtschaftsbewegung, in: SGW Band 15, S. 36.] Allerdings genügt nicht nur das Wissen um die Wirkung von Bodenrecht und Geldwesen auf die Geschichte. Und es genügt auch nicht – wie Gesell einmal schrieb – nur "Werkzeuge zur Schaffung der ökonomischen Grundlagen für ein Volksleben (zu schaffen), dessen Umrisse wohl schon jedem von uns in unschuldigen Tagen, in glücklichen Stunden sich nebelhaft offenbart haben." [Silvio Gesell, Die Diktatur der Not, in: SGW Band 14, S. 63.] Vielmehr bedarf es auch einer Vorstellung von den Grundstrukturen sowohl des bisherigen Geschichtsverlaufs als auch eines zukünftigen Lebens. Entsprechende Andeutungen sind über das ganze Werk Gesells verstreut; sie müssen noch systematisiert und erweitert werden. In seinem Hauptwerk heißt es beispielsweise: "Reichtum und Armut sind gleichmäßig verkehrte Zustände ... Weg mit den Rentnern, weg mit den Proletariern." Sobald der "letzte Proletarier zur letzten Ruhe neben dem letzten Kapitalisten bestattet wird", ist der Übergang zu einer Gesellschaft der "Freien" vollendet. [Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: SGW Band 11, S. 226.] Während die Menschen in allen bisherigen Epochen der Geschichte ausgebeutet und von Adligen, Geistlichen und Kapitalisten unterdrückt wurden, richtet sich der gebückte soziale Organismus nach der Befreiung von der Feudal- und Mammonsherrschaft wieder auf. Freiland und Freigeld überwinden die Epochen von Feudalismus und Kapitalismus. Herrscher und Beherrschte finden sich als "selbstverantwortliche Vollmensen" [Silvio Gesell, Ein Programmvorschlag aus dem Jahr 1920, in: SGW Band 15, S. 131.] in der neuen herrschaftsfreien Bürgergesellschaft wieder.

Aus diesen Andeutungen läßt sich das Bild einer Gesellschaft entwickeln, in der die historische Hierarchie der Stände (Adel, Geistlichkeit, Bourgeoisie und Proletariat) zu einer neuen Gesellschaft umgeschmolzen wird, welche nur noch aus einem Stand besteht: und zwar aus einer Assoziation freier Bürger und Bürgerinnen, die dank ihres vollen Arbeitsertrags wirtschaftlich selbständig sind, die selbstverantwortlich handeln und sich je nach ihren materiellen und geistigen Interessen zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen verbinden. Philosophische Aufklärer und liberale Ökonomen wollten die Menschen ursprünglich von geistiger Unmündigkeit und aus den Fesseln von Absolutismus und Merkantilismus befreien. Sie bereiteten die bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 vor. Sie erschütterten die Macht von Adel und Geistlichkeit und förderten den Übergang von der Monarchie zu Demokratie und Republik. Aufklärer und liberale Klassiker übersahen jedoch gleichermaßen die neuen Formen der Macht, die sich durch die Verfügung über den mobilisierten Boden und über Geld zusammenballen sollten. So entstand eine Allianz der fortwirkenden Feudalmächte mit dem Finanz- und Industriekapital, die sich als neue herrschende Schicht über das Proletariat und das Kleinbürgertum erhob. Sie bediente sich wiederum der Geistlichkeit als Instrument der Legitimation ihrer Herrschaft und ließ die Demokratie zur Parteienherrschaft werden.

Nach der proletarischen Revolution und dem Scheitern der totalitären Herrschaft des vierten Standes 1917/1989 hat es zunächst den Anschein, als könne das kapitalistische Großbürgertum seine Herrschaft über die mittleren und unteren Schichten festigen und über die ganze Erde ausbreiten. Dem stehen jedoch mannigfache ökonomische Instabilitäten und ökologische Begrenzungen entgegen, so daß die Aufgabe bleibt, gemäß dem Leitmotiv "keine Herren, keine Knechte – allgemeine Ebenbürtigkeit" [Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, in: SGW Band 11, S. 84.] ein Bild von einer nachkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft zu entwerfen, in der Macht und Herrschaft durch den Übergang von Bodenrenten und Zinsen in Arbeitseinkommen zusammenschmelzen und in der mit der wirtschaftlichen auch geistige Selbständigkeit möglich wird. Im Anschluß an Gesell sprach John Maynard Keynes bereits vom "sanften Tod des Kapitalrentners, des funktionslosen Investors" als Teil eines großen historischen "Zeitenwechsels" [John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936/1974, S. 317, 178-185.], in dem Lohn- und Gehaltsabhängige zu selbständigen Bürgern werden können. Im Zuge solcher Veränderungen könnte sich auch die Demokratie jenseits der Parteienherrschaft zu einer föderalen Selbstregierung des Volkes weiterentwickeln. Und die Kirchen könnten sich von Machtgebilden zu Garanten der geistigen Freiheit wandeln, wodurch die ursprünglichen Hoffnungen der Aufklärer auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Synthese mit der jüdisch-christlichen Verheißung gebracht werden könnte, daß "... jede Macht, Gewalt und Kraft vernichtet wird", daß die "Könige und Kaufleute der Erde" ihren Reichtum und ihre Macht verlieren und daß "Wolf und Lamm zusammen weiden". (1. Kor. 15.24, Apok. 1 und Jes. 65,25)

Kritische Anmerkungen zum Artikel: Mac Allan und der Wertzuwachs.

Von Karl Peters, Grundstücksmakler.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Die zahlreichen Fußnoten, die der Herausgeber den einzelnen Ausführungen anhängte, werden die meisten Leser bereits stutzig und vorsichtig gemacht haben. Dennoch werden einige Randbemerkungen, die verhüten sollen, daß falsche Verallgemeinerungen aus den interessanten Ausführungen R. Hoffmanns gezogen werden, nicht überflüssig erscheinen.

„Warum,“ so, so fragt H., „fährt der Staat nicht dazwischen und beschlagnahmt die Ländereien, die an den Zugängen des Tunnels lagen, und die nun infolge des Tunnelbaues hohe Preise erzielen? jedoch – was würde er beschlagnahmen? Doch nichts als die Überschüsse von Sparern, die ihr Geld aus guten Gründen gerade in Bodenkäufen anlegen möchten.“ Stimmt diese Betrachtung?

Nehmen wir an, die Dünen am Eingang des Tunnels wären öffentliches Eigentum gewesen, dann hätte offenbar die Öffentlichkeit den Vorteil von der hier als Folge von Mac Allans Unternehmen entstehenden Grundrente gehabt. Mac Allan hätte nur die direkten Einnahmen aus dem Tunnelverkehr gehabt. Vielleicht wären dann diese Einnahmen nicht ausreichend gewesen, um das Unternehmen (des Tunnelbaues) rentabel zu machen. Die direkten Einnahmen hätten dann einen Zuschusses aus den Grundrenten bedurft, die der Tunnel ins Leben rief. Solches kommt oft vor. Eisenbahnen in noch unbewohnten Gegenden, die das Land erst aufschließen sollen, würden oft nicht gebaut werden, wenn den Erbauern keine Ländereien links und rechts der neuen Bahn ausgeliefert würden, deren Einnahmen (Grundrenten) das Betriebsdefizit zu decken haben. Namentlich dann ist das der Fall, wenn der Bahngesellschaft in der Baukonzession die Höhe der Bahntarife begrenzt wird. Gewöhnlich geht es so zu, daß der Staat die Tarife der Höhe der erforderlichen Rente des Unternehmens anpaßt. In unserem Falle nun hätte die Tunnelgesellschaft die Tarife auch so hoch bemessen können, daß Sie den größten Teil der von den Bodenspekulanten erwarteten Renten vorweg genommen hätten. Denn je höher die Tunneltarife bemessen sind, umso geringer der Verkehr und umso geringere Grundrenten werden die Dünen am Eingang der Tunnels abwerfen. Freilich, der Tunnel braucht großen Verkehr, um sich zu rentieren. Würde die Tunnelgesellschaft die Tarife so hoch bemessen, daß der Verkehr einschlafen müßte, dann würden zwar die Dünen keine Grundrente abwerfen, aber die Tunnelgesellschaft hätte auch keine Einnahmen. Umgekehrt könnten die Dünenbesitzer die Preise des für den Tunnel nötigen Bodens so hoch ansetzen, daß der Tunnel sich nicht mehr rentieren kann. Mit solchen Möglichkeiten muß jeder Unternehmer rechnen. Viele Unternehmungen werden durch die Forderungen der Grundbesitzer von vornherein unmöglich gemacht. Damaschke pflegte darüber stets interessante Beispiele anzuführen. Darum gehen die Unternehmer auch meistens sehr vorsichtig vor. Ehe sie ein Wörtlein über ihre Absichten sagen, versichern

sie sich des Bodens. So tat es auch Mac Allan. Wenn er nicht mit Heimlichkeit operiert hatte, dann hätte er selbst den Dünenbesitzern den Bodenpreis bezahlen müssen, den er zu erlangen hoffte. Die Bodenspekulation wäre dann zwar auch gelungen, aber nicht für Mac Allan, *sondern für die, die keinen Pfennig Kapital im Tunnelbau angelegt hatten.*

So betrachtet, kann man also wirklich nicht sagen, daß die Grundrente nur den Zins abwirft, den das in den Boden gesteckte Kapital (der Tunnelbau) abwirft. Der Zins dieses Kapitals kommt dann noch zu der Grundrente hinzu. Auf den Dünen wurden Häuser und Städte gebaut. Diese Häuser mußten dann den Zins der Baukosten und den der Terrainkosten (die Grundrenten) aufbringen. Freilich, ohne Mac Allans Tatkraft wären die Dünen Dünen geblieben. Aber das ist gerade das Interessanteste an der Grundrente, daß der Grundbesitzer dort erntet, wo andere arbeiten. Dadurch, daß Mac Allan Gründer und Bodenspekulant in einer Person war, wurde der Sachverhalt etwas getrübt, aber nicht verändert. Trennt man Unternehmer und Bodenbesitzer, wie es oben geschehen ist, dann erkennt man die Natur des Grundbesitzes leichter.

Wenn darum der Staat die Grundrenten für das Volk zurückfordern würde, so „beschlagnahmt er doch nicht die Gelder der Sparer, die ihre Überschüsse hier anlegen möchten“. Die Sparer mögen ihre Gelder anderswo, in Industriebauten, in Häusern, in Eisenbahnen anlegen. Die Sparer, die ihr Geld in Bauplätzen anlegen, erschweren den anderen Sparern, die ihr Geld im Wohnungsbau anlegen möchten, ihr Vorhaben. Bezahlen muß dann der Mieter.

H. Sagt ferner: „Wer Allans Grundstücke kauft, die Vorher niemand haben wollte, der verlangt, daß *sein* Geld an diesen öden Orten verzinsliches Kapital hervorbringt: einen Tunnel, Häuser, Kanäle; Kapital, das Arbeiter heranlockt und ihnen bei der Arbeit hilft; gegen Zins selbstverständlich.“

Wird nicht hier der Sachverhalt auf den Kopf gestellt? Sind es nicht umgekehrt die, die den Tunnel bauen wollen, die den Boden verlangen? Wer ein Haus baut, braucht den dazu nötigen Platz, und der Besitzer des Platzes sperrt ihn so lange, bis der Bauunternehmer die „öden Flächen mit Noten über 1000 Dollar belegt“. Und alle, die Grundstücke von Mac Allan kaufen, haben nichts anderes im Sinn, als den Boden zu sperren. Sie tun also das gerade Gegenteil von dem, was nach H.s Darstellung die Absicht der Bodenspekulanten ist.

Der Satz: „Im Zuwachs der Bodenpreise bezahlt man also weiter nichts als das dem Boden einverlebte Kapital,“ mag manchmal richtig sein, doch nicht allgemein. Wer ein bebautes Grundstück kauft und dafür mehr bezahlt, als für ein daneben liegendes unbebautes Grundstück, der weiß, warum er das tut. Aber wie oft kommt es vor, daß der Grundstücksbesitzer nur darum einen doppelten, zehnfachen und tausendfachen Preis für ein brachliegendes Ödland erzielt, Weil andere auf anderen

Grundstücken in der Nähe Geld in Häusern und Industrieanlage verausgabten! So muß also der Satz ergänzt werden: Im Zuwachs der Bodenpreise bezahlt man dem Grundbesitzer die Frucht der Unternehmungen anderer. So lange wir so dumm find, das zu tun, heil dem Grundbesitzer! Aber wie lange werden wir so dumm bleiben? In Amerika steigt die Grundrente im ganzen Land mit jedem Schiff, das dort Einwanderer (Ausbeutungsobjekte) landet. Diese Einwanderer bringen kein Kapital mit sich, sondern vermehren nur die Nachfrage nach solchem. Das sieht also nicht aus, als ob der Zuwachs der Bodenpreise eine Folge von Kapitalanlage sei.

H. sagt: „Der Bodenpreis erscheint nur größer, weil das Geld kleiner geworden ist. „Die Geldentwertung hebt den Wertzuwachs auf;“ oder auch: „Wertzuwachs und Geldentwertung sind ein und dasselbe.“

Dieser Satz stimmt in denjenigen Fällen, wo der Wertzuwachs des Bodens proportional einer allgemeinen Preissteigerung gestiegen ist, so daß der Grundrentner für die erhöhten Renten nicht mehr Ware kaufen kann, als vorher mit den niedrigen Renten. Es gibt Pachtverträge, in denen die Pacht (die Grundrente) nach Zentnern Getreide bemessen ist. Auch solche Pachtsätze steigen und fallen. Es gibt auch welche, in denen die Pacht proportional der Ernte ($\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$) bezahlt werden muß. Warum $\frac{1}{4}$ – warum $\frac{1}{2}$? Die Pachtsätze ändern sich hier unabhängig von den Preisen, von der Währung. In Frankreich fiel die Pacht der Äcker in den letzten 50 Jahren reichlich um 50%, während sie in Deutschland fast ebenso sehr stieg. Und in beiden Ländern herrschte die Goldwährung. Aber in dem einen Land ging die ländliche Bevölkerung zurück, während sie in dem anderen zunahm. Die Grundrente steht eben im innigsten Zusammenhang mit jedem einzelnen Element der Volkswirtschaft. Um eine Änderung der Pachtsätze restlos zu erklären, müßte man schon die ganze Volkswirtschaft in ihren tausendfachen Äußerungen zu Rate ziehen. Das ist auch der Grund, warum die Bodenspekulanten so oft daneben hauen, am häufigsten diejenigen, die sich durch *eine* Erscheinung bestimmen lassen. Die erwartete Grundrentensteigerung infolge starker Einwanderung kann z. B. mehr als wettgemacht werden durch eine spezielle Erhöhung der Kohlenpreise, die die Frachtsätze erhöht. Die Preise der Äcker können wegen Erhöhung der Zinsrate fallen, während gleichzeitig die Pachten steigen. Es wird darum immer gefährlich sein, die Bewegung der Grundrentenhöhe mit *einer* Erscheinung zu erklären.

H. sagt: Man sagt wohl, daß der Vermehrung des Bodens sehr enge Grenzen gezogen seien., aber das ist ganz sicher ein schwerer Irrtum. „Die Bevölkerung,“ sagt Gesell, „selbst in Deutschland, ist noch so spärlich, daß, wenn man allgemein zur Gartenkultur überginge, die Hälfte der Ackerfläche brach gelassen werden müßte.“ Das mag richtig sein. Aber warum sollte man zur Gartenkultur übergehen, solange die Hälfte des Bodens noch brach liegt? Ehe man zur Gartenkultur übergeht, nutzt man doch lieber in extensiver Kultur (Jagd, Viehweide, Wald) die großen Flächen Brachland aus und heimst so höhere Arbeitserträge ein. Ist die

Grundrente so hoch gestiegen, daß sich der Gartenbau lohnt, dann pachtet man statt 50 Morgen Ackerland, einen einzigen Morgen, um diesen in Gartenland zu verwandeln. Was uns also zur Gartenkultur treibt, das sind die erhöhten Forderungen der Grundbesitzer. Wenn die intensive Kultur (Landsparkultur nach Gesell) höhere oder ebenso hohe Arbeitserträge (die nicht mit Bodenerträgen zu verwechseln sind), als die extensive (Handsparkultur) liefern würde, dann gäbe es nur Gärten, die von Brachland umgeben wären. Aber das Arbeitsprodukt (nicht Bodenertrag) wächst allgemein proportional der Fläche Land, die der einzelne zur Verfügung hat.

Der Rückgang des Zinsfußes würde sehr starken Einfluß auf die Höhe der Grundrente haben, sagt H. Das stimmt. Und nicht nur starken, sondern auch *mannigfachen Einfluß*. Vielleicht würde sich die Bevölkerung in dem Maße vermehren, wie die Zinslasten schwinden, wie sie sich vermehrt hat in dem Maße, wie durch die Hilfe der Maschinen das Arbeitsprodukt sich mehrte. Einen starken Einfluß hätte auch der Rückgang des Kapitalzinses auf die Höhe der Wohnungsmieten. Der Wohnungszins würde dann nur noch aus den Grundrenten und den Abschreibungen bestehen. Dann könnten alle in geräumigen Wohnungen leben, weil sie erschwinglich wären. Die Nachfrage nach Wohnraum würde doppelt und dreifach so groß sein.

Wenn aber die Menschen sich so stark vermehren und so große Wohnräume beanspruchen – ist da nicht die Zeit gekommen für alle Bodenspekulanten? Würde da nicht als Folge des Rückganges des Zinsfußes die Grundrente nicht nur nicht fallen, sondern steigen und den Großteil der Vorteile, die dem Einzelnen aus den Zinsersparnissen erwachsen, wieder verschlingen? Freilich wirken diesen Tendenzen andere entgegen. So würde der Rückgang des Zinses die Urbarmachung großer Gebiete ermöglichen, und die Fläche, die dem einzelnen heute zur Verfügung steht, würde damit wachsen, vielleicht stärker wachsen als die Zunahme der Bevölkerung. Jedoch auch hier treten wieder Hemmungen für eine solche günstige Entwicklung auf. Die von den Zinslasten befreiten Menschen brauchen nicht nur eine größere Bodenfläche für ihre größere Wohnung, sondern auch noch größere Ackerflächen für ihre erhöhten Ansprüche an die Lebensmittel. Ein wohlhabender Mensch kauft feinere Lebensmittel. Er ißt nicht die Früchte von Massenträgern (Kohlrüben, Kartoffeln, Heringe). Um die Lebensmittel für seine Familie zu schaffen, sind nicht 5 Morgen Land nötig, sondern 50. (Fleischnahrung braucht viel mehr Land als Grasnahrung.) Der vom Zins befreite Mensch verlangt auch für sich einen Blumengarten, eine Reitbahn, einen Sportsplatz, Für die Stadt verlangt er die Enteignung der ganzen umliegenden Bauernschaft, um aus den Äckern Parkanlagen zu machen. In Schottland werden von den reichen Engländern Strecken in der Größe ansehnlicher Fürstentümer angekauft und in Jagdgründe zurückverwandelt! Dasselbe wird, wenn

die Kapitalzinslasten fallen, jeder deutsche Proletarier auch für sich tun wollen.
Wie aber sollen unter solchen Umständen die Grundrenten sinken?

Alte Weiber prophezeien mit tödlicher Sicherheit aus dem Kaffeesatz. Wer aber auf Grund von Grundrententheorien Prophezeiungen über die Entwicklung der Grundrenten machen, d. h. Bodenspekulationen betreiben möchte, der muß mit ganz außerordentlicher Umsicht vorgehen. Das hat man in Mac Allans Fall gesehen, wo alle Grundstückkäufer ihr Geld verloren, obschon die Ersparnisse der ganzen Welt dort verbaut wurden.

Da manche vielleicht die Ausführungen Hoffmanns bei ihren Bodenspekulationen berücksichtigen möchten, glaubte ich diese Ausführungen im Interesse solcher Leser der Freiwirtschaft vervollständigen zu müssen.

Kant: Zum ewigen Frieden.

„Nun spricht die moralisch-praktische Vernunft in uns ein unwiderstehliches Veto aus: Es soll kein Krieg sein; weder der, welcher zwischen mir und dir im Naturzustande, (1) noch zwischen uns als Staaten, die, obzwar innerlich im gesetzlichen, doch äußerlich (im Verhältnis gegeneinander) im gesetzlosen Zustande sind; (2) – denn das ist nicht die Art, wie jedermann sein Recht suchen soll. Also ist nicht mehr die Frage: ob der ewige Friede ein Ding oder ein Unding sei, und ob wir uns nicht in unserem theoretischen Urteile betrügen, wenn wir das erstere annehmen, sondern wir müssen so handeln, als ob das Ding sei, was vielleicht nicht ist, auf Begründung desselben und diejenige Konstitution, die uns dazu die tauglichste scheint (vielleicht den Republikanismus aller Staaten samt und sonders), hinwirken, um ihn herbeizuführen, und dem heillosen Kriegführen, worauf als dem Hauptzweck bisher alle Staaten ohne Ausnahme ihre inneren Anstalten (3) gerichtet haben, ein Ende zu machen. Und wenn das letztere, was die Vollendung dieser Absicht anbetrifft, auch immer ein frommer Wunsch bliebe, so betrügen wir uns doch gewiß nicht mit der Annahme der Maxime, dahin unablässig zu wirken; denn diese ist Pflicht (4) das moralische Gesetz aber in uns selbst für betröglig anzunehmen, würde den Abscheu erregenden Wunsch hervorbringen, (5) lieber aller Vernunft zu entbehren, und sich, seinen Grundsätzen nach, mit den übrigen *Tierklassen* in einen gleichen Mechanismus der Natur geworfen anzusehen.“ (6)

„Man kann sagen, daß diese allgemeine und fortdauernde Friedensstiftung nicht bloß einen Teil, sondern den ganzen Endzweck der Rechtslehre innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft ausmache; (7) denn der Friedenszustand ist allein der unter Gesetzen gesicherte Zustand des Mein und Dein in einer Menge benachbarter Menschen, mithin die in einer Verfassung zusammen sind, deren Regel aber nicht vor der Erfahrung derjenigen, die sich bisher am besten dabei befunden haben, als einer Norm für andere, sondern die durch die Vernunft a priori von dem Ideal einer

rechtlichen Verbindung der Menschen unter öffentlichen Gesetzen überhaupt hergenommen werden muß, (8) weil alle Beispiele trügerisch sind (als die nur erläutern aber nicht beweisen können), und so allerdings einer Metaphysik bedürfen, deren Notwendigkeit diejenigen, die dieser spotten, doch unvorsichtigerweise selbst zugestehen, wenn Sie z. B., wie sie es oft tun, sagen: „Die beste Verfassung ist die, wo nicht die Menschen, sondern die Gesetze machthabend sind.“ Denn was kann mehr metaphysisch sublimiert sein, als eben die Idee, welche gleichwohl, nach jener ihrer eigenen Behauptung, die bewährteste objektive Realität hat, die sich auch in vorkommenden Fällen leicht darstellen läßt, und welche allein, wenn sie nicht revolutionsmäßig, durch einen Sprung, d. i. durch gewaltsame Umstürzung einer bisher bestandenen fehlerhaften (denn da würde sich zwischeninnen ein Augenblick der Vernichtung alles rechtlichen Zustandes ereignen), sondern durch allmähliche Reform nach festen Grundsätzen versucht und durchgeführt wird, in kontinuierlicher Annäherung zum höchsten politischen Gut, zum ewigen Frieden, hinleiten kann.“

Wie wenige Deutsche gibt es, die die obigen Sätze des Philosophen kennen, wie wenige dagegen sind es, die den entgegenstehenden Satz Moltkes: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner,“ nicht kennen? Und bei dieser Frage erinnern wir daran, daß 90 – 95% und mehr vielleicht des deutschen Volkes durch die Schule der christlichen Kirche gegangen sind. Wer hat den Dienern der Kirche den Befehl gegeben, Kants Bekenntnisse zum ewigen Frieden der Jugend zu unterschlagen? Warum mußte das deutsche Volk den greulichen, unbarmherzigen, barbarischen Krieg mit der entsprechenden Niederlage über sich ergehen lassen, ehe man ihm etwas vom ewigen Frieden erzählen durfte? Waren die Geistlichen wirklich nichts mehr als untergeordnete Organe der Kaserne, die militärische Befehle mit Kadavergehorsam auszuführen hatten, von denen kaum einer zu rebellieren wagte? Daß die 20jährigen Rekruten, Kinder noch dem Charakter nach, sich willig auf den Kasernenhöfen dressieren ließen, das kann man verstehen. Daß die so Dressierten nachher sich durch die Unteroffiziere, Sergeanten und Feldwebel für irgendein Kriegsziel begeistern ließen und völlig urteilslos ins Feld zogen, um, ähnlich wie Don Quijote de la Mancha gegen die Windmühle, so gegen die in gleicher Weise dressierten, imaginären „Feinde“ zu ziehen, auch das kann man verstehen, wenn man weiß, wie gering die Zahl selbständig denkender Staatsbürger heute noch ist. Siehe den Reichstag! Aber was man nimmer recht verstehen kann, das ist dies völlige Versagen der Geistlichkeit in der Friedensfrage. Das waren nicht mehr zitternde, vor jedem Vorgesetzten in die Knie sinkende Rekruten, Soldaten, Jünglinge, Kinder, die da auf Befehl die ins Feld ziehenden Truppen segneten und sie zu fleißiger „Arbeit“ aufmunterten. Nein, fertige Männer waren es, Männer, im Vollbesitz der Kraft. Und man kann auch nicht annehmen, daß diese Geistlichen niemals etwas von Christentum und christlicher Liebe gehört hatten. Einen Schimmer dieses Geistes mußten sie doch aus der Kinder-

stube und vom Weihnachtsbaum her über ihre Universitätsstudien hinaus ins Leben gerettet haben. Und wenn sie diesen Schimmer noch besaßen, wie kam es, daß nicht einer unter ihnen den Mut der Rebellion hatte, den Mut, die Leute mit dem Kreuz niederzuschlagen, die von ihm solche ungeheuerliche Entwürdigung und Verspottung des Christentums, der Lehre von der Liebe und des Friedens forderten? Staatsknechte, Götzendiener waren es, keine Christen. Daß nicht einer rebellierte, beweist, wie tief das Volk in seiner Gesamtheit vom Kapitalismus herabgezüchtet worden ist, erklärt auch, wie es möglich ist, daß für die in Bayern immer noch gefangen gehaltenen Männer der Münchener Räteregierung, die doch keine Sparkassengelder unterschlagen, keine Mündelgelder verfälscht hatten, nicht das geringste von Seiten des Proletariats unternommen wird. Um sich einen besseren Lohn zu erkämpfen, sind sie jederzeit bereit, in den Streik zu treten. Aber um die in den Gefängnissen schmachenden revolutionären Genossen mit dem gleichen Mittel zu befreien, dazu ist die Bande unfähig. Es wiederholt sich hier dieselbe schmachliche Geschichte wie 1918 beim Zusammenbruch, wo Ludendorff den Waffenstillstand unter Preisgabe unserer kriegsgefangenen Kameraden abschloß. Der Staat, das Ungeheuer, der verpestete Klassenstaat, die Unzucht, haben das Volk entwürdigt, so weit entwürdigt, *daß sie sich öffentlich zur Lehre des Friedens und der Freiheit bekennen, hintenherum aber dieselbe hohe Lehre durch Verneinung des ewigen Friedens lächerlich zu machen suchen*. Und da wundert man sich noch, daß dieses Volk sich völlig unfähig erweist, um die Schwierigkeiten der durch den Krieg geschaffenen Lage zu überwinden, und nun offiziell in der ganzen Welt betteln geht. Man hat durch den für Staatszwecke geübten Mißbrauch der religiösen Gefühle (Trieb nach Erkenntnis) das Volk geistig gebrochen.

Zu Kants Sätzen wäre noch vieles zu sagen, manches zu kritisieren, Widersprüche aufzuzeigen. So sagt er im Satz (1), daß die Staaten in gesetzlosem Zustand nebeneinander leben, im Gegensatz zum gesetzlichen Zustand innerhalb der Staaten. Wie wenig gesetzlich diese Zustände im Staate aber sind, zeigt er uns selbst im Satz 7. Auch unterscheidet er innerhalb der Staaten nur zwischen dir und mir, nicht aber zwischen den herrschenden und beherrschten Schichten. Wie leicht aber wäre es, den Unterdrückten sich den unter Punkt 7 als Ideal dargestellten Zustand zu Schaffen, wenn jeder es nur mit „Dir“ zu tun hätte. Darum, weil er diesen heutigen Gewaltzustand übersah, konnte er auch den gewaltsamen Umsturz ablehnen und sich für die im Schlußsatz empfohlene Entwicklung auf dem Wege der Reform aussprechen. Gewaltsame Zustände aber lassen sich nicht ohne Gewalt und auf dem friedlichen Wege der Reform, der parlamentarischen Arbeit durchsetzen. Letzteres ist nur dann möglich, wenn die an der Reform aktiv beteiligten in numerisch so großer Übermacht gegenüber den (bewaffneten) passiv Beteiligten stehen, daß letztere jeden Widerstand für überflüssig ansehen und ohne zu fechten

die Waffen strecken. Letzteres wird in Deutschland eintreten, sobald die Einheitsfront des Proletariats Tatsache wird. Es wird nur darum ein unblutiger Vorgang und Sieg sein, weil die herrschende Klasse unvorsichtigerweise den Proletarisierungsprozeß so weit hat gehen lassen. Sonst, in anderen Ländern, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., würde die auf Schaffung des in Satz 7 bezeichneten Zustandes ausgehende Revolution auf die organische Übermacht der Kapitalisten stoßen und wahrscheinlich im Blut erstickt werden. Aber wenn auch in Deutschland der Kantsche Frieden ohne Blutvergießen und Massenmorderei geschaffen werden wird, *so wird man doch nicht sagen können, daß er der Gewalt entbehren konnte.* Im Gegenteil, dank der Übergewalt, der Allgewalt, wird es so kommen.

Die Freiwirte erwarten nicht viel von der Moral (Satz 4), Wissen auch nicht recht, was darunter zu verstehen ist. Vielen ist das Wort ein Schlagwort. Übrigens geht auch bei Kant die Moral bereits in die praktische Vernunft (Satz 1) über und wir glauben, daß je mehr wir die Moral vernünftig werden lassen, umso mehr werden wir von ihr auch für den Frieden erwarten können.

Fritz Crapong.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Freiwirtschaftliche Definitionen.

Besser keine Definition als solche mit Worten, deren Inhalt nicht widerspruchlos als eindeutig anerkannt ist. Die Definition ist der Schlußakt der Untersuchung. Ihre Worte müssen der Sprache der vorangegangenen Untersuchung entnommen werden, wo sie inhaltlich fest verankert worden sind. Wer sich mit der Definition begnügen und die Untersuchung sparen will, die zu ihr geführt hat, setzt sich der Gefahr aus, daß er den einzelnen Worten der Definition einen anderen Sinn unterstellt.

Manche haben es als einen Mangel meiner Grundrentendarstellung bezeichnet, [Die natürliche Wirtschaftsordnung,] daß ich die Untersuchung nicht in eine Definition ausklingen ließ. Es wäre ja auf Grund dieser Untersuchung ein leichtes gewesen, auf die Frage: Was ist die Grundrente?, mit einem ebenso kurzen Satz eine erschöpfende Antwort zu gebend

Mir scheint aber, daß das, was hier als Mangel bezeichnet wird, eher ein Vorzug ist. Ich habe die Grundrente von allen Seiten und so scharf wie möglich betrachtet, so scharf, daß jeder, der meinen Ausführungen aufmerksam gefolgt ist, in der Lage sein muß, auf die Frage:

Was ist die Grundrente!, selber die Antwort zu formulieren, und zwar so zu formulieren, daß sie den Vorkenntnissen des Fragestellers angepaßt ist. Und ich glaube, daß ich dieses Ziel erreicht habe. Mehr aber kann man

heute nicht verlangen. Eine Definition, die für alle Fragesteller ohne weiteres eindeutig wäre, kann man heute von der Grundrente nicht geben, weil die Ausdrücke zwei- oder vieldeutig sind. Im jetzigen Entwicklungsstadium unserer volkswirtschaftlichen Sprache (Kauderwelsch), müßte man jeder Definition ein Wörterbuch der Volkswirtschaft beifügen.

Einige Definitionen der Grundrente mögen das Gesagte beleuchten:

1. „Das Pachtgeld, das ein Grundstück abwirft oder bei einer öffentlichen Verpachtung abwerfen könnte, das ist die Grundrente.“

Die Definition soll uns eine Vorstellung des definierten Gegenstandes geben. Hier aber wird statt eines solchen Bildes einfach ein anderes Wort an die Stelle des zu definierenden gesetzt. Pachtgeld – Grundrente. Über die Herkunft, die Natur und Begrenzung der Grundrente sagt diese „Definition“ nichts.

2. „Die Grundrente ist derjenige Teil des Bodenproduktes, der den Arbeitslohn übersteigt.“ Ganz recht. Aber eine Definition ist das auch nicht, weil über den Lohn nichts gesagt ist. Sie hat denselben Fehler, den auch die Ricardosche Definition hat, die die Frage: Was bestimmt den Lohn oder die Produktionskosten?, offen läßt. Dem Bauer erscheint die Ernte als das Produkt seiner Arbeit oder auch als Produkt seines Ackers. Wo er den Strich ziehen muß, wo wirtschaftlich Arbeit und Acker ineinander überfließen, das kann ihm nur die Lohntheorie sagen. Die Definition der Grundrente muß also zugleich eine Definition des Lohnes sein, und darüber hinaus auch eine Definition des Kapitalzinses, da dieser vom Ackerprodukt auch noch einen Teil für sich beansprucht. Die Grundrente ist eben ein Element des Verteilungsproblems, und wenn wir eines dieser Elemente definieren wollen, *so muß die Definition der übrigen Elemente vorangehen*. So wird dann die Definition schließlich zu einer neuen Abhandlung über die Verteilung der Güter. Jedes einzelne Wort steht eben in unlösbarem Zusammenhang mit den Gesamterscheinungen der Volkswirtschaft, wie die einzelnen Organe des Tieres.

3. „Was Lohn und Kapitalzins übrig lassen, das ist die Grundrente.“ Dieser Satz hat dieselben Mängel wie die vorangehenden. Und so wird es wohl allen „Definitionen“ ergehen, die das Wesen der Grundrente erschöpfend in einen Satz fassen wollen. Sie scheitern sämtlich an der Unfertigkeit unserer volkswirtschaftlichen Sprache. Es haben zu viel Lügner und Volksbetrüger von jeher diesen Teil der deutschen Sprache vergiftet, um heute mit ihr ein Kunstwerk zu schaffen, als welches man doch immer eine gut gelungene Definition ansprechen muß. Sache der Freiwirte wird es sein, diesen Augiasstall zu reinigen. Wenn wir einmal das freiwirtschaftliche Wörterbuch geschaffen haben – dann wird es leicht sein, in drei Worten die Grundrente zu definieren.

Voraussetzungen der Politisierung der Freiwirtschaftsbewegung.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Bereits der Essener Bundestag bekannte sich, wenn auch noch vorsichtig, zur Politik. Eine gewisse Scheu ist gegen die Politisierung des Bundes auch heute noch nicht überwunden. Mancher fürchtet wohl, daß er sich dann entscheiden müsse, seine außerfreiwirtschaftliche politische Einteilung und Tätigkeit anzugeben und wirklich die spezifisch freiwirtschaftliche Politik mitzumachen oder abseits zu stehen vom Befreiungskampfe der Freiwirte, wenn er nicht gar politisch sich gegen die Durchführung der von ihm einst theoretisch vertretenen Freiwirtschaft zu wenden genötigt sieht.

Die freiwirtschaftliche Politik ist eben eine besondere, die man nicht innerhalb anderer Parteien oder sonstiger Organisationen betreiben kann. Sie verträgt sich nun einmal mit keiner der von den bisherigen politischen Richtungen betriebenen Politik – nicht einmal mit der der Pazifisten, da diese von Moral und Recht (internationalen Verträgen, Völkerbund) zu viel erwarten und dementsprechend ihre Politik eingestellt ist.

Wir wissen, daß dem Frieden Opfer gebracht werden müssen, das Opfer aller Vorrechte, das Opfer des Kapitalismus. Was das heißt, darüber sind wir uns ebenfalls klar. Unsere schlimmsten Feinde sind die behutsam arbeitenden, unsichtbaren, die jeder antikapitalistischen Bewegung erstehen. Der Kapitalismus hat bisher alle gegen ihn gerichteten Spitzen umgebogen – indem er die Organisationen, die ihn stürzen wollten (auch deren Gedankenwelt) in eigene Regie nahm und für seine Zwecke nutzte. Restlos alles hat er auf diese Weise verdaut – wie z. B. (mit Hilfe der Kirchen) das Christentum, das doch auch einmal eine revolutionäre Bewegung war. Heute kann jeder Kanonengießer und jeder Generalfeldmarschall ein guter Christ sein, kann jeder Geistliche die Waffen segnen!

Die Verdauung des antikapitalistischen Giftstoffes beginnt mit der Neutralisierung der Schärfen des Programms. Diese werden zunächst durch „taktische“ Rücksichten und erste unmerkliche Konzessionen unschädlich gemacht. Wie einleuchtend und beredt lassen sich diese begründen. Das Wachstum der Bewegung gibt den Vertretern der Rücksichten neue Gründe und vermehrten Einfluß in der Bewegung. In Wirklichkeit ist aber nunmehr die Entwicklung der Bewegung in den Sand, dahin, wohin bisher alle gekommen sind, nicht mehr aufzuhalten. Die Rücksichten erweisen sich als untaktisch.

Mit Hilfe nämlich des nun bekömmlicheren Programms – manchmal auch nur des Tones des Programms – wirbt man weiter und lockt neue Neutralisierungsmittel und richtige Gegengifte in die Bewegung. Die unter Rücksichtnahme Angelockten locken mit weiteren noch größeren Rücksichten eine große Zahl von Menschen in die Bewegung, die nie durch die ungemilderten Forderungen anzulocken gewesen wären; sie machen schließlich auch ausgesprochenen Gegnern, die das ursprüngliche Programm abgestoßen

hätte, den Anschluß möglich. Damit ist das Schicksal der Bewegung besiegelt.

Die Gegner der .falschen Rücksichten, wie auch ihre ersten Befürworter, die da glaubten, es genüge, wenn sie allein nur das Ziel klar vor Augen hätten, beide kommen in der Bewegung nicht mehr zur Geltung. Erstere werden überstimmt, letztere machen, ihrer Art treu bleibend, immer weitere Konzessionen, durch die sie sich einen Rest von Einfluß zu erhalten glauben. Über das Programm, Politik und Taktik bestimmen die auf Grund der „Taktik“ Gewonnenen, die obendrein meist von Kapitalisten gegängelt werden. Und außerdem merkt es auch niemand, wenn ausgesprochene und bewußte Retter des Kapitalismus sich in der Bewegung breit machen. Woran soll man das erkennen? Das Programm ist längst so zurechtstutzt, daß jeder Kapitalist es unterschreiben und öffentlich vertreten kann. (Dabei verstehe ich unter „Kapitalist“ nicht einen Menschen, der Geld hat, sondern jemand, der den Kapitalismus verteidigt.)

Ist so die Bewegung nach Jahren äußerer Pracht und innerer Hohlheit als das erkannt, was sie ist: ein Instrument zur Ansaugung und Unschädlichmachung revolutionärer Kräfte, dann entsteht neben ihr eine neue, eine Abspaltung, die aber dasselbe Schicksal erleidet, wenn ihre Gründer nicht von Anfang an fest, unerbittlich fest bleiben.

Man könnte nun meinen, alle diese Gefahren beständen für die FFF-Bewegung nicht, weil ihre Forderungen klar und eindeutig seien. Aber was nützt das, wenn man sie nicht klar und eindeutig, mit aller Schärfe, die die Geister scheidet, ausspricht und mehr als das: in das Programm setzt? Auf dem Leipziger Bundestag zeigte der Widerstand gegen die genaue Formulierung dessen, was wir unter den drei F eigentlich verstehen, wie groß auch für uns die betriebene Gefahr ist.

Für unsere politische Organisation sind sogar mit der Anlockung und dem Einfluß zielunsicherer Köpfe schlimmere Gefahren verbunden. Denn während bei den gewöhnlichen antikapitalistischen Organisationen, die ihren Lauf gleich mit Verschwommenheiten beginnen, die Tatkraft von Anfang an durch die Undeutlichkeit des Zieles gelähmt ist, sodaß sie ziemlich friedlich ihren Weg zur blendenden Hohlheit vollenden, spornen die aus Gesells Schriften sich ergebenden freiwirtschaftlichen Forderungen mächtig zu entscheidenden Taten an. Die Zielklaren, die da wissen, daß es im Kampfe mit dem Kapitalismus aufs Ganze geht, werden daher stets versuchen, die Organisation zu Taten mitzureißen. In dem Augenblick aber, da ihnen das gelingt, werden viele (wenn nicht alle), die unter falschen Rücksichten geworben sind und daher nicht genau wußten, wohin die Reise gehen sollte, den Vorkämpfern der Freiwirtschaft in den Arm fallen. Sie sehen sich überrumpelt, und manche werden sich dann auch nicht scheuen, den Staat und alle seine Gewalten gegen diejenigen zu alarmieren, von denen sie sich zu ihnen nicht genehmen Zwecken gemäßbraucht fühlen. Ansätze zu solchem Verhalten wurden dem aufmerksamen Auge bereits sichtbar. Schon, wenn es sich um die bloße Stellungnahme zu politischen Fragen handelt, zeigte sich der Schaden der „taktischen“ Rücksichten in Gestalt einer

durch die Bewegung gehenden Spannung, die die Gefahr immer sich wiederholender Kämpfe und Spaltungen deutlich erkennen läßt.

So kann es denn kommen, daß die verantwortlichen Führer einer solchen Bewegung, durch die Schar der „Anhänger“ über die Kraft der Bewegung getäuscht, sich in Kämpfe stürzen können, die mit fürchterlichem Mißerfolge enden müssen, wenn die vermeintlichen Freunde erschrocken die Fahne im Stich lassen oder gar als Überläufer die feindlichen Reihen verstärken. Solche Mißerfolge können den Besten unter Umständen das Leben kosten.

Alle diese Hemmungen und Gefahren müssen durch die Art der Organisation und vornehmlich durch ein klares politisches Programm von vornherein ausgeschaltet werden. Und das ist eine der Fragen, die uns auf dem kommenden Bundestag beschäftigen muß. Verglichen mit ihr ist die Frage Bund oder Partei von untergeordneter Bedeutung, ein Streit um die äußere Kennzeichnung dessen, was unsere Organisation vor der Welt darstellt. Hinter der Streitfrage Bund oder Partei verbirgt sich die wesentlichere: Bunte Sammlung vieler unter Konzessionen nach vielen Richtungen mit der unvermeidlichen Folge des Mißtrauens der Mitkämpfer untereinander, der Cliquenbildung und der Spaltung der Bewegung bei der ersten besten Gelegenheit, sicher aber gerade dann, wenn sie handeln sollte – oder Aufstellung eines entschiedenen, eindeutigen, klaren und rücksichtslosen Programms, das nicht nur anlockt, sondern auch abstößt, und Sammlung der Kräfte um dieses Programm zu einer Wirklich einheitlichen, aktionsfähigen Organisation.

Die Diskussion über diese Fragen hatte in Leipzig im Anschluß an Gesells Referat lebhaft eingesetzt und soweit es zur Entscheidung kam, war diese im Sinne der hier nochmal begründeten Auffassung gefallen. Der Bundestag bekannte sich nicht nur zur Erfüllungspolitik trotz Ruhrbesetzung, es wurde überhaupt damals der Ausgangspunkt für die Politisierung durch die Begriffsbestimmung von Freiwirtschaft, Freiland und Freigeld festgelegt. Es kam dabei besonders auf die Formulierung des Freilandbegriffes an, weil weit mehr als die Freigeldforderung das Freiland- Freihandelsziel die freiwirtschaftliche Politik bestimmt.

Im Hinblick darauf, daß dem kommenden Bundestag die Aufgabe zufällt, weitere Arbeit für die Politisierung des Bundes zu leisten, gewinnen die bisher nicht veröffentlichten Ausführungen Gesells erneut Bedeutung, weshalb wir sie hier folgen lassen: H. T.

„Mit der aus dem letzten Bundestag (also in Essen, d. Schriftlgt.) beschlossenen Politisierung des Freiwirtschaftsbundes durch Vorbereitung des Volkstentscheids ist uns die Verpflichtung auferlegt worden, uns mit all den großen welt- und staatspolitischen Aufgaben zu befassen, die durch die Reformen, die wir erstreben, berührt werden, und das ist so gut wie das Gesamtgebiet der Politik. Mit diesem Beschluß mußten wir die beschauliche Studierstube verlassen, wo nach Ewigkeitswerten geschürft wird, und wo der Tag, das Jahr, überhaupt die Zeit so gar wenig gilt, wo man Er-

folge mit einem einfachen Geschmunzel bucht, wo Mißerfolge uns nur noch tiefere, kostbarere Schätze ahnen lassen und den Weg der Selbsterkenntnis ebener.

Mit der Politisierung betreten wir die Arena des Kampfes. Hier verlangt das Leben sein Recht, der Tag hat hier 24 Stunden, und schwer lastet auf uns ein neues Gefühl: das der Verantwortung für das Geschick unserer Zeitgenossen. Denn wir greifen unmittelbar in dieses Geschick ein und nehmen die Berechtigung hierfür allein aus dem Glauben, daß unser Handeln von Nutzen für uns und diese Zeitgenossen sein wird. Wer nur nach Erkenntnissen strebt, der weiß, daß ihr Gegenstand auch ohne ihn ewig währen wird. Wer aber Tagespolitik treibt, der weiß, daß nur das geschieht, was er tut, Tag für Tag tut. Darum hat es der Politiker immer so eilig; von schwindsüchtiger Eile ist er besessen. Eine ganz andere Arbeit wird von ihm gefordert, die ganz andere Anlagen, in der Regel sogar ganz andere Männer, erfordert.“

Die Gefahren, die der politische Kampf für unseren Bund und für die Entwicklung des Charakters seiner Mitglieder in sich birgt, sind groß, wenn es wahr ist, was ein so erfahrener Politiker wie Bismarck von diesem Kampfe sagte. Die Politik verdirbt den Charakter, sagte er. Und wer von uns wird nicht lieber die Welt in Trümmer verfallen lassen, ehe er ihr zuliebe seinen Charakter, d. h. sich selbst verkommen läßt. Ich und der Rest, und tiefer Rest soll nicht mehr als das Ich sein. Möglicherweise gelangte Bismarck zu seiner Erkenntnis nach einer wehmütigen Selbstbetrachtung. Doch ich nehme an, daß Bismarck hier von der Parteipolitik sprach. Die Parteipolitik, nicht aber die Politik schlechthin mag den Charakter verderben, weil die Parteipolitik bereits ein Verderbnis ist, und auf sie der Name *Politik*, etymologisch aufgefaßt, eine Schändung ist. Polis heißt die Stadt, pars der Teil. Parteipolitik aber bedeutet einen Stadtteil, ein Haus, möglicherweise eine Kloake, ein Hurenhaus. Wer immer das Ganze vor Augen hat, der kann unmöglich verderben. Kann man sich Galileo als Parteipolitiker vorstellen? Der Mensch nimmt schließlich den Charakter der Dinge an, mit denen er sich vorwiegend beschäftigt. Und da ist es meine Überzeugung, daß die Politik den Charakter nur dann verderben wird, wenn das Ziel als Parteiziel, sich hinter heuchlerischen Redensarten verbergen muß, und darum auch das Programm in der Aussage verschwommen bleiben muß. Wer aber keine Parteipolitik betreibt, sondern einfache Politik, wer darum sein Ziel offen bekennen kann, sodaß Ziel und Aussage sich völlig decken, der braucht nicht zu verkleinern oder aufzubauschen und zu verheimlichen. Für den dürfte die genannte gefährliche Nebenerscheinung des politischen Kampfes auch ausbleiben. Ein völlig klares, schroffes, scharf nach allen Seiten abgesetztes Programm wird nur klare Köpfe anziehen, wird unklare, schwärmerische, unzuverlässige Köpfe abstoßen und schon bei der Werbung als Sieb wirken.

Darum glaube ich, daß wir bei Abfassung des Wortlautes des Programms uns niemals deutlich und unmißverständlich genug ausdrücken

können, und daß auch im Hinblick auf den Umstand, daß der jetzige politisierte Freiwirtschaftsbund unmittelbar aus dem früheren, ganz anderen Zwecken dienenden Bund hervorgegangen ist, und dabei alle Mitglieder hinübernahm, unsere Ziele im Programm einer neuen Klarstellung bedürfen. Bis dahin konnte sich jeder ohne weiteres dem Freiwirtschaftsbund anschließen, dem es nur darum zu tun war, aufklärend zu wirken, und jeder konnte das tun, ohne Unannehmlichkeiten für sich daraus entspringen zu sehen. Und schließlich konnte auch jeder die drei F adoptieren, „wie er sie auffaßte“. Namentlich das erste F, das Freiland-F deutete auch jeder beliebig, manchmal sogar nach den Wünschen der Umgebung. Jetzt aber, da der Bund sich mit den Tagesfragen zu befassen hat und geschlossen auftreten muß, wenn er Eindruck machen will, als Machtfaktor und nicht als Diskussionsklub betrachtet und behandelt werden will, ergibt sich die Notwendigkeit, daß die drei F durchaus eindeutig aufgefaßt und behandelt werden. Wir wollen jetzt in das Leben unserer Zeitgenossen eingreifen. Und da ergibt sich für manchen unserer Bundesfreunde eine ganz neue Situation, voller Unannehmlichkeiten, ja sogar Gefahren für sich und für die Seinen. Allen Haß, dessen die menschliche Seele fähig ist, sammeln wir auf unser Haupt. Und zwar den Haß der Mächtigsten auf Erden, den Haß der Geldfürsten, der Kraut- und Schlotbarone, den Haß der Leute, die den Erzberger, den Rathenau ermordet haben, die gewohnt sind, im Kriege Millionen und aber Millionen Mitbürger ihren Interessen zu opfern. Sollen wir nun bei unserem Vorgehen, bei der Ausgestaltung unseres Programms Rücksicht nehmen auf derartige persönliche Angelegenheiten? Wir können Rücksichten irgendwelcher Art nicht nehmen, und zwar ebensowenig wie wir Rücksichten auf das Schmarotzertum nehmen, das wir angreifen. Rücksichten nehmen wäre ja schon das, was als eine Folge der politischen Tätigkeit von Bismarck bezeichnet wurde. Rücksicht nehmen heißt unser Programm bereits in der Aussage verdunkeln, heißt damit Elemente an uns ziehen, die nicht die Absicht haben, den letzten, entscheidenden, vielleicht gefahrvollen Schritt zu tun, heißt somit auch ängstliche willensschwache Personen, Spießbürger in unsere Reihen locken, heißt einen großen Haufen um uns sammeln, der uns eine fiktive Macht vortäuscht, läßt uns letzten Endes auch Schritte unternehmen, die sich auf solche Fiktion stützen, und die uns untere Umständen aufs Schaffott bringen. Rücksichten nehmen heißt, daß der Bund in der Stunde der Entscheidung, wenn alle Mann auf den Damm gerufen werden müssen, dem Spaltungsprozeß unterworfen wird, wie das gerade jetzt die Sozialisten erlebt haben, deren Partei von Schwindlern, Verrätern, und Philistern durchsetzt war. Einer solchen Gefahr wollen wir uns nicht aussetzen. Jeder, der sich uns nähert, muß genau wissen, daß wir aufs Ganze zielen, daß wir den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten uns vorgenommen haben und keine Kompromisse kennen. Was wir wollen, soll deutlich im Programm gesagt werden und das, was wir wollen, soll dann geschehen.

Wir haben es mit den Kapitalisten zu tun, und zwar in erster Linie

gerade mit den Kapitalisten, die in allen kapitalistischen Fragen den Ton angeben, mit dem Finanzkapital. Hier wissen sie schon lange Bescheid, daß ihre uralten auf die Babylonier zurückgehenden Vorrechte in äußerster Gefahr schweben, ja daß sie erledigt, für alle Ewigkeit erledigt sind, wenn wir, wenn der Freiwirtschaftsbund ans Ruder kommt. Und mit welcher Niedertracht diese Gesellschaft zu kämpfen bereit ist, das haben wir schon erfahren, das hat uns der Brief der Reichsbank, den der Neue Kurs veröffentlichte, zu klarer Erkenntnis gebracht. *Totschweigen*, die giftigste und feigste Waffe, die es gibt, die wendet die Reichsbank, als Prokurist der Haute Finance, uns gegenüber an. Wer ehrliche, gerade Ziele verfolgt, der läßt in einer Demokratie keine Gelegenheit verstreichen, um diese Ziele in neues, schärferes Licht zu setzen, der nimmt jeden Fehdehandschuh auf, der ihm entgegengeworfen wird. Der schaut auch nicht ruhig zu, wie eine doch bereits große Gesellschaft von Männern sich an einem nach der eigenen Überzeugung hoffnungslosen Problem verblutet. Das ist Sadismus. Hatte die Reichsbank den Beweis in der Tasche, daß wir einem Gespenst nachrennen, so war es ihre Pflicht, diesen Beweis hervorzuholen. Konnte sie uns aber nicht widerlegen, so durfte sie nicht den Anschein erwecken, daß sie unsere Sache geprüft hat und uns widerlegen kann. Die Reichsbankbeamten, die doch hier nicht durch persönliche Interessen verführt worden sein können, handeln hier im Auftrage einer höheren Macht, im Auftrage der Leute, die sie in ihr Amt eingesetzt haben, im Auftrag der Haute Finance. Mit dieser Haute Finance, die gewohnt ist, mit allen Mitteln ihre dunklen Ziele zu verfolgen, die die Presse beherrscht, die den Nachrichtendienst monopolisiert hat, die zur Spaltung und Beherrschung des Volkes alle Parteien finanziert, mit dieser Höllenmacht haben wir es zu tun. Und dieser gegenüber werden wir uns nur dann behaupten können, wenn wir eine ebenso geschlossene, hartgesottene Kampftruppe bilden, die auch die äußersten Mittel in Betracht zieht. Denn das ist nun einmal totsicher: **Vor einem einfachen Beschluß einer parlamentarischen Mehrheit, werden die, deren Lebensinteressen wir angreifen, niemals die Waffen strecken.** In grundsätzlichen Fragen hat der Parlamentarismus noch niemals die Feuerprobe bestanden.

Darum: wir müssen den Wegweiser am Eingang, nicht am Ausgang des Weges aufstellen, damit dicht am Ziel die schöne Front sich nicht, wie bei den Sozialisten in Hader und Streit auflöst und lange Reden nicht die Taten ersetzen. Einen großen Haufen, wie ihn die Bodenreformer, die Sozialdemokraten um sich her versammelt hatten, den kann man leicht zusammenbringen. Aber erreichen kann man mit zusammengetrommeltem Volke nichts. Es ist verlorene Zeit. Heute sagt gewiß *Damaschke*: Es hat sich wirklich nicht gelohnt. All die Mühe, um nichts zu erreichen. Und wenn Marx heute seine Partei wiedersehen könnte, so würde er auch ausrufen: es hat sich nicht gelohnt. Wir aber wollen nicht mit dem gleichen Mißerfolg arbeiten, wir wollen ernten. Es kommt uns nicht darauf an, eine Bewegung ins Leben zu rufen. Die Welt bietet uns besseres

als die Genüsse politischer Arbeit. Wir tun die Arbeit wahrhaftig nur um des Zieles willen. Darum wollen wir auch vor allem sicher gehen, auch wenn es darum länger wahren sollte.

Orate fratres et vigilate. Wachtet und betet! In demselben Maße, wie wir an Macht und Ansehen wachsen werden, werden die Kapitalisten versuchen, Sprengkörper in unsere Reihen einzuschmuggeln. Das Geld spielt dann, wenn alles auf dem Spiele steht, keine Rolle. Noch niemals ist ein Kapitalist von einem Proletarier bestochen worden. Was könnte der Proletarier dem Kapitalisten bieten? Aber umgekehrt, da ist die Gefahr groß. Und ihr können wir nur entrinnen, wenn wir die Eingangspforten des Bundes nach Mittag verlegen, dem Lichte zugewandt. Jeder, der sich uns naht, soll es in einem Sprühfeuer von Licht tun. Die Verräter scheuen solches Licht; sie können nur im Trüben fischen. Die Klarheit des Programms, die Eindeutigkeit des Wortlautes wird das Pentagonagramma vor dem Eingang in den Bund bilden, über das zu schreiten dem Teufel bekanntlich verwehrt ist. Wir müssen die Politisierung unseres Bundes also damit in Angriff nehmen, daß wir den Sinn unserer Forderungen, unserer FFF nach allen Seiten hin durchleuchten und in unzweideutigen Worten festlegen, sodaß dann jeder weiß, daß nicht alle Wege nach Rom führen, sondern nur einer, eben der, der die FFF zum Wegweiser hat.“

Die Deckung des Geldes durch Rentenpapiere.

Die Spuren zu den Gedankengängen, die zu der Forderung einer „Gelddeckung“ führen, verschwinden immer auffallend schnell, als ob die Spurengänger sie, wie der Fuchs es macht, immer selber verwischen, damit ihre Ratlosigkeit nicht entdeckt werde. Oder steckt vielleicht überhaupt kein Gedanke dahinter? So oft wird das Wort gebraucht, so vieles bürdet man ihm auf! Unerhört wäre es aber nicht, wenn in dem Worte „Gelddeckung“ nichts als das Nebelmeer zu suchen wäre, in dem sich die Verlegenheit zu verbergen pflegt. In der Volkswirtschaftslehre geht es zu, wie in verschiedenen Religionslehren, wie in der Philosophie, wie in der Medizin. Ist man am Ende seines Lateins, so überbrückt man die Schwierigkeit, indem man ein neues Wort „prägt“. Wie war es mit der Lehre vom sog. Wert? Wie viel Unheil hat dieses Wort angerichtet? Ganze Bibliotheken sind angefüllt mit dicken Werken über Versuche, den Inhalt des Wortes zu ergründen. Wortgeklingel. Im Anfang war das Wort. Dann suchte man den Sinn zu ergründen, wie der Erfinder einer neuen Medizin nachträglich die dazu passende Krankheit sucht. Jetzt wissen die „Wertforscher“ endlich, daß sie nicht mehr zu suchen brauchen. Es ist nichts da; das Wort ist leer.

Ähnlich wird es auch dem Worte Gelddeckung ergehen. Auch hier wird man die verblüffende Wahrnehmung machen, daß alle, die dem

Geld eine von seiner Funktion als Tauschmittel geänderte Deckung zu geben trachten, keine klaren Gedanken haben, daß sie rein gefühlsmäßig vorgehen. Man glaubte aus der Tatsache des Tausches die Folgerung ziehen zu müssen, daß den Waren eine von ihrer Substanz geänderte Eigenschaft, eben der „Wert“ eigen sei. Und aus der Tatsache, daß Waren gegen Papiergeld, das frei von solcher „Werteigenschaft“ sei, ausgetauscht werden, glaubte man den zum Tausch unbedingt nötigen „Wert“ anderswo, in der Deckung lokalisieren zu müssen. So zieht ein Wahngewirre das andere nach sich, bis die Köpfe, die Universitäten, die Bibliotheken, die Verfassung, die Irrenhäuser voll davon sind. Und dann kommen aus solchem Irrenhaus schließlich die Vorschläge zur Stabilisierung der Mark.

Da die Ereignisse Havenstein die Deckung seiner Banknoten entrissen hatten, glaubte er nicht mehr an seine Banknoten. Er war der erste, der ihnen den Kredit schnitt. Für ihn waren sie totkrank. Am besten war es dann, sie „absterben“ (Ausdruck Helfferich, den auch sein Schüler Hilferding übernahm) zu lassen. Und tatsächlich tat er auch nie das Geringste, um sie am Leben zu erhalten. Wie wenig sich Havenstein vom Deckungsgedanken losreißen konnte, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß er die Inschrift der Banknoten, die nur in Verbindung mit der „Deckung“ überhaupt einen Sinn hatte, bis zuletzt unverändert ließ. „Eine Billion Mark zahlt die Reichsbank usw ...“, so schrieb er bis zu seinem Tode. Wenn die Reichsbanknote voll gedeckt gewesen wäre, dann würde Havenstein nach Professor Mudikes Berechnungen drei Jahrmillionen gebraucht haben, um eine einzige seiner 73 Millionen Billionennoten zu zählen und zu „zahlen“. Havenstein ist ein Opfer der aus dem Gedankenwust der Wertlehre hervorgegangenen Deckungslehre.

Der Deckungsgedanke schuf die neue Rentenmark. Die Reichsbanknote überläßt man ihrem „Schicksal“. Sie ist ja „abgestorben“. Mit ihr ist nichts Ordentliches mehr anzufangen. Sie hat ja keine Deckung mehr, ist also nicht einmal mehr gut für den Abdecker. Aber für die Herstellung der für die Goldwährung nötigen Münzen oder Goldbarren fehlt der Rohstoff, das Gold. Vorrätiges, greifbares Gold. Da kam der Gedanke, an Stelle des greifbaren Goldes eine Goldforderung zu stellen. Man sagt errötend, daß das keine ideale Lösung sei. Es handle sich um eine Zwischenlösung. Goldforderung, später Goldmetall. Dann ist die Währungsfrage wieder zur Zufriedenheit der Maßgebenden gelöst. Und keiner zieht aus den Ereignissen vom August irgend eine Nutzenanwendung. Aus der Geschichte darf man nicht lernen. Keiner stellt die Frage, was aus der Deckung der Reichsbanknote geworden wäre, wenn die Deckung nicht 1914 gleich gesperrt worden wäre? Und noch weniger fragt man, ob denn die heutigen finanziellen und politischen Zustände eine Aufhebung der Sperre gestatten würden. Und dennoch spricht man von der Notwendigkeit einer Golddeckung. Man will eben dem vertriebenen und legitimen Anwärter den deutschen Geldthron für spätere Zeiten sichern. Darum stellt man die

Goldwährung als das Ideal hin, um von vornherein allen anderen Lösungsversuchen den Stempel „Kriegsersatz“ aufdrücken zu können, womit man dann schon das ganze Volk für die Goldwährung gewonnen hat.

Es gibt nur *eine* Deckung für das Geld, die nie versagt, das ist die Funktion des Geldes als Tauschmittel. Es gibt nur eine Sicherheit für das Geldwesen, das ist eine sachverständige Verwaltung. Alles ist überflüssig, was mehr ist als das Gesagte. Das überflüssige ist aber Ballast, und in der Wirtschaft ist Ballast schädlich. Das wird sich auch mit dem Ballast, den man dem neuen Papiergeld aufgebürdet hat, erweisen.

Zunächst wird man eines Wahrungsamtes und einer öffentlichen Kontrolle des Geldwesens entraten zu können glauben. Die Deckung ersetzt beides, so sagt man denen, die nie alle werden. Die Deckung wird als Verwaltungsautomat wirken, wie es früher mit der Deckung der Reichsbanknote der Fall war. Dieser Automat arbeitete so sicher und genau in den seit Einführung der Goldwährung bis zum Kriege verstrichenen 50 Jahren, daß die Reichsbank überhaupt nicht einzugreifen brauchte! Ja, nicht einmal eine Nachprüfung war nötig, ob die Währung das hielt, was von ihr zu verlangen war. Die Reichsbankbeamten bezogen ihre Gehälter und die Borsenmanner, die Hintermänner der Bankinstitute, besorgten das übrige. Die Börsenkurse gingen auf und ab. Die Preise stiegen; sie fielen. Die Wirtschaftskonjunkturen zeigten eine sageahnliche Kurve, von der jeder Zahn Spuren von Blut und Menschenfleisch zeigte. Der Automat besorgte das alles zur vollen Zufriedenheit der die Gehälter beziehenden Beamten. Der Automat, die Deckung war die herrlichste Erfindung, die sich ein Staatsbeamter vorstellen kann, der seine Mission begriffen hat. Man bedenke: 50 Jahre Gehalt beziehen und wahrscheinlich sogar ein gutes Gehalt, um 50 Jahre weiter nichts zu tun, als die Arbeit eines Automaten gedankenlos zu betrachten und zu bewundern. Denn zu bewundern war vieles, namentlich der geruschlose Vorgang der an den Börsen sich anhäufenden Riesenvermogen (Abfallprodukt des Automaten), dann die, ebenfalls als Abfallprodukte angesehenen Krisen (Börsenkrach) mit ihren Folgen auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit. Fünfzig Jahre solche Vorgänge sich immer und immer wieder wiederholen sehen und sich keine Gedanken dabei zu machen brauchen! Das ist ein Posten für einen echten Staatsbeamten, für Beamte ähnlich denen, die in den letzten Jahren die Eisenbahn- und Posttarife ausgerechnet haben, die es ermöglichten, daß man für einen Dollar und weniger quer durch das ganze Deutsche Reich im Schlafwagen reisen konnte, ähnlich den Beamten, die den Stinnes und Konsorten die Kohlensteuern so lange stundeten, bis sie durch die Inflation ausgehöhlt waren. Ähnlich den Forstleuten, die das Holz der Staatsforsten auf Kredit verkaufen und Jahre brauchten, um zur Erkenntnis zu kommen, daß hier der Staat um ungeheure Summen beschwindelt wurde.

Solche ideale Posten für ideale Beamte wünscht die Hochfinanz jetzt wieder mit der Rentenmark zu schaffen und um den Schwindel vor den

Augen der Menge zu verdecken, erfand man die Deckung, den Automaten, wo-durch alles, was jetzt auf der Börse geschehen wird, nicht als Pflichtvergessenheit der Beamten der Rentenbank nachweisbar sein wird, *sondern als ein natürliches unabwendbares Geschehen hingestellt werden kann*. Und dafür, daß in diesen Beamtenapparat keine Männer hineingebracht werden, die den Sachverhalt aufdecken konnten, werden die Hintermänner der Banken schon sorgen. Warum hat Stinnes so viele Zeitungen mit 10 vielleicht 20 Dutzend Redakteuren gekauft? Werden diese Blätter nicht ihre Fittige über die Rentenmark, ihren Automaten und ihre Nutznießer breiten und jede Kritik zu hintertreiben wissen?

Entweder wir schaffen dem Geld eine zielstrebige, ehrliche, den Volksinteressen dienende Verwaltung (Währungsamt), dann ist jede Deckung des Geldes überflüssig, dann läßt sich auch mit dem Geld, das die Reichsbank bis jetzt verwaltete, brauchbare (relativ zur Goldwährung) Arbeit leisten, oder wir überlassen alles dem Automaten, der Deckung, und bewundern staunend, wahrscheinlich sogar mit neidischen Augen die Riesensummen, die aus den Taschen des arbeitenden Volkes Tag für Tag in Gestalt von Börsendifferenzen, Profiten und Schwindel in die Gewölbe der Spekulanten übergeführt werden.

An harmlosen Erklärungsversuchen für die gewaltigen Sprünge, die die Preise, die Kurse machen werden, wird es niemals fehlen, Erklärungen, die allen denen, die an die Wirksamkeit der Deckung des genannten Automaten glauben, durchaus plausibel erscheinen werden. Aber an die falsche Konstruktion des Automaten, an die faulen theoretischen Grundlagen der Rentenmarkwährung wird niemand denken. Schließlich wird man die übelsten Erscheinungen damit beschönigen, daß man sagt: es ist ja nur eine Zwischenlösung. Das Ideal ist die Goldwährung. Zu ihr können wir aber nicht zurück, weil der Vertrag von Versailles uns bedrückt. Ach, hätten wir doch wieder die Goldwährung!

Hier einige der beliebtesten Erklärungen für die Erscheinungen, die die „Deckung“ der Rentenmark auf dem weiten Gebiete der deutschen Wirtschaft auslösen wird.

Der Umlauf von Rentenmark ist begrenzt durch die Deckung, d. h. durch den Börsenkurs der Deckung, die vom Rentenpapier gestellt wird. Und die Rentenpapierkurse unterliegen der Bewertung der Sicherheit, die der Schuldner bietet [Bei einem Kurse von 50 des Rentenpapiers wird die Deckung genau halb so groß sein, wie beim Parikurs.]. Diese Bewertung geht von der Börse aus, und wird durch die Stinnespresse als die Bewertung durch die öffentliche Meinung hingestellt. Knurren die Franzosen, muxen die Kommunisten, streiken die Bergleute, bellen die Nachbarn ringsum, dann wird der Kredit des Deutschen Reiches als „erschüttert“ dargestellt. Dann gehen die Rentenbriefe

um 5, 10, 20% herunter und dann „muß“ [Dieses „muß“ ist selbstverständlich hier nur mit der Forderung der Deckung zu begründen.] weil dadurch die „Deckung“ um ebensoviel abgenommen hat, auch der Umlauf des Rentenmarkgeldes entsprechend beschnitten werden. Dann gehen wegen Geldmangel alle Preise zurück und auch alle Kurse an der Börse. Dann ziehen die, die die öffentliche Meinung über die Kreditwürdigkeit des Reiches machen und die den „Konjunktursturz“ kommen sahen, die Gewinne ein. Das ist die Spekulation „à la baisse“.

Sind diese aus dem Preissturz gezogenen Gewinne eingeheimst, dann kann die Kreditwürdigkeit des Reiches wieder in rosigeren Farben dem Volke dargestellt werden. Dann lassen die zehn Dutzend Stinnesredakteure wieder Friedensschalmeien ertönen. Dann „erholen“ sich die Papiere wieder. Dann steigen auch die Kurse der Rentenpapiere, dann kann wieder mehr Rentenmarkgeld abgegeben werden. Dann diskontieren die Banken wieder, dann steigen auch wieder die Warenpreise. Dann wird wieder mit Hochbetrieb gearbeitet, dann fließen wieder die Dividenden und dann streichen die, die die öffentliche Meinung machen, wieder die Differenzen ein, weil sie diesmal „à la hausse“ sich gelegt hatten.

Das Problem der Ausnützung von Ebbe und Flut ist hier gelöst, dank der genialen Erfindung Helfferichs, dank der Rentenmarkdeckung.

Die Rentenbriefkurse schwanken nicht allein wegen der schwankenden Bewertung der Kreditwürdigkeit des Schuldners, sondern auch weil der Zinsfuß schwankt. Die Preußischen 3% Papiere, die zum Kurse von etwa 90% ausgegeben worden waren zu einer Zeit, als der Zinsfuß niedrig stand (Baissezeit), standen vor Kriegsausbruch auf ungefähr 60 oder 65%, weil der allgemeine Zinsfuß (Haussezeit) stark gestiegen war. Diese Änderungen in der Höhe des Zinsfußes werden fortbestehen und darum wird man auch damit rechnen müssen, daß die Kurse der Rentenmarkrentenbriefe, weil sie einen festen Zinsfuß haben, alle Änderungen des allgemeinen Zinsfußes mitmachen werden. Steigt der Zinsfuß von 3 auf 5, dann geht der Kurs der Rentenmarkrentenbriefe um 50% zurück und dann muß der Umlauf von Rentenmarkgeld ebenfalls (dem Deckungsgedanken entsprechend) um 50% gekürzt werden. Und umgekehrt, wenn der Zinsfuß fallen sollte. Und alle diese kleinen und großen Schwankungen in der Höhe des Zinsfußes werden sich auswirken in Börsendifferenzen, in Krisen, in allgemeinen Konjunkturschwankungen. Und auf diese Konjunkturschwankungen werden sich an der Börse diejenigen wohl einzurichten wissen, die heute behaupten, daß wir keines Währungsamtes, keiner aktiven Währungspolitik bedürfen, *daß wir alles von der Deckung des Geldes erwarten müssen.*

Die Rentenbriefe lauten auf Goldmark, nicht auf Goldgramm. Und was wir uns unter Goldmark vorzustellen haben, das sagt uns die Inschrift

der Dollarschätze. 1 Dollar = 4,20 M. So sagt die Inschrift. Was ist nun ein Dollar? In Amerika ist niemand, der das zu sagen weiß. Höchstens wird man sagen: Ein Dollar ist eine Anweisung auf eine bestimmte Menge Feingold. Stimmt das? Wenn ja: warum hat man dann diese bestimmte Menge Gold nicht in den Dollarschatzanweisungen angegeben anstelle des Dollars? Wenn nein, dann bleibt die Frage offen, wer darüber in Amerika zu bestimmen hat, was ein Dollar ist und in Zukunft sein soll? Und je nachdem, wie der Dollar „gemanaged“ wird, wird auch hier die Rentenmark anders gemanaged werden müssen. In Amerika waren im Jahre 1920 die Warenpreise und die Börsenkurse in Dollars um etwa 100% höher als im Jahre vor Kriegsausbruch. Dann wurde der Dollar einer Deflationspolitik ohne irgend welche gesetzliche Begrenzung und gesetzliche Sicherung ausgesetzt, mit der davon zu erwartenden gewaltigen Flaute, mit dem Preissturz, mit einer Arbeitslosigkeit sondergleichen. Als der Preisindex auf 140% gesunken war, wurde die Deflationspolitik eingestellt und seitdem steigen die Preise wieder. Jetzt steht der Index auf etwa 160%, gemessen am Friedensindex von 100%.

Sollen wir dem Dollar nun nachrennen? Sollen wir diese tollen Sprünge in Deutschland mitmachen? Soll die deutsche Wirtschaft davon abhängen, wie einige Spitzbuben in Amerika die Notenpresse für ihre Börsenoperationen mißbrauchen? Wer erklärte 1916 in Amerika Deutschland den Krieg? *Ein* Mann. Wer bestimmt heute in Amerika, was aus dem Dollar werden soll? Der Präsident der Federal Reserve Board, *ein* Mann. Und dieser Mann hat keine gesetzliche Bindung irgend welcher Art. Er machte was er für gut hält. Er hat Gold in Händen, genug, um nach dem Deckungsgesetz eine doppelt so große Notenausgabe zu rechtfertigen. Er tut es nicht. Warum? Ihm „scheint“ es, daß die Preise 1920 mit einem Index von 200% zu hoch waren, daß sie 1922 mit einem Index von 140% zu niedrig waren und daß die Preise jetzt mit einem Index von 162 noch nicht hoch genug sind. Möglich, daß es ihm einfallen wird, die Preise nächstes Jahr wieder auf 200 zu bringen, um dann gleich darauf eine neue Deflationspolitik zu inszenieren. Das amerikanische Volk versteht von Währungsfragen nicht mehr als das deutsche Volk. Es mußt nicht, es läßt alles über sich ergehen. Der Präsident der Federal Reserve Board ist niemandem verantwortlich. Genau, wie der Präsident der deutschen Reichsbank. Beide arbeiten virtuell mit Blankovollmacht. Ist die Börse, sind die Hintermänner der Banken mit der Führung der Notenpresse zufrieden, dann wird die Politik des Noteninstituts öffentlich mit Hilfe der Presse gelobt. *Und bisher haben die Noteninstitute den genannten Männern noch niemals Ursache zur Klage gegeben!!!* Weder in Amerika, noch in Deutschland.

Also, was soll es bedeuten, daß wir die deutsche Reichswährung auf den Dollar einstellen, daß wir gesetzliche Zahlungsmittel mit der Inschrift 1 Dollar gleich 4,20 M. herausgeben? Die, die den Vorschlag der Renten

mark machten, haben sich doch irgend etwas dabei gedacht, als sie dieses neue Tausch- und Zahlungsmittel gleichzeitig mit dem Gold und dem Dollar, als sie so die deutsche Währungsfrage mit der amerikanischen verkuppelten? (Auch im Versailler Vertrag hat eine solche Verkuppelung stattgefunden.) *Hat denn von der ganzen Gesellschaft wirklich niemand eine Ahnung von der Größe des Konfliktstoffes, die in den drei Worten steckt: ein Dollar gleich X Mark?* Hat keiner der Sachverständigen die Reichsregierung gewarnt?

Es ist gelungen, die Atome zu zertrümmern. Der Weg zur Herstellung künstlichen Geldes ist damit gebahnt. (So sagt man.) Wenn es gelingt, ist dann eine Rentenmark immer noch gesetzliches Zahlungsmittel, ist dann dieses gesetzliche Zahlungsmittel immer noch identisch mit X Dollar, oder gar mit X Gramm Feingold? Ist syntetisches Gold gleich Naturgold? Kann der Vertrag von Versailles dann auch noch mit einer Fuhre aus Blei und Aluminium gewonnenen Goldes abgelöst werden, nach der Definition: 132 Milliarden Goldmark sind X Tonnen Gold? Solche Fragen läßt man vernünftigerweise doch nicht offen. Man beantwortet sie, ehe sie zu Streitfragen sich entwickeln, und selbst dann tut man das, wenn man auf Grund persönlicher Laboratoriumsstudien nicht an die Zertrümmerung der Atome meint glauben zu müssen.

Ich glaube nicht an die Innozenz und Ignoranz der Männer, die in kleinem Zirkel die Währungsfragen für das deutsche Volk zu lösen pflegen und diese Lösungen dann durch ihre Presse als öffentliche Meinung verkünden lassen. Ich glaube nicht, daß bei der Ausarbeitung des Rentenmarkgedankens und bei der Forderung der Deckung durch Goldrentenbriefe die Schwierigkeiten, auf die oben hingewiesen wurde (eine kleine Auswahl aus einer langen Reihe), ganz vergessen worden sind. Was ich glaube, ist, daß bei den mitwirkenden Beamten einfach Unkenntnis und Unerfahrenheit die Hauptrolle spielten, daß aber bei den treibenden Kräften die Furcht vor der anderen Lösung (die Indexmark), die dem Wucherspiel ein für allemal ein Ende macht, der Grund war, warum mancher diese Bedenken hinwegsah und sie gar nicht zur Sprache kommen ließ.

Die Indexmark, die nur durch ihre Funktion als Tauschmittel (die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel ist von untergeordneter Bedeutung) „gedeckt“ ist, die unter ständiger Kontrolle des Volkes steht, die von einem besonderen Währungsamt verwaltet wird, die durch ununterbrochenes Steuern im gewünschten, vom Gesetz vorgeschriebenen Kurs erhalten wird, die braucht keine Deckung. Die bietet darum den Börsenleuten keine Angriffsfläche mehr, die ist dem Einfluß der Banken völlig entzogen. Das ist der Grund, warum „man“ sie nicht will. Suchen wir nach keinen anderen Gründen. Er genügt.

Freiwirtschaftliche Reparations- und Friedenspolitik.

Am 15. Dezember 1923 wurde in Essen der Kampf Bund der Freiwirte FFF. im Rheinland und Ruhrgebiet gegründet. Am 16. Dezember fand ein Freiwirtschaftstag im Städtischen Saalbau in Essen statt. Nachstehend veröffentlichen wir einen Abschnitt aus dem am Nachmittag gehaltenen längeren Referat, das sich in Ergänzung des Referates von Dr. Tuercke mit den Fragen der Reparation, der Weltwirtschaft und des Friedens allgemein und grundsätzlich beschäftigt.

Die Schriftleitung.

Sobald die jetzt im Gange befindliche finanzielle Abtrennung der Rhein- und Ruhrlande vollzogen sein wird, wird nichts mehr im Wege stehen, um den erwähnten Reparationsbolschewismus in Szene zu setzen. Die Rheinlande werden zweckdienlich mit einem festen, durch den Wehrbeitrag bestimmten Anteil an den Reparationen und den Besatzungskosten belastet werden. Das Problem, das dann zu lösen sein wird, besteht darin, diese Lasten derart auf die Sachwerte abzubürden, daß der Ertrag der Arbeit, der Lohn, die Gehälter der Angestellten und Beamten, nicht davon berührt wird. Soll das große Werk der Befreiung gelingen, dann darf unter keinen Umständen die Reparation sich durch Lohndruck bemerkbar machen, da sonst die Arbeiter, und zwar die besten voran, ihr Ränzlein schnüren würden, um sich durch Auswanderung solchem Drucke der Reparationslasten zu entziehen. Deutsche Arbeiter sind überall in der Welt begehrt. Wenn aber die Arbeiter auswandern werden, wie soll dann die Wirtschaft die für die Reparationen nötigen Überschüsse abwerfen? Im Gegenteil wird es erforderlich sein, daß die in Deutschland bezahlten Löhne soviel Anziehungskraft ausüben, daß die fortgezogenen ausländischen Arbeiter, die Polen und die Italiener, so bald wie möglich wieder zurückkehren. Wenn das eintrifft, dann haben wir den Beweis erbracht daß die finanziellen Reparationsmaßnahmen richtig getroffen waren, und dann ist zu erwarten, daß die Wirtschaft auch noch etwas für die Aktionäre abwerfen wird. Letzteres wird umso mehr eintreten, je besser sie sich in das Unvermeidliche fügen werden, d. h. je weniger Widerstand sie dem Reparationsbolschewismus leisten werden. Im Jahre 1919 wären wir vielleicht mit einer Vermögensabgabe von 40% ausgekommen für die Zwecke der Reparation. Wenn wir jetzt, nach fünf Jahren der Tollhauswirtschaft, 75% dazu brauchen und dann vielleicht noch nichts in Händen behalten werden für die Unterstützung der Bedürftigen, so haben die Sachwertbesitzer solche Verschlimmerung ihrer Lage der betriebenen Verschleppungs- und Verschleierungspolitik zuzuschreiben.

Gelingt es, die Sachwertsteuer von 75% zu beschließen und sie mit Hilfe der französischen Bajonette einzutreiben und dabei trotz dieser gewaltigen Steuer die Wirtschaft in Vollbetrieb zu setzen, und damit den Beweis zu erbringen, daß sich die Reparation nicht als Eingriff in die

Substanz erweist, sondern nur als eine Beschlagnahme der Wirtschaftsüberschüsse, der Dividenden, Renten und Zinsen, dann wird sich an solchem Beispiel das Reich orientieren und die Gesetzgeber werden es dann leichter haben vor dem Volke, die nötigen scharfen Eingriffe in das Privatvermögen zu rechtfertigen. So wird die finanzielle Abtrennung der Rheinlande vielleicht dem Reiche zum Heile werden und dieses vor der völligen Auflösung schützen. Allem Anschein nach aber wird es dahin kommen, daß die Reparationen allgemein als Umlage oder Matrikularbeitrag auf die Einzelstaaten, auf die Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden und von dort schließlich auf die Privatpersonen abgebürdet werden. So wird dann jeder Privatmann genau wissen, wie viel sein Anteil an den Reparationen ausmacht, und jeder wird sich danach in seiner Wirtschaft, in seinem Haushaltsbudget einrichten, der eine heulend, der andere lachend, je nach der geistigen Einstellung.

Ich glaube, nach den Erfahrungen, die wir in den verflossenen fünf Jahren gemacht haben, daß wir solche finanzielle Abtrennung der Rheinlande vom Reich fast als ein Glück begrüßen müssen. Wir sehen hier den ersten Schritt auf einer Bahn, die uns ins Freie zu führen scheint. Während die bisher befolgte deutsche Politik uns ins Chaos getrieben hat.

Freilich, freilich, die Möglichkeit der Reparation hängt heute von vielen Umständen ab, Umstände, die auch nur zum Teil von der Macht der Bajonette beherrscht werden. Unsere bewaffneten Gäste können nicht *mehr* tun, als den guten und harten Willen zu zeigen, sich unter Anwendung der Gewalt bezahlt zu machen nach Kriegerrecht. Mehr können sie nicht. Wie wir es machen werden, um zahlen zu können, das wird unsere Sache sein, eine rein interne deutsche Angelegenheit. Nun ist zu beachten, daß das, was wir Jahr für Jahr werden zahlen müssen, wir durch Devisenbeschaffung zahlen müssen. Und eine Devisen ist eine deutsche Forderung ans Ausland, die durch Ausfuhr von Waren entstanden ist. Wir müssen, um den Betrag der Reparation, mehr Waren abführen, als wir einführen. Es ist das der einzige Weg, der uns offen steht, der einzige Weg übrigens, der jedem Volke offen steht, das dem Auslande verschuldet ist. Es gibt keinen anderen Weg. Das Ausland muß uns für den Betrag der Reparationen mehr Ware abnehmen, als es uns liefert. Wenn zur Herstellung dieses Exportüberschusses ausländische Rohstoffe gehören (Baumwolle, Erze, Metalle, Holz), so muß der Betrag dieser Rohstoffe noch zu der genannten Summe geschlagen werden.

Der Verlauf solcher Finanzoperation innerhalb Deutschlands ist leicht zu übersehen. Wir werden im Deutschen Reich, d. h. die zu steuernden Besitzer der Sachwerte werden es, unseren Warenkonsum um den Betrag der Reparationen kürzen, und was so in Deutschland weniger verbraucht wird, steht den Ausfuhrhändlern zur Verfügung. Die Ausfuhr dieser Waren liefert dann die Devisen. Diese Devisen wird das Reich mit dem Ertrag der Reparationssteuern kaufen und an die Entente abliefern. Der

Steuerzettel verwandelt sich so unmittelbar in eine Reparationsdevisen. Soweit besteht also keine andere Schwierigkeit, als die Einschränkung des Konsums durch die bisherigen Nutznießer des Reinertrages der Volkswirtschaft.

Die Schwierigkeiten stellen sich bei der Frage ein, ob es den deutschen Kaufleuten gelingen wird, den genannten Überschuß an Waren zu erträglichen Bedingungen im Ausland abzusetzen. Ferner besteht eine Schwierigkeit darin, daß die Erzeugung eines solchen Warenüberschusses eine weitgehende Umstellung der Industrie bedingen wird, indem der Weltmarkt andere Waren reklamieren wird, als die Waren, die die deutschen Konsumenten bis dahin zu verbrauchen pflegten. Der Umstand, daß Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete jetzt einen Mehrbedarf an Waren und daher einen Überschuß des Importes über den Export haben wird, der ungefähr dem entsprechen wird, was Deutschland mehr ausführen muß, klärt die genannte Schwierigkeit nur zum Teil; denn die Waren, die Frankreich mehr brauchen wird, sind anderer Art als die, die Deutschland ohne neue industrielle Umstellung heute zu konkurrenzfähigen Bedingungen würde liefern können. Denn es ist klar, daß, wenn z. B. die Pforzheimer Bijuterie-Industrie sich auf die Produktion von Ziegelsteinen umstellen müßte, sie nicht die gleichen Löhne zahlen können. Deutschlands Zahlungsfähigkeit hängt also davon ab, daß es Waren ausführen kann von der Art, für die das Geschick der Industrie gebaut und für die seine Arbeiter ausgebildet wurden. Wir werden daher dafür sorgen müssen, daß die Notwendigkeit einer Umstellung nach Möglichkeit vermieden wird.

Wenn die deutsche Industrie in der Art, wie sie heute betrieben wird und in der sie gewiß auch auf dem Weltmarkt die besten Preise erzielt, fortgeführt werden soll, so gehört ein gewisser Weltwohlstand dazu, wie er vor dem Kriege bestand, oder im Entstehen begriffen war. Die Russen müssen wieder in Berlin ihre Einkäufe machen. In Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, in Griechenland muß der Wohlstand sich breit machen. In England muß die Arbeitslosigkeit überwunden werden. In Frankreich, in Spanien, in Amerika, überall muß fleißig gearbeitet, muß geerntet, müssen Feste gefeiert werden. Das ist die Voraussetzung für alles andere, auch für die deutschen Reparationen. Unser Wohlergehen, die Reparationszahlungen, unsere Befreiung von der Besetzung – alles stellt zur Bedingung, daß die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt werde, verlangt also den Wohlstand der Menschheit. Daß dieser Wohlstand wiederkehre, daß er sich dort entwickle, wo er noch nicht bestand, das muß das Bemühen aller werden, und niemand ist heute so sehr daran interessiert, wie Deutschland, obschon Deutschland von diesem Wohlstand infolge der Reparationszahlungen und Kriegslasten für eine Reihe von Jahren noch ausgeschlossen sein wird. Das wird uns aber nicht mit Neid erfüllen. Die Hoffnung auf die endliche Befreiung von der Besetzung der Rheinlande soll und wird uns alles ersetzen, die Genüsse des Wohlstandes, die Hochgenüsse der Muße und der Ferien.

Was muß aber heute geschehen, damit der Wohlstand der Welt wiederkehre, damit wir für den nötigen Produktionsüberschuß den nötigen Absatz in der Welt finden, zu ausreichenden, zu gehobenen Preisen?

Eine erste Antwort auf diese Frage ist wohl nicht schwer zu geben. Der Krieg zerstörte den Wohlstand, der Frieden wird ihn wieder herstellen. Der Frieden ist die Voraussetzung für alles andere. Sorgen wir also für den Frieden, soweit es in unseren Kräften steht, so weit der Frieden von uns abhängt. Was können wir nicht alles für den Frieden tun? Viel hatten wir bisher für die Forderung des Kriegsgeistes in Deutschland getan, in der Schule, in der Kirche, in der Presse, in der Literatur, in der Kunst, in der Handelspolitik. Wir hatten einen Kriegsminister. Und wenn wir den Kultusminister als den eigentlichen Träger des Kriegsgeistes ansprechen konnten, dann hatten wir sogar zwei Kriegsminister, einen gewöhnlichen Kriegsminister, der sein Handwerk verstand und einen Minister für den Kultus des Krieges. Von beiden Plagen hat uns der Friedensvertrag befreit. Wir können jetzt in Deutschland frei reden. Wir können, ohne uns Zuchthausstrafen auszusetzen, frei alle Forderungen stellen, die für den Frieden zu erfüllen sind. Was in manchen Staaten heute noch unter schwerer Strafe steht: wir dürfen öffentlich den Militarismus als die Wurzel alles Übels bezeichnen. Wir können der Jugend den Geist der persönlichen Freiheit, der Rebellion einflößen, wir dürfen es frei aussprechen, daß wir jeden wie einen tollen Hund niederschießen werden, der uns für Kriegsdienste pressen will. Wir in Deutschland sind dank dem Friedensvertrag die einzigen Menschen, die in der Friedensfrage wirklich ohne jede Hemmung sprechen können. Wir können also viel für den Frieden tun. Wir können in dieser Menschheitsfrage bahnbrechend vorgehen. Und weil wir das können, werden wir es auch tun. Zum ersten Male werden wir zeigen dürfen, wie wir geartet sind, wie der Mensch von Natur aus handelt, wenn er frei ist. Und wenn wir hier in Deutschland, wo der Kriegsgeist schon so lange von oben herab gepflegt worden war, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, geistig abgerüstet haben werden, dann wird zwangsläufig für alle anderen Staaten dieselbe geistige Umstellung eintreten, und zwar ganz automatisch. Der Militarist stirbt in der Einsamkeit. Er braucht zum Leben unbedingt den Widerstand, den Feind. Er braucht sichtbare Feinde. Wenn er keine feindlichen Uniformen mehr sieht, Menschen, die sich einer anderen Organisation, einem andern Staat auf Leben und Tod geweiht haben, dann verödet seine Seele, er wird an sich selber irre, er fragt sich ob er denn überhaupt noch nötig sei. Er wird Pazifist. Dem Militarismus ergeht es, wie den Brücken. Nimmt man den einen Brückenpfeiler weg, dann stürzt der andere von selber nach. Der Einsturz des deutschen Brückenpfeilers des Militarismus wird den Einsturz der Pfeiler links und rechts nach sich ziehen. Und je gründlicher wir in Deutschland den Militarismus begraben, umso schneller wird er in allen Ländern überwunden werden.

Freilich, freilich. Der Frieden geht nicht aus Friedenspredigten hervor. Der Friedenssamen, den die Friedenspredigten immer schon seit Jahrtausenden so freigiebig gestreut haben, ist immer unter die Dornen gefallen. Und die Dornen waren die bürgerlichen Zustände in allen Ländern.

Ich werde nie müde, es bei jeder Gelegenheit zu sagen und zu betonen: Der Friedensgeist ist ein Erzeugnis des Bürgerfriedens. Der Friedensgeist wird von der Umgebung ausgestrahlt, und dann von uns aufgenommen, wie man Sonnenstrahlen aufnimmt. Wenn um uns her alle Menschen in Frieden leben, dann braucht es keiner Friedenspredigten. Dann lebt der Mensch in seiner natürlichen Atmosphäre und entwickelt sich seinem Kern, seiner Natur entsprechend. Diese Friedensatmosphäre schaffen wir durch einen gerechten sozialen Zustand, der keinerlei Vorrechte der Geburt und des Besitzes kennt, der jedem seinen vollen Arbeitsertrag sichert, wo die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr besteht. Wie wir diesen gerechten sozialen Zustand schaffen können, ist für alle, die die Ziele des Freiwirtschaftsbundes kennen, kein Problem mehr. Mit den vom Freiwirtschaftsbund geforderten Reformen senkt sich, wie der Morgentau auf die Gräser, der Geist der Versöhnung, des Verstehens, des allseitigen Wohlwollens, der allgemeinen Menschenliebe auf alle herab und zieht alle, die Nationalisten, die Militaristen, die Imperialisten, die Parteimänner unwiderstehlich in seinen Bann.

Wir werden darum hier im Rheinland dafür kämpfen, daß alles, was für den Bürgerfrieden getan werden muß, unverzüglich in Angriff genommen werde. Jedoch genügt nicht das, was wir auf unserem Gebiete unternehmen können, um den Frieden unter allen Umständen zu gewährleisten. Der Frieden ist nicht nur ein nationales Problem, sondern auch ein internationaler. Wenn allseitig in allen Ländern der Bürgerfrieden heimisch ist, dann erst sind wir endgültig vor Wiederholungen der erlebten Greuel gesichert. Der Freiwirtschaftsbund hat darum seine Fühler weit ausgestreckt und hofft bald seine Verbindungen über die ganze Welt auszubreiten. Das Programm des Freiwirtschaftsbundes ist das Programm des Friedens schlechthin. Nicht des Friedens in Deutschland, nicht des Friedens zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern. Nicht des Bürger- oder des Völkerfriedens. Der Freiwirtschaftsbund macht keinen Unterschied zwischen Bürger- und Völkerkrieg, zwischen Bürger- und Völkerfrieden. Es gibt nur einen Frieden, nur einen Krieg. Diesen Krieg wollen wir beenden, diesen Frieden anbahnen und für alle Zeiten begründen und sichern.

Das aber ist ein Programm auf weite Sicht. Zeit, Jahre, vielleicht Jahrzehnte gehören dazu, und zwar umso längere Zeit gehört dazu, je mehr die allgemeine Atmosphäre durch neue Kriegsausbrüche verpestet wird. Darum will der Freiwirtschaftsbund zunächst die größten Hindernisse des Völkerfriedens wegräumen, d. h. alles das tun, was in seinen Kräften steht, damit solche Hindernisse beseitigt werden.

Das größte Hindernis für den internationalen Frieden bildet die ungelöste Valutafrage. Nur wenige haben eine Ahnung davon, wie tiefgreifend die Valutafrage von jeher und namentlich in den letzten Jahrzehnten die internationalen Beziehungen der Staaten beeinflußt hat, wie viel Kriege in den wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Verhältnissen, die die unbeantwortete Valutafrage auslöste, ihre letzten Beweggründe haben. Der Schutzzoll, der Gedanke des geschlossenen Handelsstaates, der imperialistische Gedanke – Gedanken sind es, die mit der Wirtschaftskrise, mit dem Defizit im Staatshaushalt, mit den Streik und sozialen Kämpfen kommen und gehen. Der Staatsmann, der sich verantwortlich fühlt für das Wohlergehen seines Volkes, der kommt, wenn er die Verheerungen der Wirtschaftskrisen beobachtet, und wenn er keine besseren Erkenntnisse hat, immer zwangsläufig auf den Gedanken des Schutzzolles. Baldwin in England ist ein Beispiel dafür. Die Schutzzollpolitik, die in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts sich wie eine Pest über die ganze Welt ausbreitete, war ein unmittelbares Produkt des damals herrschenden, chronischen *Krisenzustandes*. Deutschland, das am ärgsten unter der Krise zu leiden hatte, ging mit der Schutzzollpolitik voran. Alle anderen folgten bis auf England, das seines größeren industriellen Vorsprunges wegen nicht so schwer zu leiden hatte. Aber Vorstöße in der Richtung des Schutzzolles sind in England immer wieder gemacht worden, Beweis dafür, wie die inneren Zustände den Gedanken des Schutzzolles immer wieder automatisch aufs Tapet bringen. Jetzt haben ja zum Glück die Schutzzöllner in England wieder eine Niederlage erlitten. Aber lange darf der jetzige Zustand in England, darf das Elend der Arbeitslosigkeit nicht mehr anhalten, sonst verlieren auch in England die schönsten Freihandelsargumente alle Zugkraft.

Der Krisenzustand, der die Stimmung für den Schutzzoll überall aufkommen ließ, war die natürliche und notwendige Folge des allgemeinen Preisrückganges, der mit der Einführung der Goldwährung in Deutschland einsetzte, und der sich mit der Verallgemeinerung der Goldwährung zur Welterscheinung entwickelte. Die Krise, die England heute durchmacht, ist zurückzuführen auf die dort seit 1920 betriebene Deflationspolitik, die nicht nur auf die Preise drückt, sondern auch Grund zur Befürchtung eines weiteren, bodenlosen Preisrückganges gibt. In Amerika stieg die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1922 auf über fünf Millionen, als auch dort Deflationspolitik betrieben wurde. Die Arbeitslosigkeit kippte fast plötzlich in das Gegenteil um, als die Deflationspolitik aufgegeben wurde. Überhaupt ist der innere Zusammenhang zwischen Preisrückgang und Krise durch so viele Beispiele aus der alten wie neuen Geschichte dokumentiert, daß kein Raum für Zweifel mehr vorhanden ist. Umso rätselhafter ist es, daß man in England jetzt noch nach drei Jahren der furchtbarsten Arbeitslosigkeit immer noch nach Gründen für die Erscheinung sucht, und man dort so oft der Meinung begegnet, daß der Friedensvertrag die wahre Ursache der herrschenden Krise und Arbeitslosigkeit sei. Der Freiwirtschaftsbund hat

diese Ansicht über die Ursachen der Krise in England von Anfang an bekämpft, obschon jeder weiß, daß die in England herrschende Stimmung für eine Revision des Vertrages von Versailles im deutschen Sinne in der Hauptsache dieser Ansicht entspringt. Uns erscheint aber die Richtigstellung der Ansichten über die Ursachen der Wirtschaftskrisen wichtiger als eine Revision des Vertrages, die uns weiter nichts bringen kann als einen Schulderlaß von einer Reihe von Milliarden. Unzählige Milliarden haben uns die Wirtschaftskrisen schon gekostet, unzählige Milliarden werden wir ersparen, wenn die Erkenntnis der Ursache dieser Erscheinung uns in den Stand setzt, erfolgreiche Maßnahmen zu ihrer Verhütung zu ergreifen. Und außerdem, wenn uns die Entente die Schuldenlast erleichtern will, so soll sie das nicht aus anderen Rücksichten tun, als aus dem der Menschlichkeit. Wenn in England einmal wieder der allgemeine Wohlstand sich breit macht, wenn sich in Frankreich auf den Ruinen der zerstörten Städte wieder fröhliches Leben entwickelt, und man sich dort sicher weiß vor feindlichen Überfällen, dann, aus einem Gefühl der Kraft des Übermutes und eigener Macht heraus, mag uns die Entente einst bei Gelegenheit eines Weltfriedensfestes den Rest der Schuld erlassen, und solche Geste werden wir dann auch mit Freude und Stolz entgegennehmen. Heute aber liegt uns weniger daran, daß man uns einige Milliarden erläßt, als daß die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt werde, denn nur so können wir hoffen, daß der Schutzzollgedanke keine weiteren Fortschritte machen wird, daß er vor dem Freihandelsgedanken die Waffen strecken wird.

Wenn wir uns von der Besetzung befreien wollen, so müssen wir zahlen. Um zu zahlen, müssen wir Waren ausführen, und um Absatz für diese Waren zu lohnenden Preisen zu erzielen, muß die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt, muß der Weltwohlstand wiederhergestellt werden. Der Vollbetrieb der Weltwirtschaft ist unverträglich mit dem Schutzzollsystem, das mit dem Aufkommen von Wirtschaftskrisen sich immer als das erste Mittel erweist, an das die kleinen Geister denken, die für die Erscheinungen der Wirtschaftskrisen keine andere Erklärung haben, als die, daß die Preise infolge der ausländischen Konkurrenz sinken und somit der Betrieb nicht mehr lohnt, daß man daher die ausländische Konkurrenz durch Abwehrzölle fernhalten muß. Der Schutzzoll macht aus den einzelnen Staaten geschlossene, nationale Wirtschaftsgebiete, die, da sie naturgemäß immer zu klein für den Weltgeist der Unternehmer erscheinen, regelmäßig dahin führen, daß man auf dem Wege der Eroberung, der imperialistischen Politik, der Kolonialpolitik stückweise, mit Gewalt das zurückzuerobert sucht, was man vorher besaß, was man aber leichtfertigerweise durch die Zollpolitik von sich abgestoßen hatte. Mit dem Freihandel verfügt jeder Europäer, jeder Amerikaner, jeder Japaner, ohne jede Eroberung über die ganze Welt, und weil er diese Welt nicht der Gewalt verdankt, braucht er auch nicht zu befürchten, daß sie ihm durch Gewalt entrissen werden wird. Er fühlt sich darum frei und sicher. Dieses Sicherheitsgefühl, das aus der Natur der Dinge wächst, enthebt ihn der Notwendigkeit, sich durch den An-

schluß an ein Staatsgebilde, an ein „nationales Wirtschaftsgebiet“ kümmerliche Entschädigung für den Verlust der Weltkugel zu suchen. Mit dem Schutzzoll wird jedem Menschen ein Panzer angelegt, der ihn zu ersticken droht, den er darum mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln des Krieges zu sprengen suchen wird. Solche durch den Zollpanzer sich bedroht und bedrückt fühlenden Unternehmer und Handelsleute nennt man dann Imperialisten. Der imperialistische Gedanke liegt also nicht im Menschen, sonder im Zollsystem. Hätte es niemals Zollgrenzen gegeben, so hätte es auch niemals Imperialisten gegeben. Die natürlichen und urgesunden imperialistischen Gedanken des nach dem Besitz der Weltkugel strebenden Menschen sind im Freihandel voll und ohne jede Gewalt verwirklicht.

Der heutige gefährliche Imperialismus ist eine Nebenerscheinung des Schutzzolles, und diesem Imperialismus schreibt man es zu, daß so viele Kriege in den letzten Jahrzehnten ausgebrochen, daß so viele Kriege in Vorbereitung sind. Ich erinnere hier an den furchtbaren, entsetzlichen Krieg, an den Rassekrieg, den die amerikanische Mongolenpolitik vorbereitet. Wir sehen alle das Unglück kommen. Es mag sich noch um 10, um 20 Jahre handeln, aber das Unglück kommt mit tödlicher Sicherheit, wenn in Amerika keine andere Stellung zum Gedanken des geschlossenen Handelsstaates, des nationalen Wirtschaftsgebietes, des Schutzzolles genommen wird. Wie können wir aber in Deutschland die Reparationen zahlen, wenn in 10 oder in 20 Jahren der Weltfrieden wieder in seinen Grundfesten durch einen Krieg zwischen der weißen und mongolischen Rasse erschüttert wird?

Die Mongolenpolitik der Amerikaner entstand zusammen mit dem Schutzzoll. Sie auch ist nichts anderes als der Ausdruck der Hilflosigkeit, mit der die amerikanischen Politiker, wie alle Politiker die Krisen zu betrachten pflegen. Die von der Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Arbeiter machten irrigerweise die Konkurrenz der Kulis für ihr Schicksal verantwortlich und die Politiker, die um die Gunst der Arbeiter buhlten, versprachen ihnen, sie von dieser Konkurrenz zu befreien. So und nicht anders entstand die Mongolenpolitik, die in ihren letzten Auswirkungen die Ausrottung der weißen Rasse in Amerika, und schließlich in der ganzen Welt zur Folge haben könnte. Würde man den amerikanischen Arbeitern den Nachweis erbringen, und es wäre nicht schwer, es zu tun, daß der Lohn der amerikanischen Arbeiter umso höher stehen wird, je mehr Kulis eingeführt werden, daß also der amerikanische Arbeiter nur direkte Vorteile davon haben kann, wenn recht viele Mongolen ins Land kommen, so würden die Amerikaner umgekehrt die Einwanderung dieser fleißigen, friedlichen und intelligenten Menschen begünstigen, wie die deutschen Agrarier stets die Einwanderung der ostpreußischen Arbeiter begünstigt haben. Es ist wichtig, dies festzustellen, denn wir erkennen so, daß die amerikanische Mongolenpolitik nicht auf energischen Gedanken, sondern auf wirtschaftlichen Irrtümern fußt.

Wir sehen hier, welche gewaltige Rolle die Krisen und die Beurteilung

ihrer Ursachen für das Geschick der Menschheit haben. Sein oder Nichtsein des Menschengeschlechtes ist hier aufs Spiel gesetzt. Für uns in Deutschland aber hat die Frage noch die besondere, unmittelbare Bedeutung, daß wir uns niemals von dem Drucke der Besetzung befreien werden, wenn durch die Krisen die Schutzpolitik gefördert und uns so der Export der für die Reparationen nötigen Warenmengen erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Der Freiwirtschaftsbund erklärt darum, daß der gute Wille zu zahlen, die Beteuerung, daß wir das harte Londoner Diktat buchstäblich erfüllen wollen, inhaltslose Worte bleiben, wenn die Wirtschaftskrisen und die aus ihnen hervorgehende Schutzzollpolitik und imperialistische Politik mit den dazugehörigen Kriegen die wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Erfüllung zerstören. Der Freiwirtschaftsbund bettelt nicht um eine Herabsetzung der Reparationssumme. Er fordert nicht die Abrufung der militärischen Besetzung als Vorbedingung, wie sehr er auch die mögliche baldige Zurückrufung der Truppen mit jeder Faser des Herzens herbeisehnt, er stellt nur eine Bedingung: den Vollbetrieb der Weltwirtschaft, den vollen, tiefen Völkerfrieden, den Weltfrieden.

Und zu diesem Weltfrieden, sofern er nicht durch Bürgerkriege gestört wird, gelangen wir durch den Freihandel, durch den Weltfreihandel, durch die allmähliche oder schnelle Abtragung der Zollgrenzen, die wieder nichts anderes fordert als den Schutz vor Wirtschaftskrisen, den uns die endgültige Lösung des Valutaproblems liefern wird.

Der Freiwirtschaftsbund gibt für die Krisen eine von den landläufigen Erklärungen abweichende Erklärung, eine Erklärung deren Richtigkeit dadurch dokumentiert ist, daß sie nicht nur einzelne Erscheinungen der Krisen deutet, sondern alle Haupt- und Nebenerscheinungen. Wir erklären die Krisen nicht mit der mehr oder weniger scharfen Konkurrenz, dieses oder jenes Volkes, der Kulis, des indischen oder des argentinischen Weizens. Bei näherer Betrachtung erweisen sich alle diese Erklärungsversuche als unhaltbar. Für uns ist die Krise mit allen ihren so weitreichenden Auswirkungen eine Währungs- und Valutaerscheinung. Nichts mehr noch weniger. Die Krise bricht aus, wenn die Preise fallen, oder wenn der Glaube an einen baldigen allgemeinen Preisrückgang sich breit macht, denn mehr ist ja nicht nötig, um alle Kaufleute und Unternehmer zu veranlassen, mit dem Ausschreiben von Bestellungen Zurückhaltung zu wahren. Ein allgemeiner Rückgang der Warenpreise darf aber nicht eintreten, wenn die Währungspolitik den Auftrag hat, jeden Rückgang im allgemeinen Preisniveau durch verstärkte Notenausgabe unmöglich zu machen. Die heute in allen Ländern geübte Währungspolitik gibt gegen einen allgemeinen Preisrückgang und damit gegen eine Krise niemand irgendwelche Sicherheit im Gegenteil, diese Politik muß, weil sie oft Nebenzwecken dient, die mit dem Hauptzweck kollidieren, geradezu die Bildung von Krisen begünstigen. Der Freiwirtschaftsbund fordert, daß die nationale Währungspolitik unter rücksichtsloser Beiseiteschiebung aller anderen Zwecke den allgemeinen Preisstand fest erhält. Mehr fordert der Freiwirtschaftsbund nicht. Es genügt. Mit diesem

einfachen Mittel das auch an die Finanzkraft des Staates keinerlei Anforderung stellt, wird der Freiwirtschaftsbund die Wirtschaft vor jeder Krise und Erschütterung schützen. Als Folge davon wird der Schutzzollgedanke bald einschlafen, wird die Forderung des Überganges zum Freihandel immer lauter erhoben werden, und mit dem Freihandel wird das imperialistische Streben absterben. Der Friede, der Weltfrieden ist dann begründet, soweit er nicht von innen heraus bedroht wird, durch die sozialen Zustände. Dann kann Deutschland zahlen, und wenn durch die weiteren vom Freiwirtschaftsbund geforderten Reformen auch der Bürgerfrieden überall fest gegründet wird, dann wird Deutschland die Reparationsschulden in erstaunlich kurzer Zeit tilgen können.

Mir sind von meinen Landsleuten die heftigen Vorwürfe gemacht worden wegen meines Verhaltens zur Reparationsfrage. Verräter, Französling, Reparationsbolschewist bin ich benannt worden. Manche haben diese Vorwürfe, zu denen dann jüngst noch der des Separatismus trat, wieder zurückgenommen, als sie sahen wie ernst die Lage wurde, wie sehr ich mit meiner Betrachtung der politischen Lage Deutschlands Recht behielte. Ich bin zu meiner Stellungnahme gegenüber der Reparationsfrage gekommen, weil ich die politische Entwicklung weniger von willkürlichen und von moralischen Bedenken beeinflusst sehe, weil ich eine andere politische Witterung habe und weil mir auch Poincaré durch seine klare und unzweideutige Sprache eine klare Stellungnahme ermöglichte. Poincaré hat es unzählige Male gesagt, daß er von uns weiter nichts will als Geld und Sicherheiten. Er sagt: Sobald die Zahlungen regelmäßig zu fließen beginnen und sobald das deutsche Volk in seiner großen Masse Geschmack am Friedensgedanken findet und sich mit derselben Energie des Werkes des Weltfriedens annimmt, wie es bis dahin den Bismarckschen Machtgedanken gepflegt hatte, wird Frankreich seine Truppen zurückziehen. Auf dieses Versprechen, das Frankreich feierlich vor der ganzen Welt gegeben hat, baue und vertraue ich. Dieses Wort kann kein leeres Wort sein. Wir haben auch keinen Grund, den Worten Poincarés zu mißtrauen. Er ist einer der ganz wenigen Politiker Europas, der eine klare Sprache spricht. „Wir halten Deutschland am Kragen, wir halten Deutschland fest in der Hand. Jetzt muß Deutschland zahlen für den Schaden, den es uns zugefügt hat.“ Das ist seit 1919 das erste und letzte Wort Poincarés. Kann man einfacher und klarer einen militärischen klaren, einfachen, selbstverständlichen Gedanken aussprechen? Mir war es immer klar, daß Poincaré nichts als seine feste Überzeugung aussprach, als er der Welt zum Zehnten Male bekannt gab, daß er von der auf Frankreichs Konto entfallenden Reparation keinen Pfennig nachlassen würde, daß er auch bereit ist, die letzten militärischen Machtmittel zur Eintreibung des Geldes anzuwenden. Und weil ich niemals an der Echtheit dieser Worte zweifelte, habe ich vom ersten Tage an das deutsche Volk gewarnt und ihm empfohlen, sich unverweilt auf die Zahlung einzurichten.

Jedes Ding hat zwei Seiten. Auch die Niederlage und die Reparation

haben zwei Seiten. Bis jetzt haben wir aber in Deutschland von der Medaille unserer Niederlage nur die eine Seite zu betrachten gelernt, die Seite, auf der steht – 132 Milliarden Goldmark – ! Starren Blicks betrachten wir diese Zahl, als ob sie unser Todesurteil bedeutete. Und vergessen über den Schreck uns auch einmal die andere Seite zu betrachten. Dabei haben wir so viele Sprichworte voll tiefer Weisheit, die uns zu solcher Betrachtung einladen. Zum Beispiel das Wort: Durch Schaden wird man klug. Durch großen Schaden wird man sehr klug. Oder das Wort: Der Schmerz macht hellseherisch. Also: Klug und hellseherisch macht der Schaden. Wer in Deutschland möchte nicht aus dem Vermögen des deutschen Volkes 132 Milliarden, nicht den dritten Teil, die Hälfte, ja sogar das Ganze opfern, wenn damit das ganze Volk klug und hellseherisch werden könnte?

Es kommen aber bei der Betrachtung der Rückseite unserer Medaille noch ganz andere Dinge zum Vorschein.

Wer von uns möchte nicht für ein Rezept, das uns in Deutschland den Bürgerkrieg erspart, die Summe von 132 Milliarden Goldmark aus Staatsmitteln hergeben? Ach wie billig muß uns der Bürgerfrieden erscheinen, wenn wir ihn für solchen Pfifferling erlangen könnten. Würde der Kaiser von Rußland, wenn er in die Entwicklung vorausgesehen hätte, nicht gerne dem Bürgerfrieden, der sein Schicksal abgewendet hätte, die Summe von 132 Milliarden geopfert haben? Bedenken wir, wie viel Geld in Deutschland, wie viel Blut uns der Bürgerkrieg, der Kampf der Kommunisten gegen die herrschenden Schichten bereits in den wenigen Jahren gekostet hat, wie viele brave Menschen dieser Kampf ins Gefängnis, ins Zuchthaus gebracht hat. Ich für meinen Teil bin jedenfalls immer bereit, Mein und Dein restlos zu opfern, wenn es sich darum handelt, einem Mitbürger das Leben zu retten, die persönliche Freiheit eines Mannes zu schützen. Und wenn uns die Reparation nur einen Schritt näher dem Bürgerfrieden bringt, so sage ich, daß dieser Schritt nicht zu teuer bezahlt ist.

Die Reparation aber wird uns den Weg zum sozialen Frieden nicht nur um einen Schritt, sondern um Meilen und Meilen verkürzen, ja die Reparation und die Bajonette der Besatzungstruppen, die werden möglich machen, was sonst vielleicht überhaupt nicht möglich sein würde. In lebenswichtigen Fragen der herrschenden Klassen, da haben, wie die Erfahrung aller Zeiten deutlich zeigt, die Reformen immer harten, unüberwindbaren Widerstand angetroffen. Auf dem Wege der Reform und der parlamentarischen Gesetzgebung ist die soziale Frage ganz gewiß nicht zu lösen. Der Parlamentarismus versagt dort, wo es sich um grundstürzende Dinge handelt. Vor der Wahlurne wird der Kapitalismus niemals kapitulieren. Stößt aber das Reformwerk auf derartige antiparlamentarische Widerstände, so bleibt dem vorwärtsdrängenden Volk nur die Revolution übrig. Wir wissen aber auch wieder aus der Erfahrung, daß bis jetzt auf dem Wege der Revolution auch noch nicht viel Nennenswertes erreicht werden konnte. Sogar in Rußland, wo die äußeren Bedingungen für den Erfolg einer

Revolution so überaus glücklich waren, ist von den in Angriff genommenen Reformen eigentlich nur das gelungen, was keinerlei Organisation bedurfte, die Herausgabe des Bodens an das Volk. In Deutschland aber würde der komplizierte landwirtschaftliche Betrieb die Bolschewikierung des Bodens zu einer höchst gefährlichen Operation für die sichere Verproviantierung des Volkes machen. Wenn wir in Deutschland die Hungersnot vermeiden wollen, die die Bolschewikierung des Bodens über das russische Volk brachte, so müssen wir zu Methoden greifen, die sich nicht oder nur sehr schwer in der Unordnung der Revolution anwenden lassen. Diese Methode aber wird uns die Reparation, die militärische Besetzung aufrichtigen. Wir betreiben Revolution unter dem militärischen Schutze der Franzosen, tun also das Gegenteil von dem, was wir, d. h. was die Truppen unserer Fürsten in der großen französischen Revolution in Frankreich taten. Wir bolschewikieren das Eigentum für die Reparation, also für eine immerhin vorübergehende Spanne Zeit. Aber nach Erfüllung dieser Aufgabe verbleibt das Eigentum im Besitze des Volkes. Wir müssen das Diktat buchstäblich erfüllen und dazu gehören Sachwertsteuern in der Höhe von 75% des gesamten immobilien Kapitals. Wenn das nicht Bolschewismus ist, dann weiß ich nicht, was man noch Bolschewismus nennen könnte. Und wenn eine Konfiskation von 75% keine sozialistische Gleichmacherei bedeutet, dann weiß ich nicht mehr, was égalité und fraternité sein könnte. Auf alle Fälle, das was den französischen Revolutionären die égalité und fraternité nicht bringen konnte, das bringt uns die Reparation.

Es hat in der Geschichte noch niemals etwas Ähnliches gegeben und gläubige Menschen werden es als eine göttliche Fügung ansehen. Die Reparation wird zum Pionier des Fortschrittes, sie bahnt uns endlich einen Ausweg aus dem Engpaß, in dem wir, in dem die ganze Menschheit seit nun schon Jahrtausenden steckt, sie schafft die politischen Voraussetzungen, um in grundstürzenden Fragen die Revolution zu einer Evolution zu gestalten; Evolution aber und nicht Revolution ist's, was den Erfolg in sich trägt, was den eigentlichen Zweck der Revolution, die Beseitigung des Klassenstaates, die Herrschaft des Rechtes, den Bürger- und den Völkerfrieden von Grund aus auf festen Quadern aufbauen kann. Die Revolution, die für uns die Reparation bedeutet, die wird nicht wie alle anderen Revolutionen von Mißerfolg begleitet sein. Sie hat diesmal alle aufbauenden Elemente und obendrein noch die Bajonette auf ihrer Seite. Nach Einzug der 75% Sachwertsteuer, die uns die Reparation aufrichtigt, wird die sozialistische Forderung: égalité ét fraternité zu 75% Wahrheit sein im Deutschen Reiche.

Wie viel Hemmungen auf allen Gebieten des Fortschrittes fallen mit solcher wirtschaftlicher Gleichmacherei fort? Das normale, demokratische Leben, der Parlamentarismus, erhalten durch die Reparationssteuern zunächst und zum ersten Male die entsprechenden wirtschaftlich-sozialen Grundlagen. Die Klassengegensätze werden um 75% gemildert, die

Struktur des Parlaments erfährt über Nacht einen Ruck nach links von 75%. Für alle fortschrittlichen Gesetzentwürfe ist ohne weiteres eine Majorität von mindestens 75% gesichert. Den fortschrittlich orientierten Gesetzen wird im Parlament nicht, wie es bisher immer geschah, die Spitze umgebogen. Jetzt ist die parlamentarische Bahn der Gesetzgebung frei. Die Zunge wird jetzt allen gelöst. Jetzt werden Volksredner auferstehen, die durch die geschlagene Bresche das Volk zu hohen, immer höheren Zielen fortreißen werden. Dem wahren Christentum ebnet die Reparation, die finanzielle Liquidation des Krieges, die Wege. Und dafür, daß dieser Weg nicht wieder verlegt wird oder von der geraden Linie des endlosen Fortschrittes abgelenkt werden kann, dafür wird nun der Freiwirtschaftsbund zu sorgen haben.

Sachwertsteuern, Konfiskationen, Gleichmacherei, Bolschewismus sind keine programmatischen Forderungen des Freiwirtschaftsbundes, obschon solche Gleichmachung in hohem Maße sich einstellen muß als Produkt des organischen Entwicklungsprozesses aus den vom Freiwirtschaftsbund geforderten Reformen. Das, was die Reparation und die entsprechende Sachwertsteuer mit einem Schlage zuwege bringt (mit allen Härten und Unausgeglichenheiten militärischer und staatlicher Maßnahmen), das würden die Freiland-Freigeldreformen in stetiger, organischer Fortentwicklung geschaffen haben, langsamer zwar, aber sicherer und ohne irgendwelche Härten und ohne bei 75% halt zu machen. Als ich vor dem Kriege die freiwirtschaftlichen Forderungen formulierte, da rechnete ich mit einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren vom Ausgange an gerechnet, um bei 100% anzukommen, d. h. durch den Abbau des arbeitslosen Einkommens werden die Vermögen nach und nach auf das Quantum nivelliert, die der Arbeitskraft des einzelnen entspricht. Die Vermögensunterschiede sind dann Ausdruck der persönlichen Unterschiede. Mehr nicht.

Nun aber da die Reparation uns zur konfiskatorischen Gleichmacherei zwingt, da wollen wir die Reparation als Bundesgenossen betrachten und sie in den Dienst unserer Bestrebungen zu stellen suchen, so gut es geht.

Die freiwirtschaftliche Betrachtung der Ereignisse hat uns schon lange vertraut gemacht mit dem Gedanken der kommenden Nivellierung der vermöglichen Kraft der Bürger. Und wir haben in dieser Nivellierung so viel Schönes, Nützlichendes und Erstrebenswertes erkannt, daß uns der Gedanke der Reparation aus diesem Grunde nicht nur kein Entsetzen einflößt, sondern im Gegenteil ein Gefühl der Erleichterung und der Sicherheit vor unendlich viel grauenhafteren Dingen als der letzte Krieg bereits über uns, über alle gebracht hat. Und wir sind überzeugt, daß, sobald der erste Schrei überwunden sein wird, die große Mehrheit des deutschen Volkes zu der Einsicht gelangen wird, daß alles wohl betrachtet, die Reparation sich in eine unendliche Wohltat verwandelt und zu einer völkischen Erneuerung führen wird, die von unseren besten Mitbürgern immer schon erstrebt wurde, zu der aber der Weg durch die soziale Dyskrasie verlegt war. Diese soziale Krankheit ist nun bei uns im schnellen Absterben. Wir werden in wenigen

Jahren der Reparationszahlungen allesamt im Deutschen Reich für unseren Unterhalt auf den Ertrag der persönlichen Arbeit angewiesen sein. Deutschland wird das Volk der Arbeiter sein. Das einzige Volk auf Erden, das keine Klassen mehr kennt, das darum auch alle öffentlichen Dinge unpolitisch, also sachlich und wissenschaftlich behandeln kann und behandeln wird. In Deutschland wird der Neid der Enterbten keine Objekte noch Subjekte mehr vorfinden, an dem er sich üben könnte. In Deutschland wird die Presse den Händen der Kapitalisten entrissen werden, da wir kaum noch Kapitalisten haben werden. Die Presse wird also von jetzt an dem Volke dienen. Und was das bedeutet, kann nur der ermes- sen, der weiß, mit welcher Perfidie dieses Volksbildungsinstrument dazu miß- braucht wird, das Volk durch Verdummung zu beherrschen. Die Kunst, die Literatur, sogar die Wissenschaft und die Kirchen waren sich bewußt, daß sie in erster Linie den herrschenden Klassen zu dienen hatten. Diese stärksten Volksbildungsmittel wurden so ihren hohen Zielen abgewendet, sie waren nicht echt. Mit der Reparation nehmen diese natürlichen Führer des Volkes wieder ihren natürlichen Platz an der Spitze des Volkes ein. Und was aus dem Geschäftsleben sich alles entwickeln wird, wenn einmal die Kunst, die Wissen- schaft, die Religion, die Philosophie, die Literatur mit beiden Füßen mitten im Volke stehen wird, das versage ich mir Ihnen hier zu schildern. Wer sich im stillen ein Bild zu machen versteht, was aus dem Gesellschaftsleben wohl werden könnte, wenn einmal der alles zerstörende, auf Eigentumsvorrechte fußende Klassengeist überwunden sein wird, und dieses Bild mit der Karrikatur vergleicht das ihm aus den heutigen Zuständen entgegenstarrt, der wird verstehen, daß es Menschen geben kann, die zu der Frage der Reparation lachenden Auges emporschauen. Wer die Kehrseite der Reparation ernsthaft ins Auge faßt, der sagt sich: wenn wir das alles mit einer Summe von 132 Milliarden erkaufen können, so ist das ein guter Kauf.

Bedenkliches bei Ortsgruppengründungen.

Die Richtung des Freiwirtschaftsbundes kann ihm nicht von außen zugetragen werden. Sie kann nicht umgebogen werden. Die Freiwirtschaft trägt den Kompaß in sich. Sie ist ein Magnet, der nur Wesensgleiche an sich zieht. Darum können wir mit Sorglosigkeit der Entwicklung der Dinge im Bunde zusehen. Großer Schaden kann nicht entstehen, wenn man Zank, Streit, Geifer, Schimpfen, Verdächtigungen, Prügeleien und schließlich Ausschlußabstimmungen nicht tragisch und als großen Schaden betrachtet. Aber es gibt auch Leute, die nicht viel Freude an solchen „Kämpfen“ haben, Leute, die von fernher zu den Versammlungen kommen und die dort etwas Schöner erleben wollen. Ich bin der Meinung, daß wir in unseren Versammlungen solchen frommen Wünschen mög- liche entgegenkommen sollten, daß aber der Streit nicht ganz zu entbehren ist, schon um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben zu lernen, wie man kämpft, wie man siegt und wie

man den Gegner abmurxt. Die Art, wie der Mensch Streitigkeiten ausficht, zeigt ihn uns besser, als lange Reden. Persönliche Streitigkeiten sollte man für solche Zwecke benutzen. Man sollte für die streitenden Personen eine Bühne schaffen, wo sie sich entgegentreten und wo sie, nötigenfalls unterstützt von kampfge-
 wohnten Streithähnen, in Rede und Antwort ihre Sache ausfechten. Tragödien und Komödien gehören auch zu den Bedürfnissen des Lebens, und wenn schon der Gott mancher Menschen sich an Schlachtopfern ergötzte, so im noch
 höherem Grad der auf den Kampf eingestellte Freiwirt. Und daß solche Kämpfe nicht gänzlich zu vermeiden sind, ist sicher, denn wie oft ist der Vorschlag gemacht worden, Mitglieder des Freiwirtschaftsbundes sollten den politischen
 Parteien als Mitglieder beitreten, um dort für die Ziele des Freiwirtschaftsbundes zu werben. Somit können und müssen wir annehmen, daß auch in den Parteien umgekehrt der Vorschlag gemacht werden wird, Mitglieder in unseren Bund ein-
 zuschmuggeln.

Jedoch der Mensch kann nicht von Komödien, Tragödien und Schlachtopfern allein leben. Bei der Kampfstimmung, die der Krieg im deutschen Volk ausge-
 brütet hat, ist auch anzunehmen, daß beim Schlußakt des Kampfspiels die Daumen der Zuschauer immer in der großen Mehrzahl nach unten gerichtet
 würden und daß schließlich unsere besten Kämpfer einer zufällig sich bildenden Übermacht erliegen könnten. Denn viele Flöhe sind auch des Löwen Tod.

Es müssen darum Vorkehrungen getroffen werden, damit in den Bundesvor-
 stellungen nach den Vorstellungen unserer Akrobaten auch noch etwas Zeit für die Vorführung freiwirtschaftlicher Ziele und Endziele übrig bleibt, für Vorträge z.
 B. über den Abbau des Staates, über das bürgerliche Leben im abgebauten Staat, Vorträge über die Einführung des Freihandels, Begräbnisreden zu Ehren
 des letzten Proletariers, des letzten Bürokraten, des letzten Gewerkschafts-
 bonzen, des letzten Kapitalisten, Filmdarstellungen über die Abtragung der
 Herrenhäuser, über die Unterminierung und Sprengung des Klassenstaates, über
 das Einschmelzen der Standbilder und Denkmäler des Krieges und
 Umschmelzung der Bronze in Denkmäler deutscher Schmach, Denkmäler der
 Leibeigenschaft, Denkmäler über den noch immer nicht gesühnten sklaven-
 mäßigen Verkauf deutscher Männer durch die Landgrafen von Hessen an
 England, Denkmäler der sozialen Dyskrasie, Denkmäler der Plünderung der
 Sparkassengelder durch die Notenpresse, durch den Staat, Denkmäler des
 Opfers mündelsicherer Gelder auf dem Altar der Sachwertbesitzer, Denkmäler
 schließlich des moralischen Zusammenbruches des in den Staatskirchen,
 Staatsschulen und Kasernen herangezuchteten deutschen Volkes. Und wenn
 dann am Schluß noch einige Minuten übrigbleiben sollten zur Entschleierung des
 Endzieles der freiwirtschaftlichen Bewegung für die Darstellung echten
 Bürgerlebens innerhalb des tiefsten Bürger- und Völkerfriedens, so wird das für
 eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Mitgliedern des Freiwirtschaftsbundes
 auch nicht uninteressant sein.

Der Freiwirt will den Frieden, den auf dem Bürgerfrieden sich aufbauenden Völkerfrieden, den er auch auf dem gesunden Boden seiner Vorschläge fest und unerschütterlich aufbauen wird. Aber er ist durchaus kein Pazifist, der sich schon entsetzt, wenn zwei Männer bei der Werbung um dasselbe Mädchen aneinander geraten, oder wenn die nicht zu beseitigenden Widersprüche des organischen Lebens zu spaßhaften oder auch tragischen Szenen führen. Wir wollen den Wettstreit auf allen Gebieten, auch auf dem der Leidenschaften und wünschen durchaus nicht, daß der leidenschaftliche Kampf in Bier und anderen Betäubungsmitteln erstickt werde. Kampf, ja, sogar unausgesetzten Kampf, in schweren Fällen auch Kampf bis zur Abfuhr. Aber es soll ein biologisch begründeter, ein Einzelkampf sein. Der Kampf soll seine letzten Gründe im Wettstreit haben. Die Tränen, die um die Opfer solchen Wettstreites vergossen werden, verwandeln sich im Laufe der Jahrhunderte in Fröhlichkeit und hohen Sinn. Aber, wie gesagt, der Kampf ist kein Zweck, sondern ein Mittel und damit er im Freiwirtschaftsbund diesen Charakter behalte und nicht zum Lebenszweck der Freiwirte werde, gestatte ich mir hier einige auf Erfahrung beruhende Vorschläge zu machen.

Der Streit um die „Weltanschauungen“ der Philister soll in der Hauptsache außerhalb des Bundes, bei der Werbung, angefochten werden. In den Vorträgen, Versammlungen, bei der Einzelwerbung darf nichts verschleiert werden, muß im Gegenteil aller Haderstoff, wie ich das soeben bei dem Vorschlag der zu errichtenden Denkmäler deutscher Schmach bereits getan habe, hervorgekehrt werden. Das, was man sagt, muß zunächst mehr abstoßende Wirkung ausüben als anziehende. Die Freiwirtschaft zieht nur edle Geister an und edlen Geistern sind unsere Ziele immer sympathisch und je rücksichtsloser die Wahrheit gesagt wird, umso tiefere Wirkung löst das Gesagte auf solche Geister aus. Wir aber können nur solche Geister dauernd fesseln. So wird der Freiwirtschaftsbund mit der Zeit der Sammelpunkt der geistigen Elite des Volkes werden. Und dann ist uns der Sieg sicher.

Der andere Weg, der von manchen Ortsgruppengründern bisher bevorzugt wurde, ist ja viel bequemer. Man fühlt sich zu schwach und unsicher und damit selbstverständlich auch zu feige, um den Streit aufzunehmen. Man zieht Leute heran, mögliche viele und schreibt dann triumphierend: 20, 50, 100 neue Mitglieder durch einen einzigen Vortrag gewonnen! Bewundert die Leistung! Bin ich nicht ein Kerl? Und diesen so gewonnenen Mitgliedern ist nur das gesagt worden, was sie zu hören wünschten. Und diese neuen Mitglieder kommen nun gleichberechtigt mit ihren Schlacken und verdrehten Anschauungen in die Bundesversammlung. Selbstverständlich suchen sie nun auch dort solchen Anschauungen Geltung zu geben. Dann ist der Streit gleich da, derselbe Streit, den die älteren Mitglieder nun schon bis zum Überdruß durchgekostet haben.

Dieser Weg ist also falsch. Die Siebung muß vorher,

bei der Werbung geschehen. Kampf bis zur Strecke in den Werbeversammlungen, nicht auf dem Bundestag. Auf dem Bundestag mag der Streit auch wieder ausbrechen, aber auf höherer Plattform, um höherer Ziele willen. Die primitiven Gedanken nationalistischer, chauvinistischer Menschen, die müssen bei der Werbung *vor dem Eintritt in den Bund* den freien Gedanken Platz gemacht haben. Die Erfahrung wird zeigen, daß nicht jeder imstande ist, auf diesem Gebiete umzudenken. Solche Personen soll man nicht weiter werbend belästigen, auch wenn es Personen sind mit vollem Geldbeutel, die man für die Kasse des Bundes zu schinden hoffte. Je mehr Geld ein solcher Finsterling hat, umso gefährlicher würde er im Bund. Es sind ja wahrhaftig genug andere da.

Also, vollkommene Klarheit und vollkommene Entschleierung unserer Ziele. Die, die man überrumpelt, werden ja bald genug erfahren, daß man unehrlich bei der Werbung vorgegangen ist und werden dann mit Recht sagen: Der Freiwirtschaftsbund wirbt nicht seiner Endziele wegen, sondern der Mitglieds-gelder wegen. – Im Heft 9 – 10 der Zeitschrift: Die Geld- und Bodenreform vom Jahre 1904 (es ist lange her) schrieb ich zu Damaschkes Taktik: „Darum sollen die Bodenreformer ihre Bestrebungen von der wirkungs-vollsten Seite zeigen; sie sollen den Rachen aufsperrn, damit man das Gebiß sehen kann; je größer die Gefräßigkeit, umso größer die Werbekraft. Das Leisetreten ist zweckwidrig, kann nur zu vorübergehenden Scheinerfolgen führen; diejenigen, die für die Forderung gewonnen werden können, werden durch die Schwäche der Forderung abgestoßen werden und die, die man zu überrumpeln hofft, werden sicher noch rechtzeitig erfahren, wohinaus die erstrebte Reform führt. Also das Höchstmaß fordern von dem, was auf dem Wege der Bodenreform erstrebt werden kann; je mehr sie leistet, je gefräßiger sie sich dem Mehrwert gegenüber erweist, umso entschlossener, kampfbegieriger Anhänger wird sie finden. Die Bodenreform leistet viel, ihr einziger Fehler ist, daß sie nicht alles leistet, daß sie nicht für sich allein den ganzen Mehrwert vertilgen kann. Aber gerade darum soll man das, was sie verspricht, nicht verkleinern. Also nur keine Miniaturausgabe von „Fortschritt und Armut.“

Damaschke hat den Sinn dieser Worte nicht verstanden. Aus Henry Georges großem Werk machte er Salonsozialismus. Die Massen, die allein seine Forderungen durchdrücken konnten, hat er immer abgestoßen. Damaschke wird dereinst mit dem Schuldgefühl ins kalte Grab wandern, daß er das stolze Werk Henry Georges aus taktischen Erwägungen, die sich als falsch erwiesen haben, „vermasselt“ hat. Ein sozialpolitisches Ziel kann doch schließlich nur mit Hilfe derjenigen durchgefochten werden, denen es in erster Linie helfen soll. Henry Georges Ziel ist, wie das freiwirtschaftliche Ziel in erster Linie das Ziel der Enterbten. Und an die Enterbten hätte sich Damaschke darum wenden sollen.

Wird das als richtig anerkannt, so hat man folgendes wohl zu erwägen und zu bedenken: Der Enterbte, der Proletarier, hat, wie es in der Regel

bei den Unterdrückten zu sein pflegt, ein feiner entwickeltes, empfindsameres Ehrgefühl. Bläß und unterernährt hat er für grobe Biertischwitze kein Verständnis. Wird er durch irgend ein unbedachtes Wort verletzt, so ist der Schaden nie wieder gut zu machen. Und bei der überheblichen Erziehung, die der deutsche Spießbürger auf den Staatsschulen, in den Staatskirchen erhalten hat, ist es nicht zu vermeiden, daß in einem Gemisch von Mitgliedern aller Gesellschaftsklassen irgend ein taktloses Wort dem Gehege der Zähne entschlüpft. Befindet sich bei solcher Gelegenheit der Proletarier in der Mehrheit so hat er in dieser Schutz und Rückhalt. Befindet er sich aber in der Minderheit, bleibt ihm meistens nach einer gut oder Schlecht gelungenen Zurechtweisung nichts anderes übrig, als mit allen seinen Genossen das Lokal, die Gesellschaft auf Nimmerwiedersehen zu verlassen.

Wer solche Erfahrungen gemacht hat, wird bei der Gründung von Ortsgruppen nach folgenden Grundsätzen verfahren: Er wird sich zunächst an das Proletariat und zwar ausschließlich an das Proletariat wenden. Wenn es ihm gelungen ist, eine Gruppe von 5 – 10 Personen zu interessieren und vornehmlich dann, wenn er die Gewißheit hat, daß es sich um vertrauenswürdige, nicht kompromittierte Personen handelt (Personen z. B., die sich in der Partei, in der Gewerkschaft als zuverlässig erwiesen haben), so kann die Ortsgruppengründung erfolgen. Die Werbung muß nun in den proletarischen Kreisen weiter vor sich gehen und dabei wird man wohl daran tun, sich der Ausdrucksweise der Arbeiter zu bedienen, indem man die Dinge rücksichtslos beim rechten Namen nennt. Wächst die Gruppe, so kann man auch schon Personen aus anderen Kreisen, auch Frauen, heranziehen, doch immer so, daß das numerische Verhältnis der sozialen Schicht der Ortschaft ungefähr entspricht, d. h. daß das Proletariat in großer Mehrheit bleibt. *Das Proletariat muß das Gefühl behalten, daß es eine proletarische Organisation ist und eine solche bleiben soll.* Letzteres ist dann umso nötiger, wenn innerhalb der Gruppe es an Persönlichkeiten fehlt, denen der Vorsitz, die Ämter der Gruppe anvertraut werden können. Auf diese Weise aufgezogen, kann die Ortsgruppe endlos wachsen.

Wenn umgekehrt verfahren wird, so hat die Ortsgruppe von vornherein den Schwindsuchtskeim in .sich. Kein bürgerlicher Mensch, der vom Schuldbewußtsein erdrückt wird, daß er oder die Klasse, der er entstammt, einen ungeheuren Frevel am Proletariat zu sühnen hat, der auch in der restlosen Rückbildung des Proletariats in Vollbürger die einzige Möglichkeit erblickt, für ihn selbst erträgliche Verhältnisse zu schaffen, wird irgend welche Schwierigkeit darin erblicken, Schulter an Schulter mit den Proletariern zu kämpfen. Wer in dieser Beziehung Hemmungen hat, die er nicht zu überwinden vermag, bleibt am besten dem Freiwirtschaftsbund fern. Er kann hier nur schaden.

Der bürgerliche Mensch, der Ingenieur, der Lehrer, der Apotheker kann sich einer proletarischen Organisation anschließen, der Proletarier hingegen in seinen Arbeitskleidern, mit seinen schwieligen Fäusten kann sich

einer bürgerlichen Gesellschaft nicht anschließen. Das ist die Erkenntnis, die bei der Ortsgruppengründung zu berücksichtigen ist. Und wenn es oft vorkommt, daß es sonst gut ausgerüsteten und arbeitsfreudigen Freiwirten nicht gelingen mag, ihrer Ortsgruppe Leben einzuflößen, so liegt es in der Regel daran, daß diesem obersten Grundsatz zuwider gehandelt wurde. Das Einzige, was in solchen Fällen zu tun übrig bleibt, ist, die Gruppe wieder aufzulösen und durch andere Personen eine Neugründung nach obigen Vorschlägen zu versuchen.

Handelt man nach obigen Regeln und stellt man unser Ziel, *Die Zertrümmerung des Klassenstaates*, unverhüllt in den Vordergrund der Werbetätigkeit, unterläßt man alle Taktik, wird weder geschwindelt noch geheuchelt, so kommt es gleich bei der Werbung, namentlich in den öffentlichen Versammlungen, zu Zusammenstößen, Kämpfen, Auseinandersetzungen und so zu dem nötigen Läuterungsprozeß. Diese Arbeit muß unbedingt von den Ortsgruppenleitern übernommen werden. Sie darf nicht dem Bund und noch weniger der Bundestagleitung aufgebürdet werden. Unvorbereitete Mitglieder sind eine Last, eine Schwäche, keine Kraft, kein Gewinn. Wir brauchen Kämpfer und diese Kämpfer müssen sich in den Debatten der Ortsgruppen heranbilden. Die Delegierten zu den Bundestagen mögen meinerwegen mit verbundenen Köpfen erscheinen, mit blauen Augen, die ihnen der Kampf um unsere Ziele da draußen zugetragen hat, aber nicht rund und rosig, mit angesammelter Kraft, die sie dann hier in der Bundesversammlung nützlich zu Kämpfen in und gegen den Bund zu verwenden gedenken. Jeder muß sich sagen: Will ich, daß es auf dem Bundestag friedlich zugehe, so muß ich draußen kämpfen, je schwerer die Kämpfe sind, die ich draußen ausfechte, umso ruhiger wird es dort zugehen. Die Kämpfe im Bund um die primitivsten Fragen der Freiwirtschaft sind das notwendige Ergebnis meiner eigenen Taktik, *sind Wirkung der Tatsache, daß ich den Kämpfen ausgewichen bin.*

Geschichtsstudiengesellschaft des FFFB.

Wer die Währungsfrage studiert hat und sei es auch nur an der Hand der Erlebnisse der letzten Jahre, der wird mich auch verstehen, wenn ich sage, daß, wenn dieser Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen die Lösung der Währungsfrage erzwingen sollte, solche Lösung mit den 30 Millionen Männern, die draußen auf dem Feld verscharrt wurden, nicht zu teuer erkaufte worden ist. Denn was bedeuten diese 30 Millionen Toter gegenüber den unzähligen Millionen und ganzen Völkern und Staaten, denen die ungelöste Währungsfrage den Untergang gebracht hat? Was bedeuten die direkten Opfer des Krieges gegenüber dem Unheil, das über Europa hereinbrechen wird, wenn die Währungsfrage nicht gelöst werden könnte? Immer und immer wieder unterbrach die ungelöste Währungsfrage den Aufstieg der Menschheit. Babylon, Athen, Rom gingen an der ungelösten

Währungsfrage zugrunde. Und wie das blühende Mesopotamien, so würde sich auch Europa wieder in eine Wüstenei verwandeln, falls wir wie jene Völker als unfähig erweisen sollten, die verborgenen Mängel unserer Währung zu erspähen und zu beseitigen.

Vor dem Krieg schüttelte man noch lächelnd den Kopf vor der Behauptung, daß die wahre Ursache des Unterganges der antiken Völker in den Mängeln des Geldwesens zu suchen sei. Nur ganz wenige hatten einen Einblick in diese Dinge gewonnen. Und auch diese wenigen trauten sich kaum eine Erkenntnis von solch ungeheurer Tragweite vor die große Öffentlichkeit zu bringen, als ob sie selber noch starke Zweifel hegten. Und wahrhaftig, man muß seiner Sache sicher sein und unzählige Male eine Revision der zu solcher Erkenntnis führenden Gedanken und Überlegungen vorgenommen haben, um bei der Behauptung stehen zu bleiben, daß Babylon und Rom, daß alle Werke des Menschen bisher immer darum zugrunde gingen, weil der winzige Gegenstand da in unserer Hand, das Geld, Konstruktionsfehler aufweist, deren Natur sich dem Forscherauge bisher zu entziehen vermochte und daß, wenn wir diese Mängel nicht rechtzeitig aufdecken und beseitigen, auch wir, mit samt unserer so hoch entwickelten Technik, mit den Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Radios spurlos, wie die Kultur der Atlantis, untergehen werden.

Seitdem uns das Mikroskop einen Einblick in das Treiben der Bakterien verschafft hat, ist zu den mannigfachen Erklärungsversuchen für den Untergang der antiken Staaten noch der gekommen, wonach Rom durch die Malaria zum Aussterben gebracht wurde. Nicht die langen Speere der nordischen Barbaren zerstörten Rom, sondern der winzige Speer, der Rüssel der Mücken aus den pontinischen Sümpfen, Träger der Malariabazillen. Dieser Erklärungsversuch wird gestützt durch die Erfahrungen, die in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden. So z. B. wuchs die Bevölkerung der Stadt Berlin nicht mehr allein durch Zuzug, sondern auch aus eigener Kraft, als durch die Kanalisation den Seuchen-Bakterien der Nährboden zerstört wurde, und die Sterblichkeit von 35 auf 15% zurückging. Rio de Janeiro entwickelt sich jetzt schnell zu einer Weltstadt, seitdem die Sümpfe ringsum trockengelegt werden. Wenn aber so Weltstädte entstehen, weil uns das Mikroskop die Gegenwart bis dahin unsichtbarer Städtezerstörer offenbarte, so steht nichts mehr der Anerkennung einer Lehre im Wege, die den Untergang der Weltreiche auf die Tätigkeit der Mücken zurückführt. Zwar stimmt dieser Erklärungsversuch für Rom nicht, weil nachgewiesen wurde, daß die Versumpfung der Umgegend von Rom nachträglich als Wirkung des vorangegangenen Unterganges der Stadt und des nachfolgenden Zerfalles der Entwässerungswerke auf dem Gelände der jetzigen pontinischen Sümpfe vor sich gegangen ist, immerhin hat uns dieser Erklärungsversuch vertrauter mit dem Gedanken gemacht, daß die größten geschichtlichen Ereignisse manchmal die kleinsten Ursachen haben können; weshalb dann auch die Behauptung der Freiwirte, wonach ein bis dahin unbeachteter Konstruktionsfehler im Geldwesen das Weltreich der Römer mit all seinen Kohorten und Legionen vernichtet, von der Bildfläche weg

gefeht hat, nicht mehr ohne weiteres als Phantasterei angesehen und der Wunsch ausgesprochen wird, diese Behauptung jetzt, da das Reich sich ebenfalls der Auflösung ausgesetzt sieht, mit größtem Nachdruck, unter Einsetzung aller verfügbaren Kräfte einer Nachprüfung zu unterziehen. Den Freiwirten genügt zwar für ihre Behauptung die Kenntnis der Tatsache, daß die Fundstätten der Münzmetalle Roms sich nach und nach erschöpften, daß keine neuen mehr gefunden wurden, und die Wirtschaft Roms sich bis zur Renaissance im Zeichen der Baisse des Preisabbaues belegte. Sie wissen, was ein Preisabbau bedeutet, sie haben selbst in jünger Zeit Gelegenheit gehabt, die Wirkung eines nur kurzen Preisabbaues in England, in Amerika und auch hier in Deutschland zu beobachten und können sich nun ein vollkommen klares Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen in Rom machen, wo der Preisabbau zu einer chronischen Erscheinung wurde. Wir brauchen uns nur die durch Preisabbau in Amerika hervorgerufene Arbeitslosigkeit, die 5 Millionen Mann betroffen hatte, auf 5 oder 50 Jahre ausgedehnt vorzustellen, um zu wissen, wie es damals in Rom zugehen mußte. Aber das, was *uns* klar ist, weil wir die wirtschaftlichen Zusammenhänge übersehen und ihre Bedeutung richtig einzuschätzen verstehen, ist den anderen nur ein Glaubensartikel, solange wir das, was wir sagen, nicht auf dem Wege fleißiger Quellenstudien wenigstens mit *einem* dicken Bande „wissenschaftlich“ dokumentieren.

Von unserer herrschenden Gesellschaft, den Kapitalisten, die auf den Mängeln unserer Gesellschaftsordnung schmarotzen, mitsamt ihrer beflissenen Dienerschaft, dem Staate, der Kirche, der Schule, den Universitäten haben wir kaum eine Förderung solchen Unternehmens zu erwarten. Wir werden auch in dieser Hinsicht ganz auf eigene Kraft angewiesen sein. Und in dieser Erkenntnis gestatte ich mir folgenden Vorschlag zu machen:

Wir schaffen zunächst eine Sammelstelle, wo alles historische Material, das den Mitgliedern des Bundes über den Untergang Roms in die Hände fällt, geordnet und neu übersetzt wird. (Diese neue Übersetzung ist nötig, da die Geschichte hier von einem neuen Standpunkt aus beleuchtet und erklärt werden soll.) Es müßte also schon ein sprachkundiger Proletarier sein, der sich für diese Aufgabe meldet. Zum mindesten müßte er die alt- und neulateinische Sprache völlig beherrschen. Dann aber muß tiefer geschürft werden. Es muß all das historische Material, das den Historikern bisher wohl als das weniger wichtig erschienen sein mochte, weil es sich „nur“ um Preise und Handelsnachrichten handelte, hervorgeholt und bearbeitet werden. Das kann nur an Ort und Stelle geschehen. Darum geht mein Vorschlag weiter dahin, daß wir Geld sammeln, genug, um einem Proletarier einen mehrjährigen Studienaufenthalt in Rom und in den römischen Handelsplätzen zu ermöglichen, damit er an Ort und Stelle ein möglichst getreues Bild der Handlungseinrichtungen und der Währungsgeschichte Roms rekonstruieren kann. Wir müssen dann weiter einen Proletarier zum Bergbaukundigen schulen, der dann mit den Mitteln des Bundes die alten Fundstätten der Münzmetalle durchforscht und mit den Ergebnissen seiner Forschung die Arbeit des anderen ergänzt.

Mit dem Kompaß der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse über die Natur der Wirtschaftskrisen, ausgerüstet mit den Hilfsmitteln eines Geschichtsforschers, begnadet mit einer guten Portion Mutterwitz, dürfte ein solcher proletarischer Forscher in 5 oder 10 Jahren uns das Werk schenken, das uns fehlt und uns ewig fehlen wird, wenn wir es nicht selber schaffen. Ein Werk, das, was die praktische Bedeutung anbetrifft, alle anderen Geschichtswerke überschatten und zum größten Teil auch zerstören wird. Dieses Werk dürfte sich dann auch finanziell als ein ausgezeichnetes Unternehmen erweisen, sodaß es seinem Verfasser wohl möglich sein wird, den Spendern der Studiengelder das Kapital nebst den Zinsen (auch wenn es dann keine mehr geben sollte) zurückzuerstatten. (Ein Wink für alle die, die ihr Geld vor der kommenden 75 proz. Vermögensabgabe wert- und steuerbeständig anlegen wollen.)

Wenn es uns nicht gelingt, unter Ausnutzung der jetzigen außergewöhnlich günstigen politischen Verhältnisse der Goldwährung den Todesstoß zu versetzen, so werden wir wohl oder übel unseren Kampf auf lange Sicht einstellen müssen. Wir müssen dann die Goldwährung mit ihrer eigenen Geschichte erschlagen.

Wer sich also an dem genannten Unternehmen aktiv beteiligen will, der wolle sich zunächst bei Hans Timm, Berlin C. 54, Sophienstr. 6, melden.

Valutastabilisierung ohne Gold.

Programm für die internationale Valutaassoziation.

(Entwurf.)

1. Die nationale Währungspolitik der der Jva. angeschlossenen Staaten ist auf die Stabilisierung des Indexes der Großhandelspreise eingestellt.

2. Das Material zur Herstellung des nationalen Geldes wählt jedes Land nach freiem Ermessen (Gold, Silber, Papiergeld).

3. Als Zuschuß zu diesem an die nationalen Grenzen gefundenen nationalen Geld erhält jedes Land vom Jva-Büro internationales Geld ausgeliefert in Höhe von 20% des in Umlauf gesetzten nationalen Geldes.

4. Dieses internationale Geld wird den einzelnen Staaten unentgeltlich geliefert

5. Das internationale Geld lautet auf Jva. und erhält die Kaufkraft der Einheit, die dem amerikanischen, vom Dep. of Labor ausgearbeiteten Wholesale Price Index zugrundegelegt ist und soll dann von da ab durch die in Artikel 1 bezeichnete nationale Währungspolitik der einzelnen Staaten auf gleicher Höhe festgehalten werden.

6. Die einzelnen Staaten können nun die eigene Währungseinheit auf die Kaufkraft des Jva-Geldes einstellen oder umrechnen. Dann kann das Jva-Geld ohne weiteres Seite an Seite mit dem nationalen Geld umlaufen. Wenn man diese Umrechnung nicht oder noch nicht vornehmen will, so müssen Vorkehrungen getroffen werden, die den Umtausch des Jva-Geldes gegen nationales Geld kostenlos und zu einem festen Kurs sicherstellen.

7. Das Jva-Geld kann in jeder Menge frei ein- und ausgeführt werden. Es kann somit und zwar in erster Linie als Ausgleichsmittel für die Zahlungsbilanz der einzelnen Jva-Staaten benutzt werden.

8. Das Jva-Geld genießt in allen Jva-Staaten in unbegrenzter Höhe volle gesetzliche Zahlkraft und zwar zu dem ursprünglichen bei der Einführung festgesetzten Kurs.

9. Das Jva-Büro führt einen Kontrollindex.

10. Sollte die unter I. bezeichnete Währungspolitik zu einer erheblichen und andauernden Diskrepanz führen zwischen dem Kontrollindex und dem nationalen Index, so wird eine vom Jva-Bund geleitete Untersuchung die Ursache der Erscheinung erforschen und die nötigen Anweisungen zur Beseitigung des Übelstandes geben.

11. Jedem souveränen Staat ist der Eintritt in die Jva. ohne weiteres und zu jeder Zeit frei. Besondere Verträge sind nicht nötig. Der Austritt erfolgt ebenso frei. Der austretende Staat hat das ihm bei seinem Eintritt ausgelieferte Jva-Geld zurückzuerstatten.

12. Als ausgetreten gilt der Staat, aus dem alles Jva-Geld ausgeführt wurde und wo das Jva-Geld ein Agio beim Umtausch gegen Nationalgeld genießt. So lange das Aufgeld nicht verschwindet, hat der betreffende Staat dem Jva-Büro Zins auf die ihm ursprünglich gelieferten Jva-Gelder zu bezahlen.

13. Für das Jva-Geld haften alle Jva-Staaten solidarisch.

14. Die Auflösung der Jva. erfolgt dadurch, daß jeder Staat die ihm gelieferten Jva-Gelder einzieht und sie dem Jva-Büro zur Vernichtung übergibt.

15. Das Jva-Büro druckt das Jva-Geld. Es führt den Kontrollindex. Es steht selbst unter der Kontrolle aller Jva-Staaten. Die Unterhaltungskosten werden von allen Jva-Staaten pro rata des ihnen gelieferten Jva-Geldes getragen. Sitz des Jva- Büros ist in Nizza.

Silvio Gesell.

Auch im Ausland werden bereits Anstrengungen gemacht, um der Valutafrage eine Lösung zu geben, die die Staaten der Notwendigkeit enthebt, bei den Amerikanern hochverzinsliche Goldanleihen zu machen.

So sandte uns die: Commission pour la reconstitution de l' Union monétaire latine, 32, Rue Hotel des Postes in Nizza (a. m.) den folgenden in Übersetzung wiedergegebenen Brief:

Mein Herr,

mit dem Ziele der Geldeinheit jedes Landes einen reellen Wert wiederzugeben und um auf diese Weise so schnell wie möglich die Vorkriegszustände wieder herzustellen, hat sich eine Kommission gebildet, um von den interessierten Staaten die Unterstützung solcher Persönlichkeiten zu erbitten, die bereit wären, durch ihren Einfluß und ihre Verbindungen sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke gestatte ich mir Ihnen das Programm einer europäischen Währungsübereinkunft zu übersenden, das Ihnen ein Bild geben wird des Vorschlages, dessen Verwirklichung wir erstreben.

Es wäre möglich, mit der Unterstützung der interessierten Regierungen, den erwähnten Vorschlag als Grundlage der Besprechungen der Botschafterkonferenz, die die Reparationsfrage und die Marktstabilisierung behandeln werden, zur Annahme zu bringen.

Sie werden ohne Schwierigkeiten erkennen, daß unser Vorschlag der einzig annehmbare ist, wenn man einerseits erreichen will, daß Deutschland uns den Wert seines Geldes nicht mehr während der Dauer der Reparationszahlungen fälschen kann und wenn man andererseits Deutschland gegenüber dieselbe ehrliche Politik betreiben will und den Wert der Reparationsschuld nicht willkürlich zu seinem Schaden fälscht.

Diese Tatsachen sind von solch unwiderstehlicher Evidenz, daß jeder in Finanzfragen geschulte Diplomat sofort die gesunden Grundlagen unseres Vorschlages wird erkennen müssen. Es ist darum nicht nötig, die Behandlung der Frage vom Standpunkt untergeordneter Gründe zu verschleppen. Je schneller wir handeln, umso schneller werden wir auch das große Werk der allseitigen Gesundung und Pazifizierung der Wirtschaft vollenden, dessen Inangriffnahme von der ganzen Welt verlangt wird.

(Folgt das Programm, das in seinen Hauptsätzen mit dem obigen übereinstimmt.)

Der Schutz der Rentenmark durch das Freigeld.

Im Ministerium der Finanzen weht zurzeit ein frischerer Wind um das Mysterium der Währung. Man spricht jetzt mehr von den psychologischen Grundlagen der Rentenmark und hat für die Deckung durch Rentenbriefe weniger Interesse. Ob diese Schwenkung mit dem Tode Havensteins in Zusammenhang steht, wissen wir nicht. Vielleicht kam die Erkenntnis aus der Furcht der Gutsbesitzer, daß zu den 6% ihres Grundbesitzes, die sie bereits für die Deckung der Rentenmark hergeben mußten, bald wieder so viel verlangt werden könnte, oder aber, daß die Ansprüche der Entente als erste Hypothekengläubigerin des deutschen Grundbesitzes die Deckung der Rentenmarkbriefe ja doch zur Fiktion machen. Einerlei, es steht fest, daß man endlich auch die psychologischen Grundlagen der Rentenmark und damit wohl auch der Währung überhaupt für beachtenswert hält. Übrigens wurde auch bereits im Hilferdingschen Gesetzentwurf die langsamere Umlaufgeschwindigkeit der stabilisierten Mark psychologisch erklärt und diese verlangsamte Umlaufgeschwindigkeit als Grundlage für eine vermehrte Notenausgabe und für eine entsprechende Reichseinnahme verwertet. (Wie das zugeht, habe ich in der „Freiwirtschaft“, Artikel: 10.200 Güterwagen Papiergeld für die Stabilisierung der Mark“ bereits vor einem Jahr auseinandergesetzt.)

Es sind das sehr bedeutsame Zugeständnisse, die hier den freiwirtschaftlichen Lehrmeinungen gemacht werden. Es wird hier dem Fortschritt eine Bresche geschlagen, die sich nicht wieder schließen wird. Wir haben uns auch diese Zugeständnisse gemerkt und werden uns ihrer erinnern, wenn der Gesetzentwurf für die Wiedereinführung der Goldwährung eingebracht werden wird. Im Finanzministerium spricht man von schweren Strafen, die den treffen, der die psychologischen Grundlagen der Rentenmark angreift und wir nehmen an, daß man sich dort nun auch schon nach den nötigen Scharfrichtern umsieht für diejenigen, welche die psychologischen Grundlagen der erstrebten *Goldwährung* anzutasten versuchen werden, denn ist es nötig, die Rentenmark vor psychologischen Angriffen zu schützen, so wird man erst recht die *Goldmark* vor solchen Angriffen schützen müssen, weil die Goldwährung in viel höherem Grade psychologischen Einflüssen unterliegt als das Papiergeld. Man bedenke hier, daß die Kriegserklärung Kaiser Wilhelms die psychologischen Grundlagen der Goldwährung derart erschütterten, daß ohne die Zuhilfenahme der Notenpresse der Krieg bereits nach acht Tagen wegen Mangel an Geld hätte abgebrochen werden können. Wenn man aber Gesetze zum Schutze der psychologischen Grundlage der Goldwährung erläßt und den entsprechenden Strafbestimmungen rückwirkende Kraft verleiht, dann tun alle, die in den letzten Jahrzehnten ihr Vermögen an den Börsen erworben haben, gut, das Land jetzt schon zu verlassen. Denn es dürfte leicht sein, den Nachweis zu erbringen, daß alle diese Vermögen dadurch gemacht wurden, daß man durch psychologische Angriffe den Umlauf des Goldes zu verlangsamten oder zu beschleunigen verstand. Wobei zu beachten ist, daß jeder, der die psycholo-

gischen Momente des Geldumlaufes benutzt, dadurch auch schon ihre Wirkung verstärkt. Als Anfang August 1914 das Gold von der Bildfläche verschwand, mußte jeder zum eigenen Schutz das in seiner Gewalt befindliche Gold hamstern und indem er das tat, verschlimmerte er die Lage. Als Rothschild seiner Zeit in London mit dem Geheimnis von der Niederlage Napoleons eintraf und sich mit 12 Stunden Vorsprung für eine großzügige Spekulation à la hausse einrichten konnte, erschütterte er ganz bestimmt die psychologischen Grundlagen der damaligen englischen Währung. Weil er sie erschütterte (einerlei nach welcher Richtung), konnte er die Differenzen einsacken. Mancher erinnert sich wohl auch der Vorgänge an der Berliner und Frankfurter Börse während des Krieges 1870 – 71, wie jeder Volltreffer unserer Batterien vor Paris an den Börsen jubelnde Haussestimmung auslöste. Mit seinen Volltreffern und ewigen Siegen (wie wenig haben sie uns genützt!) erschütterte Moltke ganz furchtbar die psychologischen Grundlagen der damaligen Währung, wobei hier zu beachten ist, daß staatliche Ereignisse bei Goldwährung psychologisch umgekehrt wirken, wie bei Papiergeldwährung. Die als günstig betrachteten Ereignisse beschleunigen den Umlauf des Metallgeldes und verlangsamen den Umlauf des Papiergeldes. Ein sogenannter Sieg bringt das gehämmerte Gold wieder zum Vorschein (Hausse) und läßt, wo es sich um Papiergeld handelt, den Spießbürger hoffen, daß die Massenaufgaben von Noten mit den Goldschätzen des Feindes eingelöst werden (Baisse). Der Krieg von 1870 – 71 wie der von 1914 – 18 minderte den Umlauf von Metallgeld und mehrte den von Papiergeld. Nur in dem Maße, wie das fromme Gebet des deutschen Volkes:

„Unseren täglichen Sieg gib uns heute“, wirksam wurde und die Köpfe, Arme und Beine der Franzosen in der Luft herumwirbelten, wagten sich damals die Taler (das Geld mit dem Hasenherz) wieder an die Oberfläche. Jeder Sieg hatte eine Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit zur Folge und wirkte auf die Preise und Kurse genau wie die Havensteinsche Notenpresse, nämlich à la hausse. Ähnlich wie die Kriegsnachrichten wirken aber auch die wirtschaftlichen Nachrichten, die von den Telegraphenbüros in die Welt geschickt werden. Erntenachrichten, Streiknachrichten, Goldgräbernachrichten usw. beeinflussen die psychologischen Grundlagen in stärkster Weise und bedingen, daß das Gold schneller oder langsamer umläuft. Dazu kommen dann noch die Nachrichten über die Währungspolitik fremder Staaten. Wenn Johnson in Amerika, Anhänger der Deflationpolitik, einen Sieg über Harrison, Anhänger der Inflationpolitik, davonträgt, so ist das für die Goldwährung, mit der uns Hjalmar Schacht zu beglücken gedenkt, und die voraussichtlich einfach mit dem Dollar verkuppelt werden wird, von gewaltiger Bedeutung. Und der Börsenhecht, der à la baisse liegt und der den psychologischen Grundlagen der deutschen Währung einen Stoß geben möchte, der wird im rechten Augenblick immer die Nachricht über einen neuen Sieg Johnsons über Harrison in der Tasche haben. Und so werden die Zeitungen schließlich nur mehr Nachrichten über Johnson und Harrison bringen. Johnson ist an der Grippe erkrankt. Harrison feierte gestern Hochzeit. Der Arizona Kicker tritt für die Politik Johnsons ein. Der berühmte

Professor X. ist durch eine Spende der Morgan University für die Harrisonsche Inflationspolitik gewonnen worden, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die Deflationisten kein besseres Angebot machen konnten, usw. usw.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kurs unserer Börsenpapiere nach der Verkuppelung der deutschen Währung mit dem Dollar (siehe die Inschrift der Dollarschatzanweisungen) völlig von den Nachrichten beherrscht sein wird, die von Amerika kommen werden, wobei wir hier zu bedenken geben, daß die amerikanische Währungspolitik in keiner Weise gesetzlich festgelegt ist, daß auch die Theorie der Währung in Amerika kaum auf einem höheren Niveau steht, als zurzeit in Deutschland. Der Dollar ist in noch viel höherem Grade Spielball der Börsenkönige in Wallstreet, als es die D. R. W. in Berlin war.

Neben diese währungspolitischen Ereignisse, die unter solchen Umständen von Amerika zu erwarten sind, treten nun noch in Deutschland die politischen Einflüsse, die auf die psychologischen Grundlagen der deutschen Währung wirken werden. Wenn Hjalmar Schacht mit der Nachricht von London heimkommt, daß dort wenig zu hoffen ist auf eine Anleihe, daß die fälligen Reparationszahlungen nicht gestundet werden können, so werden dadurch die psychologischen Grundlagen der Mark wieder erschüttert, wie überhaupt jede Nachricht über den Gang der Reparationsleistungen die Mark hin- und herwerfen wird. Ein Geld, dessen Umlauf von der Psyche abhängig ist, wird schließlich wie das Blatt der Espe ständig bewegt, und diejenigen, die durch das Nachrichtenmonopol früher als die anderen in den Besitz wichtiger Nachrichten kommen können, besitzen in solchem Monopol einen ewig sprudelnden Goldquell.

Ist es richtig, daß man im Finanzministerium wirklich schon von den psychologischen Grundlagen der Mark spricht, daß dort mit der Möglichkeit einer willkürlichen Erschütterung dieser Grundlage gerechnet wird, nun so werden wir auch bald von einer Polizei zum Schutze dieser Grundlagen der Währung hören. Wir hatten bisher eine Devisenkontrolle, die sehr viel Schaden angerichtet hat. Jetzt werden wir eine Kontrolle zur Sicherung der psychologischen Grundlagen der Mark bekommen. Jeder Zeitungsartikel wird daraufhin geprüft werden, wie er auf die psychologischen Grundlagen der Währung wirken könnte. Und wenn der Kontrolleur der Meinung ist, daß der Artikel den eigenen Börsenoperationen entgegenwirkt, nun dann wandert der unglückliche Zeitungsschreiber ins Gefängnis. Oder halten wir es etwa für unmöglich, daß unsere deutschen Kontrolleure persönliche Geschäfte an der Börse machen werden? „Und führe uns nicht in Versuchung“, so betet jeder, so beten alle. Das gilt besonders für den Kontrolleur zur Sicherung der psychologischen Grundlagen der deutschen Währung. Denn niemals hat es ein Amt gegeben, das mehr der Bestechung ausgesetzt war, als dieses Amt es sein wird. Hier spielt eine Million Dollar Bestechungsgeld keine Rolle. Der Kontrolleur, der wohl auch noch durch die Parteipolitik auf seinen Posten gebracht wird (in der Demokratie geht es nun einmal nicht anders), müßte also schon sehr dicht sein, dem Ge-

schlechte der Dickhäuter entstammen. Ist aber das Rhinoceros in Deutschland nicht bereits ausgestorben und wäre dann das Rhinoceros das sich nicht bestechen läßt, auch in der Lage, eine Börsennachricht daraufhin zu kontrollieren, ob sie à la hausse oder à la baisse wirken soll? Im Direktorium unserer Reichsbank befand sich bisher sicher kein Mann, der imstande war, die Wirkung einer Börsennachricht auf die psychologischen Grundlagen der Reichsmark richtig einzusetzen. Wenn es aber einen solchen gab, so müßte man ihn greifen und dem Richter vorführen. Denn bisher hat er zu diesen Dingen geschwiegen und dann müßte man annehmen, daß er Schweigegeld bezogen hat.

Es hat keinen Zweck, die schmutzigen Gedanken, die hier Ausdruck erhalten haben, mit Entrüstung von sich abzuschütteln. Wir wissen, wie es in den anderen Demokratien geht. Die Beamten, die keiner wirksamen Kontrolle unterstellt werden können, verlassen regelmäßig als reiche Leute ihren Posten. In manchen Ländern gelten die Staatsbeamten ganz selbstverständlich als Diebe. Und weil sie von vornherein schon diesen Ruf haben, kann kein ehrlicher Mann noch in den Staatsdienst treten. Und wenn wir in Deutschland nicht bald unsere Währung in Ordnung bringen, so werden auch wir uns bald zu jenen Ländern zählen können. Manche glauben, bei uns auch bereits Spuren solcher Entwicklung beobachten zu können. Wenn das aber richtig wäre, so werden wir für den Posten eines Kontrolleurs zur Sicherung der psychologischen Grundlagen der Währung niemals einen anständigen Menschen mehr auftreiben können, da dieser Beamte zwar wie kein anderer den Bestechungsversuchen ausgesetzt sein wird, ihm aber andererseits die Möglichkeit fehlen wird, seine Geschäftsführung öffentlich so zu rechtfertigen, daß alle Zweifel zerstreut werden. Denn der Kontrolleur für die Sicherung der psychologischen Grundlagen der auf dem Dollar eingestellten deutschen Währung hat ja gar kein einwandfreies Maß, wonach er sich richten könnte. Sein Kompaß, der Dollar, ist ja in Amerika selbst Spielball der Börse und entbehrt dort jeden gesetzlichen Schutz. Ist es doch Tatsache, daß der Index seit dem Kriegsausbruch bis zum Jahre 1920 von 100 auf über 200 stieg, dann auf 140 gedrückt wurde und seit einem Jahr wieder auf 160 und darüber hinaus gehoben wurde!!

So fragen wir hier den künftigen Kontrolleur für die Sicherung der psychologischen Grundlagen der deutschen Währung, nach welchen Grundsätzen er sein Amt zu führen gedenkt? Die Frage ist berechtigt, denn ich bin überzeugt, daß im Finanzministerium selbst die größten Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie die Erschütterungen der Mark beobachtet und gemessen werden sollen. Ich bin meinerseits überzeugt, daß Hjalmar Schacht nur solche Börsenstöße gegen die psychologischen Gründe der Reichswährung als Erschütterungen ansehen wird, die eine Senkung der deutschen Valuta bewirken, daß er aber solche Stöße, die die Valuta heben (manche nennen es „bessern“), die den Preisabbau bewirken, die die Krise zur Folge haben und die Arbeitslosigkeit vermehren, als hochwillkommene

Erscheinungen betrachten wird, deren Urheber statt Zuchthausstrafe Ehrenbezeugungen verdienen.

Wir sehen hier, vor welchen neuen Schwierigkeiten die Leiter unserer Währung durch die „neue“ Erkenntnis gestellt werden, daß die deutsche Währung wenig oder nichts mit der Deckung, jedoch sehr viel mit der Psychologie der Massen zu tun hat. *Und wir fragen diese Männer, ob sie noch nicht wissen, wie man die Psyche der Volksmassen als Faktor aus der Währung ausschalten kann*, ob sie noch niemals etwas vom Freigeld gehört haben, das gegen alle psychologischen Erschütterungen unbedingt gefeit ist und das darum der gesetzlichen Sicherungen der psychologischen Grundlagen der Wahrung vollkommen entzogen werden kann? Wenn ja, warum unterhält man sich dann heute noch auf dem Finanzministerium über die psychologischen Grundlagen der Wahrung und über die Möglichkeit, daß durch das Geschwätz eines einzigen geschwätzigen Zeitungsschreibers das Werk der Stabilisierung zerstört werde? Grenzt das nicht an Landesverrat und erweckt solches Benehmen nicht den Verdacht, daß bei allen währungstechnischen Maßnahmen in erster Linie die Interessen der Bankiers und dann die des Volkes unter Dach gebracht werden?

Das Freigeld schafft einen Kreislauf des Geldes, der durch nichts unterbrochen werden kann, der, was sich auch entwickeln kann auf dem Gebiete der Politik, der Volks- und Weltwirtschaft, des Zinses und der Rentabilität immer und unter allen Umständen geschlossen bleibt, dessen psychologische Grundlagen nicht erschüttert werden können, weil es keine solchen mehr hat.

Das Personal des Finanzministeriums ist gewarnt. Wir werden, wenn durch die Schuld dieser, durch das Ermächtigungsgesetz zur Omnipotenz gelangten Beamten, die Währung wieder zusammenbrechen wird, keinerlei Rücksichten walten lassen.

Das sogenannte Wertmaß.

Das phönizische Handelsschiff „Tyros“, ein schwimmendes Warenhaus, wo man „alles“ kaufen und verkaufen kann, wirft Anker in einer Bucht der kantabrischen Küste. Schnell wird ein Platz am Strand zum Markt hergerichtet, befestigt und der Inhalt des Schiffes zur Schau ausgebreitet. Salz, Öl, Wein, Metall-, Glas- und Webwaren, alle Spezereien des Orients und als besondere Attraktion eine kleine Menagerie. Höhenfeuer verkünden weithin das Ereignis, und bald treiben die Kantabrer beladene Esel zum Marktplatz.

Ein Fellhändler tritt als erster ein. Hundert Esellasten mit Rindhäuten bringt er; willkommene Rückfracht der „Tyros“ für die Lederindustrie Sidons. Mit diesen Häuten wird der Händler seine Einkäufe bezahlen. Diese Häute sind sein Geld und in diesem Geld soll ihm der Kapitän der „Tyros“ die Preise all der Waren angeben, die er zu kaufen

(Geld) anzurechnen, die Brüche zu lösen und in gewöhnlichen Ordnungsvorhat, – 500 – 1000 verschiedene Artikel. Wie kann aber der Kapitän alle Preise in Rindshäuten berechnen? Draußen warten andere Händler, Ölhändler, Erz Händler, Holzhändler, Kalkhändler, denen der Kapitän die Preise in Öl, Erz Brettern, Kalk angeben muß, um diesen Männern verständlich zu sein!

Der Kapitän so sagen die, die im Geld ein „Wertmaß“ eine „Werteinheit“ zu erblicken vorgeben, hätte für jeden dieser Händler ein besonderes Preisverzeichnis anlegen müssen, worin die Preise einmal in Rindshäuten, ein andermal in Erzlasten usw. hätten ausgerechnet sein müssen. Diese Auffassung beruht auf einer unscharfen Beobachtung des Tauschvorganges. In Wirklichkeit verlief die Sache nicht wesentlich anders, als heute mit der Benutzung des Geldes. Der Kapitän brauchte nämlich nur das Verhältnis zu kennen, in dem die einzelnen Waren seines Schiffes zueinander standen und dieses Verhältnis in Zahlen auszudrücken, wobei es natürlich ganz einerlei war von welcher Zahl er dabei ausging. Zeichnete er z. B. das Öl mit 12, den Wein mit 17, den Pfeffer mit 35, die Messer mit 13, das Salz mit 3 aus, so galt ein Faß Öl $12/17$ Faß Wein, $13/35$ Ballen Pfeffer, $12/13$ Messer und $12/3$ Lasten Salz. Da nun dieses Verhältnis sämtlichen, von den Käufern gebrachten Tauschwaren gegenüber das gleiche war, so war es nur nötig, in einem einzigen Artikel des Warenschiffes handelseinig zu werden, um auch sofort in den Verhältniszahlen die Preise aller anderen Waren ausdrücken zu können.

War man z. B. darüber handelseinig geworden, daß eine Rindshaut $1/3$ Faß Öl kosten sollte, so reihte sich die Rindshaut in das Preisverzeichnis des Schiffes mit der Zahl 4 ein (also $12 : 3$), und so brauchte der Fellhändler die ausgezeichneten Preise nur durch 4 zu teilen, um zu wissen, wie viele Rindshäute die einzelnen Waren kosteten.

Kam dann die Reihe an den Erz Händler und wurde man handelseinig, daß eine Erzlast 4 Messer kosten sollte, so reihte sich die Erzlast mit $4 \times 13 = 52$ in die allgemeine Preisliste des Schiffskapitäns ein, und dann galten die Preise $X / 52$ Erzlasten. Der Ballen Pfeffer z. B. $35/52$ Erzlasten; unbeschadet natürlich, daß über diese Grundpreise ordentlich geschachert wurde, wie heute noch, wenn zwei Bauern eine Kuh gegen Geld tauschen.

Die Preise waren dann in Brüchen ausgedrückt mit einem gemeinsamen Nenner, der aber immer nur für den einzelnen Käufer galt, während die Zähler dieser Brüche (die Verhältniszahlen des Kapitäns) für alle Käufer dieselben waren. So war z. B. für den Erz Händler die Zahl 52 der Generalnenner und für den Fellhändler die Zahl 4. Die Quotienten dieser Brüche gaben dann an, wieviel Erzlasten, Rindshäute usw. die einzelnen Waren kosteten.

—

Nun sagt man, daß mit der Einführung des Geldes der Handel vereinfacht worden ist, insofern, als das Geld als „Wertmesser“ oder „Werteinheit“ es ermöglicht, für alle Käufer die Preise in der gleichen Ware

zahlen auszudrücken, die dann ohne jede Rechnerei unmittelbar verglichen, d. h. gemessen werden können. (Daher der Ausdruck „Wertmaß“.) Der Händler sagt dann: Ich gebe X Gramm Gold (Franken) für die Erzlast, für die Rindshaut, den Kalk, die Bretter usw. und, wieviel Geld ich selber für meine Waren verlange, zeigen meine Preise.

Scheinbar liegt hierin ein Vorteil, aber nur scheinbar. In Wirklichkeit ändert die Einführung des Geldes nichts an der Tatsache, daß den Warenerzeugern die Preise auch unter der Geldwirtschaft Brüche darstellen, deren Nenner das eigene Produkt ist, für jeden also anders lauten. Als wirkliches Maß für jeden in Geld ausgedrückten Preis benutzt man nach wie vor das eigene Erzeugnis. Die Preise bleiben Brüche, deren Generalnenner der Tageslohn, das Gehalt die Ernte usw. ist. Ein Hut zu 3 Franken ist dem Tagelöhner $\frac{1}{5}$, dem Mechaniker $\frac{1}{10}$, dem Direktor $\frac{1}{100}$ des Taglohnes. Solange man nicht weiß, welchen Preis man für das eigene Produkt erhält, sagen einem die Preise der übrigen Waren absolut nichts. Nur allein der Goldgräber macht hier eine Ausnahme, denn sein Arbeitsprodukt ist Gold. Ihm allein ist das Geld ein Maß, wenn auch nur ein „Gewichtsmaß“, womit er sein Arbeitsprodukt (Gold) abwiegen kann. (Münzen sind Gewichte.) Mehr sagt auch ihm das Geld nicht. Alle anderen Warenpreise sind auch dem Goldgräber nur Brüche mit seinem eigenen Arbeitsprodukt (Gold) als Generalnenner. Die Geldwirtschaft bietet uns also gegenüber dem Tauschhandel keinerlei Erleichterung für die Abschätzung der Waren. (Wertmaß?) Das Geld ist eine Ware wie jede andere auch. Die Bedeutung des Geldes für unsere Kultur ist anderswo zu suchen. Kennt man das Tauschverhältnis, in dem das eigene Produkt zu den anderen Waren steht, so braucht man keine Geldpreise zu kennen. Kennt man dieses Verhältnis aber nicht, so nützt einem auch die gründlichste Betrachtung des Meßinstrumentes „Geld“ des sogen. Wertmaßes, nichts.

Wenn man einem Arbeiter von doppelt so hohen Geldlöhnen in Amerika erzählt, so erkundigt er sich gleich nach den Preisen der Waren in Amerika. Dann kann er jene Löhne mit den seinigen vergleichen. Sagt man aber demselben Arbeiter, daß die Tanne da vor ihm 50 Meter hoch ist, so weiß er auch ohne weiteres, wie groß ein doppelt so hoher Baum in Amerika ist.

Es fehlt eben dem Geld das, was es zu einem Maße machen könnte, nämlich eine Eigenschaft, die es gemeinsam mit allen Waren hätte und auf die es ausschließlich den Warenkäufern ankäme. (Die zur Herstellung der Waren nötige Arbeitszeit nach der Lehre von Marx kann nicht als Eigenschaft angesehen werden, und noch weniger kommt es den Warenhäusern auf solche „Eigenschaft“ an.)

Es wäre wirklich des Schweißes eines Edlen wert, den ungeheuren Wahn, der sich hinter dem Worte „Wertmaß“ verbirgt, einmal in umfassender methodischer Weise klarzulegen, eine Arbeit von höchster Bedeutung für die Kritik der Volkswirtschaftslehre. Denn wer vermag die Verwirrung zu ermessen, die dieser unglückselige und nachlässige Ausdruck schon angerichtet hat?

Die Stabilisierung der Währung und Valuta ohne Gold.

Vortrag, gehalten am 22. Februar 1924 in der Studiengesellschaft für
Währungs- und Finanzreform, Berlin.

Seit Ausbruch des Krieges ist die Valuta das Sorgenkind der Unternehmer und Kaufleute gewesen, zugleich aber das Freudenkind der Spekulanten, wenigstens aller derjenigen, die etwas von der Sache verstanden, die also nicht etwa mit der Valuta à la Montecarlo spielten, sondern unter Ebbe und Flut der Devisenschwankungen Kalorien und Pferdekräfte ins eigene Kraftwerk zu leiten verstanden.

Um wieviel die deutsche Wirtschaft durch die Valutaschwankungen im Verlauf der letzten fünf Jahre geschädigt wurde, wissen wir nicht. Unser Statistisches Amt findet immer so viel wichtiges Material zur Ausfüllung seines dicken Jahrbuches, daß es für solche Nebendinge keinen Platz mehr hat. Immerhin an der gewaltigen Steigerung, der Spannung zwischen Fabrik- und Ladenpreis, der Handelsprofitrate, können wir uns einigermaßen ein Bild von dem Schaden machen, den die Valutaschwankungen anrichten, denn hier in dieser Handelsprofitrate müssen wir den Ort suchen, wo im Abwalzungsproze die aus den Valuta-Differenzgeschaften gemachten Gewinne zur letzten Ruhe bestattet werden.

Diese allgemeine Handelsprofitrate ist ja immer ungeheuer groß gewesen. Sie betrug nach Berechnungen oder Schätzungen Schmollers etwa 35% und mag durch die Valutaschwankungen in den letzten Jahren zeitweise auf das Doppelte gestiegen sein. Der große Rückgang der Ladenpreise bei fast unveränderten Großhandelspreisen seit November, seit der Stabilisierung des Dollars, gibt uns einen ziemlich festen Boden für die schier unglaubliche Behauptung, daß durch die Valutaschwankungen der Handelsprofit in den letzten Jahren vielleicht zwei Drittel der Produktion verschlungen hat, eine Summe, die vollkommen ausgereicht hätte, um die Reparationen laut Vertrag zu bezahlen. Wohlgermerkt, hier handelt es sich nicht etwa um die Vermögensverschiebungen zwischen Gläubigern und Schuldnern, die durch die Geldverwasserung entstanden sind, sondern nur um die Valutadifferenzen, deren Abburdung auf den Lohn durch die Wahrungsverwasserung ermöglicht wurde, die die Teuerung immer der Lohnerhöhung vorauseilen ließ.

Das Kapital fordert als Minimalrente von jeder Notanlage 4 oder 5%. Es wird kein Geschäft gegründet, keine Bäckerei, kein Haus, kein Schiff, keine Fabrik gebaut, wenn solche Kapitalanlage sich nicht mindestens in genannter Höhe zu rentieren verspricht.. Nun überlege man, was es bedeutet, aus einem Betriebe im Laufe von 365 Tagen einen Überschuß von 5%, $\frac{1}{20}$ der eigenen Größe, herauszuwirtschaften. Wie fest müssen die Unterlagen aller Berechnungen, die Tarife der Eisbahnen, der Post, der Steuer sein, wie fest die mit den Arbeitern und Beamten abgeschlossenen Lohnvertrage. Es gibt gewiß Betriebe, die ihr Kapital einmal

monatlich umsetzen. Wenn ein solcher Betrieb jährlich 5% abwerfen soll, so muß der jedesmalige Umsatz $\frac{1}{2}\%$ Nutzen zurücklassen. Ändert sich dann einer der grundlegenden Ausgabeposten, z. B. der Lohn nur um $\frac{1}{20}\%$, so verwandelt sich der Überschuß in Verlust.. Es ist gewiß ein Kunstwerk, das sich den feinsten Präzisionsinstrumenten der Agronomen würdig zur Seite stellen läßt, so ein Kapital, eine Wirtschaft, das in 100 000 Einzelausgabeposten differenziert wurde, wieder so zu integrieren, daß nach 365 Tagen ein Überschuß verbleibt von 5%. Eine einzige Valutadifferenz, wie wir sie oft innerhalb einer Woche mehreremal erleben, würde genügen, um solchen Überschuß in das Gegenteil umzustürzen. Wo bleibt aber die Vorbedingung jedes kapitalistischen Unternehmens, die Dividende, wenn Valutadifferenzen allein schon die Dividende in Gefahr bringen können? Es wäre dann noch kaum möglich jemand zu bewegen, in Deutschland irgend eine Industrie zu gründen. Was die *Währung* für die gesamte Inlandswirtschaft bedeutet, das bedeutet die Valuta für alle an der Aus- und Einfuhr direkt oder indirekt beteiligten Wirtschaftler. Ein Rückgang des Indexes von 5% und weniger, der sich obendrein aufs ganze Jahr verteilen mag, genügt, um die Durchschnittsdividende auf Null herabzusetzen. Ein Steigen oder Fallen der Valuta irgend eines Landes um 5%, verteilt auf den ganzen Verlauf des Jahres genügt, um alle mit solchem Lande arbeitenden Kaufleute dem Bankrott zuzutreiben. Und sollten die Kaufleute etwa schon mit solchen Differenzen als regelmäßiger Erscheinung rechnen, so werden die wirtschaftlichen Gesetze des Wettbewerbs den Kaufleuten gestatten, die Handelsprofiteure um einen Betrag zu erhöhen, der für das Risiko der Valutaschwankungen volle Deckung schafft. Damit würden dann alle Preise der Ein- und Ausfuhrwaren über Weltmarkthöhe gehoben, und die Wettbewerbsfähigkeit in Frage gestellt.

Dabei würde es gar kein Trost sein, wenn die Geschädigten sagen würden, die Schuld an den Valutadifferenzen trägt das Ausland, trägt etwa der Dollar. Im Gegensatz zur Währung, die nur allein von der eigenen nationalen Währungspolitik abhängig ist, deren Sprünge wir darum immer unseren mit der Währungspolitik betrauten Beamten zur Last legen müssen, ist das Valutaproblem von Haus aus ein internationales Problem und kann darum niemals durch einseitig nationale Maßnahmen gelöst werden. Der durch nationale Währungspuschereien zu Grunde gerichtete Kaufmann kann bei seiner Bankrotterklärung auf *force majeure* sich berufen. Und so seine kaufmännische Ehre retten. Dem aber, der durch die Valuta ruiniert wird, steht solche Möglichkeit nicht frei. Er kann sich niemals gegen die Beschuldigung wehren, daß er das Geld seiner Gläubiger in Valuta angelegt, es dadurch der Willkür einer fremden Staatshoheit ausgesetzt hat, d. h., daß er leichtsinnig fremdes Gut zusätzlichen Gefahren ausgesetzt hat, die der Handel im Inland nicht kennt. Die Gefahren, die dem Handel mit dem Ausland durch die Valuta drohen, sind immer sehr große, sind auch durch private Maßnahmen nicht zu

umgehen und können höchstens auf andere abgewälzt werden. Der einzige Schutz war und ist die Zahlung Zug um Zug, was aber, wenn solche Methode konsequent durchgeführt werden soll, schließlich dahin führen würde, daß der Kaufmann seine Waren, wie im Mittelalter, persönlich begleitet, eine Methode, die der Kosten wegen nicht durchzuführen ist. Ich möchte diese Ausführungen hier abrechnen mit der Behauptung, daß es für den Kaufmann wohl eine Flucht aus dem Valutarisiko gibt, nämlich die, den Außenhandel anderen zu überlassen, daß es aber für alle, die solchen Handel treiben, einen anderen privaten Schutz gegen solches Risiko nicht gibt.

Wenn wir nun andererseits wieder anerkennen müssen, daß der Außenhandel für das deutsche Volk eine Lebensfrage ist, daß ohne den Außenhandel die Hälfte des deutschen Volkes sich zur Auswanderung genötigt sähe, so erkennen wir hier, welche gewaltige Bedeutung die Valutafrage für uns, für alle Völker hat, wie nötig es ist, daß wir uns gründlich mit ihr befassen. Wir brauchen die ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe. Unsere Industrie- und Großstädte sind durchaus auf sie angewiesen. Um sie uns zu billigen Preisen zu verschaffen, zu Preisen, die unsere Gewerbe wettbewerbfähig auf den Weltmarkt erhält, müssen wir die Kaufleute, die diesen Handel betreiben, vor den Gefahren schützen, die durch die Valutaschwankungen entstehen.

Ich sagte bereits, daß das Valutaproblem ein internationales Problem ist, vielleicht sogar das einzige internationale Problem. Und da fragt es sich, was wir wohl vom einseitigen nationalen Standpunkt Vernünftiges tun können, um die Lösung dieses internationalen Problems zu fördern. Ich werde diese Frage hier beantworten und den geraden Weg zu diesem Ziele zeigen, damit Sie aber erkennen können, daß es sich hier wirklich um den geraden Weg handelt und damit also auch um den einzigen Weg, werde ich Ihnen kurz die anderen, also die krummen Wege zeigen, auf denen man bisher dem Ziele einer Valutastabilisierung zuzustreben versuchte.

Viele Vorschläge sind bisher nicht gemacht worden. So viel ich weiß, sind es drei. 1. Die Gold- oder Silberwährung; 2. die Doppelwährung; 3. die lateinische Münzunion, die unter Napoleon III. entstand und bis zum Kriege funktionierte. Dazu käme dann mein Vorschlag.

Die Goldwährung, der unser Reichsbankpräsident Schacht zuzustreben scheint, vielleicht nur, weil er Besseres nicht kennt, würde das Problem lösen, wenn nicht zu viele Wenn und Aber dabei wären. Dieser Lösungsversuch hat wenigstens das Gute für sich, daß er der Zwischenstaatlichen Verträge entraten kann. Es „genügt“, wenn alle Staaten aus freien Stücken, weil sie einen Vorteil davon für sich erwarten, die Goldwährung bei sich einführen. Das ist so zu verstehen: wenn in einem Lande mit Goldwährung die Zahlungsbilanz passiv geworden ist und als Folge davon die Nachfrage nach Devisen das Angebot übersteigt, dann steigt zunächst der Devisenkurs, d. h. der deutsche Kaufmann, der ausländische

Ware einführt und gegen deutsches Geld verkauft, erfährt beim Umtausch dieses deutschen Geldes gegen die Devisen, mit denen er die ausländische Ware nun zu bezahlen wünscht, einen Verlust. Und umgekehrt heimst der Kaufmann, der deutsche Ware gegen fremde Devisen ausführt, einen Gewinn ein, wenn er nun die fremden Devisen zu erhöhtem Kurs verkauft. Zweifellos müssen diese Gewinne und Verluste hier hemmend, dort fordernd wirken. Das heißt die Steigerung der Valuta- und Devisenkurse hemmt den Import und fördert den Export von Waren und hebt damit automatisch die Ursache der Passivität in der Warenbilanz und der Devisenkurssteigerung auf. Das natürlich nur, wenn die Ursache der passiven Zahlungsbilanz eine vorübergehende war. Handelt es sich um dauernd wirkende Ursachen, z. B. um eine reiche Vermehrung der Notenausgabe, daß die Warenpreise dauernd über Weltmarktpreise gehoben und erhalten werden, dann genügt am Ende das genannte automatische Spiel nicht mehr, um die Passivität der Zahlungsbilanz aufzuheben. Aber auch für diesen Fall hat die Goldwährung Selbstheilungskräfte. Der Goldwährungsautomat tritt dann mit voller Autorität und Strenge auf. Die Ausfuhr von Gold setzt ein. Gold wird dem Verkehr entzogen. Gold wird ohne Rücksicht auf den inländischen Bedarf an Zahlungsmitteln, eingezogen und fortgeschickt. Und dort wo, z. B. jetzt in den USA., alles Gold in den Banken konzentriert ist und wo auch das Dritteldeckungsverfahren die Grundlage der Währungspolitik bildet, wird das für die Ausfuhr bestimmte Gold nicht etwa dem Verkehr, sondern einer noch viel empfindlicheren Stelle, nämlich der Notenbank, entzogen. Denn die Notenbank muß nun, um innerhalb der Dritteldeckungsgrenze zu bleiben, für jede Goldmark, die man ihr entzieht, *ihrerseits nun drei Mark in Noten* aus dem Verkehr nehmen. Dann haben wir im Land neben den hohen, die Ausfuhr belebenden, die Einfuhr hemmender Devisenkursen, noch eine Geldknappheit und hohen Diskont, der fremdes Kapital anlockt. Durch das Zusammenwirken dieser Umstände wird dann die Passivität der Zahlungsbilanz bald wieder aufgehoben und der Rückfluß der abgeführten Goldmünzen setzt ein. Voraussetzung für solchen Selbstheilungsprozeß ist natürlich, daß man sich nicht durch die Nebenerscheinungen einschüchtern läßt. Man muß nur unentwegt an der Dritteldeckung festhalten, *mag da kommen, was will*. Der Preisdruck, den die Geldknappheit erzeugt, mag noch so viele Unternehmer zwingen, die Betriebe einzustellen, *einerlei*, man bleibt bei der durch das Gesetz vorgeschriebenen Dritteldeckung. Unter solchen Voraussetzungen besteht der Goldwährungsautomat die Prüfung. Und wenn Shylock das Kommando über die Notenpresse hat, dann besteht die Goldwährung die Prüfung auch im Kriege. *Helfferich* hätte nur Ludendorff zu entgegnen brauchen: Was geht mich euer Krieg an. Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Holt euch das Geld für den Krieg wo ihr wollt, meinerwegen aus der Bank von England! *Ich gebe keine Note her, die nicht zu einem Drittel mit Gold gedeckt ist –!*

Dieser Automat und das dazu gehörige Dritteldeckungsverfahren wirkt dann um so gründlicher, weil das Gold, dessen Ausfuhr hier durch den Noteneinzug dreifach auf die Preise drückt, dort, wohin es gebracht wird, umgekehrt durch das gleiche Verfahren *dreifach hebend auf die Preise wirken muß, so daß die Ein- oder Ausfuhr von Gold in sechsfacher Verstärkung in der Richtung einer internationalen Nivellierung der Warenpreise wirken muß*. In Zahlen ausgedrückt, haben wir folgendes Bild: Die eine Hälfte der Goldwährungsländer führt etwa 5% des Geldumlaufes in Gold aus und muß infolgedessen 15% des Geldumlaufes in Noten einziehen. Die Preise werden um 15% gedrückt. In der anderen Hälfte der Goldwährungsländer, wohin das ausgeführte Gold gesandt wurde, werden umgekehrt die Preise um 15% gehoben. Das macht eine Gesamtdifferenz von 30% im Preisniveau beider Ländergruppen. Bedenken wir, daß für die meisten Waren in normalen Zeiten bereits eine Differenz von 1 oder 2% entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sein kann, so erkennen wir hier, wie verhältnismäßig empfindlich der Goldwährungsautomat als Valutaregulator war und daß jeder, der an diesem Automat etwas zu verbessern wünscht, schon Präzisionsarbeit leisten müssen. Selbstverständlich wirkt dieser Automat nur dort mit solcher Empfindlichkeit, wo der Verkehr völlig dematerialisiert ist, d. h. wo alles Gold auf der Notenbank konzentriert ist und im Verkehr nur Papiergeld umläuft. Denn nur hier wird die Ausfuhr von Gold dreifach verstärkt (durch das Dritteldeckungsverfahren) auf die Preise drücken. Dort aber, wo, wie z. B. in Deutschland vor dem Krieg, das Gold direkt als Münze im Verkehr Verwendung findet (zurzeit gibt es kein solches Land mehr), wird jeder, der Gold für die Ausfuhr braucht, dieses nicht von der vielleicht weit entfernten Notenbank holen, sondern wird das in die eigene Kasse eingehende Gold dazu verwenden. Solche Goldausfuhr bleibt dann ohne Einfluß auf die Notenausgabe. Sie wirkt darum auch nur *einfach* auf die Warenpreise, statt dreifach. Der Goldautomat ist dann dreimal weniger empfindlich. Am besten arbeitet daher der Automat dort, wo überhaupt kein Gold im Verkehr ist, wo darum alles für die Ausfuhr bestimmte Gold der Notenbank entzogen werden muß. Je empfindlicher aber der Automat reagiert, umso stabiler wird sich auch die Zahlungsbilanz zeigen. Hätte man statt des $\frac{1}{2}$ Deckungsverfahrens das $\frac{1}{10}$ oder $\frac{1}{100}$ Deckungsverfahren, so daß auf je eine der Bank entzogene Goldmark diese 10 bzw. 100 Mark in Noten dem Verkehr zu entziehen hätte, dann würde der Automat entsprechend empfindlicher arbeiten und statt 100 bzw. 10 Mark hätte man nur eine Mark auszuführen, *weil die Zahlungsbilanz der Empfindlichkeit des Regulators entsprechend viel weniger weit sich vom Nullpunkt entfernen könnte*, Ähnlich einem Schiff, dessen Kurs der geraden Linie sich umso mehr nähert, je empfindlicher der Steuerapparat reagiert. Ganz bestimmt müssen die Differenzen der Zahlungsbilanz früher, als es noch keine Banknoten gab, wo also die

Goldausfuhr nur einfach auf die Preise wirkte, größer gewesen sein als heute mit dem Gebrauch der Banknote. Die Banknote und das Dritteldeckungsverfahren ist der erste, wenn auch noch unbewußte, erkenntnislos ausgeführte Schritt einer von der Quantitätstheorie geleiteten aktiven Währungspolitik gewesen.

Der Geldumlauf verringert sich durch Ausfuhr von 1000 Mark um:

1.000 Mark bei reiner Metallwährung ohne Papiergeldeinschuß

3.333 Mark bei Papiergeld mit $\frac{1}{3}$ Deckungsverfahren

10.000 Mark bei Papiergeld mit $\frac{1}{10}$ Deckungsverfahren

100.000 Mark bei Papiergeld mit $\frac{1}{100}$ Deckungsverfahren

oder um den Geldumlauf um 100.000 Mark zu verringern, müssen:

bei reiner Metallgeldwährung 100.000 Mark ausgeführt werden

bei Papiergeld mit mit $\frac{1}{3}$ Deckungsverf. 33.000 Mark ausgeführt werden

bei Papiergeld mit mit $\frac{1}{10}$ Deckungsv. 10.000 Mark ausgeführt werden

bei Papiergeld mit mit $\frac{1}{100}$ Deckungsv. 1.000 Mark ausgeführt werden

Man bezeichnet des öfteren das Dritteldeckungsverfahren als Willkürlichkeit. Ganz recht. Aber es steckt mehr als Willkür in dem Deckungsverfahren. Es ist nämlich, wenn es auf die Wirkung ankommt, ganz *gleichgültig*, ob man sich für das $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{10}$ oder das $\frac{1}{100}$ Deckungsverfahren entscheidet. Entscheidend allein ist die Handlung, die Ausgabe oder der Einzug von Geld. Ob das Kommando für den Einzug von Banknoten bei Erreichung einer $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{10}$ oder das $\frac{1}{100}$ Deckung ertönt, ist ohne jede Bedeutung. Hauptsache ist, daß Ausgabe und Einzug von Geld im richtigen Augenblick und im richtigen Umfang erfolgt.

Ich muß mich auf diese Skizzierung des Goldwährungsautomatismus beschränken. Es ist der Automat, wie er funktioniert, so lange er fiskalischen und privaten Eingriffen verschlossen bleibt. Alle, die von der Möglichkeit nichts wissen, daß Spekulanten in das Spiel des Automaten eingreifen können, sind ob der großartigen Einfachheit des Goldwährungsautomaten als allgemeinen, internationalen Nivellierers der Preise und Devisenkurse zumeist ganz überrascht. Was auch hunderttausend schwitzende Staatsbeamte nicht fertig bringen konnten, das geht hier automatisch von statten. Und wenn man an der Goldwährung noch so viel auszusetzen findet, als Arbitrageautomat der Devisenkurse, als internationaler Preisnivellierapparat arbeitet die Goldwährung mit überraschender Präzision. Alle diejenigen, die den Staat ablehnen oder ihn wenigstens als notwendiges Übel betrachten (mit alleiniger Ausnahme der unentwegten Kommunisten sind wir alle zu Anarchisten geworden), könnten sich kaum ein besseres Geld vorstellen als die Goldwährung, wenigstens in der hier betrachteten Funktion als Automat für die internationale Nivellierung der Preise und der Devisenkurse. Es wäre ja auch wirklich herrlich, wenn wir durch treues Festhalten an der Goldwährung das Geld der Sparer und das Mündelgeld vor Lipstulian, dem Staat und Schinderhannes, schützen, ja den Staat auf dem Gebiete des Geldwesens völlig ausschalten könnten. Wir überließen die Versorgung des Landes mit Getreide, mit Butter und

Speck völlig der Privatindustrie und das Land war gut versorgt bis an dem Tage, wo der Staat hier eingriff. Warum könnten wir nicht auch der Goldwährung es überlassen, uns, das Land, mit dem nötigen Geld zu versehen? Fürwahr, der Gedanke ist zu schön, um ihn ohne sehr gewichtige Gründe abzuweisen. Ich selbst muß gestehen, daß ich wegen meiner angeborenen Abneigung gegen den Staat immer und immer wieder die Frage ergründet habe, wie man eine solche sich selbst überlassene Währung zustandebringen könnte. Leichtsinnig habe ich mich nicht von der Goldwährung abgewendet.

Nun ist es aber Tatsache, daß die Goldwährung durch den Kriegsausbruch überall mit einem Schlag beseitigt wurde. Der Allmacht des Staates auf dem Gebiete des Geldwesens hat die Goldwährung auch nicht 24 Stunden zu widerstehen vermocht, weder in den Demokratien noch in den Monarchien. Es hat keinen Staat gegeben, der im Innern nicht stark genug gewesen wäre, um die Goldwährung durch einen Federstrich zu zerstören. Und wenn auch der schwächste aller heutigen Staaten, die deutsche Republik, wegen dieser Schwäche die Goldwährung nicht wieder einführen könnte, die Kraft, um die etwa wieder eingeführte Goldwährung zu jeder Zeit wieder zu zerstören, und sich der Sparkassengelder zu bemächtigen, die hat er, die wird er immer haben. Ein starker Staat braucht sich nicht von einem Automaten beherrschen zu lassen, er unterwirft alles und in erster Linie das Geldwesen seinen Zwecken. Ein schwacher Staat aber, dem die Macht fehlt, um Steuern für seine Ausgaben einzutreiben, der kennt, wie die Erfahrung zeigt, als ersten Griff immer nur den Griff in die Reserven des Goldautomaten und als zweiten Griff den Griff auf den Hebel der Notenpresse. So ist es immer gewesen, und darum sollte, solange niemand zeigen kann, wie man dem Staate die Waffen entreißt, niemand mehr von dem vom Staate unabhängigen Goldwährungsautomaten reden. Dieser Automat lebt, solange er dem Staate dient und nicht eine Minute länger.

So wie die Dinge sind, kann somit heute die Frage nicht mehr lauten: wie entreißen wir dem Staate die Macht über das Geldwesen, sondern umgekehrt: wie nutzen wir die Macht des Staates aus, um das Geldwesen zu sichern. Der Staat hat hier, wie überall, seine Macht zu Währungspfuschiereien mißbraucht. Aber hat der Staat nicht vielleicht mehr aus Unerfahrenheit, aus Unkenntnis, aus völliger Mißdeutung des Wesens des Geldes gepfuscht als aus Schwäche und Willkür? *Wo waren die Autoritäten, die Sachverständigen, die Wissenschaftler, die der Reichsbank in diesen schwierigen Zeiten hätten zur Seite stehen sollen mit gutem Rat?* Die wissenschaftlichen Autoritäten, auf die die Reichsbank die Verantwortung hatte abwälzen können, haben Havenstein verlassen und ver-raten; so daß in diesem Falle die Verantwortung für das, was geschehen ist, dem Fehlen an Wissen und Einsicht und nicht dem Mißbrauch der Staatsgewalt zugeschrieben

werden muß. Nicht der über das Geldwesen mit Allgewalt herrschende Staat versagte. Die Wissenschaft, wenigstens die vom Staate anerkannte Wissenschaft, die war es, die versagte. Noch heute würde die offizielle Wissenschaft stumm bleiben, wenn man sie fragte, was sie denn eigentlich an die Stelle der durch die Goldhamsterei Anfangs August zerstörten Goldwährung gesetzt hätten. Professor Ballod von der Berliner Universität weiß noch heute nichts anderes zu empfehlen als Rückkehr zur Goldwährung.

Liefert aber die Goldwährung kein Gegengewicht zu der Macht des Staates, kann sie uns nicht vor Mißbrauch dieser Macht schützen, so fragt man sich, was diese Währung sonst noch Gutes bietet, daß mir ihr heute noch nachrennen? Und das heute, wo die Goldwährung noch in keinem Lande wieder hat eingeführt werden können? Was würde es uns auch nützen, wenn wir hier in Deutschland die Goldwährung wieder einführen, während in allen Ländern ringsum noch die Papierwährung fortbesteht? Ist etwas dadurch gewonnen, für den Kaufmann, der feine Waren gegen Gold kauft, um sie nach Polen zu schicken, wo er oder seine Geschäftsfreunde sie gegen polnisches Papiergeld verkaufen muß? In Frankreich, in Belgien, in England, in Spanien, in Argentinien, in Japan, kurz überall, behilft man sich heute mit Papiergeld. *Und solange das der Fall ist, hat die Goldwährung überhaupt keinen Sinn.* Sogar in dem so reich mit Gold gesegneten Amerika hat man die reine, *sich selbst überlassene Goldwährung* noch nicht wiederherstellen können, ja gerade wegen des großen Goldsegens hat man in Amerika die Goldwährung noch nicht sich selbst überlassen können. Ein Schatzüberschuß von 2 Milliarden Golddollar lagert in den Federal Reserve Banks und niemand weiß, was man mit diesem zinsfressenden Ungeheuer anfangen soll. Würde man ihn sich selbst und seinen Zinsgelüsten überlassen, würde er nicht künstlich festgehalten, so würde er das ganze Land durch eine gewaltige Goldinflation ebenso zerrütten, wie die Papiergeldinflation die Staaten Europas zerrüttet hat. Die Amerikaner sind von der Goldwährung ebenso weit entfernt, wie irgend ein Land der Welt. Der Überfluß erweist sich hier ebenso schädlich, wie dort der Mangel an Gold. Ein goldener Gletscher in Gestalt von 2 Milliarden Golddollars hängt da in schwindelnder Höhe über der amerikanischen Wirtschaft. Sein Bruch kann jederzeit von irgendeiner Spekulationsgruppe ausgelöst werden. Eine wegen zu großer Goldbestände gefesselte Währung ist ebenso wenig eine Goldwährung, wie eine Währung mit gesperrtem Zugang zu den Goldreserven, Wie z. B. die von Argentinien, wo man einer Golddeckung von über 80% zum Trotz glaubte den Goldschatz sperren zu müssen, und wo es infolgedessen zu einem Agio von über 30% kam.

Für unsere Valutaverhältnisse wäre also zunächst wenigstens mit der Wiedereinführung der Goldwährung, wenn sie gelänge, *noch nicht das geringste gewonnen.* Die Valutaschwankungen würden in voller Kraft fortbestehen, bis die anderen Staaten sich ebenfalls für die Goldwährung entschlossen hätten. *Das kann aber noch lange*

währen. Wenn nicht einmal England, trotz der denkbar größten Anstrengungen, die Goldwährung wieder einführen konnte, wenn das siegreiche Frankreich, das friedentriefende Spanien, wenn kein einziger Staat es dahin hat bringen können, woher sollte das nach allen Seiten geschwächte Deutschland die Kraft zu solcher Tat aufbringen? Und gesetzt auch den Fall, daß uns die Vereinigten Staaten die Goldwährung schenkten, indem sie uns á fonds perdus die Deckung zur Goldwährung lieferten, hätten wir dann etwa schon die Goldwährung? 1914, als wir mit der schimmernden Wehr ins Feld zogen, die Truppen brüllend vor Begeisterung, damals zu derselben Zeit hielten es doch die Bürger für ratsamer, dem Reich den Kredit zu schneiden und die in ihren Machtbereich gelangenden Goldmünzen zu hamstern. *Wenn das damals schon so war*, wie sehr müssen wir heute damit rechnen, daß sich dasselbe patriotische Schauspiel wiederholt!

Wo bleibt aber die Goldwährung, wenn bei jeder Drohnote Poincarés die Besitzer von Banknoten zu den Schaltern der Notenbank eilen, um sich das Gold anliefern zu lassen, wie sie das im August 1914 taten? Die, welche die Rückkehr zur Goldwährung vorschlugen, *vergessen völlig, daß die Goldwährung in viel höherem Maße auf den Kredit angewiesen ist, als jede andere Art der Währung*. Wer Gold in seinen Besitz gebracht hat und vor der Frage steht, ob er das Gold den Sparkassen und damit dem Verkehr übergeben soll, der stellt an die Sicherheit seines Geldes die höchsten Ansprüche. Die Unsicherheit aber war noch in keinem Lande je so groß, wie jetzt in der deutschen Republik, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. *Das Gold wird noch für lange Zeit der deutschen Politik und Wirtschaft den Kredit versagen*. Wenn einmal der Bürgerfrieden im deutschen Reich Wurzel geschlagen hat, wenn die Volks- und Weltwirtschaft in Vollbetrieb sich befindet und das Heer der Arbeitslosen aufgelöst ist, wenn die Reparationszahlungen so regelmäßig geleistet werden, daß wir vor weiteren Ruhraktionen geschützt erscheinen, dann vielleicht könnte sich die Goldwährung wieder halten. Aber, so fragt man, wenn wir zu solchen idealen Zuständen ohne die Goldwährung gelangen können, warum bleiben wir dann nicht bei der Währung, die uns solche Zustände gebracht und die Rückkehr zur Goldwährung ermöglicht hat. Eine Währung, die uns über die jetzigen schlimmen Zustände hinweghilft und die erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Goldwährung zu schaffen hat, ist doch entschieden besser als die Goldwährung selber. Ein Bergführer der den Bergfexen auf die Spitze des Berges auf den Schultern trägt, ist doch entschieden ein besserer Bergsteiger, als der Bergfex in seinen Salonkleidern!

Aber auch abgesehen davon. Wir stellen heute an das Geldwesen höhere Ansprüche. Wir wollen nicht nur Sicherungen gegen Schwankungen der Devisenkurse, sondern auch Sicherungen gegen Schwankungen

des Index, ja solche in erster Linie. Und diese Sicherungen vermag die Goldwährung uns nicht zu geben. Man mag die Goldwährung als Anarchie noch so wohlwollend betrachten, man mag sie auch der wohlwollenden Behandlung durch den Staat unterwerfen, *eine Fixierung des Devisenkurses zugleich mit einer Fixierung des Warenpreisindex ist unter der Goldwährung unmöglich und in all den Jahrhunderten hat es das auch noch niemals gegeben*. Vor dem Krieg gingen die Preise auf und ab wie auf einer Schaukel. In Amerika, wo man sich so sehr für die Wiedereinführung der Goldwährung in Europa einsetzt, stieg der Index von 100 im Jahre 1916 auf 233 im Jahre 1920! Von da bis zum Jahre 1922, also kaum zwei Jahre später, fiel der Index wieder von 233 auf 142, um dann wieder bis zum Schluß des vorigen Jahres auf 158 zu steigen. Und jetzt ist so viel Gold in Amerika, daß man den Index noch einmal auf den Stand von 1916 bringen könnte. Sollen wir hier in Deutschland nun alle diese Tollheiten mitmachen, nur um sagen zu können, wir haben die Goldwährung wieder eingeführt? *Die Vereinigung der Goldwährung mit einem stabilen Index* ist aus einer ganzen Reihe durchschlagender Gründe unmöglich. Schon der Umstand, daß eine auf die Stabilität des Index gerichtete Währung keine Krisen mehr aufkommen läßt, daß der Wegfall der Krisen den Volkswohlstand hebt und daß dieser Wohlstand sich darin äußert, daß viele Leute sich goldene Uhren, goldene Ketten, goldene Ringe kaufen, die sie früher der ewig sich wiederholenden Wirtschaftskrisen wegen nicht kaufen konnten, führt zwangsläufig zur Einschmelzung der Münzen, zum Einzug eines dreifachen Betrages von Banknoten und zur Geldknappheit, die zur Krise, zum Preissturz, zur Arbeitslosigkeit führt.

Die Stabilität des Index führt ferner dahin, daß mit der Zeit und als Wirkung des durch diese Stabilität ermöglichten ununterbrochenen Vollbetriebes der Volkswirtschaft der allgemeine Wohlstand wächst, daß dieser Wohlstand in einer größeren Fülle von Kapital besteht und daß die Fülle des Kapitals den Zinsfuß senkt. Sinkender Zinsfuß aber bedeutet verlangsamte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wie auch umgekehrt erhöhter Zins die Umlaufgeschwindigkeit verstärkt. Als der Zinsfuß im Dezember auf 100% monatlich gestiegen war, da raste das Geld auf dem Pecudrom. [Pecus = Vieh, das Geld. Pecudrom = Die Rennbahn für Geld und Stallkühe.] Da nun aber die Preise von der Geldseite aus gebildet werden durch diese Umlaufgeschwindigkeit, so sehen wir hier, daß die Stabilität des Index sich selbst unmöglich macht, *daß sie ein Gift erzeugt, an dem sie zugrunde geht*, ähnlich wie der Spaltpilz des Zuckers an dem durch ihn erzeugten Alkohol eingeht. Stabilität, Vollbetrieb, Wohlstand, Einschmelzen der Goldmünzen und sinkender Zinsfuß, verlangsamter Geldumlauf, Rückgang der Preise, Krise, Arbeitslosigkeit, Armut;

es ist eine zusammenhängende Kette sich gegenseitig in Zwangsläufigkeit auflösender Faktoren.

Derselbe Automat, der so schön die Devisenkurse zu nivellieren und zu stabilisieren versteht, der sich als Arbitrageur erster Klasse erweist, dieser selbe Automat untergräbt immer und regelmäßig die Unterlage für einen festen Index, hebt automatisch den Index aus seiner Ruhelage. Einmal ist es das Einschmelzen der Münzen für Industriezwecke, ein andermal ist es der Druck auf den Kapitalzins. In einer vor etwa 20 Jahren zusammen mit meinem verstorbenen Freund Ernst Frankfurth veröffentlichten Schrift, betitelt „Aktive Währungspolitik“ wurde der schlüssige Beweis erbracht, daß die Goldwährung die allgemeine Armut und Bettelei, die Arbeitslosigkeit und Krisen ebenso nötig habe, wie das Feuer die Luft. Die Stabilität der Devisenkurse und des Indexes soll uns aber gerade vor den selbstmörderischen Krisen und dadurch vor der Armut und Verarmung schützen. Womit erwiesen ist, daß die Goldwährung wie der Skorpion den Stachel wider sich selbst gerichtet hat, womit auch gleichzeitig die Erklärung gegeben ist für den Fortbestand der Armut trotz der Wunder der Technik, die die Produktivkraft des Menschen ver Hundertfacht hat. Wer die Wiederkehr der Goldwährung zur Hebung des Volkswohlstandes erstrebt, läuft einem Gespenst nach.

Ich kann mich hier nicht länger bei der Kritik der Goldwährung aufhalten. Nur eins möchte ich noch erwähnen, weil es mehr als alles andere die Gefahren aufzudecken vermag, die für uns mit der Goldwährung verbunden sind.

Nach dem Friedensvertrag haben wir 132 Milliarden Goldmark an Entschädigungen zu bezahlen, verteilt auf etwa 40 Jahre. Mit den Zinsen handelt es sich um eine Summe, die sieben mal größer ist als die Summe aller Goldfunde seit der Entdeckung Amerikas. Nehmen wir an, daß etwa die Hälfte dieses von den Goldgräbern auf den Markt gebrachten Goldes zu Industriezwecken verarbeitet wurde oder verloren gegangen ist, so haben wir das gesamte, als Geld und Notendeckung dienende Gold der Welt vierzehn mal an die Entente zu liefern. Das Gold oder entsprechende Devisen müssen wir uns durch Ausfuhr von Waren beschaffen, und nun kommt die kritische Frage: Welchen Preis wird man uns für die ausgeführten Waren bezahlen, wenn dieser Preis einesteils abhängig ist von der Menge des vorhandenen Goldes und zweitens von der Umlaufgeschwindigkeit dieses Goldes? Nehmen wir an, die Umlaufgeschwindigkeit des Goldes würde um etwa 50% gehemmt, so fielen die Preise um die Hälfte und *so müßten wir für dieselbe Reparationsleistung die doppelte Menge Waren ausführen*. Haben wir irgendeine Gewähr dafür, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Goldes während der ganzen Dauer der Reparationszeit dieselbe bleiben wird, daß es unseren Reparationsgläubigern niemals einfallen wird, die Umlaufgeschwindigkeit des Goldes zu hemmen, um uns Schwierigkeiten zu bereiten,

um uns die Erfüllung unmöglich zu machen, um einen Vorwand zu schaffen, das Ruhrgebiet neu zu besetzen? Wir können den Friedensvertrag nur auf dem Wege des Goldumlaufes erfüllen. Das Gold muß kreisen, nur so ist der Vertrag überhaupt zu erfüllen, und irgendeine Gewähr gegen Störungen dieses Kreislaufes liefert der Vertrag nicht. Seit 1919 habe ich unsere Regierung ununterbrochen auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. *Doch niemand scheint die hier lauende Gefahr zu wittern und zu erkennen.* Sonst würden wir doch nicht offiziell für die Wiedereinführung der Goldwährung Propaganda machen, sonst hätte man schon Gelegenheit gesucht, um diesen Punkt des Vertrages einer neuen Betrachtung zu unterwerfen. Wir können aber unmöglich die Goldwährung wieder einführen und gleichzeitig der Welt zeigen, welche Wucher- und Erpressungsmöglichkeiten die Goldwährung dem Gläubiger bietet. Wenn Schacht der Goldwährung nachläuft, so gibt er doch damit kund, daß er die Goldwährung für gut und erstrebenswert hält. Mag sein, daß die fremden Staatsmänner, mit denen wir im Laufe der 40 Reparationsjahre zu tun haben werden, friedfertig gesinnt sein werden und uns die Zahlungen nicht künstlich erschweren werden. Es kann auch anders sein, namentlich wenn wir hier diesen Staatsmännern durch die militärische Erstarkung Deutschlands wieder Furcht einflößen sollten. Aber nehmen wir den besten Fall an. Wer garantiert uns dann, daß nicht Privatpersonen vom Schlage Morgans oder Rockefellers zur Förderung ihrer Börsengeschäfte mit starker Hand in den Kreislauf des Geldes eingreifen werden? Was veranlaßt diese Leute, seit zwei Jahren 2 Milliarden Golddollars brach in den Kellern der Federal Reserve Banks aufzuspeichern? Was veranlaßt sie, auf den Zins dieser Riesensumme zu verzichten? Sie können diese 2 Milliarden gegen Hinterlegung einer gleichen Summe von Liberty Bonds an sich und damit in den Verkehr bringen. Sie können damit zu jeder von ihnen im voraus bestimmten Zeit einen Boom, eine Hochkonjunktur sondergleichen bewirken und ungezählte Millionen an Differenzen einkassieren. Warum tun sie das nicht? Wahrscheinlich haben sie andere Pläne, die noch mehr versprechen, Pläne, in die auch die Zukunft Deutschlands verwickelt ist *und die die Rückkehr Deutschlands zur Goldwährung zur Voraussetzung haben.*

Bei dieser Sachlage ist es gut, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf folgende Tatsachen zu lenken:

Die Goldwährung macht es möglich, daß Spekulanten Gold in beliebiger Menge von einem Lande ins andere verschieben. Sie brauchen sich dazu nur durch Verkauf von Wertpapieren ein Guthaben zu verschaffen. Durch Vorzeigen von Banknoten fordern sie das Gold bei der Notenbank ein und verschieben es in das andere Land. Dann muß die eine Notenbank das Dreifache an Banknoten einziehen und die andere Notenbank vermag das Dreifache an Banknoten auszugeben. Dort fallen dann die Preise und hier steigen sie, und wer sich im voraus auf diese

Differenzen eingerichtet hat, der zieht die Gewinne ein. Die Morganpanik vom Jahre 1907 ist ein Beispiel, wie die Goldwährung zu solchen Streichen mißbraucht werden kann und mißbraucht wird.

Die Vorbereitungen zu der Morganpanik begannen damit, daß die United Steel States Corporation durch englische Banken 125 Millionen Dollars einziehen und nach Amerika schaffen ließen. Die Geschäftspanik, die in London dadurch entstand, diente den Amerikanern als Vorwand für die Kreditbeschränkungen, die jetzt in Amerika vorgenommen wurden. Die Zahlung aller fälligen Wechsel wurde rücksichtslos gefordert. Neue Wechsel wurden nicht diskontiert, Prolongationen nicht bewilligt. Und alles Geld, das auf diese Weise einging, wurde festgehalten. Mit diesem ganz einfachen Mittel, das jedem zur Verfügung steht, der über die nötigen Dollars neben der nötigen Brutalität der Gesinnung verfügt, wurde eine Panik heraufbeschworen, die ihren Veranstaltern 3 Milliarden Dollar an Differenzen, dem Lande einen Verlust von 30 Milliarden zugetragen hat.

So sieht die Goldwährung aus, der unser Reichsbankpräsident zustrebt, besser gesagt nachläuft. Und so ist auch die Gesinnung der Männer, mit denen Schacht zu tun haben wird, wenn er sich die Mittel für die Installation der Goldwährung beschaffen will. Ich erinnere daran, daß die Folgen jener willkürlich heraufbeschworenen Panik sich wie ein Erdbeben aus dem Erdzentrum über die ganze Erde verbreiteten, daß eine große Anzahl von Börsenmaklern Selbstmord beging, daß Hunderttausende von europäischen Arbeitern aus Amerika wieder nach Europa wegen Arbeitsmangel flüchten mußten, daß die Hilfe, die in jenen Tagen der Prüfung von der Banque de France der Bank of England bereitwillig in Gestalt eines Darlehens gebracht wurde (so viel ich weiß, von der Reichsbank verweigert wurde), den Ausgangspunkt der Entente cordiale lieferte, die Deutschland später zerschmetterte. Alle diese Folgen hatten Morgan und seine Kumpane sicher übersehen und kaltblütig in Rechnung gestellt. Wenn nun diese Leute so kaltblütig ihr eigenes Volk ins Verderben zu stürzen jederzeit bereit sind, was wird sie davon abhalten, dem deutschen Volk den Strick um den Hals zu legen, jedesmal, wenn sie die Luft dazu verspüren?

—

Was ich hier von der Goldwährung sagte und der durch sie erstrebten Lösung des Valutaproblems, ist auch durchaus anwendbar auf die andere metallistische Lösung, auf den Vorschlag der Doppelwährung. Die Doppelwährung unterscheidet sich in nichts von der Goldwährung. Unter der Doppelwährung geht die Preisbildung vor sich wie unter der einfachen Währung. Auch hier ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes maßgebend für die Preise und auch hier kann die Umlaufgeschwindigkeit mit denselben Mitteln beeinflußt werden zur willkürlichen Erzeugung von Preisstürzen, Krisen, Paniken und Börsendifferenzen. Vielleicht bietet die Doppelwährung in bezug auf die Regelmäßigkeit der Metallproduktion einige Vorteile, aber diese Vorteile interessieren uns nicht mehr von dem Augenblick, wo wir erkannt haben, daß die Preise durch willkürliche Ände-

rungen in der Umlaufgeschwindigkeit willkürlich zum Vorteil der Spekulanten und zum Nachteil des schaffenden Volkes beeinflußt werden können. *Jede* Währung, die nicht vor den Angriffen der Spekulanten geschützt, jedes Geld, dessen Umlaufgeschwindigkeit nicht unter die Kontrolle des Staates gestellt werden kann, kann nicht leisten, was wir von der Währung verlangen und muß darum abgelehnt werden. Darum lehne ich die Gold- und die Doppelwährung ab.

Die Lösung der Valutafrage darf nicht der Lösung der Währungsfrage im Wege stehen. Die Lösung der Währungsfrage, die in der Stabilisierung des Warenpreisindex zu suchen ist, verlangt daß wir absolut sowohl die Geldmenge, wie auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beherrschen.

Auch die lateinische Münzunion, so wie sie bis dahin bestand, wird dieser Forderung nicht gerecht. Auch sie steht der Lösung der Währungsfrage im Sinne einer Stabilisierung des Warenpreisindex im Wege. Aber diese lateinische Münzunion zeigt uns wenigstens den Weg, den wir zur Stabilisierung der *Valuta* werden einschlagen können, sobald es uns gelungen sein wird, die *Währungsfrage* zu lösen.

Die lateinische Münzunion wurde zu einer Zeit gegründet, wo das Silber noch freies Prägerecht genoß in allen Ländern, die sich der Union anschlossen. Das Wesentliche dieser Union bestand darin, daß die Münzen der Union ohne Ansehen der Prägung im ganzen Gebiet der Union gesetzliche Zahlungsmittel waren und daß diese Münzen frei von einem Lande der Union zum anderen wandern durften.

Soweit ist nichts besonders Interessantes an diesen Bestimmungen zu entdecken. Die Vorteile waren dieselben, die auch die Goldwährung ohne Vertrag allen Ländern bot, die sie einzuführen für gut hielten. Mit der Goldwährung haben alle Münzen der Welt virtuell den Charakter gesetzlicher Zahlungsmittel, da alle diese Münzen sich auf Feingold reduzieren lassen. Der Vorteil der lateinischen Münzunion, den man bei ihrer Gründung im Sinne hatte, beschränkte sich darauf, daß alle Länder der Union die gleichen Einheiten hatten, nämlich den Franken, der im Gewicht und Feingehalt ganz der Münze der anderen Unionsländer entsprach, so daß Umprägungen bei Grenzüberschreitung unnötig waren.

Interessant vom Standpunkt der Frage, die uns hier beschäftigt, wurde die lateinische Münzunion erst vom Tage an, wo das freie Silberprägerecht aufgehoben und die Silbermünzen zu Kreditmünzen wurden. Jetzt galten sie nicht wegen ihres Silbergehaltes, sondern wegen ihres Charakters als Geld und als gesetzliches Zahlungsmittel. Das Einschmelzen, das bis dahin mit keinem Verlust verknüpft war, und auch der Export der Münzen aus der Union wurden wirtschaftlich unmöglich. Der Silbergehalt der Münzen, der sich keineswegs geändert hatte, deckte zuletzt nur mehr 50% der Münze, d. h. mit einem Fünffrankenstück konnte man das Silber für die Prägung von zwei Fünffrankenftücken kaufen, so daß von je zwei Münzen immer die eine volle Kreditmünze war, für die alle Staaten der Union solidarisch hafteten. Für diese Münzen galt nicht mehr der Satz,

daß der Weg über die Grenze auch der Weg in den Schmelztigel ist. Es hätte keinen Sinn gehabt, die Münzen der lateinischen Münzunion über die Grenze der Union zu schaffen, aber über alle Staatsgrenzen innerhalb der Union konnten sie frei verkehren. Hier galten sie als gesetzliches Zahlungsmittel, wobei es völlig einerlei war, in welchem der Staaten der Union die Münzen geprägt worden waren. Wer in der Schweiz Steuern zu bezahlen hatte, der bezahlte sie mit einem Gemisch von italienischen, französischen, belgischen Münzen. Manchmal waren darunter sogar schweizerische Münzen. Jeder schweizer Demokrat trug die in Silber geprägten Bildnisse Napoleons, Victor Emmanuels, Leopolds immer bei sich. Bei feierlichen Gelegenheiten, wenn es galt, auf dem Merrit eine Kuh zu kaufen, dann trug er diese Bilder auf dem Herzen. Napoleon hatte diesen Münzen mit dem Namen der lateinischen Münzunion einen rassischen Charakter geben wollen. Aber er durchbrach selber wieder diese Beschränkung der Union, indem er die Alemannen der Schweiz in die Union aufnahm. Da nun die Münzen der lateinischen Münzunion in der Schweiz anstandslos trotz der Inschrift „Union Monétaire Latine“ umliefen, so haben wir hier den Beweis, daß der Erfolg der lateinischen Münzunion nicht auf den rassischen Charakter der Union zurückzuführen ist, sondern auf etwas anderes. Privatwirtschaftlich wichtig für alle war allein der Umstand, daß die Münzen der lateinischen Münzunion als Geld und als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt waren. Dazu kam dann für die Währung noch der entscheidende Umstand, daß die Münzen in allen Staaten der *Union den Goldmünzen in der Währungspolitik gleichgestellt wurden, insofern die einzelnen Staaten sie als Deckung im Sinne der Dritteldeckungsvorschriften benutzten.* Für je ein Fünffrankenstück konnten die Notenbanken 15 Franken in Noten ausgeben. Und für je ein Fünffrankenstück, das den Notenbanken für die Ausfuhr entzogen wurde, mußte die Notenbank 15 Franken in Noten einziehen. Vertrieb eines der Länder, Italien z.B., die Münzen in größeren Massen dadurch, daß es durch übermäßige Notenausgabe die Warenpreise über den Weltmarktstand hob und dadurch die Warenausfuhr erschwerte und die Wareneinfuhr erleichterte und es so zu einer passiven Zahlungsbilanz brachte, so wanderten die Silbermünzen über die Grenzen der anderen Unionstaaten, nach Paris, Zürich, Brüssel. Dann mußte Italien den dreifachen Betrag der ausgeführten Münzen an Noten einziehen. Das genügte dann, um den Preisstand der Waren wieder so zu senken, daß den eingeführten Waren der Absatz erschwert wurde, den Ausfuhrwaren dagegen der Absatz erleichtert wurde. So stellte sich dann das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz automatisch wieder her, und zwar umso schneller trat solches Gleichgewicht wieder ein, weil ja die über die Grenze gewanderten Münzen dort die entgegengesetzte Wirkung auf die Warenpreise auslösten. Genau wie ich das vorhin bei Beschreibung des Goldwährungsautomaten darstellte. [Die hier als Beispiel angeführte Inflation in Italien übertrug sich durch den Export der Silbermünzen auf die anderen Länder der Union. Wenn hier keine entsprechenden Gegenzüge gemacht wurden, mußten für das Gesamtgebiet der Union Valutaschwierigkeiten gegenüber den Goldwährungsländern entstehen.]

Was uns hier besonders interessiert, ist, daß wir es mit einem internationalen Kreditgeld zu tun

haben, einem Geld, das man nicht ohne großen Verlust einschmelzen konnte, das nur funktionell gedeckt war, das aber wieder seinerseits einem dreifachen Betrag an Banknoten als gesetzliche „Deckung“ diene. Der Metallist, der immer in erster Linie an eine stoffliche Deckung denkt, für den eine funktionelle Deckung einen verschlossenen Schatz der menschlichen Erkenntnis darstellt, sieht sich hier einem vollkommenen Rätsel gegenüber. Er sieht hier einen Franken, der nur für höchstens 50 Centimes Silbermetall enthält, für den übrigens auch kein Staat der Union gesetzlich für mehr als diese 50 Centimes haftete, der aber von den Notenbanken einer Deckung für Noten über drei Goldfranken gleichgestellt wurde. Er sieht hier in einer nur funktionell gedeckten internationalen Kreditmünze einen international funktionierenden Preis – „Arbitrage“ – und Valutanivellierautomat, der, solange keine groben Verstöße gegen eine vernünftige Handhabung der Notenpresse vorkamen, tadellos funktionierte. Und was ich hier ganz besonders zu beobachten bitte, der Automat funktionierte tadellos auf seinem Gebiete, d. h. auf dem Gebiete der *Valuta* und der internationalen Preisregulierung, trotzdem auf dem Gebiete der *Währung* ganz fürchterlich gefuscht wurde, sowohl innerhalb der Union, wie außerhalb derselben. In die Zeit der lateinischen Münzunion fiel der Übergang zur Goldwährung zuerst in Deutschland, dann allmählig in fast allen Ländern. Und wir wissen, wie schwer in dieser Übergangszeit die sich auf Jahrzehnte ausdehnte, die Zahlungsbilanz überall im aktiven oder passiven Sinne belastet wurde. Trotzdem reichten die nivellierenden Kräfte des Automaten aus. Nur als in Italien andauernd zu viel Papiergeld oder Silberscheidemünze ausgegeben wurde, schied Italien durch das Aufkommen eines Agios praktisch eine Weile aus der Union aus. Das in Übermaß ausgegebene Papiergeld hatte alle Unionsmünzen aus Italien vertrieben, was zu einem Agio führte. Sonst widerstand die Union seit ihrer Gründung im Jahre 1865 allen Stürmen, bis daß die Papiergeldpfuschereien während des Weltkrieges dieser schönen Kultureinrichtung ein Ende bereiteten. Und noch eins möge man hier bedenken: In den Ländern der Union hat es kaum etwas gegeben, was man Währungspolitik nennen könnte, also eine bewußte Anpassung des Geldumlaufes an die Bedürfnisse des Verkehrs. Das kann man umso sicherer behaupten, als es in der Union und während der ganzen Dauer des Vertrages weder ein einheitliches noch überhaupt ein Maß des Geldbedarfes gegeben hat. Für die Befriedigung des Geldbedarfes war die Dritteldeckung allein richtunggebend. Der Begriff „Geldbedarf“ war in den Statuten der Union nicht definiert und jedes Land legte das Wort nach Gutdünken aus. Oft wurde der hohe Zinsfuß als Beweis genannt

dafür, daß es an Geld mangelte. Dabei wissen wir heute, daß der Zinsfuß mit den Preisen steigen muß, und daß die Preise steigen, wenn zu *viel* Geld ausgegeben wurde, so daß die Bemessung und Befriedigung des Geldbedarfes nach Maßgabe des Zinsfußes, den Zinsfuß nur noch mehr in die Höhe treiben muß. Wenn trotz solcher „Währungspolitik“ der Valutanivellierautomat seinen Dienst so gut verrichtete, so kann das nur daran gelegen haben, daß entweder der Automat an sich sehr wirksam war, oder daß die Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, eine sehr einfache war, oder drittens daß beides zutraf. Das letztere ist der Fall gewesen. Es gibt auf der Welt keine Aufgabe, die leichter zu lösen ist, als die Aufgabe, über die sich heute die besten Köpfe der Welt umsonst abzumühen scheinen.

Ich habe nicht die Absicht, Ihnen hier eine Neuauflage der lateinischen Münzunion zu empfehlen. Die lateinische Münzunion löste nur eine Seite des großen Problems. Das Problem heißt heute: *Wie vereinigen wir feste Valutakurse mit einem festen Index der Warenpreise, mit anderen Worten, wie lösen wir die Valuta- und die Währungsfrage?*

Die Valuta gibt uns Aufschluß über das Tauschverhältnis des Landesgeldes zum Gelde des Auslandes und die Währung gibt uns Aufschluß über das Tauschverhältnis des Landesgeldes zu den Waren. Die Goldwährung löst die *Valutafrage*, wie ein Automat sie lösen kann. Doch läßt die Goldwährung die Währungsfrage offen. Versucht ein Goldwährungsstaat den Wünschen des Handels in bezug auf die Währung im Sinne einer Stabilisierung des Indexes nachzukommen, so kommt es unvermeidlich zu einer Diskrepanz mit der Valuta. Der Goldwährungsautomat setzt aus. *Will man aber beides, feste Valutakurse und einen festen Index*, so müßte man sich schon mit allen Goldwährungsländern über die Grundsätze der nationalen Währungspolitik verständigen. Dann geht es eine Zeitlang. Wird z. B. gleichzeitig in allen Ländern eine Währungspolitik betrieben, die auf Preisabbau eingestellt ist, hat man sich über die Höhe solchen Preisabbaues verständigt, so wird solcher allgemeine Preisabbau auch keinen unmittelbaren Einfluß auf die Handels- und Zahlungsbilanz ausüben. Dann bleibt der Devisenkurs fest. Und dasselbe ist der Fall, wenn überall gleichzeitig durch Notenausgabe eine allgemeine internationale Preissteigerung hervorgerufen wird. Einfluß auf die Handels- und Zahlungsbilanz und schließlich auf die Valuta und Devisenkurse haben nur einseitig nationale währungspolitische Maßnahmen. Es wäre ja möglich, daß die an der Goldwährung beteiligten Länder in einem internationalen Goldwährungskongreß sich über die Grundzüge einer auf die Aufrechterhaltung des Indexes gerichteten Währungspolitik verständigten, so daß zunächst das erstrebte Ideal, die Verbindung fester Valutakurse mit einem unveränderlichen Index tatsächlich erreicht wird. Was aber wäre damit erreicht? Bringt uns nicht die Lösung der Währungs- und Valutafrage den Vollbetrieb der Volks- und Weltwirtschaft und damit den allgemeinen Volkswohlstand? Und

führt dieser Wohlstand nicht zur Einschmelzung der Goldmünzen für Bijouteriezwecke, setzt der Volkswohlstand nicht den Zinsfuß für alles Kapital herab und hemmt niedergehender Zinsfuß nicht die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes? *Führt so die mit der Goldwährung betriebene, an sich vernünftige Währungspolitik, drastisch ausgedrückt, nicht zum Selbstmord dieser Politik?*

Einschmelzen der goldenen Münzen, gleichzeitig Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, zu einer Zeit, wo der Vollbetrieb der Wirtschaft immer größere Warenmengen auf den Markt wirft, das muß doch auf die Preise drücken und zur Krise führen. Mit der Goldwährung verschüttet der Wohlstand automatisch die eigene Quelle.

Freilich ließe sich hier durch internationale Währungspolitik, wenn sie überall nach international anerkannten Grundsätzen geleitet wird, noch manches erreichen und der Zeitpunkt des Selbstmordes der stabilisierten Währung eine Weile hinausschieben. Aber, so wird man hier mit Recht fragen: Was würde von dem Goldwährungsautomaten noch übrig bleiben, wenn man das, was wir von ihm erwarten, nicht mehr dem Goldmetall zu verdanken hätte, sondern einer Währungspolitik, die in gar keinem inneren Zusammenhang mehr stände mit den metallenen Eigenschaften des Goldes, und die darum auch die gleichen Wirkungen auslösen müßte, ob wir sie auf Goldgeld, auf Silbergeld oder auf Papiergeld anwenden!! Bamberger, der Begründer der Goldwährung in Deutschland, sagte: „Kraft seiner metallenen Eigenschaften währt das Gold“. Das ist auch schon im Worte Goldwährung ausgedrückt. Bedarf aber die „Goldwährung“ der Stütze einer Währungspolitik, dann währt das Gold nicht mehr kraft seiner metallischen Eigenschaften, dann wird Bambergers Begründung hinfällig, dann ist's die Währungspolitik die währt oder auch nicht währt. Dann sind wir aber auch schon in der Erkenntnis so weit, daß wir die Frage stellen können, ob wir uns nicht völlig von der „Goldwährung“ emanzipieren können, sowohl für den Inlands- wie für den Auslandsverkehr, sowohl für die Währung wie für die Valuta.

Wer eine befriedigende Erklärung für die Tatsache hat, daß der Preis des Silbergehalts der Münzen auf 50% desjenigen der Münze fallen konnte, ohne daß die Münze darunter zu leiden hatte, der wird auch die eben gestellte Frage bejahen und sagen, daß die funktionelle Deckung des Geldes an sich vollkommen genügt und daß das Geld darum der Deckung durch das Metall nicht nur bis 50%, sondern restlos entraten kann. Wer sich zu dieser grundlegenden Erkenntnis noch nicht durchringen können, der tut gut, sich selbst zunächst in diesem Punkte Klarheit zu verschaffen, ehe er sich weiter an den Debatten über die Währungsfrage beteiligt. Ich selbst nehme diese Erkenntnis zur Grundlage für meinen Vorschlag der Internationalen Valuta-Assoziation, deren Programm ich Ihnen jetzt erklären will.

—

Hier schloß sich die Erörterung des Programms der Iva an, wie es im Goldwährungsheft der Freiwirtschaft (Heft 3 S. 84 dieses Jahrganges) abgedruckt wurde.

Statuten der vereinigten Staaten von Europa.

Als Name für die Vereinigten Staaten von Europa ist eine Bezeichnung am Platze, die keinerlei rassische, kulturelle, geschichtliche, und im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Weltstaates auch keine geographischen Vorstellungen erweckt. Je nichtssagender der Name, umso besser. Wir werden darum unseren neuen Weltstaat wohl am besten mit Numero Vier bezeichnen, anschließend (historisch) an die früheren Weltstaaten (Alexander, Caesar, Napoleon). Wie der Name Preußen im Deutschen Reich nicht unterging, so würde dann auch der Name „Deutsches Reich“ unserem Lande, unserem Volke, unserer Kultur innerhalb des Weltstaates Vier verbleiben. So können sich dann dieser neuen Kraftzentrale unbegrenzt viele Staaten, auch halb- und ganzbarbarische, exotische, schwarze und gelbe anschließen, ohne daß sich der einzelne dabei irgend etwas vergibt, ohne daß der Einzelstaat sich verantwortlich zu fühlen braucht für alles, was sonst außerhalb seiner Grenzen im Weltstaat Vier vor sich geht. Wir werden einen Weltstaat gründen, weiter nichts als einen Weltstaat, wie den englischen, russischen, den amerikanischen. Innerhalb dieses Weltstaates Vier soll jeder Einzelsaat seine volle Individualität erhalten und entwickeln können.

Was schließt nun alle diese Völker zu dem größeren Gebilde zusammen? Nun, genau dasselbe, was auch die Weltstaaten Eins, Zwei und Drei zusammenschloß. Der Kraftüberschuß, den der Zusammenschluß abwirft, der wirtschaftliche Kraftprofit. Dasselbe, was Horden, Genossen, Gesellschaften, Gemeinden zusammenschließt. Die wirtschaftliche Kraft wächst nicht in gerader Proportion zur Masse, sondern darüber hinaus. Ähnlich wie auch die Arbeitsteilung einen Kraftüberschuß und zwar einen unberechenbar großen Kraftüberschuß über die Urwirtschaft abwirft. Das ist das ganze Geheimnis jeder Vereinigung sowohl, wie auch des Weltstaates. Größerer Profit, größerer Arbeitsertrag, das ist der Kitt der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von England, und das soll auch der Kitt Viers sein. Wie der Speck die Mäuse, so soll der Kraftprofit Viers die Völker ringsum anziehen und... festhalten. Wir (Deutsche) mögen uns untereinander in unserem eigenen Staate enger als bisher verbrüdern und über Speck und Profit hinauf gemeinsam streben; für alle übrigen Landsleute Viers wird es aber ferner heißen – der Profit einigt uns, alles übrige sind Privatangelegenheiten, in die wir uns nicht mischen, in die wir uns nicht hineinreden lassen – etwa so, wie wir ja auch dem Staate nicht erlauben, in unsere Töpfe, in unsere häuslichen Angelegenheiten zu gucken. Drei Schritt von unserer Tür, so heißt es hier. Persönliche, freundschaftliche Beziehungen zu Gliedern der anderen Völker Viers, wie auch von Eins, Zwei und Drei werden wir nach wie vor und in erhöhtem Maße pflegen, jedoch ihren Staaten gegenüber gilt das Wort – sie gehen uns nichts an. Für den wirtschaftlichen Kraftüberschuß, den Vier seinen Gliedern verschafft, brauchen wir keine Sympathien und Antipathien. „Erzfeinde“ treiben in der Regel die besten Geschäfte miteinander. (England–Deutsch-

land.) Darum wähle man zu dem Wappen für Vier keinen Adler, keinen Löwen, kein Kreuz, kein Symbol höheren Seelenschwunges, sondern ähnlich wie die 47 glitzernden Silberdollars in der Fahne der Vereinigten Staaten, erhebe man eine Geldbörse, einen Schinken zum Wappen von Vier. Es irrt der Mensch, so lang er strebt, und im Staatsleben heißt Irrtum Krieg. Vier, den der Kraftprofit zusammenfügt, darf nicht streben, damit er nicht irre gehe, denn der Irrtum würde den Kraftgewinn in Munitionsfabriken verschwenden, den Zweck Viers gefährden. Krassester Materialismus soll Vier zusammenballen. Nichts, was sich nicht in Mark und Pfennig restlos ausdrücken läßt, darf seine Verhaftung belasten. Wie der Speck das Schwein umhüllt, so soll der von der Masse ausgehende Kraftprofit die Dauben Viers zusammenhalten.

Wenn irgend ein Staat vom Geruch Viers angelockt, sich dieser Kraftzentrale anschließen will, so mag er es tun. Wenn er es bereut, so mag er gehen. Nur einzig und allein der eigene Vorteil der Teile soll die einigende Kraft des Ganzen sein. Jeder mag seine Antipathien und Sympathien mitbringen, jeder Staat mag daneben noch seinen ganzen historischen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Ballast mit sich bringen. Vier braucht diese Kleinodien nicht, er weiß absolut nichts damit anzufangen. Vier hat keine Geschichte, er will nichts, strebt nicht, ist kulturlos, amoralisch, genau wie die anderen Weltstaaten. Er ist! Vier hat nur eine einzige Eigenschaft: die wirtschaftliche Anziehungskraft seiner Masse. Was sonst die Staaten trennte, sie zu (vermeintlichen) natürlichen Gegnern machte (Deutschland-England), das verwandelt sich bei Vier in Newtonsche Kraft. Vier wird von innen aus zusammengehalten, kann also nicht auseinanderfallen. Wird Vier aber auseinandergerissen, so streben die Teile selbsttätig wieder zusammen, ähnlich wie magnetische Eisenspäne. Was andere Staaten durch Taten, durch Arbeit, auf dem Wege schwerster Opfer und diplomatischer Purzelbäumie meistens erfolglos, wenn nicht sogar kontraproduzent erstreben, das geschieht ganz einfach in Vier. Und das verbürgt seinen Bestand. Kein Reich ist jemals so fest gefügt gewesen, wie unser Vier, denn alle Staaten haben bisher den Fehler begangen, über ihren Speck hinaus zu streben, und wer strebt, irrt. Wirtschaftliche Dinge aber sind verständliche Dinge, rein menschliche Angelegenheiten, die sich restlos verstehen lassen und über verständliche Dinge kann man sich immer verständigen. Der Streit beginnt dort, wo persönliche, innere Angelegenheiten zu Tage treten. Religion, Philosophie, Kunst, Weltanschauungen, überhaupt alles Schwankende, Werdende, Breiartige geben den Grund zum Streit unter Staaten. Denn das andere kann sie nur zusammenführen, sie versöhnen. Hinter den genannten Dingen, im untersten Grunde verborgen, dem Blicke des Alltagsmenschen entrückt, findet man ja auch wieder den wirtschaftlichen Kern. Enthüllte man diesen Kern, läge er offen da, nackt, dem Blöden sichtbar, so würde man sich nicht mehr darüber streiten. Der Streit wäre längst, endgültig entschieden. Die Streithähne mit der ganzen Rasse, Brut und Sippe erschlagen und vergessen. Würde man sich

wohl heute noch über Schutzzoll und Freihandel zanken, wenn der Kern der Frage, die Grundrente, nicht so tief in den Brei unserer national-ökonomischen Lehrsätze herabgezerrt worden wäre? Räume man die aus wüsten philosophischen, patriotischen, religiösen, rassezüchterischen Irrlehren bestehende Borke, die die Grundrenten schützen soll, weg und jeder wird sofort den Freihandel als die natürliche, jedem Zweifel enthobene Wirtschaftsverfassung erkennen. Da, wo niemand recht zu sagen weiß, was er will, was er meint, was er erstrebt, da suche man die Wurzel des Streites und des Krieges. Aus der Verfassung Viers müssen diese Wurzeln aufs peinlichste ausgerodet werden. Der Zweck Viers muß für Alle vollkommen durchsichtig sein und bleiben. Infolge seiner absolut materialistischen Grundlagen wird man in Vier immer mit 2 x 2 nachweisen können, was ihm zu- und abträglich ist. Vier ist nicht der Tummelplatz für Phantasten, Bodenreformer, Schutzzöllner und Tollhäusler. Diese Leute sind auf die Grenzen ihres engeren Heimatsstaates angewiesen. Vier als solcher muß vor jedem Breiüberzug wie vor der Pest gehütet werden. Blitzblank muß es hier sein, Tageshelle muß in allen Ecken herrschen. Und im übrigen steht die Tür immer offen für alle, die an dem „krassen Materialismus“ Viers Anstoß nehmen. Offen, Natürlich auch für die verlorenen Söhne. Res tua agitur. Nur keine Gewalt. Und sie kehren alle wieder, die, die gehen. Wie die Kometen, die sich vom Gängelband der Sonne freimachen wollen, auch wiederkehren. Vier ruft niemand zurück; er vertraut unbedingt in die Wirksamkeit seiner Masse. Die Sonne läuft auch keinem Kometen nach.

Was Vier zusammenballt, können nur Dinge sein, die keiner Verwaltung, keiner Regierung, keiner Gesetzgebung, keiner Politik bedürfen. In Vier steht alles auf eigenen Füßen, unumstößlich, wie Naturkräfte. Sobald wir in Vier nicht ohne Zentral-Regierung auskommen, haben wir auch schon den Beweis, daß irgendwo dem Richtgedanken dieser Weltkraftzentale entgegengehandelt worden ist, daß Fremdstoffe in seine Blutbahn eingespritzt wurden. Wie ein planetarisches System, so muß Vier ohne irgend welches Zutun bestehen. Dabei braucht auch die Initiative zu den Dingen, die das Wesen Viers ausmachen, nicht von ihm abzugehen. Vier braucht niemand, die anderen, die Strebenden, die Hilfebedürftigen, die Einzelteile Viers brauchen ihn, und ergreifen die Initiative. Doch ist letzten Endes diese Initiative auf die von Vier ausströmende Kraft zurückzuführen. Der Kraftprofit, den die Masse über ihre Komponenten voraus hat, gibt den Anstoß zu allen einigenden Bestrebungen. Sobald alle, die an die neue Kraftzentrale sich angeschlossen haben, über eine neue Frage einig geworden, und ihr Gegenstand in der Kontroverse blitzblank gescheuert worden ist, geht dieser stillschweigend in die Masse Viers über. Jeder Massenzuwachs vermehrt aber wieder die Anziehungskraft Viers und reizt zu weiteren Anstrengungen und evtl. auch zu Opfern, um sich diesen neuen Kraftzuwachs dienstbar zu machen. So vermehrt der Zuwachs der Masse zugleich ihr spec. Gewicht. Vier wächst nach außen und nach innen, so daß sich die Anziehungskraft Viers niemals bis zum Ausgleich

verbrauchen kann. Sie läuft allen Einigungsergebnissen immer voraus.

Als gemeinsame Grundlage der neuen Weltkraftzentrale käme vorläufig folgendes in Betracht:

Freihandel – Geldwesen – Freizügigkeit.

Bürgerrecht für alle Einwohner Viers.

Daneben der bekannte Kleinkram: metrisches Maßsystem, Esperanto (Ido) als offizielle Sprache, gemeinsamer Posttarif usw.

Daß nur der Freihandel, und zwar der echte Freihandel, der Freihandel nach außen sowohl wie nach innen, der Zentrale genügend Kräfte zuführen kann, um sie zusammenzuballen und zusammenzuhalten, ist klar. Außerdem kommt auch nur dieser echte Freihandel ohne staatliche Einmischung, ohne Arbeit, ohne Verträge, ohne Tinte und Papier aus, und das ist eine Grundbedingung für alles, was Vier aufgebürdet werden soll. Es ist unmöglich, die sich kreuzenden, widersprechenden Interessen der Einzelbürger in einer Zollformel anzugleichen. Sobald überhaupt das Wort „Zoll“ fällt, geht den Menschen das Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Sie wissen nicht mehr, was oben, was unten ist, wie Krebse, denen das Kieselsteinchen aus dem Ohr entfernt worden ist. Mein und Dein wird durcheinandergeworfen. Dabei sind die Interessen, die der Zoll berührt, an sich keine festen Größen. Alles schwankt, alles ist hier stetig in Fluß, und stellt immer wechselnde Ansprüche an den Zoll, an den Staat. Ähnlich wie ein Schuldner, der sich nach und nach zum Gläubiger entwickelt, nachher der Währung gegenüber einen ganz entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Der Agrarstaat, der ganz andere Zollinteressen zu haben glaubt als der Industriestaat (in Wirklichkeit irren beide), verwandelt sich in einen Industriestaat, wie auch umgekehrt, und allen diesen Handlungen soll der Zoll gerecht werden, wobei man wieder am Zoll nicht rütteln darf, ohne die Grundfesten des Staates zu erschüttern. Der Freihandel ist dagegen etwas durchaus Festes, Natürliches, Unbewegliches, und jeder Beeinflussung durch die Parteien entzogen. Er ist – oder er ist nicht. Das Prinzip der Ewigkeit liegt in ihm fest wie in einem ägyptischen Ziehbunnen. Über den Grad des Zollschatzes wird man ewig fluchen, zanken, streiten und Krieg führen. Über den Grad des Freihandels kann es niemals Meinungsverschiedenheiten geben. Denn die Freiheit ist, lebt, unangestastet, absolut, oder sie ist es nicht. Ein Zoll von 1% ist von der Handelsfreiheit ebenso weit entfernt wie ein Zoll von 100%. Zwischen 0 und 1% liegt ebensoviel Stumpfsinn, Unfreiheit, Gewalt, Hadergeist, Munition und Kanonen, wie zwischen 0 und 100%. Denn 1% ist ja der Wegweiser für 100%, wie der Dieb von 1 Mark moralisch auch für einen Diebstahl von 100 Mark vorbereitet ist. Der Freihandel, die Ehre, die Gerechtigkeit können nur absolut betrachtet werden. Der Differenzialzoll, der Zollverein, der jetzt vielfach für die neue Weltkraftzentrale vorgeschlagen wird, ist ein Fehlgriff. Er führt notwendigerweise zum Bankrott des ganzen Gedankens, er nimmt von vornherein der neuen Kraftzentrale jede Entwicklungsmöglichkeit. Er ist

wie ein Panzer aus frischer Haut, der beim Eintrocknen sich zusammenzieht und den Träger erstickt. Der Differenzialzoll und der Zollverein verwandeln die Zentripetalkraft des neuen Weltstaates in Zentrifugalkraft. Beide Dinge errichten künstliche Grenzwälle gegenüber den anderen Kraftzentralen und erschweren die natürliche Fusion ganz außerordentlich. Sie mindern dadurch die Aussichten auf weiteren, gewaltigen Kraftprofit. Der Gedanke des Zollvereins ist der, wenigstens einem kleineren Gebiete die Vorteile des Freihandels zu sichern. Im Zollverein liegt also die Anerkennung klipp und klar ausgedrückt, daß der Freihandel das eigentliche Ideal ist. Ist ein kleines Freihandelsgebiet (das ist der Zollverein) aber gut und erstrebenswert, so ist ein großes Freihandelsgebiet erst recht erstrebenswert. Warum also bei der Gründung des neuen Weltstaates nicht gleich den Blick aufs Ganze richten? Dem Menschen wird auch der größte Zollverein immer klein erscheinen. Solange durch Anschluß neuer Länder überhaupt noch Kraftprofit erzielt werden kann, fühlt sich jeder geschwächt in seiner natürlichen Kraft. Das ganz natürliche Streben ist daher immer aufs Ganze gerichtet. Alexander der Große hat in jedem Champagner- und Zahnwasserfabrikanten gleiche strebende Genossen. Keiner gibt sich mit einem Teil zufrieden. Mit dem Zollverein und dem Differenzialzoll werden wir uns in Vier von vornherein gegenteilig zum mindesten verärgern. Ein Glied nach dem andern wird abfallen, angezogen von den anderen Kraftzentralen. Ständig wird an diesem Verfall gebohrt werden, von innen und von außen. Führen wir aber für Vier den Freihandel ein, so nehmen wir den Außenstehenden jede Angriffsfläche und die im Innern beruhigen sich bald bei dem Gedanken, daß jetzt alles mit natürlichen Dingen zugeht, daß niemand mit Hilfe der Staatsgewalt zu Gunsten anderer geschädigt wird. Jeder sucht sich einzuordnen, so gut er kann, wie man sich ja sonst auch mit unvermeidlichen, natürlichen Dingen abfindet. Übrigens entstammt der Vorschlag des Zollvereines und des Differenzialzolles ja auch nur dem Unfähigkeitsbewußtsein, die rechnerischwirtschaftlichen Schwierigkeiten auf befriedigende Weise zu beseitigen, die sich für viele verschuldete Landwirte und Unternehmer durch den plötzlichen sowohl, wie durch den allmählichen Übergang zum Freihandel ergeben würden. Es sind Verlegenheitsprodukte, deren Urheber den natürlichen Ausweg nicht fanden, weil sie vom Standpunkt der Goldwährung aus die Schwierigkeiten betrachteten.

Das Geld in Vier ist selbstverständlich von Papier gemacht, weil nur allein das Papiergeld eine zielbewußte, vernünftige Währungspolitik zuläßt. Mit dem Papiergeld kann man irgend einem Ziele zustreben. In den Staaten Viers wird man einem gemeinsamen Ziel in Währungsangelegenheiten zustreben und zwar mit Hilfe einer in allen Einzelstaaten als richtig anerkannten Währungspolitik. Diese Politik will im Innern der Einzelstaaten die dauernde Erhaltung der Warenprobe auf gleicher Durchschnittshöhe, und nach außen (also für alle Staaten Viers) die Erhaltung fester Wechselkurse. Durch genaue, scharfe Anpassung der Geldausgabe an die Warenpreise ist namentlich mit Hilfe des sogenannten

Freigeldes das erste Ziel ohne Schwierigkeiten zu erreichen, während das zweite Ziel sich als Nebenprodukt des ersten einstellt, denn zwischen Ländern mit festen Warenpreisen sind die Schwankungen der Handelsbilanzen minimale und deren Saldo leicht durch Stundungen oder sonstige Kreditoperationen anzugleichen. Nichts steht übrigens auch dem entgegen, daß einzelne oder mehrere (oder auch alle) der sich in Vier vereinigenden Staaten durch besondere Geldkonventionen dem Papiergeld interstaatliche gesetzliche Zahlungskraft verleihen, wodurch der Ausgleich nach allen Richtungen hin sich automatisch einstellen würde. (Man vergleiche unseren Vorschlag der Ivanote.) Das Papiergeld macht diese und viele andere Dinge möglich. Erwähnen will ich hier nur noch, daß wir mit Hilfe des Papiergeldes die Preise der Waren (den Durchschnittspreis) auf jeder beliebigen Höhe halten können, also auch auf derjenigen Höhe, die die Landwirte und Unternehmer als Vorbedingung für ihren Übertritt zum Freihandel stellen. Wünschen die Landwirte, daß ihre Produkte den gleichen Preisstand behalten sollen, den sie mit Hilfe des Zolles erreicht haben, so kann diesem Wunsche willfahren werden. Wünschen die Industriellen, daß ihre Produkte infolge des Überganges zum Freihandel nicht sinken, so wird auch ihrem Wunsche entsprochen. Das ist alles, was die Landwirte und Fabrikanten verlangen: der Übergang zum Freihandel darf die Preise nicht herabsetzen, denn sonst wird es ihnen unmöglich gemacht, die Schulden (Hypotheken, Obligationen, Wechsel) zu verzinsen. Jedes Herabgehen der Preise bedeutet eine entsprechende Verkleinerung ihrer Aktiven und Vergrößerung der Passiven. Und das darf nicht sein. Da uns aber die Papierwährung, die für Vier allein in Betracht kommende Währung, vollkommene Freiheit gibt, die Warenpreise auf der Höhe zu erhalten, die die ungestörte Fortentwicklung von Industrie und Landwirtschaft gewährleistet, so steht dem sofortigen glatten Eintritt in den Freihandel nichts mehr im Wege. Ist der Durchschnittspreis der zollgeschützten Waren 100, so geben wir das nötige Papiergeld heraus, damit jener Durchschnittspreis auch ohne Zoll gleich 100 sei. Daß dabei auch die nicht zollgeschützten Waren in die Höhe gehen, wird den betreffenden Fabrikanten gewiß nicht unangenehm sein, wie solche allgemeine Preissteigerung auch den Arbeitern und den sogenannten Festbesoldeten (die es übrigens gar nicht gibt), wenn sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu durchschauen vermögen, nur willkommen sein kann. Daß aber das Papiergeld die Möglichkeit bietet, die Warenpreise auf jede gewünschte Höhe zu bringen, beweisen die Warenpreise in allen von Papiergeld überschwemmten Ländern. Von unserem Willen allein hängen heute die Preise ab. Für die Förderung des Freihandelsgedankens im neuen Weltstaat ist dies von höchster Bedeutung.

Bürgerrecht. Hierunter ist das interstaatliche Bürgerrecht Viers zu verstehen. Jeder Bürger eines Staates Viers genießt volle Bürgerrechte in all den anderen. *Civis romanus sum* sagte der Gallier, der Germane, der Jude. So ist das aber hier nicht gemeint, denn Vier ist als solcher

kein souveräner Staat, das sind und bleiben allein die Einzelstaaten. Schutz als Bürger Viers hat man nur als Bürger eines Einzelstaates. Aber dadurch, daß ein Staat den Bürgern der Einzelstaaten Viers Bürgerrecht verleiht, dabei den Freihandel einführt und sein Geldwesen in Übereinstimmung bringt mit dem der anderen Vierstaaten, tritt er dem Bund bei, bildet einen integrierenden Bestandteil Viers – integrierend darum, weil sein Beitritt gleich die Masse der Kraftzentrale verstärkt.

Warum wir für Vier dieses weitgehende Bürgerrecht fordern, soll hier erklärt werden. Was geschieht mit den Kohlen in Vier? Nach welchen Gesichtspunkten wird Preußen das Kohlenmonopol verwalten? Nach monopolistischen Gelüsten? Zu welchen Preisen wird in Vier die Schweiz ihre Gletscher der Betrachtung der Touristen preisgeben? (der Preis kann in den Eisenbahntarifen erhoben werden). Und wie stehts mit den Kalisalzen, dem rumänischen Petroleum, dem Antwerpener Hafen, den serbischen Pflaumen, den bulgarischen Rosen, der dänischen Milch und tausend anderen kleinen und großen Monopolen? Wenn wir diese Frage nicht befriedigend beantworten, so legen wir den Schwindsuchtbazillus gleich in die Wiege Viers. Den Kraftprofit, den alle Teile von Vier erwarten, den setzen wir bei den inneren Reibungen, zu denen jene Monopole Anlaß geben, wieder zu und der Profit allein soll ja das Ganze zusammenhalten. Diesen Schwierigkeiten kann nur das genannte Bürgerrecht siegesgewiß entgegengetreten. Sehen wir zu.

Nehmen wir an, Rumänien beutet seine Petroleumschätze wucherisch aus und es vermag infolge solcher erhöhten Petroleumereinkünfte (die wir der Einfachheit wegen als Staatsdomäne betrachten) unter die Bürger eine Dividende zu verteilen (evtl. in Form eines Steuererlasses), die den Arbeitsertrag in Rumänien höher stellt als in den anderen Staaten Viers. Was geschieht? Nun jeder, bei dem dieses Mehr ausschlaggebende Bedeutung hat, erinnert sich seines Bürgerrechtes und zieht hin nach Rumänien. Rumänien wird überschwemmt; alle Züge dorthin sind überfüllt, namentlich Leute mit sehr geringer Arbeitskraft, Krüppel, Orgeldreher, Wahrsagerinnen, Bärenführer, all das fahrende Volk zieht hin in das Land, wo Dividenden aus wucherisch ausgebeuteten Monopolen verteilt werden. Ich ziehe auch mit. Die Zahl der Dividendenberechtigten schwillt und die Dividenden gehen infolgedessen herab, schließlich so weit herunter, daß den Bärenführern der Umzug nach Rumänien nicht mehr lohnend erscheint. Was aber hat dann das rumänische Volk noch von seinem Petroleummonopol? Nicht viel mehr als Ungeziefer. Darum wird sich Rumänien in der Folge davor hüten, sein Petroleum zu höheren Preisen als zur Deckung der Produktionskosten nötig ist, zu verkaufen. So wird man also als direkte Wirkung des genannten allgemeinen Bürgerrechtes in ganz Vier unerhört billiges Petroleum brennen. Würden wir uns in Preußen, die den Vorgang in Rumänien scharf beobachten, nicht für das billige Petroleum den Rumänen gegenüber mit ebenso billigen Kochsalzen und Steinkohlen bedanken – wenn nicht aus Dankbarkeit so doch aus Scheu vor einer ähnlichen Völkerwanderung?

Nun gut, wenn überall in Vier die Monopole unter der Kontrolle des allgemeinen Bürgerrechtes und voller Freizügigkeit stehen, so bleibt auch überall der allgemeine Arbeitsertrag unter der Kontrolle dieses Bürgerrechtes. Er wird überall gleich sein. Das hätte aber wieder zur Folge, daß die Bürger überall in ihrer Heimat den lohnendsten Verdienst hätten, daß die Massen nicht mehr gezwungen wären, Weib und Kind, Dorf und Kirche zu verlassen, um in der Ferne den Kampf ums Dasein zu führen. Das allgemeine Bürgerrecht und die allgemeine Freizügigkeit wären also das wirksamste Mittel zur Seßhaftmachung des Volkes, und um die Abwanderung auf diejenigen Exemplare zu beschränken, die vom Wandertrieb erfaßt sind. Diese prächtigen Gesellen wird man dann überall gerne sehen, willkommen heißen – weil sie nicht massenhaft auftreten.

Ich habe mich darauf beschränken müssen, das Größte von dem, was man den genannten drei Hauptanziehungskräften Vier's entgegenzuhalten pflegt, zu widerlegen. Starke, uralte Kraft liegt im Freihandel, im gemeinsamen Papiergeld und im allgemeinen Bürgerrecht. Unzerreißbare Kräfte. Vieles wird diesen Kräften noch eine gemeinsame Sprache zutragen, die wir uns allerdings als frei von allen rassistischen, völkischen, geschichtlichen, geographischen Akzenten denken müssen. Eine Kunstsprache. Notwendig ist sie nicht absolut, doch würde sie die Kraftdividende Vier's um viele Prozente Vermehren. Und aus Vier wollen wir ja nichts anderes, als mögliche viel Kraft herauspressen.

Die Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit

(Anhang: Die bildliche Darstellung der Wirkungsweise von $G \times U$.)

Die Erfahrungen der letzten Jahre hinsichtlich der bisherigen Behandlung der Währungsfrage beschäftigen außerordentlich viele sorgenerfüllte Gemüter, die nicht zu den oberflächlich Urteilenden gehören, welche den anhaltenden Preisabbau mit einer Festwährung verwechseln. Bei der kaum faßbaren Fülle von Zeitungsartikeln, Tagesgesprächen und Versammlungsdebatten über die Währungsfrage ist es den wenigsten Menschen möglich, sich ein klares Bild von dem mysteriösen Währungs- „Problem“ zu machen, und so findet und hört man immer und immer wieder in den Vordergrund gestellt die Gefahr einer neuen Inflation, wobei man stets nur an die Neuausgabe von Geldzeichen denkt. So ist beispielsweise zurzeit unentwegt an der Tagesordnung die Streitfrage, ob im Vergleich zur Vorkriegszeit genügend oder ungenügend Zahlungsmittel im Verkehr seien, und zu denen, welche sich für letztere Feststellung einsetzen, dürften wohl 95% der „Sachverständigen“ zu rechnen sein.

Der Kenner des Geldwesens und Schüler Gesell's schüttelt dazu verständnislos den Kopf, denn er weiß, daß nicht nur die Menge der Geldzeichen, sondern Geldmenge (G) und Umlaufgeschwindigkeit (U) derselben im Verhältnis zur Warenmenge (W) den Warendurchschnittspreis bzw.

Index (J) bestimmen und zwar nach der sattsam bekannten (allgemeinen) Formel

$$J = \frac{G \times U}{W}$$

Da nun bekanntlich Hehler und Stehler in der juristischen Werttheorie einen gleichen Rang einnehmen, so verlohnt es sich, auch auf dem Gebiete der Währungsfrage einmal neben dem Stehler (planloser Neudruck von Geldzeichen) auch dem unbekanntem, schwer zu fassenden Hehler (Umlaufgeschwindigkeit) nachzuspüren, um ihn in unsere Gewalt zu bekommen.

Wie eine Morgenröte endlich aufgehender Erkenntnis erscheinen deshalb die Worte des Finanzministers Dr. Luther (in seiner Rede vom 23. Januar vor dem Hamb. Überseeklub):

„Die Gefahren einer neuen Inflation im Innern Deutschlands beruhen vor allem darin, daß die seit der Währungsstabilisierung herabgeminderte Zirkulationsgeschwindigkeit von neuem angefacht wird.“

Ja, es dämmt! Wir Freiwirte haben guten Grund, uns einen bescheidenen Glückwunsch auszutauschen. Aber gemacht! Mit der Namensnennung des Hehlers (U) macht Dr. Luther diese gefährliche Größe noch nicht unschädlich. Und er wird es solange nicht können, bis er einsieht, daß mit dem heutigen Dauergelde dies eben nicht zu erreichen ist, daß Hehler und Stehler in einem heimlichen (oder gar unheimlichen) Bündnis zueinander stehen. Wir empfehlen deshalb Dr. Luther das Studium der Gesell'schen Geldtheorie als Wegweiser mit eingravierten, währungswetterfesten Leitsätzen. Sodann stellen wir fest, daß jede bisherige Operation an der Größe G (Geldmenge) stets von direktem Einfluß auf U (Umlaufgeschwindigkeit) war und bei Dauergeld auch immer bleiben wird. Überdies arbeiten an einer Größe (z. B. G) immer zu gleicher Zeit mehrere „Köche, die den Brei verderben müssen“, als da sind:

1. Die Emissionsinstitute (staatlich privilegierte oder private).
2. Die Spekulation (des In- und Auslandes).
3. Das ruhende oder kaufende Geld der Verbraucher

Dazu auf der Wareenseite indirekt die Helfershelfer wie die Produktion, die Konsumtion, Ein- und Ausfuhr, die ruhende oder feilgehaltene Warenmenge [(siehe illustr. Aufsatz „Das Gesetz der Preisbildung“ von Dipl.-Ing. Sickinger, „Freiwirtschaft“ Jan. 23, Heft 1 und 2)].

Also alle drei Genannten können das heutige Geld jeweilig in den Verkehr bringen oder dem Verkehr entziehen und haben so unmittelbaren (bewußten oder unbewußten) Einfluß auf U..

Da uns nun der Finanzminister nicht sagen kann, wie er dieser unbeherrschten Größe U beizukommen gedenkt, so wollen wir ihm gern behilflich sein. Den uns häufig gemachten Einwand, U sei eine unberechenbare Größe und deshalb nicht zu beherrschen, lassen wir nicht gelten. Nicht die Berechnung dieser Größe interessiert uns, sondern ihre Stabilisierung.

Festnageln wollen und werden wir diesen Schädling, diese imaginäre Mischung von Schnecke und Windhund.

Zu diesem Zwecke ist es erstmalig unumgänglich notwendig, den genannten drei unliebsamen „Mitarbeitern“ und Breiverderben die willkürliche und unwillkürliche Beeinflussung von U abzunehmen und die Behandlung dieser Größe zum Monopolakt eines unabhängigen Reichswährungsamtes zu machen, welches mit Hilfe eines natürlichen (Schwund) Geldes, das den Umlaufszwang in sich birgt, die Währungsformel zu einem gefügigen und regulierbaren Uhrwerk gestaltet nach dem Beispiel:

Je mehr wir das Uhrpendel verkürzen, um so größer wird die
Umlaufgeschwindigkeit des Zeigers und
je mehr wir die Kaufkraft des Geldes verkürzen, um so größer wird
die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes

[(Durch diese Maßnahme wird die Sparmöglichkeit nicht beeinträchtigt, sondern sogar gefördert, da Freigeld zinsabbauend wirkt. Näherer darüber i. d. Schriften des Freiwirtschaftsbundes.)].

Es gilt nun, U durch Freigeld zu einer Konstanten (archimedischen Stützpunkt) zu machen, wobei die erstmaligen Erfahrungen bestimmend sein sollen für den zu erreichenden Grad der Umlaufgeschwindigkeit, der seine Grenze darin findet, daß das Geld endlich und restlos zur Nachfrage geworden ist. Die Höhe des Schwundsatzes bestimmt also den Grad der Umlaufgeschwindigkeit und ist diesem direkt proportional.

Besehen wir uns kurz noch einmal die durch Freigeld veränderte und geklärte Formel:

$$\text{Index} = \frac{\text{Gs} \times \text{U} - \text{konstant}}{\text{W}}$$

Der Schwundsatz s hält U konstant. Der Veränderlichkeit von W (Warenmenge), welche sich im Index bemerkbar macht, wird dann nur eine entsprechend geänderte Geldmenge G entgegengesetzt.

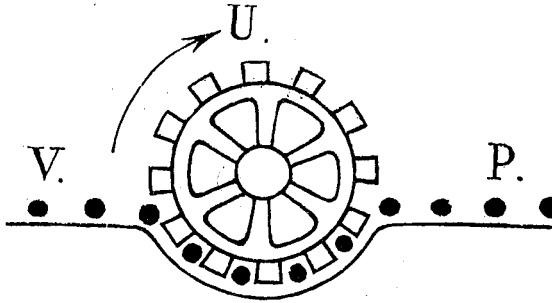
Den Stützpunkt zur Inangriffnahme einer aktiven Währungspolitik gab Silvio Gesell durch sein Freigeld und die damit verbundene Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit. Wir warten auf den Berliner Archimedes! Und euch zünftigen Wissenschaftlern zeigen wir den Schleier, der euch ja leider immer noch mehr interessiert als das Enthüllte. –

Anhang:

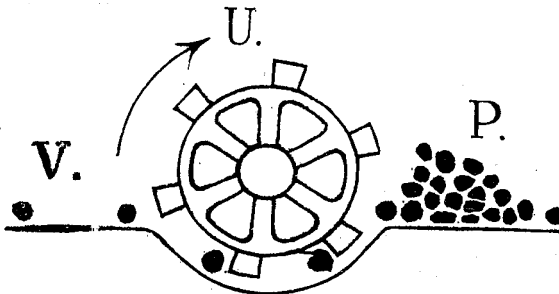
Die bildliche Darstellung der Wirkungsweise von G x U.

Zur Einführung einer Hörerschaft in das Gebiet des Geldwesens ist erfahrungsgemäß die Benutzung bildlicher Darstellungen von großem Vorteil. Da die „Masse Mensch“ bisher der Geldfrage nur wenig oder gar keine Bedeutung beimaß, so vergessen die meisten Freiwirte bei ihrer Werbearbeit, daß die Aufzuklärenden in dieser Frage zum großen Teil als Neulinge anzusehen sind, bei denen der Anschauungsunterricht immer die beste Lehrmethode ist. Aus diesem Grunde halte ich bei Einführungsvorträgen „Das Gesetz der Preisbildung“ von Sickinger (die bildliche Waage gestattet überdies verschiedene Benennungen) für außerordentlich geeignet. In dieser bildlichen Darstellung des

Verhältnisses $W : G \times U$ kommt U jedoch nicht zum Vorschein und muß deshalb durch entsprechende Erläuterungen verständlich gemacht werden. Ich will nun versuchen, die Wirkungsweise der Größe $G \times U$ als Anhang für den genannten Werbevortrag darstellen:



Man denke sich die Zähne des Triebrades als Menge der umlaufenden Geldzeichen (G) und den Grad der Drehbewegung als Umlaufgeschwindigkeit (U). Jeder Geldschein befördert in Verbindung mit seiner Umlaufgeschwindigkeit eine bestimmte Warenmenge von P (Produktion) nach V (Verbrauch). Die Arbeitsleistung des Triebrades ist offensichtlich eine gleichbleibende, wenn Produktion und Verbrauch ihr Schritt halten. Entfernen wir nun bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit die Hälfte der Zähne, d. h. verringern wir die Geldmenge (Bild 2),



so wird das Produkt (oder die Leistung) kleiner, also $\hat{G} / 2 \times U$ was zur Folge haben würde, daß auf der Produktionsseite die Waren sich sofort anhäufen (Absatzkrise). Entweder verdoppeln wir dann die Umlaufgeschwindigkeit zur sofortigen Wiederherstellung des Normalzustandes oder wir sorgen dafür, daß die entfernten Zähne (Geld) wieder an ihren Bestimmungsort kommen. Aus dieser einfachen Darstellung schon geht hervor, daß wir hinsichtlich der Behandlung von U machtlos sind, wenn wir uns nicht zum Freigeld bekennen. Ein Anspruch auf äußerste Genauigkeit kann selbstverständlich an eine solche bildliche Darstellung nicht erhoben werden, da ja bekanntlich die verschiedenen Funktionen Wechselwirkungen unterliegen. Sie genügt aber, dem Laien Zweck und Arbeitsweise des Geldes verständlich zu machen, auf daß er auch erkenne, wo der Hebel anzusetzen ist.

Die Eroberung der politischen Macht für und durch FFF. Thesen für einen kurzfristigen Feldzugsplan.

1. Auf dem Wege der Abstimmung und der parlamentarischen Majorität läßt sich die Freiwirtschaft nicht durchführen.
2. Auf dem Wege eines Ermächtigungsgesetzes, einer Diktatur nur dann, wenn die Massen geschlossen dahinter stehen, entschlossen, die Hindernisse auf dem Wege zu ihrem Ziele mit allen Mitteln zu beseitigen.
3. Die Massen, vor allen Dingen die proletarischen Massen, können wir nur dann gewinnen, wenn wir uns direkt an sie wenden.
4. Da der Zutritt zu den Massen von rechts her durch die Sozialdemokratie gesperrt ist – eine sehr sorgfältig geführte Sperre —, so bleibt nur der Zutritt von der äußersten Linken offen.
- 5.. Die proletarische Front ist nur von links her aufzurollen, d. h. in eine Einheitsfront zu verwandeln.
- 6.. Das Werben in den anderen Volksschichten in offizieller, diesen Schichten angepaßter Form steht den Notwendigkeiten der Werbung in den proletarischen Kreisen im Wege. Sie muß zunächst eingestellt werden, bis daß wir festen Fuß in den Massen gefaßt haben, Sie zerstört erfahrungsgemäß immer das, was auf der anderen Seite gewonnen wird.
7. Die allgemeine Werbung für unsere Ziele muß durch wissenschaftliche Arbeiten unter Benutzung der Presse, der Zeitschriften erfolgen.
8. Wer auf solche Weise für unsere Ziele gewonnen wird, der wird sich den kämpferischen proletarischen Organisationen gerne anschließen, auch dann, wenn die Formen, in denen der Kampf sich abspielt, ihm nicht immer zusagen werden.
9. Wenn wir das Vertrauen der linksstehenden Arbeitermassen gewinnen wollen, so müssen wir auf die Frage, mit welchen Mitteln wir die politische Macht zur Durchführung unserer Forderungen erreichen wollen, eine eindeutige Antwort geben. Nur so werden wir ernst genommen, nur so liefern wir den Beweis, daß es uns ernst ist mit dem, was wir sagen.
10. Dementsprechend müssen wir die Bewaffnung des Proletariats fordern oder zum mindesten die völlige Entwaffnung der Reichswehr, bezw. die Unterstellung der Reichswehr unter das Kommando proletarischer Vertrauensmänner.
11. Überhaupt muß der Weg, den wir zu unserem Ziele einzuschlagen gedenken, in den Vordergrund der Erörterung gestellt werden. Der Ernst, der Mut, die Entschlossenheit, mit dem wir diese Seite unseres Aktionsprogramms behandeln, muß der Größe unseres Zieles entsprechen. Die Arbeitermassen beurteilen das Ziel nach den angewandten Mitteln.
12. Die außerordentlich pazifizierenden Wirkungen der Freiwirtschaft müssen ins rechte Licht gestellt, die Abhängigkeit des Völkerfriedens vom Bürgerfrieden bei jeder Gelegenheit hervorgehoben und der Weltfrieden als der Hauptgewinn der Freiwirtschaft bezeichnet werden.
13. Dementsprechend müssen auch internationale Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen angeknüpft werden, müssen die internationalen Kongresse beschickt, muß überhaupt zu der Arbeiterpolitik in erster Linie Stellung und Partei genommen werden.
14. Die Verbindung mit Sowjetrußland muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Die wirtschaftlichen Maßnahmen Sowjets müssen mit dem Wohlwollen der Überlegenheit kritisiert werden.

15. Das Völkische, soweit es in Politik ausgeartet ist, muß bis aufs Messer bekämpft werden. Der Klassenkampf muß bis zur Strecke ausgefochten werden. Dem Ausdruck darf nicht aus dem Wege gegangen werden, so lange es Klassen gibt. Jeder Herabwürdigung anderer Rassen ist mit Kraft entgegenzutreten, so daß alles, was wir sagen und schreiben, ohne weiteres in alle Länder der Welt, unter alle Völker des Menschengeschlechtes getragen werden kann.

16. Das Kosmische, das Allmenschliche der Freiwirtschaft muß den Geist unseres Kampfes tragen. Die Liebe zum Menschengeschlecht, zu dem von allen Göttern verlassenen Menschengeschlecht muß das Arsenal liefern, wo wir unsere Waffen herholen im Kampfe mit nationalistischen Anschauungen und Vorurteilen.

Alle diese Dinge müssen rücksichtslos, herzlich angefaßt werden. Keine Zaghaftigkeit, keine Lauheit! Wer Rücksichten auf seine Brotgeber nehmen muß, wer persönliche Schädigungen zu erwarten hat, die ihm die Zunge binden, der darf in diesem kurzfristigen Feldzug nicht öffentlich auftreten, und das, was er schreibt, darf er nicht mit seinem Namen unterzeichnen. Die Hemmungen, die er hat, werden sich irgendwie auswirken, und wird er jetzt mehr schaden als nützen.

Letzteres beachte man vor allen Dingen bei der Wahl der Vorstandsmitglieder und der Ortsgruppenvorsitzenden.

Pax vobiscum.

20 Prozent Zins.

Wer heute in Deutschland nicht aufpaßt und in Zahlungsschwierigkeiten gerät, der muß damit rechnen, daß ihm bei Anleihen 15 bis 20 und mehr Prozent abgefordert werden. Und zwar nicht von einem kleinen Pfandleiher für ein Darlehen auf eine Hose mit fadenscheinigem Boden. Nein, für regelrechte Bankgelder muß er diese Zinsen zahlen. Und heilfroh ist er gewöhnlich, wenn er das Geld überhaupt findet. Ob dieser Zinsfuß in der Hauptsache aus der Risikoprämie oder aus Kapitalzins sich zusammensetzt, ist für den, der zahlen muß, ziemlich einerlei. Es gibt übrigens auch keine Möglichkeit, den Trennungsstrich zwischen den beiden Komponenten des Zinsfußes sicher zu lokalisieren. Das Risiko ist groß, das Angebot von Kapital ist klein, so ist der hohe Zinsfuß erklärt.

Warum das Angebot klein ist (klein natürlich im Hinblick auf die Nachfrage) und warum das Risiko groß, das wissen wir. Das Angebot ist klein, weil die Kapitalflucht groß ist, weil Dr. Schachts Banken und Anleihen die Kapitalflucht begünstigen, weil jeder, der zu rechnen vermag, lieber unter Verlust des Zinses seine Ersparnisse in Dollarnoten anlegt als in deutschen Bankguthaben, die den Zugriffen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Monarchisten, der Militaristen und der Repko ausgesetzt sind. Lieber einen Dollar unter dem Schutze der amerikanischen Marine als 10 Dollar in Deutschland, die der Sachwertsteuer verfallen werden. Darum die Kapitalflucht, darum die Kreditnot, darum der Zinsfuß von 20 Prozent. Das Angebot ist außerdem klein, weil die Sparer immer noch versagen, weil sie kein Vertrauen zu den Leitern

unserer Währung haben, weil die jetzigen Leiter unserer Währung aus den Kreisen derselben Leute stammen, die mit Hilfe der Inflation die Sparkassen geplündert haben. Lieber alles in französischen Weinen verausgaben, als Geld für französische Reparationen anhäufen. Lieber betrunken in die Gosse torkeln, als den Sparkassen Ersparnisse anvertrauen. Lieber jetzt schon für den Säugling die Ausstattung zur künftigen Hochzeit kaufen, als Geld in Obligationen und Hypotheken und Aktien anlegen, die unter dem Damoklesschwert der Sachwertsteuer, der kolossalen Sachwertsteuer stehen.

Eigentlich muß man sich wundern, daß überhaupt noch jemand zu finden ist, der bereit ist, zu 20 Prozent Zins sein Geld all den Gefahren der deutschen Wirtschaft, der von Parteischwindlern geführten deutschen Wirtschaft auszusetzen. Aber für das Wunder gibt es eine Erklärung. Hinter den Geldgebern stehen die amerikanischen Kriegsschiffe. Die würden sich schon den Zins und das Kapital holen, wie Seinerzeit die deutschen Kriegsschiffe sich auch in den Dienst der deutschen Gläubiger *Venezuelas* gestellt hatten. Dabei ist es nicht ausgeschlossen, es ist sogar wahrscheinlich, daß diejenigen, die der deutschen Wirtschaft jetzt amerikanische Dollar auf Kredit geben, dieselben Personen sind, die ihr Kapital aus Deutschland nach Amerika geflüchtet haben, ähnlich, wie es in der Schweiz zugeht, wo die Kapitalisten ihr Geld der eigenen Regierung versagten, weil sie von ihr nicht den hohen Weltmarktzins fordern konnten (es hatte böses Blut gemacht), dann aber dasselbe Geld unter amerikanischer Etiquette, auf dem Umwege über New-York, als amerikanisches von der amerikanischen Heeresmacht geschütztes Kapital zu hohen Zinsen hintenherum der schweizerischen Regierung anboten und das Geschäft abschlossen (diese Heuchler!). Alles spricht dafür, daß es sich auch in Deutschland so verhält mit der amerikanischen Anleihe. Der deutsche Kapitalist, der sein Geld in Amerika in Sicherheit gebracht hat, braucht dieses Geld doch schließlich für die Fortführung des Betriebes und der Kapitalflucht. Nur die Aufrechterhaltung des Betriebes gestattet ihm, weitere Teile seines Vermögens zu liquidieren und über die Grenze zu schaffen. Auf dem Umwege über die amerikanische Anleihe hat er beides. Den Schutz der auf Hamburg gerichteten amerikanischen Marinegeschütze und das Geld für sein Unternehmen. Daneben noch den hohen Zins, den er zwar von der rechten in die linke Tasche steckt, den er aber als „Generalunkosten“ für die Steuerbehörden von seinem Unternehmen abschreiben kann und der ihm in Amerika un versteuert gutgeschrieben wird. Zu viele Vorteile bietet die Kapitalflucht, zu klar liegen die Dinge. Man kann nicht daran zweifeln, daß die Kapitalflucht tatsächlich in größtem Maßstab betrieben wird. Die Wege, die die Kapitalflucht dabei einschlägt, sind ebenso mannigfaltig wie einfach. Und namentlich auch sicher. Zur Zeit der Inflation hieß es bei den Behörden: Mark ist Mark, auch für die Devisenkontrolle. Da waren der Kapitalflucht die Wege gegeben. Eine Maschine, eine Lokomotive etwa, die einen dreimonatigen Fabrikationskursus durchlaufen und

nur Papiermark gekostet hatte, wurde zu diesem Papiermarkpreis über die Grenze geschafft. Jenseits der Grenze aber galt sie den Weltmarktpreis. Die Differenz war auf alle Fälle der Devisenkontrolle entzogen. Buchmäßig stimmte alles. Wem diese Differenz nicht genügte, der gab an, daß er die Ware nicht gegen bar verkaufen konnte, daß er sie ins Ausland in Konsignation schicken müsse, wenn die Ware überhaupt verwertet werden sollte. Für Konsignationswaren fehlt aber überhaupt jede Möglichkeit einer Kontrolle. Nötigenfalls gründete man ein Haus in Sebastepol, in Tokio, in Johannesburg speziell für die Empfangnahme solcher Konsignationssendungen, und wenn die Devisenkontrolle drängte und wenn man glaubte, genug Vermögen gerettet zu haben, dann erhielt man ein Telegramme XZX haben die Zahlungen eingestellt. Inhaber flüchtig. Der Inhaber ist aber niemand anders als der Absender der Konsignationssendungen. Nun mag der deutsche Devisenkontrolleur die Richtigkeit solcher Meldungen nachprüfen. Devisenkontrolle heißt überhaupt nicht, den Papierwisch, genannt Devisen, kontrollieren. Devisenkontrolle heißt die Kisten, Ballen und Fässer, die in 100 000 Stück täglich den Hafen zurollen, öffnen, leeren, den Inhalt auf dem schmutzigen Boden der Zollämter ausbreiten und die Waren nach Menge und Güte mit der Rechnung vergleichen. Das ist Devisenkontrolle. Alles andere, was sich so nennt, ist weiter nichts als Schwindel, als Sand, den man in die Augen des unwissenden Pöbels streut, zu seiner Beruhigung. Um aber eine solche Devisenkontrolle wirksam auszuüben, braucht man mindestens ebensoviel warenkundige Beamten, als Kissen und Kasten zur Ausfuhr gelangen. Man braucht geschultes Personal für die Verpackung der geleerten Kisten, man braucht unbestechliche Beamten. Gibt es solche in solcher Anzahl? Ein warenkundiger Mann, der als unbestechlicher, ehrlicher Mann bekannt ist, braucht nicht den kümmerlichen Beruf eines uniformierten Beamten zu ergreifen. Jhm bietet die Welt ganz andere Aussichten. Der Staat muß sich also schon mit Personal zweiter Klasse begnügen. Schon darum allein muß die Devisenkontrolle versagen, Die Devisenkontrolle aber sollte die Kapitalflucht unmöglich machen. Warum aber fürchtete man die Kapitalflucht? Wäre es nicht besser gewesen, die Gründe zu beseitigen, die jeden klarblickenden Kaufmann zur Kapitalflucht zwingen? Das Kapital flieht vor der kommenden, von allen einsichtigen Kapitalisten herbeigesehnten Sachwertsteuer, die, wenn sie einmal erhoben ist, jeden besonderen Grund für eine Fortführung der Kapitalflucht hinfällig werden läßt. Nicht die Sachwertsteuer an sich treibt zur Kapitalflucht. Die *Aussicht* auf eine Sachwertsteuer, die ist's, die zur Flucht mahnt, unausgesetzt, von früh bis spät und nun schon seit 10 Jahren zur Flucht mahnt. Die Sachwertsteuer als Möglichkeit jagt das Kapital aus dem Lande; dieselbe Sachwertsteuer als Tatsache lockt das Kapital wieder herein. Es gehört also weiter nichts als etwas Einsicht dazu, um die jetzige Kreditkatastrophe in das Gegenteil umzukehren.

Man darf natürlich nicht annehmen, daß der Zinsfuß von 20 Prozent

nun von allem in Deutschland werbenden Kapital abgeworfen wird, daß die Mietshäuser, die Aktien, die Bergwerke usw. nun ebenfalls 20 Prozent Zins abwerfen. Weit gefehlt. Es handelt sich nur um das in Geldform flüssige Kapital. Der Zins von 20 Prozent wird geboten von Unternehmern, die irgend einen wichtigen Bestandteil ihrer Betriebe zu erneuern haben, einen schadhaft gewordenen Dampfkessel z. B. oder Rohstoffe, und die die dazu nötigen Mittel nicht besitzen. Um nichts die ganze Fabrik stillzulegen, bieten sie 20 Prozent für das Geld. Das ganze Unternehmen muß dann den Zins für den neuen Dampfkessel aufbringen. Infolge dieser hohen Zinslasten wird dann die Dividende kleiner ausfallen. Ähnlich, wie der Hauswirt das Geld für die Dachreparatur lieber zu 20 Prozent verzinst, statt dem völligen Verfall seines Grundstückes zuzusehen. Aus den Mieten des Hauses wird der Zins des Geldes für die Dachreparatur bezahlt. Selbstverständlich wird es niemand in den Sinn kommen, ein neues Unternehmen, eine neue Mietskaserne zu bauen, in der Meinung, davon 20 Prozent Zins einzunehmen, Wenn die Mieten z. B. heute nominell 40 Prozent der Friedensmieten erreicht haben, die Baukosten aber die der Friedenswirtschaft um 50 Prozent übersteigen, so verzinst ein Neubau heute die Baukosten mit 1 Prozent (genau 1,1 Proz.), während das Geld dazu mit 20 Prozent verzinst werden mußte. Das sagt uns, daß heute überhaupt nicht gebaut werden kann, daß Neugründungen unmöglich sind, daß demgemäß die *Nachfrage nach Kapital relativ sehr, sehr gering sein muß*. Wir haben demnach die Erscheinung, daß der Zinsfuß durch Nachfrage und Angebot auf die unerhörte Höhe von 20 Prozent zu einer Zeit getrieben wird, wo die Nachfrage nur ganz geringfügig sein kann und sich auf die Summen und Sümchen beschränkt, die für Reparaturausgaben verlangt werden. Wie klein muß demnach das Angebot sein! Gibt es für die Kleinheit dieses Angebot eine andere Erklärung als die, von der ich eben sprach, nämlich die allgemeine Kapitalflucht?

Deutschland läßt die Greise, die Pensionäre, die Altersrentner verhungern. Das Geld, das hier gespart wird, *mußte auf der Sparkasse zum Vorschein kommen*.

Deutschland beschäftigt die 900 000 Mann, die früher ständig auf den Kasernenhöfen maltrahiert wurden, jetzt mit nutzbringender Industrie und Landarbeit. Was hier mehr produziert und weniger verschleudert wird, *das mußte auf der Sparkasse zum Vorschein kommen*.

Deutschland bezahlt seine Beamten viel schlechter als zur Zeit der glorreichen Hohenzollernregierung. Die Arbeiter werden noch viel schlechter bezahlt, bei gleichzeitigen durch die Verbesserung der Technik gehobenen Leistungen (so wird es wenigstens behauptet). Die Differenz zwischen den geringeren Löhnen und den gehobenen Leistungen *mußte auf der Sparkasse zum Vorschein kommen*.

Deutschland bezahlte den Hausbesitzern, den Hypothekengläubigern,

den Besitzern von Staatspapieren usw. jährlich für ihren persönlichen Gebrauch und Verbrauch eine Summe von etwa 10 (zehn) Milliarden Goldmark als Zins. Die Schuldner sind durch die Inflation von dieser Last befreit worden. Diese so gesparten Gelder *sollten jetzt auf der Sparkasse zum Vorschein kommen*.

Die Finanzierung des Baues neuer Häuser verlangte in Friedenszeiten jährlich einen Betrag von 2 Milliarden Goldmark. Da diese Nachfrage heute fehlt, so müßten diese 2 Milliarden *heute auf den Sparkassen übrig sein für andere Zwecke*.

Deutschland bezahlte in Friedenszeit mutwilligerweise aus den Taschen des Proletariats einen Grundrentenschutz Zoll von 55 Goldmark für jede Tonne Getreide (oder für ihr Äquivalent in anderen Feldfrüchten). Das machte für etwa 30 Millionen Hektar Ackerland jährlich rund 3 Milliarden Goldmark aus, die die notleidenden Grundrentner in Monte Carlo in vielen anderen schönen Sachen verausgabten (Anm. d. Setzers: Warum nicht, wenn die anderen so dumm waren, aus ihrem kargen Lohn den Grundrentnern diesen Luxus zu bezahlen?).

Da die Zölle in Wegfall gekommen sind, *so müßten diese 3 Milliarden jetzt aus den Sparkassen zum Vorschein kommen*. Usw. usw.

Wo bleibt nun all das Geld? Gewiß, unsere von den Schulden befreite Landbevölkerung gestattet sich heute manchen kleinen Luxus, aus den sie früher verzichten mußte. Die Klagen des Reichsfinanzministers, daß der Inlandkonsum den Devisenmarkt unverhältnismäßig belastet, deutet darauf, daß die Landbevölkerung (40 Prozent des ganzen Volkes) der gegenwärtige Genuß lieber ist als ein Sparkassenbuch. Die Summen, die ich eben erwähnte, sind aber so gewaltig groß, daß sie unmöglich hier auf dem Lande allein verzehrt werden können. *Die Kapitalflucht ist's, die den Löwenanteil der genannten Summen verschlingt*.

Mag sein, daß die Arbeitslosigkeit den Sparprozeß mehr als üblich gestört hat, mag auch sein, daß es besser auf dem Kapitalmarkt aussehen würde, wenn der passive Widerstand an der Ruhr unterblieben wäre, mag sein, daß die Reparation trotz Moratorium den Geldmarkt belastet, aber zur Erklärung der katastrophalen Kreditnot reichen diese Dinge nicht aus. Das Faß der deutschen Wirtschaft muß ein starkes Leck haben, und dieses Leck heißt Kapitalflucht.

Wer seine kleinen täglichen Ersparnisse in Dollarnoten anlegt, übt Kapitalflucht. Wer seine Ersparnisse lieber in persönlichen Gebrauchsgütern anlegt, statt sie zur Sparkasse zu bringen, übt Kapitalflucht. Wer sich lieber betrinkt, als sich noch einmal von den Sparkassen berauben zu lassen, der übt Kapitalflucht. Wer den Ausländern, die früher ihre Ersparnisse in deutschen Industriewerken anlegten (man erinnere sich, daß zur Zeit der Marokkokrise die Franzosen hunderte von Millionen an deutschen Aktien abstießen), abrät, deutsche Industriepapiere zu kaufen, der

übt Kapitalflucht. Wer dem amerikanischen Erbonkel den Rat gibt, nicht vor der Eintreibung der deutschen Sachwertsteuer zu sterben, der übt Kapitalflucht. Wer es unterläßt, seinen Äckern die üblichen Düngestoffe zuzuführen, und das hierzu bestimmte Geld in Devisen anlegt, der übt Kapitalflucht. Wer die in den Mieten und Preisen inbegriffenen Kapitalabschreibungen nicht zu Ersatzanschaffungen verwendet, sondern das Geld in Devisen anlegt, der übt Kapitalflucht (bei Schiffen bis zu 15 Prozent, bei Maschinen durchweg 10 Prozent, bei Gebäuden einschließlich unterlassener Reparaturen etwa 2 Prozent). Wer Waren ausführt und den Erlös ganz oder zum Teil im Ausland läßt, der übt Kapitalflucht, und das ist zugleich die Form, in der die Kapitalflucht am bequemsten, sichersten und in beliebigem Umfang sich vollziehen läßt.

Ist die Ursache der Kreditnot und Kreditkatastrophe mit Sicherheit erkannt, dann ist es möglich, sie mit Sicherheit zu bekämpfen.

Die Ursache der Kreditnot ist in der Kapitalflucht zu suchen, und die Kapitalflucht erklärt sich mit der allgemeinen und sehr berechtigten Furcht der Kapitalisten vor der Sachwertsteuer, die sie nun schon seit Beginn des Krieges bedroht, mit der seit dem Zusammenbruch restlos jeder Bauer, Kaufmann und Unternehmer rechnet, wie mit einer unabwendbaren Fatalität.

Es ist also nicht die Sachwertsteuer an sich, die die Kapitalflucht zur Folge hat, sondern die Verzögerung in ihrem Vollzug, Jeder hat den Betrag der Sachwertsteuer von Anfang an bei Einschätzung seines Vermögens in Abzug gebracht. Bei Grundstücksverkäufen wird diese Sachwertsteuer ebenso vom Preis in Abrechnung gebracht, wie wenn es sich um eine bereits eingetragene Hypothek handeln würde. Privatwirtschaftlich ist die Sachwertsteuer längst liquidiert. Niemand würde sich heute ärmer fühlen, wenn die Sachwertsteuer nun wirklich beschlossen und die Belastung vollzogen würde. Im Gegenteil, die Einsichtigen würden sagen: endlich! Endlich werden die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht werden können. Endlich weiß ich, was mein ist und was der Reparation verfallen ist! Endlich wird die verderbliche Kapitalflucht ein Ende nehmen und wird der Zinsfuß wieder auf die gewohnte Höhe sinken können! Endlich können wir wieder disponieren, können wir mit zuverlässigen Währungsverhältnissen rechnen, können wir arbeiten, sparen und unsere Wirtschaft wieder aufbauen.

Der Weg aus der Kreditnot und Kreditkatastrophe (die uns noch in viel schlimmere Notstände treiben wird, als es die militärische Katastrophe tat) ist also eine Sachwertsteuer, die so hoch bemessen ist, daß jeder davon überzeugt sein kann, daß sie genügt und *daß darum eine zweite solche Steuer nicht in Frage kommt*. Diese Sachwertsteuer muß sofort beschlossen und sofort eingetrieben werden. Dann hat die liebe Seele endlich Ruhe. Dann hört die Kapitalflucht auf, weil sie keinen Sinn mehr hat. Dann wird auch jeder wieder sparen, und die Sparkassen werden sich wieder füllen. Dann sinkt der Zinsfuß und die Kreditnot hat ein Ende.

Der alte Reichstag bestand aus Demagogen, die nichts von Wirtschaftsfragen verstanden. Er konnte darum auch die Notwendigkeit einer Sachwertsteuer nicht einsehen. Er vertrödelte fünf Jahre. Er ließ den Sachwertbesitzern fünf Jahre für die Organisation der Kapitalflucht.

Der neue Reichstag ist ebenfalls aus allgemeinen Wahlen, aus den Händen der ekelhaften politischen Parteien hervorgegangen. Auch dem neuen Reichstag haftet der Biergeruch und Tabaksqualm der Wahllokale und Wahlreden an. Er steht durchaus auf der geistigen Höhe der Wähler. Wie könnte es auch anders sein? Auch der neue Reichstag wird versagen.

Also ihr Sachwertbesitzer: Carpe diem!, schafft alles, was nicht niet und nagelfest ist, über die Grenze! Es lebe der neue Reichstag!

Wie sieht eine freiwirtschaftliche „Regierung“ aus?

A.: Sie wollen den Staat abbauen? Wie wollen Sie da jemals die Macht erlangen, um die Reichsregierung „an sich zu reißen?“ Sie wissen doch, daß Sie damit nicht nur die gesamte „reaktionäre Masse“ der Kapitalisten und der kapitalistisch denkenden Bürger gegen sich haben, sondern auch noch Ihre besten Freunde und Genossen vor den Kopf stoßen, nämlich die vom Kapital in gleicher Weise wie das Proletariat ausgebeuteten Beamten.

B.: Ob die Beamten so ohne weiteres zu unseren besten Freunden gerechnet werden können, möchte ich bezweifeln. Es stoßen ja sehr viele Beamten aller Kategorien zu uns. Es sind die, die den Klassengeist, den Klassenstaat, die Vorrechte ablehnen, die sich zum Volk nicht nur dann zählen, wenn das Volk mit Gasmasken und Handgranaten in die Schützengräben geschickt wird, wenn man die Einheitsfront zur Abwehr der „Feinde“ braucht, sondern auch noch dann, wenn es heißt, die Segnungen des Friedens zu genießen. Es sind die, die niemals das Wort „Vaterland“ in den Mund nehmen, aber alles zu opfern bereit sind, was zu opfern ist, um das zu schaffen, was gutgläubige Menschen sich zur Weihnachtszeit unter dem Worte Vaterland vorzustellen versuchen. Die anderen, die Streber, die die Politik der Kapitalisten mitmachen, weil sie wissen, daß sie, die Kapitalisten, letzten Endes alle guten Posten und Sinekuren des Staatsdienstes mit ihren Leuten besetzen, die bekämpfen uns aus Liebedienerei mit derselben Hartnäckigkeit, wie die Kapitalisten selber.

A.: Mag sein. Aber das ist doch selbstverständlich, daß die Beamten des Staates geschlossen gegen die Freiwirtschaft stimmen müssen, wenn man ihnen sagt, daß die Freiwirtschaft den Staat nicht braucht und daß darum niemand mehr ein Interesse am Ausbau und an der Erhaltung des Staates haben wird. Was wird aber dann aus den Beamten des abgebauten Staates werden?

B.: Wir werden die Beamten nicht von einem Tag zum anderem abbauen, wie das der heutige Staat tut: Wir sind nicht so brutal. Für uns

ist der Staat der Menschen wegen da. Wir werden *aus* Rücksicht auf den Geldschrank der Kapitalsten nicht rücksichtslos gegen die Beamten vorgehen. Wir werden die nach und nach überflüssig werdenden Beamten mit doppeltem Gehalt pensionieren, wenn sie ein Alter erreicht haben, wo ein Berufswechsel schwer oder unmöglich ist. Und die jungen Beamten werden wir dadurch vor Schaden bewahren, daß wir gleichzeitig mit dem Abbau des Staates wirtschaftliche Zustände schaffen, in denen der Mensch und seine Arbeitskraft den Drehpunkt der menschlichen Gesellschaft liefern wird und nicht das Kapital. Die Wirtschaft wird die Beamten an sich locken, schneller als der Abbau des Staates sie abstoßen kann, so daß in der Übergangszeit vielleicht eine Erhöhung der Gehälter nötig sein wird, um die Beamtenflucht zu bremsen. Mit der Zeit allerdings im Laufe von etwa 5 oder 10 Jahren, werden die Beamten, die dem Staate noch nicht freiwillig entflohen sind, abgebaut werden, selbstverständlich auch hier gegen Zahlung von Entschädigungen oder Pensionen.

A.: Mit doppeltem Gehalt wollen Sie die Beamten pensionieren? Dann allerdings können Sie mit der Unterstützung der Beamten rechnen. Aber woher wollen Sie das Geld dazu nehmen?

B.: Vergessen Sie nicht, daß ich nicht von den Beamten schlechthin sprach, sondern von denen, die ihres Alters wegen für einen Berufswechsel nicht mehr in Frage kommen. Die doppelte Pension zahlen wir, weil wir diese abgebauten Beamten auch selbstverständlich an den Segnungen der neuen Ordnung Teil nehmen lassen wollen. Wenn in der Freiwirtschaft mit einer Verdoppelung und Verdreifachung der Löhne und Gehälter zu rechnen ist, so ist es nur menschlich, wenn wir die Pensionäre hier nicht vergessen. Wir können uns diesen Luxus leisten. Und wenn ein Schimmer von sozialistischem und kommunistischem Geist in den Adern der Volksmassen lebt, so wird auch niemand etwas dagegen einzuwenden haben, daß aus öffentlichen Mitteln die Pensionäre an dem allgemeinen Wohlstand beteiligt werden. Selbstverständlich wird diese Pension nicht verdoppelt, weil die Lebenshaltung durch Preissteigerung verteuert wurde, wie in der Ära Havenstein, denn wir halten den Lebenshaltungsindex fest. Das Geld für solche liberale Behandlung der Beamten wird da sein, weil die Wirtschaft befreit wurde von der Masse der Parasiten, die mit Zinsen, Grundrenten, Handelsgewinnen den größeren Teil des Arbeitsproduktes an sich rissen und weil infolge des von keinen Krisen und Streik mehr gestörten Arbeitsprozesses die Warenerzeugung entsprechend wachsen muß. Allein durch Herabsetzung der allgemeinen Handelsprofitrate (als Folge der Stabilisierung des Indexes) wird der Arbeitsertrag um 30% und mehr steigen müssen.

A.: Das mag stimmen. Aber für die Beamten, die die theoretischen Unterlagen ihrer Versprechungen nicht nachzuprüfen vermögen – und das werden immer sehr viele sein – wird es ewig heißen: ein Spatz in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache. Sicher ist sicher. Den Anstellungsver-

trag mit dem Staate haben wir schwarz auf weiß. Was die Freiwirtschaft uns bietet, das sind Versprechungen. Wo ist die Gewähr, daß sie gehalten werden? Die große Mehrzahl der Beamten wird darum die Freiwirtschaft nicht unterstützen. Sie wird im Gegenteil die Freiwirtschaft sabotieren. Und wie wollen Sie die Regierung übernehmen, wenn die Beamten ein Interesse daran zu haben glauben, daß die freiwirtschaftliche Regierung versagt? Wenn die Unternehmer die Regierung durch Aussperrung zu sabotieren versuchen, wenn gleichzeitig die Agrarier zu dem gleichen Zweck die Belieferung der Städte verweigern, bis daß die FFF-Regierung abgedankt hat, und dann zu alle dem noch die Beamten, die Post, die Eisenbahn streikt, die Banken geschlossen bleiben und das Geld, wenn es aus Gold ist, wie in Kriegszeiten, verschatzt wird, und wenn es aus Papier ist, durch rasende Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit eine neue Inflationsseuche über das Land bringt, wie wollen Sie sich da in der Regierung behaupten? Viel Feind, viel Ehr, heißt es zwar. Aber es heißt auch: Viele Flöhe sind des Löwen Tod.

B.: Die Dinge, die Sie da berühren, müssen selbstverständlich gründlich bedacht werden. Denn, wenn die FFF-Regierung versagt, dann wird man mit den Leitern dieser Revolution umso weniger Federlesens machen, je mehr die bürgerliche Gesellschaft sich in ihren Vorrechten durch die Freiwirtschaft bedroht fühlte. Dessen werden sich diese Männer wohl bewußt sein. Sie werden darum wohl auch erst dann den Schlag wagen, wenn die Einheitsfront des Proletariats auf dem Boden des freiwirtschaftlichen Programms zustandegebracht sein wird. So lange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird man auch nichts wagen; umso weniger wird man aber zaudern, so bald die Arbeiter mit oder ohne ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die Freiwirtschaft zu ihrem Banner erhoben haben werden. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann fallen alle die von Ihnen genannten Bedenken fort. Denn vor dem geeinten Proletariat kapitulieren nicht nur alle reaktionären Beamten, sondern auch die Unternehmer, und in erster Linie auch die Agrarier. Der Macht des geeinten, zielbewußten und entschlossenen Proletariats, das zudem noch durch internationale proletarische Verträge nach außen gestützt ist, könnte nicht einmal das militärisch gerüstete Bürgertum widerstehen, geschweige das entwaffnete heutige deutsche Bürgertum. Die Beamten werden mitmachen, die einen fluchend, die anderen lachend. Die Agrarier und Unternehmer werden aus Furcht vor bösen Folgen den Anordnungen des Proletariats Folge leisten. Man wird sich in diesen Kreisen des Schicksals der russischen Grundbesitzer erinnern und dann gute Miene zum bösen Spiel machen. Aber wie gesagt, alles hängt davon ab, daß das Proletariat geschlossen hinter den Revolutionären steht, daß wirklich alle Räder nur dann laufen, wenn es so im Sinne der Revolutionäre ist. Die Kohlen, die Eisenbahnen, die Post, der Telegraph, die Verkehrsmittel müssen fest in der Hand der Revolution und im Dienste der Revolution stehen. Dann, aber auch *nur* dann, werden sie mitmachen.

A.: Es mag sein, daß die unteren Beamtenkategorien die Revolution unterstützen werden. Wie aber, wenn die leitenden Männer versagen würden? Ohne deren Mitwirkung hätten wir in der Verwaltung bald das vollkommene Chaos. Und wir müssen doch annehmen, daß wir es in den höheren Beamtenkreisen doch immerhin mit Persönlichkeiten zu tun haben, die sich nicht so ohne weiteres jedem hergelaufenen Usurpator zur Verfügung stellen werden. Diese Männer haben sich zwar heute der Republik gestellt. Aber von einer immerhin bürgerlichen, kapitalistischen Republik bis zur akkratischen Freiwirtschaft ist doch noch ein sehr weiter Weg. Wie denken Sie sich denn einen solch komplizierten Staat, wie den deutschen Staat, wenn die öffentliche Verwaltung auch nur sechs Monate versagt. Ich sehe hier sehr bedenkliche Dinge sich entwickeln.

B.: Mein lieber Herr, Sie scheinen den prinzipiellen Unterschied, der zwischen der freiwirtschaftlichen Revolution und den bisherigen gemeinen Regierungsrevolutionen besteht, nicht zu berücksichtigen. Alle anderen Revolutionäre bis zu Lenin und mit alleiniger Ausnahme von P. J. Proudhon strebten danach, auf dem Wege der Regiererei, in der Regel sogar mit Hilfe eines mächtig zu erweiternden Staatsbetrieb, mit vielen neuen Ministerien und einem Heer neuer Beamten ihre Ziele zu erreichen. Mit der freiwirtschaftlichen Revolution verhält es sich gerade umgekehrt. Wir brauchen den Staat ja nicht. Die anderen, die Beamten brauchen ihn. Wir übernehmen den Ballast ja nur im Interesse der Beamten, um ihn zu liquidieren, um die Beamten nicht von einem Tag zum anderen auf die Straße zu setzen, und um dem Volk Zeit zu lassen, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Beim Bau des Hauses braucht man Senkblei und Winkel und auch einen Meister, aber beim Abbau geht es nötigenfalls auch ohne diese Hilfe. Nur weil wir menschlich mit den Beamten umgehen, reißen wir den Staat nicht nieder und sprengen ihn auch nicht in die Luft. Wenn aber die Beamten selber uns hier Schwierigkeiten machen sollten, nun dann könnten wir auch abreißen und in die Luft sprengen, was wir so wie so nicht brauchen. Irgend welche Gefahr ist nicht dabei. Denken Sie, das Volk wäre in Gefahr geraten, wenn bei der Trennung der Kirche vom Staat die hohe Geistlichkeit in den Streik getreten wäre? Was wäre geschehen? Nichts, absolut nichts wäre geschehen. Wäre der Himmel eingestürzt? Hätte der Teufel seinen Schwanz verbrannt? Nun, ebenso verhält es sich mit allen Ministerien. So lange das Geld und die Eisenbahnen laufen, ist alles in Ordnung. Sie mögen alle streiken: der Kultusminister für Kunst und Moral, die Doktorfabriken. Sie mögen ihre Tore schließen, die Zollbeamten mögen die Grenze für jeden offen lassen, selbst die Juristen mögen sich schlafen legen. So lange die Verkehrsmittel in Betrieb bleiben, so lange das Geldwesen in Ordnung bleibt, ist auch die Revolution in Ordnung. Alles übrige werden die Einzelmenschen im eigenen Interesse machen. Wir brauchen sie an nichts zu erinnern. Und wie wäre es, wenn auch die Reichswehr streiken und die Gewehre fortwerfen würde? Würden da die Franzosen die Gelegenheit zum Einbruch

wahrnehmen? Würden sie dann nicht im Gegenteil die Ruhrgefangenen gleich entlaufen und selber an den Abbau ihres Heeres gehen? Oder glauben Sie, daß es den Franzosen ein Vergnügen ist, die Jugendzeit in der Kaserne zuzubringen? Lassen wir die Reichswehr streiken, lassen wir sie alle laufen! So werden wir sagen. Und um den Leuten diesen Entschluß zu erleichtern, werden wir ihnen allen aus den Beständen der Rittergüter Heimstätten geben und zur Ausstattung derselben den Leuten an barem Gelde geben, was sie sonst dem Lande gekostet und geschadet haben würden.

A.: Sie greifen aus dem Staatsbetrieb die Ministerien heraus, an deren Erhaltung allerdings nicht viel gelegen sein mag. Die Reichswehr und das Kultusministerium. Aber der Staat ist doch schließlich mehr als Soldat und Schulmeister. Denken Sie an den Minister für Handel und Industrie, an den Minister der Landwirtschaft?

B.: Mit diesen Ministerien werden wir allerdings kurzen Prozeß machen. Mit dem zehnfachen Gehalt werden wir alle Beamten dieser Ressorts sofort pensionieren und jedem einzelnen, bis hinab zum Grenzwächter, werden wir ein Vermögen schenken. Denken Sie doch, wie viel Schaden diese Gesellschaft von früh bis spät, durch ihre Ausdauer, durch ihre Pflichttreue dem Volke verursachen! Wie froh jeder sein wird, wenn die plumpen Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsbetrieb aufhören werden! Mit 1% von dem, was durch den Abbau dieser Ministerien gespart wird an wirtschaftlichen und an innen- und außenpolitischen Reibungen könnten wir jedem Beamten jährlich ein Rittergut schenken. Mit den Ministerien für Industrie und Landwirtschaft verschwinden die Zollgrenzen, die Zolldebatten, die aus dem Reichstag „eine Animierkneipe für höhere Zölle“ machten. Aus den Zollgrenzen aber erwachsen die Zollkriege, Vorläufer und Wegbereiter der Weltkriege.

I.: Ich sehe, daß hinter dem Staatsgedanken weiter nichts steht als der Machtgedanke. Der Machttraum ist zu Ende geträumt. Was soll da noch der Staatstraum?

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Die parlamentarische Majorität der Sozialisten = ein Traum.

„Und nicht einmal ein schöner“, will ich hier gleich hinzufügen. Seit Erfindung des Parlamentarismus durch die Kapitalisten hat man das Proletariat auf den Stimmzettel und auf die Majorität vertröstet. Sobald ihr die Majorität im Parlament habt, werdet *ihr* die Gesetze des Landes diktieren. Habt nur Geduld. Mit dem Stimmzettel in der Hand gelangt ihr ins Zukunftsland. Gehet hin und mehret euch. Da diese Vermehrung bereits der eigentliche Beruf des „Proletariers“ ist, so ist

euch der Sieg sicher. So sagten die Kapitalisten. Und die Sozialdemokraten gingen hin, ihren Beruf zu üben und warteten. Gibt es eine einfachere und schönere Revolution und namentlich auch eine bequemere, als hinzugehen und sich zu vermehren? Die Revolution mit Barrikaden *kostet* vielen Menschen das Leben. Diese neue proletarische Revolution *schenkt* Menschen das Leben. Noch besser: die Millionen, die nun gezeugt und geboren werden, die brauchen dann auch ihre Vertreter im Parlament, wo Reden und faule Witze mit Diäten honoriert werden. Die Aussicht, durch die Tätigkeit der gebärenden Proletarierinnen ins Parlament zu gelangen, war dann auch ein Grund, warum die Erfindung der Kapitalisten, das Parlament, so leichtgläubig von den Parlamentskandidaten (und als solcher fühlte sich jeder begabte Proletarier) betrachtet wurde.

Der Krieg brachte es mit sich, daß die Proletarier innen die politische Macht nicht zu gebären brauchten. Als *res nullius* hoben die Sozialisten sie aus der Gosse. Da niemand da war, der noch die Verantwortung übernehmen wollte, so griffen die Sozialdemokraten zu. Diesen Umstand wollen wir nicht vergessen, wenn von den Mißerfolgen der Sozialdemokraten die Rede ist. Es war eine Frühgeburt. Um die Macht unter gewöhnlichen Umständen an sich zu reißen, hätte uns die Kraft, die Organisation und die nötigen Massen noch gefehlt. Wir waren also noch nicht reif, d. h. zahlreich genug. So sagten die Sozialdemokraten und so konnten sie auch mit Recht sagen. Aber wir fragen: Wann werden die Proletarier reif, d. h. zahlreich genug sein? Schon zur Römerzeit waren die Proletarier berühmt wegen der großen Proles und dennoch sind sie heute noch nicht zahlreich genug! Trotzdem bei allen Sozialisten die als Selbstverständlichkeit herrschende Meinung, daß das Proletariat sich bis zu der für die Eroberung der politischen Macht nötigen Masse vermehren wird. Wo sind die statistischen Unterlagen für solche Behauptung? Der Proletarier trägt seinen Titel mit Unrecht, Für die Sklaven des alten Römerstaates mag der Titel berechtigt gewesen sein. Für unsere modernen Großstädte aber, die die Hauptmacht des Proletariats liefern, ist der Name Proletarier im etymologischen Sinne des Wortes gewiß falsch. Der Proletarier, der seine Kinder in engem Raume zusammenpferchen muß, erscheint immer mit Kindern stärker gesegnet als der Kapitalist, der eine vielleicht größere Kinderschaar aus viele und große Räume verteilt. Die Sozialisten übernahmen den Schimpfnamen wie seinerzeit die Geusen (Bettler) zu agitatorischen Zwecken sich den Namen gaben, nicht aber, weil er den Tatsachen entsprach. Auch waren es die Pariser, die sich zuerst als Proletarier bezeichneten. Paris aber bedeutet hier kinderlose Ehepaare – also ein im Worte selbst begründeter Widerspruch. Groß ist der Schaden, der der Arbeiterpolitik aus dieser Fälschung erwuchs. Sie ist es, die hauptsächlich zu dem fatalistischen, alle revolutionären Kräfte lähmenden Glauben an die „natürliche“ Entwicklung zum sozialen Staate führte und die die gesamte sozialistische Forschung auf Abwege leitete. Erste Folgerung aus diesem Glauben ist

die: Wenn das Proletariat sich vermehrt und sogar stark vermehrt, so muß doch der Lohn dazu immer ausreichen! So kam dann die Lohntheorie zustande, wonach der Unternehmer immer das zahlen muß, was zum Unterhalt und zur Fortpflanzung der Arbeitskraft nötig ist, nämlich den „ehernen Lohn“. Alle Sozialisten sind auf diesen Trugschluß hereingefallen. Marx baute auf der Theorie des „ehernen Lohnes“ seine Kapitaltheorie auf. Erweist sich diese Voraussetzung als falsch, dann ist auch die ganze Theorie falsch und die hier aufgehäuften ungeheuren Arbeit vertan.

Was sagen nun die Grabsteine auf den proletarischen Friedhöfen.? Sprechen diese nicht gegen die genannte Lohntheorie? Hat Marx niemals einen proletarischen Friedhof besucht? Der Proletarier stirbt in der dritten Generation an der Schwindsucht infolge seines ungenügenden Lohnes. Das ist es, was Marx auf diesen Friedhöfen hätte herauslesen müssen, wenn er diesen Dokumenten mehr Vertrauen geschenkt hätte als den Lehrsätzen „bürgerlicher Ökonomen“. Stellt man aber diese Tatsache an Stelle des „ehernen Lohngesetzes“, dann untergräbt man das Lehrgebäude der Marxisten. Es hängt dort alles in der Luft. Aber wieviel Licht wirft diese Tatsache auf alles, was die Marxisten nicht zu erklären vermögen! Zunächst wissen wir, warum wir immer noch nicht reif, d. h. zahlreich genug sind, warum die gebärende Tätigkeit der Proletarierinnen die Revolution noch nach 6000 Jahren nicht gebären konnte. Die Herberge des Proletariats, die Großstadt erwies sich als Grab, nicht als Wiege. Der „eherne Lohn“ wurde zum ehernen Grabzeichen. Die Proletarierinnen konnten nicht Schritt halten mit dem Würgeengel, genannt „eherner Lohn“. Darum ist trotz 6000jähriger kapitalistischer Entwicklung der „Reifeprozess“ kaum fortgeschritten. Im Gegenteil, das Zahlenverhältnis verschiebt sich zu Gunsten der Kreise, die sich nicht zum Proletariat rechnen, die also noch nicht alle Hoffnung verloren haben. Der Krieg hat den Proletarisierungsprozess zwar wieder etwas gefördert, aber nicht durch den Prozess der Proleproduktion. Mit der Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnung wird auch dieser besondere Proletarisierungsprozess ein Ende nehmen.

Doch nehmen wir einmal den Fall an, daß aus irgend einem Grunde das Proletariat sich wirklich in gefährlicher Weise vermehren würde, so daß die Kapitalisten mit der Möglichkeit einer proletarischen Majorität im Reichstag zu rechnen hätten. Wie leicht wäre es in diesem Falle für die herrschende Gesellschaft, solche Entwicklung zu sabotieren? Sie brauchen ja nur Gesetze zu erlassen, die die solchen Proletarisierungsprozess begleitende Konzentration des Kapitals erschweren. Wird das Großkapital zu einer politischen Gefahr für die ganze Klasse der Kapitalisten, nun so zerschlagen die Kapitalisten diese großen Kapitalien wieder selber. Durch Einkommen- und Erbschaftssteuern lassen sich zu jeder Zeit aus einem Großkapitalisten tausend Kleinkapitalisten machen, die dann die Interessen des Kapitals gegen die Sozialisten an den Wahlurnen und auch anderswo zu verteidigen wissen werden. Die, merkwürdigerweise

von den Sozialisten selber geforderten, Kapital- und Erbschaftssteuern werden den Kapitalisten den Weg zeigen, den sie einzuschlagen haben, wenn der Parlamentarismus ihnen gefährlich werden sollte. Wenn es ums Ganze geht, dann werden die Kapitalisten immer das Nötige zu tun wissen, um den Proletarisierungsprozeß zu hemmen und sich so ewig die Majorität und die Macht zu erhalten. Die Proletarier sind ganz auf die Vermehrung durch Zeugung angewiesen. Und das geht langsam. Die Kapitalisten hingegen können sich nötigenfalls auch noch durch Spaltung vermehren und das geht schnell, wie wir das von der Naturgeschichte der Bakterien her wissen.

Unter einem Kapitalisten brauchen wir uns auch nicht immer einen von Dienerscharen umgebenen Herrn vorzustellen. Im Sinne der Macht und kapitalistischer Politik ist an der Wahlurne ein kleiner Bauer dem größten Kapitalisten gleichwertig und, wenn es hart auf hart geht, sogar überwertig. Wir können uns übrigens heute auch schon ganz gut Verhältnisse vorstellen, wo nicht etwa drei Knechte auf einen Herrn kommen, sondern wo umgekehrt drei Herren von der Arbeit eines einigen Knechtes leben, wo also die durch die moderne Maschinerie genutzte, gewaltige Produktivkraft eines modernen Arbeiters genügen könnte, um drei Kapitalisten zu ernähren. Und wie könnte dann noch der Proletarier hoffen, jemals die politische Macht zu erobern? Dieses Zahlenverhältnis zwischen Schmarotzer und Proletarier ist in Frankreich, dem Lande der kleinen Rentiers in der Bildung begriffen gewesen (vor dem Krieg) und gibt uns die Erklärung für die Schwäche der dortigen revolutionären Bewegung. Diesem Zahlenverhältnis nähert man sich auch schon in der Schweiz und wir werden es vielleicht bald in Rußland finden, wo dem Mujik der Boden zur „Sicherung der Revolution“ als Eigentum ausgehändigt werden wird und wo dann die Enterbten zunächst wenigstens in sehr großer Minderheit sein werden und dann mit Motorpflügen den Lebensunterhalt der Revolutionsgewinnler bestreiten müssen. In Argentinien kommt ein Knecht auf 350 Hektar Weideland, auf dem jährlich 100 Stück dreijähriges Großvieh heranwächst, die dem Grundbesitzer 25 – 40 000 Goldmark einbringen. Wie will sich bei solchem Zahlenverhältnis der Proletarier befreien? Erinnern wir uns hier auch noch des Ausspruchs des russischen Zaren: Meine Herren, entweder freiwillige Abgabe von Land an die Bauern oder die Bauern nehmen sich das Land. Entweder Sabotage des kapitalistischen Konzentrationsprozesses von oben oder die siegreiche Revolution von unten, die uns das Leben kosten wird. Es wäre närrisch, zu glauben, daß die Kapitalisten dem ihnen so gefährlichen Proletarisierungsprozeß, auf den die Sozialdemokraten alle ihre Hoffnungen gründen müssen, tatenlos zuschauen werden, besonders heute, wo man annehmen sollte, daß das Schicksal ihrer Standesgenossen in Rußland die Kapitalisten stutzig gemacht haben wird. Schon vor dem Kriege konnte man allenthalben beobachten, wie die großen Kapitalisten sich einsam fühlten und selber auf Mittel sannen, sich durch Mehrung der

kleinen Besitzer eine Schutzgarde zu schaffen. Diejenigen Proletarier kann man zählen, die aus Interesse für ihre Leidensgefährten eine Politik bekämpfen werden, die aus ihnen Besitzer eines Bauernhofes, eines Ladens, einer Werkstätte machen will, um sie dem proletarischen Gedankenkreis zu entfremden. Sie greifen alle, alle zu. Und mit dem Besitze, und wenn es nur ein Sparkassenbuch, eine Laube ist, treibt Beelzebub die proletarischen Ideale restlos aus. Darum in England die „small holdings“, darum in Preußen (Posen) die Begeisterung für die innere Kolonisation, darum in Argentinien, in den Vereinigten Staaten die Heimstättenpolitik, darum in der ganzen Welt die Begeisterung für die Sparkassen. Bedenken wir ferner, daß die Klasse der Kapitalisten nicht das allergeringste Interesse am Konzentrationsprozeß des Kapitals hat, daß sie im Gegenteil der progressiven Einkommensteuer, die den einzelnen der kleinen Kapitalisten ja entlastet, mit Begeisterung zustimmt, so erkennen wir, wie leichtfertig es war, die Hoffnungen des Proletariats auf diesen Konzentrationsprozeß zu begründen.

So lange der kommunistisch gesinnte, das Privateigentum, die Selbstverantwortung ablehnende, den Staat anbetende Proletarier, der Marxist, auf die eigenen Reihen angewiesen bleibt in seinem Kampf gegen den Kapitalismus, wird er ewig in der Minderheit bleiben. Er kann alle Hoffnungen begraben (soweit sie sich auf die eigenen Kräfte und Ziele stützen müssen). Die einzige Hoffnung, die ihm verbleibt, ist die, daß die Lehrsätze, auf die seine Politik sich aufbaut, vielleicht falsch sind.

Sonnenbäder und Politik.

In dem von Adolf Koch herausgegebenen Buch „Körperbildung – Nacktkultur“ (Ernst Oldenburg Verlag, Leipzig) beklagt sich Fr. H. Thies darüber, daß in allen rechtsstehenden Blättern eine planmäßige Hetze gegen seine Bestrebungen geführt wird.

Was haben nun die „Rechtsstehenden“ gegen Nacktkultur einzuwenden? Warum die Rechtsstehenden? Warum nicht auch die Linkstehenden? Handelt es sich vielleicht um die rechte oder linke Seite der Haut?

Die Rechtsstehenden halten das Nacktturnen sicher für gefährlich, denn alles, was die Rechtsstehenden tun, erfolgt aus einem Angstgefühl. Sie fühlen sich nicht mehr sicher im Lande der Proletarier. Aber was ist nun so besonders gefährlich am Nacktturnen? Ich habe die Sache vom Standpunkt der Rechtsstehenden zu betrachten versucht und nichts anderes gefunden als folgendes: Am nackten Körper sieht man unmittelbar die Verwüstungen, die der Kapitalismus am Proletarier angerichtet hat. Der nackte Körper des Proletariers erhebt eine himmelschreiende Anklage gegen den Kapitalismus, gegen den Staat, der diesen Kapitalismus schützt, gegen die Kirche, gegen die Presse, gegen die Universitäten, kurz gegen die ganze herrschende rechtsgerichtete Gesellschaft. Der Anblick des nackten Proletariers und namentlich des Proletarierkindes empört. Man erhebt drohend die Faust gegen ein System, das den Menschenkörper in dieser Weise mißhandelt, Und die drohende Faust mag eines Tages, gereizt durch den Anblick nackter Proletarierkinder, krachend niedersausen. Das ist's, was die Rechtsstehenden fürchten. Darum sorgen sie dafür, daß die Spuren der kapi-

talistischen Tortur verhüllt bleiben, wie sie auch dafür sorgen, daß mit den hölzernen Beinen und Armen der Kriegskrüppel keine Nacktkultur getrieben werde, damit die Empörung über die Kriegsgreuel, denen das Volk mutwilligerweise ausgesetzt wurde, nicht immer neu geschürt wird.

Der geistige Mensch ist tolerant. Wer nur geistige Interessen verfolgt, wird keinen Ketzer, keinen Giordano Bruno, keinen Huß verbrennen, wird von Galileo keinen Widerruf fordern, sondern wird ihn widerlegen, wenn er kann. Der geistige Mensch wird auch nichts dagegen haben, daß der Lehrer Koch den Körper seiner Schüler dem Licht der Sonne aussetzt. Nur wo gestohlenes Gut gehütet wird, da fürchtet man das Licht der Sonne.

Eine Frage aber möchten wir bei dieser Gelegenheit an die „rechtsgerichtete“ Presse stellen. Wenn die Bekleidung zur Sittlichkeit gehört und wenn unter solcher Sittlichkeit, wie die Erfahrung zeigt, der Körper nicht gedeiht, ist es da nicht vernünftig, einmal einen Versuch mit der „Unsittlichkeit“ zu machen? Hoch die Unsittlichkeit, wenn das Abwerfen der Hüllen unsittlich ist und wenn solche Unsittlichkeit, wie die Erfahrung zeigt, den vom Kapitalismus, von den Rechtsgerichteten auf den Hund gebrachten Proletarierkörper wieder in seine ursprüngliche göttliche Form zu bringen vermag. Hoch die Unsittlichkeit, wenn sie zur göttlichen Ordnung gehört!

Noch eine Frage grundsätzlicher Art! Was hat die rechtsgerichtete Presse sich um die Kinder anderer Leute zu kümmern? Was hat der Staat hier hineinzureden. Hat der Vater beim Kinde keine andere Rolle zu spielen als die des Bullen? Gut, dann mag der Staat den Vater unter Vormundschaft stellen und die Rolle des Erziehers übernehmen. Aber wenn der Staat die Väter, die Eltern, so niedrig einschätzt, daß er glaubt, ihnen die Erziehung der eigenen Kinder nicht anvertrauen zu können, warum sichert er dann mit der Ehe, dem Standesamt, dem Vater ein Erziehungsrecht und mischt sich im Interesse der Kinder in das Liebesleben der Eltern ein? Klafft hier nicht ein ungeheurer Widerspruch? Welchen Sinn hat die Ehe dann noch, wenn man den Eltern die Erziehung der Kinder raubt? Sind die Ehegesetze nicht vornehmlich zum Schutze der Kinder geschaffen? Warum schiebt man dann andererseits wieder zwischen Eltern und Kinder den Staatsknecht, den Unteroffizier, den Beamten ein, die Staatsschule? Entweder ist der deutsche Reichsbürger ein Idiot, dann sollte ihm die Ehe, die Zeugung, die Fortpflanzung dadurch unmöglich gemacht werden, daß er öffentlich den Frauen als Idiot vorgestellt wird, oder aber man soll sich von Staatswegen nicht in die Erziehung mischen, die der Mann seinen Kindern zu geben wünscht.

J. O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Was ist Freiwirtschaft?

Begriffsbestimmung,

wie sie in den neuen Mitgliedsbüchern des Physiokratischen Kampfbundes enthalten ist.

Freiwirtschaft ist eine Wirtschaft, in der durch Freiland und Freigeld und infolge des Fehlens von Eingriffen des Staates oder anderer Machtorganisationen der Wettbewerb unter gleichen Bedingungen für alle völlig frei und damit jede Vorzugsstellung und Ausbeutung unmöglich ist.

Freiland ist die Verwirklichung des Gedankens, daß jedem einzelnen Menschen die ganze Erde gehört. Freiland ist daher die Erde, die in

niemandes Sondereigentum steht, auch nicht im Eigentum eines Staates, Volkes oder anderer Zusammenfassungen von Menschen, und über die auch kein Staat Hoheitsrechte ausübt.

Freiland ist die Erde, deren Erzeugnisse frei und unbehindert überallhin gebracht werden können. Ohne durch Ausfuhrverbote, durch Zölle oder ähnliche Maßnahmen benachteiligt zu sein, ist jeder Mensch der ganzen Welt in der Lage, sich die Erzeugnisse des Freilandes durch Tausch zu eignen zu machen, wie auch umgekehrt alle Erzeugnisse der übrigen Welt frei in das Freiland hineingelassen werden. (Freihandel.)

Freiland ist Grund und Boden (Oberfläche und Erdinneres, Seen usw.), den jeder Mensch der ganzen Welt dadurch, daß er in öffentlicher Pachtversteigerung für ihn die höchste Pacht bietet, in Nutznießung nehmen kann, in welchem Recht niemand durch Ein- und Auswanderungsgesetze, durch Paß- oder andere Kontrollvorschriften beschränkt ist. (Freizügigkeit.)

Freiland ist Grund und Boden, dessen Pacht gleichmäßig und restlos unter alle Mütter nach der Zahl ihrer Kinder verteilt wird.

Freigeld ist ein Geld, das mit einem Nennwertverlust belastet ist, der in bestimmten Zeitspannen eintritt und vom jeweiligen Besitzer des Geldzeichens zu tragen ist, und das von einem Währungsamt durch Vermehrung und Verminderung so verwaltet wird, daß der Durchschnitt der Warenpreise (Index) immer derselbe bleibt. (Festwährung.)

Angriffe auf die pazifistische Politik

Die Erfolge der christlichen Friedenspropaganda sind geringer als null. Die Arbeit der anderen Pazifisten ist gleich unfruchtbar geblieben. Niemals hat es so viele Kriege gegeben, wie in der christlichen Aera und seit Bertas „Die Waffen nieder“ – hat der Krieg den letzten Rest der Ritterlichkeit verloren. War der Krieg für die Fürsten ein Privatvergnügen und eine interessante Unterbrechung der höfischen Langweile, so ist der moderne Krieg, den die „Demokraten“ führen, nichts als eine Narretei, die um so lächerlicher wirkt, je sorgenvoller die Gesichter der obersten Kriegsleiter dreinschauen, je ernsthafter die Politiker heucheln, schwindeln, lügen.

Der Grund des Versagens der Friedenspolitik liegt darin, daß die Pazifisten viel zu viel vom Krieg reden. Der Teufel erscheint, wenn man von ihm spricht. Der Friedensengel würde aber vielleicht auch erscheinen, wenn man ihn auch einmal an die Wand malen würde. Aber die Friedenspropagandisten wissen offenbar nichts vom Frieden zu sagen. Darum wachsen nur Bajonette dort, wo die Pazifisten säen.

Wie stellt sich eigentlich der Pazifist den Frieden vor? Niemand weiß es. Würde aber eine klare Darstellung der Zustände in der pazifizierten

Welt nicht ungleich wirksamer sein, als die ewige Auffrischung der Kriegsgreubilder? Stelle man doch neben die Bilder des Krieges das Bild des wahren, des ewigen Friedens und dann lasse man sie alle wählen! Wir werden dann Überraschungen erleben. Mancher Haudegen wird dann die Waffen von sich werfen und begeistert nach dem Palmwedel greifen. Für solchen Frieden, so werden sie sagen, bin ich auch, selbstverständlich. Warum habt ihr uns nicht früher gesagt, wie ihr euch den ewigen Frieden vorstellt? Wie mancher Krieg wäre da unmöglich gewesen, weil die Krieger nicht mitgemacht hätten, weil die Krieger die Worte Friedrichs des Großen den kommandierenden Generälen ins Gesicht geschleudert hätten: Wir gehören zu den „Hunden, die ewig leben wollen“. Denn wahrlich, herrlich muß es sich für einen Menschen von unserer Art im Lande des ewigen Friedens leben lassen. Euch Pazifisten klagen wir an. *Ihr* habt den Krieg möglich gemacht, denn ihr habt uns das wahre Bild des ewigen Friedens verschleiert!

Auch der Pazifist muß wissen, wofür er kämpft. Der deutsche Soldat setzte sein Letztes ein, weil ihm „der Dank des Vaterlandes“ versprochen wurde, und weil er noch so dumm war, darunter etwas anderes als eine Drehorgel zu verstehen. So würde auch er für die pazifistischen Ziele mit der selben Berserkerwut kämpfen, wenn ihm der Pazifist auch eine Drehorgel versprechen könnte. Denn wahrhaftig, wo ist das Kopfschaf zu finden, das das Leben im Schützengraben mit seinen Läufen, seinem eintönigen Trommelfeuer den Herrlichkeiten vorzieht, womit die pazifizierte Welt alle Menschen mit beiden Händen überschüttet? Aber für das deutsche Volk bedeutet der pazifistische Frieden einfach die Aufrechterhaltung der heutigen fluchwürdigen Ordnung, derselben Ordnung, die jeder anständige Mensch als Krieg und Greuel bezeichnet. Das Leben in der bürgerlichen Welt, die die Pazifisten vor Kriegsgefahr schützen wollen, ist für unzählige unserer Mitmenschen weit schlimmer als der Krieg. Das geht doch klar genug daraus hervor, daß man heute tausendmal am Tag die Worte hören kann: wenns morgen wieder Krieg gibt, ich ziehe mit Begeisterung mit. Und woher diese Begeisterung? Nun, der Vergleich des Trommelfeuers mit dem Staub und Lärm der Fabrik, mit den armseligen Sorgen ums tägliche Brot, der ist's, der die Begeisterung für den Schmutz, die Läuse, die chirurgischen Reparaturen auslöst. Nicht Freude am Krieg, an seinen politischen Zielen (die niemand kennt), noch viel weniger Haß gegen irgend jemand in der Welt begeistert den Soldaten. Es ist dasselbe graue Elend, das auch schon vor dem Kriege jährlich tausende deutscher Männer veranlaßte, ihre billige Haut zu Markt zu tragen, einerlei, ob als französischer Soldat gegen die Marokkaner oder als Orang Moff gegen die Atchinesen. Schaffe man dieses graue Elend weg, dann lösen sich die Heere auf, allen voran die deutsche Reichswehr. Oder glaubt jemand ernsthaft, daß es ihm möglich sein könnte, ein Heer von 100 000 Mann aus Söhnen von Kapitalisten zusammenzubringen? Sind es Rent-

nerssöhne, die nachts bei 20 Grad unter Null (Réaumur) über die Dächer steigen, um durch den Schornstein in die Vorratskammer des Nachbarn einzubrechen? Genügte Lenin nicht der Ruf: Land, Land! Kehrt alle nach Hause zurück! Das Land gehört euch, nehmt's nur!, um die russischen Soldaten vor dem Feind zu veranlassen, die Waffen hinzuwerfen? Ja, hatte man im deutschen Hauptquartier nicht mit dieser psychologischen Einstellung des Soldaten gerechnet, als man Lenin im plombierten Eisenbahnwagen nach Rußland schickte? Oder glaubte man etwa, der deutsche Mujik würde anders handeln?

Wie schafft nun der Pazifist die wirtschaftlichen Bedingungen für ein lebenswertes Leben? Wie beendet er den seit Jahrtausenden mit unverminderter Heftigkeit tobenden Bürgerkrieg, wie rottet er die Kapitalisten und das Proletariat aus, wie verhält er sich gegenüber dem Zins, wie zum Privatgrundbesitz, wie zum Recht auf den vollen Arbeitsertrag? Auf diese Fragen hat der Pazifist zu antworten, wenn er in den Kreisen derjenigen Eindruck machen will, die seit 6000 Jahren Krieg führen und seit 6000 Jahren besiegt am Boden liegen und geschlagen werden. Sieht der Pazifist diesen Krieg nicht, steckt er den Kopf in den Sand, um ihn nicht zu sehen, nun, so kann er einpacken. Das, was er dann noch zu sagen hat, interessiert nur noch die Leute, die nichts anderes wollen, als eine Organisation, und die dann schließlich noch den Krieg ihrer Organisation wegen nicht entbehren wollen, wie jener Apotheker die Krankheiten, wie jener Parteibonze die soziale Frage verewigen möchte. Es ist ja wahr, daß der Völkerkrieg mit seinen Giftgasen und weiten Schlachtfeldern auf naive Gemüter stärkeren Eindruck macht als der in den Eingeweiden der Staaten bohrende Bürgerkrieg, obschon die Opfer dieses Krieges ungleich zahlreicher sind und unendlich größer ihre Qualen. Denn der Bürgerkrieg erschöpft sich nicht in den täglichen Einzelgefechten, wo 10 bis 50 oder 100 Mann fallen. Das sind nur die äußeren Erscheinungen. Für den Bürgerkrieg sind die Waffen ohne Knall und Rauch schon längst erfunden in Gestalt von Hunger, Schmutz und Schwindsucht. Und dieser geräuschlose Vorgang ist nicht geeignet, die Aufmerksamkeit oberflächlicher Geister auf sich zu lenken, nicht wie es das Massenmordender Feldschlacht tut. Nichtsdestoweniger ist nicht an der Tatsache zu rütteln, daß der Bürgerkrieg die primäre Erscheinung ist und der Völkerkrieg die sekundäre. Der bürgerliche Kriegszustand ist es ja gewesen, der die Anregung dazu gab, die Staaten als Machtorganisationen auszubauen und die Staaten sind es doch wohl, nicht die Menschen, die wegen der ewig auseinanderstrebenden Interessen zusammenprallen müssen. Ohne den bürgerlichen Kriegszustand wäre es darum auch niemals zu interstaatlichen Kriegen gekommen. Die Staaten würden ebenso friedlich nebeneinander liegen, wie die Gemeinden heute nebeneinander liegen. Die Pazifisten packen also das Friedensproblem beim Schwanz an. Das Problem des Friedens heißt: wie schaffen wir bürgerliche Zustände, die den

Staat als Machtorganisation überflüssig machen, so daß wir die öffentliche Macht entbehren, bis auf den Nachwächter abbauen können?

Es wird wohl die vollkommene Hilflosigkeit gegenüber diesem Problem gewesen sein, die die Pazifisten veranlaßte, sich so gut wie ausschließlich auf die internationalen Friedensfragen zurückzuziehen, obschon es keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Bürgerkrieg das Primäre, der internationale Krieg das Sekundäre ist. Man sehnt den Frieden herbei und will auf alle Fälle etwas tun, nach dem Satz: wenn es nichts nützt, so schadet es doch auch nichts. Ist nicht auch die Herstellung des Bürgerfriedens Sache, ja Monopol des Proletariats? Und außerdem, was sie, die Pazifisten, für den Frieden vorzuschlagen haben, ist ja in der bürgerlichen Ordnung längst verwirklicht. Verträge, Schiedsgericht, Abrüstung. Das aufsässige Proletariat ist längst abgerüstet, den Verfassungsvertrag hat es nolens volens unterschreiben müssen, und die Polizei ist überall in der Welt bereit, die Schiedssprüche mit dem Säbel auf den Rücken des Proletariats zu tätovieren. Genützt hat das alles nicht das Geringste. Noch jüngst mußte die Verfassung durch ein Ermächtigungsgesetz ersetzt werden, obschon es sich hier noch gar nicht um das Entscheidende handelt. Friede durch Recht! Wir werden diesen Advokatenfrieden nie erleben. Der Frieden ist ein urwüchsiger, ein Naturzustand, der keiner Paragraphen bedarf. Wo ein Bedürfnis nach Rechtsparagraphen entsteht, da herrscht bereits Krieg. Der Frieden, der auf ein Kruzifix genagelt ist. Das ist der Frieden durch Recht. Der Frieden, der die Zankäpfel konserviert, statt sie zu vernichten, kann das Übel nur vergrößern, wie ein Keil, womit das Sicherheitsventil verschlossen wird. Sollten die Pazifisten immer noch nicht genügend Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt haben? Ist es ihnen auch noch nicht klar, daß ein Frieden durch Abrüstung ebenso sinnlos ist wie ein Friede durch Recht? Daß Abrüstung im Sinne moderner Kriegführung nur zur Folge haben kann, daß die viel wildere, grausamere Rüstung, die Naturrüstung des Menschen wieder zum Vorschein kommt, so lange die Abrüstung nur eine äußere bleibt. Der Pazifist möge es ja einmal im Faustkampf mit dem „abgerüsteten“ Gorilla versuchen! Frieden durch Schiedsgerichte. Frieden durch Recht. Frieden durch Abrüstung. Es ist alles vertan, verlorene Zeit, verlorene Mühe. Also zurück auf den Ausgangspunkt! Zurück auf die Forderungen des Bürgerfriedens.

Dieser Frieden fordert die Beseitigung aller Vorrechte. Sind die Pazifisten bereit, dem Frieden dieses Opfer zu bringen? Auch dann, wenn unter Vorrecht das aus Arbeitsprodukten sich zusammensetzende „arbeitslose Einkommen“ verstanden wird? Sind sie bereit, die neuen Erkenntnisse über die Natur des arbeitslosen Einkommens zur Bekämpfung dieser Erbübel zu benützen? Und die dahin strebenden Anstrengungen anderer zu unterstützen? Auch dann, wenn eine Revue der pazifistischen Herrscher wahrscheinlich feststellen würde, daß sehr viele unter ihnen, namentlich

auch solche in prominenter Stelle persönlich an diesen zu opfernden Vorrechten interessiert sind? Denn wenn die pazifistischen Organisationen dem Zins und der Grundrente als der letzten Ursache aller Kriege den Krieg erklären würde, daß dann der Krieg unter den Pazifisten ausbrechen und bis zur Auflösung ihrer Organisationen geführt werden würde? Ja, ja, der Frieden kostet viel, sehr viel sogar und ich fürchte, daß er für viele, die bisher für den Frieden gekämpft haben, zu viel kosten wird.

Ein Programmvorschlag des Jahres 1920.

Vorbemerkung.

Auffallenderweise gibt es Bundesfreunde, die aus dem Kampf, wie ihn diese Zeitschrift führt, schließen, daß durch sie irgendeine Meinung vergewaltigt würde. Auffallend ist das, weil noch nie, solange die Zeitschrift der jetzigen Leitung untersteht, irgendein Aufsatz, mit dessen Inhalt die Schriftleitung nicht einverstanden war, aus diesem Grunde abgelehnt worden ist. Auch aus anderen Gründen geschah das nicht. Es ist überhaupt noch kein Aufsatz, der eine andere Meinung als die der Schriftleitung vertrat, abgelehnt worden. Die Schriftleitung erblickt ihre Aufgabe gerade umgekehrt darin, ihr entgegenstehende Ansichten *öffentlich* zu widerlegen. Das ist der *wissenschaftliche* Kampf, den sie führt. Wissenschaft schließt ja Polemik nicht aus. Wissenschaftlichkeit gerade verlangt schonungslose Polemik. Wissenschaftlichkeit darf nicht mit Neutralität, Objektivität nicht mit Rücksicht verwechselt werden.

Leider haben nicht alle Freiwirte diese Auffassung von den Aufgaben der Presse und der Diskussionen. Sie glauben vielmehr, Hauptaufgabe der Wissenschaft sei, recht vielen zu gefallen. Wer einen sachlichen Gegner *schont*, statt alles zu tun, um die *Unrichtigkeit* seiner Auffassung und die *Richtigkeit* der eigenen Ansicht darzutun, verhält sich unsachlich. Die *Sache erfordert*, daß der Gegner erledigt werde. Die Rücksicht auf die *eigene* Person verführt dazu, den Gegner auch gelten zu lassen. Man will die Nachsicht zur allgemeinen Methode erheben, um für den Fall des eigenen Versagens davon zu profitieren. Man möchte die eigene *Person* auch dann noch in „Geltung“ erhalten, wenn ihre Behauptungen sich als falsch erweisen sollten. Auf falsche *Behauptungen* kann sich das „Geltenlassen“ doch nicht beziehen. Das wäre ja Schonung aus Gegenseitigkeit mit der *bewußten* Absicht, wirkliche, sachliche, endgültig Klärungen zu vermeiden. Das „Geltenlassen“ kann sich immer nur auf Personen beziehen.

Wir lassen sie *alle* gelten. Je mehr sie aber mit der Sache, die sie vertreten, verwachsen sind, umso mehr werden sie auch getroffen werden, wenn wir diese Sache angreifen.

Schlimmer als jeder Kampf, als der mit Rückversicherung geführte und als der gehässigste noch, ist es, wenn bestimmte Ansichten überhaupt nicht an die Öffentlichkeit oder wenigstens vor die Mitglieder gebracht werden, sodaß ihre Erörterung überhaupt nicht in Gang kommen kann. Das aber war die bis zur Politisierung der Bewegung geübte Praxis. Einigkeit durch Unterdrückung! „Die Ruhe eines Friedhofs“!

Viel unliebsamer Streit, viele verwirrende Mißhelligkeiten wären uns erspart geblieben, wenn nicht jahrelang die Diskussion über die wichtigsten Dinge systematisch unterdrückt worden wäre. Manche Mitglieder fühlen sich durch neue Gedanken überrumpelt. Sie vermissen, daß bestimmte Dinge nicht früher in Ruhe geklärt wurden. Aber war das möglich?

Die Schuld der revolutionären Freiwirte ist es nicht. Sie haben immer und überall diese Dinge ausgesprochen. Daß das die Mitglieder nicht ernst nahmen oder garnicht erfuhren, ist die Folge des Ausweichens oder Unterdrückens. Eines Tages mußte es hier eine gewaltsame Entladung geben. Einmal erfährt man eben jede Sache zum ersten Mal, und die heute schreien, weil sie in Unkenntnis erhalten wurden, hätten gewiß eben früher geschrieen, wenn sie früher mit den Erfordernissen und Auswirkungen freiwirtschaftlicher Politik bekannt geworden wären.

Immerhin, dieses „früher“ hätte schon 1920 sein können. Welche Fortschritte hätte die Bewegung machen können, wenn die Klärung schon vor vier Jahren erfolgt wäre.

Es gibt – obwohl Gesell eine Broschüre „Der Abbau des Staates“ geschrieben hat – Freiwirte, die behaupten, Dinge, wie Trennung des Rechtslebens vom Staate, seien bisher noch nicht von uns erörtert. Andere wieder glauben an eine besondere Spaltungslust, die mit Freuden diese Gedanken in das politische Programm bringen wollte, woran bis dahin noch niemand gedacht, sodaß man so schön einig war. Diese Einigkeit war holder Schein, war verdeckter Riß. Die Staatsabbau-gedanken haben die Einigkeit nicht zerstört, *nachdem* sie ins Programm Aufnahme fanden, sondern schon *vorher* war man sich nicht einig darüber, ob sie hineingehören oder nicht. Die Unterdrückung derjenigen, die sie hineinhaben wollten, schuf die falsche, die trügerische Einheit der Bewegung.

Der nachfolgende Entwurf zu einem politischen Programm von Silvio Gesell enthält schärfer noch als das Berliner Programm die Kampfansage gegen den Staat. Gesell sandte vor dem Erfurter Bundestag von 1920 diesen Entwurf an Maaß, den damaligen Bundesvorsitzenden, damit er ihn an die Öffentlichkeit und zuvor auf dem Bundestage zur Verlesung brächte, sodaß über ihn beraten und beschlossen werden konnte. Natürlich wünschte Gesell schon damals, daß dieses Programm oder eins aus ähnlichem Geiste, durch Beschluß zum Bundesprogramm erhoben würde. Maaß war aber mit den im Programm enthaltenen rein freiwirtschaftlichen Gedanken nicht einverstanden. Statt aber diesen Entwurf wenigstens vor den Bundestag zu bringen, damit jeder wisse, was Gesell vorschlug und womöglich dafür eintreten könne, erklärte Maaß dem damaligen Bundesgeschäftsführer, daß es besser sei, das Ganze unter den Tisch fallen zu lassen.

Gesagt, getan! Niemand ahnte damals, daß das Wichtigste nicht auf dem Verhandlungstische lag. Niemand spürte auch etwas von Vergewaltigung. Die vollkommenste Vergewaltigung vollzieht sich ruhig, sachlich, wissenschaftlich.

H. Tm.

(Hans Timm)

Programm-Entwurf.

A.

1. *Die ökonomischen Grundlagen* der Kulturvölker führten von jeher zur Teilung der Menschheit in Ausbeuter und Ausgebeutete, in Arbeiter und Genießer und damit zur Bildung des Klassenstaates, zur Entfesselung der Klassenkämpfe und schließlich zum Untergang der Staaten.

2. Die aus den Trümmern der untergehenden Welten aufkeimenden neuen Staaten, auf den Geleisen ihrer Vorgänger sich bewegend, erlagen regelmäßig dem gleichen Schicksale.

3. Die unterdrückten Massen erblickten in der Tatsache ihrer Enterbung immer ein schreiendes Unrecht und sind stets bereit gewesen, um die Ketten zu sprengen, gemeinsame Sache mit den äußeren Feinden des Staates zu machen.

4. Darum und im vollen Bewußtsein ihrer großen, ständig wachsenden numerischen Schwäche, war es von jeher eine Hauptsorge der Herrschenden, mit Hilfe der Staatsgewalt und geistiger Zwangsmittel die aufrührerischen Massen zu brechen und zu bändigen.

5. Die Herrschenden schufen die Staatskirche, wo man die Massen mit einer zu dem genannten Zwecke geeigneten Staatsreligion aufs Jenseits vertröstete.

6. Sie schufen die Staatsschulen, wo der Lehrstoff zweckentsprechend gesiebt, wo den Kindern gelehrt wurde, der einzelne sei nichts, der Staat, d. h. die herrschende Klasse, sei alles, dem man daher Gut und Blut zu opfern habe.

7. Sie schufen die absolute Zentralisation der Staatsgewalt in Gestalt der Monarchie zur Mehrung der Schlagfertigkeit.

8. Sie mehrten (oder versuchten es) die Zahl der Staatsbetriebe und der von ihnen abhängigen Bürger.

9. So führten die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zwangsläufig überall zum Ausbau des „stinkenden Ungeheuers“, das wir Staat nennen, das dem Fortschritt auf allen Gebieten, dem Ausbau des selbstverantwortlichen Vollmenschen im Wege steht, das uns von Kindesbeinen an als Schreckgespenst ängstigt und das uns schließlich in solch unsägliche Not und Schmach gestoßen hat. Fort mit ihm!

B.

10. *Die ökonomischen Grundlagen*, die all den untergegangenen Kulturstaaten gemeinsam gewesen, waren das Bodenrecht und das Geldwesen, und zwar dasselbe Bodenrecht und dasselbe Geldwesen, die auch in den heutigen Staaten die Grundlagen der Volkswirtschaft bilden. Außer diesen beiden gibt es nichts, was als „grundlegend“ zu bezeichnen wäre.

11. Wir haben echtes römisches Bodenrecht, echtes römisch-griechisch-babylonisches Geld. Unbesehen wurden diese beiden Grundpfeiler der Wirtschaft von den Alten übernommen. Nichts geprüft, nichts geändert.

12. Das Bodenrecht und das Geld verschaffen einem Teil des Volkes ein unausgesetzt und gewaltig wachsendes arbeitsloses Einkommen, das von dem ausgebeuteten Volksteil mit einkommenloser Arbeit aufgebracht wird.

13. Dadurch werden die Bedingungen für den gerechten Wettstreit gefälscht und damit auch das Grundgesetz der organischen Welt – der biologische Ausleseprozeß, den wir als den wahren Schöpfer anzusehen haben.

14. Die Tüchtigen werden überall gehemmt, das Minderwertige wird gefördert, bis dann die Gesellschaft auch darum noch zu Grunde geht, weil der Menschen-schlag moralisch, physisch und psychisch entartet.

15. Damit sind wir auch mit dem Schicksal der untergegangenen Kulturwelten bedroht, wenn es nicht gelingt, die unseren ökonomischen Grundlagen, dem Bodenrechte und dem Geldwesen, anhaftenden Mängel vor aller Augen bloßzulegen und die Kraft zu gewinnen, sie rechtzeitig zu beseitigen.

16. Am Bodenrechte ist es falsch, daß die Grundrente in den Genuß der Grundbesitzer oder ihrer Gläubiger übergeht, während sie als Voraussetzung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag den Müttern nach der Zahl ihrer Kinder fallen soll, da die Grundrente mit der Bevölkerungszahl wächst [§ 16 wurde nach dem Erfurter Bundestage von Gesell in die hier zum Abdruck gekommene Form gebracht. Die alte Fassung besagt, daß die Grundrente „der menschlichen Gesellschaft zufallen soll“].

17. Zehn Milliarden Goldmark werden unter dem heutigen Bodenrecht in Deutschland ihren rechtmäßigen Ansprechern entwendet, um auf dem Tische der Reichen verpraßt zu werden.

18. Am Geldwesen ist vor allem der Umstand falsch, daß das Geld wegen seiner vielfachen körperlichen Vorzüge und gesetzlichen Vorrechte von den Sparern den Waren vorgezogen und als Spargut solange festgehalten wird, bis es die Kaufleute durch Zahlung eines Lösegeldes – den Zins – seiner Bestimmung, dem Austausch der Arbeitserzeugnisse, zurückführen.

19. Diesen Zins vermögen die Kaufleute zu zahlen, weil ihnen die Überlegenheit des Geldes über die Waren die Möglichkeit bietet, den Austausch der Waren durch Zurückhaltung des Geldes zu sperren und durch die so entstehenden Verlegenheiten die Warenerzeuger zu zwingen, die Waren um den Betrag des Zinses unter Preis zu verkaufen.

20. Das Geld, das nichts weiter sein sollte, als ein vom Staat der Volkswirtschaft kostenlos zur Verfügung gestelltes Tauschmittel, wird durch den genannten Umstand zu einem selbständigen Kapital, das den Zins zur Bedingung seiner Hilfsleistungen stellt.

21. Weil das Geld selbständiges Kapital ist, wird nun alles, was des Geldes bedarf, und das ist die ganze Volkswirtschaft, der Zinswirtschaft unterworfen.

22. Der Zins des Geldes, die Urform des Kapitals, der Bazillus der kapitalistischen Seuche, zieht der Produktion von Waren, dem Bau von Fabriken, von Mietshäusern, Schiffen, Eisenbahnen, von Heimstätten und Bodenwässerungen, von Bergwerksanlagen usw. eine scharf gezogene Grenze – die uralte Rentabilitätsgrenze, die niemals überschritten wurde.

23. Infolge des genannten Kapitalcharakters des Geldes hat jeder, der Geld in irgend ein Unternehmen anlegt, die unbedingte Gewähr, daß der Wettbewerb der künftigen Unternehmungen die Rentabilität seines Unternehmens niemals in Frage stellen wird. Aus anderen Gründen freilich kann jedes Unternehmen fehlschlagen.

24. Die Produktivkräfte, die innerhalb dieser Rentabilitätsgrenze keine Verwendung finden, werden automatisch ausgeschaltet. Die Arbeiterreserve ist ein Beweis, daß die Produktivkräfte stets die Rentabilitätsgrenze zu durchstoßen suchen, doch hier ewig einer Übermacht erliegen.

25. Darum muß das Volk ewig in Dürftigkeit, Bedrängnis und Unsicherheit leben, so lange der Austausch der Arbeitsprodukte, die Herstellung von Arbeitsmitteln und Wohnhäusern einem Gelde unterworfen ist, das, Kapital an sich, einen Zins zur ehernen Forderung seiner Dienstleistungen stellt.

26. Fünfzehn Milliarden Goldmark werden dem deutschen Proletarier durch die Kapitaleigenschaft des Geldes jährlich aufgebürdet.

27. Durch die Fehler unseres Bodenrechtes und Geldwesens muß das Volk alle 20 Jahre das ganze Deutsche Reich mit allem, was darauf steht, für die Kapitalisten neu errichten und nebenbei noch seinen Lebensunterhalt erarbeiten.

C.

28. Außer dem genannten allem herkömmlichen Gelde anhaftenden Fehler krankt unser Geldwesen am vollkommenen Mangel an einer zielbewußten Verwaltung.

29. Das Geldwesen ist von jeher als statisches System betrachtet und behandelt worden. Das war ein schwerer Irrtum. Das Geldwesen, die Währung, ist ein dynamisches Wesen. Der Zweck des Geldes kann nicht von einer Eigenschaft des Geldes oder Geldstoffes erfüllt werden.

30. Die Währung ist eine Tat, kein Stoff. Eine fortlaufende, auf ein genau visiertes Ziel gerichtete Tat.

31. Das Ziel dieser Tat ist die Aufrechterhaltung eines festen allgemeinen Preisstandes.

32. Weil es bisher an einer solchen Währungsverwaltung fehlte, litt der Austausch der Produkte einmal wegen Geldmangel, ein andermal wegen Geldfülle.

33. Geldfülle bedeutet Hochkonjunktur, Vollbetrieb der Volkswirtschaft, die mit Preistreibereien, Schädigung der Festbesoldeten, Fälschung aller Verträge, auch der Lohnverträge, erkaufte wird.

34. Geldmangel bedeutet Flaute, Krise, Niedergang der Volkswirtschaft, Fehlbetrag im Staats- und Privathaushalt, Arbeitsmangel, Ruf nach Schutzzöllen, Zolldebatten, Zollkriege – Kriege.

35. Es fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Ursache der genannten Erscheinungen betrachtet werden könnte; dagegen ist es leicht, alles, was die sozialistische Kritik von jeher als Kapitalismus der heutigen Wirtschaftsordnung vorwirft, restlos von dem Mangel an einer erkenntnistmäßigen Währungsverwaltung abzuleiten.

36. Die ökonomischen Grundlagen, die zu den Bürgerkriegen führen, sind auch die Grundlagen der Völkerkriege. Doch ist die Ansicht falsch, daß die Kapitalisten zur Mehrung ihres Gutes der Kriege bedürftigen und sie zu dem Zwecke herbeiführten. Die heutigen Kriegsgewinnler bereichern sich nicht am Kriege, sondern an der Währung. Nicht der Feldmarschall, der Geldmarschall, die Reichsbank ist ihr Gott und Gönner.

37. Die Macht des Kapitals, durch die Rentabilitätsgrenze, den Geldzins, genau bestimmt, kann durch den Krieg nicht vermehrt werden. Dort, wo die Rentabilitätsgrenze infolge des Krieges sich vorübergehend erweitert hat, wo der Zinsfuß gestiegen, da ist auf Kosten der Kapitalisten vorher Kapital zerstört worden.

38. Zum Schutze der Rentabilität bedarf der Kapitalist keiner Kriege. Seine Macht reicht für diesen Zweck immer aus. Automatisch setzt die Krise, der für den Kapitalisten völlig schmerzlose Sanierungsprozeß, ein, sobald eine Überproduktion an Kapital die Rentabilität bedroht. Die Krise zerstört mehr Kapital als der Krieg.

39. Zum Völkerkrieg treiben die ökonomischen Grundlagen:

1. Weil die mit dem herkömmlichen Gelde erfahrungsgemäß immer wieder zur Herrschaft kommenden merkantilistischen Wahnvorstellungen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge die Zölle und die Zollgrenze schufen, die dann bei allen Völkern zwangsläufig den natürlichen Wunsch erwecken, das durch die fremden Zölle geschlossene nationale Wirtschaftsgebiet möglichst wenn nötig, mit Gewalt, zu erweitern.

2. Weil der in den Eingeweiden des Klassenstaates ewig wütende Bürgerkrieg den Geist der Gewalt zeugt, von dem sich die Herrschenden nicht frei machen können, auch im diplomatischen Verkehre nicht.

41. Weil die im Interesse der Staatsgewalt stetig erweiterte Staatsdomäne auch die Reibungsflächen vergrößert und den irreführenden Begriff Völkerrecht schuf.

42. Weil man eine Ablenkung von dem für die Herrschenden viel folgenreicheren Bürgerkrieg sucht.

Alle diese Kriegsgründe stehen und fallen mit unseren ökonomischen Grundlagen, d. h. mit den Mängeln unseres herkömmlichen Bodenrechtes und Geldwesens.

Programm.

Zur gründlichen Beseitigung der im vorangehenden gekennzeichneten schweren Konstruktionsfehler unserer ökonomischen Grundlagen erstreben wir mit allen Mitteln:

1. Erklärung des gleichen Anrechtes aller Menschen auf den Erdboden (die Erde) als allgemeines Menschenrecht, mit allen daraus fließenden Folgerungen für den Einzelmenschen, die Gemeinden, Staaten, Rassen. (Freiland.)

2. Einführung eines Geldes, das den Zins nicht mehr als selbstverständliche Bedingung seiner Dienstleistung stellen kann. (Freigeld.)

3. Schaffung einer Geldverwaltung, der die Aufgabe gestellt ist, unter allen Umständen den allgemeinen Preisstand der Waren vor Schwankungen zu schützen. (Absolute Währung – Reichswährungsamt.)

4. Unbegrenzte Freiheit für die Entfaltung des persönlichen Tatendranges, für die Auswirkung persönlicher Fähigkeiten aus den mit Freiland (1) und Freigeld (2) geschaffenen neuen ökonomischen Grundlagen: Beseitigung aller gesetzlichen Freiheitsbeschränkungen mit Einschluß der Zölle. (Grenzzölle, Freihandel.)

5. Entlastung des Staates von all dem, was ihm zur Sicherung, Mehrung und Eintreibung des arbeitslosen Einkommens zur gewaltsamen Aufrechterhaltung des Klassenstaates aufgebürdet wurde.

6. Einladung an alle Völker zu einer großzügigen Weltwährungs-, Valuta- und Freihandelsberatung.

7. Einladung zu einem Weltkongreß für die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Weltwirtschaftsfriedens.

Wenn wir Gold als Ware betrachten.

Mit Banknoten, Kassenscheinen, Silber- und Kupfermünzen konnten wir bis zum Kriegsausbruch bei der Reichsbank in Berlin Gold zum Preise von 279 000 Mark den Doppelzentner kaufen. Dieser Preis galt für Barzahlung ohne Abzug und war seit mehr als 40 Jahren unverändert fest. Zu demselben Preise verkaufte die Reichsbank sowohl eine Prise Goldstaub, wie eine ganze Schiffsladung. Rabatt für Grossisten gab es nicht. Reklame für Vermehrung des Absatzes machte die Reichsbank nicht. Es lag ihr überhaupt nichts daran, ihren Absatz zu vermehren. Sie war glücklich, wenn ihr Besitz an Gold zunahm und je mehr dieses Gold in ihren Kellern den Charakter ausgesprochener Lagerhüter annahm, umso sicherer fühlte sich die Reichsbank. Jeder andere Warenbesitzer, ohne eine einzige Ausnahme, strebt nach vergrößertem Absatz und ist verzweifelt – sieht alles grau in grau –, wenn der Absatz stockt. Lagerhüter kann er nicht sehen, lieber veranstaltet er einen Ausverkauf mit 20 – 30 – 50% Rabatt. Die Reichsbank dagegen hat Lagerhüter, die über 40 Jahre alt sind, doch fällt es ihr nicht ein, auch nur 1/000 000% abzuschreiben. Der Kartoffelbesitzer schreibt jährlich 100% ab, der Schiffs- oder Maschinenbesitzer 10%, der Hausbesitzer 1% und der Goldbesitzer 0%.

Der „Lagerhüter“ ist die Verzweiflung des Kaufmannes und das Entzücken der Reichsbankverwaltung. „Wenn doch niemand käme und uns mitnähme,“ so sagen die Warenbestände der Reichsbankverwaltung! Die Lage der Reichsbank berechnet die Verwaltung als „günstig“, wenn ihr Boden sich mit Lagerhütern füllt; „ungünstig“, wenn sich neue Absatzgebiete eröffnet haben.

Um den Waren neue Absatzgebiete zu eröffnen, stellt das Reich zuweilen die Marine in den Dienst der Kaufleute, und um durch Handelsverträge den Absatz zu sichern, macht die Diplomatie die spaßigsten Purzelbäume.

Wenn es sich aber um Gold handelt, dann wird umgekehrt derselbe Apparat gebraucht, um den Absatz zu sperren. Wie stolz ist die Brauerei, wenn sie das „Ausverkauft“ verkündigen kann! Die Reichsbank aber wird nervös, wenn der Ausverkauf in den Bereich der Möglichkeit tritt. Dabei handelt es sich beim Bier um ein Bedürfnis breiter Volksschichten; bei der Reichsbank jedoch nur um Gold, um den wichtigsten aller Stoffe! Das deutsche Volk würde sicherlich nervös werden, wenn es hieße, von morgen ab gibt es kein Brot mehr. Aber kaum einer unter Hunderttausend wird irgend etwas Vernünftiges zu sagen wissen, wenn es morgen hieße, die Reichs-

bank hat ausverkauft! Und trotz dieser umgekehrten Bedeutung diese Freude beim Ausverkauf hier – diese Tränen dort.

Beim Gastwirt und Bäcker gilt der Laden als ausverkauft, wenn der letzte Tropfen Bier, das letzte Brot verkauft ist. Die Reichsbank hängt das „Ausverkauft“ aus, lange bevor der Boden der Goldkiste sichtbar wird. Das Gold in dieser Kiste darf überhaupt nie unter ein Drittel ihres Inhaltes sinken. Und sollte auch der Himmel schon mit Krachen seinen Einfall androhen, dieses Drittel Bodensatz der Goldkiste wird nicht angerührt es ist gesetzlich unantastbar. Niemand rechnet in folgedessen überhaupt noch mit diesem Bodensatz, am allerwenigsten die Reichsbank. Keinem unserer Reichsbankpräsidenten ist es jemals in den Sinn gekommen, ein Gramm von diesem unantastbaren Bodensatz zu verkaufen. Seit mehr als 40 Jahren liegt der gesetzliche Lagerhüter dort in schier jungfräulicher Unberührtheit. Wenn die Reichsbank ihren Schatz in Arbeitsprodukten des Volkes angelegt und ihn 40 Jahre lang satzungsgemäß unangetastet gelassen hätte! Vor 40 Jahren waren Krinolinen, Spinnräder und Schnupftabak noch sehr begehrte Waren. Ein unantastbarer Schatz von Krinolinen und Schnupftabak im ehrwürdigen Alter von 40 Jahren müßte also heute eigentlich noch eine vorzügliche „Deckung“ der Banknoten darstellen, eigentlich, d. h. wenn an der Theorie der Goldwährung alles in Ordnung ist.

Aber bei keiner anderen Ware gibt es 40jährige Lagerhüter, gibt es überhaupt unantastbare Lagerbestände, gibt es eine Begrenzung des Absatzes. Den Begriff der „Unantastbarkeit“ gibt es überhaupt nur dem Golde gegenüber. Wenn auch die Reichsbankverwaltung den Schatz an Schnupftabak und Krinolinen unangetastet hätte in den diebes- und feuerfesten Gewölben der Bank verwahrt – der Schatz wäre doch nicht unangetastet geblieben. Wahrscheinlich wäre der ganze Schatz in den 40 Jahren in unkenntliches Gemüll zerfallen. Für die Zerstörungselemente der Natur ist eben nichts unantastbar – mit Ausnahme des Goldes und einiger anderer, ebenso nichtiger Stoffe.

Welchen Zweck solch ein unantastbarer Bodensatz, auf deutsch „Bankreserve“, wohl hat? Vielleicht spielt er die rätselhafte Rolle des Heckpfennigs? Vielleicht die Rolle des Baumes der Erkenntnis? Alles dürft ihr restlos verkaufen – Weizen, Wolle, Kupfer, ich habe für diese Dinge keinerlei Interesse, nur am Bodensatz der Goldkiste, am ewigen Lagerhüter der Reichsbank, dürft ihr nicht rühren. So sagt der Staat. Tut ihr es aber doch, so werdet ihr aus dem Paradies der Goldwährung vertrieben.

Warum der Staat so viel Interesse für das Gold zeigt? Es ist die einzige Ware, die der Staat in Friedenszeiten zu Höchstpreisen verkauft und das einzige Metall, dem jetzt im Kriege die Ehre versagt wurde, in der Liste der unentbehrlichen und darum zu beschlagnahmenden Waren aufgeführt zu werden! Jetzt hat der Staat den Verkauf des Goldes ganz gesperrt und kein Hahn kräht danach. Und dennoch dieses Interesse des Staates am Gold?

Niemand weiß, niemand mag und will es wissen, daß der Doppelzentner Gold 279 000 Mark kostet. Unter 10 000 Staatsbürgern ist kaum einer zu finden, der diesen gesetzlich festgelegten Höchstpreis kennt, und trotzdem gräbt es der Staat in jede Münze, druckt er es auf jeden grünen und blauen Lappen. Der Preis des Goldes ist heute 279 000 Mark der Doppelzentner! Man kann sich vorstellen, daß mancher Bürger für ein Gesetz

zu haben wäre, durch das Höchstpreise für Bier bestimmt werden. Eine Bierwährung hätte vom Standpunkt der materialistischen, heute noch dominierenden Geldtheorie einen gemeinverständlicheren Sinn als die Goldwährung. Bier trinkt fast jeder. Der Konsum von Bier geht in die Milliarden. Für viele sind die Bierverhältnisse das Maß aller Dinge. Der Preis des Bieres gibt ihnen Aufschluß über den „Wert“ des Geldes. Gold dagegen konsumieren (in Form von Schmuck-sachen) nur sehr wenige. Ihnen sagt der Preis des Goldes absolut nichts. Nur durch Vergleich mit anderen Warenproben, sagt ihnen die Nennung eines Preises überhaupt erst etwas. Während die Bierwährung ohne jeden weiteren Vergleich den meisten ein Maß für alles übrige wäre. Auch würde mancher Bürger heute ruhiger schlafen, wenn die Reichsbank statt Gold für 2500 Millionen Mark Bier auf Lager hätte! Woher also dieses Interesse des Staates für das wichtigste, für das einzige nicht beschlagnahmungswürdige Metall? Warum benutzt der Staat die Aufschrift jedes Geldzettels zur Reklame für das Gold? Namentlich, wenn er den Absatz für das Gold nicht wünscht, ja sogar zu hemmen sucht? Warum verkauft der Staat den Platz für die Inschrift des Papiergeldes nicht für gut bezahlte Reklame? Ich bin überzeugt, daß sich mehr deutsche Staatsbürger für den Preis der Zigaretten, des Zahnwassers, der Schaumweine interessieren, als für den Preis des Goldes!

Warum schreibt man nicht einfach: *„Der Reichsbankpräsident grüßt den Inhaber unbekannterweise (1) (10) (100) mal und wünscht ihm bei seinen Einkäufen den gleichen Erfolg wie beim Verkauf seiner eigenen Produkte.“*

Diese Inschrift klingt viel artiger, sie bringt einen freundlicheren menschlicheren Ton in den Handel, ist wissenschaftlich durchaus unanfechtbar und sagt praktisch ebensoviel wie die jetzige Reklame für das Goldmetall.

Freilich, freilich, nicht alle sind mit dieser Behauptung einverstanden. Unseren Währungssachverständigen wenigstens geht eine solche Banknoteninschrift ganz und gar wider den Strich. Sie sagen, daß Ware nur gegen Ware getauscht werden kann, daß das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld durch die Produktionskosten beider Dinge bestimmt werde, daß die Banknoten etwas gelten, weil sie durch Gold gedeckt sind. Das Gold sei eine Ware wie jede andere (wir haben das eben gesehen!). Die Goldwährung bewähre sich so vorzüglich (!) weil das Gold so vollkommen alle Eigenschaften der Waren in sich vereinigt. (!) Das Gold könne man als Vertreter aller übrigen Waren ansehen. (!) Es wäre eine Etikette, die nicht nur für alle Weinsorten gleich brauchbar sei, sondern für alle Waren überhaupt. Das Auszeichnen der Warenpreise für die Schaufenster kann jeder durch einfaches Anhängen einer entsprechenden Münze vornehmen. Gold und Waren seien vollkommen kommensurable Größen. Zu allen Eigenschaften des Zuckers, des Eisens, der Kohle bringe das Gold in die Volkswirtschaft noch den Begriff der Reserve, der unbeschränkten kostenlosen Aufbewahrung der Güter, also der Wertkonserve, des Wertvorrates, des Wertpetrefaktes, des Juliesturmes. Das Gold überdauert nicht nur für sich selbst die Ewigkeit, sondern überträgt diese kostbare Eigenschaft aus alle übrigen Waren (s. unsere Kartoffeln). (!) Und so muß es als eine glückliche Fügung des Himmels angesehen werden, daß aus diesem unge-

heuren Erdball gerade so viel Gold gefunden wird, wie zur Goldwirtschaft nötig ist. Wäre dieses Gold nicht vorhanden gewesen (sowie das Silber), so wüßten wir tatsächlich nicht, wie wir zu einer geordneten Wirtschaft kommen könnten. Wir müßten dann eine Warenwährung (Bierwährung) einführen. Aber mit einer solchen Warenwährung (Tee, Tabak, Pulver, Pelze und was sonst schon als Geld gedient hat und noch dient) würden ja wieder alle unsere Produkte dem Verderben ausgesetzt sein, wie zur Zeit des Tauschhandels, wir könnten sie dann unmöglich noch in der Geldform (!) konservieren, da das Warengeld ja selber sich nicht konservieren läßt. Und wie stände es dann noch mit dem Zins, mit dem Kapital, diesem kostbarsten Nebenprodukt unserer seit 300 Jahren sich so vorzüglich bewährenden Goldwährung?

„Josef“

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Die Presse und die Währungsfrage

Das deutsche Volk hat sich verirrt und findet den Weg nicht wieder, weder vorwärts noch zurück. In der Stunde der Gefahr, als das Gold hätte zeigen können, daß es das Vertrauen rechtfertigt, das ihm entgegengebracht wurde, ausgerechnet am Tage der Kriegserklärung, da streikte das Gold, wie es das übrigens bei solchen Gelegenheiten immer getan hat. (Daher der Ausdruck: treu wie Gold.)

Havenstein und *Helfferrich* verließen nicht leichtfertig und freiwillig den für Bürokraten so bequemen Weg der Goldwährung und der Tugend. Es war den beiden sicherlich nicht wohl dabei. Eine stärkere Macht, eine Macht, vor der ich die Reichsbank oft genug gewarnt hatte, der Goldhamsterer diktierte jetzt die Marschrichtung in der Währungspolitik. *Havenstein* hoffte noch durch Appell an den Patriotismus die Goldhamsterer zu veranlassen, den durch sie unterbrochenen Kreislauf des Geldes wieder zu schließen. Er hätte ebenso gut den Fischen predigen, sich an die Steine wenden können. Die Goldhamsterer hatten *Helfferrich* am Kragen, denselben *Helfferrich*, der den furiosen „*Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung*“ gegründet hatte. Jetzt erwürgte der Schützling den Schützer. Und es geschah ihm recht dabei, denn man soll keinen Verein gründen mit solch widersinnigem Namen und unmöglichem Zweck. Die Hindu, die die Brillenschlangen in den Schutz der Götter gestellt haben, gehen jährlich zu Tausenden an den Bissen der Brillenschlangen zugrunde. Das Gold offenbarte jetzt durch sein Verhalten, daß *Helfferrich* die Giftigkeit seines Schützlings nicht erkannt hatte. Die Goldwährung hatte in Deutschland den Kapitalismus gefördert, also verdiente sie auch den Schutz *Helfferrichs*. Aber die Goldhamsterer zwangen nun *Helfferrich*, sich gegen den eigenen Schützling zu wenden. *Helfferrich* ging zu den Feinden der Goldwährung, zum Papiergeld über. Er hätte nun hier vieles erreichen können, was mit der Goldwährung unmöglich war. Aber wer die Dynamik der Goldwährung nicht begriffen hat, wird auch die des Papiergeldes nicht verstehen. *Helfferrich* schob nicht, er wurde geschoben. Er pfuschte. Niemand im Deutschen Reich hätte eine leichtfertigeren, kinderischen Währungspolitik treiben können, als die, die *Helfferrich* mit dem Papiergeld betrieb. Vielleicht hat er das, um seinem entthronten Schützling die Rückkehr auf den Währungsthron zu erleichtern. Kein besseres Mittel gibt es, um dem Volke die Vorzüge der Goldwährung zu offenbaren, als die Papiergeldpfuscherei, wie sie *Helfferrich* betrieb. Namentlich wenn man es versteht, die Kritiker mundtot zu machen und sich so an der Notwendigkeit herumzudrücken, die getroffenen Maßnahmen theoretisch verantworten zu müssen. Den einzigen Kritiker, der einzige, der nicht dem deutschen Reichsgeldmarschall zujubelte, der *Physiokrat*, ließ

Helfferrich gleich durch die Militärzensur abmurxen. Und in der langen Zeit seit Kriegsausbruch haben sich weder *Helfferrich* noch die Reichsbank in irgendwelche währungspolitische Polemik und theoretische Erörterungen hereinziehen lassen. Die theoretischen Richtlinien, nach denen *Helfferrich* arbeitete, hat er niemals bekanntgegeben. Übrigens war das deutsche Volk so vorzüglich diszipliniert, d. h. dressiert, daß es für die Führung des wichtigsten Amtes des Reiches keine theoretische Verantwortung forderte. Die Presse auf alle Fälle hat sie nicht gefordert. Übrigens tat *Helfferrich* wohl daran, sich nicht auf ein Gebiet zu wagen, wo er offenbar nicht zu Hause war. Er kannte nur die Goldwährungstheorie, die ein Ausfluß der Wertlehre ist, in der der Streit der Meinungen durch ein Dutzend Theorien vertreten wird, von denen die jüngste, die von *Fr. Gottl*, den „Wert“ als Singularobjekt leugnet!

Die Rolle, die in dieser Angelegenheit die deutsche Presse gespielt hat, bedarf noch der Aufklärung. Sie, die Presse, wird beschuldigt, daß sie durch die Unterdrückung jeder kritischen Äußerung sehr wesentlichen Anteil hat an der Papiergeldwirtschaft. Man macht die deutsche Presse mitverantwortlich für die an den Spargeldern geübte Prellerei, für die subreptizelle Beschwindelung der Mündel. Entweder hatten die die Presse beherrschenden Kreise von vornherein dafür gesorgt, daß nur währungspolitische Analphabeten als Redakteure angestellt wurden, oder aber diese Redakteure hatten wider bessere Erkenntnis einfach zu parieren. Dieses Parieren war ja dem deutschen Volk von Kindheit an eingedroschen worden. Anderswo kommandiert der Räuber „Hände hoch“. In Deutschland hieß es einfach „Stillgestanden, parieren“ und da konnten beim Volk durch die Notenpresse die Taschen geleert werden. Wie dem nun auch sei, so dürfte nun hier die Frage am Platze sein, wer denn nun eigentlich der deutschen Presse in dieser ausschlaggebenden Angelegenheit die Befehle erteilt.

In Frankreich erschien nicht lange vor dem Krieg ein kleines Buch von *Delaisi*, das den Einfluß der Presse über die Börsenkurse behandelte. In diesem Buche wurde auch gezeigt, wie die Finanziere entscheidend in die Politik eingreifen, und dieser sensationellen politischen Enthüllungen wegen und um den Anschein zu erwecken, daß es solche Dinge in Deutschland noch nicht gebe, wurde das Buch in Deutschland offiziell verbreitet. *Delaisi* sagte hier, daß die großen Banken den für Handels- und Börsennachrichten reservierten Teil der Zeitungen, also auch den Teil, wo die Währungsfrage behandelt werden mußte, sämtlich gepachtet haben. Manche dieser Zeitungen konnten nur wegen dieser Pachtgelder finanziell bestehen. Wenn aber die Banken so viel Geld für diese Praxis übrig haben, so muß sich diese doch wohl lohnen, denn aus Patriotismus geschah das sicherlich nicht. Und wenn diese Praxis, die alle Handels- und Börsennachrichten unter die Zensur der Bank- und Börsenleiter brachte, sich in Frankreich bewährte, so sieht man nicht

ein, warum dasselbe System sich nicht auch in Deutschland bewähren würde. Und wenn es sich bewährt, nun dann wird es auch in irgendeiner Weise geübt werden. Es sind doch gewiß nicht literarische, kulturelle Ziele, die *Stinnes* und die, die hinter ihm stehen, mit dem Ankauf von 3 Dutzend Zeitungen und einem Gros Redakteure verfolgten? Und wenn wir weiter forschen und fragen, wer sind die Maßgebenden, die *Havenstein* und *Helfferich* an die Spitze der Reichsbank gestellt hatten, sind es nicht letzten Endes diejenigen, an die die Regierung, weil sie selber kein Urteil hat, sich zu wenden pflegt, wenn sie „sachverständigen Rat“ in Währungsfragen einholen muß, die Bankiers, die Bankiers und immer wieder die Bankiers? Und wenn auf diese Weise die Verbindung hergestellt ist zwischen den Bankherren, der Presse, der öffentlichen Meinung, der Reichsbankleitung und der Währungspolitik, so wissen wir jetzt auch, warum in all den Jahren seit Kriegsausbruch und all den Jahrzehnten vor Kriegsausbruch die Währungsfrage in der deutschen Presse nicht erörtert werden durfte und auch nicht erörtert wurde, warum es möglich war, daß die sozialistische Presse bis in die allerjüngste Zeit die Währungsfrage als eine interne Angelegenheit der Kapitalisten bezeichnete, die das deutsche Volk weiter nicht interessieren könne. Die Zeitungen, die *Stinnes* direkt gekauft und bar bezahlt hat, sind nicht die einzigen, die seinem Einfluß unterliegen. Wie weit dieser Einfluß geht, erkennt man am besten an der Stellungnahme der Presse zur Politik der Reichsbank. Niemand ist in Deutschland so unerfahren, um nicht den Sinn der Bankgeschäfte, die *Stinnes* mit der Reichsbank machte, durchschauen zu können. Was jeder Schieber begriff, das haben die 100 *Stinnes*redakteure doch gewiß auch begriffen. Jeder wußte, daß die Reichsbank aufs schmachlichste durch die Leute bestohlen und betrogen wurde, die ihre Wechsel der Reichsbank zum Diskont vorlegten. Man wird uns doch nicht weis machen, daß in Hamburg kein einziger Kaufmann den Schwindel durchschaut hätte. Alle die Tausende von deutschen Kaufleuten, die mit Südamerika, mit Italien, Indien, China, England, Spanien, Abessinien Handel trieben, mit den Ländern also, die die Goldwährung nicht hatten, die ihre Waren gegen Silber oder Papiergeld verkauften, die wußten doch, was eine Devisen war, was Agio war, wie man in der damit verknüpften Agiotage sich aktiv und passiv zu benehmen hat! Und wenn sie Bescheid wußten, dann wird unter den Tausenden wohl auch ein einziger ehrlich genug gewesen sein, um zum Schutz der Sparkassengelder, der Mündelgelder, der Steuer- und Staatsgelder zur Feder zu greifen und das zu tun, was er im eigenen Interesse sicherlich getan hätte. Es hätte dem Redakteur als „langjähriger“ Abonnent mit dem Streik, vielleicht auch mit dem Staatsanwalt gedroht. Nach Paragraph 139 und 904 des Strafgesetzbuches war er als Staatsbürger dazu verpflichtet.

Und so fragt man sich immer wieder, wie es kommt, daß die deutsche Presse, wie auch die Presse des Auslandes eine Diskussion der Währungsfrage auf breiter

Grundlage nicht aufkommen läßt, daß wenn einmal ein unvorsichtiger Redakteur die Währungsfrage anschneidet, die Diskussion nach kurzer Frist wieder plötzlich abgebrochen wird. Ich erinnere hier daran, daß vor einiger Zeit in den Blättern des öfteren das Wort Indexwährung gebraucht wurde, daß im „Vorwärts“ sogar ein Artikel mit der Überschrift „Aktive Währungspolitik“ erschien. Anlaß zur Fortführung einer solchen Diskussion war doch genug da und das öffentliche Interesse auch. *Warum, warum brach nun die Besprechung weit vom Ziel ab?* Wie kommt es übrigens auch, daß die Bestrebungen des *Freiwirtschaftsbundes* von der großen Presse niemals erwähnt werden, aber wenn es geschieht, daß beim Volk ein schiefes, zumeist aber falsches Bild dieser Bestrebungen gegeben wird, und zwar heute, wo das Volk vollkommen ratlos ist und die Regierung nichts Besseres zu tun weiß, als sich rückwärts zu orientieren, wie es alle die zu tun pflegen, denen der Ausblick nach vorn durch uralte Besessenheiten versperrt ist. Noch in der „*Deutschen Tageszeitung*“ vom 7. Dezember werden die Forderungen des *Freiwirtschaftsbundes* mit der Behauptung erläutert: „*Die Preise sollen durch eine große Abrechnungsstelle zentral geregelt werden.*“ So schafft sich durch Fälschung die „*Deutsche Tageszeitung*“ selber den Boden, um die *Freiwirtschaftler* als Phantasten kennzeichnen zu können. Dazu hat die „*Deutsche Tageszeitung*“, um sich um die Währungsfrage herumzudrücken und um dennoch dem *Freiwirtschaftsbund* etwas anzuhaben, ihren mit „*Der Freiwirtschaftsbund*“ überschriebenen Artikel mit der Bemerkung abgeschlossen: „*Propagiert sind die Gedanken anfänglich durch Gustav Simons, dem Erfinder des Simonsbrotes und nach dessen Tode in sehr rühriger Weise durch Dr. Hunkel, Sontra Donnershag, einen früheren Redakteur des Ostmarkvereins, der daneben noch gleichzeitig für Wiederbelebung altgermanischer Kultformen, für Nacktkultur und Ehereform (Vielweiberei) und Menschenzüchtung (Körperkommissionen) für Menschen eintritt.*“

Die deutsche Presse unterrichtet täglich das Volk über Ereignisse auf dem Erdball, auf die wir nicht den geringsten Einfluß haben und die uns auch in der Regel gar nicht berühren. Über lebenswichtige Fragen aber, von deren schneller und richtiger Lösung das Schicksal des Volkes abhängt, darüber berichtet sie in der eben bezeichneten Weise – – – wenn sie überhaupt berichtet.

Auf diese Weise sucht man das Volk wieder für die Rückkehr zur Goldwährung zu gewinnen, an der nichts währt als die ewig wiederholte Bauernfängerei. Zum Glück ist aber dafür gesorgt, daß es beim Versuch sein Bewenden haben wird, daß der deutschen Presse zum Trotz die Währungsfrage zur Sprache kommen und ihrer endgültigen Lösung zugeführt werden wird.

De Profundis!

Auf dem Wege zum Schacht reichte mir der Postbeamte einen Brief. Ich kannte die Handschrift und steckte den Brief in die Tasche. Er kam aus noch viel größeren Tiefen, als die waren, wohin ich mich begab. Eiliges war sicher nicht im Briefe.

Ich arbeitete hart. Mir war's als ob ich den Briefschreiber, der da tief unten an mich dachte, befreien, an die Sonne bringen müßte. Welch köstliche Gabe müßte es für den alten Mann sein, noch einmal, ein einziges Mal vor seinem Tode die liebe Sonne zu sehen. So dachte ich inmitten des von mir aufgewirbelten Kohlenstaubes. Aber ich wußte, daß es nutzlos war. Ihn decken Berge von Theologitschichten, dem härtesten aller Gesteine. Ob „Der neue Kurs“, den ich ihm schickte, am Ende doch die Klosterzensur passierte? In der Frühstückspause nahm ich den Brief vor:

„Ich habe Deine Zeitung gelesen. Was da über den Bürgerkrieg geschrieben steht, hat mir gut gefallen. Der Bürgerkrieg ist das Elend des Elendes. Hier ist ja alles Verlust. Was mir weiter gefiel, weil ich ebenso denke, ist der Artikel „Zur Politik Gesells“ von cand. theol. Fritz Tresser. O, dieser Gesell sollte nicht so gegen das preußische Heer schreiben und nicht gegen den Klassenstaat (das gehört wohl alles zusammen?). Das gibt ja böse Stiche ins Herz. Wie dieser junge Theologe schreibt, ich glaube, „Der neue Kurs“ verliert viele Freunde und Einfluß; er verletzt. Die ganze Welt weiß, daß das preußische Heer das tüchtigste der ganzen Welt war, und was den Klassenstaat anbetrifft – so ist das ganz in der Ordnung. Gottes Schöpfung ist ja nur ein großer Klassenstaat. Die kleinste Republik wie die unsrige z. B. ist ein Klassenstaat. Wenn ein Schuster oder ein Fleischer noch so viel Geld hätte, seine Tochter könnten wir niemals zusammen mit unseren Schülerinnen erziehen, ob da ein Kaiser oder ein Präsident an der Spitze steht: Klassenstaat ist und wird es immer bleiben. Es ist Gottes Gepräge und wird es immer bleiben und alle Autorität kommt von Gott.“

„Lasset die Kindlein zu mir kommen! Doch mit Ausnahme der Schuster- und Fleischerkinder!“ So heißt es in dieser Klosterschule. Wie glücklich sind doch die Schuster- und Fleischerkinder, daß der Geist der Finsternis sie von sich stößt. Wie klug es doch von den Kapitalisten gedacht ist, daß sie den Einfluß so vieler sinniger Mönche, die der Ekel vor dem Klassenstaat, vor der kapitalistischen Unzucht ins Kloster flüchten ließ, nun dazu benutzen, denselben Klassenstaat als die göttliche Ordnung in weiten Kreisen zur Anerkennung zu bringen und so den Klassenstaat gegen die Empörer zu schützen.

Adam

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Die Rentenmark, die Goldnoten und ihre Zukunft

I. Papier ist das beste. Gold das denkbar schlechteste Material, was zur Herstellung von Geld gebraucht werden kann. Da die Rentenmark (sowie die kommende Goldnote) aus diesem besten Material gemacht wird, so ist die erste und wichtigste Voraussetzung für die glückliche Lösung der Währungsfrage erfüllt.

II. Die „Deckung“ des Geldes liegt immer nur in seiner Funktion als Tauschmittel. Jede andere stoffliche Deckung ist überflüssig und zudem auch schädlich, da sie etwas wie automatische Wirkung vortäuscht, was doch nur durch eine Verwaltungsmaßnahme erreicht werden kann. Niemals wird der Rentenmark darum etwas passieren, weil man die Hypothekendeckung für unsicher hält.

III. Die „Sicherheit“ des Geldes und der Währung liegt unter allen denkbaren Umständen absolut in der Qualität der Beamten, denen das Geldwesen anvertraut ist. Eine stoffliche Sicherheit, ein Pfand, das man in die Hand nehmen kann, wird man für das Geld nie finden und schaffen können. Die stoffliche Deckung durch Goldreserven usw. wird in entscheidenden Fällen ganz regelmäßig durch Sperrgesetze dem Geldinhaber entzogen. Die in Zahlungsverträgen (Hypotheken, Wechseln, Schuldscheinen) angelegten hundertmal größeren Geldbeträge kennen ebenfalls keine andere Sicherheit und Deckung als die Funktion des Geldes und die Qualität der Beamten. Makulatur kann jederzeit durch Gesetz zum gesetzlichen Zahlungsmittel für alle auf Geld lautenden Zahlungsverträge gemacht werden und ist auch bei uns zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht worden.

IV. Auch für die Rentenbank gilt dieser Satz.

V. Unterstehen die Männer, denen das Geldwesen zur Verwaltung anvertraut wird, dem Finanzminister (der in der Regel nichts von Währungsfragen versteht) und hat die Währung keinen Rückhalt in der Presse, in den politischen Organisationen, in der Reichswehr, in den Gewerkschaften, weil auch diese nichts von Währungsfragen verstehen, so geschieht mit der Währung immer das, was dem Finanzminister am bequemsten erscheint, um sich Geld zu verschaffen. Sein erster Griff geht in die Golddeckung der Noten; sein zweiter ist der Griff auf den Hebel der Notenpresse, ist dann unter den Männern, die die Notenpresse bedienen, niemand, der dem Finanzminister an die Gurgel springt, so geht die Währung in die Brüche, Golddeckung erweist sich immer als Goldflitter.

VI. Hat heute der Finanzminister die nötige Macht, um die für die Reparationen und für die Balancierung des Etats erforderlichen Steuern zu erheben, dann sind die äußeren Bedingungen für die Stabilisierung der Mark erfüllt. Die materiellen Mittel zur Stabilisierung liefert das Geldmonopol stets und unter allen Umständen

in ausreichender Menge, so daß Kredit, Gold, Anleihen für die Stabilisierung überflüssig sind, sofern man es nur versteht, alle Hilfsmittel des Notenmonopols heranzuziehen. Aus solchen materiellen Gründen dürfte der Versuch mit der Rentenmark nicht mißlingen.

Wie sind nun die Aussichten unserer Rentenmark im Hinblick auf die hier oben genannten Voraussetzungen der Stabilisierung zu bewerten?

Wie steht's mit der Reparation? Werden unsere Ermächtigten die Macht haben und die Energie aufbringen, sich selbst in solcher Höhe zu besteuern, daß die Reparationen regelmäßig bezahlt werden können? Von der Antwort auf diese Frage hängt alles ab. Sind die Kreise, die unsere Ermächtigten stützen, nun endlich so weit, um zu erkennen, daß es keine Revision geben wird, daß Deutschland ganz auf die eigene Kraft angewiesen ist und daß hier nichts anderes helfen kann als eine scharfe Sachwertsteuer? Wenn ja, dann steht die Reparation der Balancierung des Haushalts und damit auch der Stabilisierung der Währung nicht mehr im Wege. Wer daran aber zweifelt, der handelt folgerichtig, wenn er die Rentenmark skeptisch betrachtet.

Die Balancierung des Haushalts setzt natürlich voraus, daß die erschlossenen Steuerquellen auch dauernd fließen. Würde die heutige große Arbeitslosigkeit sich auf längere Zeit erstrecken, dann würde die Zeit kommen, wo der Staat die Steuereinnahmen für die Erwerbslosenunterstützung aufbrauchen müßte. Dann natürlich würde wieder die Not-Notenpresse des Reiches, der Staaten und der Gemeinden in Betrieb gesetzt werden und dann wäre es wieder aus mit der Stabilisierung der Mark. England, das der Goldwährung nun schon drei Jahre nachläuft, ohne sie zu erreichen, hat bis 2 000 000 Arbeitslose unterstützen müssen. Amerika hat es auf der Jagd nach der Goldwährung, weil es mit reichen Mitteln energischer vorgehen konnte, auf 5 000 000 Arbeitslose gebracht. Wir könnten uns selbstverständlich solchen Luxus nicht erlauben. Weil aber die Rentenmark als Übergang zur Goldwährung bezeichnet wird, so müssen wir auch mit den „Nebenerscheinungen“ der Goldwährung, mit der sogenannten Gesundungskrise, rechnen, die uns jedoch, statt zur Gesundung zu verhelfen, wahrscheinlich tötlich schlagen wird.

Wer also nicht daran glaubt, daß das deutsche Volk vom Goldwahn zu befreien ist, der handelt folgerichtig, wenn er mit der Rentenmark nicht zu vertrauensselig arbeitet und wenn er gespartes Geld nur in ganz kurzfristigen Darlehen ausgibt, damit er jederzeit anders über sein Geld verfügen kann.

Deutschlands Wirtschaft steht und fällt mit der Weltwirtschaft. Und mit der endgültigen Aufnahme der Reparationszahlungen wird Deutschland noch viel mehr als bisher auf Welthandel angewiesen sein. Das setzt wieder voraus, daß die Völker ringsum wieder zu Wohlstand gelangen, daß wir in Deutschland alles unternehmen, was den Wohlstand der Nachbarn heben kann, denn nur wohlhabende,

reiche Völker können unsere hochwertigen Industrieprodukte in der Menge und Qualität aufnehmen, die für den Vollbetrieb nötig ist. Auch kann nur der Vollbetrieb der Wirtschaft es verhindern, daß unsere besten Arbeiter das Land *Bismarcks*, der Niederlage und der kurzsichtigen Politik verlassen und im Ausland Konkurrenzunternehmungen gründen. Fehlt dem deutschen Volk die Einsicht in diese Dinge, versucht die demokratische Souveränität den Proletariern die Kriegslasten aufzubürden, dann setzt die Auswanderung ein und dann ist es aus mit dem Vollbetrieb, wie er für die Tragung der Reparationslasten nötig ist, und damit wird wieder der Boden untergraben, auf dem die Mark stabilisiert werden kann. Wenn das deutsche Volk sich geistig so weit von den Kriegsgreueln erholt hat, daß es sich freuen kann, wenn ringsherum die Völker in Wohlstand und Reichtum sich erholen, zu einer Zeit, wo wir hier noch selbst fluchend die Reparationen bezahlen müssen, dann werden auch die geistigen Voraussetzungen für die Stabilisierung gegeben sein. Solange aber noch der nationalistische Wahn frohlockend vom Frankensturz, von den polnischen Unruhen, von der englischen Arbeitslosigkeit, von den Schwierigkeiten der Sowjetregierung berichtet, tut jeder gut, der Rentenmark und den kommenden Goldnoten nur so weit zu trauen, als er die Entwicklung übersehen kann. Die Stabilisierung ist nicht nur ein Welthandels-, sondern auch ein Weltfriedensproblem.

Überhaupt aber, was nennt man heute in Deutschland Stabilisierung der Mark? Der Dollarkurs zwar ist seit schon zwei Monaten fest auf einem Punkt. Aber was hat uns diese Art der Stabilisierung bisher gebracht? Finanzminister *Luther* sprach von märchenhaften Zuständen. Er hat Recht, wenn als Vergleichspunkt die Billionenzeit herangezogen wird. Aber an sich betrachtet, sind die heutigen Zustände nichts weniger als glückverheißend. Die Stabilisierung des Dollars hat uns die Deflation gebracht, und ist schon die Inflation ein Verbrechen, so ist die Deflation direkt Wahnsinn, denn sie ist es, die uns in dieser Zeit der äußersten Not die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit gebracht hat. Die Stabilität des Dollarkurses bedeutet die Instabilität des Indexes, der Preise, bedeutet die Übertragung der amerikanischen Tollhauswirtschaft auf die deutsche Wirtschaft, bedeutet die Unterwerfung des deutschen Volkes unter die Herrscher der Newyorker Börse. Die amerikanische Wirtschaft vermag die Last dieser Räuberherrschaft zu tragen. Die deutsche, mit den Reparationen belastete Wirtschaft wird unter dieser doppelten Last zusammenbrechen. Nirgends in der Welt sind die politischen Voraussetzungen für eine dem Volke dienende Währungspolitik so schwach fundiert, wie im Lande der Dollarwährung. Nirgends ist die Macht des Geldes so groß, so brutal, so verbrecherisch wie in Amerika. Nirgends hat der Index so tolle Sprünge gemacht wie im Lande des Dollars. Ich erinnere nur an die Morgankrise von 1907. Und die gleichen Räuber, die damals das amerikanische Volk rücksichtslos abschlachteten, wie man

ein Schwein abschlachtet, – sie sind noch heute am Ruder der amerikanischen Währungspolitik und damit auch die Herren über das Schicksal des Dollars. Und dem Produkt dieser Währungspolitik, dem Dollar, dem jagt nun *Hjalmar Schacht* nach! Und wenn es ihm gelingt, die deutsche Währung auf diese Dollarschaukel zu setzen, dann glaubt er, es sei ihm auch gelungen, die deutsche Währung zu „stabilisieren!“ *Hjalmar Schacht* war kein deutscher Beamter. Er war auch nicht in der Politik hervorgetreten. An der theoretischen Klärung der Währungsfrage hat er sich niemals beteiligt. Er war nur Bankbeamter und kam als solcher niemals in direkte Berührung mit der Währungsfrage. Und wenn er nun über Nacht zum Währungsdiktator des Deutschen Reiches ernannt wurde, so muß angenommen werden, daß ihn einflußreiche Männer vorgeschoben haben. In welchem Lande sind diese Männer? Da *Hjalmar Schacht* sich voll für die Goldwährung einsetzt, ohne diese Stellungnahme irgendwie zu begründen, so ist die hier gestellte Frage nicht schwer zu beantworten. Die Goldwährungsinteressenten haben *Hjalmar Schacht* vorgeschoben, und an der Goldwährung haben nur diejenigen ein Interesse, die die Währung der Oberaufsicht des Staates, des Volkes, der Gesetzgebung entziehen wollen, um dann als Alleinherrscher auf diesem Gebiete das Volk ausbeuten und beherrschen zu können. Wenn es nicht so ist, so möge *Hjalmar Schacht* dem deutschen Volk die Geschichte seiner Ernennung bekanntgeben und bei der Gelegenheit uns sagen, was er an der Goldwährung und besonders am Dollar so Vortreffliches entdeckt hat, daß er dieser Wucher- und Spitzbubenwährung nachläuft.

Unter der Herrschaft der Dollarwährung wurde in Amerika der Index während des Krieges von 100 auf über 200 getrieben. Soll nun, wenn wir die deutsche Währung mit dem Dollar verkuppeln, der Index in Deutschland ebenfalls von 100 auf 200 von den Börsenmagnaten getrieben werden können? *Schacht* soll hierauf antworten. Nach Beendigung des Krieges und unter der Herrschaft des Dollars wurde der Index in Amerika von 200 auf 140 gesenkt, mit der von solchem Börsenstreich zu erwartenden Nebenwirkung, daß 5 Millionen Menschen ein Jahr ohne Arbeit waren. Sollen wir in Deutschland nun ebenfalls zum Spielball der Newyorker Börsenräuber gemacht werden? Auch hierauf soll uns *Schacht* klipp und klar antworten.

Nachdem der Index von 200 auf 140 gesenkt worden war, ist seit einem Jahr die umgekehrte Börsenpolitik betrieben worden mit dem Erfolg, daß der Index jetzt wieder auf 160 steht und daß niemand, mit Ausnahme der Börsenfürsten, jetzt weiß, wie demnächst der Index stehen wird, was so viel heißt, daß in Amerika, dem Lande des Dollars (dem *Schacht* nachläuft) mit Ausnahme der Börsenfürsten niemand, kein Kaufmann, kein Unternehmer disponieren kann. *Hjalmar Schacht* hat die Frage zu beantworten, ob wir in Deutschland auch nicht wissen dürfen, wie morgen und übermorgen die Kurse und die Preise stehen werden, ob auch hier mit Ausnahme der Börsenagenten *Morgans* niemand wird disponieren können.

Paul Warburg (früheres Mitglied des Federal Reserve Board der Ver. St.) sagt im November-Heft des Manchester Guardian Commercial 1922 S. 666, die Banken hätten in New York 1 500 000 000 Golddollar frei für die Deckung neuer Noten. Was nach dem Dritteldeckungsverfahren den Banken ermöglicht, dem Verkehr jederzeit 4 500 000 000 Dollar in neuen Banknoten zuzuführen. Irgendwelche gesetzliche Einschränkung besteht nicht. Nur die Raubgier *Morgans* und seiner Kumpane bestimmt über den Zeitpunkt, wo diese 4,5 Milliarden Dollar losgelassen und wann sie nach Eintritt der entsprechenden Hochkonjunktur wieder zurückgezogen werden. *Hjalmar Schacht* sind diese unheimlichen Verhältnisse sicherlich bekannt. Wir erwarten also von ihm die Angabe der Mittel, die er anzuwenden gedenkt, um solche Inflationswelle von den deutschen Märkten abzuwenden, ohne die von ihm erstrebte Verkuppelung der Mark mit dem Dollar wieder zerreißen zu müssen.

Solange wir das alles nicht wissen, so lange *Hjalmar Schacht* über diese primären Währungsfragen sich ausschweigt, können wir den Lesern des „Entscheidungskampf“ nur empfehlen, bei allen privatwirtschaftlichen Angelegenheiten der Rentenmark sowie der kommenden Goldnote nur kurzfristigen Kredit zu geben.

Wahlkomödie.

Mit welchem Eifer beteiligte man sich an den letzten Reichstagswahlen! Wie viel Geld gaben die Parteien aus! Wie wichtig erschien die Sache dem Volke! Wie oft fragte sich Meyer, ob er wohl auch den „Richtigen“ wählen würde! Und nun liefert das Ermächtigungsgesetz den bündigen Beweis dafür, daß das Parlament versagt, ja daß es in lebenswichtigen Fragen notwendigerweise versagen muß, daß es nur für Nebensächlichkeiten arbeitsfähig ist.

Nur wenige waren es, die es nicht für der Muhe wert hielten, den Stimmzettel abzugeben, weil sie die Grenzen parlamentarischer Macht erkannt hatten. Sie wußten, daß man sich im Parlament tagelang über Kulturfragen, Bierfragen, auswärtige Politik, Kegelklubpolitik unterhalten kann, daß das Parlament aber versagt, wenn Grundsätzliches, wenn Weltanschauungen, wenn *Mein* und *Dein* zur Verhandlung steht. Noch niemals und in keinem Parlament der Welt hat man grundsätzliche Fragen parlamentarisch behandeln, parlamentarisch entscheiden können, Und wenn es wirklich einmal so weit käme, dann würden alle Parlamentsmitglieder den Saal verlassen, um draußen Barrikaden zu errichten und besser kämpfen zu können.

In grundsätzlichen Kulturfragen, wenn *Mein* und *Dein* auf dem Spiele steht, kapituliert niemand vor der Wahlurne. An solchen Tagen sind die Stimmzettel einfache Papierfetzen, und alle Parlamentarier verwandeln sich in Demagogen. Und als letzte Zuflucht, wenn gegen alle Erwartungen das Parlament doch noch etwas zustande bringen könnte, etwas Gefährliches, nun, dann wird mit der *suprema ratio regis*, die auch die des Republikaners ist, gearbeitet, dann wird ein Krieg mit dem Nachbar vom Zaune gebrochen, und wenn dieser durchaus nicht anbeißen will, dann hilft ein Bürgerkrieg aus der Verlegenheit. Lieber ein Dutzend Bürgerkriege, lieber noch einen Weltkrieg, als etwas Grundsätzliches über *Mein* und *Dein* parlamentarisch die gesetzlichen Instanzen durchlaufen zu lassen. Die Wunden, die der Weltkrieg geschlagen, vernarben, die Reparationen, hm, auch mit diesen glaubt man auf besondere Art fertig zu werden. Aber das Grundsätzliche stürzt von Grund auf das Alte und Morsche und wirkt für ewige Zeiten. Hier lohnt es, Widerstand bis zum Äußersten, bis zum Weißbluten zu leisten.

Wie kommt denn schließlich solches Parlament zustande? Sind die Wahlen nicht Produkt der öffentlichen Meinung, ein Fabrikat der Presse, wie Preßhefe, Preßtorf, Preßziegel! Und ist solche Presse nicht mit Geld in jedem beliebigen Umfang herzustellen und mit Geld für alle Kreise schmackhaft zu machen? Wessen Presse ich lese, dessen Meinung teile ich notwendigerweise mit der Zeit. Denn in dieser Presse wird mir aus den Strömen täglicher Ereignisse nur das geboten, was meine Meinung in eine bestimmte, die gewünschte Richtung zwingen muß. In dieser Presse wird alles systematisch unterschlagen, was diese so gefälschte Meinung berichtigen könnte. Und warum lese ich diese Presse? Weil sie aus allen anderen ungefährlichen Gebieten wunderbar neutral ist, weil sie billig und trotzdem reichhaltig wie keine andere Zeitung ist, weil die, die sie mir so billig verkaufen, Geld, viel Geld sogar zusetzen. Warum aber geben diese Leute so viel Geld her zu diesem schlechten Geschäft? Weil sie auf meinen Wahlzettel spekulieren, mit dessen Hilfe sie die Geldauslagen millionenfach zurückgewinnen werden, dadurch, daß der Stimmzettel ihnen ermöglicht, das Grundsätzliche, das Grundstürzende immer wieder hinauszuschieben. Bei dem aber, der so die öffentliche Meinung und damit auch die Wahlen und schließlich das Parlament macht

(er braucht dieses durchaus nicht etwa zu kaufen), nun bei dem versiegen die Geldquellen niemals, dem liefert der Apparat die Mittel zur Fortführung des Betriebes in nie versiegendem Strom. Ähnlich wie die Börse und die Goldwährung ihren Nutznießern immer die Mittel liefert, diese Einrichtungen mit allen Rüstzeugen der Wissenschaft zu verteidigen.

All das hier gesagte ist schon tausendmal und tausendmal besser gesagt worden. Aber es haftet nicht; es muß immer wiederholt werden. Die Neugeborenen wissen nichts und die Alten, die etwas Erfahrung gesammelt haben, die sterben weg, oder aber, wenn sie lange leben, dann vergessen sie alles wieder.

In der „Welt am Montag“ klagt H. von Gerlach, daß das Feldgeschrei: „Der Parlamentarismus habe abgewirtschaftet“ schon fast zum geflügelten Wort geworden sei. Er sagt: „Kluge“ Leute sprechen es schon vor und die Dummen schwätzen es nach. Fragt man aber die „Klugen“, was sie denn an die Stelle des „abgewirtschafteten“ Parlaments setzen wollen, dann möchte man aus ihren Antworten fast schließen, daß man es auch bei ihnen nur mit Dummen zu tun hat. So konfus sind die Antworten. Ich wenigstens habe noch nie einen klaren Bescheid erhalten, was denn an die Stelle der „veralteten“ Parlamente zu treten habe“.

Ich glaube, Herr von Gerlach wäre weniger unbefriedigt von den ihm zuteil gewordenen Antworten geblieben, wenn er vor der Fragestellung die Lage etwas geklärt hätte. Er hätte etwa folgendes vorausschicken müssen:

Wir leben in einem uralten Klassenstaat. In diesem Klassenstaat sind von jeher alle öffentlichen Angelegenheiten ausschließlich vom Gesichtswinkel des staatlichen Schutzes aller uralten und verbrieften Vorrechte behandelt und entschieden worden. Alle staatlichen Einrichtungen, in erster Linie die Staatskirche, die Staatsschule und die Staatsjustiz sind für den Schutz dieser Vorrechte geschaffen worden. Auch die Verfassung ist ein Produkt dieser Schutzbedürftigkeit.

Nun verlangt das vorwärtsstürmende Leben die Beseitigung dieser Vorrechte, und man erwartet vom Parlament, das die Vorrechte zu schützen hat, daß es selbst das Feuer an die Lunte legt. Glaubt ihr, so hätte hier Gerlach fragen sollen, daß das möglich ist? Ihr

schüttelt mit dem Kopf und bekennt euch damit zum Antiparlamentarismus. Nun denn, was wollt ihr an die Stelle des Parlaments setzen?

Auf eine so vorbereitete Frage hätte v. Gerlach sicher nicht so viele dumme Antworten erhalten, wie sie ihm gegeben wurden. Denn hier ist die Sachlage geklärt. *Für den Parlamentarismus müssen vorerst die sozialen Grundlagen geschaffen werden.* Dann, wenn alle Vorrechte weggefeigt sind, wenn dem Kapital die Giftzähne ausgebrochen sind, wenn das gleiche und unveräußerliche Recht auf dem Erdboden anerkannt und Wirklichkeit geworden ist, wenn niemand mehr, ohne zu arbeiten, essen kann, wenn es kein anderes Einkommen mehr geben wird als Einkommen aus eigener Arbeit, dann, dann erst wird die Zeit reif für ein Parlament, wenn auch dann das Parlament für die Zeit überreif sein wird. Denn in einem Staate, wo es keine Vorrechte mehr zu verteidigen gibt, da schwindet auch das Interesse am Staate dahin wie Frühlingsschnee an der Sonne. Ich möchte dann den Menschen sehen, der sich noch so weit für das Seelenheil meiner Kinder interessieren wird, daß er bares Geld für eine Staatskirche hergibt. Und auch den Bauer möchte ich sehen, der dann, wenn er nichts mehr zu fürchten hat, weil er nichts hat, was andere durch Arbeit sich nicht ebenfalls verschaffen können, nun Geld, sein Geld dafür ausgibt, daß meine Kinder zwangsweise in die von ihm geleitete Schule geschickt werden!! Laßt doch alle nach ihrer Fassung selig werden! So würde er, so wurden alle sagen. Und mit ungefähr allen anderen *Staatseinrichtungen* würde es ebenso gehen. Der Staat würde abgebaut werden, weil niemand sich noch für das Ding interessieren würde. Sicherlich mußte dann der Parlamentarismus durch Wahlzwang aufrechterhalten werden. Aber auch das wurde nicht gehen, denn niemand würde einen solchen Zwang ausüben und bezahlen wollen.

Die Lage ist also ganz klar: der Parlamentarismus will Dinge schützen, die das Parlament zerstören soll. Der Staat ist der Apparat, der zum Schutze des zu Stürzenden geschaffen, erfunden wurde. Wollen wir aus diesen idiotischen Zuständen heraus, so müssen auf kürzestem Wege die sozialen Grundlagen für den Parlamentarismus erst geschaffen werden, *der dann überflüssig sein wird.*

Gesell gegen Helfferich

In der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 14. 2. 24 antwortet *Helfferich* auf die Vorwürfe, daß er der Urheber der in ihren Nachwirkungen so verderblichen deutschen Inflation sei. Wir bringen nachfolgend die Erklärung Helfferichs und gleichzeitig eine Antwort Gesells.

Helfferich schreibt:

Wenn mir in Deutschland meine parteipolitischen Gegner zur Entlastung eigener Verantwortung diese falsche Anschuldigung entgegenschleudern, trotz aller Widerlegung, die diese Anschuldigung erfahren hat, dann drehe ich mich nicht danach um. Wenn mir aber die Beschuldigung in einem von mir wegen seiner Objektivität geschätzten neutralen Blatte entgegentritt, darf ich mir wohl einige Worte der Gegenwehr gestatten. Zu diesem Zwecke kann ich mich auf die folgenden kurzen Feststellungen beschränken:

1. Kein einziges am Krieg beteiligtes Land hat den Krieg ohne Zuhilfenahme der Notenpresse finanzieren können, auch nicht England und die Vereinigten Staaten. Selbst die neutralen Staaten sahen sich zur Inflation gedrängt: beispielsweise hat die Schweizerische Nationalbank ihren durch Gold nicht gedeckten Notenumlauf von 198 Millionen Fr. Ende 1913 auf 561 Millionen Fr. Ende 1918 erhöht.

(Weil also ein anderer dumm oder verbrecherisch handelt, ist ohne weiteres auch meine eigene Dummheit oder mein eigenes Verbrechen gerechtfertigt??)

2. Die Inflation in Deutschland ist weder legislatorisch noch praktisch von mir „inauguriert“ worden. Ich habe die Leitung der Reichsfinanzverwaltung erst am 1. Februar 1915, sechs Monate nach Kriegsausbruch, übernommen und habe dabei die Erscheinungen, die als Inflation bezeichnet werden, bereits vorgefunden.

3. Ich habe das Reichsschatzamt nicht bis zum Ende des Krieges, sondern nur bis zum 30. Mai 1916, im ganzen also während 16 Monaten – nicht ganz ein Drittel der Kriegszeit – geführt. In den 16 Monaten meiner Amtstätigkeit als Reichsschatzsekretär ging mein Bestreben dahin, die Inflation nach jeder Möglichkeit einzudämmen. Im ganzen haben die Kriegsausgaben während meiner Amtszeit als Reichsschatzsekretär rund 31 Milliarden Mark

betragen, d. i. nur etwa ein Fünftel (?) der gesamten Kriegsausgaben. Sie wurden vollauf durch die Erlöse der drei von mir begebenen Kriegsanleihen, die sich auf 31,8 Milliarden Mark stellten, gedeckt. Infolgedessen war die Zunahme der schwebenden Schuld und damit der Inflation in der Zeit, für welche ich die Verantwortung zu tragen habe, gleich Null.

4. Trotzdem habe ich, im Gegensatz zu der allmählich zur „fable convenue“ gewordenen tendenziösen Beschuldigung, sofort nach der Übernahme der Reichsfinanzverwaltung die Ausarbeitung von Kriegssteuern angeordnet und im Winter 1915/16 die ersten Kriegssteuern durchgesetzt. Ich hatte dabei stärkste Widerstände in Bundesrat und Reichstag, in der öffentlichen Meinung und der Presse zu überwinden, nicht zuletzt bei solchen Persönlichkeiten und Parteien, die mir später aus dem angeblichen Unterlassen von Kriegssteuern einen Strick drehen wollten. Unter meinen Kriegssteuern befand sich auch die erste Kriegsgewinnsteuer bis zur Höhe von 50 Prozent auf jeden Vermögenszuwachs. Der demokratische Abgeordnete Conrad Hausmann hat mir damals in einem Briefe vom 23. Mai 1916 geschrieben: „Ihnen und nur Ihnen ist es zu danken, wenn der hochbeladene Wagen des Steuerkompromisses glücklich in die Scheune eingefahren worden ist.“

5. Auch England hat nicht etwa seine ganzen Kriegsausgaben oder auch nur einen großen Teil durch Steuern gedeckt, sondern insgesamt nur etwa 12 1/2 Prozent (siehe W. Prion, Steuer- und Anleihepolitik in England während des Krieges).

6. Wie wenig der Vorwurf der Inaugurierung der Inflation gegen mich berechtigt ist, zeigt auch die Gestaltung des Preisniveaus während meiner Amtszeit an der Spitze der Reichsfinanzverwaltung: In Prozenten des Durchschnitts von 1913 stellten sich die durchschnittlichen Indizes der Großhandelspreise im Jahre 1916 in Deutschland auf 156, in England auf 160, in Frankreich auf 187.

7. Noch Ende 1918 nach dem Abschluß des Krieges und mehr als 2 1/2 Jahre nach meinem Rücktritt von der Leitung der Reichsfinanzen, notierte die Mark in Zürich etwa 60 Rappen, mehr als doppelt so hoch wie heute der französische Franken.“

Hierzu sei folgendes bemerkt: Wenn Helfferich weiter nichts gewesen wäre als ein gewöhnlicher Finanzminister, von denen zwölf aufs Dutzend gehen, dann würden wir uns damit begnügen, Helfferichs Rechtfertigung zu veröffentlichen. Aber Helfferich war doch *mehr* als ein gewöhnlicher Finanzminister. Er hatte das Geldwesen als Spezialität studiert und ein großes Werk darüber geschrieben, das oft zitiert wurde, als Helfferich noch mächtig war. Sein Amtsvorgänger dagegen wußte wohl nicht recht, was er tat, als er damit begann, den Krieg mit der Notenpresse zu finanzieren. Helfferich wußte aber sehr wohl, was das bedeutete, denn er selbst sagt, daß er sofort nach seinem Amtsantritt die Notenpresse durch die Steuerpresse und durch Anleihen zu ersetzen suchte.

Aber Helfferich sagt, daß er nur während seiner Amtszeit, die 16 Monate dauerte, die Notenpresse unter seiner Aufsicht hatte. Das scheint uns aber nur *formell* zu stimmen. In Wirklichkeit behielt er als Vizekanzler des Reiches erst recht die Verantwortung für die Regierung und damit für die Finanzen und die Notenpresse. Es wäre sicher keine einzige Banknote gedruckt worden, wenn der Kanzler Helfferich es so gewollt hätte. Wenn Helfferich wirklich etwas von der Währung verstand, so wußte er auch, daß ein Kanzler keinen Finanzminister dulden darf, der nicht Fachmann auf dem Gebiet der Währung ist. Nun aber hört es sich so an, als ob Helfferich die Politik seines Nachfolgers im Finanzministerium, d. h. die Notendruckerei, nicht guthieß, daß er es also anders gemacht hätte, wenn er Finanzminister geblieben und nicht Reichskanzler und damit Chef seines Finanzministers geworden wäre! Das soll nun einer verstehen. Helfferich standen zwei Wege offen: entweder er entließ einen Finanzminister, der nach Helfferichs eigener Darstellung, wie es scheint, ohne Not die Notenpresse mißbrauchte, oder aber er dankte selber ab. Niemand zwang schließlich H., im Amte zu bleiben und Dinge zu dulden, die er mißbilligte und von denen er den sicheren Untergang des Reiches erwarten mußte, sofern er wirklich etwas von Währungsfragen verstand und wußte, was geschehen muß, wenn an der Währung gerüttelt wird. Lag ihm etwas daran, daß wir den Krieg nicht mit einer Niederlage gewannen, so mußte er als Kanzler die Kosten des Krieges vollkommen von der Notenpresse abwenden und sie denen aufbürden, die für

die Fortsetzung des Krieges eintraten. Und fiel er mit dieser Forderung im Ministerium durch, nun so konnte er mit einem Krach gehen, und wenn er dabei die Worte gebraucht hätte, die man dem abdankenden König von Sachsen in den Mund legt, so wäre die Wirkung vielleicht nicht ausgeblieben. Daß das deutsche Volk einen Kanzler hatte, der als Fachmann in Währungsangelegenheiten galt, das war es, warum das ganze Volk ohne Protest der Notendruckerei so ruhig zusehen konnte.

Übrigens genügt uns die Erklärung Helfferichs nicht, daß er die Notenpresse stilllegte, als er das Amt des Finanzministers übernahm und den Inflationserscheinungen gegenüberstand. Mit der Stilllegung der Notenpresse war es allein nicht getan. Wenn er etwas von Währungsfragen versteht, so muß er wissen, daß die Inflation auch dann besteht, wenn bei gleichbleibender Notenmenge das Angebot von Waren abnimmt. Letzteres war aber der Fall während der ganzen Dauer des Krieges. Dann entsteht auch Inflation, wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunimmt.

Für die Preise ist es ganz gleichgültig, ob die Menge des Geldes verdoppelt oder vervielfacht wird, oder ob die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verdoppelt oder vervielfacht wird. Erkannte Helfferich eine Gefahr für die Sicherheit der Front in der Inflation, so war es seine Pflicht (vom militärischen Standpunkt), den Notenumlauf in dem Grade zu vermindern, wie die Warenproduktion abnahm und wie die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunahm. Er hat nichts in dieser Richtung unternommen. Er ließ die durch vermindertes Warenangebot und verstärkte Umlaufgeschwindigkeit geschürte Inflation sich weiter und weiter entwickeln und begnügte sich damit, von den Gifftrüchten der Inflation 50 Prozent als Kriegsgewinnsteuer (!) für das Reich zu reklamieren. Helfferich wird auch nicht behaupten können, daß es nicht möglich gewesen wäre, die Mittel für den oben geforderten Einzug von Banknoten aufzubringen. Denn wer 31 Milliarden durch Anleihen aufbringen kann, der wird durch die Steuereintreiber auch wohl noch eine oder zwei Milliarden Mark für die Sanierung der Währung aufbringen können, namentlich, wenn dem Volk dabei klar gemacht wird, wie wichtig der Zweck solcher Steuer ist. Und wenn die Analphabeten im Reichstag ihm solche Steuer verweigert hätten, nun, dann konnte

er ihnen wieder sagen: „Sucht euch euren Finanzminister, wo ihr wollt. Ich mache den Schwindel nicht mit.“

Im übrigen wollen wir Helfferich nicht mehr Verantwortung aufbürden, als jedem einzelnen von uns allen. Krieg ist Blödsinn, und wer sich lange damit befaßt, muß mit der Zeit verblöden. Das wollen wir Helfferich zugute halten, namentlich bei der Betrachtung, daß er, obschon er wußte, was Inflation bedeutet (sonst hätte er bei seinem Amtsantritt nicht sofort gegen die Inflation angekämpft) und was bei der Inflation aus den Sparkassengeldern und den mündelsicheren Geldern wird, nicht sofort die kleinen Leute alarmiert hat, damit sie ihre Notpfennige, die niemals so nötig sind, wie während und nach dem Kriege, ebenso in Sicherheit bringen möchten, wie es alle diejenigen gewiß taten, die etwas von Währung und Inflation verstanden. Er hätte sonst auch dagegen protestiert, daß der Reichsbankpräsident sich mit seinen patriotischen Aufrufen immer nur an dieselben kleinen Leute wandte, die ein paar Goldstücke gehamstert hatten, statt sich an die Kapitalisten zu wenden und diese aufzufordern, von ihren Hektaren und Aktien und Häusern einen kleinen Teil nur, sagen wir 50 – 60 – 70 – 80 – 90 Prozent, auf dem blutbesudelten Altar des Vaterlandes zu opfern. Wie leicht wäre es gewesen, alles Gold, das gehamstert war, ans Licht und in die Gewalt der Reichsbank zu bringen, wenn man den Besitzern dieses Goldes als Gegenleistung statt patriotischer leerer Worte und eherner Uhrketten Äcker, Häuser und Hektar angeboten hätte! Für die Reichsbank und ihre Zwecke waren Hektare, Aktien und Häuser als Tauschobjekt für Gold völlig gleichwertig. Ich habe aber keine einzige Aufforderung an die Grundbesitzer gelesen, zur Stütze der Reichsbank einen Teil des Grundbesitzes zu opfern. Die heutige Rentenmark beruht auf einem ähnlichen Gedanken. Und Helfferich wird als Vater des Rentenmarkgedankens bezeichnet. Hier sieht man, daß dieselben Männer, die jetzt im Frieden guter Gedanken fähig sind, im Kriege so weit verblöden, daß sie den Hektaren, Aktien und Häusern das mündelsichere Geld, die Sparkassengelder, die Notgroschen der Alten zum Opfer bringen. Schluß für immer mit dem Krieg!

Die Verpfändung der Sachwerte oder die Allgemeine Finanzkontrolle.

Noch können wir wählen. Noch sind die Würfel nicht gefallen. Aber lange dürfen wir nicht mehr zaudern. Wir haben zu wählen, ob wir durch *Verpfändung der Grundrenten* den Engländern und Franzosen die gewünschten, die geforderten Sicherheiten für die Reparationszahlungen geben wollen, oder ob wir durch *Annahme der Finanzkontrolle* der Welt den Beweis liefern wollen, daß wir *unfähig sind zur Selbstverwaltung*, daß wir einen *Vormund* brauchen.

Was die *Finanzkontrolle* bedeutet, darüber machen sich, wie es scheint, die wenigsten Gedanken. Sonst würde man die Dinge nicht so laufen lassen. Man würde auch das letzte Hemd verkaufen, um solche Schmach vom Lande abzuwenden. Und *nicht nur* der Schmach wegen. Wer etwas klar sieht in solchen Dingen, der wird sich sagen, daß es billiger wäre, die Reparationssumme freiwillig zu verdoppeln, wenn wir dadurch der Finanzkontrolle *entgehen* und unsere *Selbständigkeit* erhalten könnten. Was bleibt denn noch übrig von dieser Selbständigkeit, wenn beim Beamtenabbau die politischen Gesichtspunkte der Finanzkontrolleure den Ausschlag geben, wenn der Finanzkontrolleur darüber zu bestimmen hat, was wir essen sollen, womit wir uns bekleiden dürfen? Brauchen wir dann noch einen Reichstag, einen Landtag, einen Gemeinderat, wenn dem Finanzkontrolleur alle Rechnungen zur Genehmigung vorgelegt werden müssen? Der Finanzkontrolleur wird eines Tages erscheinen in Begleitung eines Schwarmes von Untergebenen, d. h. mit 10 000 Zuchthäuslern. Denn so viele Untergebene braucht er, und andere Leute als *Zuchthäusler* werden sich in Frankreich und England nicht für den Posten eines Topfguckers melden.

Die Türkei und andere unentwickelte Länder standen schon einmal vorübergehend unter fremder Finanzkontrolle. Ein Industrieland wie Deutschland stand aber noch nie unter fremder Finanzkontrolle. Darum weiß sich niemand ein richtiges Bild davon zu machen. Wieviel Geld die Finanzkontrolle von der Türkei zu erheben hatte, weiß ich nicht, es war aber wohl nur ein Pfifferling verglichen mit dem, was *Deutschland* unter der Finanzkontrolle zu zahlen haben wird. Darum kann es uns nichts nützen,

wenn wir beim Fallen des Wortes „*Finanzkontrolle*“ an die Türkei denken. Wir müssen uns erst das Bild der Finanzkontrolle konstruieren. Was will die Finanzkontrolle? Sie will aus der deutschen Wirtschaft jährlich 4 – 5 – 6 Milliarden Goldmark für Reparationszwecke herauswirtschaften. Daneben noch eine Milliarde für die militärische Beschützung der 10 000 im Lande herumreisenden Finanzkontrolleure. Das ist der *ausgesprochene* Zweck der Finanzkontrolle. Der unausgesprochene Zweck Poincarés aber geht wohl etwas weiter. Er hatte von England und Amerika eine militärische Sicherheit gegen Deutschland verlangt, die ihm nicht bewilligt wurde. So sucht sich Poincaré diese Sicherheit nach seiner Weise selber zu schaffen. Die Plankontrolle soll ihm die Mittel geben, Deutschland für immer wirtschaftlich und dadurch militärisch zu erledigen. Seit 5 Jahren arbeitet er unermüdlich und mit durchschlagendem Erfolg an diesem Ziele. Noch 10 oder 20 Jahre unter der Finanzkontrolle, und Poincaré wird am Ziel seiner Wünsche sein.

Was bedeutet denn praktisch das Wort „*Finanzkontrolle*?“ Zunächst, daß die deutschen Kaufleute und Unternehmer mit Einschluß der Landwirte sich nicht mehr zu Hause, nicht mehr sicher mit ihrem Eigentum fühlen werden, und daß jeder dieser Unternehmer von früh bis spät und jahraus jahrein an nichts anderes denkt, als die Finanzkontrolle zu betrügen und von seinem Vermögen über die Grenze zu schaffen, soviel er kann. „*Kapitalflucht*“ heißt also das Wort „*Finanzkontrolle*“, und was *Kapitalflucht* bedeutet, das sagt uns die jetzige Kreditnot, der Zinsfuß von 20 und mehr Prozent. Kann man auf die Dauer 20 Prozent Zins aus der Industrie und Landwirtschaft, aus dem in Neubauten angelegtem Kapital herauswirtschaften? Bei 4 Prozent Baukapitalzins fraß die Wohnungsmiete bereits 20 Prozent des Arbeitslohnes. Bei 20 Prozent frißt der Zins des im Wohnungsbau angelegten Kapitals den ganzen Lohn. Finanzkontrolle heißt also zunächst, daß für die nächsten 40 Jahre in Deutschland nicht gebaut werden kann, wobei wir hier gleich bemerken wollen, daß dieses Nichtbauen auch die industriellen Anlagen einschließt. Solange die Unternehmer unter der Finanzkontrolle stehen, wird in Deutschland keine neue Fabrik gebaut, kein neuer Dampfkessel angeschafft werden, werden die deutschen

Arbeiter wegen minderwertigen Arbeitszeuges nur minderwertige, schlecht bezahlte Ware hervorbringen können. Wobei wir noch erwähnen wollen, daß die Kapitalisten, die der deutschen Industrie und Landwirtschaft gegen besondere der Finanzkontrolle entzogene Sicherheiten Kredit zu 20 Prozent geben, niemand anders sein werden als die *deutschen Unternehmer selber*, die durch Mittelpersonen das über die Grenze gebrachte Geld als amerikanisches, unter dem Schutze des Sternenbanners stehendes Kapital einführen werden. Ähnlich wie die große Schweizer Bundesanleihe in *Neuyork*, die mit 9 Prozent Zins belastet ist, in der Hauptsache von Schweizer *Bürgern* gezeichnet worden sein soll. Die guten Patrioten durften doch von ihren eigenen Volksgenossen nicht 9 Prozent Zins erheben! Also verweigerten sie der eigenen Regierung das benötigte Geld und schickten dieses nach *Neuyork* und von dort aus bezog es die schweizerische Regierung als *amerikanisches Kapital*. Jetzt waren es nicht mehr Schweizer, die 9 Prozent Zins erhoben, sondern Amerikaner. So werden nun auch die deutschen Unternehmer und Kaufleute die von ihnen angebotenen Hungerlöhne (die kommenden Hungerlöhne) unter Hinweis auf die von ihnen selbst zu zahlenden Wucherzinsen erklären. Und obschon sie selber in vielen Fällen die Bezieher der Wucherzinsen sein werden, werden sie doch sagen und beweisen, daß bei der Unsicherheit der durch die Finanzkontrolle geschaffenen wirtschaftlichen Lage Deutschlands das ausländische Kapital nicht zu billigeren Bedingungen zu haben gewesen sei.

Um 4 – 5 – 6 Milliarden Goldmark Reinertrag für die Reparation zu erheben, werden ganz erheblich höhere Beträge an Steuern auszusprechen sein. Denn die Finanzkontrolle kostet Geld. Und diese Kosten müssen von den Reinerträgen abgezogen werden. Dann ist noch folgendes zu beachten. Da es sich um Reparationen handelt, wird jedermann glauben, ein gutes Werk zu verrichten, wenn er die Steuerbehörden betrügt und die Steuerbeamten werden selber glauben, daß das Betrügen eine patriotische Tat sei. Und wenn wir noch die moralische Beschaffenheit der von der Entente ausgeschickten Kontrolleure in Rechnung ziehen, dann wird es nicht schwer werden nachzurechnen, daß mit den Mogeleyen der Steuerzahler und Steuerbeamten und mit den den Kontrolleuren zu zahlenden Bestechungs-

geldern für je 1 Mark Reinertrag das Volk mit 2 Mark belastet werden wird.

Die Kontrolle wird bei der Eisenbahn beginnen. Hier werden von nun an nurmehr finanzielle Gesichtspunkte maßgebend sein. Bis jetzt nahm man Rücksichten auf die Volksgesundheit (ich erinnere hier an die Ferienzüge für Schulkinder). Das fällt fort. Geld will der Kontrolleur sehen, nur Geld. Auch die billigen Vororttarife werden von der Finanzkontrolle gestrichen. Die Unterhaltung der Bahn und des rollenden Materials wird aus Raubbau eingestellt. Die Sicherheit des Betriebes interessiert den Finanzkontrolleur nicht, namentlich, wenn Poincaré und MacDonald auf den Gedanken kommen, die Bahn, wie es am Rhein der Fall ist, in Pacht zu geben, die dann mit dem ganzen Geschirr und den Beamtengehältern nach Gutdünken handeln. Was geht den Finanzkontrolleur die Zertrümmerung des Bahnkörpers an, namentlich wenn diese Zertrümmerung den geheimen Intensionen der um ihre militärische Sicherheit besorgten Franzosen vernünftigerweise entsprechen dürfte?

Aber die Eisenbahn wird nur einen verschwindenden Teil der für die Reparationen nötigen Summen einbringen. Erhöht der Kontrolleur die Tarife über einen gewissen Punkt, dann geht der Verkehr zurück und die Einnahmen ebenfalls trotz der erhöhten Tarife. Dann berichtet er eines Tages nach Paris, daß wegen der Tarifierhöhung die Einnahmen abgenommen haben, und daß an Stelle des Überschusses der Reparationen ein Defizit zu zahlen ist. Und dann antwortet ihm Poincaré, daß es sehr erfreuliche Nachrichten sind und daß das Defizit durch Abzüge von den Gehältern gedeckt werden soll. Im übrigen möge der Kontrolleur nun einmal mit der Postkontrolle sein Glück versuchen, er soll überhaupt die deutsche Wirtschaft ausgiebig für Experimente aller Art benutzen. Ein Gebiet, wo noch vieles experimentell festzustellen wäre, sei die Devisenkontrolle. Diese Kontrolle müsse selbstverständlich durch Öffnen und Auspacken aller ausgehenden Kisten und Ballen und Fässer ausgeführt werden, denn die eigentliche Devisen sei die Ware, nicht der Papierzettel. Für die Ausführung dieser Arbeit (es handelt sich um täglich 100 000 Kisten und Ballen) würde er ihm gerne noch einmal 10 000 Zuchthäusler zur Verfügung stellen. Je mehr diese beim Ein- und Auspacken zerschlagen würden, um so besser sei es.

So sehe ich die Finanzkontrolle, die von einer übelwollenden Partei ausgeführt wird und die jährlich 4 – 5 – 6 Milliarden Goldmark abwerfen soll. Vielleicht sehe ich zu schwarz, vielleicht zu rosig. Erfahrung auf diesem Gebiet gibt es nicht. Vielleicht daß die Engländer ein Interesse an der Wiedererstarkung des gefürchteten deutschen Konkurrenten entdecken und eine humanere Ausübung der Finanzkontrolle wünschen werden, namentlich weil sie sich auf ihrer Insel sicherer vor dem Furor Teutonicus fühlen. Aber neben diesen humanen Wünschen wird immer die Forderung der englischen Steuerzahler auftauchen, die durch deutsche Reparationszahlungen von dem Drucke der eigenen Steuern entlastet zu werden wünschen. Und was die Franzosen bei der Durchforschung der Kisten, Ballen und Fässer nicht zerstört haben, das werden englische Kontrolleure zerstören (zwei durch fremde Staatsbeamte ausgeführte Zollrevisionen – Glas, Spiegel, Chemikalien, Möbel usw. – sind einem Brand und drei Umzügen gleichzustellen), bis daß auch diese sich ohnmächtig erklären und den Vorschlag machen werden, den vor 150 Jahren bereits die französischen Physiokraten machten, *nämlich alle Staatslasten direkt auf die Grundrente abzuwälzen*, denselben Vorschlag, den auch wir immer wieder für die Reparationen gemacht haben.

Die Grundrente ist das, was übrigbleibt, nachdem alle Lohnausgaben und Staats- und Reparationslasten in Abzug gebracht sind. Auf den Lohn kann auf die Dauer die Reparation nicht abgewälzt werden. Wobei unter Lohn hier der Reallohn zu betrachten ist. Ist dieser Reallohn durch direkte und indirekte Steuern irgend welcher Art (Zigaretten-Bier-Lustbarkeitssteuern, durch hohe Bahntarife, durch Mietsteuern usw.) irgendwie gekürzt, so muß der Geldlohn entsprechend erhöht werden. Auf den Zins des Anlage suchenden Kapitals kann man aber auch nichts abwälzen. Wenn das Kapital jetzt schon 20 Prozent fordert, wieviel würde es fordern, wenn es in irgendwelcher Weise zu den Reparationen herangezogen würde? So bleiben also die Reparationen und ihre *Erhebungskosten* auf den Sachwerten liegen, auf alles, was im deutschen Reiche niet- und nagelfest ist und nicht bis heute hat ausgeführt werden können.

Sind sich dessen die Sachwertbesitzer im deutschen Reiche bewußt? Seit vier Jahren mache ich sie darauf aufmerksam.

Seit vier Jahren rechne ich Ihnen vor, daß die Reparationssabotage von niemand anders als von ihnen selbst bezahlt werden müsse. Und daß die Last in demselben Maße wächst, wie infolge der erwarteten Reparationssteuern die Kapitalflucht ihren Fortgang nimmt. Wenn in den 5 Jahren seit Kriegsende 20 – 30 – 40 Milliarden über die Grenze vor der Reparationssteuer in Sicherheit gebracht wurden, so sind die Lasten der Reparation für die zurückgebliebenen Kapitalisten um ebensoviel erhöht worden. Und wenn durch die drohende Finanzkontrolle der Reinertrag der Steuern nur 50% der Steuerlasten ausmachen wird, so ist das wieder dasselbe, wie wenn die Reparationssumme von 132 auf 264 Milliarden erhöht worden wäre. Und wenn als Nebenerscheinung der Finanzkontrolle, durch die Eisenbahn- Post- und Devisenkontrolle die deutsche Wirtschaft vollends zerstört wird, so sind es die Sachwertbesitzer, die in erster Linie den Schaden zu tragen haben. Wollen die Sachwertbesitzer nun warten, bis daß die Entente auf dem langen eben beschriebenen Umwege der Eisenbahn- Zoll- Devisenkontrolle, nachdem sie mehr Schaden angerichtet haben wird, als sie Reparationen eingezogen hat, selber auf den Gedanken der Sachwertsteuer kommt? Vielleicht daß die Entente den Gedanken auch schon lange erwogen hat, daß sie ihn nur darum nicht ausgeführt hat, weil sie immer noch einen Unterschied macht zwischen Staatseigentum und Privateigentum! Dann meine ich, wäre es Zeit, daß die deutschen Sachwertbesitzer selber der Entente wissenschaftlich nachweisen, es gäbe keinen Unterschied, daß in der privaten Grundrente das Staatseigentum völlig aufgelöst und subsummiert ist, daß jede Belastung des Staatseigentums von den privaten Grundrenten getragen wird. Und daß es für sie selber keine bessere Methode der Reparationszahlung gibt, als die, die die Landsleute der Franzosen, die Physiokraten, vorgeschlagen haben.

Die Sachwertsteuer in Gestalt einer hypothekarischen Belastung aller Liegenschaften gestattet es, die gesamten Reparationen von den Staatskassen abzuwälzen. Der Apparat zur Erhebung dieser Steuer ist da, nämlich das Grundbuch. Man braucht nur die vor dem Kriege eingetragenen und durch die Papiergeldwirtschaften getilgten Hypotheken wiederherzustellen und über den ganzen Betrag Pfandbriefe auszufertigen, die der Entente ausgeliefert werden. Mit

diesen Pfandbriefen kann dann die Entente die während des Krieges in Amerika gemachten Schulden tilgen, sobald der Geldmarkt aufnahmefähig für solche Papiere wird. Dann haben wir es nur mehr mit den Erwerbern dieser Papiere zu tun. Die interalliierten und die Reparationsschulden sind getilgt. Für die deutschen Sachwertbesitzer ist der Zustand wieder hergestellt, wie er vor Kriegsausbruch war. Daß die Namen der Pfandbriefbesitzer, der Zinslipicker, sich geändert haben, werden sie nie erfahren, da sie zumeist auch den Namen der ursprünglichen Bezieher der Hypothekenzinsen nicht kannten. Früher hieß er Johansen, jetzt heißt er Li Luan Sen. Das ist für ihn der ganze Unterschied. Aber für den früheren deutschen Hypothekenbesitzer ist die Sache nicht gleichgültig. Er ist von dem schmähhlichen Gedanken befreit, daß sein Unglück nicht das Glück seines Schuldners geworden ist. Er sieht, daß er nicht bestohlen worden, sondern daß er ein einfaches Opfer des Krieges geworden ist. Die Einen haben ihre Beine geopfert, er hat sein Geld geopfert und wenn er etwas Verstand hat, wird er sich sagen, daß er doch eigentlich außerordentlich vom Glück begünstigt worden ist.

Wir haben zu wählen. Sachwertsteuer oder Finanzkontrolle. Die Sachwertsteuer ist hart. Die Finanzkontrolle wird das Reich von Grund auf zerstören. Wählt!

Die Rechtfertigung der französischen Ruhrpolitik durch den Reichskanzler

„Das Zentrum hat beschlossen zu versuchen, den Vertrag von Versailles bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen, da es überzeugt ist, daß Deutschland so seine Freiheit am schnellsten wieder erlangen wird. Es handelt sich weit eher um eine Befreiungspolitik als um eine Erfüllungspolitik.“

Die vom französischen Pressedienst herausgegebenen „Nachrichten“ vom 27. v. M. kommentieren diese Sätze aus der Rede des Reichskanzlers und sagen: „Was bedeutet „Befreiungspolitik“ im Gegensatz zur „Erfüllungspolitik“? Wollen diese Worte nicht, auf die Reparationen angewendet, besagen, daß Deutschland bezahlen wird um Gebiet oder Pfänder frei zu bekommen, und daß es nur bezahlen

wird, soweit es solche frei zu machen hat? In diesem Falle ist die Formel des Kanzlers *Marx* eine wunderbare Rechtfertigung für die Ruhrbesetzung, für die Errichtung einer inneren Zolllinie, für das System der Derogationen, für die Beschlagnahme der Zölle und Eisenbahnen usw. Um sich von all dem freizumachen, wird Deutschland zahlen, und andernfalls würde Deutschland nicht zahlen.“

Die „Nachrichten“ fügen diesen Sätzen folgendes zu: „Wir erraten leicht den Vorteil, welchen *Marx* von diesem neuen Wort erwartet. „Erfüllungspolitik“ war der Ausdruck des Kanzlers *Wirth*. Auf die Erfüllungspolitiker haben die Mörder *Rathenaus* geschossen. Die gegenwärtige Regierung sucht mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen weniger gefährliche Worte. Sie hat das Wort Befreiungspolitik erfunden. Sie bringt diese Formel wie eine Währung in den Verkehr.“

Die „Nachrichten“ fragen, ob das Wort „Befreiungspolitik“ nicht noch eine andere Deutung zuläßt, nämlich die territoriale Befreiung aller dem Deutschen Reich entrissenen Gebiete?

Wir sind nicht für solche „Befreiungspolitik“ und sind der Meinung, daß dieses Wort uns bei den Verhandlungen mit der Entente wieder sehr viel schaden wird. Wir wählen von einem Dutzend Übeln ganz bestimmt das kleinste, wenn wir sagen: wir wollen die Befreiung durch Erfüllung. Die Erfüllung wird die besetzten Gebiete schnell und sicher befreien, und wenn wir im Deutschen Reich freiheitliche und vorbildliche soziale Zustände schaffen, wenn wir von uns aus alles, was uns staatlich von unseren Landsleuten in Polen, in der Tschecho-Slovakei, in Osterreich, in der Schweiz, in Elsaß und in Dänemark, in Eupen-Malmedy und auf dem Mond trennt, beseitigen, vor allem die Zollgrenze, dann betreiben wir wirkliche Befreiungspolitik, ohne den Versailler Vertrag anzutasten, ohne irgendeinem Vertrag, irgendeinem anderen „Staatswesen“ Gewalt anzutun. Wenn das alldeutsche Ziel völlig vom Staatsgedanken gelöst wird, wenn der zumeist dahinter versteckte Machtgedanke fallen gelassen wird, wenn das alldeutsche Ziel ein Kulturziel ist und nicht weniger, dann kann dieses Ziel durch eine entsprechende Politik schnell und billig erreicht werden. Sonst bleibt es ewig ein Traum und nicht einmal ein schöner. Unter alldeutscher Befreiungspolitik stellt sich die Welt nichts anderes vor als eine gepanzerte Faust, die alle bedroht, als eine schimmernde Wehr, die allgemeines Wettrüsten bedeutet. Kurz Kasernen, Drill, Unteroffiziere, Kanonen, Massengräber usw. Von solcher Befreiungspolitik hat die Welt genug. Und wir auch.

In dem Maße, wie wir uns darauf einrichten müssen, unsere Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen, kann es nicht fehlen, daß der Erfolg uns mit der Zeit solche Politik schmachhaft machen wird. Vor dem Krieg standen oft Ausländer breitspurig vor unseren Kasernenhöfen und lachten sich den Bauch voll. Jetzt sehen wir schon unsere deutschen Landsleute im besetzten Gebiet, die mit schmunzelndem

Behagen zusehen, wie die „Sieger“ gedrillt und geschliffen werden. Es kann nicht fehlen, daß die Sieger bald die Besiegten um die militärische Niederlage beneiden werden. Namentlich dann, wenn sie, aus der Kaserne entlassen, den Besiegten im bürgerlichen Wettkampf entgegentreten und dann bekennen müssen, daß auf dem Weltmarkt nichts so wenig gilt wie der militärische Erfolg. Nach den großen „unvergleichlichen Siegen“ gegen Dänemark, Hannover, Bayern, Osterreich und Frankreich wanderten bis zu 300 000 Menschen im Jahr aus Deutschland aus, mit einem armseligen Päckchen Wäsche, mit kümmerlichster Staatsschul-Ausbildung, um sich als Lohnarbeiter anzubieten, um in den Pariser und Londoner Hotels die Stiefel zu putzen und um die Hurenhäuser der ganzen Welt zu bevölkern. Das war für die Massen des Volkes die Wirkung der militärischen Erfolge. Und das wäre auch jetzt wieder für die Massen der Erfolg gewesen, wenn das Kriegsglück uns hold gewesen wäre. Wie viele Millionen Mann müßten wir ständig unter Waffen halten, nur um 22 besiegte Staaten am Boden zu halten?

Es ist sinnlos, das alldeutsche Ziel auf dem Wege der Macht und für Machtzwecke zu verfolgen. Der Weg zur Macht ist praktisch für die jungen Männer der Weg in die Kaserne, in die Fremdenlegion, in die kapitalistische Sklaverei. Für die jungen Frauen bedeutet diese Politik das allerschlimmste. Mag sein, daß der Frieden von Brest-Litowsk, daß der allgemeine Sieg im Weltkrieg für eine Reihe deutscher Prinzen die Krone irgend eines neuen Staates gebracht hätte, aber was haben ich und du davon? Wir wollen – ich für mich und du für dich – die Bedingungen schaffen für ein schönes freies, reiches Privatleben. Ich will mir meine Freunde suchen, wo ich sie zu finden hoffe, in Italien, in der Mongolei, in Amerika. Ich will hinziehen, wohin mich die Menschen, die Frauen, die Blumen, die Natur hinziehen. Ich will von Niemand ausgebeutet werden, weder von den zollsüchtigen Agrariern, noch von Kapitalisten, noch von Spekulanten. Ich will meinen vollen Arbeitsertrag, nicht mehr, denn das „mehr“ bedeutet Unfrieden und Krieg. Aber auch nicht weniger, denn das bedeutet Sklaverei. Alle, die für dasselbe Ziel kämpfen, sind meine Freunde, einerlei von woher sie kommen, welche Sprache sie reden. Denn ich weiß, daß alle, die für dieses Ziel kämpfen, auch als Menschen mir sympathisch sein werden. Wer mir in Verfolgung dieses Zieles entgegentritt, ist mein Feind, und wenn er meine Sprache spricht, mein Erbfeind sogar. Ich übe mich darin, ihn zu hassen, und werde ihn bei Gelegenheit erwürgen, wenn er mich an die deutsche Geschichte erinnert, denn die deutsche Geschichte ist die Geschichte meiner persönlichen Schande. Die deutsche Geschichte ist die Geschichte der Leibeigenschaft für die weitaus größte Mehrzahl der deutschen Bürger. Auch *Stresemann*, auch der Reichskanzler *Marx*, ja sogar unser Reichspräsident werden, wenn sie ihre Familiengeschichte durchforschen, sehr bald auf namenlose Wesen stoßen, die irgendwo auf dem Lande „geworfen“ wurden und als

Haustiere betrachtet wurden. Nicht viel mehr als 100 Jahre sind es her, daß die Landgrafen von Hessen, von Braunschweig und Lüneburg ihre Untertanen als Schlachtvieh an die Engländer verkauften, das Stück für so und so viel Taler, daß der hessische Graf seinem Major Vorwürfe darüber machte, wenn sein Bataillon wenig Verluste hatte, er wisse doch, daß ihm für die Gefallenen von England der Preis verdoppelt werde.

Nein, die deutsche Geschichte, die Geschichte der „glorreichen“ alten Armee, die Geschichte der Kriege und Schlachten ist nicht meine Geschichte. Ich und meine Ahnen sind an dieser Geschichte passiv beteiligt gewesen, eben so passiv beteiligt wie etwa *Marx, Stresemann und Ebert*. Meine Geschichte und deine Geschichte beginnen mit dem Tage, wo wir aktiv eingreifen werden in die deutsche Geschichte. Bis dahin wiederhole ich, was schon in der Bibel steht: Ihr seid Fremdlinge auf dieser Erde. (Wenn man das schon zu den Juden sagte, die niemals die Leibeigenschaft, die keine Klassen, keine Herren und Knechte kannten, wie viel mehr paßt dieser Satz auf das armselige deutsche, französische, russische, englische Volk!)

Aus diesem sehr triftigen Grunde dürfen wir uns heute nicht historisch orientieren in allem, was wir tun. Der Blick sei nach vorn gerichtet, wie der Blick der Amerikaner, die auch keine Geschichte haben. In dem Munde aller, die nicht zum mindesten fürstlichen Geschlechtes sind, sind Reden, wie sie neulich *Stresemann* in Hannover hielt. Knutenhiebe auf den Rücken der eigenen Großmütter.

Wir wollen in allem, was wir tun, nicht an das Geschehene anknüpfen. Ein dicker Strich, damit beginne unsere Geschichte. Die Geschichte des Deutschen Reiches mögen die deutschen Fürsten mit sich in ihr Grab nehmen. Es ist ihr ausschließliches Privateigentum und das ihrer Lakaien.

Wenn wir so handeln, finden wir gleich festen Boden bei den Verhandlungen mit der Entente, deren Volksmassen geschichtlich auch nicht besser stehen. Nichts trennt die französischen, englischen, russischen Massen von den deutschen Massen. Alle haben die gleichen Interessen. Das, und nicht das Gegenteil sollte *Stresemann* betonen, wenn er aus seinen Reden Vorteile für das deutsche Volk ausschlagen will in den Verhandlungen, die mit der Entente noch zu führen sind.

I.O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Der Weg zu Sieg.

Vorbemerkung. Wer in der Wahl zum Parlament oder in der Veranstaltung von Volksentscheid und Volksbegehren nicht den Weg zur Verwirklichung der Freiwirtschaft sieht, muß einen anderen, den seiner Meinung nach gangbaren Weg zeigen. Denn was hat es für einen Sinn, für ein Ziel zu kämpfen, das man nicht für erreichbar hält?

Als *Proletarier* im geläufigen Sinne des Wortes sind hier die Massen der unselbständig gegen Lohn (Gehalt) Arbeitenden zu verstehen (Industrie-, Verkehrs- und Landarbeiter). Im erweiterten Sinne auch alle diejenigen aus den Massen der Staats- und Gemeindebeamten, der Reichswehr, des Handels, der Schifffahrt, der Landwirtschaft, der freien Berufe, die sich der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Ordnung bewußt sind.

*

Die Frage der politischen Durchführung der Freiwirtschaft ist eine Frage der politischen Macht.

Nur das im Weg, im Mittel und im Ziel geeinte, klassenbewußte *Proletariat* kann mit Aussicht auf Erfolg zu jenen direkten Aktionen übergehen, die den Kapitalismus aus dem Sattel heben. Auf den Schultern der Proletarier, die die Art ihrer Arbeit räumlich zusammenballt, liegt darum die Hauptkraft des Befreiungskampfes aller Arbeitenden. Von den Proletariern wird der Endkampf entschieden. Der Frontabschnitt der Proletarier bildet das Kernstück der Kampffront der ausgebeuteten Schichten überhaupt.

Die *Einheitsfront* des Proletariats konnte bis heute, obwohl seit einem Jahrhundert gefordert, nicht zustande kommen, weil die Unklarheit in der Frage der Entstehung der Ausbeutung die proletarischen Organisationen immer wieder von neuem zersplittern mußte. Mit der Freiwirtschaftslehre ist die Quelle des Zinses (des Mehrwerts) endgültig bloßgelegt. Der Weg zur Überwindung des Kapitalismus ist eindeutig vorgezeichnet. Dadurch wird die Einigkeit der Proletarier zum erstenmal möglich gemacht und infolge der theoretischen Hieb- und Stichfestigkeit der Freiwirtschaftstheorie so fest gefügt sein, daß sie nicht im entscheidenden Augenblick zerfällt.

Der Macht der Kapitalisten, die im Staate und im

sorgsam genährten Aberglauben seiner Untertanen liegt, haben die Proletarier ihre eigenen Machtmittel in der Aufklärung der Einzelnen und einer selbständigen Kampforganisation gegenüberzustellen.

Zunächst kann nur *Vorbereitungsarbeit* geleistet werden. Sie besteht in der Aufklärung des schaffenden Volkes über Ziel, Mittel und Weg der Freiwirte, in der Zersetzung des Staates, in der Aushöhlung der volksschädlichen Monopole und in dem Aufbau der proletarischen Kampffront.

Die Aufklärungs- und Organisationsarbeit hat zu allererst in jenen Kreisen zu erfolgen, die das stärkste Interesse an der Beseitigung des Kapitalismus haben, die sich zugleich am leichtesten zusammenschließen vermögen und von denen letzten Endes die Verwirklichung der Freiwirtschaft zu erwarten ist: in den Kreisen der Proletarier.

Dem Endkampf geht eine *Heerschau* des Proletariats voraus. Diese liegt nicht in der Prozession zur Wahlurne, sondern in regelrechten proletarischen Manövern: in Teilstreiks, die – kurz befristet – durchgeführt werden, um die Kampfbereitschaft wichtiger oder unsicherer Arbeitergruppen zu erproben; in Geldstreiks, die ein Urteil darüber ermöglichen sollen, inwieweit das Freigeld vom Volke angenommen oder verweigert wird.

Fallen die Manöver zur Zufriedenheit aus, mit anderen Worten, zeigt es sich, daß die Aufklärung weit genug fortgeschritten ist, dann wird zum letzten, entscheidenden Schlag ausgeholt.

Alle führenden Köpfe verpflichten sich noch einmal, bedingungslos zum Programm zu stehen, so daß mit Übernahme der politischen Macht jede interne Meinungsverschiedenheit von vornherein ausgeschaltet ist und an diesem Tage in der Exekutive gehandelt und nicht debattiert wird.

Der *Endkampf* besteht in einem umfassend organisierten Generalstreik. Bei diesem Kampf ist jedes Mittel recht, was den Sieg des Proletariats fördert. Die Wirkung des Generalstreiks wird weniger eine ökonomische als eine psychologische sein. Das Proletariat wird die Macht nicht anders an sich reißen können, als es bisher immer geschah.

Die geschichtliche Erfahrung, daß den letzten Trumpf immer der in der Hand hält, der über die meisten Waffen und die besten Kämpfer verfügt, die geschichtliche Erfah-

rung ferner, daß eine Revolution nur dann kein Hochverrat ist, wenn sie *siegt*, wird das Proletariat zu berücksichtigen wissen.

Je entschiedener das Proletariat im Endkampf vorgeht, um so schwächer ist die Stellung der Kapitalisten. Die Kapitalisten kämpfen nicht selbst, sie schicken ihre Söldner. Da der Kampf der Proletarier sich nicht gegen diese Söldner richtet, sondern gegen ihre Hintermänner, darf kein Mittel unversucht bleiben, die Front der Söldner, gleichgültig, ob sie mit geistigen oder anderen Waffen kämpfen, zu sprengen.

Der Kampf wird solange fortgesetzt, bis jeder Widerstand gegen die Durchführung des vollständigen freiwirtschaftlichen Programms gebrochen ist.

Hat die Prokuristenregierung der Kapitalisten praktisch bedingungslos kapituliert, so beauftragt die proletarische Kampforganisation eine Anzahl von Personen, denen diktatorische Vollmachten ausgestellt werden, mit der Durchführung des Programms. Gleichzeitig kehrt alles zur gewohnten Arbeit zurück. Diese Rückkehr zur Arbeit steht unter dem Zeichen: Je *mehr* gearbeitet wird, um so *schneller* gelangt jeder einzelne in den Besitz seines vollen Arbeitsertrages. Nicht die Teilung, wie die Volks-Beglücker sagen, sondern die Arbeit führt ins Paradies.

Die Diktatur des Proletariats erlischt, sobald das Programm in die Wirklichkeit umgesetzt ist.

Für die Zentralverwaltungen der Verkehrsunternehmungen einschließlich des Reichsbodenamtes nach Ablauf der Diktatur wird in folgender Weise vorgesorgt:

Die aus verkehrstechnischen Gründen unumgänglichen Kommunalvertretungen der örtlichen Selbstverwaltungsverbände sondern aus ihrer Mitte für Fragen, die provinzieller Regelung bedürfen, Mitglieder für Provinzialvertretungen und diese wieder für Fragen, die für das Reich oder international geregelt werden müssen, Mitglieder für eine Reichsvertretung aus.

Von der Reichsvertretung werden die Leiter des Reichswährungsamtes, der Reichsbodenverwaltung und der übrigen Reichsverkehrsunternehmungen für bestimmte Frist gewählt und in der Führung der Geschäfte überwacht.

Zurück auf den Ausgangspunkt

Müssen wir zahlen?

In Deutschland zahlt niemand, der nicht durch äußere Gewalt dazu gezwungen wird. Wir haben die Beweise für diese Tatsache in der Tasche. Die Moral, die dem deutschen Volk mit dem Prügel in den Staatsschulen und in den Staatskirchen eingebleut wurde, muß mit denselben Mitteln aufrechterhalten werden. Aus moralischen Beweggründen bezahlt niemand die von ihm gezeichneten Wechsel, die Hausmiete, die Steuer, den Lohn des Arbeiters. Wer sich der Zahlung entziehen kann, tut es, ohne irgendwelche Rücksicht zu nehmen auf die Not seines Gläubigers. Wie unsere Heerführer den belgischen Neutralitätsvertrag als Papierfetzen behandelten, so setzen wir uns ganz allgemein über den Inhalt aller Zahlungsverträge hinweg und dulden es – als Hehler –, daß der Staat unsere Schulden auf Kosten unserer Gläubiger tilgt.

Hat auch nur ein einziger Bauer dagegen protestiert, daß ihm durch die Geldverwässerung die Schulden getilgt wurden? Ist ein einziger Bauer, Kaufmann, Unternehmer auf die Sparkasse gegangen und hat gesagt, daß, wenn auch alle seine Landsleute Spitzbuben und Hehler sind, er sich an der Plünderung der Sparkassen, an der Beraubung der Mündel und Witwen, kurz an der allgemeinen, behördlich geförderten Prellerei der Gläubiger nicht beteiligen will? Daß nach seinen Begriffen von Moral die Schulden so zurückgezahlt werden sollen, daß weder Gläubiger noch Schuldner einen Schaden erleiden?

Hoch klingt das Lied vom braven Mann,
der solchen Ehrgefühls sich rühmen kann!

Aber die Geschichte weiß von unendlich vielen sogenannten Heldentaten zu erzählen, von Männern, die ihr billiges, inhaltloses Leben auf Kommando des Vorgesetzten für irgendein nichtiges Ziel der Tagespolitik opferten, d. h. hinwarfen, und in jedem deutschen Dorf sieht man Bronzedenkmal, die solch nichtssagende Handlungen ehren sollen, man suche aber im Deutschen Reich das Denkmal des braven Mannes, der, ohne auf ein Kommando zu warten, mit einem Paar Ochsen zur Sparkasse gegangen ist und dort gesagt hat:

„Mit dem Geld, was ich seiner Zeit von der Sparkasse borgte, kaufte ich mir damals ein paar Ochsen. Ich will meine Schulden nicht mit entwertetem Papiergeld bezahlen. Hier bringe ich, was ich in Wirklichkeit der Sparkasse schulde: Zwei Ochsen und ein Kalb als Zins.“

Die Geschichte der deutschen Inflation weiß von keinem einzigen solchen Fall im weiten Deutschen Reich zu erzählen. Wir können darum folgern, daß wir auch

gegenüber weniger heiligen Schulden, sagen wir gegenüber der Reparatur, dasselbe Verhalten üben werden. Wir werden nur so lange zahlen, als wir zur Zahlung gezwungen werden.

Unser Gläubiger, die Entente, hat scharfe Augen für alles, was sich in Deutschland zuträgt. Sie wird sich dieses Verhalten der deutschen Schuldner gegenüber ihren Gläubigern gemerkt haben. Sie wird fragen: Ein Volk mit so gering entwickeltem Ehrgefühl, das, um die Steuerzahler zu schonen, die Sparkassen plündert, das mündelsichere Geld antastet und so die Alten, die Wehrlosen der äußersten Not aussetzt, ein solches Volk muß zur Erfüllung seiner Verpflichtungen durch die Knute angehalten werden. Darum können wir die besetzten Gebiete nicht herausgeben, bis alles bezahlt ist. Da der moralische Zwang in diesem Falle gänzlich versagen würde, muß der äußere Zwang ihn ersetzen.

Die Frage, ob wir zahlen müssen, ist also beantwortet. Wenn wir nicht völlig entwaffnet wären, würde kein Mensch daran denken, den Vertrag zu erfüllen. Kommt und holt euch das Geld, so würde man den Franzosen sagen. Wir müssen zahlen, weil, so lange wir nicht alles bezahlt haben werden, unsere bewaffneten Gläubiger uns am Schlafittchen halten werden. Und wenn wir mucksen sollten, werden sie alle über uns herfallen. Und zwar nicht nur die 22 Staaten, die uns den Krieg erklärt hatten, sondern diesmal die ganze Welt. Auch den Gedanken, daß wir uns hintenherum von den Reparationsleistungen befreien könnten, müssen wir fallen lassen. Seit fünf Jahren hegen wir diese Gedanken, und diese 5 Jahre haben uns viel mehr gekostet, als die Erfüllung von uns verlangt hätte. Die krieglerischen Verwicklungen im Osten, auf die wir warten, werden, falls sie kommen, auf deutschem Boden sich abspielen. Der Zug nach Rußland geht für die französischen, englischen, belgischen, italienischen und amerikanischen Truppen durch Deutschland. Und wenn wir zu Beginn des Weltkrieges hofften, Frankreich in drei Monaten zu erledigen, so hoffen die französischen Flieger jetzt mit etwas mehr Berechtigung, ganz Deutschland in drei Wochen in ein rauchendes Trümmerfeld zu verwandeln.

Die Frage, ob wir zahlen müssen, ist also wirklich beantwortet, und es fragt sich nun, ob wir zahlen können?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die Finanzkommission in Paris. Da in dieser Kommission niemand sitzt, der ein Interesse hat, die Frage zu verneinen, so wird die Frage allgemein wohl bejaht werden. Deutschland kann zahlen trotz der militärischen Niederlage, werden die einen sagen, und die anderen werden den Satz ergänzen und sagen: nicht nur trotz der Niederlage, sondern wegen der Niederlage kann Deutschland zahlen. Deutschland spart wegen der Niederlage jetzt den militärischen Apparat, und was es hier spart, hat es uns allen voraus. Diese Summe kann Deutschland auf alle Fälle zahlen. Der militärische Apparat kostete Deutschland in Friedenszeiten an die drei Milliarden Goldmark jährlich, wenn man mit

rechnet, was die 900 000 Mann, die unter Waffen standen, an wirtschaftlichen Gütern hätten aufbringen können.

Deutschland kann auch darum zahlen, weil es von den Koloniallasten befreit wurde. Alle diese Kolonien arbeiteten mit starkem finanziellem Defizit. Was Deutschland hier spart – man denke nur an den kostspieligen Feldzug in Südwestafrika —, das kann Deutschland an Reparationen leisten.

Deutschland kann auch darum noch einen erheblichen Posten zahlen, weil es das Getreide aus den abgetretenen polnischen Provinzen jetzt nicht mehr zu den zollgeschützten Preisen der Vorkriegszeit zu bezahlen braucht, sondern zu den gewöhnlichen Weltmarktpreisen. Man hat errechnet, daß Deutschland den polnischen Grundbesitzern (in Posen, Ostpreußen, Schlesien) vor dem Kriege jährlich 2 – 300 Millionen Goldmark an Zollschatz zahlte.

Deutschland hatte vor dem Kriege einen jährlichen Kapitalexport, den man auf mehrere Milliarden Goldmark schätzte und der in ausländischen Unternehmungen untergebracht wurde. Gelingt es, die deutsche Wirtschaft wieder in Vollbetrieb zu setzen, so schafft sie auch wieder Überschüsse. Die Reparation kann dann solche Überschüsse aufnehmen.

Deutschland hatte vor dem Kriege einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von über 800 000 Personen. Die Aufzucht eines Menschen bis zu seiner Schulentlassung mit 14 Jahren mag mit dem Schulunterricht, der Bekleidung, mit dem Arbeitskraftverlust der Mutter während der Schwangerschaft reichlich und im Durchschnitt 400 Mark jährlich oder 5600 Goldmark für die 14 Jahre kosten. Das macht für den jährlichen Zuwachs von 800 000 Personen vier Milliarden und 40 Millionen Mark jährlich. Für diese 800 000 Personen mußte jährlich eine neue Stadt gebaut werden, eine Großstadt für 800 000 Einwohner. Eine solche Stadt kostet noch einmal 4 Milliarden Goldmark, so daß Deutschland durch den Bevölkerungszuwachs eine jährliche Gesamtausgabe hatte von 8 Milliarden und 800 Millionen Goldmark. Durch den eingetretenen Rückgang der Geburtenziffer um etwa 50 Prozent spart das deutsche Volk jährlich die Hälfte der genannten Riesensumme von über 8 Milliarden Goldmark.

Der Krieg hat die Frauen rücksichtslos in das Erwerbsleben hineingezogen. Die Zahl der berufstätigen Frauen stieg gewaltig. Sie ist auch heute noch erheblich höher als vor dem Kriege. Die Steigerung der Produktion oder genauer die nach Überwindung der deutschen Wirtschaftskrisis mögliche Steigerung der Produktion durch vermehrte Frauenarbeit darf daher hier nicht unerwähnt bleiben.

Diese kleine Zusammenstellung zeigt uns, daß die Niederlage nicht nur Passivposten in unseren Finanzen geschaffen hat, sondern auch sehr erhebliche Aktivposten und daß daher die Frage, ob wir bezahlen können, ehrlich bejaht werden kann, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen, ein

Problem, das wir selbstverständlich nicht allein von uns aus lösen können, an dessen Lösung wir aber ein größeres Interesse haben als irgend ein anderes Volk.

Nachdem wir nachgewiesen haben, daß wir zahlen müssen, daß wir auch zahlen können, wird die Frage zu beantworten sein, wie viel wir zahlen können.

Morgen wird uns ja gesagt werden, wieviel wir nach Ansicht der Entente zahlen können. Sie hat herausgefunden, wieviel aus dem deutschen Volk herausgepreßt werden kann, ohne daß die deutsche Wirtschaft vorzeitig, d. h. vor gänzlicher Tilgung der Schuld zusammenbricht. Ob nach der Zahlung nur mehr ein Trümmerhaufen übrig bleibt, wird der Entente wohl gleichgültig, unserem Nachbar sogar willkommen sein.

Auf die Frage, wieviel wir zahlen können, haben wir (die deutschen Regierungen) bisher geschwiegen. So sind wir auch kaum noch gefragt worden. Man wird uns die Summe diktieren, ohne irgend welche Begründung wird man einfach die Summe nennen. Das ist sehr zu bedauern. Es wird so viel im Deutschen Reich geschwätzt. Getrost hätten wir uns auch etwas mit der Reparationsfrage in der Öffentlichkeit beschäftigen können! Vieles konnte hier gesagt werden, was die maßgebenden Kapitalisten in der Entente und in Amerika nicht gerne hören. Allein schon die Erörterung der Frage:

Was ist eine Goldmark?

Oder wie kann Deutschland sich das zu den Reparationen nötige Geld verschaffen, wenn die Amerikaner dieses Gold, wie sie es z. B. jetzt tun, in ungeheuren Beträgen einschließen, um den Preis dieses Goldes zu heben? Mit diesen Fragen konnten wir die amerikanischen Kapitalisten, die schon jetzt ihre Weltherrschaftsträume in Wirklichkeit sich verwandeln sehen, zur Verzweiflung bringen. Wir konnten ihnen damit drohen, daß, wenn sie sich nicht manierlicher in der Angelegenheit des allgemeinen Schuldennachlasses benehmen würden, wir in breiter Öffentlichkeit die Goldwährung kritisieren würden. Wir konnten aber noch viel mehr tun, um diese Amerikaner und Ententekapitalisten einzuschüchtern. Wir wissen, welche blasse Furcht ihnen allen in die Glieder fährt, wenn vom Bolschewismus die Rede ist. Nun ist aber das, was wir werden tun müssen, um die ungeheuren Summen aufzutreiben, die wir zu zahlen haben werden, in gewissem Sinne nichts anderes als Bolschewismus, als Reparationsbolschewismus. Wir konnten also der Entente sagen: Je mehr ihr uns bedrückt, um so mehr werden unsere finanziellen Maßnahmen bolschewistischen Charakter annehmen müssen. Bedenkt, welches Beispiel wir euren proletarischen Massen geben werden! Was wir heute auf euren Befehl für Reparationszwecke tun müssen, dasselbe werden die proletarischen Massen in London, Paris und Mailand morgen für die Besserung ihrer eigenen Lage fordern. Unter dem Drucke eurer Bajonette werden wir die praktische Frage zu lösen haben, die die Sozialisten bisher nicht lösen konnten, nämlich: wie kön-

nen wir, ohne den Wirtschaftsbetrieb zu gefährden, den Kapitalgewinn konfiszieren? Denn dieses Problem ist das aller Phrasen entkleidete Reparationsproblem. Der Unterschied ist nur der, daß wir den Kapitalgewinn für Reparationszwecke konfiszieren müssen, während eure Proletarier den Kapitalgewinn zur Besserung ihrer Lage verlangen. Ihre dahin strebenden Versuche scheiterten bisher immer an der Unmöglichkeit, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir in Deutschland werden ihnen den Weg dahin weisen. Je größere Summen ihr von uns fordert, um so lehrreicher werden unsere Finanzmaßnahmen für eure Proletarier sein. Bedenkt das! Mehr sagen wir nicht. Ohne Finanzbolschewismus keine Reparationen. Mit Finanzbolschewismus aber zeigen wir dem Proletariat aller Länder den Weg, sich von der Herrschaft des Kapitalismus zu befreien. Und diese Befreiung bedeutet das Ende eurer Herrschaft, bedeutet auch eine Verbrüderung des internationalen Proletariats, bedeutet also letzten Endes einen Strich durch alle internationalen Schulden, mit Einschluß der Reparationsschulden.

Da wir die Gelegenheit verpaßt haben, mit den Franzosen und Amerikanern in dieser Weise das Reparationsproblem zu besprechen, so wird die Entente ganz naiv und brutal, ohne von des Gedankens Blässe sich ankränkeln zu lassen, nun das entscheidende Wort in der Reparationsfrage sprechen. An eine irgendwie erhebliche Ermäßigung der ursprünglichen Summe ist kaum zu denken. Denn jeder Abstrich von den Forderungen muß sich umsetzen in erhöhte Steuern in Frankreich oder in Amerika. Kein Staatsmann wird es aber in Frankreich und in Amerika wagen dürfen, Steuern mit der Begründung auszuschreiben, daß mit ihrem Ertrag die deutschen Steuerzahler entlastet werden sollen. *Poincaré* weiß, daß er, wenn er keine Wähler – das ist die große Masse der kleinen Bauern – mit Steuern bedroht, keine Macht verliert. Wie sehr *Poincaré* sich scheut, die Bauern zu besteuern, ersieht man daran, daß er es vorzieht, die Notenpresse zu mißbrauchen, und das jetzt, nachdem alle Welt beobachten konnte, welche Verheerungen dieses Mittel in Deutschland angerichtet hatte.

Die Rücksicht auf die Bauern geht also *Poincaré* über alles, auch über das Mündelgeld und das Geld der Sparkassen. Und diese Rücksicht wird ihm die Kraft geben, allen etwa von Amerika kommenden Ermahnungen zu einer vernünftigen Abschätzung der deutschen Reparationskraft zu widerstehen. Gibt aber *Poincaré* in dieser Angelegenheit nach, dann hat gleich sein Nachfolger in der Kammer die folgenden Fragen zu beantworten, die ihm die Vertreter der Bauern und der Proletarier stellen werden:

„Alle deutschen Reichskanzler haben der Reihe nach ihren Willen zur Erfüllung nach Möglichkeit beteuert. Kann uns der Herr Minister sagen, wie er das Wort „nach Möglichkeit“ auffaßt, und welche Erklärungen zu diesem entscheidenden Wort man ihm auf seine Anfrage in Berlin gegeben hat? Ist es nach Meinung des

Herrn Ministers in der Ordnung, daß es in Deutschland Leute gibt, die von ihren Renten leben, während wir, das siegreiche Volk Frankreichs, in der überwältigenden Mehrheit schwer für des Tages Notdurft arbeiten müssen? Wir hier, das Volk des revolutionären Frankreich, der Sansculottes und der Roturiers, die sich auf revolutionärem Wege befreit haben, fragen an, ob das deutsche Volk nicht bezahlen könnte, wenn es, wie wir es getan haben, sich der Herren auf dem Wege der Revolution entledigen würde, und ob wir als Gläubiger des deutschen Volkes die Reparationen nicht an die Stelle jener Herren setzen auf dem deutschen Grundbesitz, die Rechte der Grundbesitzer oder die Rechte unseres siegreichen Militärstiefels? Unser durchschnittliches Einkommen in Frankreich beträgt X-Franken. Hält es der Herr Minister für in der Ordnung, daß es in Deutschland noch immer Leute gibt, die ein größeres Einkommen als diese X-Franken haben, und die trotzdem behaupten, daß sie für Reparationszwecke „nach Möglichkeit“ bezahlen? Was heißt möglich? Wieviel Steuern kann nach Ansicht unseres Ministers in Deutschland überhaupt ein Herr *Stinnes*, ein Graf *Schaffgotsch*, ein Fürst *Pleß* zahlen, überhaupt alle, die in Deutschland ein anderes Einkommen haben als Arbeitseinkommen? Wir Roturiers und Sansculottes deuten das Wort des Reichskanzlers, daß er „nach Möglichkeit“ die Reparationen zahlen will, in der Weise, daß in Deutschland alles Einkommen, das dasjenige der Sansculottes und Roturiers übersteigt, der Reparation verfallen ist und daß die Finanzkontrolle in erster Linie auf dem Wege der Konfiskation des arbeitslosen Einkommens die Mittel für die Reparation aufzutreiben hat. Wir geben gern zu, daß das deutsche Proletariat nicht die Kraft hat, die Kapitalisten und die Reparation zu tragen. Eine dieser Lasten muß es abschütteln. Braucht das deutsche Proletariat zu dieser Abschüttelung unsere Bajonette, gut denn, so stelle man sie ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung. Und dann wollen wir mit dem deutschen Volk das Verbrüderungsfest feiern, das uns besser vor neuen Weltkriegen schützen wird, als die jetzt betriebenen wahnsinnigen Rüstungen. Dem Herrn Minister aber verweigern wir glatt jede Steuer, die zum Zweck hat, uns zu belasten, um in Deutschland den Beziehern der Grundrenten und der Dividenden die Reparationslasten zu erleichtern. Kann sich der Herr Minister nicht zu dieser Auffassung aufschwingen, schont er lieber die deutschen Hobereaux als uns, weil er sich mit diesen Herren mehr verwandt fühlt als mit uns, nun, so muß er fort, und wir setzen einen Mann an seine Stelle, der unsere Reparationsrechte zur Unterstützung der deutschen Revolution auszunutzen weiß.“

Noch wird in Frankreich öffentlich nicht so geredet. Noch nicht. Aber auf dem Wege dahin ist man. Und in Deutschland auch. Die Dinge nehmen immer den Weg der in ihnen selbst liegenden Richtlinien. Nicht immer auf geradem Wege, nicht immer auf dem kürzesten und darum auch billigsten Weg. Man kann den Ablauf vom geraden Weg abbiegen. Aber jeder Umweg ist ein Holzweg, und am Ende aller

Holzwege steht das Kommando: Zurück auf den Ausgangspunkt! Und dieser Ausgangspunkt ist für Deutschland die Frage, wie wir die Kerls los werden, die uns am Kragen halten und Reparationen von uns fordern. Seit fünf Jahren suchen wir auf Holzwegen der Reparation aus dem Wege zu gehen. Und seit fünf Jahren führen uns die Franzosen von diesen Holzwegen immer wieder zurück auf die gerade Straße, mit Gewalt und Kolbenstößen. Wie diese Kolbenstöße schmecken, wissen die 1000 Gefangenen, die sich im Ruhrgebiet gegen die Bedrücker aufzulehnen suchten. Weiß vielleicht auch Herr *Krupp Bohlen*. Sollen wir uns noch weiter dem Zwang zu entziehen suchen? Daß dies Blödsinn ist, das hat der „Erfolg“ des passiven Widerstandes wohl klar genug gezeigt. Auf 20 Milliarden Goldmark schätzt man den Schaden, den der Holzweg an der Ruhr uns bisher gekostet hat. Allein den in Geld ausdrückbaren Schaden. *Krupp* schätzt den persönlichen Aufenthalt im Zuchthaus vielleicht noch einmal auf 20 Milliarden. Und noch höher schätzen manche das allgemeine Gelächter ein, das der passive Widerstand in der ganzen Welt ausgelöst hat. Der Unsinn wurde möglich, weil die sozialdemokratischen Führer mitmachten. Für weitere solche Aktionen aber werden sich die Arbeiter nicht mißbrauchen lassen. Dann kommt der Tag, wo sich die Arbeiter an die Franzosen direkt wegen der Reparation wenden werden, wie sich die Herren von der Industrie bereits direkt wegen der Reparation mit den Franzosen in den Micumverträgen verständigt haben. Dann aber laufen die Dinge den geraden Weg des Reparationsbolschewismus unter dem Schutze der französischen Bajonette, wie ich ihn vorhin skizziert habe.

Daß das nicht der ideale Weg ist und auch nicht der billigste Weg der Befreiung, wird jeder zugeben müssen. Aber es kommt mit Bestimmtheit dahin, wenn wir nicht selbst die Reparationsfrage aus der Welt schaffen und der Finanzkontrolle dadurch entgehen, daß wir selbst die entscheidenden finanziellen Maßnahmen ergreifen. Der Name dieser finanziellen Maßnahme heißt „Sachwertsteuer“. Meine Freunde und ich selbst haben sich gleich von Anfang an eingehend mit der Sachwertsteuer und ihrer Praxis beschäftigt und sie in Gesetzesform gebracht. Dieser Gesetzentwurf sieht eine Sachwertsteuer von 75 Proz. von allem mobilen und immobilien Kapital vor. Die Sachwerte werden unmittelbar belastet. Die darauf etwa ruhenden Privatschulden, Obligationen, Hypotheken, Wechsel, kann der Schuldner zu 75 Proz. auf die Gläubiger abwälzen.

Mit dieser Sachwertsteuer werden die Reparationen unmittelbar auf das Privatkapital abgewälzt und belasten somit den Etat nicht mehr. Die Bemessung mit 75 Proz. ist darum so hoch gegriffen worden, damit:

1. kein Zweifel mehr bestehen kann, daß der Ertrag für den Zweck ausreichen muß, und daß darum eine zweite Nachsteuer überhaupt nicht in Frage kommen kann. Die Wichtigkeit dieses Umstandes kann gar nicht hoch genug eingeschätzt

werden: denn erst dann, wenn alle im Deutschen Reich sich vor Sachwertsteuern sicher wissen, wird die uns alle mit dem Untergang bedrohende Kapitalflucht ein Ende nehmen. Sobald die Sachwertsteuer einmal beschlossen ist und jeder überzeugt ist, daß sie genügend hoch bemessen wurde, hat die Kapitalflucht keinen Sinn mehr. Die bereits geflüchteten Kapitalien werden wiederkehren, zwar nicht, um sich nachträglich der Steuer zu unterwerfen, aber doch, um sich der Wirtschaft werbend zur Verfügung zu stellen.

2. Der Satz von 75 Proz. wurde als nötig befunden, weil so über den Bedarf der Reparationen hinaus noch ein Überschuß erwartet werden kann, der für eine Aufwertung der Papiervermögen sowie für eine billige Unterstützung der sonstigen finanziellen Kriegesopfer herhalten kann. Wir denken hier in erster Linie an die 22 Millionen Sparkassenbücher mit 18 Milliarden Goldmark, an die Besitzer der mündelsicheren Papiere usw.

Die Frage nun, wieviel eine solche Sachwertsteuer von 75 Prozent heute abwerfen dürfte, läßt sich nicht beantworten. Sogar eine Schätzung ist nicht möglich, wenigstens nicht in Goldmark, d. h. in dem Geld, das für die Reparationen uns vorgeschrieben wurde. Wir wissen über die künftige Entwicklung der Goldpreise der Waren absolut nichts. Vor dem Krieg kostete ein Pfund Butter 1,30 M., d.h. 0,48 Gramm Feingold, und jetzt kostet es 0,83. Mit vielen anderen Waren verhält es sich ebenso. Der Goldmarkindex von heute steht 60 Prozent über dem Friedensindex. In Butter berechnet verlangen die Reparationen von uns zum Vorkriegspreis 100 Milliarden Pfund Butter und zum jetzigen Preis nur 50 Milliarden Pfund. Wenn die Lohnverhältnisse sich nicht geändert haben, dann müßte somit ein Acker, der vor dem Krieg 1000 Mark Butter lieferte, heute doppelt so viel Grundrente abwerfen wie vor dem Krieg. Das bedeutet aber nicht, daß dieser Acker heute beim Verkauf den doppelten Preis erzielen würde. Denn heute muß man mit einem viel höheren Zinsfuß kapitalisieren. Der Acker dürfte trotz doppelter Rente keinen höheren Preis erzielen wie vor dem Krieg, wobei natürlich die erwartete Reparationshypothek vom Preis in Abzug zu ziehen wäre. Für die Sachwertsteuer kommt aber nicht der Preis des Ackers in Betracht, sondern die Grundrente. Wenn diese doppelt so hoch wäre als vor dem Kriege, so wäre dies eben maßgebend für die Höhe der dem einzelnen Acker aufbrummbaren Sachwertsteuer.

Über die künftige Entwicklung der Löhne können wir gar nichts sagen. Das heißt aber so viel, daß wir auch nicht sagen können, wieviel Grundrente ein Acker abwerfen wird, denn die Grundrente ist das, was vom Arbeitsprodukt übrig bleibt, nachdem der Lohn bezahlt worden ist. Vor dem Kriege kamen scharenweise polnische und galizische Landarbeiterinnen. Ob sie wiederkommen werden? Ob die erstarkende russische Landwirtschaft sie nicht an sich ziehen wird? Dann müßten die deutschen Grundbesitzer diese fehlenden Arbeitskräfte durch höhere Löhne

anzulocken suchen. Das würde auf die Grundrente drücken und damit die steuerliche Tragkraft herabsetzen.

Über die künftige Gestaltung des Zinsfußes kann man auch nichts prophezeien. Wenn es gelingt, die Weltwirtschaft wieder in Gang zu setzen, dann mag die gewaltige Lücke, die der Krieg in das Kapital gerissen hat, bald wieder aufgefüllt werden. Unter dem Drucke größeren Kapitalangebots wird dann der Zinsfuß wieder auf sein historisch normales Maß von 4 – 5 Prozent sinken. Bis dahin muß die höhere Belastung der Wirtschaft durch den Zins von der Grundrente getragen werden. Entsprechend nimmt die Tragkraft des Bodens für Steuerlasten ab.

Wir sehen also, daß alle drei Elemente der Grundrente: die Währung, der Lohn, der Zins vollkommen unsicher geworden sind und daß es daher unmöglich geworden ist, eine Schätzung oder gar eine Berechnung des Bodenvermögens vorzunehmen, ohne sich der Gefahr einer großen Über- oder Unterschätzung auszusetzen.

Diese Überlegung wird jeden, der die Gefahr erkannt hat, die für das deutsche Volk eine etwa zu kurz bemessene Sachwertsteuer mit sich führt, zu der Erkenntnis bringen, daß man mit dem Satz für die Sachwertsteuer überhaupt nicht zu hoch greifen kann und daß allein der Umstand, daß die Sachwertbesitzer das Interesse an der Bewirtschaftung ihres Kapitals verlieren könnten, davon abhalten soll, die Steuer auf 100 Prozent zu bemessen. Man könnte ja, wenn sich dann Überschüsse zeigen, Rückzahlungen vornehmen, die sicherlich noch freudiger aufgenommen werden, als damals der verlorene Sohn. Ich will aber hier nochmals darauf aufmerksam machen, daß, solange die ausgeschriebene Sachwertsteuer nicht allgemein als ausreichend angesehen wird und man darum mit einer Nachschur, mit einer zweiten Sachwertsteuer rechnen muß, die Kapitalflucht ihren verderblichen Fortgang nehmen muß und daß dann auch ferner niemand im Deutschen Reich daran denken wird, Ersparnisse zu machen. Man spart doch nicht für erwartete Sachwertsteuern. Wie sollen sich aber die Sparkassen wieder füllen, wie soll der heutigen Kreditnot abgeholfen werden, wenn der Sparsinn privatwirtschaftlich zu Unsinn wird und wenn die, die Kredit geben könnten, lieber das Kapital ins Ausland schicken?

Also noch einmal: bei Bemessung der Sachwertsteuer unter keinen Umständen zu kurz messen!

Nach diesen Vorbemerkungen will ich versuchen, Ihnen wenigstens ein Bild zu geben, wie man heute den Ertrag der Sachwertsteuer zu errechnen hätte, unter der Annahme, daß die Produktivkraft der menschlichen Arbeit dieselbe geblieben sei, daß der Ackerboden seine ursprüngliche Fruchtbarkeit wieder erhalten wird, daß die Löhne auf den früheren Stand zurückpendeln werden, daß die Goldpreise der Waren den jetzigen Stand behalten, der im Durchschnitt 60 Prozent höher ist als der Friedensstand, daß der Zinsfuß wieder mit der Zeit auf 4 bis 5 Prozent zurück

fallen wird und daß schließlich die Weltwirtschaft wieder in Vollbetrieb gesetzt werden kann.

Helfferrich veröffentlichte kürzlich eine Schätzung des deutschen „Volksvermögens“, wie er das Ding nennt. Schon diese ganz unsinnige Bezeichnung „Volksvermögen“ muß uns stutzig machen. Volksvermögen wäre ein Ding, das uns allen gehört. Denn unter „Volk“ versteht man doch etwas, was in irgendeiner Beziehung zusammengehört. Wo ist aber das gemeinsame Vermögen des Volkes? Volksvermögen ist das Vermögen des kommunistischen Staates, nicht das Vermögen einer kapitalistischen Wirtschaft, wo der eine auf Kosten des anderen lebt und wo das Vermögen als Ausbeutungsinstrument benutzt wird. Nicht einmal das Staats- und Gemeindevermögen kann als Volksvermögen angesprochen werden. Dem Proletarier, der in eine reiche Gemeinde zieht, wo, statt daß Steuern erhoben werden, aus den Gemeindebesitzungen Renten an die Einwohnerschaft verteilt werden, wie das mancherorts noch heute der Fall ist, kommen alle diese Vorteile bei den Lohnverhandlungen, beim Mietvertrag zur Verrechnung. Wenn es aber keine Volksvermögen gibt, so gibt es auch keine Volksschulden, denn kein Proletarier wird sich jemals etwas vom Lohn kürzen lassen, weil etwa die Gemeinde Schulden gemacht hat, die verzinst werden müssen. Der Lohn ist in reichen wie in armen Gemeinden der gleiche. Gemeindeschulden wie Gemeindevermögen bilden integrierende Bestandteile der privaten Grundrente.

Statt von „Volksvermögen“ zu reden, hätte *Helfferrich* also von dem im Deutschen Reich werbenden, zinswerbenden, wuchernden Vermögen reden sollen. Das wollte er aber nicht, denn dann hätte er zugegeben, daß die Reparationen zwar das Vermögen im Deutschen Reich berühren, aber nicht das Volk als Ganzes, daß also die Reparationsfrage keine Volksangelegenheit, sondern eine interne Angelegenheit der Kapitalisten, und zwar in erster Linie der Grundbesitzer, ist. Mit solcher Unterscheidung kann man aber nicht in Volksversammlungen für die Ruhrpolitik, überhaupt für die Politik der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei krebsen gehen. Wer dem Proletarier die Wahrheit sagt und ihn darauf aufmerksam macht, daß ihn als Paria die Reparationsfrage überhaupt nichts angeht, daß sein Anteil am Volksvermögen darin besteht, daß er den Zins dieses Vermögens für den Genuß der Kapitalisten aufzubringen hat, daß das, was für Reparationskonto vom Deutschen Reiche geleistet wird, nicht von seinem Arbeitsertrag abgeht, sondern vom Einkommen der Kapitalisten, daß er in jeder Beziehung in der Reparationsfrage die Rolle des Zuschauers, die Rolle des Pächters spielt, der doch auch nicht darum zu höheren Pachtzinsen zu bewegen ist, weil etwa der Grundbesitzer einer Erbschaftsteilung wegen mehr Hypothekenzinsen zu zahlen hat, arbeitet der Politik dieser Parteien direkt entgegen.

Wie wäre es denn, wenn die Proletarier *Helfferrich* beim Worte nehmen würden,

wenn die Tausende von Auswanderern die Lösung ihres Verhältnisses zum „Volksvermögen“ durch Einforderung ihres Anteils gerichtlich vorzunehmen versuchte? Würde nicht *Helfferrich* selbst die Dummköpfe auslachen?

Wer vom „Volksvermögen“ spricht, der wird, wenn er den Begriff öffentlich zu klären unternimmt, selbstverständlich die politischen Gesichtspunkte nicht vergessen, die ihn bei der Wahl des betrügerischen Ausdrucks „Volksvermögen“ leiteten. Wissenschaftlich wird seine Arbeit wertlos sein. Und so ist es auch *Helfferrich* ergangen bei seiner Berechnung des deutschen „Volksvermögens“. Ich werde auf diese Berechnungen *Helfferrich* etwas näher eingehen, weil sie uns die schwierigste Seite der Reparation zeigen werden. Nicht die Frage, ob wir zahlen müssen, wieviel wir zahlen müssen, ob wir zahlen können, und wieviel wir zahlen können, bildet den Kernpunkt des Reparationsproblems, sondern die Frage, wie wir die politischen Voraussetzungen schaffen werden, um das durchzuführen, was für die Erfüllung als notwendig erkannt werden wird.

Wenn die Politik ihre schmutzigen Fälscherhände schon bei der Berechnung des Tragkörpers der Reparationszahlungen im Spiele hat, wieviel schwerer wird dann die Aufgabe sein, politisch die Verteilung der Reparationslasten auf die einzelnen Kapitalisten vorzunehmen! So lange die Kapitalisten der Meinung waren, daß die Reparation ganz oder zum guten Teil auf das Proletariat, auf die misera plebs contribuens abgewälzt werden könne, konnte es nicht zum Streit zwischen den Kapitalisten selber kommen. Sobald es ihnen aber dämmern wird, sobald sie sehen werden, daß die Arbeiter sich durch Auswanderung dem Reparationsdruck entziehen können, daß die besten Arbeiter, vornehmlich die geschulten, die Ingenieure, Architekten, die Chemiker, Gewerkschaftssekretäre die ersten sind, die auf alle Reparationen pfeifen und im Ausland, in der Tscheche-Slowakei, in Rußland, in Jugoslawien, in Polen, in Spanien, in Ägypten, in der Türkei und in China neue Unternehmungen gründen werden, dann wird es ihnen klar werden, daß die Reparationsfrage doch am Ende nur eine interne Angelegenheit der deutschen Kapitalisten ist und dann wird der Streit ausbrechen. Schade nur, daß dieser Streit nicht wie ein Boxerkampf auf einer öffentlichen Tribüne ausgefochten wird, wir könnten sonst an Eintrittsgeldern von den in Scharen von Amerika kommenden Zuschauern genug Eintrittsgelder erheben, um damit allein die Reparationen zu zahlen.

Niemals ist mit solcher blinden Wut, mit so echtem, tief begründetem Haß gekämpft worden, wie in dem Kampf, der nun bald ausbrechen wird zwischen den deutschen Kapitalisten, wenn die

Verteilung der Reparationslasten

vorgenommen werden soll. Hier wird der furor teutonicus einmal Gelegenheit haben, sich in seiner ganzen barbarischen Größe zu zeigen. Aber nicht nur die

Freunde der Boxerkämpfe werden auf ihre Rechnung kommen. Auch alle, die Sinn für den humor teutonicus haben, werden nicht zu kurz kommen, namentlich wenn die Beobachtung gemacht wird, daß alle Wurfgeschosse der Kämpfer zum Bumerang werden und mit tödlicher Sicherheit immer und immer wieder nichts anderes treffen als die eigene Nase.

Schon jetzt geben die Agrarier bekannt, daß sie die ihnen zugedachten Steuern durch Schutzzölle auf die Massen abzuwälzen beabsichtigen, eine Politik, die nur den Erfolg haben kann, daß die Arbeiter erst recht zahlreich zum Wanderstabe greifen werden und daß, um sie davon abzuhalten, die Unternehmer höhere Löhne anbieten müssen. Um diese höheren Löhne herauszuwirtschaften, werden die Unternehmer ebenfalls Schutzzölle für die eigenen Produkte fordern. So werden also die deutschen Unternehmer und Landwirte sich gegenseitig durch zollgeschützte Preise auszubeuten versuchen, was für sie dann so viel bedeutet, wie wenn zwei Spitzbuben sich gegenseitig betrügen. Der deutsche Bauer wird die Erzeugnisse der deutschen Industrie zu höheren Preisen bezahlen müssen als der ausländische Bauer, was dann die Wettbewerbsfähigkeit der ausländischen Bauern wieder umso mehr stärken wird. Und der deutsche Bauer wird diese Lasten wieder auf die Unternehmer durch den Schutzzoll abwälzen, wodurch auch dieser wieder gegenüber den ausländischen Unternehmern an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen muß. So werden sich die Kraut- und Schlotbarone den Zolltarif gegenseitig zuwerfen, wie Kinder sich die Bälle zuwerfen. Geholfen wird keiner der beiden Parteien. Und übrig bleibt nur die Rechnung der Zollspesen, die dann auch noch von den Kapitalisten zu bezahlen sein wird.

Man wird vielleicht einwenden, daß unsere Unternehmer und Landwirte für derartigen Blödsinn doch schon zu klug geworden sind. Dann aber fragt man, wie es kommt, daß jetzt schon in den agrarischen Blättern von der Wiederherstellung der Grenzsperr für das ausländische Vieh und Getreide geredet werden kann? Klug macht nur die Erfahrung, und die Erfahrung haben die alten Leute und die Alten nehmen ihre Erfahrung mit ins Grab. Übrig bleiben also immer nur die Unerfahrenen, die Dummen. Auch die künftige Zollpolitik wird wieder von den Unerfahrenen beherrscht bleiben, von denen wir wissen, daß sie Jahrzehnte lang Ausfuhrprämien duldeten für den deutschen Zucker, der infolgedessen jahrzehntelang im Ausland billiger verkauft werden konnte als im Inland, daß im Deutschen Reich jahrzehntelang eine Ausfuhrprämie von 55 Goldmark bezahlt wurde für das deutsche Getreide, zu einer Zeit, wo Deutschland einfuhrte. Die Dummen werden also wirklich nicht „alle“.

Wenn sich das deutsche Volk Liebesgaben und Sperrzölle gefallen läßt, so können wir uns vorstellen, zu welchen zolltechnischen Komödien und Tragödien es kommen wird, wenn sich die Kapitalisten gegenseitig mit Reparationszöllen bom-

bardieren werden. Als der Hauptmann von *Köpenick* durch seinen Streich die Hohlheit des bürokratischen Apparates offenbarte, lachte die ganze Welt über Deutschland. Als Deutschland den Franzosen an der Ruhr mit dem passiven Widerstand entgegentrat, lachte die ganze Welt noch einmal über die, wie es scheint, grenzenlose deutsche Dummheit. Und zum dritten Mal wird sich die Welt den Bauch vor Lachen halten, wenn es dem Kampfe zusehen wird, den die deutschen Kapitalisten unter sich führen, um die Reparationslasten von sich abzuwälzen. Die Lächerlichkeit aber tötet.

Deutschland wird an den Reparationen zugrunde gehen, und zwar nicht darum, weil Deutschland diese Lasten nicht tragen kann, sondern weil in Deutschland jeder versuchen wird, die Lasten auf andere abzuwälzen und weil diese Versuche das deutsche Volk mit der Zeit in ein Volk von Lügnern und Betrügern verwandeln, die tollsten, lächerlichsten gesetzlichen Maßnahmen veranlassen wird, noch toller, noch lächerlicher als alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben: Zuckerausfuhrprämien, Roggenausfuhrprämien, Mieterschutzgesetze, Papiergeldwirtschaft, Planwirtschaft, Betriebsrätegesetze, Achtstundentag, Devisenkontrolle, Staatsopern, Lohnsteuern, um nur einiges zu nennen. Auf diesem Wege werden wir weiter wursteln, geleitet von dem Gedanken, daß am Ende doch ein anderer die Reparationslasten wird bezahlen müssen. Dieser Weg aber ist der Weg der Schwindsucht, der volkswirtschaftlichen Schwindsucht, der Auszehrung, die langsam aber sicher das zu Wege bringen wird, was andere mit Zusammenbruch und Untergang bezeichnen. Es ist der Weg, den wir seit Kriegsende gehen.

Ich will nun noch die Vermögensberechnungen *Helfferrichs*, des legitimen Vaters der Papiergeldwirtschaft und des putativen Vaters der jetzigen Rentenmark näher untersuchen, von *Helfferrich*, der gleich zu Anfang seiner Ausführungen behauptet, daß das deutsche Geldwesen vor dem völligen Zusammenbruch durch die Rentenmark gerettet wurde. Für *Helfferrich* war es noch kein völliger Zusammenbruch der Währung, daß man zuletzt für eine Goldmark eine Billion Papiermark bezahlte, also in Noten zu 1 Mark und zu 2 Gramm Gewicht eine Papiermasse von 200 000 Eisenbahnwagen für eine einzige Goldmark.

Helfferrich berechnete seinerzeit das deutsche „Volksvermögen“, also das Vermögen, das in Deutschland werbend und wuchernd angelegt war, mit 310 Milliarden Mark. Das war vor dem Krieg, als es noch keine Reparationsfrage gab, wo es aber doch schon politisch gefährlich sein konnte, dem Volk der Proletarier die Summe zu nennen, die es jährlich zu verzinsen hatte. Die Sozialdemokraten konnten an der Hand dieser Ziffer den Arbeitern nachweisen, daß die Kapitalisten dem natürlichen Lohn der Arbeiter einen jährlichen Abzug machten, den sie selbst mit 4 Proz. von 310 Milliarden, also mit 12 Milliarden und 400 Millionen Goldmark berechneten. Denn *Helfferrichs* Kapitalisationsrate war 4 Proz. und 4 Proz. von 310 Milliarden

geben 12 400 Millionen Mark Zinsjährlich. *Helfferrich* als ein prominenter Vertreter des Kapitals hatte also kein Interesse daran, die Summe des in Deutschland werbenden Vermögens größer anzugeben, als sie in Wirklichkeit sein mochte. Es lag sicherlich in der Trift seiner Gedanken, überall, wo er zu wählen hatte, die kleinere Summe zu wählen, denn die kleinere Summe war das kleinere Übel. Hätte *Helfferrich* das von den Proletariern zu verzinsende Kapital auf Null herabschrauben können, er hätte das sicherlich mit Vergnügen getan. Und er hätte ebenso dazu geschmunzelt, wie es der Geheime Kommerzienrat *Deutsch* tat, als er in einem Aufsatz 1921 nachwies, daß die Dividenden von 152 deutschen Aktiengesellschaften mit 1 Million und 332 000 Arbeitern nur 3,4 Proz. der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter ausmacht, so daß die Sozialisierung dieser Betriebe den Lohn von 100 auf 103,40 erhöht hätte, vorausgesetzt, daß mit solcher Sozialisierung die Produktivität der Arbeit dieselbe bleibt, was bekanntlich nicht zutrifft. *Deutsch* weiß sicherlich auch, daß die Ausbeutung des Arbeiters erst eigentlich anfängt, wenn der Arbeiter die Fabrik verläßt. Aber er überließ es den Sozialdemokraten seine Beweise zu entkräften, die die marxistische Theorie ad absurdum führten.

Wir nehmen also an, daß die Rechnung *Helfferrichs* mit seinen 310 Milliarden das Minimum dessen bildet, was man füglich zugeben muß, ebenso, wie die Vermögenserklärung der Steuerzahler als das Minimum zu betrachten ist. Und auf den Vermögenserklärungen basiert auch zum großen Teil die Schätzung *Helfferrichs*.

Von dieser Schätzung von 310 Milliarden hat nun *Helfferrich* sehr erhebliche Abstriche gemacht, so daß das Gesamtvermögen im Deutschen Reich jetzt nur mehr 150 Milliarden betragen soll.

Wenn das zuträfe, dann würde eine Sachwertsteuer in der Höhe, wie ich sie vorschlage, nämlich von 75 Proz., nur mehr 112 Milliarden abwerfen, sie würde in diesem Falle nicht einmal genügen, um die Reparationen zu zahlen, falls die Bonds in der Höhe von 3 Milliarden voll als Gegenwert angerechnet werden würden. Da aber eine Erhöhung der Sachwertsteuer über 75 Proz. kaum möglich ist, weil, wie ich bereits erwähnte, dann manche Grundbesitzer den Betrieb einstellen und diese der Steuerbehörde zur Verfügung stellen würden, als ein Mittel die Reparation zu sabotieren, so bliebe nichts anderes übrig als der Entente gegenüber sich endgültig zahlungs[un]fähig zu erklären und uns der Finanzkontrolle zu unterwerfen.

Aber die Summe von 150 Milliarden, die *Helfferrich* angibt, stellt nur eine Schätzung dar mit einer Reihe von völlig unbekanntem Größen. Von den Passivposten der deutschen Wirtschaft erwähnt er natürlich eine ganze Reihe. Von den Aktivposten, die ich zu Anfang nannte, weiß er überhaupt nichts. Natürlich kann er so schwarz in schwarz malen. In einer deutschnationalen Zeitung durfte er selbstverständlich nichts davon erwähnen, daß die Herabsetzung des Heeres von 900 000 Mann auf 100 000 ein volkswirtschaftlicher Aktivposten ist, den man nicht über-

sehen kann. Daß die deutschen Landwirte von den Hypothekenlasten durch die Papiergeldwirtschaft befreit wurden und daß es sich hier um vielleicht 50 Milliarden handelt, davon erwähnt er auch wieder nichts. Dafür aber vergißt er nicht vom deutschen „Volkvermögen“ einen Abstrich von 20-25 Milliarden zu machen für das im Ausland von den feindlichen Mächten beschlagnahmte Vermögen deutscher Staatsangehöriger. Für den Fall, daß diese 25 Milliarden in seiner eigenen Aufstellung von 310 Milliarden in Rechnung gebracht worden waren, wäre ein solcher Abstrich von der von ihm errechneten Summe natürlich am Platze. Aber was hat das Vermögen, das deutsche Staatsangehörige im Ausland angelegt haben, noch mit dem im Deutschen Reich angelegten Vermögen zu tun? Bezahlen denn diese armen Kapitalisten etwa doppelte Steuern, einmal in dem Lande, wo das Kapital angelegt ist, ein andermal dort, wo der Besitzer seinen Geburtsort hat? Die Vermögensobjekte, Liegenschaften, Häuser, die Ausländer in der letzten Zeit in Deutschland erworben haben, die streicht *Helfferrich* vom deutschen Vermögen, als ob diese Ausländer jetzt von den in Deutschland zu erhebenden Sachwertsteuern zu befreien sein würden. Da irrt er aber. Einen ganz dicken Fehler, der vielleicht auf seine unglückselige Währungslehre zurückzuführen ist, begeht *Helfferrich* dort, wo er eine Friedensgoldmark gleich einer heutigen Goldmark stellt. *Helfferrich* vergleicht unmittelbar die Vorkriegsgoldmark mit der heutigen Mark. Er sagt kein Wort davon, daß der Index der Goldpreise der Waren heute um 60 Prozent höher steht als vor dem Kriege, so daß zum Beispiel die Reparationsleistungen für uns durch diese Erhöhung der Preise nicht 132 Goldmark aus der Friedenszeit bedeuten, sondern nur 79 Milliarden, während umgekehrt die 310 Milliarden, die er als „Volkvermögen“ der Vorkriegszeit angibt, 434 Milliarden ausmachen würden. Das gibt dann allerdings ein ganz anderes Bild von der Reparation wie vom Tragkörper für die Last. Daß die Kurse der deutschen Aktien durch den hohen Zinsfuß gedrückt werden, erwähnt *Helfferrich* nicht, um die Tatsache auf Schwachköpfe wirken zu lassen, daß der Kurswert der deutschen Aktien von 32 Milliarden im Jahre 1913 auf heute 10 Milliarden Mark gesunken ist, obgleich die „Zahl“ der Aktiengesellschaften sich seitdem verdoppelt hat. *Helfferrich* vergißt, daß die Kapitalisationsrate sich verdreifacht hat, daß also eine Aktie heute die dreifache Dividende abwerfen muß, um den Kurs der Vorkriegszeit zu kaufen. Und auch das vergißt *Helfferrich* zu sagen, daß im Kurse der deutschen Aktien die Reparationssteuer bereits subsummiert ist. Daß sich das so verhält, würde gleich offenbar werden, wenn heute die Reparationssteuer beschlossen und eingetrieben würde. Obschon die Steuer durch Ausgabe junger Aktien, also durch Mehrung der Dividendenberechtigten erhoben wird, so würde das auf den Kurs kaum noch einen Einfluß ausüben, weil dieser Fall bereits vorgesehen wurde.

Für eine Wahlrede im Kreise von Sachwertbesitzern ist *Helfferrichs* Rechnung

sehr geschickt aufgeputzt. Nichts hört der Bauer lieber, als wenn man ihm heute vorrechnet, daß nicht nur seine Schulden, sondern auch seine Äcker, seine Kühe, seine Scheunen eigentlich nichts mehr sind, daß sie unsichtbar geworden auch für die Steuerbehörde, daß sie verhext sind, daß er ein armer Tropf ist und daß man sich eigentlich wundern muß, daß er nicht betteln geht.

Werfen wir einen Blick aus der Vogelperspektive auf das deutsche Land, um seine Tragfähigkeit zu ermessen. Das wird uns mehr sagen als Rechnungen mit der Schachtschen Goldmark, die heute groß, morgen klein sein kann, die von einem Tag zum ändern alle Berechnungen über den Haufen werfen kann, genau wie das mit der *Helfferichschen* Papiermark der Fall gewesen ist.

Wir sehen da zunächst ein Volk von 60 Millionen Menschen, durchweg fleißige, gut ausgebildete Menschen. Sie sind durch den langen Krieg etwas mitgenommen worden. Aber der Schaden ist wohl nur äußerlich. Die Lücken, die der Krieg in die Reihen der Männer riß, sind zum großen Teil wieder durch fünf Jahrgänge ausgefüllt worden. Was dieser Kriegsware an Qualität auch abgehen mag, an Leistungsfähigkeit, das wird mehr als wettgemacht durch die Arbeit der Frauen, die in gewaltiger Anzahl aus Not sich produktiver Tätigkeit zugewandt haben. Die Zahl der werktätigen Bevölkerung ist größer, nicht kleiner als in der Vorkriegszeit, wenn auch etwa die Gesamtzahl infolge des Geburtenrückgangs abgenommen haben mag. Aber dieser Geburtenrückgang bedeutet eine Stärkung, keine Schwächung der Leistungsfähigkeit der Erwachsenen.

Wir schauen ferner von unserer Vogelperspektive auf eine Bodenfläche von etwa 45 Millionen Hektar. Von dieser Fläche waren vor dem Kriege noch große Gebiete brach als Moor- und Ödland, die jetzt zum großen Teil urbar gemacht wurden. Durch Raubbau, durch scharfe Einschnitte in die Holzbestände mag der Ertrag dieser 45 Millionen Hektar immer noch beträchtlich hinter der Friedenszeit zurückgeblieben sein, aber diese Verhältnisse haben sich seit Schluß des Krieges ständig gebessert, bis auf diejenigen Gütern, deren Besitzer sich nicht sicher mehr auf ihrem Eigentum fühlen, teils, weil sie dem Bolschewismus nicht trauen, teils, weil sie als gute Rechenkünstler sich sagen, daß ein durch Raubbau zum Teil über die Grenze geschobenes und gerettetes Vermögen besser ist als ein in tadellosem Zustand befindliches Besitztum, das wegen dieses tadellosen Zustandes von den Steuerbehörden, event. auch von der Finanzkontrolle höher eingeschätzt und besteuert werden wird als ein ausgemergeltes Besitztum. Aber es ist sicher nicht die große Masse der Bauern, die so scharf zu rechnen versteht. Und darum brauchen wir diesen Umstand bei der Abschätzung der Gesamtfläche nicht allzu hoch in Rechnung zu stellen. Die Großgrundbesitzer werden sich wohl öfters sagen, daß sie besser tun, das für den Ankauf von Dungstoffen bestimmte Geld in Devisen anzulegen oder sich damit im Ausland anzukaufen für den Fall, daß es in Deutsch-

land drunter und drüber geht, und daß sie darum den während des Krieges erlernten Raubbau weiter betreiben werden. Die Besitzer solcher Güter sind es wohl gewesen, von denen *Helfferrich* sagt, daß der Ertrag pro Hektar von 24 Doppelzentnern im Jahre 1913 auf 14,2 im Jahre 1922 zurückgegangen sei.

Von unserer Vogelschau aus sehen wir ferner die Städte, die Fabrikanlagen, die Ströme, die Kanäle, die Eisenbahnen, die Häfen mit Tausenden von Dampfern, die Bergwerke, die langen Straßen, wo sich Laden an Laden reiht, einer immer reicher als der andere, die Schnellzüge, die nach einer Strecke von 1000 Kilometern pünktlich auf die Minute einlaufen, den Rauch von 1000 Essen. Auch hier sehen wir mancherlei Schäden, die man in Friedenszeiten nicht sah. Namentlich bei den Mietwohnungen sind diese Schäden für jedermann sichtbar. Immerhin die Dächer, die Mauern, die Fundamente sind in Ordnung. In der Hauptsache ist es der Anstrich, der fehlt, und wenn man hierfür etwa 10 oder 20 Prozent der Baukosten vom Gebäudekapital in Abzug bringen würde, so wäre das vielleicht schon viel. Um diese Schäden schnell zu beseitigen, brauchen wir aber nur die sogenannten Mieterschutzgesetze, die in Wirklichkeit nichts als Irrenhausgesetze sind, zu beseitigen. Dann wird sofort überall wieder gepinselt, gestrichen, tapeziert. Wie neu sähe Berlin schon jetzt aus, wenn die 100 000 Arbeitslosen, die man in den letzten Monaten zählte, in der Renovierung der Mietskasernen Beschäftigung gefunden hätten? Über den Zustand in der Industrie ist es schwerer, sich ein klares Bild zu machen. Die Industrie schreit nach Kredit, aber dieser Schrei ist nicht immer echt. Jeder, der die letzten 5 Jahre ausgenutzt hat, um Vermögensteile zu liquidieren und im Ausland in Sicherheit zu bringen, schreit nach Kredit, um die Liquidation fortsetzen zu können. Sobald aber die Sachwertsteuer ausgeschrieben sein wird und das über die Grenze geflüchtete Vermögen hier nichts mehr zu befürchten hat, dann wird dieses Geld in breitem Strome zurückfließen, und dann wird der Schrei nach Kredit wenigstens um die Stimme dieser Leute abflauen. Dies wird auch noch darum besonders stark sich bemerkbar machen, weil mit der endgültigen Regelung der Reparationsfrage und mit der Ausschreibung der dazu gehörigen Sachwertsteuer auch der Kredit des deutschen Kaufmannes im Ausland sich wieder einstellen wird, denn dann hat der ausländische Kreditgeber nicht mehr zu befürchten, daß sein Geld in die Reparationskasse wandert, d. h. daß er sein Geld verliert.

Deutschland verkaufte in der Vorkriegszeit seine Produkte im Ausland auf langfristiges Ziel. In der Textilbranche oft mit 6 und 9 Monaten Kredit. Die Rohstoffe dagegen kaufte Deutschland damals in der Regel noch gegen bare Kasse auf der Produktionsstätte. Nun aber die Mittel für solche Geschäftsusancen fehlen, so wird man umgekehrt verfahren müssen. Die Amerikaner, die Argentinier, die Australier werden die deutschen Industrieprodukte gegen bare Kasse kaufen und

ihre Produkte in Deutschland gegen 6 und 9 Monate Ziel verkaufen. Und der ausgezeichnete Ruf, den der deutsche Kaufmann im Ausland genoß und den er zum Teil über den Krieg hinaus gerettet hat, der wird bei diesen Kreditoperationen die größten Hemmungen überwinden und dieser Privatkredit von Mensch zu Mensch, von Erzeugern zu Verbrauchern, der wird in seiner Gesamtheit die lächerlich winzigen Summen, die das offizielle Deutschland im Ausland zur Zeit auszuschachten sucht, 100 fach übersteigen. *Schacht* wird uns einen amerikanischen Bankkredit von 100 Millionen Dollar verschaffen, wenn es so viel ist. Die Ausnutzung des Privatkredits der deutschen Kaufleute liefert eine Summe, die zusammen viele Milliarden Dollar betragen wird. Auch vergessen wir nicht, daß der deutsche Unternehmer für seine Fabrik kein Gold braucht und daß der Besitzer von Rohstoffen, der vor der Wahl steht, die Baumwollballen, die rohen Häute, das Getreide, die fetten Schweine entweder gegen Kredit zu verkaufen oder sie noch ferner jahrelang den Unbilden der Witterung auszusetzen, noch so leicht den Shylock spielen kann, wie der Besitzer von Gold und Devisen. Dieser pocht auf sein treues Gold, jener denkt an das, was mit seinen Ballen geschieht, wenn das Kreditgeschäft infolge seiner zu hohen Ansprüche sich etwa zerschlagen sollte. Auf jeden Fall werden die Kreditgeschäfte, die die deutschen Kaufleute und Unternehmer direkt abschließen, die deutsche Wirtschaft ungleich stärker entlasten und zu ungleich günstigeren Bedingungen, als die Geschäfte, die *Schacht* mit dem Börsenkönig *Morgan* abschließen wird.

Ich will hier diesen Überblick aus der Vogelschau abbrechen und will auch keine Zahlen nennen. So lange wir in Deutschland für uns die Währungsfrage nicht in dem Sinne einer Indexwährung lösen und so lange wir dem Gold nachlaufen wie junge Kötter ihrer Schwanzspitze, ist jede Berechnung der deutschen Leistungsfähigkeit reiner Unsinn. Es hieße der Goldwährung zu große Ehre antun, wenn ich hier die deutsche finanzielle Tragfähigkeit auch nur 24 Stunden im voraus in Gold abschätzen wollte. Aber soviel geht aus dem Gesagten hervor, daß, wenn die Weltwirtschaft durch Lösung des Valutaproblems wieder in Vollbetrieb gesetzt werden kann, Deutschland trotz und wegen des verlorenen Krieges wird bezahlen können und zwar nicht wenig. Wenn wir den Mut aufbringen, die Sachwertsteuer zu beschließen und die Reparationsfrage endgültig zu regeln, dann werden wir der Finanzkontrolle entgehen und in einer relativ kleinen Zeitspanne die ganze Last abgetragen haben. Finden wir den Mut nicht zu solcher heroischen Finanzpolitik, dann wird die Besetzung des deutschen Gebietes immer weiter gehen, der Kredit wird immer weiter eingeschränkt werden, die Kapitalflucht geht weiter, das Wirtschaftsgeschirr zerfällt, die deutsche Industrie kann wegen Minderwertigkeit der Produkte den Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht bestehen, sie kann dementsprechend nur schwache Löhne zahlen, die Auswanderung nimmt immer größere

Ausmaße an, im Ausland entstehen mit dem geflüchteten deutschen Kapital und mit den geflüchteten deutschen Arbeitern Konkurrenzunternehmen, und statt sich zu erholen, wird Deutschland immer weiter von der Schwindsucht zerstört werden. Und was soll es bedeuten jetzt mit Goldanleihen und Goldnotenbanken die Währungsfrage lösen zu wollen, jetzt wo die Reparationsfrage jeden Tag für die Notenbank dieselbe Situation schaffen kann, die 1914 die Kriegserklärungen für die Reichsbank schufen?

Von den Neuwahlen erwarten die rückwärts gerichteten Volkskreise einen entscheidenden Sieg. Dieser Sieg, so groß er sein wird, wird nichts entscheiden. Kein Mann der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wird sich unter den heutigen Umständen zur Regierung vordrängen. Wenn sie danach gestrebt hätten, dann wären die verschiedenen Putsche sicherlich gelungen. Aber die Putsche scheiterten an der Reparationsfrage. Und diese Frage können die Krebse nicht lösen, weder wirtschaftlich noch weltpolitisch. Weltpolitisch stehen die Deutschnationalen völlig isoliert da. Weit und breit ist niemand, der ihre Politik unterstützen wird. Wenn der Sachverständigenkommission, die morgen ihr Urteil der Welt verkünden wird, gesagt würde, daß wir in Deutschland eine deutschnationale Regierung gewählt haben, ja würde noch in letzter Stunde der ausgeklügelte Betrag der uns zgedachten Reparationssumme noch einmal verdoppelt werden, und der betreffende Brief würde uns gleich durch ein Kriegsschiff überbracht werden.

Aber auch wirtschaftlich vermag der rechte politische Flügel die Reparationsfrage nicht zu lösen, denn sie fordert die Selbstbesteuerung dieser Herrschaften in einer Höhe, die einer bolschewistischen Konfiskation, einem Harakiri bedenklich nahekommt. Ohne Erledigung der Reparationsfrage kann aber die Regierung auf keinem Gebiete nützliche Arbeit verrichten. Wir werden dann weiter wursteln, wie seit fünf Jahren. Und zwar so lange, bis es wieder zu einem neuen Ermächtigungsgesetz kommt. Da das uns morgen Mittag zugehende neue Reparationsdiktat von uns sicherlich schnelle Entschlüsse und heroische Finanzoperationen fordern wird, wenn die Finanzkontrolle ausbleiben soll, so wird unter Umständen bereits die erste Sitzung des neuen Reichstages sich mit einem neuen Ermächtigungsgesetz befassen müssen.

Aber was auch immer beschlossen werden wird – für Deutschland gibt es keinen anderen Rettungsweg als den der Erfüllung. Nicht durch Sabotage der Reparation, sondern durch die nötigen Sachwertsteuern werden wir uns befreien und für unsere Wirtschaft die Vorbedingungen schaffen, die da heißen:

Lösung der Wohnungsfrage;

Lösung der Valutafrage;

Beseitigung der Kreditnot;

Befreiung des Landes aus den Händen der Wucherer und zinsheischenden

Anleiher; Rettung des deutschen Volkes aus eigener, deutscher Kraft!

Wer betreibt im FFFB Weltanschauungspolitik?

Der FFFB braucht für seine Ziele die Einheitsfront aller Schaffenden. Die Einheitsfront der sich selbst mit dem Schimpfnamen „Proletarier“ bezeichnenden Massen der Industriearbeiter, verbreitet um die Massen des technischen und kaufmännischen „Personals“ (als Gegensatz zu Individuum ist der Ausdruck Personal ebenfalls als Schimpfname zu betrachten), der selbständigen Handwerker und Bauern und der Angehörigen der sogen, freien Berufe, sowie der Beamten. Das Wort „Einheitsfront“ bedeutet hier nicht, daß restlos alle hier Genannten sich dieser Einheitsfront anschließen müssen. Das wird nie möglich sein. Es gehört eine Portion Intelligenz oder Mutterwitz dazu, um das voll zu erfassen, was wir wollen. Wo dieser Mutterwitz fehlt, da bleiben Zweifel, erwächst sogar oft Feindseligkeit. Es ist aber auch nicht nötig, daß die Massen unser Ziel völlig durchschauen. Die Massen sind immer auf das Urteil ihrer Vertrauensmänner angewiesen. Und bei diesen Vertrauensmännern kann schon eher der nötige Mutterwitz vorausgesetzt werden. (Das Vertrauen erwirbt der Mann durch irgendwie überragende Eigenschaften. Der französische Kriegsminister ist z. B. 2 Meter hoch.)

Eine so breite Front, wie wir sie zu schaffen hoffen, wäre unmöglich, wenn sie auf Grund von Weltanschauungs- und Kulturforderungen zusammengebracht und zusammengehalten werden müßte. Denn immer beginnt der Streit dort, wo das Wissen aufhört und der Glaube beginnt, sofern man diesen Glauben zu irgend einem Vorhaben braucht. Der FFFB aber braucht zum Glück für die Aufrechterhaltung der von ihm erstrebten Ordnung keine staatliche Kultur und Weltanschauung, also auch keine Kulturpolitik. Die Gesellschaftsordnung, wie wir sie erstreben, soll von selber stehen und kann aller künstlichen Stützen entraten. Diese künstlichen Stützen, die dann völlig überflüssig werden, sind aber gerade das, was heute das Wesen des „Staates“ ausmacht. Es bliebe vom Staate morgen schon nichts übrig, wenn man diese Stütze als überflüssig erkennen und beseitigen würde. Bei Gründung der Staatskirche hat doch sicher kein Staatsmann an das Seelenheil der Staatsbürger gedacht, wohl aber daran, wieviel Landsknechte man sparen kann, wenn man das Geschlecht der Empörer als Ketzer unter Verfolgung stellen und systematisch ausrotten kann (Inquisition). Und für die Gründung der Staatsschulen durch die Fürsten (in den protestantischen Ländern) ist die Triebfeder auch nicht in dem Wunsch zu suchen, die Staatsbürger durch das Wissen vom Untertanengeist zu befreien. Einen Ersatz für die versagende Kirche wollte man schaffen. Diesen Charakter hat die Schule auch heute noch. Unter den sozialdemokratischen Kultusministern trat dieser Charakter besonders scharf hervor.

In der Erkenntnis, daß die freiwirtschaftliche Gesellschaftsordnung keiner künstlichen Stützen bedarf, ist in ihr der Abbau restlos aller Kulturinstitute vom Staate vorgesehen. In dieser Beziehung herrscht, wie ich glaube, ziemliche Einmütigkeit im Bunde. Uneinig dagegen ist man in der Frage, wie sich der Bund jetzt schon den staatlichen Kulturfabriken gegenüber verhalten soll, namentlich jetzt vor den Wahlen im Hinblick auf die Beute der Wahljagd. Diese Uneinigkeit hat sogar die Formen eines regelrechten Streites angenommen. Der Schaden ist zwar nicht groß, weil die dadurch entgehende Wahlschlachtbeute zumeist doch recht ungenießbar ist. Doch zeigt der Streit, daß hier etwas geklärt werden muß.

Wir haben uns im Bunde zu wenig um die Grundlagen, um das Wesen der Politik bekümmert. In den anderen politischen Parteien sieht es in dieser Hinsicht allerdings noch viel, viel kümmerlicher aus. Jedoch darf uns das nicht beruhigen. Die anderen Parteien wollen nichts als eine Partei sein. Wir aber wollen etwas schaffen und wollen dazu die Macht an uns „reißen“. Und weil wir nicht aus Machtgelüsten handeln, sondern wirklich das wollen, wovon wir sprechen, und weil das Anschreißen der Macht immerhin eine „erschießliche“ Sache ist, darum liegt uns so sehr daran, daß unsere Einheitsfront auch die Probe besteht. Nicht damit wir uns an die Stelle der anderen setzen können, sondern damit endlich etwas Grundstürzendes geschehen kann.

Ich vermisse nicht nur in unserem Schriftenverzeichnis, sondern überhaupt in der Literatur eine Schrift, die in methodischer Weise sich mit dem Wesen des Parlamentarismus beschäftigt, einen Leitfaden, einen demokratischen Machiavelli. Zum Gebrauch nicht nur für den Laien, sondern auch für die Berufspolitiker. Es ist doch wahrhaftig nicht so leicht, sich mit weiter nichts als den persönlichen Erfahrungen ein gereiftes Urteil zu bilden, z. B. über die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus in grundstürzenden Fragen, über die Nützlichkeit der Wahlbeteiligung, über die Frage, ob man zu jeder Zeit mit Hilfe der Presse, d. h. also mit Geld die öffentliche Meinung und damit auch das Parlament in jede gewünschte Richtung bringen kann usw. Und dennoch sind das alles Fragen, die für uns von einem Tag zum anderen akut werden können. Dann wird gestritten.

In Übereinstimmung mit unserer Anschauung, daß wir den Staat für Kultur und Weltanschauungen nicht brauchen, forderte das Programm, wie es von der Berliner Programmkommission beschlossen wurde (hier so genannt, weil sie auf dem Berliner Bundestag bestellt worden war) die Loslösung der Kirche, der Schule, der Ehe usw. vom Staate. Als reine Privatsache erkannt, sollte sich auch der Staat hier nicht einmischen.

Nun erblicken aber eine ganze Reihe von Bundesmitgliedern (nach dem Bericht der Magdeburger Versammlung sogar die große Mehrheit) in dieser Forderung statt einer Folgerichtigkeit einen Widerspruch zu den bisherigen programmati-

schen Erklärungen. Sie sind der Meinung, daß die Erklärung der Kulturfragen als Privatangelegenheit der Forderung gleichbedeutend sei, sich überhaupt nicht in die Kulturbetriebe des Staates zu mischen. Passives Verhalten entspräche der herrschenden Ansicht im Bunde. Nicht Subjekt der staatlichen Kulturpolitik sollten wir sein, aber Objekt derselben bleiben.

Aus taktischen Gründen wurde solches Verhalten auch im Programm verlangt. Gewiß nicht aus Vorliebe für die staatlichen Kulturerzeugnisse. Aber auch, weil es sich deckte mit Punkt 1 der bis dahin geltenden Statuten.

Mich interessiert hier nur diese letztere Begründung der Ablehnung des Berliner Programms. Enthält wirklich der Satz, daß der Bund keine Kultur- und Weltanschauungspolitik betreiben soll, die Forderung, daß die Bundesmitglieder sich der staatlichen Kulturpolitik gegenüber passiv, neutral zu verhalten haben? Was heißt hier passiv? Passiv heißt hier, die Kultursteuern entrichten, heißt somit die staatlichen Eingriffe unterstützen. Solche Passivität verwandelt sich in höchste Aktivität. Die Steuergelder sind die Kohlen, womit der Staat die Kulturfabrik in Betrieb hält. Nur dank solcher „Passivität“ vermag der Staat aktive Kulturpolitik zu betreiben. Das aber ist wirklich keine Passivität mehr. „Passiv sein“ heißt nichts tun, auch keine Steuern zahlen. Dann heißt „passiv sein“ eine gegen das Steuerzahlen gerichtete Politik betreiben, heißt also den Abbau des Staates in Kulturaufgaben fordern. Um hier klar zu sehen, wohin passives Verhalten in dem Sinne wie hier beschrieben, führen kann, empfiehlt es sich, sich in Gedanken nach Weimar in die Zeit zu versetzen, wo dort auf ein Stück weißes Papier die neue Verfassung für das deutsche Volk niedergeschrieben werden sollte. Nehmen wir an, damals hätte der FFFB bereits bestanden und hätte Vertreter in die verfassunggebende Versammlung geschickt mit dem Auftrag, keine Kultur- und Weltanschauungspolitik zu betreiben. So lange die anderen sich in diesen Fragen passiv verhalten hätten, wäre die Aufgabe unserer Vertreter wirklich sehr einfach zu lösen gewesen. Sie hätten sich ebenfalls passiv verhalten. Was sollten sie aber tun, wenn die anderen nun mit ihren Kulturplänen herausrückten und mit ihren aus der Geisterwelt und Rumpelkammer herrührenden Weltanschauungen die Verfassung zu belasten unternahmen? Keine Kulturpolitik betreiben bedeutet doch nicht, daß es den anderen erlaubt sein soll, mit uns Kulturpolitik zu spielen. Keine Kulturpolitik betreiben, kann praktisch nur bedeuten, daß wir den Staat weder mit Kulturaufgaben belasten, noch ihn von anderen mit solchen Aufgaben belasten lassen. Die Kultur soll überhaupt kein Gegenstand der Politik sein. Keine Kulturpolitik betreiben bedeutet also, sich verteidigen, wenn andere, wenn der Staat aggressiv vorgeht.

Wer statt des Wortes „passiv“ das Wort „neutral“ setzen wollte, stände hier vor der gleichen Schwierigkeit. Eine Neutralität, die parteiliche Wirkungen auslöst, ist keine Neutralität mehr. Hätte sich z.B. England beim Bruch des belgischen

Neutralitätsvertrages durch Deutschland durch passives Verhalten neutral verhalten? Die Neutralität verlangt oft sehr energisches Handeln. Und so wäre es auch in Weimar gewesen. Man kann sich ja den Fall vorstellen, daß wir in Weimar die Majorität gehabt hätten. Hätte da auch noch unsere Vertretung zu sehen können, wie die Verfassung mit Kulturforderungen belastet wurde, weil ihr Auftrag lautete, keine Kulturpolitik zu betreiben? Um zu verhüten, daß ein neuer Kulturmoloch entstand, hätten unsere Vertreter sich mit aller Macht gegen die Verfassung aussprechen müssen. Das ist m. E. der Sinn der Forderung, daß der FFFB keine Kulturforderungen stellt und keine Kulturpolitik betreiben soll. Natürlich muß dann in Übereinstimmung mit solcher Auffassung jetzt, wo wir uns mit der neuen Verfassung vor vollendeten Tatsachen befinden, die Politik, die wir in Weimar nicht betreiben konnten, aufgenommen werden. Kampf für eine Revision der Verfassung, die unseren Forderungen gerecht wird.

Es kann der friedlichste Mensch nicht in Frieden leben, wo die anderen zum Angriff übergehen. Denn auch das muß noch gesagt werden, daß die Gesetze nicht von selber stehen, daß ihre Aufrechterhaltung als täglich sich wiederholende Aktion und Angriff anzusehen ist. Der Kulturballast der Verfassung greift uns täglich an. Duldsamkeit ziemte sich wohl zur Zeit der Autokratie, wo der Untertan die politischen Zustände als Phänomene betrachtete und der Staat als etwas Gegebenes, als Rührmichnichten betrachtet wurde. Da sich alle völlig untätig verhielten, so konnte die Meinung aufkommen, daß nur der, der die staatlichen Zustände kritisiert, Politik treibt. Ihn sah man handeln, nicht die Herrschenden, die eigentlichen Drahtzieher. Mit der demokratischen Verfassung verliert aber solche Betrachtungsweise den historischen Boden. Sobald der Staat in Kulturfragen aggressiv vorgeht, verlangt es der Umstand, daß wir keine Kulturpolitik betreiben wollen, unbedingt, daß wir uns verteidigen.

Ist einmal die Freiwirtschaft zur Wirklichkeit geworden, so wird niemand mehr von Freiheit reden. Das Wort wird außer Gebrauch kommen, der Begriff vergessen werden. Der Freiheitsbegriff entsteht gleichzeitig mit dem Staat. Wie der Schatten mit dem Licht entsteht. Was wir also im Grunde wollen, ist nicht die Freiwirtschaft, sondern die Befreiung. Die Freiwirte sind Empörer. Und dieser Charakter wird immer und immer wieder zum Ausbruch kommen, wenn er aus taktischen Erwägungen verschleiert wird. Es wäre also schon besser, wenn im Programm diesem Umstand Rechnung getragen würde. Es ist aber auch wieder sehr zu begrüßen, wenn Kämpfe im Bunde von Zeit zu Zeit ausbrechen. Sie allein können restlose Klärung bringen. Es lebe der Kampf. Durch Kampf zur Einheitsfront!

Fort mit Dr. Schacht!

„Langanhaltender Beifall folgte diesen Ausführungen des Herrn Dr. *Schacht*, dem der Vorsitzende namens der Versammlung herzlichst dankt mit der Versicherung, daß die Industrie ihrerseits an den schweren Aufgaben, die Herr Dr. Schacht zu lösen hat, tatkräftig und unterstützend mitarbeiten wird.“ (Aus „Sächsische Industrie“ vom 12. April 1924.)

Es war dieser Schlußsatz, der mich veranlaßte, Dr. Schachts Rede zu lesen. Ich wollte mich überzeugen, ob ich auch diesmal richtig geraten hatte. Ich sagte mir, daß der Beifall, der langanhaltende, zeitweilig auch brausende Beifall, den seine Worte auslösten, wahrscheinlich darauf zurückzuführen war, daß Dr. Schacht *auch diesmal wieder nichts* gesagt hatte. Und so war es auch. Wie alle unsere Staatsmänner, versteht es Dr. Schacht meisterhaft, eine schöne, lange Rede zu halten und keinen seiner Gedanken zu verraten. Auch Schacht zeigt, daß man sich daran gewöhnen muß, die Staatsmänner nur mehr nach dem, was sie nicht sagen, zu beurteilen. Und das ist natürlich manchmal eine schwierige Aufgabe.

Wenn Dr. Schacht vor den sächsischen Industriellen, deren Tüchtigkeit als Gerber, Spinner, Weber, Odolfabrikanten niemand bezweifelt, von der *Währungsfrage* geredet hätte, dann wäre der Beifall gewiß noch brausender gewesen, denn *niemand* von den Industriellen hätte ein Wörtchen *verstanden*. Um den Beifall braucht sich übrigens ein Reichsbankpräsident nie viel Mühe zu geben. Auch hat er nicht zu fürchten, daß aus dem Auditorium irgendeiner es wagen wird, Widerspruch zu erheben. Namentlich jetzt, wo man zur Kapitalflucht Kredit braucht, und niemand als die Reichsbank in der Lage ist, solchen Kredit zu geben. *Nicht jeder* erhält von der Reichsbank Kredit. Und nicht jeder erhält die für seinen Handel nötigen Devisen. Schacht hat es z. B. auf die *Südfrüchte* abgesehen. Die sind ihm ein Dorn im Auge. Wenn er die Orangen in der Straße leuchten sieht, dann denkt er an den Dollarkurs. So darf dann der arme Apfelsinenhändler nichts gegen Schachts Ausführungen sagen, aus Furcht, selbstverständlich aus ganz unberechtigter Furcht, daß er auf die schwarze Liste des mächtigen Kreditinstituts kommt.

Niemals seit Gründung der Reichsbank, auch in der Kriegszeit und in der Inflationszeit nicht, hat irgend jemand aus dem Kreis der Armseligkeiten, vor denen Dr. Schacht in Leipzig sprach, ein Wort der Kritik über die Reichsbankpolitik gewagt. Ob aus Unwissenheit, ob aus Feigheit, d. h. aus Furcht vor den finanziellen Folgen, einerlei, Tatsache ist, daß die Reichsbank die fürchterliche, wahnsinnige, verbrecherische Papiergeldwirtschaft *zehn Jahre lang* betreiben konnte, *ohne daß aus der Kundschaft der Reichsbank ein einziger Mund zum Protest sich geöffnet hätte*. Die Sorge um ihre Wechsel schloß ihnen allen den Mund. (Diese Tatsache mögen alle beherzigen, wenn von der Verstaatlichung des Kredits gesprochen wird.) Sie beteiligten sich *alle* an der Plünderung der Sparkassen, der Mündelgelder und *lohnnten Schacht mit brausendem Beifall*, als er ihnen das Zeugnis ausstellte, daß sie ein „starkes Gefühl hatten für eine allgemeine Gerechtigkeit“. Barmherzig sein und sich zugleich ergötzen, ist sicher eine schöne Kunst, Eine noch schönere ist es, die Sparkassen um 20 Milliarden Goldmark zu plündern und dafür das Zeugnis einzuheimen, man gehöre einem „Volk an mit einem starken Gefühl für die Würde der Mitmenschen“. Ob die sächsischen Industriellen bei diesen Worten sich nicht etwas geschämt haben? Vielleicht war es bei Schacht nur ironisch gemeint! Schacht hat nichts von einer Sachwertsteuer für die Reparationen und für die Entschädigung der Sparkassengläubiger gesagt. Dagegen beklagt er sich sonderbarerweise, daß „der Sparbetrieb bei uns noch gar nicht recht in Gang gekommen sei.“

Wären die Dummen diesmal am Ende doch entgegen aller Erfahrung „alle“ geworden? (Bei so starker Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen wäre es auch sonst schwer, Ersparnisse zu machen.) Und außerdem, so lange die Reparationsfrage nicht endgültig geregelt ist, daß niemand mit Sachwert oder Besitzsteuern zu rechnen hat, werden es nur *Dummköpfe* sein, die den Sparkassen und Kreditinstituten ihr Geld anvertrauen. Devisen und Valuta, das sind heute die Sparformen des deutschen Volkes und das werden sie bleiben, und zwar so lange, bis mit Hilfe einer *Sachwertsteuer*, die auch die *Reparationen* deckt, die Sparkasseneinlagen wieder aufgewertet werden können, wenigstens

bis zur Höhe der Sachwerte selber. So lange das nicht geschieht, wird der deutsche Sparer sagen: Diesem Volk mit „starkem Gefühl für eine allgemeine Gerechtigkeit“ kann ich nicht trauen. So lange aber die Sparer *kein Vertrauen* haben können, kann die *Kreditnot* nicht verschwinden. Und alle Anleihen, die Schacht zur Linderung dieser Not bei X Prozent Zins aufnehmen wird, werden das Übel nur vergrößern. Je mehr Anleihen das Reich im Ausland macht und dazu seine Einnahmequellen verpfänden muß, um so ärger muß sich die Kapitalflucht entfalten. *Und an der Kapitalflucht*, von der die Kreditnot nur eine Nebenerscheinung ist, *geht das deutsche Volk zugrunde*. Seit fünf Jahren wiederhole ich dieses Sätzchen. Jeder versteht den Sinn dieser Worte, aber keiner hat den Mut, den Dingen ins Gesicht zu schauen. Die politischen Redner fürchten um den Beifall ihrer Zuhörer zu kommen, wenn sie von der Kapitalflucht reden würden, und auch Schacht scheint das befürchtet zu haben. Er muß es wissen, wie es mit der Kapitalflucht steht, was 15 bis 20 Prozent Kapitalzins für den Unternehmer, für den Arbeitslohn bedeuten. Er weiß auch, daß *Polizeivorschriften* der Kapitalflucht gegenüber *ohnmächtig* sind. Er weiß, daß nur die *Sachwertsteuer* der Kapitalflucht ein Ende bereiten kann, daß alles andere mit Einschluß der Stabilisierungsversuche verlorene Liebesmühe bleiben muß, so lange die Sachwertsteuer nicht erhoben und eingetrieben wird. Und dennoch hat er den Industriellen *kein Wörtchen* von der Sachwertsteuer gesagt. Hat er die Plünderer der Sparkassen geistig vielleicht aus die Rangstufe ihrer Ethik gestellt? Fürchtete er den Pöbel?

Die Einfuhr übersteigt die Ausfuhr in den letzten zwei Monaten um nahezu 400 Millionen Goldmark. So sagt Schacht. Und er führt die Erscheinung auf eine Steigerung des Inlandskonsums zurück, die er mit größter Sorge beobachtet. Und im Anschluß daran spricht er davon, daß der Spartrieb nicht recht in Gang kommen kann. Angenommen, es wäre *richtig*, daß der Inlandkonsum gestiegen sei, so fragt man: *wer sind die Leute, die heute ihren Konsum steigern können?* Sind es etwa die Proletarier, die Beamten, die Arbeitslosen? Oder sind es die Sachwertbesitzer, denen die Reichsbankpolitik durch die

Inflation reichlich 200 Goldmilliarden mit 8 Milliarden Goldmark Zinsen geschenkt hat, die heute diese beneidenswerte Konsumkraft entwickeln?

Wir brauchen heute keine „Mannekes“, die dem Pöbel und den sächsischen Industriellen nach dem Munde reden. *Die Wahrheit soll ans Licht gezogen, gezerrt werden.* Wir müssen es sagen, auch auf die „Gefahr“ hin, daß die Entente es hört: Der *Raub* der 200 Milliarden Goldmark an Sparkassengeldern, an Mündelgeldern, an Kriegsanleihen, an Hypotheken, an Obligationen, an Bankkapital usw. muß *gesühnt* werden. *Den Räubern muß die Beute abgetrieben, abgehetzt werden.* **Niemand** darf in den nächsten Jahrtausenden sagen können, daß der Krieg und die Inflation auch etwas gutes gehabt habe, nämlich die Streichung von 200 Milliarden Goldmark an allgemeinen Schulden zu Gunsten der Sachwertbesitzer, zu Lasten der Gläubiger, auch der Mündel und des proletarischen Sparkassenskapitals. Die einzig mögliche, technisch durchführbare, gerechte und wirksame Sühne ist wohl die Sachwertsteuer. Sobald die Sachwertsteuer in der Höhe, wie sie heute nötig ist, eingetrieben worden ist, nämlich 75 Prozent des zinstragenden Kapitals, braucht sich der Reichsbankpräsident nicht mehr um den Luxus des deutschen Volkes zu kümmern, braucht er nicht nachzurechnen, ob es besser ist, wenn das deutsche Volk spanische Apfelsinen ißt, statt bayrisches Bier und pommerschen Schnaps zu trinken. Und statt den Leuten in die Töpfe zu schielen, wird er seine Zeit besser gebrauchen und dem Deutschen Volk endlich einmal sagen, was denn eigentlich eine Goldmark ist, von der er so viel spricht, ohne je etwas von ihr zu sagen. Den *Commis voyageur der Goldwährung* kennen wir schon. Jetzt möchten wir auch mal den *Präsidenten unserer Reichsbank* hören.

Mit der Eintreibung der Sachwertsteuer wird die Reparation restlos auf die Sachwerte als hypothekarische Last abgebürdet werden und dann weiß jeder, daß die Finanzen des Reiches in Ordnung sind und daß es keiner anderen Sachwertsteuern mehr bedürfen wird, um den dann ganz kleinen Etat zu balanzieren. Dann weiß sich endlich jedermann mit seinem vielleicht recht klein gewordenen Eigentum wieder *sicher* im Deutschen Reich, so sicher wie in irgend einem anderen

Land der Welt, und dann hat die Kapitalflucht wirklich keinen vernünftigen Sinn mehr. Dann kehren die geflüchteten Kapitalien wieder, es füllen sich die Sparkassen, und die Kreditnot hat ein Ende. Dann *sinkt* auch wieder langsam und stetig der *Zinsfuß*. Warum sagt Schacht das alles nicht dem deutschen Volk, jetzt vor den Wahlen? Er würde dadurch der ganzen Bande von Wahlrednern den *Mut zur Wahrheit* geben und alle würden dann sagen: „Da wir nun einmal doch bezahlen müssen, so laßt uns sofort die entsprechenden finanziellen Maßnahmen ergreifen. Wählt nur Personen, die sich verpflichten, die Reparationen zu zahlen und sie auf die Sachwerte abzubürden. Warum vertritt Schacht die kostbare Zeit und sucht die bereits lächerlichen Revisionshoffnungen des Volkes zu stärken, indem er von den Ziffern des Sachverständigenberichtes sagt, daß „sie zweifellos nicht tragbar sein werden“. Und das jetzt, nachdem die Reichsregierung den Sachverständigenbericht *als diskutabel* bezeichnet hat.

Wie kann Schacht die im Bericht vorgesehenen Lasten als nicht tragbar erklären, wenn er selbst nicht in der Lage zu sein scheint, zu sagen, was eine Goldmark ist, die die Entente von uns fordert? Der Bericht nennt lediglich eine Zahl, ohne die Einheit dieser Zahl zu bestimmen. Ob wir die Last zu tragen in der Lage sind, wird erst dann festgestellt werden können, wenn *die Größe der Einheit bestimmt wird*. Jetzt ist es genau so, wie wenn unsere Leistungen nach einem Längenmaß berechnet worden wären, dessen Größe jederzeit und willkürlich vom Gläubiger bestimmt werden kann. Nach Schachts Angaben in einer früheren Rede hat die Goldmark gegen früher 60 Prozent zu unseren Gunsten als Reparationsschulden eingebüßt. Wenn es so bleibt, können wir dann auch noch nicht die Ziffern des Sachverständigenberichtes tragen? Und, wenn es nicht so bleibt, wie kann uns dann Schacht die *Rückkehr zur Goldwährung* empfehlen? Die Goldwährungsanbieter pflegen vom Gold als von einem Maß, einem sog. Wertmaß zu reden. Von diesem „Wertmaß“ sagt nun Schacht folgendes: „Seit dem Waffenstillstand haben wir, abgesehen von den territorialen Verlusten, nicht weniger als 40 Milliarden gute Goldmark an die Entente geleistet, die sie uns mit 8 Milliarden anrechnet.“ Also der eine mißt 40

und andere 8, und beide bedienten sich des Goldes als „Maß“. *Und dieses Schwindelmaß empfiehlt uns Schacht.*

Auf die schweren Angriffe, die jetzt von allen Seiten auf die Goldwährung abgeführt werden, weiß Schacht kein Sterbenswörtchen zu antworten.

Schacht ist gefährlich. Er muß fort. Mit dem Wurzelstock, mit der Reichsbank muß er ausgerodet werden.

Ist das Erbe des Kolumbus noch sicher in den Händen der Monroekaner?

Der Freiwirt fordert die ganze Erde für sich. Er erklärt jedem den Krieg, der ihm dies Recht durch wirtschaftliche oder politische, durch private oder durch staatliche, rassische, nationale Ansprüche irgendwie verkümmern will. Um für sich dies Recht wirksam zu machen und um es nicht im Kampf, im Krieg, unter Verlust von Gut und Blut immer und immer wieder verteidigen zu müssen, um im Frieden leben, um sich der Gaben der Natur erfreuen, um aus diesem Jammertal ein Tal der Lebensfreude machen zu können, räumt er jedem anderen Menschen ohne weiteres, ohne irgendwelche Einschränkung dasselbe Recht ein, das er für sich beansprucht.

Der Freiwirt erklärt dieses Recht mit allen seinen Folgerungen als die eherner Forderung des Friedens, als den einzigen Artikel eines ewig währenden, allen denkbaren Stürmen widerstehenden Völkerbundes. Er erklärt weiter, daß alles, was über diesen Artikel hinaus dem Völkerbund noch aufgebürdet wird, gefährlich ist und darum glatt abgelehnt werden muß.

Einziger Artikel des Völkerbundes:

Der Erdball gehört allen Völkern ungeteilt.

Als Verstöße gegen diesen Völkerbund sind heute zu nennen: Die Staatsgrenzen, sofern sie mehr bedeuten als etwa die Gemeindegrenzen, also einfache Verwaltungsgrenzen, die Paßkontrolle, die Zollkontrolle, die Sanitätskontrolle, die Souveränitätsrechte, das Privateigentum am Boden und an den Bodenschätzen, die Monroedoktrin. Um hier nur einiges zu nennen. Gegenpol dieser Verstöße sind: Unbeschränkte Freizügigkeit für alle Menschen, alle Rassen, Abschaffung der Zollgrenze, also vollkommener Freihandel, Hinfälligkeit der Begriffe: Einfuhr und

Ausfuhr, Unverpfändbarkeit des Bodens (Hypotheken) und aller Privatansprüche auf Grundrenten.

Wir sind noch weit von diesem Ziele. Es ist aber in der Hauptsache nur das Privateigentum am Boden, was solchem Völkerbund im Wege steht. Daneben noch eine Reihe von Vorurteilen, die von den Grundbesitzern gezüchtet, gehegt und verbreitet werden. Mit den Grundbesitzern werden auch diese Vorurteile spurlos verschwinden. In Rußland ist das Privateigentum am Boden bereits beseitigt. In England kämpft die Regierung nach der gleichen Richtung. Und in allen Ländern wächst die Einsicht in die Gefährlichkeit dieses Rechtes. Man beginnt zu ahnen, daß hier der Pestherd der Kriege liegt.

Im glatten Widerspruch zu der Freilandforderung steht die heutige, auf der *Monroedoktrin* sich aufbauende Politik der Amerikaner, der Nordamerikaner. Namentlich ist es die Mongolenpolitik, die dort getrieben wird, die zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt. Gestützt auf usurpierten, sogenannten Souveränitätsrechten, haben die Amerikaner neuerdings die Aussperrung der Mongolen wieder beschäftigt. Hier ist es nicht mehr Wirtschaftspolitik, auch nicht mehr Lohnpolitik, die die Amerikaner betreiben. Sie wollen den Kontinent ihrer Rasse vorbehalten. Wer aber weiß, was es bedeutet, wenn man einen Menschen in seinen Rasseeigenschaften beanstandet, der hat eine Ahnung von dem, was in der Seele der Mongolen vorgeht, wie tief diese Menschen sich verletzt fühlen müssen. Die Verletzung ist meistens unheilbar; sie schmerzt mehr als die individuelle Verletzung. Wer das weiß, der sieht am blutroten Horizont die Konturen des entsetzlichsten Dramas aufsteigen, was sich auf dem Erdball abgespielt hat. Den Zusammenprall der weißen und gelben Rasse. Den fürchterlichsten, unbarmherzigsten Krieg, den Rassekrieg, der nur als Ausrottungskrieg einen Sinn hat. Und in diesen Ausrottungskrieg wird ganz selbstverständlich Europa hineingerissen werden. Als 1914 die allgemeine Tobsucht im europäischen Narrenhaus ausbrach, da rechnete kein Volk mit der Ausrottung, weder passiv noch aktiv. Pack schlägt sich. Pack verträgt sich. Der eine gewinnt, der andere verliert. Und wer verliert, der zahlt. Man fühlte eine gewisse Sicherheit auch noch dann, wenn die fremden Soldaten das Land überschwemmten. Es war nicht so böß gemeint, wie es aussah. Es war ein Vetterkrieg. Und wenn der allgemeine Wehrzwang nicht bestanden hätte, die meisten wären auf den Ruf „zu den Waffen“ überhaupt nicht gekommen. Aber wenn der Krieg als ausgesprochener Rassekrieg geführt wird, zwischen Völkern mit ausgesprochenen Rassemerkmalen, wo also auch die Uniform als Unterschied zwischen Freund und Feind entbehrlich wird, da wird es erst ungemütlich, da greifen alle sofort und ungerufen zu den Waffen, Männer, Frauen und Kinder. Denn hier wird alles niedergemacht. Zu pardonieren ist ja hier nichts. Denn nicht wegen irgendwelcher Handlung, irgendwelchen Differenzen über Mein und Dein, über den Raub einer

Frau wie in Troja, ist der Krieg ausgebrochen, sondern weil man glaubt, daß für die beiden Völker kein Raum auf Erden ist. Hier werden die Frauen auch nicht etwa fortgeschleppt. Die Frauen werden wie die Männer und Kinder getötet. Sie werden nicht gemartert, wie *Toller* und *Mühsam* in Bayern gemartert werden. Denn man hat ihnen nichts anderes vorzuwerfen, als daß sie einer anderen Rasse angehören. Man will sie ausrotten, wie *Moses* die gefangenen Philisterfrauen den Armen der israelischen Krieger entreißen und töten ließ.

Und diesen Ausrottungskrieg bereitet die amerikanische Mongolenpolitik vor. Dieser Krieg kommt bestimmt, wegen den Mongolen auf dem amerikanischen Kontinent nicht die volle Gleichberechtigung mit allen anderen Völkern der Welt zuerkannt wird. Und wenn dieser Krieg kommt, wer wird da gewinnen? Die Amerikaner mögen sich vorsehen. Die Amerikaner haben die Büffel ausgerottet und die Indianer. Aber die Mongolen sind keine Büffel. Vielleicht überschätzen sie auch jetzt ihre militärische Tüchtigkeit, weil sie im Erschöpfungskrieg gegen das weltberühmte preußische Heer als Sieger hervorgingen. Vielleicht rechnen sie mit der Unterstützung der Europäer. Aber dann rechnen sie falsch. Heute und noch für lange Zeit wird kein europäischer Staat den Mut haben, sich über See militärisch in Kriege einzulassen aus Furcht, daß die Gelegenheit von seinem Nachbarn zu einem Überfall ausgenutzt werden könnte. Die Amerikaner werden diesen Krieg allein auszufechten haben, und wenn dann die Mongolen ihre Aufgabe erfüllt haben, dann wenden sie sich nach Europa, zur Geburtsstätte der Rasse, die ihnen den Rassekrieg mit dem Einwanderungsverbot erklärt hat. Dann wird der letzte Mohikaner sich zum letztenmal im Grabe umdrehen. Er ist gerächt, neben ihm liegt das letzte Blaßgesicht begraben.

Und wenn auch die Mongolen im ersten Ansturm etwa das Ziel nicht erreichen würden, wenn sie von den Amerikanern zurückgeschlagen würden, so wird es hier heißen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und dann wird die Erinnerung an die beiderseits begangenen Kriegsgreuel dafür sorgen, daß der Krieg nicht mehr abbrechen kann. Friedensverhandlungen sind in einem Rassekrieg unmöglich, da der Grund des Rassekrieges in der Rasse selbst liegt und dort weiterlebt, bis daß der Letzte ausgerottet ist. Die Menschheit ist bis heute vor Rassekriegen bewahrt geblieben. Wir haben keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet. Bei dem eben erwähnten letzten Mohikaner handelte es sich um Kämpfe, wie sie immer zwischen Nomaden (oder Jäger) und Landwirten unvermeidlich sind. Daß hier die unterliegenden Nomaden oder Jäger einer anderen Rasse angehörten, war eine ganz untergeordnete Begleiterscheinung. Und daß *Moses* die schönen Philisterinnen mit Gewalt den Räubern entreißen mußte, zeugt, daß die israelitischen Männer ganz andere Absichten hatten, als Rassekrieg, Mordgelüste und Ausrottung.

Nehmen wir den günstigsten Fall an, den Fall, daß die Mongolen zwar als Sieger hervorgehen, daß sie aber darauf verzichten, ihn als Ausrottungskrieg zu führen und darum auch nicht gegen die Europäer vorzugehen gedächten. Das entspräche besser den sanften Sitten der Chinesen. Aber so sanft die Chinesen auch sein mögen, so werden sie doch dafür sorgen, daß der amerikanische Kontinent, der noch so gut wie unbewohnt ist nach chinesischen Anschauungen, nunmehr der Mongolenrasse gesichert werde, nach dem Grundsatz: War die Aussperrung den Amerikanern recht, so ist sie jetzt den Mongolen billig. Sperrung der Einwanderung für die europäische Rasse, zum mindesten für die angelsächsischen Völker, die für die jetzige Behandlung der Mongolen verantwortlich sind, das ist es, was wir von der Rassepolitik der Amerikaner, der blöden, kurzsichtigen, übrigens auch umgedeuteten und gefälschten Monroedoktrin zu erwarten haben.

Und hier erhebt sich die Frage: Haben wir Europäer kein Wörtchen mitzureden? Die Rassepolitik, die die Amerikaner betreiben, ist eine Angelegenheit, die uns Europäer direkt berührt. Der Mongole wird niemals einen Unterschied zwischen Amerikanern und Europäern machen. Er wirft die ganze reaktionäre Bande in einen Topf. Genau wie der Proletarier auch keinen Unterschied macht zwischen einem deutschen und französischen Kapitalisten. Darum haben wir zu fordern, daß sich die Amerikaner in Fragen der Rassepolitik mit uns ins Einvernehmen zu setzen haben. Da wir durch diese Politik die gleichen Gefahren laufen, haben wir hier auch die gleichen Rechte. Und da wollen wir es in die Welt hinausstreuen, über Amerika bis nach dem großen Mongolenreich: *Kolumbus* entdeckte Amerika nicht für *Monroedoktriner*. Er schenkte den Kontinent der Menschheit, auch den Mongolen. Es steht den Yankees nicht an, die Einwanderung zu kontrollieren. Wir fordern, daß uns, d. h. den Europäern, wie den Mongolen das Erbe des *Kolumbus* bedingungslos ausgeliefert werde. Wir fordern die Beseitigung jeder Einwanderungskontrolle. Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen, alle sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz und Freude zur freien Verfügung stellen wollen. Wir fordern ferner, daß die Grundrenten in Amerika wie in der Mongolei und in Europa allen Müttern ohne Ansehen der Rasse ausgezahlt werden, gleichmäßig für schwarze, für rote, gelbe und weiße Kinder. So, daß überall dort, wo die Bodenschätze durch eine wucherische Ausbeute und Preispolitik die höchsten Grundrenten abwerfen, auch die höchste Anziehungskraft auf die mit Kindern besonders stark gesegneten Frauen ausgeübt wird. So steht dann die Ausbeutung der Bodenschätze direkt unter der Kontrolle der Freizügigkeit und kein Volk der Welt wird dann noch ein besonderes Interesse an der Höhe der Grundrenten haben. Die Freizügigkeit in Verbindung mit der Verteilung der Grundrenten unter die Mütter wird alle kapitalistischen, monopolistischen, nationalistischen,

imperialistischen Gelüste gleich im Keime ersticken. Auf diese Weise verschaffen wir auch dem Rasseproblem ein Sicherheitsventil. Die Rassen werden dann die Welt nicht mehr nebeneinander, sondern durcheinander bewohnen. Sie treten sich dann nicht mehr als Völker, als geschlossene Massen gegenüber, deren Rassemerkmale dann noch betont werden durch die Sprache, die Geschichte, durch Klima, Ernährung, Kleidung, Sitten, Gebräuche und namentlich auch nicht durch diskrepierende wirtschaftliche Interessen, durch nationale Wirtschaftspolitik und Valuta. Das alles fällt dann als äußere Unterschiede fort und es bleiben dann nur die Rassemerkmale, die manchmal ganz interessant sein mögen, aber zu Kämpfen, Kriegen, Haß und Mord niemals Anlaß geben können. Und wie die Juden seit Jahrtausenden in der Diaspora lebend, sich rassereiner erhalten haben, als irgendein anderes Volk der Erde, so ist es möglich, daß die hier geforderte allgemeine Freizügigkeit die Gefahr der vollkommenen Verwischung der Rassemerkmale beseitigen wird. (Anm. des Schriftsetzers: Was wir zur Beruhigung der Besitzer von zoologischen Gärten und Menagerien nicht unerwähnt lassen wollen.)

Lesbare Literatur über diese Dinge gibt es so gut wie nicht. Die Freunde der Freiwirtschaft sind auf das angewiesen, was sie selbst mit dem Satz: Die Erde gab er den Menschenkindern – machen und gestalten können. Bei der ungeheuren Tragweite, die unsere Forderungen für die kommenden Geschlechter noch mehr als für uns haben, ist es nötig, daß die Freiwirte der jetzt wieder akut gewordenen *Monroedoktrin* die allergrößte Aufmerksamkeit widmen, um die amerikanische Einwanderungspolitik sowie die Statuten des Völkerbundes in unserem Sinne zu beeinflussen. Die dazu nötige umfassende Literatur müssen wir, die Freiwirte, schaffen, und jeder von uns sollte sich daran beteiligen. So allein kann ein dauernder Friede und Völkerbund zustande kommen.

Die Erbsünde von Silvio Gesell

Das Kind kommt ohne Erfahrung zur Welt und wird aufgezogen von Menschen, die Erfahrung geerbt, gesammelt und hinter sich haben. Das Kind merkt bald, daß es sich Vorteile verschaffen und Schaden von sich abwenden kann, wenn es sich die Erfahrungen der Alten zunutze macht. Da es unmöglich die Erfahrungssätze der Alten nachprüfen kann, so bleibt dem Kinde nichts übrig als zunächst zu glauben, was die Alten ihm sagen. Der Autoritätsglaube der Kindheit braucht dem Kinde darum nicht künstlich beigebracht zu werden. Er ist ein natürliches Produkt natürlicher Verhältnisse. Kinder ohne jeden Autoritätsglauben, die alle Erfahrung- selbst machen wollen, aufs dünne Eis gehen, mit Feuer spielen, Tollkirschen essen usw., gehen zugrunde. Die Natur schafft immer Neues. Sie wird auch immer Kinder geschaffen haben, die von Kindesbeinen an keinen Autoritätsglauben hatten. Wenn diese Charaktereigenschaft von Nutzen gewesen wäre, dann hätte

sich diese Art Menschen vermehrt und dann wäre der Autoritätsglaube als angeborene Charaktereigenschaft längst ausgestorben und es wäre nicht notwendig, heute gegen den Autoritätsglauben zu Felde zu ziehen. Aber die Kinder, die ohne jeden Glauben an die Autorität der Alten geboren wurden, gingen zugrunde. Ein gewisses Quantum Autoritätsglaube ist daher nötig, doch muß hier gleich gesagt werden, daß dieser Glaube nur das Gebiet des physischen Lebens zu umfassen braucht, weil der Mangel an solchen Glauben auf anderen Gebieten keine unmittelbare Lebensgefahr herbeiführen kann. Wer es nicht glaubt, daß die Tollkirsche giftig ist, wird das Experiment nicht überleben. Wer es nicht glaubt, daß 2 x 2 vier ist, wird durch Schaden klug werden. Wer aber nicht glaubt, was die Philosophen und Priester ihm erzählen, der hat unmittelbar nichts zu befürchten.

Der eben umrissene, berechnete und nötige Autoritätsglaube wird nun von den Eltern und namentlich von den Vorgesetzten der Erzieher weiter ausgebildet, um ihn besser mißbrauchten zu können. Das wird dadurch erleichtert, daß das Kind mit der Zeit manches von dem nachprüfen kann, was der Lehrer es gelehrt und daß die Nachprüfung die Richtigkeit der Lehrsätze ergab. So wächst das Vertrauen des Kindes zum Lehrer. Diesen Umstand haben die Drahtzieher dazu benutzt, um in den Schulplan des Lehrers auch die Dinge einzuschmuggeln, die sich einer unmittelbaren Nachprüfung entziehen. Der Lehrer, der lesen, schreiben und Naturgeschichte lehrt, muß auch religiöse, geschichtliche, philosophische Vorstellungen im Kinde erwecken. Dazu sagt dann das Kind: Manches von dem, was der Lehrer uns jetzt erzählt, erscheint mir als Schwindel. Aber da das, was ich bisher selber nachprüfen konnte, richtig war, so wird wohl das Übrige auch richtig sein. So wächst dann der Autoritätsglaube über die zur Führung des animalischen Lebens notwendigen Grenzen hinaus. Selbstverständlich wird diese natürliche Tendenz durch die Autoritäten gefördert, denn die Autorität hat es schnell entdeckt, wie leicht ihr die Aufgabe gemacht wird, wenn bei den Schülern, bei den Untertanen, beim Volk der Autoritätsglaube gefestigt wird.

Es ist natürlich immer der von Natur faule Kirchen- und Staatsbürokrat, der sich des Autoritätsglaubens bedient, um sich die Amtsführung zu erleichtern. Sonst wird jeder, der ehrlich nach der Wahrheit strebt, den Autoritätsglauben mit allen Mitteln bekämpfen, auch in der nächsten Umgebung“. Wer seiner Sache sicher ist, der fürchtet den Widerspruch nicht, und erst recht nicht, wenn er unsicher ist. Dann reizt er den Widerspruch, um die Sache zu klären. Unehrllichkeit, Faulheit, Feigheit steckt also immer in der Sucht nach Autorität. Den Schaden aber haben in erster Linie die Autoritätsgläubigen, die Jugend.

Der Autoritätsglaube ist einer unserer größten Hemmschuhe. Er verhindert, daß die für den Fortschritt so unentbehrliche Nachprüfung- der Voraussetzungen vorgenommen wird, obschon man weiß, daß die Voraussetzungen sich von jeher als die reichste Fundgrube wissenschaftlicher Entdeckungen erwiesen haben. *Panta rhei*. Alles ist in ständiger Umgestaltung begriffen. Nichts währt ewig. Was uns heute als Wahrheit erscheint, als etwas Unumstößliches, muß morgen vielleicht schon zum alten Eisen geworfen werden. Der Autoritätsglaube aber wurzelt gerade in diesen Voraussetzungen. Wer zum Schutze seiner Stellung glaubt, der Autorität nicht entraten zu können, wird kein Interesse daran haben, daß an den Voraussetzungen gerüttelt wird. Er wird stets danach trachten, die genannte Fundgrube der Wissenschaft zu verschütten.

Die Jugend mag es den Alten glauben, daß die Tollkirsche giftig ist. Das ist aber auch alles, was die Jugend ungeprüft hinnehmen kann. (Da auch die *Belladonna* dem *panta rhei* unterworfen ist, so ist es nicht unmöglich, daß im Laufe der Zeit diese Giffrucht sich in ein Volksnahrungsmittel verwandeln kann, weshalb es notwendig bleibt, sogar den Glauben an die Giftigkeit der *Belladonna* immer wieder auf seine Richtigkeit nachzuprüfen). Für die Jugend muß das gesamte Wissen nichts als eine Rumpelkammer von Glaubenssätzen sein. Die Jugend aber soll nichts gläubig, ungeprüft hinnehmen. Nein, sie muß am Grundsatz festhalten, daß restlos alles der stets wiederholten Nachprüfung bedarf. Nur so kann es zu endlosem Fortschritt kommen. Hier gilt der Satz: Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!

Das Gebiet, auf dem die Autorität sich am sichersten weiß, weil sie dort am schwierigsten zu kontrollieren ist, ist das Gebiet der geistigen und psychischen Lebensführung. Religion, Philosophie und Moral, zum Unglück gerade diejenigen Gebiete, die am einschneidendsten unsere Lebensführung bestimmen. Ehe die Menschen zu einem gereiften Urteil über die hier herrschenden Lehrsätze kommen können, sind die meisten, unterstützt durch die Wirkungen der von den Alten geerbten Laster (Tabak und Alkohol), längst verholzt, verkalkt, versteinert und kritischer Beurteilung unfähig geworden. Folgsam treten sie dann bis an ihr Lebensende die Gleise der Alten aus und wagen es niemals über die Stränge zu schlagen. Sie leben nach Vorschrift, nicht nach eigenem Ermessen. Sie leben sogar nach Vorschrift, wenn die von ihnen selbst geführte Statistik sagt, daß der Weg, den sie gehen, mit mathematischer Sicherheit ins Narrenhaus, ins Krankenhaus, ins tote Meer führt. Die Macht der Autorität kann selbst die Statistik nicht erschüttern.

Die Jugend hat alle Ursache, sich diese Statistik anzusehen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Alten auf dem Gebiet der Religion, der Philosophie und der moralischen Lebensführung den letzten Rest von Autorität verlieren. An den Früchten sollt ihr sie erkennen! Seht euch die Alten an! Seht im Spiegel die Früchte dieser Alten an. Dann urteilt. Nein. Menschen, die so das Erbe ihrer Ahnen verschandelt haben, die haben das Recht verloren, euch irgendwelche Vorschriften in der Lebensführung zu machen. Sie sind auch unfähig, euch irgendwelchen nützlichen Rat zu geben. Wenn sie einen kleinen Rest von Ehrlichkeit gerettet haben, dann werden sie sagen: so wie es bis heute gemacht wurde, darf es nicht weiter gehen. Wir selbst wissen nicht, wie ihr es besser machen könntet. Wir haben es nicht gewagt, die Richtigkeit der waltenden Leitsätze nachzuprüfen. Das ist nun eure Sache. Wir erklären den Bankrott unserer Gesetzgebung. Schafft Euch nun neue, geht eigene, geht neue Wege!

Wie aber findet man neue Wege? Nun genau so, wie man den richtigen Weg sucht, wenn man auf Holzwege geraten ist. Zurück auf den Ausgangspunkt. Und um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, gibt es nichts Besseres als sich zu fragen: welchen Zweck verfolgen die, die uns die Gesetze auferlegten und uns Vorschriften, in der Lebensführung machten? Hat man diesen Zweck gefunden, dann ist man auch schnell in der Lage zu urteilen, ob dieser Zweck sich mit unseren eigenen Interessen noch deckt. Da man nun als Triebfeder aller menschlichen Handlungen den Eigennutz erkennen muß, bei den Gesetzen also den Eigennutz der Gesetzgeber, so ist zu untersuchen, wie weit unser eigenes Wohl sich mit dem Wohl der Gesetzgeber deckt, wobei noch zu beachten ist, daß als Wohl der Gesetzgeber nur dasjenige Wohl verstanden werden kann, das die Gesetzgeber selbst als solches verstehen, ist der Gesetzgeber z. B. ein Trinker, so wird er selbstverständlich sein Wohl mit dem Wohl der Alkoholindustrie identifizieren. Hat man einmal das Wohl der Gesetzgeber, so wie sie selbst es verstehen, entdeckt, dann hat man auch gleich festen Boden unter den Füßen, um dem wirklichen Wert, den diese Gesetze und Vorschriften für uns haben, zu beurteilen.

Das hier gesagte will ich nun an der Hand eines praktischen Beispiels klarer darzustellen suchen und wähle dazu ein Gebiet, auf dem die Gesetzgeber durch Verquickung ihrer Vorschriften mit religiösen Vorstellungen die größte Macht entfalten konnten. Das Gebiet des Liebeslebens, zugleich das Gebiet, das die Jugend am stärksten zu bewegen, zu erschüttern vermag und das darum auch die größte Zahl von Kettenbrechern aufweisen kann. Stark sind die Fesseln der Kettenschmiede, stärker noch die sie sprengenden Triebe.

Mich selbst führte ein ganz anderer Zweck dazu, die Genesis unserer das Geschlechtsleben regelnden gesetzlichen und gesellschaftlichen Vorschriften zu untersuchen. Ich wollte wissen, wie weit die Grundrenteninteressen an der Schaffung des christlichen Begriffes der Erbsünde beteiligt waren. Der Kürze und der Anschaulichkeit wegen, wähle ich für meine Darlegungen die Form der Erzählung-, die hier folgt:

Rings um eine Oase erhoben sich steile Berge, die die Kraft der Wüstenstürme brachen. Unterirdische Gewässer speisten die Brunnen und die Planzenwelt. Alles gedieh hier mühelos. Jenseits der Berge aber breitete sich ödes Steppen- und Wüstenland aus, end-

los. Wer diese Oase hätte verlassen müssen, um sich draußen in der Steppe sein Brot zu erkämpfen, dem wäre es sicher zumute gewesen wie Adam und Eva als sie aus dem Paradies durch die Folgen der Erbsünde, d. h. durch die mit ihr und durch sie entstandene Übervölkerung hinaus gedrängt wurden. Die Erbsünde stößt ja immer und automatisch die Menschen aus dem Paradies, aus den fruchtbaren Strichen in immer magere, aus dem Marschland in die Heide. Die Erbsünde wird dabei in ihrer Werdung durch den Trieb zur Brutpflege unterstützt. Je besser die Mutter, umso schlimmere Folgen hat die Erbsünde. Erbsünde ohne Folgen ist praktisch keine Sünde mehr. Wenn Eva keine so sorgsame Mutter gewesen wäre, wenn sie die Kinder hätte verkommen lassen, dann lebte sie heute noch im Paradies. Zur Erbsünde gehört also, wenn sie die schlimmen Folgen haben soll, unbedingt ein starker Trieb zur Brutpflege. Durch die Kanalisation ist in Berlin die Sterblichkeit von 58 auf 14 gefallen. Die Sanierung der Stadt durch die Kanalisation hat die gleichen Wirkungen wie die Erbsünde selbst gehabt. Sie steht moralisch mit auf gleicher Stufe.

Die Menschen, die in unserer Oase wohnten, waren von allem Verkehr mit der Außenwelt seit undenklichen Zeiten abgeschnitten. Sie wußten nicht, daß es noch eine Außenwelt gab und die Außenwelt wußte auch nichts von ihnen. Sie lebten in paradiesischer Unwissenheit und vermehrten sich dementsprechend. Diese Vermehrung aber war die große, beständige Sorge des Patriarchen. Er sah die Zeit kommen, wo die Erträge der Oase nicht mehr ausreichen würden, um alle zu ernähren. Wie könnte er dieser endlosen Vermehrung entgegenwirken?

Nun hatte er Beobachtungen, die er seit einiger Zeit betrieb, zu einem gewissen Abschluß gebracht. Er hatte die Ältesten zu einer Besprechung eingeladen.

„Wenn die Vermehrung unseres Volkes so weitergeht, werden wir bald die Grenzen unserer Subsistenzmittel überschreiten“, sagte Malthusalem, der Patriarch. „Wir wissen das“, sagten die Ältesten bedrückt. „Was können wir dagegen machen?“ Der Patriarch fuhr fort: „Seht dort das Paar unter dem Apfelbaum. Gott hat mir den Sinn der Handlung offenbart. (Die Alten nannten alle wissenschaftlichen Entdeckungen Offenbarungen.) Zwischen dem, was das Paar dort tut und der Geburt eines Kindes besteht ein innerer Zusammenhang. Merkt euch den Tag und zählt die Monde. Von heute ab in 9 Monden wird das Weib dort ein Kind bekommen. Ich habe das in mehr als 100 Fällen, die ich beobachten konnte, festgestellt. (Man vergesse nicht, daß es sich hier um paradiesische Zustände handelt.) Ich konnte es zuerst nicht glauben. Für mich aber besteht jetzt kein Zweifel mehr.“ (Anm.: In Afrika gibt es ja noch heute Stämme, die diese Zusammenhänge nicht kennen.)

„Unser Patriarch ist ein feiner Beobachter. Es hat sich schon so manches als richtig bewiesen, was er behauptet hat, daß wir ihm nun auch dieses glauben müssen, so wunderbar es auch klingt“, sagten die Ältesten. „So alt wir auch sind, wir lernen noch immer etwas dazu. Und je älter wir werden, umso wunderbarer erscheint uns diese Welt.“

„Gut“, sagte Malthusalem. „Ihr ahnt wohl schon, welche gewaltige Bedeutung diese Offenbarung“ für uns, für unsere große Sorge haben wird. Sie wird uns in den Stand setzen, die Vermehrung unseres Volkes den Subsistenzmitteln ständig anzupassen und uns so der Notwendigkeit entheben, den sonst unvermeidlich kommenden Überschuß der Bevölkerung aus dem Paradies in die Wüste hinauszudrängen. Da wir nun wissen, wie die Volksvermehrung entsteht, können wir sie nun kontrollieren. Die große Gefahr ist dann für immer gebannt.“

„Eine Last fällt uns vom Herzen“, sagten aufatmend die Ältesten. Es ist gewiß die größte und wichtigste Offenbarung, deren wir durch dich teilhaftig geworden sind. Wie es nur kommt, daß Gott dir alle seine Geheimnisse offenbart? Was hatten wir Pfuscher schon alles in Betracht gezogen, um den schrecklichen Augenblick hinauszuschieben, wo wir uns sagen mußten, wir sind zu viele. Wir berieten schon lange darüber, die giftige Cobra heilig zu sprechen, in der Hoffnung, daß dieses schreckliche Tier sich stärker vermehren und unter uns schneller aufräumen würde.“

(Anm.: Die Cobra steht in Indien, dem klassischen Land der Übervölkerung und des Hungers, heute noch im Schutze religiöser Vorstellungen. In Ägypten wurden die Neugeborenen getötet (Moses) und die Schlangen ebenfalls als heilige Tiere, also als nützliche Tiere erklärt. Ob aber auch die Gärten Pharaos von Schlangen wimmelten? Es scheint nicht so, sonst wäre Pharaos nicht so erschrocken gewesen, als ihm Moses eine Schlange vor die Füße warf. Diese ekelhaften Reptilien waren also nur für den Pöbel heilig. In Pharaos Garten wurden sie nicht geduldet.)

„Aber was hätte es für einen Sinn, Menschen aufzuziehen, um sie dann den Schlangen zu opfern? Darum hatten wir auch bereits den Vorschlag in Erwägung gezogen, die Säuglinge gleich nach der Geburt dem Feuergotte zu opfern. Nach den Plänen unseres Kollegen Moloch hatten wir dabei eine Auslese gemacht, und die weniger gut geratenen Säuglinge in erster Linie geopfert. Die Mütter hätten wir durch irgendeinen religiösen Wahn schon dazu gebracht, daß sie ihre Säuglinge geopfert hätten. Die Pläne der Opferstätte waren fertig. Das religiöse Zeremoniell von unseren besten Künstlern entworfen. Auch die für die Übertönung des Gewimmern der Säuglinge bestimmten Gesänge ...“

„Haltet an, seid still,“ sagte der Patriarch. Wenn ich daran denke, daß auch ich mich mit derartigen Plänen beschäftige, steigt mir die Schamröte bis an die Haarwurzel. Gott, in welche Not hast du uns getrieben, daß wir solche Gedanken nicht glatt von uns wiesen, daß wir solchen Gottesdienst in Betracht ziehen konnten. Und das ausgerechnet der liebste, beste Mann unserer Gemeinschaft, daß Moloch, dein Liebling, der dir am nächsten steht, der keinem Wurm ein Leid tun kann, dich mit solchen Gottesdienst zu ehren vorhatte! Aber lauter noch als es das Gewimmer der geopfert Säuglinge getan hätte, muß wohl mein Gebet zum Himmel geschrien haben, als ich dich in unserer schrecklichen Not um Hilfe bat und du mir durch Offenbarung des Geheimnisses der Menschwerdung den Weg zeigtest, der aus unserer Not herausführen wird, ohne die Cobra und ohne Molochs Brandopfer. Um die Mütter dahin zu bringen, daß sie ihre Säuglinge der Gottheit opferten, hätten wir dein Bild umstoßen und aus einem allgütigen Wesen ein Scheusal machen müssen, ein zornwütiges Wesen, das nur durch Kindesopfer besänftigt werden kann. Was wäre aber mit der Zeit aus uns selber geworden, wenn wir solchen Gottheiten gedient, geopfert hätten? Denn nach dem Bilde, das wir uns von dir machen, streben wir und gestalten wir uns unbewußt! Und in welcher Angst hätten von da ab die Frauen gelebt, in welche Abhängigkeit wären sie zu denen getreten, die darüber zu bestimmen gehabt hätten, welche Säuglinge geopfert werden sollten! Übrigens wäre auch der Plan am Charakter unserer Frauen gescheitert. Moloch, du hast die Frauen entschieden falsch eingeschätzt! Unsere Frauen werden erschlagen, der ihnen das Opfer ihrer Säuglinge vorschlägt. Seht dort den kleinen Moses mit seiner herrlichen Mutter! Sie würde bestimmt der Gottheit die Augen auskratzen, ehe sie ihren Knaben hergibt. Übrigens brauchen wir uns jetzt auch nicht mehr mit dem Schrecken zu befassen, seitdem mir Gott in Erfüllung meiner Bitte um eine seiner würdigen Rettung die Menschwerdung offenbart hat und so haben wir uns Jetzt nur darüber zu verständigen, wie wir diese Offenbarung nun am zweckmäßigsten ausnützen können. Du, Eugen, du machst Ja ein so glückliches Gesicht, du hast wohl einen guten Plan?“

Eugen: Ich habe immer feststellen müssen, daß die Kinder eine merkwürdige Ähnlichkeit mit der Mutter haben. Wenn es also zu einer Geburtenbeschränkung kommen kann, so schlage ich vor, daß wir eine Auswahl unter den Frauen treffen, denen die Aufgabe übertragen wird, unsere Zahl im richtigen Verhältnis zu den Subsistenzmitteln zu erhalten. Wir wählen dann die schönsten, gesündesten und besten aus. Und so werden dann nur mehr schöne und gesunde Kinder geboren werden. Darüber bin ich so glücklich. Die anderen Frauen weihen wir der Gottheit, d. h. wir empfehlen ihnen Enthaltensamkeit und versprechen ihnen dafür im Himmel einen Lohn.“

Moloch: „Wenn man immer falsch von anderen beurteilt wird, dann tuen einem Worte, wie die, die unser Patriarch in Bezug auf mich ausgesprochen hat, ordentlich wohl. Ich hatte doch auch im Sinne, was jetzt Eugen mit seinem Vorschlag zu erreichen sucht. Keiner von denen, die mich so scharf beurteilt haben, hat es gewagt, an Stelle des Meinigen einen weniger barbarischen Vorschlag zu machen. Wahrscheinlich, weil sie nichts Besseres wußten. Das Bessere aber ist allein eine gute Kritik. Ich sah den Dingen, wie sie mit mathematischer Sicherheit kommen mußten, scharf ins Gesicht. Ich allein hatte den Mannesmut dazu. Die anderen alle waren dazu zu feige. Ich sah ganz klar, wie wir uns alle aus Hunger gegenseitig in ununterbrochenen Kämpfen ermorden würden. Ich sah ganz deutlich alle Folgen, die das bisher geübte passive Verhalten nach sich ziehen mußte. Wie der Mord Rache und Sühne fordern würde, wie unser Sinnen und Trachten nur mehr auf Mord und dessen Abwehr eingestellt sein würde. Und da fragte ich mich: Ist es nicht tausendmal besser, wir opfern gleich die Neugeborenen, statt daß sich die Erwachsenen im rohesten Kampf ums Brot gegenseitig umbringen! Ich sah noch mehr. Ihr kennt alle die hohe Achtung, die ich für die Mütter hege und wie ich auch immer ihre Partei ergreife, wenn sie infolge ihrer physischen Schwäche benachteiligt werden. Ich sah nun, wie die Erkenntnis, daß die Not auf die große Zahl von Geburten zurückzuführen ist, die Mütter ganz authematisch in der Achtung der Männer herabsetzen mußte, und daß dies nicht ohne nachteilige Folgen für die Sicherheit und glückliche Aufzucht der Kinder sein würde. Ich sah, wie durch meinen Vorschlag die Zahl der Säuglinge zwar vermindert würde, daß aber dafür das Leben der verbleibenden gesichert und die Mütter, die nun nicht mehr gefährlich waren, keinen Schaden durch öffentliche Mißachtung erleiden würden. Wir sehen doch, wie die Achtung zum besten Teil davon abhängig ist, ob wir Nutzen oder Schaden von unserem Nächsten zu erwarten haben. Ein Wesen aber, ein Weib, das uns durch Mehrung der Zahl der Mitesser fortwährend bedroht, dem Hunger aussetzt, muß mit der Zeit unsere Achtung verlieren und jedem anderen Schädling gleichgesetzt werden. Frauen und Schlangen hätten wir dann schließlich auf die gleiche Stufe gestellt. Die Summe all dieser Umstände ließ mich darum, gegen meine innersten Gefühle, das Opfer der Neugeborenen als das kleinere Übel einschätzen, namentlich auch aus dem Grund, den Eugen eben anführte, daß wir auf dem Wege der Auslese Einfluß auf unsere Nachkommenschaft gewinnen konnten. Jetzt natürlich, da uns Malthusalem das Geheimnis der Menschwerdung offenbart hat, fallen selbstverständlich alle meine Pläne unter den Tisch und es ist gewiß keiner unter uns, der ein stärkeres Gefühl seelischer Befriedigung genießt als der schreckliche, der berüchtigte Moloch.“

Malthusalem: „Nur Kinder können es gewesen sein, die nicht höchste Achtung vor Molochs Streben gehabt haben. Ich kenne niemand unter uns, der mit größerem Ernst und größerer Umsicht das Problem, das uns hier beschäftigt, behandelt hat, und niemand weiß es besser als ich, wie viel menschliches Empfinden sich hinter Molochs rauhem Wesen versteckt. Und ich glaube im Sinne aller hier Anwesenden zu sprechen, wenn ich Moloch zum Zeichen, daß wir ihn wirklich verstanden haben, als meinen Nachfolger im Patriarchat vorschlage.“

Alle: „Moloch soll unser Patriarch werden.“

Malthusalem: „Ihr habt alle vernommen, was Eugen für die Kontrolle der Geburten vorschlägt. Seid ihr alle damit einverstanden?“

Moloch: „So lange ich und wir alle über das Problem der Menschwerdung ganz im Dunklen tappten, und der Übervölkerungsnot ratlos gegenüberstanden, wußte, ich keinen anderen Ausweg als den der brutalen Gewalt. Der Unwissende ist ja immer brutal. Jetzt aber, wo wir wissend geworden sind, möchte ich auch eine der göttlichen Offenbarung würdige Form der Geburtenbeschränkung herbeiführen. Eugens Vorschlag entspricht nicht diesen Ansprüchen, obschon er einen intregierenden Teil meines eigenen Planes bildete. Die göttliche Offenbarung, die uns durch Malthusalem zuteil wurde,

müssen wir zu einer allgemeinen Befreiung, Befreiung von der Autorität des Patriarchen und der Ältesten ausmünzen. Das sage ich, als einstimmig ernannter Patriarchatskandidat. Wir schufen diese Autorität ja nur zu Abwehr der durch den Geburtszuwachs entstehenden Not. Wir brauchen keine künstlichen Eingriffe, keine künstliche Auslese, keine Verbote, keine Freiheitsbeschränkung – . Wenn Eugen feststellen konnte, daß die Kinder oft den Müttern ähneln, so ist es Tatsache, daß sie ebenso oft ihnen auch nicht ähneln, sondern die Züge von Männern der Umgebung tragen. Die Erklärung dazu liefert uns die große, neue Offenbarung. Wenn es aber so ist, so brauchen wir nur die Frauen vertraut mit der neuen Erkenntnis zu machen, um auf natürliche Weise das zu erreichen, was Eugen durch behördliche Eingriffe zu erreichen sucht. Die Frauen werden dann sagen: Wenn es wahr ist, daß die Männer an unseren Kindern beteiligt sind, wenn es wahr ist, daß die Kinder sogar oft die Züge dieser Männer annehmen, (für den neuen Begriff „Vater“ gab es natürlich noch keinen Ausdruck. Das Wort „Mutter“ ist Jahrtausende vor dem Wort „Vater“ entstanden), so werden wir, um schöne und tüchtige Kinder zu bekommen, unter den Männern wählen, und wenn wir keinen finden, der unseren Schönheitsansprüchen genügt, nun dann werden wir suchen und suchend warten.“

Und Moloch fuhr fort: „Wenn die Frauen so sprechen und handeln werden, dann brauchen wir uns wegen der Geburtenbeschränkung keine weitere Sorgen zu machen. Die Frauen werden suchen und warten, die eine 5 Jahre und die andere Zehn, die andere bis ans Ende der Jahre. Und während sie suchen, werden keine Kinder geboren. So haben wir eine Geburtenbeschränkung, wie wir sie uns schöner, freier und im Hinblick auf Eugens Ziele nicht wirksamer uns vorstellen können.“ So sagte Moloch.

Malthusalem: „Moloch ist ein Idealist. Sein hoher Optimismus gibt mir Stärke. Trotzdem muß ich bekennen, daß der Weg, den er uns zeigt, nicht zum Ziele führen würde. Meine Beobachtungen erstrecken sich über Jahrzehnte. Und auf Grund derselben muß ich sagen, daß die meisten Frauen mit dem Vorlieb nehmen würden, was da ist und nicht lange warten würden, es sei denn, daß die Frauen einer über Generationen sich erstreckenden Erziehung unterwerfen würden in der Richtung einer verfeinerten Wahlkunst. Hierfür aber haben wir keine Zeit. Wir müssen unmittelbar wirksame Maßnahmen ergreifen. Das schließt nicht aus, das wir Molochs Forderungen zur Sicherung der persönlichen Freiheit der Frauen gerecht werden können. Ich habe nun selbst folgendes vorzuschlagen: Meine Beobachtungen beweisen mir, daß die Frauen sich benehmen, als ob sie da etwas tun, dessen sie sich zu schämen haben. Auf dieser höchst merkwürdigen Erscheinung will ich bauen. Mein Vorschlag geht dahin, daß wir dieses Schamgefühl künstlich nach Möglichkeit wecken und stärken. Das können wir, indem wir die zu erschwerende Handlung als Sünde brandmarken und so zu den Dingen herabwürdigen, die Abscheu und Ekel erwecken müssen. Wir geben der Handlung gleich den Namen der Sünde, wir nennen sie Erbsünde. So schaffen wir zunächst einmal eine sehr starke und wirksame sittliche Hemmung, und zwar nicht für einzelne Frauen, wie es nach dem Vorschlag Eugens der Fall wäre, sondern generell für alle Frauen. Leicht wird es uns sein, dieses Vorgehen mit der neuen Offenbarung zu begründen. Eine Handlung, die die ganze Gemeinschaft in Not und Elend bringt, die uns zwingt, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, deren Erinnerung uns jetzt erschauern läßt, die ist sündhaft. Denn Sünde ist doch alles, was uns schadet. Damit aber nun die Handlung nicht ganz unterbleibt, damit die Bevölkerung nicht jetzt unter die Subsistenzmittel sinkt, erweitere ich meinen Vorschlag dahin, daß wir uns die Vollmacht geben, die Handlung unter gewissen Voraussetzungen zu entsündigen und durch religiöse Zeremonien zu „heiligen“, Kraft unserer zu diesem Zwecke vielleicht noch durch Hokus Pokus zu stärkenden Autorität werden wir den Konsens geben oder versagen je nach den Umständen, je nach dem Vorrat an Kokosnüssen. Nur nach Erfüllung von einer Reihe von Formalitäten, denen wir eine gewisse Feierlichkeit verleihen werden, die wir auch ganz nach Bedarf in die Länge ziehen können, werden sich die Paare vereinigen dürfen. Diejenigen Frauen aber

die sich über unsere so geschaffenen Hemmungen hinwegsetzen sollten, werden sich der öffentlichen Mißachtung aussetzen, eine Mißachtung, die auf das Kind sich überträgt. Kommt es dann doch noch in Folge solcher mutwilligen Übertretungen zu einer Übervölkerung und zu Notstand, dann werden diese ungehorsamen Frauen mit ihren Kindern in erster Linie die Not zu tragen haben. Wir werden sie in die Steppe treiben. Dann wird mit der Zeit die Furcht vor so schlimmen Folgen unseren Vorschriften absolute Autorität verschaffen. Das ist in großen Zügen mein Plan. Die Praxis wird uns vielleicht die Mittel zeigen, die Härten zu mildern. Aber über eins müssen wir uns klar sein: so hart wie die Natur der Dinge uns gegenüber tritt, müssen auch die Abwehrmittel sein.“

Moloch: Ich kann mich leider unserem verehrten Patriarchen nicht ganz anschließen. Durch Annahme seines Vorschlages schaffen wir eine Kategorie ungleich berechtigter Menschen. Der unmittelbare Zweck des Vorschlages wird ja erreicht werden, denn es werden nur wenige Frauen den Mut haben, sich den Gefahren des Ungehorsams auszusetzen. Ich bin aber gewohnt, meinen Blick über die unmittelbare Gegenwart hinausschweifen zu lassen. Und so sehe ich, wie sich mit der Zeit in der Steppe ein Volk von Ausgestoßenen bilden wird, das immer das Bestreben haben wird, in das Paradies zu dringen und das, wenn es einmal zahlreich genug sein wird, an die Gewalt appellieren wird. Wenn wir keinen besseren Weg finden, denn scheint mir noch das Molochisieren der Säuglinge das kleinere Übel zu bleiben. Dann ich kann mir auch vorstellen, daß wir einmal im Kampfe mit den Ausgestoßenen den Kürzeren ziehen werden und das *wir* dann zur Abwechslung in die Wüste ziehen müssen. Bedenkt das. Wir dürfen hier keinerlei Vorrechte schaffen. Was wissen dann auch die Kinder vom Ungehorsam der Mütter? Sie werden es niemals verstehen, daß wir sie enterben konnten. Wir werden uns dann auch keinen Augenblick sicher fühlen und unser Paradies Tag und Nacht verteidigen müssen. Bedenkt auch, wie wir dastehen würden, wenn in einem Kampf mit den Ausgestoßenen diese den Sieg davontragen würden, nachdem wir uns bei unserem Vorgehen auf göttliche Offenbarungen bezogen haben. Der Sieg muß doch immer auf der Seite Gottes bleiben. Als Schwindler wären wir vor dem ganzen Volk entlarvt. Ich bitte also, es bei dem ersten Teil des Vorschlages bewenden zu lassen und von allen Strafen abzusehen. Vertrauen wir auch auf die Einsicht unserer Frauen. Und lassen wir zunächst einmal diese Erfahrung sprechen.“

Malthusalem: „So wollen wir es halten. Die Erfahrung soll unsere ferneren Schritte leitend.“

Marduk: „Ich protokolliere also: Die nach der göttlichen Offenbarung zur Menschwerdung führende Handlung würde, wenn sie wie bisher ungehemmt bleibt, zur Übervölkerung und damit zu Hunger und Unfrieden führen. Sie muß darum mit allen uns als wirksam erscheinenden Mitteln erschwert werden. Zu dem Zwecke wird die Handlung als Sünde gebrandmarkt und mit einem Schimpfnamen, mit Erbsünde bezeichnet. Unsere Priester werden ermächtigt, diese Handlung durch besondere Konsense zu entsündigen und zu heiligen. Die zulässige Zahl solcher Konsense wird sich nach der Menge unserer Subsistenzmittel richten. Man erwartet von der Einsicht unserer Frauen, daß sie sich diesen Anordnungen fügen werden, so daß Strafbestimmungen überflüssig bleiben. Als das zu erstrebende Ideal würden es alle ansehen, wenn die Frauen durch wählerisches, abweisendes Benehmen allein schon das Ziel, die Geburtenbeschränkung herbeiführen könnten, so daß nicht nur Jede künstliche Einmischung der Behörden in diese Dinge sich als überflüssig erweisen würden, sondern auch die Vorbedingungen für einen schönen gesunden Nachwuchs erfüllt wären. Eugens behördliche Auslesemaßnahmen werden abgelehnt. Die Pläne zu Molochs Tempel werden zerstört.“

Ich möchte nun hier die Lehren, die wir aus dieser kurzen Darstellung der Genesis unserer Ehegesetze gewinnen, zur Beleuchtung meiner Ausführungen benutzen.

Wir sehen hier an diesem Beispiel wieder, wie sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit forterben, wie Vernunft zu Unsinn wird und Wohltat zur Plage. Wir

leben nicht mehr im Paradies, d. h. in einer Oase mit beschränkten Lebensmöglichkeiten. Wir sind nicht mehr auf die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens angewiesen, wir haben die Möglichkeit, jeden Boden fruchtbar zu machen. Mit unseren Schiffen und Maschinen verfügen wir über die ganze Erde. Die Erde könnte nach dem heutigen Stand der Technik 100fach größere Bevölkerung ernähren. Trotzdem bestehen die aus der Not einer Oasenbevölkerung geborenen Gesetze fort, die weiter nichts waren als Hungergesetze. Der moralischen Einschätzung des Geschlechtsverkehrs wird noch immer der abschreckende Stempel der Sünde, der Erbsünde, des Hungers aufgedrückt. 90 Prozent aller Kinder werden noch durch die Taufe an den Hunger der Oasenbevölkerung erinnert. In Frankreich stehen die Dinge sogar so, daß die Zivilbehörden, die sich Sorgen wegen des Geburtenrückgangs machen, denselben Akt, der kirchlich als Erbsünde bezeichnet wird, zur Hebung der Geburten als patriotische Tat bezeichnen oder doch bezeichnen möchten.

Unsere Geschlechtsmoral ist der Hungerwirtschaft angepaßt, während sie normalerweise den Gesetzen der Auslese, der von Nietzsche und Anderen geforderten Hochzucht dienen müßte. Die Autorität uralter Überlieferungen steht solcher Zucht im Wege. *Das Resultat ist eine völlig abwegige Entwicklung des Menschen nach jeder Richtung hin.* Diese Geschlechtsmoral ist, nach den Ergebnissen bewertet, als Unzucht, als Sodomie zu bezeichnen. Diese Autorität muß gestürzt werden. Sache der Jugend ist es, sie zu stürzen. Die Jugend muß sich befreien von der Hungermoral armseliger Oasen- und Paradiesbewohner, von der Autorität religiöser Vorstellungen, die sich gedankenlos in überlieferten Geboten, statt in den zu diesen Geboten führenden Ursachen orientieren. Sache der Jugend ist es, die moralischen Anschauungen zu erweitern und sie dem erweiterten Kreis der Lebensmöglichkeiten anzupassen, unter Berücksichtigung der von der modernen Biologie aufgestellten Lebensgesetze. Freiheit, Kampf ums Dasein, Wettbewerb unter Ausschaltung aller nicht angeborenen Vorrechte. So werden wir es erreichen, daß im Laufe der Jahrtausende das Minderwertige, die Vielzuvielen, womit uns die durch die Autorität der Ehegesetze verderbte Geschlechtsmoral belastet hat, wieder ausgerottet wird, daß der Untertanencharakter der Menschen dem hohen Gedankenflug des Anarchisten Platz macht und sich dieser wuchernd über die Erde verbreiten kann.

Wo Menschen gezeugt werden mit hohem Gedankenflug, mit schönen, gesunden Gliedern, die die Welt und das Leben zu einer unerschöpflichen Quelle der Lebensfreude zu gestalten wissen, dort, nicht in unseren Kranken-, Toll- und Zuchthäusern, in der Autorität uralter und staatlicher Gesetze sucht Euch den Maßstab für die Güte und Richtigkeit Eurer Handlungen, für die Moralität Eures Liebeslebens. Heil und Sieg dem Tüchtigsten I

Die Lösung der Währungsfrage durch das bewaffnete Proletariat

Seit einem halben Jahr steht *Schacht* am Steuer der deutschen Währung, und der Kurs des Dollars zeigt, daß das, was er vorhatte, keine Utopie war. Der Dollarkurs steht fest. Was sein Vorgänger mit großen Goldreserven nicht durchzuführen verstand, das erreicht *Schacht* durch einfaches Manövrieren. Gibt es einen besseren Beweis für die Überflüssigkeit des Goldschatzes? Hätte *Schachts* Vorgänger den

Goldschatz nicht vollkommen dilapidiert, hätte *Schacht* selbst noch einen solchen Goldschatz geerbt, wer weiß, ob er die Maßnahmen, die zur jetzigen Stabilität geführt haben, ergriffen hätte. Vielleicht hätte auch er alles von der Existenz des Goldschatzes erwartet, vom „inneren Wert des Goldes“. So handelte er der Not gehorchend, und die Not schuf, was dem Goldschatz nicht gelingen konnte.

Vielleicht ist *Schacht* selber erstaunt darüber, daß ihm das Werk gelang. Als gewöhnlicher Goldwährungsmensch dürfte er eigentlich selber nicht an die Möglichkeit einer rein dynamischen Währung glauben. Denn, so wird man ja jetzt fragen: was soll jetzt noch die Goldwährung, wenn wir ohne sie alles erreichen können, was die Goldwährung uns zu bieten vermag, nämlich ein festes Verhältnis des deutschen Geldes zum Gold? Bleiben wir doch beim jetzigen System! Und wenn es etwa noch nicht vollkommen ist, wenn sich mit der Zeit Mängel zeigen, so versuchen wir dieses System, das sich in einer so überaus aufgeregten Zeit bewährte, zu verbessern! Eins können wir ja jetzt schon sagen: Wenn wir die Goldwährung im Sinne der Vorkriegszeit gehabt hätten, dann hätte sich in den letzten sechs Monaten unzählige Male das wiederholt, was sich Anfang August 1914 ereignete, die Noteninhaber nämlich hätten das Gold von der Notenbank abgehoben, um es zu verschatzen. Im August 1914 brach die Goldwährung sofort zusammen. Eine Papiergeldwährung wäre damals nicht zusammengebrochen. Das beweist jedem, der sehen will, der Erfolg der *Schachtschen* Währungspolitik. Der nationalistisch- kommunistische Ausfall der Wahlen und unzählige andere Ereignisse der letzten Monate hätten den Geldumlauf immer wieder unterbrochen, und zwar um so stärker, je mehr Gold in Umlauf gewesen wäre.

Der „Erfolg“ der *Schachtschen* Währungspolitik ist ein neuer Beweis für die Richtigkeit der Quantitätstheorie. Wer noch solche Beweise braucht zur Erhellung dunkler Räume, hier in den Erfolgen Dr. *Schachts* kann er sich das Licht holen. Aber für die Währungspolitik des deutschen Volkes braucht man keine Beweise. Wer die Macht hat, der macht die Währungspolitik, und zwar die Währungspolitik, die ihm und seinem Kreise paßt, auf die er sich vielleicht auch an der Börse eingerichtet hat. Für solche Macht freilich braucht man Geld, viel Geld. Die deutsche Presse ist ein Handelsartikel wie Kautabak und Spucknäpfe. Mit Geld kann man unzählige Blätter kaufen, beliebig viele Blätter gründen, auch sozialdemokratische! Und durch Dumpingpreise kann man, wenn man das nötige Geld hat, jeden Gegner im Pressekampf um die Ecke bringen. Auch diesem Blatt, dem „Entscheidungskampf“, kann jeder an der Währungsgestaltung interessierte Börsenmann, dem das Blatt lästig wird, durch Schaffung von Konkurrenzblättern den Daseinskampf zum Todeskampf gestalten. Kurz, wer Geld hat, genügend Geld, der hat die Presse und damit auch die berühmte öffentliche Meinung, die die Vertreter in das Parlament schickt. Wer Geld hat, der macht also auch die Wahlen, der hat letzten Endes die

Majorität im Parlament, der macht die Gesetze, wie man jeden anderen Handelsartikel macht.

Wer aber hat nun das hierfür nötige Geld?

Nun, diejenigen, die sich mit Hilfe des Parlaments (s. den vorhergehenden Satz) die Herrschaft über die Währung verschafft haben, die der Presse, ihrer Presse, den Befehl gaben, zehn Jahre lang stillschweigend zuzusehen, wie mit Hilfe der Inflation die Spargelder des Volkes (18 Milliarden Goldmark) gestohlen, die Mündelgelder geraubt, wie ein in Papieren aller Art angelegtes Vermögen von reichlich 200 Milliarden Goldmark (die Hälfte des in Deutschland angelegten Kapitals), unterschlagen wurde. Sie haben das Geld, und zwar auch das nötige Geld, um sich gerichtliche Verfolgungen vom Halse zu halten. Sie haben das Geld, um jetzt, da es nichts mehr mit der Inflation zu stehlen gibt, eine neue Währungspolitik zu fordern und durchzusetzen, eine Währungspolitik, die ihnen gestattet, die Beraubung des Volkes, natürlich unter Anwendung anderer, der neuen Situation angepaßter Methoden, fortzusetzen.

Kann man sich *Schacht* vorstellen, wenn er nicht den Leuten genehm wäre, die die Sparkassen geplündert und die Mündelgelder unterschlagen haben? Kann man sich *Schacht* vorstellen, wenn die gesamte Presse über ihn hergefallen wäre, wie sie über alle diejenigen herfällt, die es wagen, gegen die Hochburg der Raubritter, gegen die Goldwährung anzukämpfen? Ein Alarmruf, ein einziger, den die Presse auf Befehl ausstößt, und die Rentenmark, die Billionennoten setzen sich wieder in Bewegung zu rasendem Tanz! Dann wäre es aus mit Dr. *Schacht*.

Nach all dem, was im letzten Jahrzehnt von der deutschen Presse veröffentlicht worden war, was die um ihr Brot besorgten Wissenschaftler geschrieben hatte, lag der Grund des deutschen Währungszerfalls nicht in der Inflation, sondern im Mangel an Deckung durch Gold. Und jetzt mit einem Male sagt dieselbe Presse kein Wörtchen mehr von der Deckung und läßt *Schacht* stillschweigend gewähren, der die Stabilisierung ohne Gold unternimmt. Das läßt sich nur so begreifen, daß diese Presse eben auf Befehl handelt und daß der Befehl ausgeht von Leuten, die ein Interesse haben, einmal an der Inflation, ein andermal an der Stabilisierung und ein drittes Mal (wenn infolge der Stabilisierung sich wieder etwas Vermögen in den Händen des Volkes angesammelt haben wird) an der Deflation so viel zu verdienen, daß sie eben die Presse kaufen und bezahlen können.

Die Debatte über die Währungsfrage, die während der Inflationszeit nicht ganz unterdrückt werden konnte, ist jetzt von denen, die die Presse besitzen, geschlossen worden. Von Indexwährung, von aktiver Währungspolitik kein Wort mehr. *Gustav Cassel*, der Sachverständige der deutschen Reichsregierung, der sich allerlei ketzerische Bemerkungen über die Goldwährung erlaubt hatte, ist still geworden. Vielleicht läßt man ihn überhaupt nicht mehr zu Worte kommen. *Keynes*, der

andere Sachverständige, der sich direkt über die Goldwährung lustig macht, wird überhaupt nicht mehr erwähnt. Kurz, man merkt's an vielen Einzelheiten, daß der Befehl ergangen ist, die Währungsfrage aus der öffentlichen Diskussion auszuschalten. Und wer nicht pariert, der fliegt.

Sorgen wir dafür, daß die Währungsfrage nicht wieder einschläft. Das wird nur möglich sein, indem wir die Massen für sie interessieren. Das wieder wird nur möglich werden dadurch, daß wir die „patriotische“ Gesellschaft in den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien aus dem Sattel heben. Wir müssen die nach Regierungsposten schielende Gesellschaft, die 1914 die Kriegskredite bewilligte, die die blödsinnige Ruhrpolitik unterstützte und von 1914 bis in die letzte Zeit hinein stillschweigend zuschaute, wie die Notgroschen der Arbeiterfrauen, 18 Milliarden Goldmark, verteilt auf 22 Millionen Sparkassenbücher, zu Nutzen der Sachwertbesitzer verwässert und vernichtet wurden, von der Futterkrippe verjagen. Diese Gesellschaft, die sich also nicht nur politisch, sondern auch noch wirtschaftlich vollkommen unfähig erwiesen hat, die muß von ihren Sesseln gestoßen werden. Dann schaffen wir den Machtfaktor für eine wissenschaftlich geleitete, sachlich richtige Währungspolitik, die dem seit 6000 Jahren, seit Hammurabi und *Tutanchamon*, seit *Salomon* und *Solon* betriebenen ungeheuren Schwindel ein für allemal ein Ende bereitet.

So lange das nicht geschehen, sitzt Mammon fest auf seinem Thron, verteidigt durch die Schule, die Kirche, die Universitäten, die Presse, das Parlament, die Beamten, die Bonzen der proletarischen Organisationen (die ihn doch stürzen sollen) und die er alle an der goldenen Strippe hat. Alles andere ist vertan. Wir können noch viel Literatur schreiben, noch so triftige Kritik an der Goldwährung üben, alles, alles ist vertan, wenn keine Macht diese Literatur unterschreibt. *C'est de la litterature, mon ami, rien que de la litterature!* „*Sogar die Theoreme Euklids werden in Frage gestellt werden, wenn sie sich gegen die Goldwährung verwenden lassen*“, so sagt Professor *Irving Fisher*. Ebenso gut wie mit wissenschaftlichen Arbeiten könnte man Mammon mit Gebeten und Gebetsmühlen zu bekämpfen suchen. Nur der brutalen Macht wird Mammon weichen. Das geistig und physisch bewaffnete Proletariat kann allein die Währungsfrage lösen.

Zu den Erfolgen *Schachts* wäre noch zu sagen, daß sie niemand überraschen, der etwas von der Theorie des Papiergeldes versteht. Mit Papiergeld kann man jedem Ziele nachstreben, auch dem blödesten, ja sogar der von den amerikanischen Börsenräubern unter Führung *Morgans* geleiteten Dollarwährung. Freilich darf man auch nicht vor den notwendigen Maßnahmen zurückschrecken. Verkehrt wäre es, wenn man *Schacht* jetzt über die Kreditbeschränkung irgend welche Vorwürfe machen wollte. Verkehrt wäre es, wenn man den Zinsfuß von 20 Prozent mit diesen Kreditbeschränkungen in Verbindung bringen würde. Die Notenausgabe hat mit

dem Kreditbedürfnis der Unternehmer keine direkten Beziehungen. Und es ist auch durchaus richtig, daß man alles, was sich nur während der Inflation und mit Hilfe der Inflation am Leben erhalten konnte, jetzt zusammenbrechen läßt.

Seit dem Beginn der Inflation waren die Bankrotte im Deutschen Reiche eine ganz ungewöhnliche Erscheinung geworden, obwohl anzunehmen war, daß infolge des Krieges die Zahl der Ganz- und Halbidioten, die unfähig sind, ein Geschäft zu leiten, sich eher vervielfacht als vermindert haben mußte. Der hier seit zehn Jahren angehäuften Unrat muß verschwinden. Das alles ist in der *Schachtschen* Währungspolitik ganz in Ordnung. Das Einzige, was an dieser Politik, wenn man von der grundsätzlichen Kritik absieht, zu bemängeln bliebe, ist, daß *Schacht* nichts Wirksames gegen die Kapitalflucht, die eigentliche Ursache der Kreditnot, zu unternehmen wagt. Wenn er mit der Autorität, die ihm der sichtbare Erfolg in der Markstabilisierung verschafft hat, jetzt sagen würde: „Ich lege mein Amt nieder, wenn jetzt nicht sofort die Sachwertsteuer für die Erfüllung der Reparationen beschlossen und eingetrieben wird, damit die Kapitalflucht, die uns die schreckliche und unerträgliche Kreditnot gebracht hat, ein Ende nimmt. Die Volkswirtschaft kann unmöglich mit einem Zinsfuß von 20 Prozent arbeiten. Es hat keinen Sinn, dem Volk den geheilten Darm (Währung) des toten Patienten (Volkswirtschaft) zu zeigen. Entweder bereitet man durch die Sachwertsteuer der Kapitalflucht ein für allemal ein Ende, oder ich gehe, ehe die Kapitalflucht mein Werk wieder zerstört, ehe man mich für die Dinge, die da kommen werden, verantwortlich macht und man mir ans Leben geht.“ Solche Worte hätten gewirkt.

Es wird wüst zugehen im Deutschen Reich, wenn die Mark wieder an der Kapitalflucht, an der Kreditnot, am Zinsfuß von 20 Prozent, an der damit unausbleiblich werdenden allgemeinen Arbeitslosigkeit zusammenbrechen sollte.

Strandgut des Lebens

Offener Brief an den Herrn Pfarrer am Zellengefängnis Moabit

(Siehe den Artikel von Dr. Klett im „Berliner Tageblatt“ Nr. 261)

Wir wissen, Herr Pfarrer, wie viel Gutes ein Mensch tun kann, der sich um die Opfer der kapitalistischen Justiz kümmert, der sie in den Marterkammern besucht und sie durch Bibelworte täglich daran erinnert, wie schändlich, barbarisch und grausam die christliche Gesellschaft mit ihnen umgeht und der so in ihnen das Feuer der Rache unterhält, wohl die einzige wahre Freude, die ein Pfarrer ohne Macht und Geld den Gefangenen in Moabit bereiten kann. Denn „süß wie die

Rache“ ist schon die Hoffnung auf solche. Wir haben auch die allerbeste Meinung von Ihnen, Herr Pfarrer, die wir Sie lediglich nach Ihrem Artikel beurteilen. Sie wollen den Menschen helfen, die wir, die die Gesellschaft, die Sie in Moabit gefangen halten. Nun gut, es ist das auch unsere Absicht. Denn wahrhaftig, der Gedanke, daß es dort, gar nicht weit von uns, inmitten der Stadt eine „Insel der Schmerzen“ gibt, wo Hunderte von Menschen gemartert werden, zu keinem anderen Zweck als den, Schmerzen zu bereiten, ist für den, der nicht sadistisch veranlagt ist, unerträglich, schlafraubend, empörend.

Wie könnte man den Menschen dort, denen Sie helfen möchten, wirklich helfen? Wie kann ein Räuber, der sein Opfer mit einem Knebel im Munde und gefesselt im Walde liegen läßt, wie kann der ihm helfen? Ich meine, hier ist die Frage sehr einfach zu beantworten. Wir haben die Menschen in diese grausame, unmenschliche, barbarische Lage gebracht. Also liegt es nur an uns, sie zu befreien. Lassen Sie sich einen Dietrich herstellen, Herr Pfarrer, und geben Sie den Menschen dort die Freiheit, denen wir, ich und Sie, die Freiheit geraubt haben!

Den Leuten in Moabit ist also wirklich sehr leicht zu helfen. Das Mittel dazu ist auch nicht patentiert. Es ist von jedem, der wirklich christlich empfindet, dem es ernst ist mit der Hilfsbereitschaft, auch ohne weiteres anwendbar. Aber da werden Sie wohl sagen: Wenn wir den Leuten in Moabit helfen, wird uns nicht geholfen sein. Denn die Moabiter werden gleich ihr altes Spiel und Gewerbe mit erneuter Kraft aufnehmen.

Dieser Einwand läßt sich hören. Aber wirft er nicht die Aufgabe, die Sie sich gestellt haben, um? Wollten Sie nicht den Leuten helfen? Und nun stellt es sich heraus, daß Sie im Grunde sich selber helfen wollen! Würden Sie und ich und wir alle, die wir uns jetzt bei diesem wunderbaren Pfingstwetter unseres Lebens und der Freiheit außerhalb der Mauern von Moabit erfreuen, noch auf den Gedanken kommen, die Leute in Moabit zu mißhandeln, sie ihrer Freiheit zu berauben, wenn wir von ihnen nichts zu fürchten hätten?

Wenn Sie, sehr geehrter Herr, diese Frage glauben verneinen zu können, nun, dann ist der Weg frei, um zunächst einmal einer sehr großen Anzahl von Menschen in Moabit zu helfen, d. h. um sie sofort auf freien Fuß zu setzen. Lassen Sie diejenigen Mitmenschen in Moabit, von denen Sie annehmen, daß Sie und ich und die anderen von ihnen nichts zu fürchten haben, daß sie uns also nicht unmittelbar schaden werden, mit Hilfe des Dietrichs in Freiheit setzen! Lassen Sie sich einen unterirdischen Gang von der Kapelle ins Freie machen, und von der Kapelle aus lassen Sie die Eingekerkerten die Freiheit gewinnen.

Aber mir ahnt, daß Sie nicht mit diesem Vorschlag einverstanden sein werden. Erstens aus persönlichen Motiven. Denn nicht jeder tapfere Pfarrer ist bereit, sich

Unannehmlichkeiten mit den Vorgesetzten auszusetzen, um dem „Gesindel“ in Moabit die Freiheit zu schenken. Wer sich in den Staatsdienst stellt, dient dem Staat in erster Linie und dann Gott und den Menschen. Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist; den Rest könnt ihr Gott geben! Im Kriege weihte der Staatspfaffe die Waffen und hetzte dann die Soldaten auf den Feind!

Zweitens gefällt Ihnen mein Vorschlag nicht, weil Sie glauben, daß Moabit mehr bedeutet als einfachen Schutz gegen die Übergriffe dieser Menschen. Sie denken an Sühne und Gerechtigkeit. Die Taten dieser Leute, obzwar sie uns nicht weiter gefährlich wurden, fordern Sühne. Die bürgerliche Kanaille ist in ihrem Gerechtigkeitsgefühl verletzt worden. Die Bestie ruft nach Vergeltung.

Und noch aus einem dritten Grund könnten Sie meinem Vorschlag nicht bestimmen. Die Gesellschaft, die sich nicht in ihrem Lebensgenuß stören lassen will, braucht die Tortur des Gefängnisses, um andere abzuschrecken. Wir verwerten die Gefangenen zu unserem Vorteil, indem wir sie der Tortur unterwerfen! Je größer die Schmerzen, das Jammern und Stöhnen, um so mehr werden die anderen da draußen abgeschreckt, und dann können wir Polizei und Nachtwächter sparen und noch besser schlafen. Der Schmerz der Gefangenen verwandelt sich so bei uns in bares Geld. Und das und nichts weiter suchen wir mit der „abschreckenden Strafe“. Wenn wir die Schmerzen selber zu leiden hätten, vielleicht würden wir auf die abschreckenden Mittel verzichten und auf andere Weise den Zweck zu erreichen wissen. So aber haben wir ein billiges Mittel, um uns zu helfen – den Schmerz der anderen.

Wir verwerfen diese Nebenzwecke unserer Gerichte. Wir kennen nur eins, das ist unsere Sicherung gegen Übergriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, vonseiten der Kapitalisten, der Ausbeuter, der Wucherer, der Räuber, der Grundbesitzer, der Schutzzöllner, der Militaristen, der Wechselfälscher und der Papiergeldfabrikanten. Dieser Zweck hat mit Moral, Sühne, Sünde, Vergeltung, Rache usw. nichts zu tun. Wir wollen uns auf die billigste und sicherste Art vor Schaden und Gefahren schützen. Das ist alles. Es fällt uns nicht im Traum ein, die Menschen zu strafen, sie zu peinigen, sie durch Predigten und moralische Demütigungen zu demoralisieren, und es ist uns widerwärtig, die Qualen der Gefangenen als Abschreckungsmittel, als eine billige Vogelscheuche kapitalistisch zu verwerten. Wir schießen den, der nachts in unser Haus eindringt, um uns zu berauben oder um uns zu Kriegsdiensten zu pressen, über den Haufen. Wir weisen alle, die unser Eigentum antasten, aus unserer Gesellschaft. Und zwar deshalb, weil uns solche Politik nützlich erscheint. Aus keinem anderen Grund! Da uns die Rache, die Vergeltung, die Sühne nichts nützen, so üben wir keine Rache, keine Vergeltung und üben uns auch nicht in der unfruchtbaren Tätigkeit, den „Verbrechern“ Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Weil wir zahlreicher und darum mächtiger sind als die

Spitzbuben, darum sperren wir sie ein. Sonst wäre es umgekehrt. Wie das übrigens heute in vielen, vielen Ländern der Fall ist.

Wenn wir alle moralischen Begriffe, die Sühne, die Vergeltung, den perversen Abschreckungsgedanken fallen lassen und nur allein den Nützlichkeitsgedanken bei der Behandlung der in unsere Hände gefallenen „Verbrecher“ walten lassen, dann können wir sehr vielen Moabitern helfen, ja vielleicht der großen Mehrzahl, indem wir sie einfach auf freien Fuß setzen.

Überlegen Sie, sehr geehrter Herr Pfarrer, ob Sie sich auf diesen Standpunkt stellen können. Wenn es Ihnen möglich wird, dann sehen Sie zu, die anderen Gefängnisbeamten für diese Anschauung zu gewinnen und treten Sie in den Generalstreik. Wenn es keine „Menschen“ mehr gibt, die die vom Staate und von der Staatsmoral diktierten Gerichtsbeschlüsse ausführen . . . dann haben Sie den Moabitern wirklich geholfen. Sonst aber ist alles vertan, was Sie auch für die armen Teufel unternehmen.

I. O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Zwei Todesfälle durch falsche Deutung eines Sprichwortes.

„*Spinne am Morgen*,“ sagte Tante Ella – und schon hatte sie mit dem Besen die Kreuzspinne erschlagen und das Gewebe mit den darin zappelnden Schmeißfliegen weggefegt.

Am nächsten Tage klagte Tante Ella über Kopfschmerzen. Sie legte sich zu Bett und am Abend war sie an einer Blutvergiftung durch Fliegenstich gestorben. Das war die „*Spinne am Morgen*“, sagte die Nachbarin. Ja, sagte ich, aber nur darum weil man sie getötet hatte. Wenn Tante Ella die Kreuzspinne nicht erschlagen hätte, vielleicht wäre die Fliege in ihr Netz geraten und Tante Ella wäre nicht gestochen worden. Möglich, sagte die Nachbarin. Aber Tante Ella tat doch nur das, wozu das Sprichwort auffordert.

O, da sind Sie aber im Irrtum, sagte hier der alte Schäfer. Das Sprichwort ist ganz verstümmelt. Als ich Kind war, da sagte man: *Spinnen* am Morgen bringt Kummer und Sorgen. Das hieß damals, als man das Spinnen als Hausindustrie betrieb. daß die Hausfrauen, die die Tagesarbeit mit *spinnen*

statt mit den härteren Haus- und landwirtschaftlichen Arbeiten begannen, Haus und Stall verkommen ließen, wodurch dann sich Kummer und Sorgen einstellten. Das Spinnen aber am Abend, nach getaner Arbeit brachte den erquickenden und labenden Schlaf ein, der die Vorbedingung für freudige Arbeit am nächsten Tag ist und der dadurch auch die Sorgen vom Hause fernhält.

Wie viele Spinnen sind doch in Folge dieser dummen Verstümmelung eines Sprichwortes ums Leben gekommen!

Wir müssen einen Verein zum Schutze der Kreuzspinnen gründen, sagte der dicke Grundstücksbesitzer. Wie viele Menschen sind bereits an Blutvergiftung gestorben! Wenn diese alle lebten!

Ja, sagte der alte Schäfer, wenn sie alle lebten, wie viel Geld bekämen Sie dann für Ihre Grundstücke!

„Ja, und wie viel mehr würde da gebaut werden! sagte der Zimmermann, ich bitte mich als erstes Mitglied ihres Kreuzspinnenvereins einzutragen. Hier mischte sich der Nachtwächter in das Gespräch: Wir brauchen wirklich einen Kreuzspinnenverein. Aber nicht den, den der Grundstücksbesitzer will. Denn Sie, Herr Zimmermann, irren, wenn Sie glauben, daß die größere Volksdichtigkeit Ihr Gewerbe heben könnte. Alle Vorteile dieser größeren Volksdichtigkeit nimmt der Grundstücksbesitzer für sich in Anspruch. Es wird darum nicht mehr gebaut. Die größere Masse muß sich mit kleinerem Raum begnügen, weil die Grundrente erhöht und das Bauen dadurch verteuert wird. Aber das soll trotzdem kein Hindernis sein dafür, daß wir den Kreuzspinnenverein gründen, und ich bitte mich als zweites Mitglied einzutragen. Ich hoffe nämlich daß es uns gelingen wird, alle Kreuzspinnen, die da im Winkel auf die Vermehrung des Volkes lauern, um es umso besser auszusaugen, und die dem Volke soviel Kummer und Sorgen bringen, auszurotten.

Hier griff der Grundstücksbesitzer zum Stock und schlug den Nachtwächter tot.

I.O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Wer schützt den deutschen Arbeitslohn?

Der Präsident Argentinien, *de Alvear*, erklärte kürzlich in einer Botschaft an den Kongreß in Buenos Aires, daß die Regierung einen Plan ausarbeite zur Regulierung der Einwanderung. Unter den Einlaß begehrenden Personen soll eine „besondere Auswahl“ getroffen werden. Das Beispiel der Vereinigten Staaten macht also in Südamerika Schule. Südamerika den Südamerikanern!

In deutschen Zeitungen hat man vergeblich nach einem einzigen Protest gegen die Absichten *Alvears* gesucht. Trotzdem soll es auf diesem Erdball 500 Millionen Christen geben, zu deren Glaubenssätzen es gehört, daß Gott die Erde allen Menschen gab und nicht Südamerika den Südamerikanern. Keiner von diesen Christen hat in Deutschland protestiert. Auch die deutschen Gewerkschaften protestierten nicht. Sie bewiesen damit von neuem, daß ihnen die eigentlichen Kräfte, die den deutschen Lohn bestimmen, gänzlich unbekannt sind.

Daß die deutschen Kapitalbesitzer die Botschaft mit Stillschweigen übergehen, wer wollte sich darüber wundern? Wenn es für den deutschen Arbeiter keine Rettungsinsel außerhalb Deutschlands mehr gibt, nur dann gelingt es, die kapitalistische „Erfüllungspolitik“ durchzuführen und alle Kriegslasten auf die Schultern der Arbeiter durch Lohndruck abzuwälzen. Die deutschen Kapitalisten haben ein dringendes Interesse daran, zu schweigen.

Aber die Gewerkschaften? Freilich, sie wissen nichts davon, wieviel die Freizügigkeit für die Höhe des Arbeitslohnes bedeutet. Kein Geschichtslehrer und kein Professor der Nationalökonomie machte sie darauf aufmerksam, daß beispielsweise die Besserung der bäuerlichen Lebenshaltung in der Zeit nach *Barbarossa* bis etwa zum Beginn des 14. Jahrhunderts ihre einfache Erklärung in der Kolonisation Ostdeutschlands findet. Nicht etwa in einer Blütezeit der Nächstenliebe, sondern ganz einfach darin, daß auswanderte, wer mit den Zuständen in seiner Heimat nicht zufrieden war. Woran lag es wohl, daß von allen Arbeitern im Laufe des 19. Jahrhunderts die Schiffer sich zuallererst die persönliche Freiheit und einen vergleichsweise hohen Lohn erkämpften? Im Jahre 1860 war der Lohn in Irland um 57 Prozent höher als fünfzehn Jahre vorher. War das das Verdienst von Gewerkschaften, die eifrig Lohnverhandlungen oblagen? Nein, die Auswanderung vollbrachte das Wunder. Da, wo die Auswanderung am stärksten war, in Connaught, da war auch die Lohnsteigerung am größten, betrug sie doch hier 7 Prozent. Wer von den marxistisch eingestellten Gewerkschaftlern liest den ersten Band des „Kapital“ bis zu Ende und stößt dort auf jene Stellen, die den Schlüssel enthalten zu einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik? Als man zu *Steuarts* Zeiten anfang, so berich-

tet *Marx*, die Gälten vom Lande zu verjagen, wurde ihnen gleichzeitig die Auswanderung verboten. So trieb man sie gewaltsam nach Glasgow und in die übrigen Fabrikstädte. An anderer Stelle machte er sich über einen Kapitalisten namens *Peel* lustig, der 50 000 Pfund Sterling und außerdem 3000 Arbeiter mit nach dem Swan River (Neuholland) nahm, wo er eine lukrative Industrie ins Leben rufen wollte. Mit welcher Freude berichtet *Marx*, daß dem gescheiterten *Peel* die Arbeiter, einmal drüben angekommen, samt und sonders ausrissen. Nicht ein einziger blieb übrig, der sich bereit gefunden hätte, dem Herrn *Peel* das Bett zu machen oder für ihn Wasser zu schöpfen. Ohne Gewerkschaften und ohne Lohnverhandlungen verbesserten die 3000 Arbeiter ihre Lage. Sie siedelten sich kurz entschlossen auf Freiland an. Ihnen genügte es, zu wissen, daß ein oder zwei Tagesreisen entfernt freies Land in schier unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand, um sich aller Unfreiheit und allen Lohndruckes zu entledigen.

Nun liegt freilich zwischen Europa und Amerika der Atlantische Ozean. Eine Reise von mehreren Wochen gehört dazu, um das noch freie aber doch beinahe freie Land dieser Erde zu erreichen. Aber ist die Vergrößerung der Entfernung eine Rechtfertigung dafür, daß die Gewerkschaftsführer völlig vergessen, von wo aus letzten Endes bestimmt wird, ob ihre Lohnverhandlungen Erfolg haben oder nicht? Darf sie die größere Entfernung des Freilandes vergessen lassen, daß es noch immer der Arbeitsertrag des Freiländers ist, der die Lohnhöhe international bestimmt? Es gibt Länder, die so groß sind, daß man die Richtigkeit dieser Behauptung in ihnen selbst nachprüfen kann, z.B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Neger abwechselnd vom ländlichen Süden in den industriellen Norden fluten und umgekehrt. Dort wird auch dem Einfältigen klar, daß die Menschen stets vom Orte des größten wirtschaftlichen Drucks zum Orte des geringsten wirtschaftlichen Drucks strömen.

Deutschland gehört heute zu den Orten des größten wirtschaftlichen Drucks. Wir wollen nicht verschweigen, daß den Gewerkschaften, jenen Organisationen, die behaupten, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, an dieser Leistung ein großer Anteil gebührt. Ihrer rührigen Mithilfe ist es zu verdanken, daß die Menschen aus jenem Deutschland herausdrängen, das vor dem Kriege die Arbeitskräfte aus Polen, aus Rußland, aus Italien an sich lockte wegen seiner vergleichsweise hohen Löhne.

Solange es nicht möglich ist, mit Freigeld und Freiland dem Kapitalismus an den Kragen zu gehen, solange die Arbeiter sich zum Gaudium der Ausbeuter aus Schwäche, Einfalt und Trägheit vor den Zinskarren spannen lassen, sollte wenigstens das eine erreicht werden, die internationale Freizügigkeit zu sichern.

Dazu ist es nicht einmal notwendig, das Fernglas immer auf Amerika einzustellen. Oft genügt es schon, in Berlin nach dem Rechten zu sehen. Wenn jetzt für die

Unbedenklichkeitserklärung der Finanzämter bei Auslandspässen eine Gebühr von 10 Goldmark erhoben wird, so ist das nichts anderes als eine Beschränkung der Freizügigkeit, ein hinterhältiger Schlag gegen den deutschen Arbeitslohn, Ist es nicht geradezu kurios: die Bescheinigung, daß man sich von einem Staat, für den man nicht das geringste Interesse hat – im Gegenteil! —, geduldig schröpfen ließ, diese Bescheinigung, die man gar nicht zu haben wünscht, die man aber nach obrigkeitlicher Anordnung haben muß, kostet auch noch eine Gebühr!? Daß man die noch unglaublichere Ausreisegebühr fallen ließ, ist doch keine Rechtfertigung dafür, daß man das Unglaublichere durch das Unglaubliche ersetzt. Das ist die Logik des Diebes, der sich nach Verhandlungen bereit erklärt, jemandem die Kleidung zu lassen, wenn er die Börse herausrückt. Zudem, die Ausreisegebühr zahlten nur einige, die Stempelgebühr aber alle, auch die Auswanderer. Schluß mit der Sabotage der Freizügigkeit!

Die Versklavung des deutschen Volkes durch Versailles

Oft liest man jetzt in der deutschen Presse das Wort von der „Versklavung des deutschen Volkes“ durch die Reparationen. Die glücklichen Gewinner im Montecarlokrieg fordern einen dem Einsatz und dem Risiko entsprechenden Gewinn in Gestalt des Anteiles an dem von den deutschen Kapitalisten dem deutschen Proletariat fortlaufend auferlegten Tribut. Und diese Forderung nennt man „Versklavung des deutschen Volkes“.

Französische Kuponscheren sollen deutsche Kuponscheren verdrängen! Die deutschen Arbeiter sollen den Tribut nicht mehr den angestammten Ausbeutern ausliefern, sondern fremden Ausbeutern, die sie gar nicht einmal kennen! Ist das nicht schrecklich? Die Kapitalbeute soll in New York, nicht mehr in Berlin verbubelt werden? Der deutsche Arbeiter soll nie mehr zusehen dürfen, wie andere das Produkt seiner Arbeit in fröhlichen Gelagen aufzehren! Daß man dem deutschen Proletariat die Könige, die Prinzessinnen raubte, das haben die gut dressierten Sozialdemokraten verschmerzt. Daß man die gestohlenen polnischen Provinzen den rechtmäßigen Eigentümern zurückgeben mußte, das haben die „revolutionären, internationalen Sozialdemokraten“ schon weniger leicht begriffen. Daß man ihnen aber jetzt die unflätigen Schmarotzer zu rauben sucht, das ist grausam, das ist zu viel. Wenn die Entente uns nur die Ketten lassen wollte! Die deutschen Proletarier hatten doch ein Recht darauf, sich am Anblick der Gelage der anderen zu ergötzen! Auch auf die Brocken, die von der Herren Tische fielen. Darum und aus keinem

anderen erkennbaren Grunde beteiligten sich die deutschen Proletarier an der allgemeinen Sabotage von Versailles. Inflation, Deflation, Ruhraktion, der Raub von 18 Milliarden Goldmark proletarischer Sparkassengelder, Verlängerung der Arbeitszeit, alles wird mitgemacht, alles mit dem Mantel der Liebe zugedeckt in der Hoffnung, durch diese Opfer und Purzelbäume und Narreteien es hintertreiben zu können, daß der Kupon der deutschen Wirtschaft mit französischen Scheren abgeschnitten werde. Es soll nach wie vor dem deutschen Schmarotzertum zugute kommen. Genau wie die Schweizer Söldlinge in Frankreich, die doch oft Gelegenheit gehabt haben mochten, den König zu erschlagen und sich an seine Stelle zu setzen, treu bis in den Tod für das Scheusal kämpften, das jederzeit bereit gewesen war, seine Landsknechte für irgendeinen Jux in den Tod zu treiben und verstümmeln zu lassen, so benehmen sich jetzt in Deutschland unsere industriellen Landsknechte. Sie hungern, sie opfern, sie lassen sich auch an der Ruhr von den Franzosen einsperren. Sie gucken der gefährlichen Kapitalflucht zu, um die Interessen ihrer Ausbeuter gegenüber den französischen Ansprüchen zu schützen! Das soll einer verstehen? Hoffen sie vielleicht, daß man ihnen auch einmal ein Denkmal in Luzern errichten wird? Ein Hund, der den Geldsack seines Herrn verteidigt?

Was heißt das: „Versklavung des deutschen Volkes?“ Von welchem Volke in Deutschland wird da gesprochen? In Deutschland gibt es viele Völker. Auf alle Fälle gibt es deren zwei, die Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Manchmal nennt man diese Völker auch Klassen. Von welchem dieser Völker wird nun gesprochen, wenn von der Versklavung des deutschen Volkes die Rede ist? Was haben die beiden eben genannten Völker miteinander gemein? Die Grundbesitzenden Herren im Osten Deutschlands und in Bayern, die wissen sicherlich nichts zu nennen, was sie gemein hätten mit ihren Knechten, mit Gesinde und Gesindel; mit dem Proletariat, dem unglücklichsten, verwahrlochtesten, unsympathischsten Wesen auf Gottes weiter Welt. Mit dem Wesen, das sie jederzeit, ohne mit der Wimper zu zucken, in die Schützengräben zu schicken bereit sind. Wir sind das deutsche Volk, so sagen die Herren Grundbesitzer. Die Knechte zählen nicht mit.

Ist es in der Stadt anders? Wenn der Kapitalist das Wort „wir“ gebraucht, so denkt er sicherlich nur an sich und an seine Klasse. Und wenn er vom Deutschen Volk redet, so sieht er sicherlich keine abgerackerten, müden, blassen Gestalten. Autos, Villen, Feste, Luxus sieht er. Und als Vertreter des deutschen Volkes im Ausland fungiert auch kein Proletarier. Er sieht die herrschende Gesellschaft. Und von der Versklavung dieser Gesellschaft spricht er im Zusammenhang mit dem verflixten Vertrag von Versailles, wenn er von der Versklavung des „deutschen Volkes“ redet.

Aber der Proletarier denkt nicht so engherzig. Im Worte „Deutsches Volk“ schließt er alle ein, die in Deutschland wohnen, die Herren und die Knechte, die

Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Vielleicht tun das nicht alle Proletarier. Aber die parlamentarischen Vertreter des Proletariats tun es, mit Ausnahme der Kommunisten. Warum die proletarischen Parlamentarier den Trennungsstrich nicht ziehen, ist nicht recht begreiflich. Ob sie am Ende glauben, durch solches Verhalten das Kapital besser bekämpfen zu können? Auf alle Fälle, wenn die herrschende Gesellschaft vom Deutschen Volk redet, dann glauben unsere Sozialdemokraten im Parlament, daß man auch von ihnen redet. Und wenn die herrschende Gesellschaft sagt: Wir müssen dies und das im Interesse des deutschen Volkes tun, dann glaubt der Sozialdemokrat, daß auch er in dem „Wir“ eingeschlossen ist. Und wenn dann von der Versklavung des deutschen Volkes die Rede ist, so glaubt er, daß auch er hier etwas zu fürchten habe. Er vergißt, daß niemand zwei Herren dienen kann, auch der Sklave nicht. Er vergißt, daß der Proletarier nur einem Herrn den Zins des in Deutschland wuchernden Kapitals zahlen kann und daß, wenn die Franzosen den Zins verlangen, die deutschen Kapitalisten in Umfange der französischen Ansprüche verzichten müssen. Wenn die deutschen Kapitalisten schon die Abtretung eines Teiles der Kapitalbeute an die Entente als Sklaverei bezeichnen, wie sollen sich dann diejenigen bezeichnen, die die ganze Beute durch Arbeit erst aufzubringen haben und die sie seit Jahrhunderten voll abzuliefern hatten? Ist das dann nicht auch Sklaverei? Und wenn das Sklaverei ist, warum spricht man da von einer Versklavung des „deutschen Volkes“, als ob sie erst jetzt durch den Vertrag eingeführt würde?

Der deutsche Proletarier, der im Sinne des hier kritisierten Ausspruches als Sklave von den Nutznießern des in Deutschland wuchernden Kapitals betrachtet wird, wechselt nur seinen Herrn. Er ist in derselben Lage wie ein Sklave, den sein Herr wegen einer Spielschuld verkaufen muß. Für ihn ist genau dasselbe, wie wenn ein polnischer Graf die Tochter eines deutschen Gutsbesitzers heiratet und die Mitgift in Form einer Hypothek nach Warschau abführt. Es ist dasselbe, wie wenn Aktien deutscher Unternehmungen als Zahlungsmittel ins Ausland abgeführt werden. Sprach der amerikanische Arbeiter von einer Versklavung, wenn früher Aktien amerikanischer Eisenbahnen kistenweise nach Deutschland abgingen? Fühlte sich der deutsche Proletarier den amerikanischen Arbeitern gegenüber wegen dieser Aktiensendungen etwa als Herr und Sklavenhalter? Nur weil er die Dividende überhaupt aufzubringen hatte, fühlte sich der Proletarier als Sklave. Was dann mit der Dividende geschah, das war dem Proletarier völlig einerlei. Warum wäre es mit der Reparation anders? Hierauf sollten die parlamentarischen Vertreter des deutschen Proletariats antworten, die durch ihre stillschweigende oder offene Beteiligung an der Reparationssabotage so unsäglich viel Elend über ihre Schützlinge gebracht haben.

Wir haben Grund anzunehmen, daß unsere Parlamentarier die Frage überhaupt

nicht verstehen. Sie haben die Inflation und die Ruhraktion mitgemacht, ohne eine Ahnung davon zu haben, welche Folgen solche Politik haben mußte. Wie sie ja auch die sogen. Mieterschutzgesetze guthießen, die die Wohnungsnot schufen, wie sie die Gesetze zur Verhinderung der Kapitalflucht schufen, die zur Kapitalflucht trieben, wie sie mit allen von ihnen zum Schutze des Proletariats geschaffenen Gesetzen ganz bestimmt niemand anders getroffen haben als das Proletariat selbst. Zehn Jahre lang liefen die Gewerkschaftsbonzen mit ihren Tarifverträgen hinter der Notenpresse her, ohne zu verstehen, was eigentlich los war! Das beweist genug. Sie alle sind nur politisch orientiert. Von Wirtschaft hat keiner eine Ahnung. Sie behaupten, Marxisten zu sein, eine marxistische Politik zu betreiben. Es häufen sich aber die Beweise zum bündigen Schluß, daß keiner dieser Marxisten den Marx kennt oder studiert hat. Den Angriffen der Freiwirte weichen sie aus. Die Widersprüche in der Marxschen Lehre lassen sie kalt, weil sie außerstande sind, diese Widersprüche überhaupt zu sehen.

Weil sie keine Theorie des Geldes haben, mußten sie zusehen, wie die Gerissenen mit Hilfe der Inflation den Proletariern 18 Milliarden Goldmark Sparkassengelder entwendeten, ohne etwas dagegen unternehmen zu können. Weil sie keine Theorie des Lohnes haben, konnten ihnen die Kapitalisten den Bären vom „Eingriff in die Substanz“ aufbinden, konnten die Kapitalisten jetzt von der doppelten Versklavung der Proletarier reden. Weil sie keine Theorie der Krise haben, unterstützten sie immer willig die Preisabbaupolitik, die die Börsenleute zur Sicherung eines Raubzuges betrieben. Weil sie keine Theorie des Zinses haben und überhaupt nichts von Volks- und Weltwirtschaft verstehen, ließen sie es zu, daß die seit fünf Jahren drohende Sachwertsteuer die deutschen Kapitalisten zur Kapitalflucht treibt, deren Wirkung wieder der Zinsfuß von 50 Proz. ist und an der, wenn die Sachwertsteuer nicht bald beschlossen wird, die ganze Geschichte noch zusammenkrachen wird.

Das deutsche Proletariat hat von der Reparation nichts, dagegen aber alles von der Reparationssabotage zu fürchten. Die Reparation ist eine interne Angelegenheit der Kapitalisten. Die Sabotage bringt das ganze Volk in Gefahr. Die Reparationslasten können nicht auf den Lohn abgewälzt werden, wie auch die Hypothekenschulden eines Grundbesitzers nicht auf den Lohn drücken können. Jeder Versuch, durch indirekte Steuern die Arbeiter an den Lasten des Versailler Vertrages zu beteiligen, muß mißlingen. Durch Auswanderung wird sich der deutsche Arbeiter den Reparationslasten entziehen. Nur durch Hebung der Löhne auf Weltmarkthöhe kann die Massenflucht der besten, gesündesten, tüchtigsten Arbeiter vermieden werden. Das wissen übrigens alle Kapitalisten, die zu rechnen verstehen. Darum, weil sie nicht damit rechnen, dem Proletarier die Kosten der Reparation in nennenswertem Umfang aufbürden zu können, suchen sie dem

Arbeiter auf der Flucht zuvorkommen, darum betreiben sie die Kapitalflucht. Nach dem Grundsatz: den Letzten beißen die Hunde.

Der Proletarier, der seine eigenen Interessen zu vertreten versteht, erkennt, daß nach Lage der Dinge die glatte Erfüllung die für ihn beste Politik bedeutet. Mit den zur Erfüllung nötig werdenden Sachwertsteuern hört zunächst die unheil- schwangere Kapitalflucht sofort auf und damit auch die Kreditnot. Das Vertrauen und der Kredit stellen sich wieder ein, die Grundbedingung für den Vollbetrieb der Volks- und Weltwirtschaft. In Deutschland werden statt der Arbeiter die ihrer Beute beraubten Kapitalisten auswandern, was für die Politik der Proletarier nur zu begrüßen ist. Die Proletarier werden so Herr im Hause sein. Den Reaktio- nären wird die Reparation die Mittel aus der Hand schlagen, ehe sie ihr Ziel erreicht haben. Schon im Interesse des Friedens wäre eine weitgehende Konfiskation der Güter unserer Reaktionäre sehr nützlich gewesen. Die Reparation zwingt uns nun diese Operation vorzunehmen. Sollen wir darüber Tränen vergießen? Mehr Tränen als über die Konfiskation des Sparkassen- kapitals?

Die Reparationszahlungen nehmen einmal ein Ende. Dann werden die Renten und Zinsen der Sachwertsteuer, mit der die Reparation finanziert wurde, für das deutsche Volk verfügbar sein. Dann wird das Wort „Deutsches Volk“ einen ein- deutigen Sinn bekommen und uns nicht mehr an Sklaverei erinnern. Eine „Entsklavung“ statt einer „Versklavung“ haben wir von der Erfüllung zu erwarten.

Was tue ich, wenn sie mich für den Krieg holen kommen?

Eine leider sehr dringliche Frage

Wir sind im Sinne eines modernen Krieges gewiß völlig abgerüstet. Und es ist auch glücklicherweise nicht anzunehmen, daß man uns Zeit und Gelegenheit geben wird, heimlich oder öffentlich zu rüsten. Von Deutschland aus wird der Krieg gewiß nicht mehr ausbrechen. Aber der Krieg braucht ja gar nicht von Deutschland auszugehen. In dieser Beziehung ist unserem Nachbarn im Osten nicht viel zu trauen, weder dem bolschewistischen noch dem reaktionären Rußland. Fühlen sich die Bolschewisten ernstlich in ihrer Macht bedroht, dann gibt es Krieg, denn der Kriegszustand allein gibt die Möglichkeit, gegen den inneren Feind mit der Rücksichtslosigkeit vorzugehen, die die Lage, die persön- liche Sicherheit fordert. Nur der Krieg gestattet es, den politischen Gegner in eine Uniform zu stecken und ihn mit einem Uriasbrief an die Front zu schicken. Das gilt für

alle die, die ihre Streitigkeiten mit Hilfe des Krieges zu schlichten gewöhnt sind. Selbstverständlich auch für die russischen Reaktionäre. Auch ihnen wäre ein Krieg willkommen, um die Herrschaft an sich zu reißen und um sich der inneren Feinde zu entledigen.

Wer mit solchen Möglichkeiten rechnet, der muß sich auch fragen, wie sich in einem solchen Falle unsere Reaktionäre verhalten werden; ob diese nicht in hellen Scharen nach Rußland eilen würden, um sich dort den Reaktionären anzuschließen in der Annahme, daß solcher Liebesdienst nicht unerwidert bleiben würde. Nach Erledigung der Bolschewisten würden sie dann mit vereinten Kräften und mit russischen Waffen über die deutschen Kommunisten und FF-Leute herfallen und den Vertrag von Versailles nach ihrer Weise revidieren. Sind Waffen da, so bildet sich auch leicht ein Kraftwirbel irgendwo im Deutschen Reich, stark genug, um an die Aushebung von Mannschaften gehen zu können. Dann sieht sich der deutsche Proletarier über Nacht wieder, mit Handgranaten und Gasmasken versehen, im Schützengraben, um dort für die Weltanschauungen der Reaktion zu kämpfen. Die widerspenstigen Männer kommen ohne weiteres an die Mauer. Sind's die Kommunisten, die die Trommel rühren, so kommen die Männer der weißen Liste an die Mauer. Im anderen Falle müssen die Männer der roten Liste daran glauben.

Wer für solche Pläne nichts übrig hat, tut gut, zu überlegen, wie er ihrer Ausführung zuvorkommen kann. Wer nicht für den Frieden kämpft, darf auch nicht klagen, wenn andere ihn als Kanonenfutter verwerten. Auch darf er nicht glauben, daß andere etwa seine Sache betreiben werden, daß die Pazifisten, die Anarchisten und die Sozialdemokraten das tun werden, was er zu tun unterläßt. Was die Pazifisten und die Sozialdemokraten bisher für den Frieden getan haben, ist für die Katz. Unter den damaligen politischen Zuständen war übrigens auch nicht viel mehr zu machen. Außerdem sind es heute zumeist alte Knaben, die Leiter der pazifistischen und sozialistischen Bewegung in Deutschland. Sie kommen für den Kriegsdienst nicht mehr in Betracht. Darum ist die Friedenssache für sie auch keine brennende, persönliche Sache mehr. Sogar der Verlust eines Beines oder Armes hat für diese alten Knaben keine so tragische Bedeutung mehr, da sie das Holzbein ja so wie so nicht lange tragen würden. Du aber, lieber Leser, hast die Aussicht, solch ein Bein 50 Jahre schleppen zu müssen! Da lohnt es sich doch, die Kerle rechtzeitig matt zu setzen, die dich in solche Gefahr bringen können.

Die Organisationen der Proletarier haben, wie in den wirtschaftlichen Fragen, so auch in der Friedensfrage völlig versagt. Und sie würden auch bei der nächsten Gelegenheit wieder versagen! Die Zentralisation ist ausgezeichnet, um Parteigelder einzuziehen, aber für die Aktion erweist sie sich als unzuverlässig. Da der Angriff auf die Männer bei der Aushebung dezentral erfolgt, so muß auch die Verteidigung dezentralisiert werden. Der einzelne muß wissen, was er tun soll, ohne

von Berlin aus kommandiert zu werden. Das ist die Folgerung, zu der man kommt, wenn man die Erfahrung in Erwägung zieht.

Aber auch für den dezentralisierten Widerstand ist bisher Zuverlässiges nicht vorgeschlagen worden. Die Gewalthaber hätten den, der dahinzielende Vorschläge gemacht hätte, übrigens auch gleich ins Zuchthaus geschickt. Jetzt können wir ja seit dem „glücklichen“ Ausgang des Krieges frei von der Leber reden und es auf öffentlichen Plätzen sagen, daß wir den, der uns für seine Zwecke zum Heeresdienst haben will, auf der Stelle erschlagen, denn er allein auf dieser großen Welt ist unser Feind! Wir sind abgerüstet, die allgemeine Wehrpflicht ist aufgehoben. Deutschland ist von seinen Besiegern die ehrenvolle Aufgabe gestellt geworden, alle internationalen Angelegenheiten, welcher Art sie auch sein mögen, ohne Waffen mit geistigen Mitteln zu erledigen. Wir können niemand mehr mit der Waffe bedrohen, stehen im Schutze der Abrüstung und müssen nun, ob wir wollen oder nicht, der Welt den Beweis liefern, daß die Abrüstung die stärkste, ja die einzige zuverlässige Rüstung ist.

Es gehört zu den Lasten, die die Niederlage uns aufgelegt hat, daß wir das Risiko des Neuen, der unbewaffneten Politik, übernehmen müssen. Um den Versuch der abgerüsteten Politik auf eigenes Risiko zu machen, würde den Siegern ewig die innere politische Macht fehlen. Solche „Macht“ kann nur die Niederlage schaffen. Gelingt der Versuch, so bleibt der Welt kein anderer Ausweg, als auch abzurüsten. Und der Versuch wird gelingen, glänzend muß er gelingen, sofern man uns die Zeit läßt, uns in die neuen Zustände hineinzudenken, sofern man auch denen, die nicht mehr die große Wandlung durchmachen können, Zeit läßt, das Zeitliche zu segnen. Das große Prinzip des Werdens und Vergehens muß auch in die neue Politik des Deutschen Reiches eingebaut werden. „Der Mensch muß sich wandeln oder sterben.“

Der Gedanke, daß ausgerechnet der preußische Ulan sich in den friedentriefenden Pazifisten zu verwandeln hat, wirkt ja zunächst etwas komisch. Bedenkt man aber, daß der Ulan in einer Uniform steckte, so erscheint uns die Verwandlung nicht mehr so gewaltig. Die Uniform macht nicht den Menschen, diesen sieht man, wenn er die Schmutzborke abgezogen hat. Und der Mensch, der da zum Vorschein kommt, wird, wenn man ihn fragt, ganz bestimmt die Freuden des Friedens denen des Trommelfeuers vorziehen. Man braucht also den Soldaten nur vor die Wahl zu stellen.

Aber der Versuch, den wir auf Anordnung der Entente und auch unter ihrem Schutz zum erstenmal in der Weltgeschichte zu machen haben, ist kein Entwicklungsprodukt, sondern eine Tat. Wir müssen handeln und die Gelegenheit wahrnehmen. Und alle Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, vor allen Dingen auch gegen die Gefahr, von der vorhin die Rede war. Und so frage ich wieder, was können wir tun,

um allen denen, die mit einer allgemeinen Aushebung ihre politischen Zwecke zu erreichen hoffen, die Pläne zu durchkreuzen? Solche Aushebung braucht übrigens nicht von der Regierung auszugehen. Irgend ein neuer *Wallenstein* kann ja jeden Tag den Versuch wagen. Und so lange die Sachwertsteuer nicht erhoben ist und die großen Vermögen nicht konfisziert sind, ist auch das Geld da für solche Versuche. Große Vermögen setzen viele Knechte voraus, und wo Knechte sind, da gibt es auch immer entsprechend viele Landsknechte und Desperados, die ihr Leben für einen Pfifferling hinwerfen, die dein Leben ebenso niedrig einschätzen und jederzeit bereit sind, dich auf Befehl des Geldgebers zum Kriegsdienst zu pressen.

Nichts von alledem, was bisher von den zur Tat entschlossenen Pazifisten gegen die Durchführung einer Aushebung und Mobilmachung vorgeschlagen worden ist, verbürgt die Sicherheit des Gelingens, wohl aber die Sicherheit, daß die wenigen, die es wagen, an die Mauer gestellt werden. Möglich, daß die öffentliche Besprechung dieser Frage auf breiter Grundlage bessere Vorschläge zutage fördern würde. Heute aber ist es so, daß niemand zu sagen weiß, wie er sich zu verhalten hat als Antimilitarist, als Mensch, der keine Probleme kennt, die er nicht in friedlicher Weise mit jedem Menschen zu lösen versteht und dem der Staat, dem er sein Leben opfern soll, weniger gilt, als „das Swarte von den Nagels“. Etwas wäre schon erreicht, wenn die Antimilitaristen sich äußerlich ebenso kenntlich machen könnten, wie es die Soldaten mit der Uniform erreichen. Da es sich hier um ein Zeichen handeln müßte, das von niemandem wieder beseitigt werden kann, so ist der Vorschlag gemacht worden, daß sich die Antimilitaristen jetzt, wo es noch nicht verboten werden kann, das Zeichen des Kreuzes groß über die ganze Breite der Stirn in unvergänglichen, weithin leuchtenden Farben tätowieren lassen. Der Vorschlag scheint mir der Nachprüfung wert. Zweck hätte solche Maßnahme nur dann, wenn die Antimilitaristen en masse sich derart gegenseitig kenntlich machten.

Solange man nicht sagen kann, wie man wirksam die Aushebung und die Mobilmachung sabotieren kann, bleibt als einzig zuverlässiges Mittel gegen die Gefahr, „ausgehoben“ zu werden ... die Ausrottung der Proletarier durch eine großzügige Konfiskation der großen Vermögen, wie sie jetzt sowieso für die Reparation und für die Abbürdung der sonstigen Kriegslasten nötig sein wird. Diese Konfiskation wird die erste wirksame Maßnahme bedeuten zur Sicherung deiner Person gegen die Aushebung, von welcher Seite sie auch kommen mag. Mehr noch als im Dasein der Herren muß man im Dasein der Knechte den Feind erblicken. Der Herren sind es wenige, der Knechte viele. Mit allen Mitteln müssen wir an die Ausrottung dieser Pestbeule der menschlichen Gesellschaft gehen, und das einzige Mittel, um den Pestherd, aus dem die Knechte hervorgehen, zu sterilisieren, das ist die Konfiskation, wie sie uns jetzt von *Herriot* und *Macdonald* diktiert wird.

Aber die Konfiskation, selbst in denkbar größtem Maßstab, wäre nur von vor-

übergelassener Wirksamkeit, wenn keine Maßnahmen getroffen werden, die die Neubildung von Herren, Knechten und Knechtsseelen unmöglich machen. Du bist nicht sicher, daß man dich nicht aus dem Bette für den Kriegsdienst holt, solange es Proletarier gibt. Solange nicht der letzte Proletarier neben dem letzten Herren verscharrt worden ist, irgendwo auf dem Schindanger der menschlichen Gesellschaft, kannst und darfst du dich nicht beruhigen. Wo es ein Aas und Proletarier gibt, gibt es auch Adler. Immer haben die Landsknechte symbolisch den Adler als Standarte gebraucht. Herren und Knechte, Aas und Adler ... es ist ein und dasselbe.

In der sogenannten, großen französischen Revolution wurde zwar Vermögenskonfiskation in größtem Maßstab betrieben. Aber die Spitzbuben, die die Sache technisch leiteten, wußten das Konfiskat schnell in die eigene Tasche zu leiten. Und wenn es auch ehrlich zugegangen wäre, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das die Revolutionäre unberührt ließen, hätte in kurzer Frist die früheren Zustände automatisch wiederhergestellt. Denn dieses System funktioniert nur unter der Voraussetzung, daß es Aas und Adler gibt. Moses, der große Staatsmann des Judentums, duldet in seinem Volk keine Herren und Knechte. Alle 50 Jahre rottete er mit Hilfe einer allgemeinen 100proz. Seisachteia Herren und Knechte vor dem Angesicht Gottes aus. So edel auch das Ziel war, so können wir doch dieses Mittel der zahlreichen üblen Nebenwirkungen wegen nicht gut heißen. Für eine neuzeitliche Wirtschaft würde eine wiederholte Vermögenskonfiskation sicher mehr Unheil anrichten als Vorteile bringen. Man bedenke, wieviel Unheil die Kapitalflucht in Deutschland in den fünf Jahren angerichtet hat, in denen man von Vermögenskonfiskation, von Sachwertsteuer, von Vermögensabgabe, von Reparationen spricht. Eine einmalige, für außergewöhnliche Zwecke bestimmte Konfiskation ist nur frei von solchen Nebenwirkungen, so weit man sie nicht kommen sieht. Die vorhergesehene Wiederholung, die wirkt tödlich.

Somit bleibt nur der eine Weg offen: die gesellschaftlichen Einrichtungen, die zur Spaltung des Volkes in Herren und Knechte führen, müssen verschwinden. Wenn du das erreicht hast, dann kannst du dich des Abends zur Ruhe begeben im vollen Sicherheitsgefühl, daß keine Banditen in dein Haus dringen, dir Waffen in die Hand drücken und dann befehlen: Marsch!

Die Praxis der Ehe

in der Beurteilung des Paters Heinrich Suso (1350)

„Nun siehe, wozu die heilige Ehe kommen und worden ist. Wisse, der meiste Teil der Leute, die in dieser Zeit leben, die machen die heilige Ehe zu einer Mistgrube, denn sie leben darin als das Vieh mit aller Lust und Mutwillen, die ihre viehliche Natur erzeugen oder leisten mag. Sie leben wider alles Gesetz und Ordnung der heiligen Ehe und wider alle Bescheidenheit. Gott setzte die Ehe nie ein in der Meinung, daß man leben sollte nach der Lust der verbösten Natur, sondern, daß man ein heilig behütetes, göttliches Leben führen sollte in der Weise, als es von Gott aufgesetzt ist in rechter Ordnung. Wer die heilige Ehe hielte als sie von Gott aufgesetzt ward, dem wäre es eine Stärkung der Seele und des Leibes, denn Gott ist nicht ein Zerstörer der Natur, sondern er vollbringt sie. Und weil man nun so viel tut wider Gesetz und Ordnung der heiligen Ehe, darum ist menschliche Natur so verdorben und krank worden, und der meiste Teil der Leute sind voll Unflaths und Unkeuschheit worden, in und außer der Ehe, Pfaffen und Laien, Nonnen und Mönche, also, daß kaum jemand ist, er sey etwomit befleckt und vermailigt (bemakelt) in etlicher Weise. Sollte Gott die Welt der Sünden wegen untergehen lassen, als er in Noahs Zeiten tat, so sollte und müßte sie alle Tage und alle Stunden untergehen lassen, als wohl etwas Vorzeichens in gar kurzem geschehen mag.“

Das war vor 600 Jahren. Viel besser ist es seitdem nicht geworden, trotz der Ermahnungen des trefflichen Paters Suso. Ob Minne, Liebe, Ehe jemals zur „Mistgrube“ geworden wären, wenn Staat und Kirche sich nicht darin gemischt hätten? Was der Staat berührt, wird „vermailigt“.

I.O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Geschichtserklärungsversuche

So viel wir wissen, ist der Schotte *Archibald Alison* (1792 – 1867) gewesen, der zum ersten Male mit Nachdruck auf die entscheidende Rolle hingewiesen hat, die das Geldwesen beim Untergang des römischen Reiches gespielt hat. Er wurde aber von seinen Zeitgenossen nicht verstanden, denn sonst hätten seine Lehren die ganze Menschheit in Aufregung bringen müssen.

Erst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als infolge der von Deutsch-

land ausgehenden Währungspfuschiereien die Weltwirtschaft eine langandauernde Krise durchmachte, wurde *Alison* mit besserem Verständnis studiert, und die amerikanischen und französischen Bimetallisten pfl egten sich auf *Alisons* Schriften zu berufen. Jüngst erst zitierte die amerikanische Zeitung „*The Dearborn Independent*“ *Alisons* Arbeit in einer Kritik der Goldwährung. (S. „*Freiwirtschaft*“ Nr. 10.) Jetzt sind es schon viele, die *Alisons* Ansicht teilen oder wenigstens Zweifel darüber hegen, ob die landläufigen Erklärungen für die gewaltige Erscheinung des Untergangs des Römerreiches, überhaupt der Kulturstaaten des Altertums, noch aufrechterhalten werden können. Der baldige Sieg der Freigeldlehre wird zum guten Teil davon abhängig werden, wie schnell *Alisons* Lehre sich Bahn brechen wird. Namentlich die sozialistisch-marxistische Richtung der Geschichtsforschung, die seit *Marx* und *Lassalle* kaum Fortschritte gemacht hat, steht der Freigeldlehre im Wege.

Im „Arbeiterprogramm“ sagt *Lassalle*: „*Fragen Sie mich, welche Ursachen es gewesen waren, welche die Entwicklung der Industrie und den dadurch hervorgerufenen Reichtum der Bourgeoisie ermöglicht hatten, so kann ich Ihnen hier nur kurz die allerwesentlichsten derselben aufzählen: die Entdeckung Amerikas und der hierdurch auf die Produktion geübte unermeßliche Einfluß; der durch die Umschiffung des Kaps der „Guten Hoffnung“ entdeckte Seeweg nach Indien; die Erfindung der Magnethadel und des Kompasses; die im Innern der Länder angelegten Wasserstraßen, die Kanäle und auch die Chausseen; die größere bürgerliche Sicherheit des Besitzes, die geordnete Justiz, die Erfindung des Pulvers und das infolge dieser Erfindung eingetretene Brechen der kriegerischen Feudalmacht des Adels durch das Königtum; die Zerstörung der adeligen Burgen, die Entlassung der Landsknechte, denen nun nichts anderes übrig bleibt, als Aufnahme im Arbeitsatelier zu suchen – alle diese Ereignisse ziehen an dem Triumphwagen der Bourgeoisie.*“

„*Alle diese Ereignisse und noch viele andere, die man Ihnen aufzählen könnte, fassen sich inzwischen in die eine Wirkung zusammen: durch die Eröffnung großer Absatzgebiete und die damit verbundene Verminderung der Produktions- und Transportkosten die Produktion in Masse, die Produktion für den Weltmarkt hervorzurufen; hierdurch wieder das Bedürfnis der billigen Produktion zu schaffen, welches wiederum nur durch eine immer weitergetriebene Teilung der Arbeit befriedigt werden kann, und hierdurch wiederum seinerseits eine Produktion in immer größerem Maßstabe hervorruft.*“

Das, was *Lassalle* hier sagt, hätte auch *Marx* schreiben können. Bei *Marx* allerdings ist es der Dampf, der die moderne Geschichte gemacht hat. „*Alte Weiber prophezeien aus dem Kaffeesatz, Marxprophezeit aus dem Dampf.*“ So sagte *Landauer*, als er noch nicht von den durch die Berliner Marxisten gehetzten Banditen erschlagen worden war.

Lassalle weiß nichts von Einfluß der Währung auf die Geschichte der Völker. Er erwähnt die Währung überhaupt nicht, wie auch *Marx* von diesem Einfluß nichts

zu sagen weiß. *Lassalle* versuchte hier etwas zu erklären, was überhaupt keiner Erklärung bedarf. Nicht die Wiederaufnahme der Arbeitsteilung und des Handels so um die Zeit vor und nach der Entdeckung Amerikas bedarf der Erklärung, sondern die Tatsache, daß die Arbeitsteilung und der Handel im Mittelalter wieder eingeschlafen waren, nachdem sie im babylonischen, im ägyptischen und Römerreich schon eine so hohe Entwicklung angenommen hatten. Entdeckungen und Erfindungen hat er zu allen Zeiten gegeben. Aber nicht zu allen Zeiten fanden die Entdecker und Erfinder die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Ausbeutung der Entdeckungen und Erfindungen. Wenn das Geld für den Absatz der Produkte der Arbeitsteilung fehlte, dann schlummerte auch mit dem fehlenden Absatz der Entdecker- und Erfindergeist. Und dann ging auch die Arbeitsteilung, von der schließlich alles abhängt, wieder ein. So z. B. erwähnt *Lassalle* den Kompaß. Aber den Kompaß benutzten schon die Kreuzfahrer; tausend Jahre früher erfanden ihn die Chinesen. Wer weiß, ob wir noch heute über dieses merkwürdige Instrument verfügen würden, wenn die Arbeitsteilung nicht durch die Zufuhr neuen Geldes einen neuen Impuls bekommen hätte! *Lassalle* erwähnt auch das Pulver, durch das die Raubnester von den Höhen weggeputzt werden konnten. Aber das Pulver ist eine alte Erfindung. *Moses* bediente sich des Pulvers in ausgiebigster Weise. Die Erfindung ging jedoch wieder verloren. Auch die Umschiffung des Kaps d.g.H. war nichts, was der Arbeitsteilung wieder auf die Beine hätte helfen können. Ja, genau betrachtet, mußte diese Umschiffung den Handel mit dem Orient erleichtern, und über diesen Handel klagten bereits die Römer, daß sie sich als eine Drainage des Geldmarkts auswirkte. Die Inder brachten Waren nach Europa und schleppten das in Zahlung erhaltene Silber nach Hause, da Europa keine für den indischen Markt brauchbare Ware erzeugte. Mit der von *Lassalle* erwähnten Entdeckung Amerikas verhält es sich in dieser Beziehung umgekehrt. Amerika lieferte Silber in stetig wachsenden Mengen und darum brach mit der Entdeckung Amerikas trotz der durch die Entdeckung des Seeweges nach Indien verstärkt einsetzenden Silberdrainage das neue Zeitalter an, d.h. dank dem mit dem amerikanischen Silber hergestellten Geld konnte die Arbeitsteilung wieder aufgenommen werden – und das und nichts anderes erklärt den Umschwung. Die Römer, Babylonier und Ägypter hatten eine weitentwickelte Arbeitsteilung, einen starken Handel und eine hochentwickelte Industrie. Sie kannten aber weder die Magnetnadel, noch den Seeweg nach Indien (?), noch kannten sie Amerika. Beweist das nicht, daß die Erklärung, die *Lassalle* gibt, nicht ausreicht? Afrika, das ohne Kompaß, ohne Seeweg ums Kap erreichbar und stark bevölkert war, lieferte alles, was Europa an Kolonialprodukten brauchte. Warum, so frage ich, bedarf eine so nützliche Einrichtung, wie es die Arbeitsteilung ist, des Anreizes immer neuer Entdeckungen und Erfindungen?

Den Auf- und Abstieg der Völker vermag eine technische und geographische Entdeckung nicht zu erklären. Man behilft sich mit anderen, vielleicht weniger guten Mitteln. Um Völker zu stürzen, muß schon die Wurzel angegriffen werden, die Wurzel, die das Ganze ernährt. Und diese Wurzel ist die Arbeitsteilung. Diese Wurzel aber erkrankt und stirbt schließlich ab, wenn das Geldwesen erkrankt. Wer die großen Erscheinungen in der Geschichte der Menschheit ausreichend erklären will, muß vor allem diese Wurzel bloßlegen.

Wir sind dabei, uns auf dem Gebiete der Währung wieder einmal rückwärts zu orientieren. Bier, Stumpfsinn, Unerfahrenheit auf der einen Seite (die deutsche Seite), Raubsucht, Wucher, Niedertracht, Weltbeherrschungsträume auf der anderen, der amerikanischen Seite, sind dabei, der Wiedereinführung der Goldwährung die Wege zu bereiten. Die ganze deutsche Presse stellt sich in den Dienst dieser Verräterei. Niemand muckst. Als ob die ganze Bande unfähig sei, sich in Währungsfragen ein selbständiges Urteil zu bilden.

Als *Ludendorff* unter den Linden spazieren ging, da traten wie auf Kommando alle Arbeiter in den Streik, der so zum Generalstreik wurde. *Ludendorffs* Versuch mißlang. Ob *Ludendorff* die Sparkassen auch geplündert hätte? Ob er den Ruhrblödsinn durch einen noch größeren Blödsinn ersetzt hätte? Ob er, wie *Marx*, *Stresemann* usw., auch sechs Jahre gebraucht hätte, um zu der Überzeugung zu kommen, daß der Vertrag von Versailles das einzige Rechtsinstrument des deutschen Volkes ist und daß bezahlt werden muß; ob *Ludendorff* auch versucht hätte, die Reparationslasten durch Schutzzölle auf die schwächsten Schultern abzubürden – – – ? Ich weiß es nicht. Sicher ist aber, daß *Ludendorff* kaum eine schädlichere Politik hätte treiben können, da seine militärischen Träume glücklicherweise an der Wachsamkeit der Entente von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Nun gut. Wie kommt es nun, daß das deutsche Proletariat sich dem harmlosen *Ludendorff* gegenüber so energisch benahm, während es sich jetzt der Goldwährung, der Zerstörerin aller Kulturstaaten gegenüber völlig passiv verhält? Wenn je, jetzt, wo das deutsche Volk wieder in den Bann der Goldwährung, dieser Hochburg des Kapitalismus und des Schwindels, gebracht werden soll, jetzt wäre der Augenblick gekommen, wo der Ruf „Generalstreik“ in die Massen geschleudert werden sollte. Warum geschieht das nicht? Ich bin sehr mißtrauisch geworden!

Die Londoner Razzia

Die Londoner Konferenz wird nach Wunsch der Bankiers oder im Sand verlaufen. Da die Bankiers es nie eilig haben, die anderen aber nie warten können, so ist dafür gesorgt, daß die Wünsche der Bankiers den Charakter von Befehlen annehmen. Wenn nicht jetzt, dann ein andermal, sagen die Bankiers. Wenn nicht jetzt, dann geht's mit uns zu Ende, so sagt die andere Partei.

Was wollen aber die Bankiers? Erstens wollen sie ihr Geld wieder haben, das sie den Kriegführenden geborgt hatten. Dieses Geld können sie nur unter der Bedingung wiedersehen, daß die Weltwirtschaft wieder in Vollbetrieb gesetzt wird. Brauchten die Bankiers den Krieg, um ihr Geld zu hohen Zinsen unterzubringen, so brauchen sie jetzt den Frieden, damit die Schuldner zahlen können. Zweitens aber wollen die Bankiers, daß die Schuldner zur Goldwährung zurückkehren, damit sie die Macht über das Geldwesen und damit auch die Alleinherrschaft über die Börse behalten. Die Papiergeldwährung vernichtet die Macht der Bankiers. Sie macht aus ihnen einfache Gläubiger, die wie die Rentiers vom Zins ihres Kapitals leben und die, solange der Schuldner seine Zinsen bezahlt, keine Macht über ihn ausüben können. Der Bankier aber strebt höher hinaus.

Er will über die Welt herrschen, und das Mittel hierzu ist die Goldwährung. Diese Goldwährung ist aber heute in größter Gefahr. Die Goldwährung soll nun den Völkern aufgezwungen werden, und hierzu dient den Bankiers die heutige Notlage ihrer Schuldner. Diese Notlage wird als Druckmittel benutzt. Ihr wollt bei uns Geld leihen, sagen die Bankiers. Wir aber geben nur Darlehen in Gold, und zwar auch nur dann, wenn der Schuldner sich verpflichtet, die Goldwährung einzuführen.

Allem Anschein nach werden die amerikanischen Bankiers diese Bedingungen Deutschland gegenüber durchdrücken. Sie haben klugerweise mit dem schwächsten und ungebildetsten Schuldner angefangen. Sie kannten die Naivität des Volkes der Denker und des Bieres, das sich die Inflation gefallen ließ, dem man 18 Milliarden Sparkassengelder eskamotieren konnte, ohne daß es zu einem ernsthaften Protest gekommen wäre. Ist es einmal gelungen, Deutschland an den Siegeswagen der Goldwährung zu spannen, dann wird es in allen Blättern der Welt verkündet werden: Seht, das Volk der Denker (der Nachsatz „und des Bieres“ wird dann hier unterschlagen werden), das die wenigsten Analphabeten zählt, hat sich wieder für die Goldwährung entschlossen. Das ist geschehen, nachdem das deutsche Volk alle Währungstheorien gründlich geprüft hat. Es ist ein wissenschaftliches Urteil, das hier vom gebildetsten, durch die harte Schule der Erfahrung gegangenen Volke

zugunsten der Goldwährung abgegeben wurde. Ihr könnt nichts besseres tun, als dem Beispiele des Volkes der Denker zu folgen. So werden die amerikanischen Bankiers sprechen, und es ist dafür gesorgt, daß jedes Wort, das diese Männer fallen lassen, von der Presse der ganzen Welt verbreitet wird. Dann werden unsere Vertreter von London nach Berlin zurückkehren und sich sonnen in den Lobeshymnen, die die Tintenkulis der ganzen Welt über sie ausschütten werden, dafür, daß sie so bereitwillig ihre Unterstützung boten zu der Operation, durch die dem deutschen Volk ein Ring durch die Nase gezogen wurde, mit dem es nun willenlos dahingefuhrt werden kann, wohin die Spitzbuben es zu führen für gut finden.

Um ein armseliges Linsengericht, um ein Darlehen von sage und schreibe 200 Millionen Dollar, verkaufen *Marx* und *Stresemann* in London das erste und wichtigste Souveranitatsrecht, das Recht, die Währung des Landes nach seinem Ermessen zu gestalten. Um ein Linsengericht überantwortet die deutsche „Regierung“ in London einem aus notorischen Börsenspekulanten bestehenden Syndikat – dem berüchtigten *Morgan* – das Recht, die Währung des Reiches nach Gesichtspunkten der Börse statt nach solchen der Volkswirtschaft zu kontrollieren. Dabei stellen die Amerikaner noch die Bedingung, daß Deutschland von den 200 Millionen nur die Hälfte als Zahlungsmittel für amerikanische Rohstoffe verwenden darf, daß die anderen 100 Millionen als sogenannte Deckung verscharrt werden. Eine von jedem deutschen Gesichtspunkt geradezu irrsinnige Politik, die nur den Zweck verfolgt, zu verhindern, daß dieses Gold wieder nach Amerika zurückkehren kann; denn dort hat man seine uberflussigkeit erkannt, dort will man es nicht mehr sehen. Die Existenz dieses überschüssigen Goldes bedrohte die amerikanische Wirtschaft mit einer neuen Inflation, die Tatsache werden würde, wenn man Deutschland dieses Gold als Darlehen geben würde mit dem Recht, es an Amerika als Zahlungsmittel zu verwenden. Dieses Gold soll immobilisiert werden und der dabei entstehende Zinsverlust soll dem Ausland aufgebürdet werden. Das ist der Zweck der Übung.

Nicht Deutschlands Währung soll durch die Anleihe saniert werden, sondern die amerikanische.

Die uns aufgebürdete Deckung von 100 Millionen Dollar, die wir für amerikanische Zwecke hüten und verzinsen müssen, verdoppelt virtuell die Zinslasten des Darlehens. Bei einem Zinsfuß von 8 Prozent werden wir so für die nützliche Hälfte des Darlehens von 200 Millionen jährlich 16 Prozent Zins zahlen. Das aber ist nur eine Nebenerscheinung von wenig Belang. Die Hauptsache ist die Wiedereinführung der Goldwährung, deren Wirkung wir bald genug verspüren werden. Die Vorbereitungen für den ersten Schlag sind bereits getroffen.

1. Etappe: Die Amerikaner haben seit etwa einem halben Jahr eine leichte Deflationspolitik betrieben, den Index gedrückt. Die nach der großen Krise eingetretene

Besserung in der Wirtschaft nahm ein schnelles Ende. Die Unternehmer sind zaghaft geworden und scheuen sich, den Kredit in Anspruch zu nehmen. Die Kaufleute rechnen mit einer weiteren Deflationsmöglichkeit und schränken ihre Bestellungen auf das Äußerste ein. Die überschüssig werdenden Gelder bringen sie auf die Bank. Dort häufen sich die Gelder. Die Banken können den Zinsfuß herabsetzen mit der Gewißheit, daß niemand dadurch verlockt werden wird, den Kredit auszunutzen. Der schlechte Geschäftsgang bringt schlechte Dividenden. Die Aktienkurse fallen. Die Titel der festverzinslichen Papiere steigen im Kurs, weil das Anlage suchende Geld sich der unsicheren Wirtschaftslage wegen auf die sicheren und festverzinslichen Papiere verlegt. Die Zeit für Emission von Staatspapieren ist günstig. Man kann damit rechnen, daß die 200 Millionen für die deutsche 8 Prozent tragende, durch die amerikanische Marine geschützte Anleihe zu gutem Kurse abgestoßen werden können. Bei der Gelegenheit werden die Restbestände an Libertybonds (amerikanische Krieganleihe), die sich noch etwa in Händen der amerikanischen Börsenleute befinden sollten, ebenfalls zu hohem Kurs abgestoßen werden können. Mit dem Erlös werden die jetzt niedrig bewerteten Industripapiere gekauft.

2. Etappe: Nachdem alle festverzinslichen Papiere, darunter auch die 200 Millionen-Schachtanleihe abgesetzt worden sind (als Abnehmer für die letzteren sind die deutschen Kapitalisten, die ihr Vermögen, vor der Sachwertsteuer flüchtend, nach Amerika in „Sicherheit“ gebracht haben, in erster Linie in Aussicht genommen), kann man es wieder einmal mit einer kleinen Inflation versuchen. Die Presse verkündet es, daß die schreckliche Zeit der Deflation endlich ein Ende genommen hat und daß jetzt wieder bessere Zeiten kommen werden. Es sei dies die Meinung der hervorragendsten Finanzleute Amerikas und jeder tue gut, sich so schnell wie möglich auf eine Besserung der Geschäftslage einzurichten.

3. Etappe: Die Unternehmer gehen wieder an die Arbeit. Sie verlangen zum Ankauf von Rohstoffen Geld von den Bankiers, die es auch bereitwillig hergeben. Die Kaufleute heben ihre Bankdepots ab, weil sie in Erwartung der angekündigten Haussekonzunktur ihr Warenlager vervollständigen wollen.

Diese Nachfrage nach Kredit treibt den Zinsfuß, und die wachsende Nachfrage nach Waren treibt die Preise hoch. Die steigenden Preise wiederum reizen zu Produktionssteigerung.

Die Arbeitslosigkeit hat ein Ende.

Die Kurse der Industripapiere ziehen an. Was aber geschieht mit den festverzinslichen Papieren, mit den 200 Millionen Schachtanleihe? Der Kurs sinkt. Das aber ist den Leuten vom Anleihesyndikat gleichgültig; denn sie haben alles abgestoßen, was sie hatten. Den Schaden tragen andere.

4. Etappe: Siehe die 1. Etappe.

Das ist das uralte Spiel, das die Bankiers mit der Goldwährung treiben können

und das ihnen mit der Indexwährung unmöglich gemacht werden würde. Um diesen Kniff ist es den Bankiers zu tun. Dieses Kniffes wegen wünschen die Bankiers, daß Deutschland, daß die ganze Welt zur Goldwährung zurückkehre. Um dem deutschen Volk die Haut über die Ohren ziehen zu können, so oft es ihnen gefällt, dafür allein zwingen sie dem von *Marx* und *Stresemann* geführten deutschen Volke die Goldwährung auf.

Wie müssen sich die amerikanischen Bankiers den Bauch halten vor Lachen, wenn sie nach den Verhandlungen mit den deutschen Staatsmännern und Sachverständigen in ihr Hotel zurückkehren! Ihre ganze Verachtung drücken diese Amerikaner mit den Worten aus: Und nicht einmal Bestechungsgelder brauchten wir in den Verhandlungen mit diesen deutschen Staatsmännern, um unseren Willen durchzusetzen!

Kleine Ursachen – große Wirkungen

Wenn das Getreide die Eigenschaft hätte, ewig frisch und brauchbar zu bleiben wie das Gold, schon lange wären die Getreidehändler das, was die Bankiers heute sind, die Herren und Selbstherrscher der Welt. Aber alle Versuche, die in dieser Richtung schon gemacht worden sind, mußten ewig an dem Umstande scheitern, daß das Getreide dem Verderben unterworfen ist und daß durch größere und neue Produktion ersetzt werden kann, was zu Spekulationszwecken dem Verkehr entzogen wird.

Es gibt in der Welt nicht eine Person, die nicht die Unveränderlichkeit des Geldes benutzt hätte, um beim Kauf einer Ware kleine Vorteile zu erhaschen; es gibt niemand auf der Welt, der nicht täglich zehnmal Spekulation mit seinem Gelde treibt.

Wenn der Bauer auf dem Markte Eier zum Verkauf anbietet, und die Hausfrau präsentiert sich mit einem Geldstück, um die Eier zu kaufen, wer ist da in einer günstigeren Lage beim Handeln – die Hausfrau oder der Bauer? Die Frau sagt sich – mein Geld fault nicht, aber die Eier faulen; wenn ich sie dem Bauer heute nicht abkaufe, dann erhält er morgen gar nichts mehr dafür, weil sie verdorben sind. Ich brauche ihm dies nur klar zu machen, damit er sie mir billiger verkauft. Und so geht es Tag für Tag, jahraus, jahrein, seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden; immer hat der Geldinhaber dem Wareninhaber denselben kleinen Vorteil voraus, daß das Geld nicht verdirbt. Diese kleinen täglichen Vorteile machen mit der Zeit große kolossale Summen aus und bilden den Grund zu den riesigen Kapitalanhäufungen, denen wir heute beugen.

Aber das Geld ist da, nur um den Verkehr zu erleichtern, nicht aber, um damit zu spekulieren und um reiche Leute zu machen. Und wenn es seinen Zweck in seiner jetzigen Form nicht erfüllt, dann soll es einfach entsprechend umgeändert werden.

DER ENTSCHEIDUNGSKAMPF

Abbestellung, Werbung und Anzeigen: Offiz. Adressliste Nr. 1. Diese. Verlagsadresse: Nummer nicht und
 bekannt gegeben. Zustellungsort: Berlin-Charlottenburg. Offiz. für die hier. Schriftleitung: unterhalb Hauptstadt
 Nr. 10. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung.
 genommen. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung.
 Adressierung über die Zeitung bei den Adressen angegeben.

Verleger: Selmut Saadt.

Abbestellung, Werbung und Anzeigen: Offiz. Adressliste Nr. 1. Diese. Verlagsadresse: Nummer nicht und
 bekannt gegeben. Zustellungsort: Berlin-Charlottenburg. Offiz. für die hier. Schriftleitung: unterhalb Hauptstadt
 Nr. 10. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung.
 genommen. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung. Die hier. Adressen sind in der hier. Zeitung.
 Adressierung über die Zeitung bei den Adressen angegeben.

Hauptredakteur: Dr. rer. pol. G. J. Auerke.

Nr. 1 / 1924

1. Jahrgangnummer

Preis: 0,20 Goldmark

Was ist Freiwirtschaft?

Die Freiwirtschaft ist eine gedachte menschliche Ordnung, die unter Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Arbeitsteilung keiner behördlichen Eingriffe bedarf, um sich in reibungslosester Weise in Güterverbrauch und Gütererzeugung selbsttätig auszubalanzieren, und die sich dabei aus den *Eigennutz* des Menschen als allgemeine, nie versagende Triebkraft stützt.

Sie steht damit im denkbar schroffsten Gegensatz zum *Kommunismus*, der die Triebkräfte zur Überwindung der mit der Gütererzeugung verbundenen Mühsal in ausreichender Stärke in sogenannten uneigennütigen, *altruistischen* Trieben vermutet.

In gleich schroffem Gegensatz steht die Freiwirtschaft auch zum Bürokratismus, der mit dem Sozialisten die Wirtschaft nach einem, am grünen Tisch ausgearbeiteten *Plan* mit Hilfe eines Riesenheeres von ehrlichen, pflichttreuen, unbestechlichen, fleißigen, höflichen, menschlich empfindenden, gerecht denkenden, sich vor keinem Bonzen fürchtenden *Beamten* glaubt führen zu können.

Als Freiwirtschaftler ist jeder zu betrachten, der an die Möglichkeit der gedachten freien, natürlichen Ordnung glaubt, sofern ihr die im heutigen Bodenrecht und Geldwesen liegenden Vorrechte und Hemmungen aus dem Wege geräumt werden, und der zur Erkenntnis gelangt ist, daß durch die mit „*Freiland-Freigeld*“ nachfolgend näher gekennzeichneten Reformen die genannten Vorrechte und Hemmungen beseitigt werden können und daß damit alle als *Kapitalismus* bezeichneten Nebenerscheinungen der heutigen *sogenannten* Wirtschaftsordnung fallen müssen.

Freiland ist die Verwirklichung des Gedankens, daß jedem einzelnen Menschen die ganze Erde gehört.

Freiland ist daher ein Teil der Erde, der in niemandes Eigentum steht, auch nicht im Eigentum eines Staates, Volkes oder anderer Zusammenfassungen von Menschen, und über den auch kein Staat Hoheitsrechte ausübt.

Freiland ist ein Teil der Erde, dessen Erzeugnisse frei und ungehindert überall hingebacht werden können. Ohne Ausfuhrverbote, ohne Zölle oder ähnliche Benachteiligungen ist jeder Mensch der ganzen Erde in der Lage, sich die Erzeugnisse des Freilands durch Tausch zu eigen zu machen. Umgekehrt werden die Erzeugnisse der übrigen Welt frei in das Freiland hineingelassen. (Freihandel.)

Freiland ist Grund und Boden (Bergwerke, Seen usw.). den jeder Mensch der ganzen Welt dadurch, daß er in öffentlicher Pachtversteigerung für ihn die höchste Pacht bietet, in Nutznießung nehmen kann, ein Recht, in dem niemand durch Ein- und Auswanderungsgesetze, durch Paß- oder andere Kontrollvorschriften (ausgenommen Quarantäne) beschränkt ist. (Freizügigkeit.)

Freiland ist Grund und Boden, dessen Pacht gleichmäßig und restlos unter alle Mütter nach Zahl ihrer unmündigen Kinder verteilt wird.

Freigeld ist ein Geld, das mit einem Nennwertverlust belastet ist, der in bestimmten Zeitspannen eintritt und vom jeweiligen Besitzer des Geldzeichens zu tragen ist.

Freigeld ist Geld, das von den einzelnen Staaten durch ein Währungsamt, zwischenstaatlich durch die internationale Valutaassoziation in der Weise verwaltet wird, daß der Warendurchschnittspreis (Index) immer derselbe bleibt.

In Übereinstimmung mit obigen Erklärungen und Forderungen kämpft der Freiwirt

gegen den Kapitalismus – *für* die Beseitigung aller Ausbeutungsmöglichkeiten;

gegen alle Monopole, auch solche organisatorischer Natur – *für* den freien Wettbewerb;

gegen Diebstahl und Schwindel – *für* das aus eigener Arbeit entstandene Eigentum;

gegen Monarchie, Demagogie, Plutokratie – *für* Herrschaftslosigkeit;

gegen Klassenherrschaft – *für* die Ausrottung des Klassenstaates;

gegen die Bürokratie – *für* den Abbau des Staats;
gegen alle behördliche Bevormundung – *für* die Selbstverantwortung;
gegen Staatskirche und Staatsschule – *für* die vollkommene Privatisierung von Religion und Wissenschaft;
gegen jedes nationale Wirtschaftsgebiet – *für* die Schleifung der Zollgrenzen und freien Welthandel;
gegen alle Menschenopfer – *für* das Lebensglück des einzelnen Menschen;
gegen alle internationale Verhetzung – *für* den Bürger- und Völkerfrieden;
gegen alle Völkerrechte – *für* die Erklärung des Menschenrechts;
gegen den auf Völkerrecht sich stützenden Völkerbund – *für* einen Menschheitsbund d. h. für Gleichberechtigung aller, die Menschenantlitz tragen.

FFF und Kulturpolitik.

Der Kampfbund FFF braucht für seine Ziele die *Einheitsfront aller Schaffenden*. Die Einheitsfront der sich selbst mit dem Schimpfnamen „Proletarier“ beegennenden Massen der Industriearbeiter, verbreitert um die Massen des technischen und kaufmännischen „Personals“ (als Gegensatz zu Individuum ist der Ausdruck Personal ebenfalls als Schimpfname zu betrachten), der selbständigen Handwerker und Bauern und der Angehörigen der sogen. freien Berufe, sowie der Beamten. Das Wort „Einheitsfront“ bedeutet hier nicht, daß restlos alle hier Genannten sich dieser Einheitsfront anschließen müssen. Das wird nie möglich sein. Es gehört eine Portion Intelligenz oder Mutterwitz dazu, um das voll zu erfassen, was wir wollen. Wo dieser Mutterwitz fehlt, da bleiben Zweifel, erwächst sogar oft Feindseligkeit. Es ist aber auch nicht nötig, daß die Massen unsere Ziele völlig durchschauen. Die Massen sind immer auf das Urteil ihrer Vertrauensmänner angewiesen. Und bei diesen Vertrauensmännern kann schon eher der nötige Mutterwitz vorausgesetzt werden. (Das Vertrauen erwirbt der Mann durch irgendwie überragende Eigenschaften. Der französische Kriegsminister ist z.B. 2 Meter hoch.)

Eine so breite Front, wie wir sie zu schaffen hoffen, wäre unmöglich, wenn sie auf Grund von Weltanschauungs-

und Kulturforderungen zusammengebracht und zusammengehalten werden müßte. Denn immer beginnt der Streit dort, wo das Wissen aufhört und der Glaube beginnt, sofern man diesen Glauben zu irgend einem Vorhaben braucht. Der Kampfbund FFF aber braucht zum Glück für die Aufrechterhaltung der von ihm erstrebten Ordnung *keine staatliche Kultur und Weltanschauung*, also auch keine Kulturpolitik. Die Gesellschaftsordnung, wie wir sie erstreben, soll *von selber* stehen und kann aller künstlichen Stützen entraten. Diese künstlichen Stützen, die dann völlig überflüssig werden, sind aber gerade das, was heute das *Wesen* des „Staates“ ausmacht. Es bliebe vom Staate morgen schon nichts übrig, wenn man diese Stufen als überflüssig erkennen und beseitigen würde. Bei Gründung der *Staatskirche* hat doch sicher kein Staatsmann an das Seelenheil der Staatsbürger gedacht, wohl aber daran, wieviel Landsknechte man sparen kann, wenn man das Geschlecht der Empörer als Ketzer unter Verfolgung stellen und systematisch ausrotten kann (Inquisition). Und für die Gründung der *Staatsschulen* durch die Fürsten (in den protestantischen Ländern) ist die Triebfeder auch nicht in dem Wunsch zu suchen, die Staatsbürger durch das Wissen vom Untertanengeist zu befreien. Einen *Ersatz für die versagende Kirche* wollte man schaffen. Diesen Charakter hat die Schule auch heute noch. Unter den sozialdemokratischen Kultusministern trat dieser Charakter besonders scharf hervor.

In der Erkenntnis, daß die freiwirtschaftliche Gesellschaftsordnung keiner künftigen Stützen bedarf, ist in ihr der Abbau restlos aller Kulturinstitute vom Staate vorgesehen. In dieser Beziehung herrscht, wie ich glaube, ziemliche Einmütigkeit im Bunde. Uneinig dagegen ist man in der Frage, wie sich der Bund *jetzt schon* den staatlichen Kulturfabriken gegenüber verhalten soll, namentlich jetzt vor den Wahlen im Hinblick auf die *Beute der Wahljagd*. Diese Uneinigkeit hat sogar die Formen eines regelrechten Streites angenommen. Der Schaden ist zwar nicht groß, weil die dadurch entgehende Wahlschlacht heute zumeist doch recht ungenießbar ist. Doch zeigt der Streit, daß hier etwas *geklärt* werden muß.

Wir haben uns im Bunde zu wenig um die *Grundlagen*, um das *Wesen* der Politik bekümmert. In den anderen politischen Parteien steht es in dieser Hinsicht allerdings noch viel, viel kümmerlicher aus. Jedoch darf uns das nicht beruhigen. Die anderen Parteien wollen nichts als eine Partei sein. Wir aber wollen etwas schaffen und wollen dazu die Macht an uns „reißen“. Und weil wir nicht aus *Machtgelüsten* handeln, sondern *wirklich das wollen, wovon wir sprechen*, und weil das Ansiehreißen der Macht immerhin eine „erschießliche“

Sache ist, darum liegt uns so sehr daran, daß unsere Einheitsfront auch die Probe besteht. Nicht damit wir uns *an die Stelle der anderen* setzen können, sondern damit endlich etwas *Grundstürzendes* geschehen kann.

Ich vermisse nicht nur in unserem Schriftenverzeichnis, sondern überhaupt in der Literatur eine Schrift, die in methodischer Weise sich mit dem Wesen des Parlamentarismus beschäftigt, einen Leitfaden, einen demokratischen Machiavelli. Zum Gebrauch nicht nur für den *Laien*, sondern auch für die *Berufspolitiker*. Es ist doch wahrhaftig nicht so leicht, sich mit weiter nichts als den persönlichen Erfahrungen ein gereiftes Urteil zu bilden, z. B. über die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus in grundstürzenden Fragen, über die Nützlichkeit der Wahlbeteiligung, über die Frage, ob man zu jeder Zeit mit Hilfe der Presse, d. h. also mit Geld die öffentliche Meinung und damit auch das Parlament in jede gewünschte Richtung bringen kann. usw. Und dennoch sind das alles Fragen, die für uns von einem Tag zum anderen akut werden können. Dann wird *gestritten*.

In Übereinstimmung mit unserer Anschauung, daß wir den Staat für Kultur- und Weltanschauungen nicht brauchen, forderte das Programm, wie es von der Berliner Programmkommission beschlossen wurde (hier so genannt, weil sie auf dem Berliner Bundestag bestellt worden war) die Loslösung der Kirche, der Schule, der Ehe usw. vom Staate. Als reine Privatsache erkannt, sollte sich auch der Staat hier nicht einmischen.

Nun erblicken aber eine ganze Reihe von Bundesmitgliedern des Freiwirtschaftsbundes FFF (nach dem Berichte der Magdeburger Versammlung sogar die große Mehrheit) in dieser Forderung statt einer Folgerichtigkeit einen Widerspruch zu den bisherigen programmatischen Erklärungen. Sie sind der Meinung, daß die Erklärung der Kulturfragen als Privatangelegenheit der Forderung gleichbedeutend sei, sich überhaupt nicht in die Kulturbetriebe des Staates zu mischen. Passives Verhalten entspreche der herrschenden Ansicht im Bunde. *Nicht Subjekt* der staatlichen Kulturpolitik sollten wir *sein, aber Objekt* derselben *bleiben*.

Aus taktischen Gründen wurde solches Verhalten auch im Programm verlangt. Gewiß nicht aus Vorliebe für die staatlichen Kulturerzeugnisse. Aber auch, weil es sich deckte mit Punkt 1 der bis dahin geltenden Statuten.

Mich interessiert hier nur diese letztere Begründung der Ablehnung des Berliner Programms. Enthält wirklich der Satz, daß der Bund keine Kultur- und Weltanschauungspolitik betreiben soll, die Forderung, daß die Bundesmitglieder sich *der staatlichen Kulturpolitik gegenüber passiv, neutral* zu verhalten haben?

Was heißt hier *passiv*? Passiv heißt hier, die Kultursteuern entrichten, heißt somit die staatlichen Eingriffe *unterstützen*. Solche Passivität verwandelt sich in höchste Aktivität. Die Steuergelder sind die Kohlen, womit der Staat die Kulturfabrik in Betrieb hält. Nur dank solcher „Passivität“ vermag der Staat aktive Kulturpolitik zu betreiben. Das aber ist wirklich keine Passivität mehr. „Passiv sein“ heißt *nichts* tun, auch keine Steuern zahlen. Dann heißt „passiv sein“ eine *gegen* das Steuerzahlen gerichtete Politik betreiben, heißt also den *Abbau des Staates in Kulturaufgaben* fordern. Um hier klar zu sehen, wohin passives Verhalten in dem Sinne, wie hier beschrieben, führen kann, empfiehlt es sich, sich in Gedanken nach Weimar in die Zeit zu versetzen, wo dort auf ein Stück weißes Papier die neue Verfassung für das deutsche Volk niedergeschrieben werden sollte. Nehmen wir an, damals hätte der Freiwirtschaftsbund bereits bestanden und hätte Vertreter in die verfassunggebende Versammlung geschickt mit dem Auftrag, keine Kultur- und Weltanschauungspolitik zu betreiben. So lange die andern sich in diesen Fragen passiv verhalten hätten, wäre die Aufgabe unserer Vertreter wirklich sehr einfach zu lösen gewesen. Sie hätten sich ebenfalls passiv verhalten. Was sollten sie aber tun, wenn die anderen nun mit ihren Kulturplänen herausrückten und mit ihren aus der Geisterwelt und Rumpelkammer herrührenden Weltanschauungen die Verfassung zu belasten unternahmen? Keine Kulturpolitik betreiben bedeutet doch nicht, daß es den *anderen erlaubt* sein soll, *mit uns* Kulturpolitik zu spielen. Keine Kulturpolitik betreiben, kann praktisch nur bedeuten, daß wir den Staat weder mit Kulturaufgaben belasten, *noch ihn von anderen mit solchen Aufgaben belasten lassen*. Die Kultur soll überhaupt kein Gegenstand der Politik sein. Keine Kulturpolitik betreiben bedeutet also, sich verteidigen, wenn andere, wenn der Staat aggressiv vorgeht.

Wer statt des Wortes „*passiv*“ das Wort „*neutral*“ setzen wollte, stände hier vor der gleichen Schwierigkeit Eine Neutralität, die parteiische Wirkungen auslöst, *ist keine Neutralität mehr*. Hätte sich z. B. England beim Bruch des belgischen Neutralitätsvertrages durch Deutschland durch passives Verhalten neutral verhalten? Die Neutralität verlangt oft sehr energisches Handeln. Und so wäre es auch in Weimar gewesen. Man kann sich ja den Fall vorstellen, daß wir in Weimar die Majorität gehabt hätten. Hätte da auch noch unsere Vertretung zu sehen können, wie die Verfassung mit Kulturforderungen belastet wurde, weil ihr Auftrag lautete, *keine* Kulturpolitik zu betreiben? Um zu verhüten, daß kein neuer Kulturmoloch entstand, hätten unsere Vertreter sich mit aller Macht *gegen* die Verfassung aussprechen müssen.

Das ist m. E. der Sinn der Forderung, daß der Freiwirtschaftsbund keine Kulturforderungen stellt und keine Kulturpolitik betreiben soll. Natürlich muß dann in Übereinstimmung mit solcher Auffassung jetzt, wo wir uns mit der neuen Verfassung vor vollendeten Tatsachen befinden, die Politik, die wir in Weimar nicht betreiben konnten, aufgenommen werden. Kampf für eine Revision der Verfassung, die unseren Forderungen gerecht wird.

Es kann der friedlichste Mensch nicht in Frieden leben, wo die anderen zum Angriff übergehen. Denn auch das muß noch gesagt werden, daß die Gesetze nicht von selber stehen, daß ihre Aufrechterhaltung als täglich sich wiederholende Aktion und Angriff anzusehen ist. Der Kulturballast der Verfassung greift uns täglich an. Duldsamkeit ziemte sich wohl zur Zeit der Autokratie, wo der Untertan die politischen Zustände als Phänomene betrachtete und der Staat als etwas Gegebenes, als Rührmichnichtan betrachtet wurde. Da sich alle völlig untätig verhielten, so konnte die Meinung aufkommen, daß nur der, der die staatlichen Zustände kritisiert, Politik treibt. Ihn sah man handeln, nicht die Herrschenden, die eigentlichen Drahtzieher. Mit der demokratischen Verfassung verliert aber solche Betrachtungsweise den historischen Boden. Sobald der Staat in Kulturfragen aggressiv vorgeht, verlangt es der Umstand, daß wir keine Kulturpolitik betreiben wollen, unbedingt, daß wir uns verteidigen.

Ist einmal die Freiwirtschaft zur Wirklichkeit geworden, so wird niemand mehr von Freiheit reden. Das Wort wird außer Gebrauch kommen, der Begriff vergessen werden. Der Freiheitsbegriff entsteht gleichzeitig mit dem Staat. Wie der Schatten mit dem Licht entsteht. Was wir also im Grunde wollen, ist nicht die Freiwirtschaft, sondern die Befreiung. Die Freiwirte sind Empörer. Und dieser Charakter wird immer und immer wieder zum Ausbruch kommen, wenn er aus taktischen Erwägungen verschleiert wird. Es wäre also schon besser, wenn im Programm diesem Umstand Rechnung getragen würde. Es ist aber auch wieder sehr zu begrüßen, wenn Kämpfe im Bunde von Zeit zu Zeit aufbrechen. Sie allein können restlose Klärung bringen. Es lebe der Kampf! Durch Kampf zur Einheitsfront!

Drohender Rassekrieg zwischen Amerikanern und Mongolen.

Der Freiwirt fordert die ganze Erde für sich, Er erklärt jedem den Krieg, der ihm dies Recht durch wirtschaftliche oder politische, durch private oder durch staatliche, rassische, nationale Ansprüche irgendwie verkümmern will. Um für sich dies Recht wirksam zu machen und um es nicht im Kampf, im Krieg, unter Verlust von Gut und Blut immer und immer wieder verteidigen zu müssen, um im Frieden leben, um sich der Gaben der Natur erfreuen, um aus diesem Jammertal ein Tal der Lebensfreude machen zu können, räumt er jedem anderen Menschen ohne weiteres ohne irgendwelche Einschränkung dasselbe Recht ein, das er für sich beansprucht.

Der Freiwirt erklärt dieses Recht mit allen seinen Folgerungen als die eherne Forderung des Friedens, als den einzigen Artikel eines ewig währenden, allen denkbaren Stürmen widerstehenden Völkerbundes. Er erklärt weiter, daß alles, was über diesen Artikel hinaus dem Völkerbund noch aufgebürdet wird, gefährlich ist und darum glatt abgelehnt werden muß.

Einziger Artikel des Völkerbundes:

Der Erdball gehört allen Völkern ungeteilt.

Als Verstöße gegen diesen Völkerbund sind heute zu nennen: Die Staatsgrenzen, sofern sie mehr bedeuten als etwa die Gemeindegrenzen, also einfache Verwaltungsgrenzen, die Paßkontrolle, die Zollkontrolle, die Sanitätskontrolle, die Souveränitätsrechte, das Privateigentum am Boden und an den Bodenschätzen, die Monroedoktrin. Um hier nur einiges zu nennen. Gegenpol dieser Verstöße sind: Unbeschränkte Freizügigkeit für alle Menschen, alle Rassen, Abschaffung der Zollgrenze, also vollkommener Freihandel, Hinfälligkeit der Begriffe: Einfuhr und Ausfuhr, Unverpfändbarkeit des Bodens (Hypotheken) und aller Privatansprüche auf Grundrenten.

Wir sind noch weit von diesem Ziele. Es ist aber in der Hauptsache nur das Privateigentum am Boden, das solchem Völkerbund im Wege steht. Daneben noch eine Reihe von Vorurteilen, die von den Grundbesitzern gezüchtet, gehegt und verbreitet werden. Mit den Grundbesitzern werden auch diese Vorurteile spurlos verschwinden. In Rußland ist das Privateigentum am Boden bereits beseitigt. In England kämpft die Regierung nach der gleichen Richtung. Und in allen Ländern wächst die Einsicht in die Gefährlichkeit dieses Rechtes. Man beginnt zu ahnen, daß hier der Pestherd der Kriege liegt.

Im glatten Widerspruch zu der Freilandforderung steht die heutige auf der Monroedoktrin sich aufbauende Politik der Amerikaner, der Nordamerikaner. Namentlich ist es die Mongolenpolitik die dort getrieben wird, die zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt. Gestützt auf usurpierte sogenannte Souveränitätsrechte, hat die Amerikaner neuerdings die Aussperrung der Mongolen wieder beschäftigt. Hier ist es nicht mehr Wirtschaftspolitik, auch nicht mehr Lohnpolitik, die die Amerikaner betreiben. Sie wollen den Kontinent ihrer Rasse vorbehalten. Wer aber weiß, was es bedeutet, wenn man einen Menschen in seinen Rasseeigenschaften beanstandet, der hat eine Ahnung von dem, was in der Seele der Mongolen vorgeht, wie tief diese Menschen sich verletzt fühlen müssen. Die Verletzung ist meistens unheilbar; sie schmerzt mehr als die individuelle Verletzung. Wer das weiß, der steht am blutroten Horizont die Konturen des entsetzlichsten Dramas aufsteigen, das sich auf dem Erdball abgespielt hat. Den Zusammenprall der weißen und gelben Rasse. Den fürchterlichsten, unbarmherzigsten Krieg, den Rassekrieg, der nur als Ausrottungskrieg einen Sinn hat. Und in diesen Ausrottungskrieg wird ganz selbstverständlich Europa hineingerissen werden. Als 1914 die allgemeine Tobsucht im europäischen Narrenhaus aufbrach, da rechnete kein Volk mit der Ausrottung, weder passiv noch aktiv. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Der eine gewinnt, der andere verliert. Und wer verliert, der zahlt. Man fühlte eine gewisse Sicherheit auch noch dann, wenn die fremden Soldaten das Land überschwemmten. Es war nicht so böß gemeint, wie es aussah. Es war ein Vetterkrieg. und wenn der allgemeine Wehrzwang nicht bestanden hätte, die meisten wären auf den Ruf „zu den Waffen“ überhaupt nicht gekommen. Aber wenn der Krieg als ausgesprochener Rassekrieg geführt wird, zwischen Völkern mit ausgesprochenen Rassemerkmalen, wo also auch die Uniform als Unterschied zwischen Freund und Feind entbehrlich wird, da wird es erst ungemütlich, da greifen alle sofort und ungerufen zu den Waffen, Männer, Frauen und Kinder. Denn hier wird alles niedergemacht. Zu pardonieren ist ja hier nichts. Denn nicht wegen irgendwelcher Handlung, irgend welchen Differenzen über Mein und Dein, über den Raub einer Frau, wie in Troja, ist der Krieg ausgebrochen, sondern weil man glaubt, daß für die beiden Völker kein Raum auf Erden ist. Hier werden die Frauen auch nicht etwa fortgeschleppt. Die Frauen werden wie die Männer und Kinder getötet. Sie werden nicht gemartert, wie Toller und Mühsam in Bayern gemartert werden. Denn man hat ihnen nichts anderes vorzuwerfen, als daß sie einer anderen Rasse angehören. Man will sie ausrotten, wie Moses die gefangenen Philisterfrauen den Armen der israelitischen Krieger entreißen und töten ließ.

Und diesen Ausrottungskrieg bereitet die amerikanische Mongolenpolitik vor. Dieser Krieg kommt bestimmt, wenn den Mongolen auf dem amerikanischen Kontinent nicht die volle Gleichberechtigung mit allen anderen Völkern der Welt zuerkannt wird. Und wenn dieser Krieg kommt, wer wird da gewinnen? Die Amerikaner mögen sich vorsehen. Die Amerikaner haben die Büffel ausgerottet und die Indianer. Aber die Mongolen sind keine Büffel. Vielleicht überschätzen sie auch jetzt ihre militärische Tüchtigkeit, weil sie im Erschöpfungskrieg gegen das weltberühmte preußische Heer als Sieger hervorgingen. Vielleicht rechnen sie mit der Unterstützung der Europäer. Aber dann rechnen sie falsch. Heute und noch für lange Zeit wird kein europäischer Staat den Mut haben, sich über See militärisch in Kriege einzulassen aus Furcht, daß die Gelegenheit von seinem Nachbarn zu einem Überfall ausgenutzt werden könnte. Die Amerikaner werden diesen Krieg allein auszufechten haben, und wenn dann die Mongolen ihre Aufgabe erfüllt haben, dann wenden sie sich nach Europa, zur Geburtsstätte der Rasse, die ihnen den Rassekrieg mit dem Einwanderungsverbot erklärt hat. Dann wird der letzte Mohikaner sich zum letztenmal im Grabe umdrehen. Er ist gerächt, neben ihm liegt das letzte Bläßgesicht begraben.

Und wenn auch die Mongolen im ersten Ansturm etwa das Ziel nicht erreichen werden, wenn sie von den Amerikanern zurückgeschlagen werden, so wird es hier heißen:

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und dann wird die Erinnerung an die beiderseits begangenen Kriegsgreuel dafür sorgen, daß der Krieg nicht mehr abbrechen kann. Friedensverhandlungen sind in einem Rassekrieg unmöglich, da der Grund des Rassekrieges in der Rasse selbst liegt und dort weiterlebt, bis daß der Letzte ausgerottet ist. Die Menschheit ist bis heute vor Rassekriegen bewahrt geblieben. Wir haben keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet. Bei dem eben erwähnten letzten Mohikaner handelte es sich um Kämpfe, wie sie immer zwischen Nomaden (oder Jäger) und Landwirten unvermeidlich sind. Daß hier die unterliegenden Nomaden oder Jäger einer anderen Rasse angehörten, war eine ganz untergeordnete Begleiterscheinung. Und daß Moses die schönen Philisterinnen mit Gewalt den Räubern entreißen mußte zeigt, daß die israelitischen Männer ganz andere Absichten hatten, als Rassekrieg, Mordgelüste und Ausrottung.

Nehmen wir den günstigsten Fall an, den Fall, daß die Mongolen zwar als Sieger hervorgehen, daß sie aber darauf verzichten, ihn als Ausrottungskrieg zu führen und darum auch nicht gegen die Europäer vorzugehen gedächten. Das entspräche besser den sanften Sitten der Chinesen. Aber so sanft die Chinesen auch sein mögen, so werden sie doch dafür sorgen, daß der amerikanische Kontinent, der

noch so gut wie unbewohnt ist nach chinesischen Anschauungen, nunmehr der Mongolenrasse gesichert werde, nach dem Grundsatz: War die Aussperrung den Amerikanern recht, so ist sie jetzt den Mongolen billig. Sperrung der Einwanderung für die europäische Rasse, zum mindesten für die angelsächsischen Völker, die für die jetzige Behandlung der Mongolen verantwortlich sind, das ist es, was wir von der Rassepolitik der Amerikaner, der blöden, kurzsichtigen, übrigens auch umgedeuteten und gefälschten Monroedoktrin zu erwarten haben.

Und hier erhebt sich die Frage: Haben wir Europäer kein Wörtchen mitzureden? Die Rassepolitik, die die Amerikaner betreiben, ist eine Angelegenheit, die uns Europäer direkt berührt. Der Mongole wird niemals einen Unterschied zwischen Amerikanern und Europäern machen. Er wirft die ganze reaktionäre Bande in einen Topf. Genau wie der Proletarier auch keinen Unterschied macht zwischen einem deutschen und französischen Kapitalisten. Darum haben wir zu fordern, daß sich die Amerikaner in Fragen der Rassepolitik mit uns ins Einvernehmen zu setzen haben. Da wir durch diese Politik die gleichen Gefahren laufen, haben wir hier auch die gleichen Rechte. Und da wollen wir es in die Welt hinausschreien, über Amerika bis nach dem großen Mongolenreich: Kolumbus entdeckte Amerika nicht für Monroedoktriner. Er schenkte den Kontinent der Menschheit, auch den Mongolen. Es steht den Yankees nicht an, die Einwanderung zu kontrollieren. Wir fordern, daß uns, d. h. den Europäern, wie den Mongolen das Erbe des Kolumbus bedingungslos ausgeliefert werde. Wir fordern die Beseitigung jeder Einwanderungskontrolle. Die Gelben, die Weißen, die Schwarzen, alle sollen das gleiche Recht auf die Erde, auf den amerikanischen Kontinent haben, genau wie wir jedem Amerikaner Europa und die Mongolei zu Nutz und Freude zur freien Verfügung stellen wollen. Wir fordern ferner, daß die Grundrenten in Amerika wie in der Mongolei und in Europa allen Müttern ohne Ansehen der Rasse ausgezahlt werden, gleichmäßig für schwarze, für rote, gelbe und weiße Kinder. So, daß überall dort, wo die Bodenschätze durch eine wucherische Ausbeute und Preispolitik die höchsten Grundrenten abwerfen, auch die höchste Anziehungskraft auf die mit Kindern besonders stark gesegneten Frauen ausgeübt wird. So steht dann die Ausbeutung der Bodenschätze direkt unter der Kontrolle der Freizügigkeit und kein Volk der Welt wird dann noch ein besonderes Interesse an der Höhe der Grundrenten haben. Die Freizügigkeit, in Verbindung mit der Verteilung der Grundrenten unter die Mütter, wird alle kapitalistischen, imperialistischen Gelüste gleich im Keime ersticken. Auf diese Weise verschaffen wir auch dem Rasseproblem ein Sicherheitsventil. Die Rassen werden dann die Welt nicht mehr nebeneinander sondern durcheinander

bewohnen. Sie treten sich dann nicht mehr als Völker, als geschlossene Massen gegenüber, deren Rassemerkmale dann noch betont werden durch die Sprache, die Geschichte, durch Klima, Ernährung, Kleidung, Sitten, Gebräuche und namentlich auch nicht durch diskrepierende wirtschaftliche Interessen, durch nationale Wirtschaftspolitik und Valuta. Das alles fällt dann als äußere Unterschiede fort und es bleiben dann nur die Rassemerkmale, die manchmal ganz interessant sein mögen, aber zu Kämpfen, Kriegen, Haß und Mord niemals Anlaß geben können. Und wie die Juden seit Jahrtausenden in der Diaspora lebend, sich rassereiner erhalten haben, als irgendein anderes Volk der Erde, so ist es möglich, daß die hier geforderte allgemeine Freizügigkeit die Gefahr der vollkommenen Verwischung der Rassenmerkmale beseitigen wird. (Anm. des Schriftsetzers: Was wir zur Beruhigung der Besitzer von zoologischen Gärten und Menagerien nicht unerwähnt lassen wollen.)

Lesbare Literatur über diese Dinge gibt es so gut wie nicht. Die Freunde der Freiwirtschaft sind auf das angewiesen, was sie selbst mit dem Satz: Die Erde gab er den Menschenkindern – machen und gestalten können. Bei der ungeheuren Tragweite, die unsere Forderungen für die kommenden Geschlechter noch mehr als für uns haben, ist es nötig, daß die Freiwirte der jetzt wieder akut gewordenen Monroedoktrin die allergrößte Aufmerksamkeit widmen, um die amerikanische Einwanderungspolitik sowie die Statuten des Völkerbundes in unserem Sinne zu beeinflussen. Die dazu nötige umfassende Literatur müssen wir, die Freiwirte, schaffen, und jeder von uns sollte sich daran beteiligen. So allein kann ein dauernder Friede und Völkerbund zustande kommen.

Morganatische Spekulation.

Als im Januar d. J. der französische Franken zu sinken begann, wandte sich die Spekulation von der deutschen Mark merklich ab und dem französischen Franken zu. Mit welchen Mitteln hierbei zu Werke gegangen wurde, zeigt ein Rundschreiben, das von dem Neuyorker Bankhaus *Morgan, Harwood & Co. Inc.* in Tausenden von Exemplaren an die Deutsch-Amerikaner verbreitet wurde und worin es u. a. heißt:

„Die Zeit ist für alle Deutschen gekommen, die Verluste, die sie am Fall der Mark erlitten haben, wettzumachen und darüber hinaus etwas Tatsächliches zur Verbesserung der beklagenswerten deutschen Verhältnisse zu tun. Der französische

Franc ist auf dem gleichen Wege wie die Mark, alle Umstände stempeln diese Tatsache zur absoluten Gewißheit. Verkauft Francs auf Termin, d. h. verkauft Francs zu einem späteren Lieferungstermin und drückt den Wert des Francs herab! Sie werden im Stande sein, Francs zu 1 Cent zurückzukaufen, und für die jetzt zu 5 1/2 Cents verkauften Francs zu liefern. Unsere Firma führt diese Verkäufe mit 25prozentiger Deckung aus. Der verminderte Wert des Francs wird die Kosten der Ruhrbesetzung bedeutend vergrößern, die finanzielle Situation Frankreichs untergraben und dieses zwingen, infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche die Ruhr zu räumen. Durch den Verkauf von Francs drücken Sie ihren Wert herunter und beschleunigen das Ende des Ruhrkampfes. Die heroische Bevölkerung des Ruhrgebiets lechzt nach dieser Hilfe, Sie können ihr helfen und sich dabei gleichzeitig bereichern.“

Dieses Rundschreiben verrät, mit welcher Skrupellosigkeit Stimmungen im Volke erzeugt werden und es läßt sich denken, daß eine Anzahl ähnlicher Zeitungsartikel wohl eine Atmosphäre schaffen kann, wie sie die Spekulation zur wirkungsvollen Ausübung ihres „redlichen Gewerbes“ braucht. Das Typische des Rundschreibens ist, daß es an das Nationalgefühl der Deutschen appelliert. Der Verfasser weiß wohl, daß dies seine Wirkung nicht verfehlen wird, denn die Dummen werden ja nicht alle. *Morgan* weiß aber auch, daß *stärker* als das Nationalgefühl der *Egoismus* ist. Deshalb sagt er auch, daß sich der Spekulant auch gleichzeitig dabei *bereichern* könne.

Daß *Morgan* bei diesem Rundschreiben *sein* Interesse und nicht das seiner Kunden im Auge hat, ist selbstverständlich. Dieses Rundschreiben ging hinaus, *kurz bevor Morgan Frankreich ein Darlehn gab*. *Morgan* wußte ganz genau, – er hat es zur Bedingung gemacht –, daß nach Auszahlung seines Darlehns die Bank von Frankreich auf der Valutabörse Interventionen machen würde, die eine *starke Hebung* des Frankenkurses zur Folge haben mußten. Er hat diese Bedingung gestellt, um dabei sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Es war klar, daß er sich mit dem geforderten Zinsfuß von 5 Prozent nicht begnügen würde. Er hatte seine Spekulation auf die geforderte Hebung des Frankenkurses eingestellt. Damit aber sein Spekulationsgewinn recht groß würde, hatte er Interesse daran, daß der Frankenkurs zunächst recht tief sank, damit er im entscheidenden Augenblick große Mengen von Franken zu einem recht niedrigen Kurse aufkaufen konnte.

Da *Morgan* selbstverständlich das Gesetz von Angebot und Nachfrage kennt und es für seine Spekulation benutzt, hat er das obengenannte Rundschreiben *nur zu dem Zweck* hinausgesandt, eine allgemeine *Baissespekulation* in Franken hervorzurufen. Wenn auf Grund dieses Rundschreibens, das selbstverständlich durch entsprechende Zeitungsartikel unterstützt worden ist, alle Besitzer von französischen Franken diese verkauften bzw. Spekulanten Terminverkäufe von Franken vornahmen, so war es klar, daß der Frankenkurs weiter *sinken mußte*.

Wir haben auch gesehen, daß der Frankenkurs tatsächlich bis auf 4 Dollar sank und sich einige Tage lang auf dieser Höhe hielt. Dies war der Zeitpunkt, den *Morgan* benutzte, ungeheure Frankenkäufe vorzunehmen. Kurz darauf stieg der Frankenkurs infolge der Intervention der Bank von Frankreich bis auf 7 $\frac{1}{2}$ Dollar. Diesen Augenblick wiederum benutzte selbstverständlich *Morgan*, um seine Frankenbestände zu verkaufen. Da infolge des steigenden Frankenkurses eine große Nachfrage nach Franken vorhanden war, und die Deckungskäufe fällig wurden, wird es ihm nicht schwer gefallen sein, seine Frankenbestände loszuschlagen.

Nehmen wir an, *Morgan* hätte Franken im Betrage von *nur* 1 Milliarde (selbstverständlich zum großen Teil Terminkäufe) gekauft zum Durchschnittskaufs von 4 $\frac{1}{2}$ Dollar für 100 Franken. Er hätte dafür 45 000 000 Dollar bezahlen müssen. Nach dem Steigen des Franken hätte er seine Frankenbestände zum Durchschnittskurs von nur 6 $\frac{1}{2}$ Dollar für 100 Franken verkauft, so hätte er einen Reinverdienst von 20 000 000 Dollar innerhalb 14 Tagen erzielt.

Seine Anleihe hat ihm also folgenden „Verdienst“ gebracht:

Für Verzinsung jährlich	5.000.000
Spekulationszins 2 Prozent in 14 Tagen, oder <i>52 Prozent im Jahr</i>	<u>20.000.000</u>
Der Gesamtverdienst beträgt also	25.000.000 Dollar

Diesen Spekulationsgewinn haben natürlich nicht nur Frankreich, sondern alle Spekulanten zu tragen, die sich damals auf die Frankenspekulation eingelassen haben. Daß bei dieser Baissespekulation auf den Franken aus „patriotischen Gründen“ sehr viele *deutsche* Spekulanten und Industrielle beteiligt gewesen sind, ist selbstverständlich. Weil es aber anders kam, als sie dachten, da sie die Rechnung ohne *Morgan* gemacht hatten, erlebten sie eine gewaltige Einbuße, die dahin führte, daß manche Bank und manches Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Daß bei dem Zusammenbruch der Banken auch viele *Sparer* die *Leidtragenden* gewesen sind, schert weder die Bankiers noch *Morgan*.

Wir Freiwirte wollen dieses Beispiel benutzen, um dem Proletariat zu zeigen, welch ungeheure *Bedeutung* das Geldproblem hat und daß es solange unmöglich ist, die Ausbeutung zu beseitigen, als man nicht den Hebel am Gelde einsetzt.

Freiwirtschaftliche Zeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich (Fr. 8.—), Halbjährlich (Fr. 4.20), Vierteljährlich (Fr. 2.20). Für die Post bezahlend. Druck und Verlag: Buchdruckerei G. Fischer, Schwarzburg. Postfach III 3484. Telefon Nr. 90. Anzeigenpreis: Zeitungszeit 20 Sp. Größtens jeden Samstag.

Organ des
Schweizer Freiwirtschaftsbundes

Verantwortliche Redaktion:
Fritz Schmutz, Bern, Schwarzenberg 76; Prof. Dr. Hermann Baur, Schönenberg 21; Hanspeter G. Bieri, Bern, Buchhofplatz 2. Zuschriften und Manuskripte an Fritz Schmutz, Bern, Kriegerdenkmalstr. 21. Postfach III 3229.

Mehr Siegeswillen!

Ein Wort an die Pazifisten.

Die Erfolge der christlichen Friedenspropaganda sind geringer als null. Die Arbeit der andern Pazifisten ist gleich unfruchtbar geblieben. Niemals hat es so viele Kriege gegeben, wie in der christlichen Aera und seit Bertas „Die Waffen nieder“ – hat der Krieg den letzten Rest der Ritterlichkeit verloren. War der Krieg für die Fürsten ein Privatvergnügen und eine interessante Unterbrechung der höfischen Langweile, so ist der moderne Krieg, den die „Demokraten“ führen, nichts als eine Narretei, die um so lächerlicher wirkt, je sorgenvoller die Gesichter der obersten Kriegsleiter dreinschauen, je ernsthafter die Politiker heucheln, schwindeln, lügen.

Der Grund des Versagens der Friedenspolitik liegt darin, daß die Pazifisten viel zu viel vom Krieg reden. Der Teufel erscheint, wenn man von ihm spricht. Der Friedensengel würde aber vielleicht auch erscheinen, wenn man ihn auch einmal an die Wand malen würde. Aber die Friedenspropagandisten wissen offenbar nichts vom Frieden zu sagen. Darum wachsen nur Bajonette dort, wo die Pazifisten säen.

Wie stellt sich eigentlich der Pazifist den Frieden vor? Niemand weiß es. Würde aber eine klare Darstellung der Zustände in der pazifierten Welt nicht ungleich wirksamer sein, als die ewige Auffrischung der Kriegsgreuelbilder? Stelle man doch neben die Bilder des Krieges das Bild des wahren, des ewigen Friedens und dann lasse man sie alle wählen! Wir werden dann Überraschungen erleben. Mancher Haudegen wird dann die Waffen von sich werfen und begeistert nach dem Palmwedel greifen. Für solchen Frieden, so werden sie sagen, bin ich auch, selbstverständlich.

Warum habt ihr uns nicht früher gesagt, wie ihr euch den ewigen Frieden vorstellt? Wie mancher Krieg wäre da unmöglich gewesen, weil die Krieger nicht mitgemacht hätten, weil die Krieger die Worte Friedrichs des Großen den kommandierenden Generälen ins Gesicht geschleudert hätten: Wir gehören zu den „Hunden, die ewig leben wollen“. Denn wahrlich, herrlich muß es sich für einen Menschen von unserer Art im Lande des ewigen Friedens leben lassen. Euch Pazifisten klagen wir an. *Ihr* habt den Krieg möglich gemacht, denn ihr habt uns das wahre Bild des ewigen Friedens verschleiert!

Auch der Pazifist muß wissen, wofür er kämpft. Der deutsche Soldat setzte sein Letztes ein, weil ihm „der Dank des Vaterlandes“ versprochen wurde, und weil er noch so dumm war, darunter etwas anderes als eine Drehorgel zu verstehen. So würde auch er für die pazifistischen Ziele mit derselben Berserkerwut kämpfen, wenn ihm der Pazifist auch eine Drehorgel versprechen könnte. Denn wahrhaftig, wo ist das Kopfschaf zu finden, das das Leben im Schützengraben mit seinen Läusen, seinem eintönigen Trommelfeuer den Herrlichkeiten vorzieht, womit die pazifizierte Welt alle Menschen mit beiden Händen überschüttet? Aber für das deutsche Volk bedeutet der pazifistische Frieden einfach die Aufrechterhaltung der heutigen fluchwürdigen Ordnung, derselben Ordnung, die jeder anständige Mensch als Krieg und Greuel bezeichnet. Das Leben in der bürgerlichen Welt, die die Pazifisten vor Kriegsgefahr schützen wollen, ist für unzählige unserer Mitmenschen weit schlimmer als der Krieg. Das geht doch klar genug daraus hervor, daß man heute tausendmal am Tag, die Worte hören kann: wenns morgen wieder Krieg gibt, ich ziehe mit Begeisterung mit. Und woher diese Begeisterung? Nun, der Vergleich des Trommelfeuers mit dem Staub und Lärm der Fabrik, mit den armseligen Sorgen ums tägliche Brot, der ist's, der die Begeisterung für den Schmutz, die Läuse, die chirurgischen Reparaturen auslöst. Nicht Freude am Krieg, an seinen politischen Zielen (die niemand kennt), noch viel weniger Haß gegen irgend jemand in der Welt begeistert den Soldaten. Es ist dasselbe graue Elend, das auch schon vor dem Kriege jährlich tausende deutscher Männer veranlaßte, ihre billige Haut zu Markt zu tragen, einerlei, ob als französischer Soldat gegen die Marokkaner oder als Orang Moff gegen die Atchinesen. Schaffe man dieses graue Elend weg, dann lösen sich die Heere auf, allen voran die deutsche Reichswehr. Oder glaubt jemand ernsthaft, daß es ihm

möglich sein könnte, ein Heer von 100 000 Mann aus Söhnen von Kapitalisten zusammenzubringen? Sind es Rentnersöhne, die nachts bei 20 Grad unter Null (Réaumur) über die Dächer steigen, um durch den Schornstein in die Vorratskammer des Nachbarn einzubrechen? Genügte Lenin nicht der Ruf: Land, Land! Kehrt alle nach Hause zurück! Das Land gehört euch, nehmt's nur!, um die russischen Soldaten vor dem Feind zu veranlassen, die Waffen hinzuwerfen? Ja, hatte man im deutschen Hauptquartier nicht mit dieser psychologischen Einstellung des Soldaten gerechnet, als man Lenin im plombierten Eisenbahnwagen nach Rußland schickte? Oder glaubte man etwa, der deutsche Mujik würde anders handeln?

Wie schafft nun der Pazifist die wirtschaftlichen Bedingungen für ein lebenswertes Leben? Wie beendet er den seit Jahrtausenden mit unverminderter Heftigkeit tobenden Bürgerkrieg, wie rottet er die Kapitalisten und das Proletariat aus, wie verhält er sich gegenüber dem Zins, wie zum Privatgrundbesitz, wie zum Recht aus den vollen Arbeitsertrag? Aus diese Fragen hat der Pazifist zu antworten, wenn er in den Kreisen derjenigen Eindruck machen will, die seit 6000 Jahren Krieg führen und seit 6000 Jahren besiegt am Boden liegen und geschlagen werden. Sieht der Pazifist diesen Krieg nicht, steckt er den Kopf in den Sand, um ihn nicht zu sehen, nun, so kann er einpacken. Das, was er dann noch zu sagen hat, interessiert nur noch die Leute, die nichts anderes wollen, als eine Organisation, und die dann schließlich noch den Krieg ihrer Organisation wegen nicht entbehren wollen, wie jener Apotheker die Krankheiten, wie jener Parteibonze die soziale Frage verewigen möchte. Es ist ja wahr, daß der Völkerkrieg mit seinen Giftgasen und weiten Schlachtfeldern auf naive Gemüter stärkeren Eindruck macht als der in den Eingeweiden der Staaten bohrende Bürgerkrieg, obschon die Opfer dieses Krieges ungleich zahlreicher sind und unendlich größer ihre Qualen. Denn der Bürgerkrieg erschöpft sich nicht in den täglichen Einzelgefechten, wo 10 bis 50 oder 100 Mann fallen. Das sind nur die äußern Erscheinungen. Für den Bürgerkrieg sind die Waffen ohne Knall und Rauch schon längst erfunden in Gestalt von Hunger, Schmutz und Schwindsucht. Und dieser geräuschlose Vorgang ist nicht geeignet, die Aufmerksamkeit oberflächlicher Geister auf sich zu lenken, nicht wie es das Massenmorden der Feldschlacht tut. Nichtsdestoweniger ist nicht an der Tatsache zu rütteln, daß der Bürgerkrieg die primäre Erscheinung ist und der

Völkerkrieg die ... sekundäre. Der bürgerliche Kriegszustand ist es ja gewesen, der die Anregung dazu gab, die Staaten als Machtorganisationen auszubauen und die Staaten sind es doch wohl, nicht die Menschen, die wegen der ewig auseinanderstrebenden Interessen zusammenprallen müssen. Ohne den bürgerlichen Kriegszustand wäre es darum auch niemals zu interstaatlichen Kriegen gekommen. Die Staaten würden ebenso friedlich nebeneinander liegen, wie die Gemeinden heute nebeneinander liegen. Die Pazifisten packen also das Friedensproblem beim Schwanz an. Das Problem des Friedens heißt: wie schaffen wir bürgerliche Zustände, die den Staat als Machtorganisation überflüssig machen, so daß wir die öffentliche Macht entbehren, bis auf den Nachtwächter abbauen können?

Es wird wohl die vollkommene Hilflosigkeit gegenüber diesem Problem gewesen sein, die die Pazifisten veranlaßte, sich so gut wie ausschließlich auf die internationalen Friedensfragen zurückzuziehen, obschon es keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Bürgerkrieg das Primäre, der internationale Krieg das Sekundäre ist. Man sehnt den Frieden herbei und will auf alle Fälle etwas tun, nach dem Satz: wenn es nichts nützt, so schadet es doch auch nichts. Ist nicht auch die Herstellung des Bürgerfriedens Sache, ja Monopol des Proletariats Und außerdem, was sie, die Pazifisten, für den Frieden vorzuschlagen haben, ist ja in der bürgerlichen Ordnung längst verwirklicht. Verträge, Schiedsgericht, Abrüstung. Das aufsässige Proletariat ist längst abgerüstet, den Verfassungsvertrag hat es nolens volens unterschreiben müssen, und die Polizei ist überall in der Welt bereit, die Schiedssprüche mit dem Säbel auf den Rücken des Proletariats zu tätowieren. Genützt hat das alles nicht das Geringste. Noch jüngst mußte die Verfassung durch ein Ermächtigungsgesetz ersetzt werden, obschon es sich hier noch gar nicht um das Entscheidende handelt. Friede durch Recht! Wir werden diesen Advokatenfrieden nie erleben. Der Frieden ist ein urwüchsiger, ein Naturzustand, der keiner Paragraphen bedarf. Wo ein Bedürfnis nach Rechtsparagraphen entsteht, da herrscht bereits Krieg. Der Frieden, der auf ein Kruzifix genagelt ist. Das ist der Frieden durch Recht. Der Frieden, der die Zankäpfel konserviert, statt sie zu vernichten, kann das Übel nur vergrößern, wie ein Keil, womit das Sicherheitsventil verschlossen wird. Sollten die Pazifisten immer noch nicht genügend Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt haben? Ist es ihnen auch noch nicht klar, daß ein Frieden durch

Abrüstung ebenso sinnlos ist wie ein Friede durch Recht? Daß Abrüstung im Sinne moderner Kriegsführung nur zur Folge haben kann, daß die viel wildere, grausamere Rüstung, die Naturrüstung des Menschen wieder zum Vorschein kommt, so lange die Abrüstung nur eine äußere bleibt. Der Pazifist möge es ja einmal im Faustkampf mit dem „abgerüsteten“ Gorilla versuchen! Frieden durch Schiedsgerichte. Frieden durch Recht. Frieden durch Abrüstung. Es ist alles vertan, verlorene Zeit, verlorene Mühe. Also zurück auf den Ausgangspunkt! Zurück auf die Forderungen des Bürgerfriedens.

Dieser Frieden fordert die Beteiligung aller Vorrechte. Sind die Pazifisten bereit, dem Frieden dieses Opfer zu bringen? Auch dann, wenn unter Vorrecht das aus Arbeitsprodukten sich zusammensetzende „arbeitslose Einkommen“ verstanden wird? Sind sie bereit, die neuen Erkenntnisse über die Natur des arbeitslosen Einkommens zur Bekämpfung dieser Erbübel zu benutzen? Und die dahin strebenden Anstrengungen anderer zu unterstützen? Auch dann, wenn eine Revue der pazifistischen Herrscher wahrscheinlich feststellen würde, daß sehr viele unter ihnen, namentlich auch solche in prominenter Stelle persönlich an diesen zu opfernden Vorrechten interessiert sind? Denn wenn die pazifistischen Organisationen dem Zins und der Grundrente als der letzten Ursache aller Kriege den Krieg erklären würde, daß dann der Krieg unter den Pazifisten ausbrechen und bis zur Auflösung ihrer Organisationen geführt werden würde? Ja, ja, der Frieden kostet viel, sehr viel sogar und ich fürchte, daß er für viele, die bisher für den Frieden gekämpft haben, zu viel kosten wird.

erkannt ist, nur für den Menschen und seine Werke richtig? Ist der Krieg unvermeidlich und die ultima ratio des homo sapiens?

In Versailles hat man die Frage gestellt, wer für den Krieg verantwortlich sei, und sie in sehr einfacher Weise beantwortet. Man stelle den geschlagenen Feind an die Wand, und unter solcher Bedrohung bekannte sich Deutschland als den Verbrecher. Seitdem treten immer mehr Personen auf, namentlich auch in den Siegerstaaten, die die Schuldigen nicht nur in Deutschland, sondern überall, auch im eigenen Lande suchen.

So wie hier die Frage gestellt ist, wird man sie niemals befriedigend beantworten können. Den oder die Schuldigen wird man niemals derart ins Licht stellen können, daß sie, wie Mohren am Hintergrund weißer Unschuld, für jedermann sichtbar sich abheben werden. Auf dieses Schauspiel werden alle verzichten müssen, so sehr auch viele, vom Rachegeist geblähte danach schreien.

Ungleich fruchtbarer ist das Verfahren, die Personenfrage in eine Sachfrage umzustürzen, wenn wir nicht mehr fragen, *wer* ist der Schuldige, sondern *was* ist Schuld am Kriegsausbruch gewesen, was stört den Frieden, wo sind die Zankäpfel, die die Kriegsstimmung schaffen? Daß mit solcher Umstellung die uns am Herzen liegende Aufgabe erleichtert wird, soll damit keineswegs gesagt sein. Im Gegenteil. Manche werden durch diese Stellung der Frage erst erkennen, wie riesengroß das Friedenswerk ist, und daß der Frieden nicht ohne gewaltige Opfer, die sogar manchem Friedensfreunde größer als das damit bezweckte Werk erscheinen werden, gesichert werden kann. Würde es sich in der Schuldfrage wieder nur um Personen handeln, so würde der Frieden nur einige Sündenböcke fordern, Menschen, das Billigste, was der Staat zu geben hat. Will der Frieden dagegen das Opfer von Sachgütern, und wie ich zeigen werde,

sogar das Opfer der kostbarsten Güter, nämlich persönliche und nationale, uralte Vorrechte, deren Aneignung oder Schutz das Ziel aller Politik war und ist, dann wird mancher erst gewahr werden, daß der Friede kein billiger Bazarartikel ist, daß das Friedenswerk, dem er bisher ehrlich mit ganzer Seele nachzuhängen glaubte, doch noch größer ist als seine Opferfreudigkeit und für ihn die schwerste, ja blutigste und gefährlichste Operation bedeutet, so daß sogar zu erwarten ist, daß mancher Friedensfreund, der, ohne es zu ahnen, mit dem organisch verwachsen ist, was auf operativem Wege dem Frieden geopfert werden muß, an sich selber irre werden möchte. Wir werden solche Mitkämpfer nicht mit Verachtung von uns stoßen. Wir wissen, wie schwer der Entschluß ist, den Ast abzusägen, auf dem man sitzt. Wir werden uns sagen, daß bei der großen, großen Mehrheit der Menschen in solcher Lage die Säge der Hand entfällt, und unser ganzes Mitleid wird alle die umfassen, die uns aus solchen persönlichen Gründen in unserem Siegeszug nicht zu begleiten vermögen. Ähnlich wie wir als Kind auch den Jüngling bemitleideten, von dem es in der Bibel heißt: Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe was du hast, gib es den Armen und folge mir. Da der Jüngling das Wort hörte, ging er betrübt von ihm. Denn er hatte viele Güter. (Ev. Matthäi).

Daß es neben der rein sachlichen Kriegsschuld noch persönliche Schuld geben kann, wollen wir hier durchaus nicht leugnen. Aber wir handeln in Bezug auf solche Schuldigen, wenn wir die sachlichen Kriegsgründe beseitigen, nach den Grundsätzen des Vaterunsers. Wir schützen solche Personen vor jeder Versuchung. Die persönliche Schuld erweist sich erfahrungsgemäß als stetige Begleiterscheinung, fast als Funktion der sachlichen Kriegsgründe.

Daß bei Fortbestehen der sachlichen Kriegsgründe die moralischen Kräfte dem

Ansturm des Kriegsgeistes nicht widerstehen, hat die Geschichte genügend bewiesen. Einen größeren Aufwand an moralischen Kräften, wie ihn das Christentum seit 2000 Jahren aufgerufen hat, werden wir auch in aller Zukunft nicht in den Dienst des Friedens zu stellen vermögen. Wenn sachlich alles bleibt, wie es ist, so wird auch in Zukunft immer wieder irgendeiner irgendwo und irgendwann glauben, zum Schütze seines Volkes vor wirtschaftlichen Schäden, vor lebenswichtigen Bedrohungen zu den Waffen greifen zu müssen. Und es sind wahrhaftig nicht immer die Schlechtesten, die es versuchen, mit Gewalt die würgenden Stricke zu zerreißen. Hoch der Krieg, wenn er wirklich ultima ratio vitae sein kann. außerdem wollen wir hier nicht unerwähnt lassen, daß verbrecherische Menschen, eitle Narren, Dummköpfe wohl immer unter dem Einfluß der durch den Kapitalismus und Alkoholismus in Unzucht verwandelten Zuchtgesetze in genügend großer Zahl werden gezüchtet werden, daß, wenn diese Menschen noch durch sachliche Kriegsgründe Unterstützung erhalten, sie sich auch eine Majorität für Kriegserklärungen verschaffen werden. Und solcher Krieg wird dann ausbrechen, ob auch alle Staaten bis aufs Hemd abgerüstet waren und als Waffe nur mehr die würgende Faust, die Zähne des Gebisses übrig blieben. Ja, die völlige, allseitige Abrüstung wird dann sogar die Gefahr vermehren, indem die Völker, deren Industrie eine schnelle Neuschaffung von Kriegsgerät gestattet, hierin einen besonderen Reiz für Kriegsmaßnahmen erblicken werden. Ob es sich dabei um Bürger- oder Völkerkriege handelt, ist dem Friedensfreund vollkommen gleichgültig. Dem Weltgeist, dem Erdenbürger sind alle Kriege Bürgerkriege.

Gehen wir jetzt zur Frage über, wo die sachlichen Kriegsgründe zu suchen sind. Generell betrachte ich jede Verletzung des Menschenrechtes als sachlichen Kriegsgrund,

und als Menschenrecht kenne ich nur ein Recht, ein einziges, nämlich das gleiche Recht aller Menschen, restlos aller Menschen, auf die von der Natur gebotenen Schätze. Womit gesagt wird, daß der ewige Friede die Beseitigung aller Vorrechte fordert, sodaß jeder ohne Unterschied der Rasse, der Staatsangehörigkeit und Kultur den allgemeinen Konkurrenzkampf zwar nach seiner Weise, mit den von seinen Eltern ererbten physischen und geistigen Eigenschaften, aber doch mit der gleichen Unterstützung durch die Natur führen muß.

Das ist der Sinn des so oft erkenntnislos gebrauchten und für alle möglichen Zwecke mißbrauchten Wortes „Gerechtigkeit“, der objektiven, für alle Menschen, für alle Zeiten gleichen Gerechtigkeit. Wir fragen nicht mehr, ob dieser oder jener Richterspruch gerecht war oder nicht. Wir fragen nur, ob in jedem Falle das Recht des einzelnen Menschen oder auch ganzer Völker auf die Schätze der Natur verkümmert und gebeugt worden sei oder nicht. Ist das nicht der Fall gewesen, so ist alles in Ordnung, und der Richter kann dann seinen Spruch fällen. Etwas anderes läßt sich unter dem Worte Gerechtigkeit nicht vorstellen. Jeder, der mehr in dem Worte „Gerechtigkeit“ sucht, verliert sich im Labyrinth der Mystik. Diese Gerechtigkeit, das gleiche Recht aller auf die Erde und ihre Schätze, gilt es heute zu verwirklichen. Wenn wir diese von aller Phraseologie befreite Gerechtigkeit auf ihren Thron erheben und jede, auch die geringste ihr angetane Vergewaltigung mit göttlichem Zorne sühnen, dann werden alle, auch die dunkelsten und schwierigsten sozialen und weltpolitischen und nationalen Probleme sich in helles Licht auflösen, so daß dann der Bürger- und Völkerfriede sich ohne Kongresse und ohne Verträge ganz von selber einstellen muß.

Der auf Grund genannter objektiver Gerechtigkeit geführte natürliche Wettstreit

der Individuen und Völker bringt das Leben des einzelnen Menschen, der Völker und der Menschheit wieder in Übereinstimmung mit dem Sinn der Naturgesetze. Diese verlangen für die Auslese, für die Fort- und Hochzucht eine auf Grund gerechten Wettstreites geführte, ununterbrochene Auslese, die auch für die Anpassung des Menschengeschlechtes an die sich ständig verändernde Natur der Erde, unseres Trag- und Nährkörpers im Weltraum, von derart entscheidender Bedeutung ist, daß wir jede Verletzung dieser Gerechtigkeit als ein an der gesamten Menschheit verübtes Kapitalverbrechen mit allen Mitteln ahnden müssen, auch mit den Mitteln des Krieges, wenn alle anderen Mittel versagen sollten. Es gibt noch größere Übel als den Krieg. Und die Massengräber der Natur zeigen uns, wie unerbittlich die Natur alle Verletzungen ihrer Gesetze bestraft. Der Krieg bricht aus, man mordet, sengt und brennt. Er wirft uns die mühsam erklommenen Stufen der Kultur wieder hinab. Doch er nimmt irgendwie ein Ende. Jede Fälschung jedoch der natürlichen Auslese durch parteiische Verteilung der natürlichen Ausrüstung, also jede Verletzung der objektiven Gerechtigkeit, wirkt so lange wie diese Verletzung nicht beseitigt wird, Jahrhunderte und Jahrtausende lang, ohne Unterbrechung und schafft langsam zwar, aber um so sicherer einen Menschenschlag, der den geschaffenen Vorrechten, aber nicht mehr der Natur angepaßt ist und der darum in äußerster Gefahr schwebt auszusterben und unterzugehen, wie schon so viele Menschen aus diesem Grunde untergegangen sind. Wir brauchen nur unsere europäischen Industrievölker in ihrer physischen Verfassung zu betrachten, um uns zu überzeugen, daß eine durch Ungerechtigkeiten gefälschte Auslese schlimmere Folgen für das Menschengeschlecht hat, als ein ewiger Krieg. Die uns durch die ungerechte Verteilung der Naturschätze, durch Verletzung der objektiven Gerechtigkeit

gebrachte soziale Dyskrasie zerstört vielleicht nicht so schnell, wie es der Krieg tut, die Werke des Menschen, dafür aber um so gründlicher, denn sie zerstört das Kunstwerk aller Kunstwerke, sie zerstört den Menschen. Das weiß auch der Mensch. Instinktiv empfindet er das. Denn nichts vermag stärkere Kräfte in ihm zu erwecken als der Glaube, daß es irgendwo parteiisch zugeht. Dieser allgemeine Abscheu gegen die Parteilichkeit ist auch wieder der Grund, warum es den Kriegstreibern immer so verhältnismäßig leicht wird, in ihrem Volke die Kriegsstimmung zu schaffen, sobald es ihnen, oft nur durch Lug und Trug, gelingt, den Glauben zu erwecken, daß die „Gerechtigkeit“ verletzt wurde. Dieser Glaube fördert sicherlich den Krieg mehr als die Hoffnung der Massen auf Kriegsplunder, und bewirkt, daß so viele Menschen so schwer eine entschiedene Stellung gegen den Krieg nehmen können. Der Instinkt der Auslese fordert, daß keine Ungerechtigkeit ungeahndet bleiben darf.

Selbstverständlich liegt es mir fern, den Krieg zu verherrlichen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es noch größere Übel gibt als Krieg. Millionen gingen in den Schlachten zugrunde. Millionen mal Millionen gehen unter den kläglichsten, schmerzlichen Umständen jahraus, jahrein an der sozialen Dyskrasie zugrunde, und uns ergreift ganz gewiß der Anblick eines Massengrabes junger Soldaten nicht heftiger als der stille, mit billigen eisernen Grabzeichen übersäte Friedhof der an der Schwindsucht gestorbenen, vom Kapitalismus vorzeitig gefällten Proletarier.

Wenn wir den Frieden fest und unerschütterlich begründen wollen, so muß diese eine Forderung erfüllt werden, die ich als die eiserne Forderung des Friedens bezeichnen möchte: Alle Vorrechte, restlos alle Vorrechte, die auf den Erfolg des allgemeinen Wettstreites unter den Menschen irgend einen

Einfluß ausüben und damit den Erfolg der natürlichen Auslese fälschen, die Zucht des Menschengeschlechtes verkehren – die müssen fallen.

Aufbau und Abbau des Staates

Nicht die einzelnen Menschen sind es, die Krieg führen, sondern ihre Organisationen, die Staaten. Wer hat diese Staaten gegründet, welcher Geist diktierte ihre Gesetze, was ist der Grund, daß diese Staaten sich nicht in Frieden nebeneinander entwickeln können? Wir werden sehen, daß bei der Gründung und Ausgestaltung dieser Staaten die Sicherung irgend eines Vorrechtes den Antrieb gab, Vorrechte müssen aber verteidigt werden, weil sie ewig den Angriffen der durch sie entrechteten ausgesetzt sind. Nirgendwo findet das Wort *Stimers*: „Was der Mensch an sich reißen und verteidigen kann, das ist sein Eigentum“ passendere Anwendung als gegenüber den Vorrechten. In der Natur der Vorrechte aber ist es begründet, daß ihre Nutznießer sich nicht allein, wenigstens nicht mit roher Gewalt verteidigen können, denn ihnen stehen immer die Waffen der Entrechteten gegenüber. Die rohe Gewalt ist auf Seiten der Entrechteten; sie ist das Recht der Waffen. Das einzige Recht der Entrechteten. Diese rohe Gewalt gilt es zu brechen, soll der Bevorrechtete in Ruhe sich seiner Vorrechte erfreuen können. Das kann aber nur, wie man heute zu sagen pflegt, ja hintenherum geschehen. Der rohen Gewalt der Waffen muß die höhere Gewalt des Geistes entgegengestemmt werden. Der Geist in allen seinen Formen wird dem Vorrecht, der Korruption, dem Raub dienstbar gemacht. Die Religion, die Wissenschaften, die Kunst, die Philosophie. Und die richtige Organisation dieser Kräfte nennt der Burgherr die hohe Staatskunst. Und so grübelt der Burgherr, im Lehnstuhl ausgestreckt, während die Knechte schweißtreibend das Tagwerk verrichten, und kein Gedanke ist je dem Teufel durch den Sinn gezogen, den die Burgherren nicht schon tausendmal in Erwägung gezogen hätten zur Befestigung ihrer Macht. Und die Erfahrungen der Jahrtausende, aller Länder beweisen, daß die Gedanken der Burgherren sich immer in der gleichen Richtung bewegen. Der erste Schritt ist die Bestellung eines Priesters, dem der Auftrag erteilt wird, aus den Knechten möglichst geduldige Schafe zu machen. Der Burgherr schreibt dem Priester die Taktik vor. Der Aber- und Wunderglaube der Massen, natürliche Begleiter der Unwissenheit, leisten dem Burgherrn treffliche Vorspanndienste. Der Priester ist Beamter der Burg. Um seine Autorität den Knechten gegenüber zu mehren, erweist ihm der Burgherr öffentliche Ehren. Es muß doch etwas an den Lehren des Priesters sein, daß sogar der Burgherr sich vor

dem Priester demütigt, so urteilt das Volk. Nach dem Grundsatz: „Was ein Häkchen werden soll, krümme man bei Zeiten“, sucht der Burgherr die Kinder möglichst frühzeitig dem Einfluß der Eltern zu entziehen. Er baut eine Schule und führt den Schulzwang ein. Dem Lehrer schreibt er vor, was gelehrt und was unterdrückt, verschwiegen werden soll. Auch der Lehrer wird zum Beamten der Burg degradiert. Damit sich keine Verräter einschleichen, läßt der Burgherr den Lehrer auf einem wieder von ihm beaufsichtigten Seminar heranbilden, wo alle gefährlichen Elemente immer entdeckt und rechtzeitig ausgelesen werden. Sein Grundsatz ist: möglichst starke und möglichst dumme Knechte heranzubilden. Das ist sein Schulprogramm. Wie vom Pferd und Stier verlangt er von den Knechten nur Arbeitskraft, und Staatsschule und Staatskirche sollen das verdrängen, was die Eltern der Kinder sonst aus eigenem Antrieb zum Unterricht der Kinder schaffen würden. Schulen der Empörung wären sonst entstanden. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Damit aber wirklich jede Gefahr beseitigt werde, läßt der Burgherr sich alljährlich die der Schule entwachsenen Kinder vorführen. Und dann heißt es: dieser da, mit dem klugen Gesichtsausdruck, der ist zu schade für die Arbeit auf dem Acker. Den wollen wir Gott weihen. Er wird auf Kosten des Burgherrn und zur großen Freude der Eltern ins Priesterseminar, ins Zölibat, ins tote Meer geschickt. Da ist er nicht mehr gefährlich. Der andere aber, der mit den hellen Augen, der so unehrerbietig drein schaut, der könnte sich vielleicht einmal zum Auführer entwickeln. Das darf nicht sein. Das Volk der Entrechteten darf keine Führer haben, es muß ewig in der Akephalie erhalten werden. Den Tüchtigen muß der Aufstieg aus ihren Kreisen heraus in unsere Kreise gesichert werden, damit nur ja kein Licht in die dunklen Massen dringen kann. Den jungen Burschen will ich darum zum Kaufmann heranzubilden lassen und ihn dann in die Kolonie schicken, sagt der Burgherr. So bin ihn los. Von dem Rest ist nichts zu befürchten. Der bleibt auf dem Lande. Mit diesen Elementen werde ich schon fertig werden. Sie sind stark und dumm, und starke und dumme Väter werden gesetzmäßig starke und dumme Kinder zeugen. Und sollte solche Auslese noch nicht ganz zum Ziele führen, so hilft mir der Alkohol. Mit Schnaps werde ich die Bestie bändigen.

Wenn die Herren so oft vom Bürger mit dem beschränkten Untertanenverstand sprachen, so hatte das seine Berechtigung. Sie hatten diesen Menschentyp ja in tausendjähriger Auslese selbst herangezüchtet, wie man die Milchkühe und die weißen Schafe heranzüchtet.

In der weiteren Entwicklung dieses Staatenmoryos sehen wir, wie die Burgherren zur Mehrung ihrer Macht sich zu einem Bund organisieren und wie sie dabei immer auf den Gedanken der Zentralisation kommen. Denn die Massen mehren sich, während die Herren ihre Zahl nur langsam vergrößern. Das bereits im alten Rom erkannte biologische Prole-Gesetz setzt sich durch. Das Mißverhältnis

wächst und erfordert immer weitere Stärkung der Staatsgewalt. Nur durch Schlagfertigkeit kann die Übermacht der Minderheit erhalten werden. Am schlagfertigsten aber ist die monarchische Staatsform. Je mehr sich die Herren durch die Massen bedroht sehen, umso größere Machtvollkommenheiten werden sie ihren Monarchen geben. Der König erhält absolute Gewalt, selbstverständlich in der Annahme, daß er sie zu Gunsten der Herren verwenden wird. Nur in sehr seltenen Ausnahmen haben sie sich in dieser Annahme verrechnet.

Doch mit der Zeit beginnen auch die Knechte sich zu organisieren, und ihre Macht wird fühlbar. Das muß durch weitere Stärkung der Staatsgewalt ausgeglichen werden. Die Herren, im Lehnstuhl ausgestreckt, überlegen, daß sie durch Einführung von Staatsbetrieben die Zahl der von ihnen unmittelbar abhängigen mehren können. So wird die Post, der Eisenbahndienst verstaatlicht. Wirtschaftliche Gründe mögen vielleicht auch für solche Verstaatlichung sprechen. Aber den eigentlichen Anstoß zur Verstaatlichung gab die Überlegung, daß mit ihr die Staatsgewalt ganz außerordentliche Stärkung erfahren würde. Stärkung der Staatsgewalt, das ist der Zentralgedanke aller Herrscher. Namentlich auch bei allen Eingriffen des Staates in das Wirtschaftsleben. Wie viel Gewalt verschafft dem Staate nicht die Zollpolitik? Wie viele Bürger bringt er durch Drohungen und Verlockungen mittels der Zölle in seine Abhängigkeit?

Aber dank der Fruchtbarkeit der Proletarierinnen wächst die Macht der Bedrückten, der Entrechteten auch über diese künstliche Erweiterung der herrschenden Schicht hinaus. Es muß etwas Entscheidendes geschehen. Man erinnert sich des Satzes: Divide et impera. Und Skrupel kennt der Herr nicht, der das religiöse Gefühl, den Wissensdrang des Volkes durch Staatsschule und Staatskirche schnöden Zwecken dienstbar macht. Er hat sich alles, was gelehrt und betitelt ist, dienstbar gemacht, und unter diesen betitelten, auf allen Gebieten wohlbeschlagenen Gelehrten befinden sich immer genügend Iskariote, die gegen Geld und Staatswürden die Aufgabe übernehmen, das Proletariat im entscheidenden Augenblick nach tausend Richtungen zu sprengen. Religion, Philosophie, Weltanschauungen werden als Sprengkörper benutzt. Die Presse, nötigenfalls mit Hilfe der Zensur, wird diesen Zielen dienstbar gemacht. Und bald bekämpfen sich die Proletarier untereinander mit allen Mitteln. Doch nicht ewig. Der Ruf: Proletarier aller Länder seid einig, braucht nicht von außen in die Reihen der Proletarier getragen zu werden. Es geht im Proletariat zu wie bei einem Magneten. Die einigende Kraft der gemeinsamen Not kommt von innen heraus. Sie finden sich bald wieder. Und wieder wächst die Sorge der Bevorrechteten. Die letzten Reserven müssen jetzt für die Beherrschung der Massen herangezogen werden. Für diesen Zweck sind immer alle Mittel heilig gewesen. Auch die korruptesten und perversesten. Um die Massen zu sprengen, wird mit Hilfe der Presse und des Nachrichtenmono-

pols der nationalistische Haß gezüchtet. Dem Nachbarvolk wird Böses nachgesagt. Niemals erfährt man etwas von den sympathischen Zügen im Leben der Nachbarn. Man dichtet ihnen Eroberungspläne an. Um neue Reibungsflächen zu schaffen, werden Grenzzölle erhoben. Die nationalen Grenzen werden möglichst scharf betont. Man spricht vom nationalen Wirtschaftsgebiet. Ein nach allen Richtungen hin geradezu toller Begriff. Von jenseits der Grenze wird der Angriff mit Abwehrzöllen beantwortet. Zollkrieg. Die Kaufleute und Unternehmer haben kein Interesse mehr an der Erhaltung des Friedens. Die beste Vorbereitung für den Kriegsgeist. Es kostet jetzt nicht mehr viel, um vor dem Volk eine Kriegserklärung zu rechtfertigen. Und der Krieg wird dann mit seinen Greueln die Massen von ihrem Internationalismus kurieren. Dann können die Bevorrechteten wieder für eine ganze Weile Ruhe haben. So rechnen sie. Freilich, der Krieg mag ein ungünstiges Ende nehmen. Doch das wäre gegenüber einer siegreichen sozialen Revolution immer noch das kleinere Übel. Eine Niederlage im Kriege kostet viel, immerhin nicht das Ganze, während eine Niederlage in der sozialen Revolution das Ganze und das Leben kostet. Wie man das erst kürzlich in Rußland gesehen hat.

Ich bringe diese kurze Skizze der Staatsgründung und des Staatszweckes nicht darum, weil ich mir einbilde, irgend jemandem etwas Neues gesagt zu haben. Jeder, der sich etwas näher mit der Frage der Staatsgründung und des Staatszweckes befaßt und die Geschichte der Staaten studiert hat, kommt zwangsläufig zu ähnlichen Ergebnissen. Bedeutung gewinnt diese Darlegung aber in Verbindung mit der Friedensfrage. Denn leider nur wenigen Friedensfreunden ist es bisher vollkommen klar geworden, daß der Weg zum Frieden nicht über den Staat, auch nicht über eine zwischenstaatliche Organisation führen kann. Immer wieder taucht der Gedanke des Staatenbundes, Völkerbundes, Vertragsfriedens, einer Überbrückung der staatlichen Gegensätze auf. Indes die Staaten sind es ja, die Krieg führen und die ihrer ganzen Struktur nach nicht Frieden halten können. Sie sind auf Gewalt aufgebaut, ihr Selbsterhaltungstrieb zwingt uns ewig Krieg zu führen, nach innen sowohl wie nach außen. Mit den zum Schutze der Vorrechte gegründeten Staaten wird es ebensowenig möglich sein, Frieden zu halten, wie Raubtiere in ihrem Jagdgebiet untereinander Frieden halten können. Die Staaten, so wie sie heute fundiert sind, werden niemals das Gewicht einer dem Frieden dienenden überstaatlichen Organisation tragen können. Es hieße den Frieden auf Flugsand, nein, auf Pulverfässern bauen. Wenn es zu einer zwischenstaatlichen Organisation des Friedens kommen soll, so müßten die Staaten vorher von alledem entlastet werden, was ihnen aus reinen Machtbedürfnissen überall aufgebürdet wurde. Dann dürfte nicht mehr viel vom Staate übrig bleiben, und dann dürfte auch eine besondere Organisation des Friedens sich erübrigen. Der Friede würde dann eben von selber stehen.

Solange solcher Abbau des Staates, des Gewaltstaates nicht erfolgt ist, erscheint der Gedanke einer zwischenstaatlichen Organisation des Friedens fast utopisch. Er erinnert zu sehr an eine gebrochene Ehe, die von Staatsbeamten auf dem Polizeibüro zusammengekleistert werden soll. Wer soll denn in dem von Klassenkämpfen verhetzten, verblödeten, von Rache und Raubsucht geblähten Volke den Tragkörper des Friedensgedankens bilden, wer soll die große Presse schaffen, die dem Friedenswerk den Weg ins Herz des Volkes ebnet, wer die Schulen gründet, wo sollen die Massen von Lehrkräften herkommen, die den menschlichen, herzlichen Ton anschlagen, wenn der Wüstenwind verhetzender sozialer Einrichtungen die Keime des Friedens immer wieder verdorren läßt? Daß man diesen Ton bereits in einigen Kreisen gefunden hat, ist sehr erfreulich. Aber dieser Ton ist bei den Massen der Völker noch nirgendwo in die Tiefe gedrungen. Wie das Christentum ist er überall an der Oberfläche hängen geblieben, ähnlich dem Tautropfen auf einer mit Öl bestrichenen Fläche. Seit 2000 Jahren predigt man das Christentum in allen Sprachen, mit rührender Geduld und Opferfreudigkeit. Wo ist der Erfolg? Soll nun etwa der Weltfriede auch noch ebensolange gepredigt werden, mit dem Ergebnis, daß das Friedenswort nicht den Stahlpanzer zu durchschlagen vermag, mit dem die Vorrechte und die daraus entstandenen wirtschaftlichen Widerstände das Herz der Menschheit umgeben haben?

Ich meine, der Friedensworte sind in den verflossenen Jahrtausenden genug gefallen. Taten müssen jetzt an ihre Stelle treten, die dem Friedenssamen den steinigen Boden roden und brechen, damit er endlich aufgehen und die tausendfältigen Früchte tragen kann, die wir alle von jeher von ihm erwarten.

Den Gedanken einer auf Moral und Ethik sich aufbauenden, aus einer Friedenspredigt hervorgehenden Friedensorganisation müssen wir als hoffnungslos fallen lassen. Wir ackern hier auf Ödland, wir schwimmen gegen den Strom, bauen auf „Chiffons de papier“. Nicht eine Friedensorganisation sollen wir erstreben, sondern einen organischen Frieden. Den Frieden sollen wir nicht als Papierlilie vorstellen, die wir einem dünnen Zweig aufsetzen, sondern als lebendige Blume, mit der der lebendige Stock aus innerem Drange und Vermögen sich selber schmückt, und die sich ewig und ewig neu verjüngt. Weder Staat noch Verträge sollen uns den Frieden bringen, und noch weniger sollen sie für den Frieden haften. Wir wollen das uralte Symbol des Friedens, den Friedensengel, nicht in eine Uniform stecken. Die Staaten können uns nur den Krieg bringen. Vor einiger Zeit meldeten die Zeitungen, daß in einer am Jahrestag der Kriegserklärungen veranstalteten Kundgebung der französischen Pazifisten unter dem Vorsitz von *Painlevé* eine Tagesordnung angenommen wurde, in der es heißt: *„Angesichts der Hartnäckigkeit der mit einander rivalisierenden Imperialisten setzen die Verbände (eine Reihe pazifistischer und demokratischer Vereinigungen und der allgemeine Gewerkschaftsbund) ihre Hoffnung auf*

eine internationale Organisation mit Einschluß sämtlicher Völker, die nicht von den Regierungen, sondern von den Völkern ausginge, welche die Geheimverträge und den Militarismus abschaffte und durch positive Strafmaßnahmen jede widerspenstige Nation bändigte. Über den Kopf der Regierungen hinweg wenden sich die Verbände an die ganze Kraft der Demokratie und der Arbeit in den Völkern.“

Diese Pazifisten und Demokraten haben also richtig erkannt, daß der Staat kein Friedensvermittler sein kann, ziehen aber wieder den Schluß, daß der Frieden zwar über den Staat hinweg, dennoch aber noch irgendwie organisiert werden müsse. Man appelliert an die ganze Kraft der Demokratie und der Arbeit.

So erfreulich die Erkenntnis, so hoffnungslos ist wieder der aus ihr gezogene Schluß. Was ist Demokratie und was ist Arbeit? Und wer sind schließlich die hartnäckigen, miteinander rivalisierenden Imperialisten? Imperialist, sogar Panimperialist ist jeder Pazifist. Er will ja die Welt für den Frieden erobern. Vor allen anderen aber ist jeder Unternehmer, der wichtigste Arbeiter Imperialist. Sie alle brauchen die Welt für den Bezug ihrer Rohstoffe wie auch für den Absatz ihrer Erzeugnisse. Jeder Dichter, jeder Künstler, jeder Wandervogel ist Imperialist. In diesem Sinne ist jeder anständige Mensch Imperialist. Und weil wir so alle Imperialisten sind, darum können die reinen Gewaltimperialisten zu solcher Macht gelangen und so viele Dichter, Künstler und Unternehmer vor ihren Wagen spannen. Wenn die Unternehmer nicht von der starken Marine, vom großen Heer eine Erweiterung ihres Wirtschaftsgebietes, ein wirtschaftliches Panimperium erhofften, wenn die Welt ein großes Freihandelsgebiet wäre, was vermöchten dann noch die wenigen Imperialisten, die den Imperialismus nur des Imperialismus wegen betreiben? Der Imperialismus, das Streben des Menschen nach dem Besitze der ganzen Erdkugel, ja des Weltalls ist ein ganz normales und gesundes Streben. Es soll nicht bekämpft und unterdrückt werden. Im Gegenteil, es soll befriedigt werden. Und die Frage, mit der wir uns zu beschäftigen haben, ist nicht, wie wir den Imperialismus bekämpfen, sondern im Gegenteil, wie wir ihn durch Sättigung zum Einschlafen bringen können. Das Streben nach Weltherrschaft ist nichts weiter als ein mit falschen Mitteln geführter Kampf gegen die künstliche Einschnürung des Wirtschaftsgebietes durch die wirtschaftlichen Maßnahmen der einzelnen Staaten. Er entsteht und vergeht zusammen mit diesen Maßnahmen. Durch einfachen Appell an die Kraft der Demokratie und der Arbeit wird man niemals das Geringste gegen den Imperialismus ausrichten, solange die Kraft der Demokratie sich nicht gegen die Kräfte wendet, die zur Gründung und zum Ausbau der Staaten als Wirtschaftsgebiete geführt haben. Und wie will man neben dem auf Herrschaft und Gewalt errichteten Klassenstaat, neben dem Militarismus, neben der ganzen nationalistischen Wahnlehre eine Organisation schaffen, die dem Staat die zu seiner Verteidigung nach innen nötigen Waffen rauben will? Hat nicht sogar die Entente dem

Deutschen Reiche zu diesem Zwecke ein Heer von 100 000 Mann zugebilligt? Und neben der Abschaffung des Militarismus fordern die Pazifisten hier wieder eine Organisation, die Strafexpeditionen gegen Widerspenstige ausrüsten soll. Gehört hier wirklich nicht viel Optimismus dazu, um hoffen zu können, daß wir auf diesem Wege zum Ziele gelangen?

Der Kampf für den Frieden ist ein Kampf wider die Staaten, wider den Staat schlechthin. Wir dürfen nicht am Staate vorbeigehen und auch nicht über ihn hinweg uns organisieren wollen. Es würde so nicht gelingen. Wir müssen den Staat abbauen, ihm die Giftzähne ausbrechen. Auf leisen Sohlen kommt dann der Frieden, und über Nacht ist er da. Die Frage, wie der Staat abgebaut werden kann, ist einfach zu beantworten, wenn wir einmal erkannt haben, wo die Triebkräfte zu suchen sind, die zum Aufbau des Staates geführt haben. Diese Kräfte haben wir in dem natürlichen Schwächegefühl der Bevorrechteten erkannt, die den Staat als Machtinstrument gegen die beherrschten, auffälligen, dabei an Zahl immer überlegenen, im Besitze der rohen Gewalt befindlichen Massen brauchten. Den Staat bauen wir somit ab, indem wir die Vorrechte abbauen. Dann sackt der Staat dahin; er stirbt an allgemeiner Interesselosigkeit. Niemand wird sich dann noch um mein persönliches Seelenheil kümmern, niemand wird meine Kinder nach seinem System noch unterrichten wollen, niemand wird mich gegen die Nachbarn aufhetzen, niemand mir nationalistischen Haß einflößen, niemand wird den Staatsgöttern Gut und Blut, Mann und Söhne opfern wollen.

Die Frage, wie wir uns einen abgebauten Staat vorzustellen haben, ist eine Frage für sich. Daß ein Abbau möglich ist, unterliegt keinem Zweifel. Ich werde demnächst nur noch zeigen, worin die Vorrechte bestehen, von deren Abschaffung ich für das Friedenswerk so vieles, ja alles erwarte, um dann zu zeigen, wie diese Vorrechte beseitigt werden können.

Die Vorrechte

Mittel- oder unmittelbar haben alle Vorrechte den Zweck, irgend jemand bei der Verteilung der Arbeitsprodukte zu bevorzugen, meistens sogar so, daß die Bevorrechteten, ohne das Geringste zu der Erzeugung beigetragen zu haben, dennoch Ansprüche erheben und zwar nicht zu knapp. Diese Vorrechte bei der Verteilung des Arbeitsproduktes werden mit Bodenrente und Kapitalzins bezeichnet.

Kapitalzins und Bodenrente nehmen in Deutschland rund 50% der Arbeitserzeugnisse für sich in Anspruch. Volkswirtschaftlich bedeutet das, daß nur die Hälfte des ganzen Volkes zu arbeiten braucht, daß die eine Hälfte den Unterhalt des ganzen Volkes schaffen muß. Anschaulicher wird das Bild noch, wenn wir uns sagen, daß bei dem herkömmlichen Zinsfuß von 5% das ganze Deutsche Reich, mit allem, was seit jeher darauf gebaut wurde, mit allen Städten, Dörfern, Eisenbahnen, Fabriken, Schiffen, Warenlagern, Gedichten und Kunstwerken von den Arbeitern für die Kapitalisten alle 20 Jahre neu geschaffen werden muß, ohne daß diese Arbeiter das geringste Anrecht auf das so Geschaffene erheben können. Die schrecklichste Sisyphusarbeit, die je ein Teufel erfunden hat. Es ist dasselbe, wie wenn bei den Pionieren im Urwald der in mühseligster Arbeit ausgerodete Wald alle 20 Jahre wieder in der ursprünglichen Gestalt nachgewachsen wäre und nun wieder ausgerodet werden müßte, die Fabel der siebenköpfigen Schlange auf den Wald übertragen.

Dieser ungeheure Tribut ist aber nicht einmal das Schlimmste an der Sache. Übler als der Tribut selbst sind die Mittel, die angewendet werden müssen, um den Tribut zu sichern und einzutreiben. Übler, wenn möglich, ist noch der Einfluß, den solcher Tribut und seine Erhebung auf den Geist der Menschheit in psychologischer, sozialer, kultureller, religiöser, kurz in jeder Hinsicht ausübt. Am allerübelsten wirkt schließlich diese Tributwirtschaft auf den Träger des Geistes, auf die physische Beschaffenheit des ganzen Volkes, der Entrechteten sowohl wie der Bevorrechteten. Die gewaltigen Entartungserscheinungen der Neuzeit, die sich uns in der Unzahl von Krüppeln aller Art zeigen, sind unmittelbare Folgen dieser Tributwirtschaft.

Von den politischen Mitteln zur Sicherung des Tributes habe ich vorhin das Wesentliche erwähnt. Den ganzen Staat, so wie er da steht, mit all seinen Uniformen, Ketten, Gefängnissen, Waffen, Richtern und Galgen kann man getrost als einen Apparat zur Sicherung und Eintreibung des dem eigenen Volke auferlegten Tributes betrachten und so bezeichnen. In diesem Zusammenhang möchte ich hier nur noch erwähnen, daß die auffallende verbrecherische Duldung, ja Förderung,

die der Alkoholismus im Staate erfährt, in den Monarchien wie in den Republiken ebenfalls als Mittel zur Eintreibung und Sicherung des Tributes zu betrachten ist. Die Klasse der Bevorrechteten erblickt im Alkohol einen Verbündeten, ein Mittel, um auch den letzten Rest des Sinnes für Freiheit und Empörung im Volke auszurotten. So schrecklich die Anklage ist, es ist einfach so: wer nicht davor zurückschreckt, das religiöse Gefühl und den Wissensdrang des Volkes durch Staatsschule und Staatskirche zur Aufrechterhaltung einer Gewaltherrschaft zu mißbrauchen, der scheut sich auch nicht, den Proletarier mit Alkohol zu bändigen. Haben Schule und Kirche nicht den gewünschten Erfolg in der allgemeinen Volksverdummung, verstummt die Stimme der Empörung nicht ganz, erheben sich immer noch Männer, die ihr Volk aus der Sklaverei befreien wollen, so heißt es: Gebt doch der Bestie Schnaps zu saufen!

Neben den politischen Mitteln, die zur Eintreibung und Sicherung des Tributes angewendet werden und die das Wesen des Staates ausmachen, stehen aber noch andere, privatwirtschaftliche, die in Bezug auf aufwieglerische Wirkung den politischen in nichts nachstehen.

Sklaverei, Leibeigenschaft, Knute waren die Mittel, die der Grundrentner ehemals für die Sicherung der Grundrente benutzte. Als man in den Zöllen, im freien Proletarier einen vollgültigen Ersatz für den Leibeigenen entdeckt zu haben glaubte, ließ man zu Gunsten des Bürgerfriedens jene rohen Formen der Ausbeutung fahren. Denn hoch ist der Doppelgewinn zu schätzen: barmherzig sein und sich zugleich ergötzen. Denn Zollpolitik enthält „in nuce“ Leibeigenschaft, Sklaverei, Beschränkung der Freizügigkeit und noch viel mehr. Das wußte man auch und man fürchtete, daß die Proletarier auch einmal dahinter kommen könnten. Darum erfand man den Trugnamen „Schutzzölle“. Man behauptete, die Landwirtschaft bedürfe eines Schutzes durch die Zölle. In Wirklichkeit war es aber die Grundrente, der dem Proletariat aufgebürdete Tribut, der geschützt werden sollte. Daß die Grundrentner in Verlegenheit waren, soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Zum Teil waren diese Verlegenheiten ein Ergebnis der Ausbeutungspolitik der Zinsrentner, der Kollegen der Grundrentner gewesen. Zur besseren Sicherung der Zinsen hatten die Zinsrentner die Beseitigung der Doppelwährung betrieben und mit Hilfe einer gehörigen Dosis Lug und Trug gegen den Einspruch der Grundrentner die Einführung der Goldwährung durchgesetzt, die einen gewaltigen Sturz der Preise, vornehmlich der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach sich zog. Ein Kampf von Raubtieren um eine gemeinsame Beute. Zum Teil auch war die Not der Grundrentner darauf zurückzuführen, daß infolge der Einführung der Dampfschiffahrt, der landwirtschaftlichen Maschinen, wegen der Erschließung fruchtbaren Siedlungslandes in den Verein. Staaten die Ketten des Proletariats sich zu lockern begannen und der Landarbeiter mit den höheren Löhnen, die er unter Hin-

weis auf die Auswanderungsmöglichkeit durchzusetzen vermochte, auch den Kopf hob. Das durfte nicht sein. Mit allen Mitteln mußte das verhindert werden. Und das Mittel aller Mittel ist der Zoll: namentlich, wenn, wie erwartet, das Ausland dann mit Gegenzöllen reagiert. Nun dürfte es manchem als ein unmögliches Kunststück erscheinen, die Zustimmung der Volksmassen zu einer künstlichen Verteuerung ihres täglichen Brotes im Parlament zu erwirken. Aber das Unglaubliche gelang. Mit der Parole „do ut des“, ich bewillige dir Industriezölle, wenn du auf die Agrarzölle eingehst, gewann man die Industrie, und mit Hilfe von Verdrehungen und Vertuschungen, an denen sich auch die Wissenschaftler redlich beteiligten, gewann man die Massen. Alle in jahrelangen Auseinandersetzungen geklärten und Gemeingut gewordenen wirtschaftlichen Erkenntnisse wurden wieder in Frage gestellt. Aus jener Zeit stammt der Spruch, daß auch die Lehrsätze *Euklids* wieder in Frage gestellt würden, wenn die Belänge des Kapitals solches verlangen. Man bedenke, was das für die Gesinnung eines Volkes bedeuten muß, wie hier um der Vorrechte willen der Geist eines ganzen Volkes verdorben wird. Ein Volk, das Schutzzolldebatten über sich ergehen ließ, ist von Grund auf verdorben. Ein solches Volk läßt sich überallhin führen, auch in den Krieg. Der Zoll an sich, die Zollgrenze ist gewiß ein gewaltiges Hindernis für den Frieden, aber ein größeres Hindernis noch scheinen mir die geistigen Vorbereitungen, die Schwindeleien zu sein, die das Volk für den Zoll gefügig machen sollen. Ähnlich wie auch der im Kriege geführte Lügenfeldzug am Ende mehr schadet als das Morden und Brennen. Der Frieden, der Weltfrieden wird, wenn er kommt, eine Schöpfung der Wahrheitsliebe, rückhaltsloser Wahrheitsliebe sein. Wo jeder gewohnt ist, geradeaus die Wahrheit zu sagen, da wird ein Krieg unmöglich. Solcher Wahrheitsbekundung stehen aber die Vorrechte, Zins und Grundrente im Wege. In der Scheindemokratie, wie wir sie überall haben, muß vor allem der Schein gewahrt werden. Und ich kann mir vorstellen, daß zur Zeit der Sklaverei, der Raubritter, wo die Ausbeuter sich hinter ihren Burgen und Waffen völlig sicher fühlten, die Wahrheitsliebe besser gepflegt wurde als in der Demokratie, der unechten Volksherrschaft.

Der Friedenswille muß, wenn er sein Ziel erreichen soll, in erster Linie den Kampf wider die Lüge aufnehmen, gegen die Unwahrhaftigkeit, die nie so verbreitet war wie heute. Die Erweckung des Abscheues vor dem Kriege ist ja auch ein Mittel, die Liebe zum Frieden zu erwecken, aber es ist ein grobes Mittel für grobe Naturen. Ähnlich wie das Bild des Gekreuzigten auch ein grobes Mittel zur Verbreitung des Christentums ist. Unendlich viel wirksamer ist es in jedermann den Abscheu vor der Unwahrhaftigkeit zu erwecken, die Liebe zur rückhaltlosen Wahrheit. Hierzu aber gehört mehr als moralische Ermahnung. Man muß es jedem vor allem erst ermöglichen, die Wahrheit zu sagen. An der Wahrheitsliebe darf im Verlauf des Lebens niemand zu Grunde gehen. Vorrechte können aber nur durch Lug

und Trug geschützt werden. Und wer im Genuß von Vorrechten aufgewachsen ist und seine Lebenshaltung von Anfang an drauf eingestellt hat, der wird auch niemals seine Meinung rückhaltlos sagen können. Und es wäre auch töricht, wenn wir ihm daraus einen Vorwurf machen würden, wenn wir solches Verhalten als unmoralisch bezeichnen. Er wird sagen, daß vom egozentrischen Standpunkt aus betrachtet alles, was uns wohl tut, moralisch ist und, was uns schadet, unmoralisch ist. Und da die Wahrheitsbekundung ihm schadet, ja ihm das Leben kostet, so ist die Wahrheit in diesem Falle unmoralisch, die Lüge aber höchste Moral, höchste Tugend. Und niemand hat das Recht, solche Philosophie, so paradox sie auch klingt, zu kritisieren, denn alle würden in gleicher Lage gleich urteilen. Nehmen wir dem Manne seine Vorrechte und wir werden sehen, daß er von da an genau so urteilen wird wie alle anderen. Nicht der Mann ist Lügner, das Vorrecht ist die Lüge.

Was dem Grundrentner nicht möglich, ist auch dem Zinsrentner versagt. Auch er vermag nicht offen vor das Proletariat zu treten und zu sagen, wie die Dinge liegen. Auch er muß Winkelzüge machen und die Presse, die Wissenschaft, das Geld, die Bestechung zu seinem Schutze heranziehen. Meistens betreibt er die Politik des Tintenfisches. Er verbreitet um sich her Wolken von Sophismen und verbirgt sich in ihnen, so daß die Proletarier ihn mit dem schwer arbeitenden Unternehmer verwechseln und dann auf diesen ihren ganzen Haß konzentrieren.

Aber die Lage des Zinsrentners ist gegenüber der des Grundrentners doch ungleich einfacher und sicherer. Dem Grundrentner schadet alles, was dem Fortschritt dient, wenigstens sieht es auf den ersten Blick immer so aus. So muß er meistens die höchst undankbare Rolle eines Gegners allen Fortschrittes spielen, will er seine Vorrechte nicht einbüßen. So war vor einiger Zeit in der *Frankfurter Ztg.* zu lesen: Die Ursache des wirtschaftlichen Niederganges des arabischen Großgrundbesitzes und des gleichzeitigen Aufstieges seiner Lohnarbeiter, der Fellachen, ist in der geordneten englischen Verwaltung zu suchen. Die Ordnung schadet also dem Grundbesitzer und nützt dem Proletariat. Solches ist beim Zinsrentner nicht der Fall. Auch die größte Ordnung, die erstaunlichsten Fortschritte in der Technik können dem Zinsrentner nichts antun. Darum ist der Zinsrentner auch zumeist ein Mann des Fortschrittes und als solcher in der Regel viel weniger unsympathisch als der Grundrentner. Er braucht die Sklaverei, die Leibeigenschaft, die Zollpolitik nicht. Er ist und denkt liberal innerhalb der Grenzen seines Reiches, und die sind weit. In der Form des für Neugründungen allein in Betracht kommenden Geldkapitals ist sogar die ganze Welt seine Domäne. Er ist darum für Freizügigkeit, für Freihandel, für freie Wirtschaft. Brauchte er den Staat nicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung, seiner Ordnung, so wäre er auch Akkrat. Seine Macht gründet fest und ausschließlich auf den Vorrechten, auf der Übermacht des mit dem Golde verbundenen Geldes. So lange das Geldwesen diese Fessel trägt, kann der

Zinsrentner ruhig schlafen und alles laufen lassen, wie es will. Vorausgesetzt natürlich, daß die zu Anfang erwähnten politischen Sicherheiten nicht gelockert werden. Dann geht alles automatisch. Weitere Eingriffe sind dann überflüssig. „Laissez faire, laissez passer“, so lange der Staat an der Goldwährung festhält. Der Automat arbeitet dann so: Das herkömmliche Geld, Metall- oder Papiergeld ist ein Zinsgeld, d. h. es wird nur gegen Zins angeboten. Wer den regelrechten Zins von etwa 5% im Jahre nicht bezahlen kann, der erhält kein Geld, weder für den Handel noch für die Industrie. Weil aber unser Geld solches Zinsgeld ist, muß nun alles andere Kapital, in erster Linie jede Neugründung auch mindestens diesen Zins abwerfen, denn nur unter dieser Voraussetzung wird sich selbstverständlich der Unternehmer bereit finden, Geld den Banken zu entnehmen und den Zins zu zahlen, um es in seinem Unternehmen zu verwenden. So wird durch den Umstand, daß das Geld Zins erheben kann, der Wirtschaft eine Grenze gezogen, die niemals überschritten werden kann, die Rentabilitätsgrenze. Kein Unternehmen, das nicht solide oder wenigstens solid scheinende Garantien dafür bot, daß es sich innerhalb der Rentabilitätsgrenze befand, ist jemals gegründet worden. Mochte es sonst noch so nützlich erscheinen, mochte die Arbeitslosigkeit noch so groß sein. Fünf Prozent, das ist von jeher die unser Geld begleitende Forderung gewesen, die an jedes Unternehmen gestellt wurde. Ungeboren blieb und bleibt alles, was dieser Forderung nicht genügt.

Um die volle Bedeutung dieser Sache, namentlich auch die Bedeutung, die sie für den Frieden hat, zu erfassen, müssen wir das Spiel der Kräfte verfolgen, das durch solche Rentabilitätsgrenze ausgelöst wird. Es geht so zu:

Der Proletarier hat den natürlichen Wunsch, sich aus seinen traurigen Verhältnissen herauszuarbeiten. Er arbeitet fleißig. Er spart. Die Ersparnisse bringt er zur Bank. Die Bank zahlt ihm den Zins und gibt das Geld weiter an den Unternehmer, der der Bank den dem Sparer gezahlten Zins mit Aufschlag zurückerstattet. Mit dem Geld wird nun irgend etwas unternommen, sagen wir eine Mietskaserne. Die Mietskaserne wird, so hofft der Unternehmer, ihm den der Bank zu zahlenden Zins wieder einbringen. Aber nun steht der Zins der Mietskasernen unter dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Mit dem vergrößerten Angebot von Mietskasernen sinken die Mietserträge. Dann kann der Unternehmer den von der Bank geforderten Zins nicht mehr zahlen. Will der Unternehmer nun weiter bauen, so müßte die Bank ihm das Geld dazu zu einem den gesunkenen Mietserträgen angepaßten niedrigeren Zinsfuß liefern. Das tut aber die Bank nicht. Sie weiß, aus tausendjähriger Erfahrung weiß sie es, daß sie für ihr Geld immer 4 oder 5% erzielen wird. Sie braucht nur etwas zu warten. Bald entstehen in der Wirtschaft durch das Zurückhalten des Geldes bei der Bank derartige Hemmungen und Schwierigkeiten, daß bald genug sich irgend jemand bei der Bank einstellt, den die Verlegenheiten zwingen, die Zinsbedingungen der Bank anzunehmen. Der Unternehmer steht nun vor

folgender Sachlage: Das Haus, das er bauen will, wird ihm voraussichtlich nur 4% abwerfen, während die Bank von ihm 5% verlangt. Was soll er tun? Aus seiner Tasche wird er den Unterschied nicht bezahlen wollen. Kein Mensch tut das. Es bleibt ihm also nichts anderes übrig, als mit dem geplanten Neubau so lange zu warten, bis daß wegen Mangel an Neubauten der Mietzins wieder auf die Höhe des Bankzinses gestiegen ist. Das mag unter Umständen Jahre dauern. Er entläßt also die Arbeiter und schickt die Geschäftsreisenden, die ihm das Baumaterial zu liefern pflegten, nach Hause.

So muß nun der arbeitslos gewordene Arbeiter von seinen Ersparnissen leben. Sie schwinden dahin. Aus ist es wieder mit dem Traum der Befreiung aus dem entwürdigten Stand des Proletariers. Er mag das Experiment noch einmal oder zweimal wiederholen. Dann, als alternder Mann, sieht er ein, daß es eine Sisyphosterei ist. Dann gibt er die Hoffnung auf. Und von nun an ist er als Desperado für jede revolutionäre Tat zu haben, auch die tollste. Der Mann, dem die bestehende Ordnung die Hoffnung raubt, der ist selbstverständlich für die gewaltsame Zertrümmerung dieser Ordnung. Hat der Mann etwas Temperament, so wird er mit Bomben operieren und endet dann auf dem Schafott. Sein Weib, seine Kinder, seine Kameraden, sein ganzer Stand, seine Partei, alle sind empört. Das Blut kocht vor Rachedurst. Fragt man die Leute, was denn an die Stelle der jetzigen Ordnung gesetzt werden soll, so antworten sie: die Beseitigung des Privateigentums, an den Produktionsmitteln, der Kommunismus. Weist man sie auf die bösen Erfahrungen, die man von jeher mit dem Kommunismus gemacht hat, so antworten sie, daß diese Erfahrungen nicht böser seien, als die, die der Arbeitslose heute durchzukosten hat. Etwas Schlimmeres als Arbeitslosigkeit könne es nicht geben, mehr als verhungern könnte man auch nicht im kommunistischen Staat. Und im übrigen sei es nicht Aufgabe des Proletariats, eine neue Wirtschaftsordnung auszuklügeln. Das sei Sache derjenigen, die die nötige Zeit dazu haben, also derjenigen, die im Lehnstuhl ausgestreckt darüber sinnen, wie sie den jetzigen Zustand verewigen können. Diese könnten schon die Ordnung bessern, wenn sie wollten. Aber sie wollten eben nicht. Um sie dazu zu zwingen, werfen wir die Bomben.

Wenden wir uns an die Unternehmer und fragen sie, wie sie sich eine andere, bessere Wirtschaftsordnung vorstellen, so geben sie die durchaus ehrliche Antwort, sie wüßten keine bessere als die herkömmliche zu nennen. Es gäbe nur diese eine oder die von den Arbeitern selbst bereits aufgegebene kommunistische Ordnung. Darum müsse man mit allen Mitteln, auch den schärfsten, alle Störer dieser einzig möglichen Ordnung unschädlich machen. Was darüber hinaus noch getan werden könne, gehöre zum Ressort des Wohlfahrtsministers.

Mit diesem Programm der Kapitalisten und mit den durch die Erfahrungen vertretenen Hoffnungen der Kommunisten ist das Proletariat zur Verzweigung ge-

trieben worden, und die Verzweiflung ist der Boden, wo Verzweiflungstaten ausgebrütet werden. Ohne Hoffnung kann kein Mensch leben. Die Hoffnung überzieht auch noch das Tal der Tränen, die Wüste mit einem rosigen Schimmer, sie mildert den Schmerz, verwandelt ihn gar in Freude. Wer die Hoffnung verloren, geht hin und erhängt sich, und wenn er ein Mann der Tat ist, wenn er die menschliche Ordnung für sein Schicksal verantwortlich macht, so sucht er im Tode von dieser Ordnung in sein Grab zu reißen, so viel er kann.

Mir war bei dieser Darstellung darum zu tun zu zeigen, daß es sich bei den Vorrechten unserer Gesellschaftsordnung nicht so sehr um den Reinertrag der Ausbeutung handelt, als um die Mittel, die angewendet werden müssen, um die Beute zu erlegen und unter Dach zu bringen. Es geht hier zu wie beim Dieb, der eine Zigarrenkiste gestohlen hat und, um die Spur zu verwischen, die Zigarrenfabrik anzündet. Auch der Raubmörder tötet nur zum Rauben.

Gerade der Friedensfreund hat allen Grund, die Nebenumstände der Ausbeutungswirtschaft unter die Lupe zu nehmen. Hier wird er die Brutstätte finden, wo die Giftgase erzeugt werden, die alle edlen Züge des Menschengenies zu vernichten drohen, wo der Krieg seine Wurzeln hat. Ich mußte mich hier natürlich darauf beschränken, den Sachverhalt zu skizzieren. Wer tiefer eindringt, wird immer den Verdacht bestätigt finden, daß so gut wie alles das, was die Sozialisten von jeher der bürgerlichen Ordnung vorzuwerfen pflegen, auf die gesetzlichen wie privatwirtschaftlichen Maßnahmen zurückzuführen ist, die für die Sicherung der Ausbeutung getroffen werden.

Unser Boden- und Geldrecht schafft den Klassenstaat, der den Friedensgeist am eigenen Herd, in der Gemeinde, im eigenen Volk nicht aufkommen läßt, dagegen den Geist der Gewalt und der Unterdrückung zeugt, der sich dann selbsttätig auf alle internationalen Beziehungen überträgt.

Dasselbe Geld- und Bodenrecht führt erfahrungsgemäß unabwendbar und gesetzmäßig zur Preisgabe des Freihandels, zur Errichtung der Zollgrenzen, die zu unendlichen staatlichen Reibungen führen und den Staatsgrenzen das Trennende verleihen, die Interessengegensätze schaffen und betonen und den Lebensbedürfnissen der Menschheit widersprechen.

Wollen wir Frieden schaffen, gründliche Arbeit leisten, so müssen wir den bisher eingeschlagenen Weg für eine Weile verlassen und alle unsere Kräfte darauf vereinigen, daß wir durch eine durchgreifende Reform des aus dem grauen Altertum auf uns überkommenen Geld- und Bodenrechtes zunächst die ehernen Forderungen des Friedens, die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Friedens schaffen. Auf diesen so gerodeten Boden ausgestreut, wird dann der Samen, den die Friedensfreunde seit Jahrtausenden gestreut haben, endlich aufgehen und dann die köstlichen Früchte tragen, die wir so sehnlich davon erwarten.

Durch den Bürgerfrieden zum Völkerfrieden

15 Thesen

1. Es trägt niemand persönlich die Schuld am Krieg.
2. Es sind die Staaten als Organisationen, die Krieg führen.
3. Die Staaten wurden ausgebaut als Machtinstrumente zur Befestigung einer bevorrechteten Klasse.
4. Diese Staaten streben als Organisationen, ähnlich den Organismen der Natur, zwangsläufig nach immer größerer Ausdehnung, namentlich seitdem sich die Staaten durch die Wirkungen der Goldwährung dazu getrieben glaubten, die Industrie und Landwirtschaft vor dem Rückgang der Preise durch immer höher geschraubte sogen. Schutzzölle schützen zu müssen.
5. Diese Schutzzölle schufen den Gedanken des geschlossenen Wirtschaftsgebietes.
6. Das durch die eigenen und fremden Zollgrenzen künstlich geschlossene nationale Wirtschaftsgebiet ist für die Bedürfnisse des menschlichen Weltgeistes immer zu klein, es kann aber nur auf Kosten anderer Wirtschaftsgebiete erweitert werden.
7. Das zollgeschützte nationale Wirtschaftsgebiet zeugt die Imperialisten, die nach nichts anderem streben als der Weltkugel als dem natürlichen Tummelplatz der normalen Menschen, demselben Tummelplatz, der mit der Beseitigung der Zollgrenzen, mit dem allgemeinem Freihandel, allen Menschen ohne weiteres, ohne Kampf und Gewalt zufällt.
8. Der Geist der Gewalt, der sich in der Zollpolitik und in der Betätigung des imperialistischen Strebens kundtut, ist ein Nebenerzeugnis des in allen Ländern bestehenden Gewaltzustandes, des sozialen Unfriedens, des in allen Ländern von Alters her tobenden Bürgerkrieges. Derselbe Geist, der das Leben im heutigen Klassenstaat beherrscht und vergiftet, färbt auf alle internationalen Beziehungen ab und liefert, wenn nicht den Grund, so doch den Anlaß zu den Kriegsausbrüchen.
9. Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens. Die selbstbewußte Friedenspolitik packt das Weltfriedensproblem darum beim Bürgerfrieden an und nicht umgekehrt. Der Weltfrieden ohne den Bürgerfrieden ist eine Utopie. Der Weltfrieden dagegen als Folgeerscheinung des Bürgerfriedens eine Selbstverständlichkeit.

10. Sobald wir die Bedingungen des allgemeinen Bürgerfriedens erfüllt haben und die andern Länder unserem Beispiel folgen, ist auch der Weltfrieden Tatsache, ohne daß wir uns noch um ihn weiter zu bemühen haben werden.

11. Der Bürgerfriede verlangt die restlose Beseitigung aller Vorrechte.

12. Diese Vorrechte sind im Worte arbeitsloses Einkommen ausgedrückt und begrenzt.

Das arbeitslose Einkommen besteht aus Grundrenten und Kapitalzinsen.

13. Das Einkommen aus Grundrenten ist ein unausbleibliche Folgeerscheinung des Privatbesitzes am Boden und wird durch die mit Freiland bezeichnete Reform beseitigt.

14. Das Einkommen aus Kapitalzinsen ist eine mit dem herkömmlichen Gelde auftretende Folgeerscheinung der als Bedingung gestellten Rentabilität des Tausches und der Produktion. Mit dem Freigeld fällt beim Tausch wie bei der Produktion (die übrigens auch nur Tausch ist) die Bedingung der Rentabilität weg.

15. Mit Freiland- Freigeld ist der Weg zur ausbeutungslosen Wirtschaft freigegeben, womit die Voraussetzungen für den Bürger- und Völkerfrieden geschaffen sind.

Das Problem der Grundrente

Einleitende Gedanken zu
einer wissenschaftlichen
Abklärung



Herausgegeben vom
Schweizer Freiwirtschaftsbund
Bern 1925

Zur Einführung.

Die vorliegende Broschüre soll den Mitgliedern des Schweizer Freiwirtschaftsbundes eine erste Orientierung geben über die Diskussion, die im Bundesvorstand zur wissenschaftlichen Abklärung des Grundrentenproblems und zur Erfassung des Einflusses sinkenden Geldzinses auf die Grundrente, geführt worden ist. (Beschuß der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 1925.)

Die Vorwegnahme von angeblichen Resultaten dieser Diskussion durch Unberufene hat bekanntlich zu scharfen Angriffen gegen den Bundesvorstand geführt. Tatsächlich liegt aber heute weder ein positives Resultat derselben vor, noch kann sie als abgeschlossen betrachtet werden. Einzig und allein aus taktischen Gründen ist in dem für die politischen Aktionen aufgestellten Programm und folgerichtig auch in der Propaganda für die Nationalratswahlen 1925 das Freilandproblem in den Hintergrund gestellt worden. Die Frage nach dem taktischen Vorgehen wird sich auch nach Abschluß der Diskussion immer wieder neu stellen, das Resultat derselben mag nun sein, wie es will. Mit der Herausgabe der vorliegenden Broschüre weist der Vorstand des Schweizer Freiwirtschaftsbundes den Vorwurf des Verrates an der freiwirtschaftlichen Sache mit aller Entschiedenheit zurück.

Das Diskussionsmaterial ist nun derart angeordnet, daß den von *Fürsprecher Roth* aufgehellten Thesen jeweilen eine Kritik von *Prof. Bernoulli* und alsdann eine Replik des Verfassers der Thesen folgt, während eine Äußerung von *Silvio Gesell* den Abschluß bildet. Die in der Replik gegebene Begründung der Thesen macht nicht den Anspruch auf eine endgültig abschließende Darstellung der Gedanken, die zur Abfassung der Thesen führten, und es behält sich ihr Verfasser eine Erweiterung derselben vor. Eine solche wird wiederum auch zu neuen Gegenargumentationen führen.

Der Bundesvorstand richtet nun nicht nur an die Mitglieder des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, sondern auch an weitere Kreise der freiwirtschaftlichen Bewegung im In- und Ausland die Einladung zur Teilnahme an der weiteren Diskussion und zur Mithilfe bei der Abklärung der Grundrentenfrage. Die Beiträge sind an den Unterzeichneten zu richten und es behält sich der Bundesvorstand die Verarbeitung des Materials und seine Veröffentlichung in den freiwirtschaftlichen Organen oder in der Form weiterer Broschüren vor.

Bestellungen auf die vorliegende Broschüre werden vom Unterzeichneten und vom Pestalozzi-Fellenberg-Haus entgegengenommen.

Bern, im November 1925. Engeriedweg 17.

Als Beauftragter des Vorstandes des Schweizer Freiwirtschaftsbundes:

H. Hindermann, Architekt.

Das Problem der Grundrente.

These 1. *Es ist genau zu unterscheiden zwischen Bodenpreis und Bodenrente. Der Bodenpreis entspricht dem Kapitalwerte des Bodens und die Bodenrente dem Kapitaleinkommen des Bodens.*

Kritik: Die Definition des Begriffs Grundrente ist unrichtig. Die Bodenrente ist die Abgabe, die der Bodenbesitzer kraft seines Besitzrechtes vom Bodenbenützer für die Benützung des Bodens erheben kann. In der kapitalistischen Wirtschaft pflegt man jede Rente, jede Jahresleistung darzustellen als ein Kapitaleinkommen. Das Umgekehrte ist richtig, der Bodenpreis entspricht nicht dem „Kapitalwert“ des Bodens, sondern bedeutet nur eine kapitalisierte Rente. Die Rente ist das primäre, der Bodenpreis ist das abgeleitete.

Replik: Diese Antwort widerspricht an und für sich der These nicht, dagegen ist es allerdings wichtig, sich darüber klar zu werden, ob zwischen der gewöhnlichen Kapitalrente und der Bodenrente ein wesentlicher Unterschied besteht. Ein solcher Unterschied wird in der verstehenden Kritik Bernoullis offenbar postuliert, weil sonst nicht einzusehen wäre, warum die Bodenrente als primäre und der Bodenkapitalwert als sekundäre Erscheinung hingestellt wird.

Historisch betrachtet, ist die Bodenrente tatsächlich scheinbar primär und zwar deswegen, weil es bis in die liberalistisch geordnete Neuzeit gar kein Privateigentum in kapitalistischem Sinne an Grund und Boden gegeben hat. Der Grund und Boden war sukzessiv im Feudalstaat zu einem Monopol in der Hand der die sog. Grundherrschaft ausübenden Stände geworden und es verteilte sich das Monopolrecht seinem Inhalte nach innerhalb dieser Kreise in verschiedenen Graden und Stufen. Die obern, die eigentlichen feudalen Kreise, verfügten über die sog. Hoheits- und Obereigentumsrechte und die untern über das Nutzungs- oder Untereigentumsrecht. Gegenstand des freien Verkehrs war nie das umfassende Eigentum an Grund und Boden, sondern immer nur die auf einer bestimmten Lehensstufe in einer einzelnen Hand befindlichen partiellen Kompetenzen und Lebensrechte. In den obern Regionen wurden die Hoheitsrechte veräußert, geraubt oder erobert, und in den untern die Nutzungsrechte. Auf jeder Lebensstufe wurden Leitungen nach oben entrichtet und Leistungen von unten bezogen. Was so für die Benutzung des Landes alles bezahlt wurde, setzt sich nach unsern heutigen Begriffen zusammen aus direkten und indirekten Steuern, Militärpflichtersatz, Konfessionsgebühren, Wasserrechtsabgaben, Bau-, Miet- und Pachtzinsen. Vieles davon waren Beiträge an die öffentlichen Lasten, anderes waren Gegenleistungen für die künstlich geschaffenen gewerblichen Monopolrechte (Wasser-, Handels- und Gewerkekonzessionen) und anderes auch eine Bodenrente im kapitalistischen Sinne. Namentlich nach unten, in der Region der dem Grund und Boden als solchem viel näher stehenden Nutzungsrechte wurde meistens ausschließlich mit periodisch wiederkehrenden,

sich gleichbleibenden Abgaben gerechnet, und daher stand die Rentengestalt als Erscheinung volkswirtschaftlich im Vordergrund. Soweit mag man die Bodenrente historisch als primäre Erscheinung gelten lassen, ohne daß aber diesem Umstande für heute noch irgendwelche besondere Bedeutung beigemessen werden müßte.

Die liberalistische Periode sog alle diese auf verschiedene Stufen verzettelten Grundherrschafts-, Grund- und Nutzungsrechte, soweit sie (juristisch gesprochen), dinglichen Charakter hatten, nach und nach in das moderne, nach römisch-rechtlichen Grundsätzen gestaltete, umfassende Privateigentumsrecht zusammen, und befreite das Land gleichzeitig aus den Händen der bevorrechteten Stände, indem es den Erwerb und Besitz von Grund und Boden vollständig freigab und auch alle andern Grundlasten (den „ewigen Zins“ (Bernoulli)) für kündbar erklärte. Damit stand der Kapitalisierung des Landes nichts mehr im Wege und es fragt sich, ob sich nun tatsächlich der Boden und damit auch seine Rente vom übrigen Kapitale und der übrigen Kapitalrente heute noch irgendwie anders als der äußern Gestalt nach unterscheiden läßt.

Bernoulli scheint, übereinstimmend mit Gesell und den andern Bodenreformern, etwas Derartiges offenbar im Gedanken an die natürlichen Kräfte und Schätze des Bodens anzunehmen, die sich ihrer Unersetzlichkeit wegen und auch im Hinblick auf die Begrenztheit der Erdoberfläche sicher immer „ausbeuten“ lassen. Diese Auffassung übersieht aber zwei Dinge: 1. Die Tatsache, daß statisch betrachtet, nicht nur die Erdoberfläche, sondern alle Materie einschließlich der Menschen und Tiere, und auch alle Kraft, wiederum einschließlich der Menschen und Tiere, begrenzt ist. Diese Einheitlichkeit in der Begrenztheit der Materie sowohl, wie auch aller wirtschaftlich in Betracht fallenden Kräfte, stellt die Frage nach dem Wesen der Grundrente auf einen ganz andern, neuen Boden. Es mag lange eingewendet werden, Menschen und Tiere ließen sich beliebig erzeugen, der Getreideanbau könne beliebig vermehrt werden, für schöne Apfelbäume sei beliebig viel Platz zu finden usw. usw., nur die Erdoberfläche lasse sich nicht beliebig vergrößern. Vom absoluten Standpunkte aus ist alle Materie gleichermaßen begrenzt, und vom relativen Standpunkt aus gleichermaßen unbegrenzt. Entweder ist die Erdoberfläche begrenzt, und dann ist auch begrenzt was darauf und darin liegt, wächst und lebt, oder nichts ist begrenzt. An diesem Satze ist nicht zu rütteln und in diesem Sinne steht und fällt in ihrer Begrenzung auch die Vermehrung des Menschengeschlechtes mit der „Begrenztheit“ oder „Unbegrenztheit“ der Erdoberfläche. Die Malthus'sche Lehre, welche ähnlich wie die Gesell'sche Bodenreformlehre mit einer Begrenztheit der Erdoberfläche und einer Unbegrenztheit der Vermehrung des Menschengeschlechtes rechnete, wird wegen ihrer inneren Widersprüche schon lange nicht mehr aufrecht erhalten. Es geht aber nicht an, der absolut gegebenen und relativ nicht gegebenen Begrenztheit der Materie nur in Bezug auf die Erdoberfläche bei der wirtschaftlichen Betrachtung Rechnung zu tragen und dem Grund und Boden als Wirtschaftsgut eine besondere Stelle einzuräumen. Gesell leistet alle nötigen Beweise für die relative Unbegrenztheit des Bodens selbst: Freiland gibt es nach Gesell noch so viel man nur irgendwie wünschen möchte. Die russischen Städte sind heute noch zum Teil einstöckig gebaut, in amerikanischen Großstädten werden die Häuser bis 30 Stöcke hoch über und bis 10 Stöcke unter der Erdoberfläche errichtet. In der Freiland-Kolonie Eden bei Oranienburg genügte noch bis vor kurzem für die Ernährung einer ganzen Kolonie von hunderten von Menschen eine kleine Reihe von Gärten, während in den Ländern mit extensiver Land-

wirtschaft Ländereien in der Größe eines kleinen Schweizerkantons der Ernährung einer einzigen Farmersfamilie reserviert bleiben. Wer will angesichts solcher Beispiele von praktisch-wirtschaftlichem Standpunkte aus noch von einer Begrenztheit des Grund und Bodens sprechen? Ebenso gut könnte man sich darüber verwundern, daß das Meer von den Fischen infolge deren ständigen Vermehrung nicht schon längst trocken gelegt worden ist. 2. Die Tatsache, daß die Ausbeutung der Bodenkkräfte, der Bodenschätze und des Bodenplatzes an und für sich mit der hier einzig interessierenden Ausbeutung der Mitmenschen noch gar nichts zu tun hat. Keineswegs genügt zum Nachweise der besonderen Stellung der Bodenrente der Hinweis auf die Ausbeutungsmöglichkeiten, welche der Boden an und für sich bietet. Gleiche Ausbeutungsmöglichkeiten bieten auch die menschliche Arbeitskraft, der menschliche Geist, die Tierwelt, die Pflanzenwelt, die Luft, das Wasser, das Licht, die Sonnenwärme, alle künstlichen Produktionsmittel, überhaupt alle Materie. Der Erdoberfläche, so wie sie sich parzellieren und aufteilen läßt, etwa deswegen einen wirtschaftlichen Vorrang einräumen zu sollen, weil alles „übrige“ inkl. Menschen doch letzten Endes an den Grund und Boden gebunden sei, hat wirtschaftlich keinen Sinn, weil gerade dann auch die Erdoberfläche als Wirtschaftsgut wieder im ganz gleichen Maße abhängig ist von der übrigen belebten und unbelebten Materie. Die Lehre Gesells erklärt die Grundrente durch die Bevölkerungsdichte und macht damit geradezu die Existenz der Menschen zur eigentlichen Ursache der Bodenrente, während die Existenz der Menschen doch lediglich selbstverständliche Voraussetzung sein kann, so daß die Tatsache erst noch und anderswo gesucht werden muß.

In diesem Sinne wird die Bestreitung der gesonderten Stellung der Grundrente der allgemeinen Kapitalrente gegenüber aufrecht erhalten. Die neue positive Erklärung der Grundrente ergibt sich dann in anderem Zusammenhange.

Gesell. Der Bodenpreis ist das Produkt eines Handelsvertrages. Er ist bei Leibe nicht etwa als „Eigenschaft“ des Bodens zu betrachten. Nun heißt es, daß der Bodenpreis dem Kapitalwert „entspricht“. Was bedeutet hier das Wort „entsprechen“? Ist „Kapitalwert“ gleichbedeutend mit Bodenpreis? Dann ist es sonderbar, daß man hier einen vieldeutigen, schwammigen, von Betrügern gebrauchten Ausdruck an die Stelle eines wunderbar klaren, nicht zu vermasselnden eindeutigen Ausdrucks, eben der Bodenpreis, zu stellen sucht. Was kann damit gewonnen werden? Frage man doch in den Kreisen der theoretisch vorgehenden Menschen, was wohl unter Kapitalwert gemeint sein kann. Als Antwort wird der eine uns die Wertlehre, der andere die Kapitallehre an den Kopf werfen. Ist Kapitalwert nicht synonym mit Bodenpreis, so wäre zu erklären, worin der Unterschied bestehen mag. Dabei ist folgendes im Auge zu behalten: der Bodenpreis ist das Produkt eines *Handelsvertrages*, der beherrscht wird durch die täglich wechselnde Konjunktur (Angebot und Nachfrage). Es ist somit zu erklären, wie eine Größe, der „Kapitalwert“, die einer anderen überaus veränderlichen Größe, eben dem Bodenpreis, gleichgesetzt wird (ihr entspricht), dieser in ihrem Zickzack so folgt, daß sie ihr stets parallel läuft? Der Mond folgt der Erde in ihrer Bahn um die Sonne. Wir wissen, daß beide Körper in Bezug auf die sie bewegenden Kräfte völlig gleich sind. Hier liegt kein Problem vor. Wenn es aber heißen würde, daß die Erde der Schwerkraft gehorcht, der Mond dagegen von der Sphärenmusik angetrieben wird, so müßte eine Erklärung gegeben werden, warum die beiden Körper dennoch zusammenhalten.

Diese Frage, die die These 1 aufwirft, wird auch durch den Inhalt der weiteren Thesen nicht beantwortet. Es bleibt also jedem frei, sich unter dem Sprachzeichen „Kapitalwert“ irgend etwas vorzustellen. Eine solche Ausdrucksweise erscheint umso merkwürdiger als gleich im ersten Satz der Leser aufgefordert wird, „genau zu unterscheiden“. Man soll zwischen *Bodenpreis* und *Bodenrente* genau unterscheiden. Diese Ermahnung hätte der Verfasser dem zweiten Satz beifügen mögen. Dort wäre er am Platz gewesen. Wenn der Verfasser diese Ermahnung hier selber befolgt hätte, dann wären die Thesen vielleicht im Tintenfaß geblieben. Sehen Sie da diesen Blitz? Unterscheiden Sie ihn nun genau von dem Donner, der bald folgen wird. Haben Sie den Unterschied wahrgenommen? Ist er nicht kolossal? Ebenso kolossal ist der Unterschied zwischen Bodenpreis und Bodenrente. Wissen Sie nun auch Warum? Weil Bodenrente die Ursache und Bodenpreis die Wirkung ist.

In der Kritik der These wird diese als eine Definition der Grundrente angesprochen. Unter „Kapitalwert“ muß man sich also doch etwas völlig Klares und Eindeutiges vorstellen lassen, wenigstens bei etwas gutem Willen. Ich will also versuchen, ob es auch mir gelingen kann, diesem Worte einen vernünftigen Sinn zu geben.

„Kapitalwert“, also der Wert des Kapitals. Es ist nicht das Kapital, sondern sein Wert. Dieser Wert ist etwas anderes als das Kapital, (Wie Roßböbelis auch etwas anderes sind als das Roß.) Der Kapitalwert ist nur eine der Eigenschaften oder Abfallprodukte des Kapitals, daneben existieren noch andere, sonst würde man ja einfach sagen „das Kapital“, wenn damit alle Eigenschaften des Kapitals aufgezeichnet wären, wie das z. B. beim Wort Preis der Fall ist. Worin besteht denn nun der „Wert“ des Kapitals? Ist er etwa der Preis, den man für das Kapitalstück bezahlt hat? Dann würde die These sagen: der Bodenpreis entspricht dem Bodenpreis. Also falsch geraten. Unter Kapitalwert wird man vielleicht die Summe bezeichnen, die man im Laufe der Zeit für den Boden beim Ankauf abgegeben hat. In der Regel ist diese Summe durch die Ankaufssumme mehr oder weniger genau bezeichnet. Diese Ankaufssumme ist aber auch weiter nichts als der früher bezahlte Preis. Dann entspricht nicht mehr der Bodenpreis dem Kapitalwert, sondern der Kapitalwert ist nichts anderes als der Bodenpreis. Was könnte denn noch das Wort „Kapitalwert“ bedeuten? Man könnte annehmen, daß es sich um die gehäuften Summen handelt, die vom Eigentümer und von der Gemeinde für die Verbesserung des Bodens und der Verkehrsmittel ausgegeben wurden, also um die Produktionskosten des Bodens. Hm! In 6 Tagen schuf Gott Himmel und Erde, so heißt es, und in dieser Beziehung hat noch niemand Gott Konkurrenz zu machen versucht. Billiger ist der Boden nicht zu machen. Doch nein, so ist die Sache nicht gemeint. Der Boden selbst ist in dieser Aufrechnung mit Null angesetzt. Das Roden des Bodens, die Aufschließung durch die Verkehrsmittel, die Straßen, die Verteidigung des Bodens gegen die äußeren Feinde, die Marine- und Kolonialpolitik usw., kurz, die Summe der Meliorationen der Grundbesitzer plus der Summe der Staats- und Gemeindeausgaben, das sind die Produktionskosten des Bodens. Ohne den Kultusminister, ohne die Schlacht bei Trafalgar, ohne Napoleon, Hindenburg, Attila, ohne die französische Revolution, ohne Luther und die andern Störenfriede, ohne die Spitzbuben und Nachtwächter, ohne die Kommunisten wären die Produktionskosten geringer gewesen und damit wäre auch der „Kapitalwert“ des Bodens geringer, man würde für viel weniger Geld den Boden kaufen. Die Kosten des Weltkrieges als Staatsausgaben werden in Deutschland den Kapitalwert nicht drücken,

sondern heben. In Frankreich wird es umgekehrt sein, weil Deutschland die Kriegskosten zahlen soll, also geringere Produktionskosten, Bodenproduktionskosten. Das kann aber unmöglich sein. Also schließen wir Ludendorf und Attila aus von Bestandteilen des Kapitalwertes des Bodens, und fragen auch nicht weiter, wer die Kosten für Heer und Marine bezahlt. Aber dann wäre das Budget des Kultusministers. Soll das auch ausgeschlossen werden von den Kosten, den Produktionskosten des Bodens? Die vom Kultusminister feilgehaltene christlich-kommunistische Moral senkt nicht den Bodenpreis (wie man als Christ annehmen sollte), sondern hebt ihn, denn die Kosten dieser Moralpredigten gehören als Staatsausgaben ja zu den Produktionskosten des Bodens. Oder müssen auch diese Staatsausgaben von den Produktionskosten des Bodens ausgeschlossen werden? Aber zu den Kosten des Kultusministeriums kommen noch die Ausgaben für die Dorfschulen, für den patriotischen Geschichtsunterricht, für das Einmaleins und für die auf 50 – 60 Schüler verteilte Arbeitskraft des Lehrers. Gut, lassen wir diesen ersten Aktivposten der Staatsleistungen gelten. Ziehen wir noch etwas dazu für die Festgelage der Diplomaten, für die Äxte der Scharfrichter, dann haben wir bereits die Grenze der Aktiven der Staatsleistungen überschritten. Alles, was sonst noch vom Staate geleistet wird, muß zu den Passiven gerechnet werden, die den „Kapitalwert“ des Bodens drücken statt heben. Vergleichen wir nun die so erhaltene Summe, mit der Summe, die man nach den heutigen Bodenpreisen für den gesamten Boden, ländlicher und städtischer Grundbesitz, erhalten würde. Hier eine kaum nennenswerte Summe, dort Milliarden. Also auch diese Deutung des Wortes „Kapitalwert“ ist falsch. Wo aber nun weiter suchen? Ich gestehe, ich finde keinen Boden für dieses Wort. Ich muß darum auf die Schrift Gottlis verweisen:

„Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“. Wer diese Schrift studiert, legt alle Schriften, die mit dem Wertgedanken operieren oder zu operieren vermeinen, einfach ad acta.

In der Kritik der These wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bodenrente das Primäre, der Bodenpreis das Abgeleitete ist. In der Replik wird dieser Antwort ein historischer Sinn gegeben, und eine lange historische Betrachtungen daran geknüpft. Daß mit den Worten „primär“ u. „sekundär“ nur Ursache und Wirkung gedacht sein konnte, liegt auf der Hand, und wie man zwischen Blitz und Donner keine historische Bedeutung einzuschieben pflegt, so auch in diesem Fall.

Auf dem Wege der historischen Betrachtung kommt Roth zu der Frage, ob zwischen dem Bodenkapital und den sonstigen Kapitalgegenständen irgend ein Unterschied wahrzunehmen sei. Er verneint diese Frage. Viele Gegner der Freilandforderung verneinen dies auch. Aber *Roth* ist Vorsitzender des S.F.B. Wie kann man Vorsitzender einer Organisation bleiben, die sich auf Grund einer glatten Bejahung der von Roth aufgeworfenen Frage gebildet hat? [Gesell ist hier im Irrtum. Fürsprech Roth hat schon im Frühjahr 1924 sein Amt als Vorsitzender niedergelegt, aus Gründen, die der Diskussion über Freiland, die erst im Frühjahr 1925 aufgerollt wurde, fernliegen.] Damit ist natürlich nichts gegen die Roth'schen Einwände gesagt, aber ich meine, daß Roth nicht als Vorsitzender diese Einwände erheben dürfte. Seine Zweifel stammen sicherlich nicht von heute früh und seitdem er Zweifel hatte, ist er innerlich nicht mehr Mitglied des S.F.B. und kann infolgedessen nicht die Pflichten des Amtes erfüllen und erfüllt haben. Das hat Roth auch wohl selber eingesehen, darum wendet er sich mit seinen Thesen auch nicht direkt an die Öffentlichkeit, wie er es tun würde,

wenn er nur Mitglied wäre. Mir scheint es aber fast eine Beleidigung der Mitglieder des Bundes zu bedeuten, wenn man sie in einer so wichtigen Sache nicht sofort befragt. Die Mitglieder sind souverän, der Vorsitzende soll den Bund nicht führen. Die Führung gibt das Programm. *Primus inter pares*, das ist der Vorsitzende des S.F.B. Veröffentlichung der Thesen, Niederlegung aller Ämter, Austritt aus dem Bund, bis daß der Sieg seiner Sache, die entsprechende Änderung des Programms, ihm den Eintritt in den Bund ermöglicht und er den Vorsitz wieder bekleiden kann. [Diese Auffassung Gesell's ist unrichtig. Es dürfen doch innerhalb des Bundes alle Grundlagen unserer Forderungen immer und immer wieder diskutiert werden, selbst von Mitgliedern des Vorstandes. Die Frage des Austrittes aus dem Bund erhebt sich erst dann, wenn der Bund ein persönlichen Auffassungen entgegengesetztes Programm dem Wortlaut nach als verbindlich für all Bundesmitglieder erklärt, wie dies in Deutschland seinerzeit geschehen ist.] Dieser Weg scheint mir umso mehr geboten, als die Roth'schen Thesen mit den Theorien von Dr. Dick übereinstimmen (in weitem Umfang) und diese in weiten Kreisen diskutiert wurden. So viel ich weiß, hat diese Diskussion Dr. Dick zum Austritt aus dem Bund veranlaßt. Er konnte kein Programm anerkennen, das seinen Ansichten widersprach. Was geschieht denn nun in der Freilandfrage, so lange Roth Vorsitzender ist? Diese Frage würde sich sicher jedes Mitglied des Bundes stellen, wenn er Kenntnis von den Roth'schen Thesen bekäme. Dies sage ich hier im Interesse Roths und des Bundes.

Zu der von Roth in seiner Replik aufgeworfenen Frage ist natürlich sehr viel zu sagen. Alle uns fast als Axiome geltenden Sätze werden hier in Frage gestellt, vom Freiland Abc an gerechnet. Diese Axiome stehen mit so vielen und so einfachen und klaren Tatsachen in Übereinstimmung, oder scheinen das wenigstens, daß man mit einem gewissen Verdruß sich an die Nachprüfung derselben macht. Das sagt natürlich auch wieder nichts gegen die Thesen, aber wenn die Nachprüfung ihre Irrigkeit erweist, so wird man mit Recht sagen, daß hier kostbare Zeit vergeudet wurde.

Schießt den Verräter vom Stuhl herunter, werden dann die sagen, die ihre Erlösung aus dem Proletarierstande mit Sehnsucht erwarten und denen jeder Tag Zeitverlust fast ein Tag Zuchthausstrafe ist.

In der Replik setzt Roth bei der Bodenreformer'schen Lehre ein (übrigens können die Freiländer nicht so ohne weiteres zu den Bodenreformern gezählt werden, auf keinen Fall zu den Damaschkiden), wonach die Rente auf die Begrenztheit der Erde zurückzuführen sei. Die Bodenreformer haben die Rente mit einem Vergleich der Erde mit der Luft erklärt. Für die Luft würde man auch zahlen müssen, wenn sie in Privateigentum überginge. Muß dieser Satz bewiesen werden? Roth verlangt es. Es gibt aber gewisse letzte Wahrheiten, die nicht bewiesen werden können. Zu diesen gehört aber der obige Satz. *Wenn die Luft in Privateigentum übergeht, so wird jeder, der keine Luft hat, Rente zahlen müssen.* Mit diesem Satz beginnen die „Bodenreformer.“ Wenn Roth seinen Luftüberschuß den Bedürftigen umsonst geben würde, wenn er nicht noch obendrein diesen Bedürftigen die Nasenlöcher mit Daumen und Zeigefinger zudrückt, und wenn die Mehrzahl der Menschen wie er geartet ist, dann ist Roth ein miserabler Rechtsanwalt, aber Recht behält er, denn dann ist der Ausgangspunkt der Freilandlehre (der ein psychologischer ist) falsch. Ich kann es nicht beweisen, daß die Menschen in der Mehrzahl die Luftkonjunktur börsenmäßig ausbeuten würden, aber ich glaube es, denn warum einen Unterschied machen zwischen Luft und anderen Dingen? Nun sagt Roth, daß die Erde ähnlich wie die Luft ist. Was würde es dem

Luftmonopolisten nützen, wenn der Luftbedürftige Mensch nur auf einen Stuhl zu steigen braucht um dann in den höheren Regionen noch freie Luft nach Herzenslust einfangen zu können, die er in Konservendosen nach Hause tragen kann? Wer würde nicht lieber eine Leiter kaufen, einen Wolkenkratzer bauen, als den Luftmonopolisten da unten die Luft zu bezahlen? Wer? Roth würde es lieber tun. Ich nicht. Ich würde auf alle Fälle lieber die Luft bezahlen als dasselbe Geld für den Ankauf einer Leiter, einer Treppe, eines Wolkenkratzers auszugeben, wenigstens nehme ich an, daß die Luftbesitzer in ihren Preisen immer noch mit den Wolkenkratzern konkurrieren könnten und im eigenen Interesse den Bogen nicht zu straff spannen würden.

Gott sei Dank, wir haben noch keinen Freiluftbund nötig. Es gibt noch freie Luft! Und auch Freiland, sagt Roth. Freiland an den Grenzen der Kultur, Freiland in den schwindelnden Höhen der Wolkenkratzer à discretion. Das alles stimmt. Aber was bedeutet denn das Freiland in der Grundrententheorie? Daß es kein Bodenmonopol gibt, sagt Roth. Da hat er Recht. Ich selbst habe wohl auch niemals von Bodenmonopol geredet, weil, wenn man das Wort eng faßt, es nicht stimmt. Wenn wir aber schon Freiland à discretion in der Hand haben, wenn es kein Bodenmonopol gibt, warum streben wir dann noch weiter nach solcher in Überfluß existierenden Sache? So fragt Roth und meint, wir brauchen nur das Freiland zu erschließen und dazu gehöre nichts anderes als Kapital, das man durch Freigeld zinsfrei zur Verfügung hat. Zwischen dem heutigen Bodeneigentum und Freiland läge nur Kapital, das heute zinstragend ist, morgen zinsfrei sein kann. Dann, wenn so Freiland zu jedermanns Verfügung gebracht ist, wird die Grundrente verschwinden.

Roth denkt hier sicherlich an die Luft. Die Luft ist frei, darum bringt sie keine Rente ein. Ergo, wenn wir Freiland haben und erst recht, wenn wir mit zinsfreiem Geld Freiland nach Belieben herstellen können, kann der Boden auch keine Rente mehr tragen. Dieser Vergleich stimmt nicht. Die Luft kann hier nicht mit dem Boden verglichen werden. Die Luft ist eine völlig homogene Masse. Die Erde ist überaus differenziert, Mit nichts weiterem als den beiden Nasenlöchern ist der Mensch vollkommen für die Luft ausgerüstet. Bei der Erde ist es anders. Jeder Quadratmeter der Erdoberfläche ist verschieden und trägt verschiedene Erzeugnisse, die jeder Mensch braucht. Wer darum auch ein Stück Freiland hat, der hat noch lange nicht, was er braucht. Die Erde ist dabei höchst ungleich in Bezug auf Fruchtbarkeit. Würde man die Erde in gleichen, nach der Mannkraft berechneten Stücken parzellieren und die einzelnen Stücke völlig frei geben, dann würde ein mörderischer Kampf um die besten Stücke entbrennen, weil die Mannkraft auf dem einen Boden 5, auf dem anderen 20, auf dem dritten 100 einbringt, auch wenn das Kapital dazu völlig frei jedermann zinsfrei zur Verfügung stehen würde. Will man diesen Mord vermeiden, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Erde nach Mannkraft zu parzellieren und dann öffentlich zu verpachten. Öffentlich und meistbietend. Wenn dann jeder das was er an Pacht angeboten hat, von seinem Arbeitsprodukt abzieht, dann bleibt ihm eine Masse in Händen, die nicht größer ist als das Produkt demjenigen, der den schlechtesten Teil erwischt hat. Die Pacht nivelliert das Arbeitsprodukt.

Zu obiger Darstellung gehört noch die Bemerkung, daß die extensive Kultur nach Mannkraft ein größeres Produkt liefert als die intensive Kultur, daß also jedermann ein so großes Stück Land beanspruchen würde, daß

er keine intensive Kultur zu betreiben braucht. Als Jäger braucht ein Mann einen Kanton für sich allein.

Die intensive Kultur aber kann die heutige Menschheit nicht entbehren. Sie kann sich den Luxus der extensiven Kultur nicht gestatten. Der Unterschied im Arbeitsprodukt zwischen extensiver und intensiver Kultur ist gewaltig, er beträgt hier in Argentinien bei der Viehzucht sicherlich das tausendfache. Wie will man einen Ausgleich schaffen, der die Grundrente beseitigt? Jeder Mensch ist bereit für ein der Mannskraft entsprechendes Stück Weideland, Jagdland (extensive Kultur), zehnzwanzig-, 100fache des Produktes der Mannskraft bei intensiver Kultur an Pachtgeld anzubieten.

Hier tritt nun auch schon der Einfluß der Volksdichtigkeit in Erscheinung. Je dichter die Bevölkerung, desto intensiver muß der Boden bearbeitet werden *und je intensiver der Boden bearbeitet werden muß, umso größer ist der Unterschied des Mannkraftproduktes zwischen extensiver und intensiver Kultur*. Die Grundrente wächst also aus technischen Gründen zusammen mit der Dichtigkeit der Bevölkerung. (Diese Dinge sind in der NWO sehr liebevoll behandelt worden.) Das hier Gesagte bezieht sich auf das Arbeitsprodukt. Jetzt wollen wir diese Dinge auch vom Standpunkt des Arbeitsertrages betrachten.

Die Arbeitsteilung bringt die Notwendigkeit mit sich, die Produkte der Arbeit auszutauschen. Dieser Austausch ist mit Transport und Handel verbunden. Je enger die Menschen zusammenwohnen, umso geringer sind die Transport- und Austauschkosten. Dazu kommen die gesellschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses. Früher rechnete man noch mit der größeren Sicherheit. Das führt zur Bildung von Marktplätzen, von Dörfern, von Flecken und von Städten und Großstädten. Wo diese Städte gebaut werden, ist hier von keinem Interesse. Irgendwo werden sie gebaut. Aus einem Dorf wird Düsseldorf, aus einer Burg wird Petersburg. Die Vorteile, die zur Bildung der Städte geführt haben, sind naturgemäß im Zentrum am größten. Die Vorteile der Stadt dehnen sich auf das umringende Land aus. Je näher der Bauer der Stadt, umso größer ist sein Arbeitsertrag. Sein Land mag am Ende schlecht sein, schlechter als das der fernab lebenden Bauern. Aber Dank der Nähe der Stadt wird dieser Nachteil im Arbeitsprodukt beim Arbeitsertrag wieder ausgeglichen (und nicht nur ausgeglichen). Er hat nur 10 Liter Milch und bekommt dafür 5 Franken. Der andere hat mit gleicher Arbeit 20 Liter geschafft und bekommt dafür 4 Franken. Und muß die mit den 4 Franken eingekaufte Medizin nun noch tageweit transportieren. Das Zentrum einer Stadt ist keine durch Kapital geschaffene Lage. Es ist eine automatisch sich einstellende geometrische Notwendigkeit. Wer Eigentümer dieses Zentrums ist, braucht nicht mehr zu arbeiten. Er verpachtet die Vorteile der Lage und diese Vorteile bedeuten oft in einem Jahr so viel, wie das gesamte im Laufe der Zeit für öffentliche Straßen verausgabte Kapital. Die Bedeutung eines solchen Stadtzentrum wächst natürlich zusammen mit der Bevölkerungsdichte. Sie wächst genau so weit, wie die Vorteile der Arbeitsteilung wachsen können. Wenn die Größe der Stadt nicht selbst wieder Nachteile hätte, dann würde das Volk einen Vorteil darin finden, nur eine einzige Stadt, die Weltstadt zu bilden. Die Kapitalanlagen für Straßen, Straßenbahnen, Kanäle, Häfen, Telephon usw. haben keine Dezentralisation herbeigeführt, im Gegenteil, eine starke Weiterentwicklung der Zentralisation, trotz der ungeheuren Lasten durch die Grundrente. Gewiß, man kann in die Wolken hinein bauen. Man kann dort oben freien Baugrund suchen und schaffen. Das hemmt einigermaßen die

Macht der Grundbesitzer. Aber so sicher, wie der zweite Stock mehr kostet als der erste, und der erste schon darum stärker gebaut werden muß, weil ihm ein zweiter aufgesetzt wird, so sicher ist es auch, daß ein Ladenlokal im 35. Stock weniger Miete einbringt als ein gleiches Lokal im gleichen Hause zu ebener Erde, trotz der viel größeren Baukosten. Freiland ja, so viel man will, bis in das Erdinnere, bis zu den Sternen. Aber dieses Freiland ist immer nur ein Notbehelf und steht wirtschaftlich hinter dem besetzten Land zurück. Die Mitglieder des S.F.B. erheben aber Anspruch auf alles Land einschließlich des schlechtesten und des besten. Und streben nach Macht um diesen Ansprüchen gegen den Widerstand der Grundbesitzer Geltung zu verschaffen. Es handelt sich mit diesem *Freiland*, das man in Sibirien, in den luftigen Höhen der Wolkenkratzer findet, um einen Ersatz, wie die Steine während des Krieges dem deutschen Volk ein Ersatz waren für das Brot. Die Möglichkeit solchen Ersatz zu schaffen, beweist zwar, daß die bodenreformerische Lehre von der Unersetzlichkeit des Bodens nur bedingt richtig ist, aber diese Lehre ist nur ein Stein im Bau der Bodenreformlehre. Trotzdem müßte man sich hier vorsichtiger ausdrücken, um Einwänden, wie die von Roth vorzubeugen. Die Erde ist sicherlich relativ unersetzlich und die aus dieser Unersetzlichkeit entstehenden Hemmungen können genau mit der Grundrente gemessen werden. Sache des Rechtsanwaltes und Vorsitzenden des S.F.B. wäre es gewesen, die Freilandlehre in diesem Punkt formal zu berichtigen, nicht aber sie umzuwerfen. Das versuchen die Gegner schon allein. Die relativen Wahrheiten sind immer schwerer zu verteidigen als die absoluten. Darum wäre es auch besser, wenn man bei der Propaganda die „*Unersetzlichkeit*“ der Erde nicht so in den Vordergrund stellte. Dafür aber die Differenzierung der Erde in Fruchtbarkeit und wirtschaftlicher Lage, Differenzen, die dem Lohn und Arbeitsertrag gegenüber nur durch die Grundrente nivelliert werden können. Damit fallen dann die Einwände, die auf Bernoullis Kritik in der Replik gemacht werden, in das Gebiet des Unwesentlichen, während ihnen entscheidende Bedeutung zugemessen werden. Das soll nicht hindern, daß man diese Einwände auch noch als irrig widerlegt, wenn sie sich als solche erweisen. Und es wäre wahrhaftig fast ein Spaß für einen Menschen, der die Freilandlehre intus hat, die Hinfälligkeit der Roth'schen Einwände nachzuweisen. Ich möchte hier in der Frage der Begrenztheit der Erdoberfläche nur darauf aufmerksam machen, daß Roth völlig unfähig ist (wegen seiner natürlichen Einstellung zur Freilandfrage), den Freilandstandpunkt einzunehmen. Er hat vergessen zu sagen, daß die Erdoberfläche zwar relativ unbegrenzt ist, daß sie aber durch das Privateigentum am Boden für den Nichtbesitzer absolut begrenzt ist. Was nützt es dem Proletarier, daß er auf den 35. Stock noch einen 36. aufrichten kann, wenn der Grundbesitzer ihm das Fundament versagt? Was nützt es ihm, wenn er auch imstande wäre, dem Boden eine doppelte Ernte abzunötigen, wenn der Grundbesitzer sich mit extensiver Kultur zufrieden gibt? Der Proletarier sagt: räumt mir den Schmarotzer aus dem Wege und dann werde ich euch zeigen, daß ich die Grenzen der Erdoberfläche noch um viele Grade verlegen kann. Was nützt heute dem Europäer, daß in Nordamerika so viel Land frei ist, wenn Verbrecher und Räuber ihn bei der Landung abweisen können. Für ihn ist die amerikanische Staatsgrenze eine absolute Grenze. Sie muß zerschmettert werden, wenn sie wieder relativ werden soll. Daß ausgerechnet ein Rechtsanwalt den Rechtsstandpunkt bei seinen Betrachtungen vergessen kann, muß uns doch wunder nehmen. Kein Rechtsanwalt, und auch Roth nicht, wird jemals sagen, daß heute die Eigentumstitel nur relative Gültigkeit haben. Er wird auf die Öffentlichen Machtmittel hin-

weisen zum Beweis, daß sie absolute Geltung haben. Damit wäre aber erwiesen, daß die Betrachtungen über die relative und absolute Begrenztheit der Oberfläche abwegig sind. Zur Zeit Josephs in Ägypten gehörte alles Land dem Pharao. Ohne Pharao's Erlaubnis durfte kein Acker gepflügt werden. Wäre es Pharao eingefallen von seinem Land den Juden nicht mehr abzutreten, als zur Ernährung einer beschränkten Judenzahl nötig war, so hätte er sich das Ersäufen der Kinder sparen können. So hart wie die Eigentumstitel wäre auch die Begrenztheit der Erdoberfläche für die Juden gewesen.

Der Bodenreformer, der behauptet (der Vorsitzende des S.F.B. zählt sich weder zu den Bodenreformern, noch zu den Freiländern), daß die Erde unbegrenzt viele Menschen ernähren kann, drückt sich unvorsichtig aus. Das Bevölkerungsgesetz, wonach sich die Menschen ins Endlose vermehren (könnten), während die Erde immer nur für eine begrenzte Zahl Nahrung bietet, gilt auch für Freiland. Wir anerkennen aber, daß diese Grenze erweitert werden kann, und daß heute das Privateigentum am Boden, neben dem Kapitalzins solcher Erweiterung praktisch ein fast unübersteigbares Hindernis in den Weg legt. Wir wollen diese Grenze weiterrücken und uns einen für eine Reihe kommender Generationen schier endlos erscheinenden neuen Spielraum schaffen. Was nachher geschieht, wenn in 1000 Jahren die Menschheit in verzehnfachter Anzahl wieder vor demselben Problem steht, das ist nicht unsere Sorge. Die verzehnfachte, in Frieden lebende Menschheit wird dann die Technik vielleicht so verbessert haben, daß die Grenze wieder weiter geschoben ist, aber Hemmungen, aus der Natur entspringende Hemmungen, werden stets die unendliche Vermehrung der Menschen verhindern. Es werden aber natürliche Hemmungen sein, die der Mensch so weit respektiert, als er sie nicht bemeistern kann. Hier aber, mit dem Privateigentum am Boden, handelt es sich um eine von Verbrechern geschaffene künstliche Hemmung und nur *Willenssache* ist es, diese Hemmung zu zerschmettern und sie unserem Drang nach Fortschritt und Lebensfreude aus dem Wege zu räumen.

Aus der Replik geht als Sinn der These etwa folgendes hervor: Der Boden ist wie irgend ein Arbeitsprodukt zu betrachten. Man schafft ihn nach Belieben. Der für ihn bezahlte Preis wird infolgedessen durch seine Produktionskosten beherrscht. Steigt der Bodenpreis über diese Produktionskosten hinaus, so wird mehr Boden geschaffen, beliebig viel und das so wachsende Angebot drückt den Preis wieder auf die Höhe der Produktionskosten. Was man daher für den Boden bezahlt an Pacht oder Rente, ist nur ein anderer Name für Kapitalzins. Die Bodenrente, alias Kapitalzins, muß darum alle Schwankungen des Zinsfußes mitmachen. Steigt der Zinsfuß, so muß, sofern die Nachfrage nach Boden anhält, auch die Rente des Bodens steigen, und zwar nicht nur die Rente des neu geschaffenen Bodens, sondern die Rente schlechthin, die Rente des gesamten Bodens. Die Bevölkerungszunahme wirkt nur so weit auf den Bodenpreis als sie durch Erhöhung der Rente den Anstoß gibt zu neuer Landproduktion. So wie dieses Neuland aus dem Backofen kommt, fällt die Grundrente wieder auf die Produktionskosten. So daß der Satz: Die Grundrente steigt mit der Volksdichte, falsch ist. Die Volksdichte schafft sich den nötigen Boden selbst, so daß das Bodenangebot stets der Nachfrage entspricht, entsprechen muß. Die Fruchtbarkeit, die natürliche Fruchtbarkeit ist ohne Belang für den Preis des Bodens. Vorausgesetzt, daß schlechter Boden dieselben Produktionskosten verursachte als guter Boden besteht für beide Böden die gleiche Nachfrage, zahlt man dieselbe Pacht. Der hohe Preis, den man für Bauland im Stadtzentrum be-

zahlt, beweist wie viel Geld die Produktion dieses Bodens gekostet hat. Die Produktionskosten müssen selbstredend verzinst werden. Mit Freigeld wird der Zins verschwinden. Dann wird der Boden keine Rente mehr abwerfen. Dann hat es keinen Zweck mehr, mit dem Boden zu sparen. Dann baut man nur mehr einstöckige Häuser. Dafür, daß dann niemand mehr Boden als heute beanspruchen wird, sorgt der Schwund des Bodens. Der von den Bodenmaschinen gelieferte Boden, der backsteinförmige mehr noch als der wurstförmige hat alle Eigenschaften der Waren, der Fabrikwaren, er schwindet an der Sonne wie Aprilschnee, im Regen zerfließt er wie Zucker. Trotzdem heißt es auch von diesem Boden: Du bist der Fels und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen. Wie solches mit den oben genannten Eigenschaften des Bodens vereinbar sein kann, ist das einzige Welträtsel, das dem Papste schlaflose Nächte verursacht. Eine andere Eigentümlichkeit des Bodens, auch Neuland genannt, ist die, daß das Neuland keinen Raum einnimmt, denn so viel Neuland auch produziert würde, die Grenzen des Landes brauchten nicht erweitert zu werden. Die Geometer bemühen sich seit langem um die wissenschaftliche Lösung dieses Rätsels. Man erklärt sich das Wunder so, daß man annimmt, das Neuland schaffe sich seinen Platz selbst zwischen den Gletschern, in den Sümpfen, die bei der Vermessung des Landes nicht mitgezählt worden seien. Wie bei den meisten Waren, so hat auch bei der Bodenproduktion die Erfindung der Dampfmaschine die Produktionskosten außerordentlich herabgesetzt. Die Handarbeit lieferte früher einen Meter Leinenstoff und $\frac{1}{2}$ Meter Land (Boden) im Tag. Jetzt, mit den modernen Maschinen kann ein Mann im Tag 20 Meter Stoff liefern und 35 Meter Boden. Die Produktionskosten des Bodens sind darum auch um 29% gesunken, was durch einen Vergleich der heutigen Bodenpreise mit den Preisen, die man früher bezahlte, einwandfrei festgestellt werden kann. Weil der Boden so billig geworden ist, braucht auch kein Europäer mehr auszuwandern. Die von der Statistik gelieferten Zahlen sind gefälscht. Es soll Einwanderer statt Auswanderer heißen. Die Rückwanderung hat Amerika völlig entvölkert. Die Bodenproduktion überschreitet aber trotz der Rückwanderung den Bedarf an Boden. Die Volkszahl wächst in arithmetischer, die Bodenproduktion in geometrischer Progression. Wir haben zur Zeit eine Überproduktion an Boden. Die Hälfte der Bodenwerke stehen zur Zeit still. Aber da der Boden schnell schwindet, wird dadurch das Gleichgewicht zwischen Vorrat und Bedarf wieder bald hergestellt sein, wie das bei den Kartoffeln der Fall ist, wo eine reiche Ernte durch den Schwund nur für einige Monate auf den Preis drückt. Auf dieses Schwinden des Bodens darf natürlich niemand aufmerksam gemacht werden. Weil man bisher den Boden für eine dauerhafte Ware hielt, dauerhafter sogar als die Pyramiden, gaben die Hypothekenbanken den Bauern billigen Kredit, Hypothekarkredit. Erfahren nun die Kapitalisten, daß man sie hier betrogen hat, daß der Boden schwindet, daß er verfault, verbrennt, daß er aus der Mode kommt, daß er von den Regenwürmern nicht, wie man behauptete, gelockert wird, sondern gefressen, daß er wie Glas zerbricht, daß ihn die Spitzbuben stehlen, so werden die Banken lieber die Waren, die Heringe, den Tabak hypothekieren, der Bauer wird darum kein billiges Geld mehr bekommen. Bei einem Schwund von nur 10% im Jahr verlieren ja die Kreditgeber in 10 Jahren das Pfand. Zum Glück ist der Boden in einem Punkt den Waren überlegen: Der Schwund, der die Waren in Staub verwandelt, wirkt beim Boden, wie die allhundertjährige Krankheit beim ewigen Juden: sie verjüngt den Boden und den Juden, macht ihn nach Raubbau wieder automatisch fruchtbar. Brache heißt diese Krankheit. Und noch eins: der

jungfräuliche Boden (terre virgen), den noch kein Pflug befleckt hat, der Zeit gehabt hat, 100 x 1000 mal zu schwinden und zu verschwinden, der ist der beste Boden, den bezahlt man am besten, der ist, weil er aus Krankheiten zusammengesetzt ist, ewig. Und hat keine Produktionskosten verursacht und wird trotzdem bezahlt. Wonach mag sich in solchen Fällen der Preis richten? Schließen wir aber lieber die Augen, denn sonst wird ja die These gefährdet.

These 2. *Der Wertzuwachs des Landes in städtischen und gut bevölkerten Landgegenden ist wirtschaftlich nicht die Folge der Zunahme der Bevölkerungsdichte, sondern die Folge der durch die bereits vorhandenen, künstlichen Einrichtungen bessern Eignung dieses Landes zu rentablerer Verwertung und Ausnutzung.*

Kritik: Der Satz ist widerlegt durch das Memorial Roth, Absatz 8 [Memorial, d. h. die hier nicht veröffentlichte Arbeit, aus der die Thesen abgeleitet wurden.]:

„Während der Kriegs- und Revolutionszeit sind Städte, die sich entvölkerten, in der kürzesten Zeit ganz unbewohnbar und ihr Grund und Boden teilweise ganz wertlos geworden.“ Wenn der Damaschke'sche Begriff des Wertzuwachses ersetzt wird durch den Begriff der Preissteigerung, gewinnt man den sicheren Boden, auf dem die Frage mit Aussicht auf Erfolg behandelt werden kann. Die Preissteigerung ist die Folge erhöhter Nachfrage. Nachfrage nach Boden wird gehalten durch den als Bodenbenützer auftretenden Menschen. Steigerung der Nachfrage ist somit bedingt durch den Zuwachs an Menschen. Schon der Säugling tritt als Konsument auf, er drängt nach einer vermehrten Bodennachfrage. Dazu kommt die verstärkte Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die wiederum in die verstärkte Bodennachfrage einmündet.

Replik: Das Bestechende an dieser Argumentation liegt in dem Umstand begründet, daß tatsächlich überall da, wo hohe Landpreise anzutreffen sind, auch fast regelmäßig eine große Bevölkerungsdichte zu konstatieren ist, und daß in Städten und Gegenden, wo die Bodenpreise steigende Tendenz zeigen, auch die Bevölkerungsdichte zunimmt und umgekehrt. Wir müssen uns aber von vornherein gegenwärtig halten, daß derartige Parallelerscheinungen durchaus nicht immer direkt, nicht immer causal unter einander verhängt sein müssen, sondern daß ihnen auch eine gemeinsame Grundursache zugrunde liegen kann, so daß die causale Abhängigkeit zwischen den Parallelerscheinungen nur indirekt gegeben zu sein braucht. Fisch und Wasser sind auch Parallelerscheinungen, und trotzdem ist es noch lange nicht ausgemacht, daß es nur deshalb Fische gibt, weil es Wasser gibt, oder Wasser, weil es Fische gibt; nach religiösen Vorstellungen erschuf Gott nicht nur das Wasser, sondern auch die Fische selbstherrlich und dieser selbstherrliche Akt der Genesis ist die Ursache der Existenz sowohl der Fische wie des Wassers, so daß es keinen Sinn mehr hat zu fragen, in welcher Reihenfolge die beiden Erscheinungen unter einander causal bedingt sein sollen.

Und nun – um gleich anhand dieses Beispielen fortzufahren – können wir erfahrungsgemäß immer da am meisten Fische treffen, wo für sie die meiste und beste Nahrung zu finden ist, gleichgültig, ob die Zunahme der Zuwanderung oder der starken Vermehrung der unter den günstigen Bedingungen lebenden Fischen zuzuschreiben ist. Bei den Menschen verhält es sich ähnlich; ein unbedeutender Unterschied liegt einzig darin, daß der

Mensch die natürlich gegebenen Lebensbedingungen bis zu einem gewissen Grade auch künstlich beeinflussen kann, was die Fische nach dem Stande der bis heute gegebenen Beobachtungen nicht zu tun vermögen. Wir haben noch keinen Hecht getroffen, der sich künstlich Kleinfischzuchtanlagen eingerichtet hätte.

Nehmen wir nun ein fischreiches Bächlein. Ein Angelfischer entdeckt und pachtet es. Er bezahlt für sein Fischereirecht die Grundrente. Seine Ausbeute ist groß und erweckt den Neid seiner Sportfreunde. Nach Ablauf der ersten Pachtperiode treten die Konkurrenten auf und treiben den Pachtzins in die Höhe. Die Bevölkerungsdichtigkeit in der Gegend ist möglicherweise gleich geblieben und trotzdem hat sich die Grundrente für dieses Bächlein erhöht. Nun wird eingewendet, die Fischer oder Pachtliebhaber in der Gegend hätten sich aber vermehrt und nur die erhöhte Nachfrage habe den Pachtzins in die Höhe getrieben. Das stimmt und stimmt nicht. Wir behaupten, daß auch schon die Nachfrage lediglich die Folge des Fischreichtums des Bächleins oder allgemeiner der günstigen Fischereibedingungen ist und in gleicher Weise, wie der sich aus der Nachfrage ergebende hohe Pachtzins und auch der nun gestiegene Bodenpreis des Bächleins, vom Fischreichtum abhängig ist; geht aus irgend einem Grunde der Fischreichtum zurück, so schwindet auch der Pachtzins und der Bodenpreis wieder, auch da wieder ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsdichte.

Die sich aus diesem Beispiel ergebenden Einsichten sind für das Wesen der Grundrente und der Bodenpreise typisch und daher allgemein gültig. In Amerika wird ein neues Goldfeld entdeckt. Es erfolgt eine gewaltige Zuwanderung und treibt die Bodenpreise in die Höhe. Die Nachfrage ist gestiegen. Sobald sich die Goldförderung quantitativ erschöpft hat, oder nicht rentiert, geht die Nachfrage und die Bevölkerungsdichtigkeit wieder zurück. Venedig war die längste Zeit die mächtigste Hafenstadt des Mittelmeers; als sich die natürlichen und künstlichen Bedingungen der Schifffahrt in der Welt zu ungunsten Venedigs verändert hatten, gingen dort die Bevölkerungsdichte und die Bodenpreise zurück. Der Rückgang der Bodenpreise ist nicht die Folge des Rückgangs der Bevölkerung, sondern beide hängen als Erscheinungen von tiefer oder höher liegenden Ursachen ab, die wir allgemein als die Lebensbedingungen bezeichnen können. Es ist sogar denkbar, daß die Bevölkerungsdichtigkeit abnimmt und die Bodenpreise steigen, und ein Beispiel zeigt, das die „N. Z. der Arbeit“ kürzlich voll Entrüstung gemeldet hat:

In Amerika wurde von einem Konsortium eine ganze Stadt auf Abbruch gekauft, weil sie sich auf einem Petrolfelde befand; die Bevölkerung wich, und trotzdem waren die Preise gestiegen. Die Bevölkerungsdichte mag sekundär zu den den Bodenpreis bestimmenden „Lebensbedingungen“ mitgezählt werden, sie darf aber keinesfalls zur eigentlichen Ursache und Devisse des Bodenpreises und seiner Schwankungen gemacht werden. Gewisse Berufsarten und damit auch gewisse Kreise der Menschen sind in ihren subjektiven Lebensbedingungen von einer gewissen Bevölkerungsdichte abhängig, andere nicht. Daraus folgt, daß die preisbildenden Faktoren des Bodenpreises viel weiter gefaßt werden müssen als dies in der Grundrententheorie Gesells geschehen ist. Maßgebend sind die allgemeinen Lebensbedingungen, welche einem bestimmten Boden in den Augen eines bestimmten Menschen einen objektiven oder subjektiven Wert geben können. Dabei ist grundsätzlich das Bedürfnis eines sich nach Einsamkeit sehnenenden Menschen, der sich irgendwo in einer unbewohnten menschenleeren Gegend niederzulassen gedenkt, genau gleichzusetzen dem Bedürfnisse des jungen Arztes, der wegen seiner beruflichen Tätigkeit auf dichter bewohnte Gegenden angewiesen ist.

Die Nachfrage allein als Ursache des Bodenpreises hinzustellen, geht auch nach der allgemeinen Preistheorie, wie sie sich auf Grund des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ergibt, keinesfalls an. Der Bodenpreis kann in seinen Schwankungen ebenso sehr bedingt sein durch die Veränderungen auf der Angebots-, wie durch Veränderungen auf der Nachfrageseite. Wenn kurz nach dem ersten Fischbächlein noch mehrere gleich gute Bächlein in der gleichen Gegend entdeckt werden, so wird die supponierte erhöhte Nachfrage durch das nun mögliche, erhöhte Angebot kompensiert. Dieses doppelte Spiel in der Preisbildung ist auch für den Bodenpreis ganz allgemein gegeben. Und wenn gesagt wird, daß das Angebot an Land ein beschränktes sei, und daß daher ausnahmsweise für das Land einzig die Nachfrage ausschlaggebend sei, so ist dies, wie im Zusammenhang mit der Frage der Begrenztheit der Erdoberfläche bereits erörtert worden ist, nur vom absoluten Standpunkte aus richtig und dann nicht nur für das Land, sondern auch für die Materie.

Auch die Annahme, daß jeder Mensch schon von Geburt an als Konsument die Nachfrage nach Land erhöhe, ist nur bedingt richtig. In jedem Menschen steckt auch von vornherein der Produzent und nicht der Konsument allein. So gut der neue überschüssige Mensch sich mit seiner Kraft die Lebensmittel verschaffen helfen kann, kann er auch an der Ausbeutung neuen Landes oder an der intensiveren Ausbeutung und Ausnützung des bereits kultivierten Landes mitwirken, so daß die durch ihn bedingte Erhöhung der Nachfrage durch die dank seiner Produktionskraft ebenfalls gegebenen Erhöhung des Angebots von vornherein wettgemacht wird.

Gesell: In „gut bevölkerten“ Landgegenden wächst die Rente nicht, weil die Gegend sich noch besser bevölkert, sondern weil die vorhandenen, künstlichen Einrichtungen (soll wohl heißen die Kapitalanlagen?) eine rentablere Verwertung zulassen.

Jeder, der diese These liest, sagt sich: halt, „gut bevölkert“ muß in der These, wo man gewöhnlich die Worte spart, eine wichtige Bedingung der „rentableren Verwertung“ einschließen. Da dies aber in der These wieder verneint wird, so handelt es sich wohl hier um ein von der Harmonie des Schreibmaschinengeklappers geforderte Verlängerung des Satzes. Vielleicht aber hat das Wort einen moralischen Sinn, aber dann hätte es genügt zu sagen: in katholischen Landgegenden wächst die Grundrente, wenn etc. Das würde man verstehen, denn in einer von Bolschewisten bevölkerten Landgegend wächst die Grundrente gewiß nicht, wenn die „bereits vorhandenen künstlichen Einrichtungen eine rentablere Verwertung zulassen“.

Aber hier ist ein anderes Wort, das mich stutzig macht. „Die bereits vorhandenen Einrichtungen.“ Diese Einrichtungen sind Produkte einer Kapitalanlage und unterliegen als solche der freien Konkurrenz. Wie kommt es nun, daß diesen Kapitalanlagen, die einen *Wertzuwachs* erfahren haben, keine Konkurrenz erwächst, die den *Wertzuwachs* wieder zu nichte macht? Findet die Konkurrenz am Ende keinen Boden mehr auf dem sie sich etablieren kann? Das kann nicht sein, weil ja der Boden bei der Grundrente keine Rolle spielt, weil man den Boden ja auch beliebig vermehren kann (s. Replik zu These 1).

Die „rentablere Verwertung“ kann nur in einer größeren Spannung Zwischen Lohn und Produkt bestehen. Da laut These 1 die Rente Kapitalzins ist, und infolgedessen immer um den allgemeinen Zinsfuß herum pendeln muß, so müßte die Erklärung für die rentablere Verwertung anderswo gesucht werden. Beim Lohn ist sie nicht zu finden, beim Kapital-

zins auch nicht und eine Grundrente gibt es laut These 1 nicht. Also lassen uns die Thesen hier im Stich.

These 3. *Der gleiche Wertzuwachs ist nicht Grundrente, sondern Kapitalzuwachs, er kürzt den Arbeitsertrag nicht.*

Kritik: Beim Begriff Wertzuwachs (Preissteigerung) ist zu unterscheiden:

- a) Preissteigerung erzielt durch Aufwendungen des Bodenbesitzers.
- b) Preissteigerungen erzielt durch Aufwendungen der benachbarten Bodenbenützer.

Der „Kapitalzuwachs“ im Falle a: Bei einem Verkauf wird das Bodenbesitzrecht als eine jährliche, arbeitslose Rente garantiert und zuzüglich des Preises der vom Vorbesitzer durchgeführten Meliorationen in Rechnung gestellt. Der wirkliche Verkaufspreis richtet sich selbstverständlich nach dem Verhältnis von Angebot zu Nachfrage. Im erzielten Preise sind aber auf alle Fälle beide Elemente, Meliorationen und kapitalisierte Rente, bezahlt.

Fall b: Bei einem Verkauf wird das Bodenbesitzrecht verkauft, das erst jetzt dem Verkäufer eine kapitalisierte Rente einbringt. Die Höhe dieser kapitalisierten Rente ist im wesentlichen durch Aufwendungen von Seite Dritter bestimmt worden.

Replik: Nach dem bereits über das Verhältnis zwischen Bevölkerungsdichte und Bodenpreis gesagten hat die Behauptung, daß in jeder Preissteigerung auch Kapitalrente enthalten sei, keinen Sinn mehr. Es ist möglich, und in den städtischen Gegenden war dies in den letzten Epochen die Regel, daß der Bodenwertzuwachs zum Teil der Zunahme der Bevölkerungsdichte zugeschrieben werden muß, soweit wenigstens Wohnland oder Bauland in Betracht fällt. Die starke Bevölkerungsdichte vermehrte in der arbeitsteiligen Wirtschaft die Ausbeutungsmöglichkeiten als Platz (für Wohn- und Werkstatt) und daher weist das Land in dichtbevölkerten Gegenden meistens bessere Lebensbedingungen für den Großteil der Menschen auf als abseits gelegenes Land. Trotzdem aber hat die Bevölkerungsdichte an und für sich nicht die Entstehung von Rente zur Folge. Es ist dies eine Schlußfolgerung, die die Ausbeutung des Landes von vornherein der Ausbeutung der Mitmenschen gleichsetzt und sie damit verwechselt. Mit dieser Frage werden sich die weiter unten stehenden Abschnitte noch speziell befassen. In Ergänzung und teilweiser Abänderung früherer Ausführungen möchten wir hier den Wertzuwachs des städtischen Bodens nochmals schematisch in seiner Entstehung erklären.

Der Wertzuwachs einer Liegenschaft in der Stadt ist bedingt durch:

- a) die Vorteile, welche die eigenen künstlichen Einrichtungen in sich schließen, wie Bauen, Umgebungsarbeiten.
- b) Die Vorteile, welche die künstlichen Einrichtungen des Nachbarlandes und des gesamten städtischen Gemeinwesens bieten, wie Straßen, Wasserversorgung, Elektrizitäts-, Gasversorgung, Eisenbahnen, Ordnungsdienst usw. usw.
- c) Die Vorteile, welche das Zusammenleben in der Stadt in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht bringt.

Der Zuwachs kann nun bedingt sein durch eine allgemeine oder eine teilweise Zunahme der sub. a, b, c genannten Vorteile. Eine Zunahme der Bevölkerung allein begünstigt fast regelmäßig die sub c genannten Vorteile, aber auch nicht notwendigerweise, da es sehr gut denkbar ist, daß eine Zu-

nahme der Bevölkerung stattfindet, ohne daß sich speziell das wirtschaftliche Zusammenleben günstiger gestaltet. Andererseits ist denkbar, daß eine bloße Vermehrung der sub. c erwähnten Vorteile die Bodenpreise steigert, ohne daß eine Bevölkerungszunahme vorangegangen wäre. Es sind ja alle Variationen und Kombinationen denkbar.

Gesell: Folgerichtig aus These 1 und 2 abgeleitet. Hätte vorsichtiger ausgedrückt werden können. Etwa so: er bedeutet keine neue Kürzung des Arbeitsertrages. Vom Standpunkt des vollen Arbeitsertrages bedeutet jeder Zuwachs an arbeitslosem Einkommen, mag er kommen, woher er will, eine Kürzung des Arbeitsertrages, die einhergehen kann mit einer Steigerung des Geld- und Reallohnes.

These 4. *Wirtschaftlich ungerechtfertigter Wertzuwachs kann nur infolge gemeinschaftlich falsch betriebener Politik entstehen und nur auf diesem Wege bekämpft, resp. korrigiert werden.*

Kritik: Wirtschaftlich ungerechtfertigter Wertzuwachs betrifft den Fall b, siehe oben (These 3). Hier ist nun zu unterscheiden:

1. Preissteigerung eines Terrains infolge von Anlagen aus öffentlichen Mitteln: Straße, Tram, Bahn, Rathaus usw.
2. Preissteigerungen infolge von Anlagen aus privaten Mitteln: Fabrikanlagen, Villenquartiere, Warenhäuser usw.
3. Preissteigerungen infolge eines allgemeinen Bevölkerungszuwachses: Geburtenüberschuß, Zuwanderung.

Die drei Fälle treten nie rein auf. Sie vermischen sich und unterstützen einander gegenseitig.

Die Umlegung der Kosten von ganzen Straßenbahnen, Kanälen, Straßen auf den anliegenden Grundbesitz wird heute schon durchgeführt und funktioniert ordentlich. Eine Umlegung von Kosten für Promenaden, für den Bau einer Universität, einer Bahn, von Landstraßen usw. usw. wäre nur mit den größten Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten durchzuführen. Prozesse ohne Ende, durch Eingriffe des Staates in ein staatlich anerkanntes und garantiertes Recht, das Recht des privaten Grundbesitzes.

Die unter 1 angeführten Preissteigerungen können somit auch durch die vorgeschlagene rigorose Gemeindepolitik nicht zu gunsten der Allgemeinheit erfaßt werden. Die Fälle 2 und 3 werden überhaupt nicht erfaßt.

Replik: Es wäre zwar denkbar, daß die Besteuerung des Grundeigentums in städtischen Gemeinwesen da und dort noch vollkommener gestaltet werden könnte, oder daß, namentlich unter freiwirtschaftlichem Einfluß, die Gemeinwesen mit der Zeit einmal verzichten würden, mit den öffentlichen Mitteln so großartig und so leichtfertig umzuspringen, wie es die modernen Städteverwaltungen seit einigen Jahrzehnten zu tun gewohnt sind. Trotzdem vermag die vorstehende Bemerkung immer noch teilweise richtig bleiben, und dies vorausgesetzt, fragt es sich nun, ob die Wegnahme dieser Gewinne unbedingt notwendig ist, um zu einer gerechten natürlichen Wirtschaftsordnung in diesem Punkte zu gelangen.

Zunächst ist zu sagen, daß die Gewinne zum größten Teile durch Verluste kompensiert sind. Zu diesen kompensierten Gewinnen gehören z. B. alle Gewinne, die infolge Zuwanderung entfielen. Wenn eine Zuwanderung irgendwo stattfindet, findet anderswo eine Abwanderung statt. Bringt demnach allein die Zuwanderung einen Gewinn, so muß notwendigerweise am Abwanderungsorte ein Verlust entstehen. Gewinn und Verlust bleiben

in privaten Händen und müssen sich angleichen, wenn die Allgemeinheit eine gerechte Korrektur vernehmen wollte. Ein Ausgleich ist praktisch undurchführbar und jedenfalls wäre die Wegnahme der Gewinne ohne Deckung der Verluste ungerecht. Zu den kompensierten Gewinnen gehören auch alle diejenigen, welche durch irgendwelche privaten oder öffentlichen Aufwendungen bedingt sind; hier stehen die Aufwände als Verluste den Gewinnen gegenüber. Sind diese Aufwände aus öffentlichen Mitteln erfolgt, so trifft der Verlust die Allgemeinheit. Den Gewinn haben die Bodenbesitzer. Hier liegt zweifellos eine Ungerechtigkeit vor. Handelt es sich aber um die Aufwände, welche die Bodenbesitzer übernommen haben, so gehören die Gewinne ihnen und nicht der Allgemeinheit. Ob die privaten Bodenbesitzer unter sich, jeder im richtigen Maße von seinem Aufwände profitieren kann, interessiert die Allgemeinheit nicht. Nicht kompensiert bleiben einzig die durch Geburtenüberschuß entstandenen Gewinner; entstehen durch Geburtenüberschuß Gewinne, so sind diese, weil sie als Gewinne eben nicht kompensiert, ebenfalls volkswirtschaftlich ungerecht.

Wir finden also zwei Arten von Gewinn aus Bodenpreissteigerungen, die vom allgemeinen Gesichtspunkte aus ungerecht oder unbillig sind: die Gewinne aus den öffentlichen Aufwänden und die Gewinne aus der natürlichen Zunahme des Menschengeschlechts.

Die ersteren sind, wie gesagt, die Folge einer nicht gerechten Verteilung der öffentlichen Lasten. Ähnliche Unbilligkeiten kommen auf dem gleichen Gebiete noch heute vor. Sie werden bei einem klareren Betriebe der öffentlichen Verwaltung oder gar im freiwirtschaftlichen Staate auf ein Minimum reduziert werden können. Jedenfalls könnten sie eine Expropriation des Bodens nie rechtfertigen. Sie sind zu unbedeutend und außerdem liegt der Grund der Möglichkeit einer solchen Bereicherung keineswegs im Privateigentum, sondern in der unvollkommenen Verwaltung der öffentlichen Mittel. Was also nicht auf dem Wege der Bessergestaltung der öffentlichen Verwaltung korrigiert werden kann, wird man weiter in Kauf nehmen müssen, wie man bei der Unvollkommenheit der staatlichen Einrichtungen eben überhaupt noch manche kleinere und größere Ungerechtigkeit in Kauf nehmen muß.

Die Gewinne aus dem natürlichen Zuwachs an Menschen müßten dann mit allen Mitteln bekämpft werden, wenn sie ebenfalls bedeutend wären. Daß sie nicht bedeutend sein können, läßt sich aus den relativ geringen Geburtenüberschüssen schließen. Sie sind jedenfalls nie so bedeutend, daß es sich je lohnen könnte, in irgend einer Form speziell darauf zu spekulieren. Wer heute etwa mit Bauland in der Stadt spekuliert, rechnet nicht mit dem Geburtenüberschuß, weil sich derartige langfristige Spekulationen in unserer „kurzlebigen“ Zeit gar nicht mehr lohnen, sondern gewöhnlich wird bei einer derartigen Spekulation mit der Entwicklung der Stadt in irgend einer Richtung gerechnet und ebenso oft gehen solche Spekulationen fehl. Wenn dagegen die alteingesessenen Haus- und Landeigentümer ganz nebenbei auch vom natürlichen Zuwachs der Menschen nach jahrzehntelangem Besitze etwas profitieren, so hat dies nichts stoßendes an sich. Wenn überhaupt eine Stadt oder ein Dorf ständig seinen durch natürlichen Geburtenüberschuß bedingten Zuwachs zu ernähren vermag, so ist dies ein Zeichen allgemeinen Aufblühens, von dem nicht nur die Grundeigentümer, sondern auch alle Gewerbetreibende profitieren. Auf alle Fälle ist nicht einzusehen, warum dieser auf natürlichem Wege entgehende Gewinn entzogen werden müßte. Es können solche Gewinnchancen ohne Bedenken in die Kategorie der natürlichen Glückschancen, von denen das wirtschaftliche Leben überall durch-

drungen ist, eingereiht werden. Mit der eigentlichen Grundfrage der Beseitigung des arbeitslosen Einkommens hat dieser Gewinn, wie noch in anderem Zusammenhang zu zeigen ist, gar nichts zu tun.

Gesell: „Wirtschaftlich ungerechtfertigter Wertzuwachs“. Wir können einpacken, wenn es „wirtschaftlich gerechtfertigten Wertzuwachs gibt“. Was hier gesagt wird, heißt auf deutsch: *Wertzuwachs*, der die Produktionskosten des Bodens übersteigt (f. These 1), soll und kann durch steuerliche Maßnahmen konfisziert werden.

Sind es die Grundrentner, die so sprechen? Und wenn nicht, wie kann man den Grundbesitzern die Macht nehmen, solche Steuern, wie bisher von sich abzuwenden? Weshalb sollen die Grundrentner auf die Abnützung ihrer Machtposition verzichten? Namentlich, wenn nach These 1 der Grundbesitzer keine andern Interessen haben kann, als wie alle ändern Kapitalisten? So daß es nur eine Kapitalistenfront gibt, eine Einheitsfront? Ist die Schaffung einer solchen Einheitsfront das Mittel um den Kapitalisten das Heft aus der Hand zu reißen?

These 5. *Das Gesell'sche Freilandssystem expropriert nur das Bodeneigentum und nicht die Bodenfrüchte und Bodenschätze; die Expropriation des Bodeneigentum ohne gleichzeitige Expropriation der Früchte und Schätze beseitigt die private Grundrente nicht, wenn nicht die Grundrente auf dem Wege der Festwährung mit Freigeld überhaupt und vollständig beseitigt werden kann.*

Kritik: Die „Beseitigung der Grundrente“ ist weder möglich noch erwünscht, wird von Gesell auch nicht angestrebt. (Siehe NWO, 5. Auflage, S. 70). Freiland hat zum Ziel die naturgemäß sich entwickelnde Grundrente (Bodenbenützungsabgabe) an den Grundbesitzer, soweit sie heute dem privaten Bodenbesitzer zufällt, der Allgemeinheit zu überweisen, durch die Verstaatlichung von Grund und Boden.

Replik: Die Grundrente ist und bleibt arbeitsloses Einkommen und daher muß deren Beseitigung ebenso sehr erwünscht sein wie die Beseitigung anderer Arten von arbeitslosem Einkommen. Gesell hat die Beseitigung lediglich deswegen durch eine Überweisung an die Allgemeinheit ersetzt, weil er keinen Weg sah, die Grundrente zu beseitigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Gesell sich auch gerne für die Beseitigung der Grundrente eingesetzt hätte, wenn er die Wirkung seiner Geld- und Währungsreform auch für die Grundrente eingesehen und bedingungslos angenommen hätte. Abgesehen hievon bestehen aber auch selbständige Gründe, die Beseitigung der Grundrente unter allen Umständen dringend zu wünschen. Man mag die Grundrente verwenden oder verteilen wie man will, sie führt immer zu einer Benachteiligung der Arbeitenden. Werden daraus lediglich öffentliche, allgemeine Lasten bestritten, so werden allein die Arbeitenden für die Lasten herangezogen, und gerade die kleine Schicht der vermöglichen Menschen, die nicht zu arbeiten brauchen, geht frei aus. Würde die Grundrente an die Mütter oder Kinder nach dem Vorschlage Gesells verteilt, so hätten die Arbeitenden neben ihren Kindern noch die der reichen Leute zu ernähren und eine ungeheure Ungerechtigkeit würde namentlich auch darin liegen, daß die Kinder der Städte mit den Kindern auf dem Lande, die sowieso den Eltern wirtschaftlich nicht zur Last fallen, zu teilen hatten. Irgendein vernünftiger Verteilungsmodus wäre überhaupt schwerlich ausfindig zu machen.

Wenn aber etwa eingewendet werden sollte, daß alle diese Bedenken unbegründet seien deshalb, weil doch die Grundrente von allen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden gleichermaßen bestritten werde, nicht nur von den Arbeitenden im allgemeinen oder gar nur von einer speziellen Kategorie, so würde darin umgekehrt das Zugeständnis enthalten sein, daß auch die Grundrente genau den gleichen Bedingungen unterliegt wie das übrige arbeitslose Einkommen und daß demnach in keinem Punkte für sie eine separate Behandlung notwendig ist. Entweder belastet die Grundrente auch heute schon, genau wie jeder andere Zins, den gesamten Gütertausch, dann entsteht sie nicht eigentlich auf dem Grund und Boden, sondern wird lediglich dort erhoben, oder sie entsteht wirklich auf dem Grund und Boden und dann ergäbe sich die ganz unhaltbare Konsequenz, daß die in dieser oder jener Form der Allgemeinheit zugeführte Grundrente nur von einem Teil der Menschen erarbeitet und bestritten werden müßte. Wir haben schon früher, speziell etwa auf dem Lande, den entrüstet erhobenen Einwand hören müssen, daß nach unserem (wunderbaren!) freiwirtschaftlichen Systeme schließlich nur noch die Bauern und alle diejenigen, die speziell den Boden bearbeiten, den Zins, resp. arbeitsloses Einkommen oder also einen Teil ihres Arbeitsertrages abzugeben hätten und daß schließlich allein aus ihrer Arbeit die Kinder der Gesamtheit ernährt werden sollten. Wir wissen, daß dieser Einwand nicht richtig sein kann; so lange aber nach unserer Theorie der Grund und Boden als Kapital eine besonders zu behandelnde Rente erzeugen soll, so lange muß auch dieser Einwand logischerweise richtig sein und dem ganzen Freiwirtschaftssystem immer wieder das Genick brechen.

Auf die Gründe, die im übrigen zum Nachweise der Unwirksamkeit der Gesell'schen Bodenreform im Hinblick auf die Expropriation der Grundrente geltend gemacht worden sind, tritt die Antwort Bernoullis überhaupt nicht ein und widerlegt sie daher auch in keiner Weise.

Gesell: Völlig unverständlich. Nach diesem Satze ist die Ernte des Bodenpächters Grundrente. Das, was er nach Zahlung des Pachtgeldes in Händen behält, ist arbeitsloses Einkommen. Wie gesagt, der Satz ist unverständlich, ist wohl durch die Maschine verstümmelt worden. Und was sind das für Bodenschätze, die das Freiland nicht konfisziert oder expropriert?

These 6. *Ein Landmonopol existiert heute nicht, ebensowenig wie heute von einem Monopol an einzelnen Bodenfrüchten oder Bodenschätzen gesprochen werden kann.*

Kritik: Jeder Fleck Erde besitzt Monopolcharakter; dieselbe geographische Lage kommt nur einmal vor. Der Monopolcharakter kann indessen verstärkt oder abgeschwächt werden in dem Maße als die Nutzung des betr. Landstückes durch die Nutzung eines andern Landstückes konkurrenziert werden kann.

Aus diesem Grunde kann als absolutes Monopol betrachtet werden der Besitz eines Bauplatzes an den Boulevards von Paris, an der Friedrichstraße in Berlin usw., der Besitz eines Rebberges in der Champagne oder in Rüdesheim, der Besitz der elsäßischen Kaligruben, der Steinkohlengruben, bestimmter Marmorbrüche, der Besitz von Uferstrecken am Rhein- oder Niagara-fall, der Besitz einer Quaistraße in London, in New-York, der Besitz der Quellen von Baden, Aachen, Ragaz usw., der Besitz von Diamantfeldern und Goldgruben (auf den Monopolcharakter des Goldes ist die Goldwährung aufgebaut). Durch Truste kann der Monopolcharakter von Boden-

schätzen zum absoluten Monopol verstärkt werden (Petrol in Amerika und Cement in der Schweiz).

Replik: Der Monopolcharakter der einzelnen Teilstücke der Erdoberfläche ist allerdings nicht zu bestreiten, dagegen muß gerade in diesem Zusammenhange wieder die schon mehrmals geltend gemachte Einheitlichkeit aller Materie berücksichtigt werden. Alle Materie, inkl. der Kräfte, hat im ganz gleichem Sinne Monopolcharakter wie die einzelnen Teile der Erdoberfläche. Jeder Teil der Materie, der hinterste Nagel so gut wie der Platz, auf dem das Operngebäude in Paris steht, kann individuell gefaßt werden und besitzt dann Monopolcharakter. Diese Erscheinung ist daher wirtschaftlich gar nicht besonders interessant. Von Bedeutung ist einzig die Frage der wirtschaftlichen Ersetzbarkeit des einen Stückes durch das andere. Ein bestimmter Nagel kann, wenn es sich nicht gerade um eine Reliquie handelt, leichter ersetzt werden als ein bestimmter Geschäftsplatz an der Friedrichsstraße in Berlin. Aber auch dieser ist ersetzbar, wie die ganze Entwicklung von Großberlin gezeigt hat, die zu einer ständigen Verrückung des Verkehrszentrums oder jedenfalls der meistbegehrten und daher teuersten Geschäftslage nach Westen gebracht hat. Derartige Verschiebungen in den Großstädten zeigen, daß wirtschaftlich alles, auch die „Geschäftslage“ in den Großstädten beliebig vermehrbare und ersetzbar ist. In Bern galt noch bis vor 30 – 40 Jahren die Kramgasse (franz. La grande rue!) als die bestgelegene Geschäftsgasse; inzwischen hat sich die Geschäftslage auch hier ständig nach Westen verschoben und die Kramgasse gehört heute zur geschäftsarmen Altstadt; sie war offenbar ersetzbar. Gleiche Erfahrungen werden überall gemacht und diese Erfahrungen zeigen, daß immer dann, wenn die Bodenpreise eine bestimmte Höhe erreicht haben, „unerschwinglich“ geworden sind, die Entwicklung andere Stadtteile erfaßt und dann gerade die in einem gewissen Zeitpunkte unersetzlich scheinenden Lagen im Stiche läßt.

Beim Boden, der wegen seiner Schätze oder seiner besonderen klimatischen Lage wirtschaftlich besonders wertvoll ist, ist es nicht am Platz als solcher, sondern das, was auf diesem Platz an Schätzen zu finden ist, oder besonders Gutes wächst, das den Boden unersetzlich erscheinen läßt. Wirtschaftlich ist er aber auch nur scheinbar nicht ersetzlich. Sobald während des Krieges die Kohlenpreise infolge Rückganges der Transportmöglichkeiten und der Produktion eine gewisse Höhe erreicht hatten, entschloß man sich z. B. in der Schweiz außerordentlich leicht, die Bundesbahnen zu elektrifizieren und die Wasserkräfte in vermehrtem Maße auszubeuten. Als die französischen Weine kaum mehr erhältlich waren, wurden amerikanische und afrikanische Weine eingeführt. Am schwierigsten ersetzlich sind erfahrungsgemäß immer nur Luxussachen, wie seltene Mineralien, Delikatessen usw., alles also Dinge, die nicht lebensnotwendig sind und die daher wirtschaftlich ohnehin eine geringe Rolle spielen. Es verhält sich mit diesen natürlichen Raritäten wie mit gewissen Raritäten menschlicher Kunst und Produktivität: Rembrandtbilder kann auch nicht jeder Mensch besitzen, Millionen Menschen sterben, ohne Neapel gesehen zu haben, ohne Rudesheimer zu trinken und Caruso zu hören. Wirtschaftlich hat das alles gar nichts auf sich, weil diese Dinge ganz unwichtig sind und wem sie wichtig genug erscheinen, der soll auch etwas dafür bezahlen.

In dem allem ist aber auch hier wieder zu bedenken, daß die Expropriation des Landes ohne die gleichzeitige Expropriation der Landesproduktion sowieso eine halbe Sache ist und gerade die am schwierigsten ersetzlichen Bodenprodukte gar nicht berührt. Wenn z. B. auch die Weinbauern in der Champagne ihre Rebberge vom franz. Staate pachten müssen, so können sie

ihre Weinmonopolpreise immer noch beherrschen wie heute. Es ist auch nicht anzunehmen, daß bei Weiterverpachtungen die vollen, den Monopolpreisen entsprechenden Pachtzinse erreicht werden könnten. Überall dort, wo der Staat etwas zu verpachten hat, schließen die Pachtinteressenten mit Vorliebe ausdrückliche oder stillschweigende Interessekonventionen ab, da dem Staate gegenüber gewöhnlich jedes Mittel gut genug ist, um die privaten Interessen zu fördern. Angesichts der Erfahrungen, welche schon heute mit den Staatsverpachtungen und den staatlichen Zwangsversteigerungen gemacht werden, braucht es eine für den Großteil unerschwingliche Dosis Idealismus, um an die Wirksamkeit einer auf das Obereigentum beschränkten Expropriation zu glauben. Es besteht vielmehr aller Anlaß zu der Annahme, daß die Zustände mit dem Bodenproduktenmarkt viel willkürlicher würden als heute und daß die Möglichkeit der Ausbeutung der Mitmenschen in dieser Hinsicht eher wachsen als sinken würden.

Gesell: Nach dieser These besäße der Mann, dem die ganze Erde gehört, noch kein Monopol, da es ja noch Erde auf dem Mond gibt. Auch Pharao hatte kein Monopol, da es noch Land außerhalb Ägyptens gab. Der König von England, dem nominell die ganze Insel gehört, hat aus den gleichen Gründen kein Monopol. Aber es gab eine Zeit, wo es den Bürgern nicht möglich oder nicht leicht war, die Insel zu verlassen. Damals gab es wohl ein Landmonopol. Auch auf den Gütern des Herzogs von Ratibor gibt es kein Monopol. Das alles stimmt, wenn an das Wort hart im etymologischen Sinne auffaßt. Geben wir dem Worte aber den heute üblichen relativen Sinn, so stimmt es doch mit dem Landmonopol. Innerhalb seines Gutes hat der Bauer ein absolutes Monopol. Innerhalb seiner Güter hat der Graf ein Monopol. Innerhalb der Staatsgrenzen hat der Amerikaner ein Monopol, das den Einwanderern sehr nachdrücklich unter die Nase gerieben wird. Und innerhalb der Konkurrenzunfähigkeit der Surrogate hat der Petroltrust usw. sicher ein Monopol. Ein Monopol herrscht überall dort, wo das Arbeitsprodukt beim Verkauf mehr einbringt als der dafür bezahlte Lohn. Muß man für die Benützung des Bodens dem Besitzer eine Rente zahlen, so nenne ich das ein Monopol. Wer dem Worte einen andern Sinn unterlegt, müßte erst sagen, was er unter Monopol versteht. Im etymologischen Sinn gibt es gewiß kein *Monopol*, mit Ausnahme der Staatsmonopole. Aber ob es nur einen Grundbesitzer gibt, oder deren 1000, was kann das dem Proletariat verschlagen? Wäre er nicht besser dran, wenn der gesamte Grundbesitz in einer Hand vereinigt wäre? Hätten es die Russen nicht viel leichter, das grundbesitzende Schmarotzertum abzuschütteln, als etwa die schweizerischen Proletarier, die es nicht mit einer Handvoll Großfürsten zu tun haben, sondern mit 100 000 Bauern, die bereit sind, ihr Eigentum und das der Hypothekenbank gegen die Enterbten bis zur letzten Giftgasblase zu verteidigen?

Natürlich, wenn nach These 1 der Boden beliebig vermehrt werden kann, so kann überhaupt nicht mehr von Monopol geredet werden. Dann heißt Bodenmonopol so viel wie Luftmonopol. Um uns um ein Werbeschlagwort ärmer zu machen, verneinen unsere Gegner das Bodenmonopol, indem sie das Wort absolut fassen. Es ist aber nicht unsere Sache, das Bodenmonopol auch im relativen Sinne zu verneinen, wenigstens so lange nicht, bis wir einem anderen ebenso aufreizenden deutschen Ausdruck Eingang verschafft haben. Die Gegner, die das Bodenmonopol leugnen, die frage man, ob die Reichsbank ein Notenmonopol hat, unter dem Hinweis darauf, daß es in Süddeutschland noch mehrere Noteninstitute gibt.

These 7. *Der Grund und Boden unterliegt wirtschaftlich in seinem Werte ebensosehr dem Schwunde wie irgend eine materielle Ware. Der Bodenbesitzer steht infolgedessen im Austausch nicht auf der Seite des Geld- sondern auf der des Warenbesitzers.*

Kritik: Daß der „Wert“ von Grund und Boden dem Schwunde unterliegt, ist ein Widerspruch. Wenn der Begriff eines wirtschaftlichen Wertes überhaupt etwas bedeutet, so ist es etwas Feststehendes.

1. Die Grundfläche des Bodens unterliegt keinem Schwunde.

2. Die Bodenmeliorationen wie die auf dem Boden errichteten Bauten und Fabriken usw. sind dem Schwunde unterworfen.

3. Der Bodenbesitz von Grund und Boden bringt eine dem Grade der Nachfrage entsprechende arbeitslose Rente.

Der Grundbesitzer wird also, wenn er von einem Schwunde des Bodenwertes spricht, entweder das Schwinden von Bodenverbesserungen meinen, was aber mit der Grundrente gar nichts zu tun hat, oder aber er meint das Schwinden der Nachfrage von Seiten der Bodenbenützer, womit dann die arbeitslose Rente auch schwindet.

Der Bauer kann sein Ackerland bei voller landwirtschaftlicher Nutzung der Kommune zur Anlage einer Siedlung vorenthalten, sein Grund- und- Bodenwert leidet dadurch keinen Schwund.

Ein Gärtner kann bei ebensolcher Benutzung sein Land zur Anlage einer Fabrik verweigern und erleidet dadurch ebensowenig Schwund.

Der Landbesitzer ist heute nur in einer Zwangslage, wenn er das Land mit einem höheren Betrag zu Buch hat als die derzeitige Rente ausmacht. Das Land ist heute soweit es verschuldet ist, dem Kapital tributpflichtig und kann deshalb seinen Monopolcharakter heute nicht so schroff zur Auswirkung bringen, als später in einer zinsfreien Wirtschaft. Der landwirtschaftlich genutzte Boden macht insoweit eine Ausnahme, als seine Bodenfrüchte in einer zinsfreien Wirtschaft durch Plantagen in entfernteren Orten konkurrenziiert werden können. Indessen winkt auch hier das Heimatgefühl korrektiv.

Replik: Was hier zu replizieren ist, ist schon zum größten Teil enthalten in den Erörterungen über die wirtschaftliche Begrenztheit oder Unbegrenztheit der Erdoberfläche. Es ist auch hier wieder von der Einheitlichkeit der Materie auszugehen. Wirtschaftlich ist auch die Erdoberfläche in genau gleichem Sinne dem Schwunde unterworfen wie irgend etwas. Einen Schwund in absolutem Sinne gibt es für die Materie nicht. Geernteter Weizen schwindet auch nicht unbedingt, sondern nur der Form und der Gestalt nach, er verfault oder verdirbt als Weizen aber nicht als Materie. Das Wasser verdunstet, aber es bleibt Wasser, das Eisen verrostet, aber es bleibt Eisen, selbst das gestorbene Lebewesen bleibt als Materie der Erde erhalten. Überall findet lediglich ein Zerfall, eine Auflösung in neue Formen und Gestalten mit neuen, gewöhnlich etwas beschränkten Wirtschaftsausbeutungsmöglichkeiten statt. So auch beim Lande: Der Urboden, wie ihn die Natur ohne jedes Zutun des Menschen bietet, schwindet nicht, sowie das wilde Weizenkorn nicht schwindet, das fällt und neue Weizenhalme treibt. Sobald jedoch ein Bodenstück oder irgend ein bewegliches Stück Materie wirtschaftlich für spezielle menschliche Zwecke einmal erfaßt war, so schwindet es wirtschaftlich wieder, sobald es seinen Zweck verfehlt und zwar in der Regel im gleichen Maße als bereits menschliche Arbeit darauf verwendet worden ist. Die Regel hat nur scheinbare Ausnahmen. Das Gold hat seinen Wert, sobald es gefunden ist, geht es aber wieder rein

körperlich verloren, so ist auch sein wirtschaftlicher Wert dahin bis die Arbeit, die bereits darauf verwendet gewesen war, wieder geleistet worden ist, nämlich bis es wieder gefunden ist. Ein Stück Waldland kann als Bauland einen Wert haben, wenn es in bewohnten Gegenden liegt, weil für diesen Zweck wirklich ausschließlich der Platz als solcher eine Rolle spielt; dieser Wert kommt ihm aber nicht als Wildland oder als Teil der Erdoberfläche zu, sondern lediglich infolge seiner Lage, seiner Nähe zu einer bereits für die menschlichen Wohnbedürfnisse mehr oder weniger zubereiteten Landesgegend. So lange die künstlichen, der menschlichen Arbeit zu verdankenden Wohn- und Verkehrseinrichtungen intakt bleiben, behält die fragliche Wildlandparzelle ihren wirtschaftlichen Wert, verliert ihn aber im gleichen Maße als die Ameliorationen schwinden und sinkt auf Null zurück, sobald die ganze Gegend wieder verwildert.

Die spezielle Widerlegung der Gegenschlüssigkeit der von Bernoulli angeführten Beispiele fällt auf Grund dieser allgemeinen Erörterungen nicht schwer. Wenn ein Bauer sein infolge der Entwicklung der naheliegenden Stadt bereits in der ausschließlich der Wohnlandzone gelegene Kulturland als solches weiterbewirtschaftet und damit für Wohnzwecke vorenthält, so schwindet natürlich sein Land nicht. Er befindet sich aber ungefähr in der gleichen Lage wie der südamerikanische Farmer, der aus Starrköpfigkeit seinen Mais lieber zur Feuerung seiner einheimischen Bahnen hergibt als daß er ihn zu einem niedrigeren Preise als er sich in den Kopf gesetzt hat, zum Konsum als Nahrungsmittel auf den Markt wirft. Es ist eine Spekulation wie eine andere. Sie kann glücken aber auch mißraten. Solche menschliche Eigenheiten lassen sich übrigens auch mit dem Gesellschen Freilandsystem nicht bekämpfen, solange die staatliche Verpachtung in der vorgesehenen gebundenen Weise vor sich geht. Wer daher wirklich die individuelle Freiheit in solchen Dingen von Gesellschaftswegen beschränken will, muß sich schon zum marxistischen Sozialismus bekennen.

Endlich wird im weitem von Bernoulli in diesem Zusammenhange die Tributpflicht des heutigen Landbesitzes dem Kapitale gegenüber zugestanden, dann aber gleich beigefügt, daß in der zinsfreien Wirtschaft diese Tributpflicht aufhöre und daß sich der Monopolcharakter des Landes dann in aller Schroffheit auswirken könne. Diese Annahme wäre, wenn sie wirklich richtig wäre, für die Gesellsche Gold- und Währungstheorie vernichtend. Entweder stimmt die Währungs- und Goldreform Gesells oder sie stimmt nicht. Stimmt sie, dann wird sich auch das sich auf Grund und Boden flüchtende Kapital infolge des Schwundes derart konkurrenzieren, daß sich der sinkende Zinsfuß auch dort geltend macht. Schon heute stellt sich, wenn das Kapital in vermehrtem Maße sich auf das Land flüchtet, ein Sinken des Hypothekarzinsfußes ohne weiteres ein; warum sollte es nach der Einführung von Festwährung mit Freigeld anders sein? Wer fliehen muß, nimmt jede Bedingung an, die seiner Not entspricht; das vom Schwund gepeitschte oder gepeinigte Kapital wird nirgends mehr Ruhe finden, auch auf dem Lande nicht. Stellt man sich diese Flucht in der Form des vermehrten Hypothekenkapitalangebotes vor, so ist ohne weiteres klar, daß sie sich in der Form von Kaufangeboten vollzieht, dann können allerdings vorwiegend die Landpreise in die Höhe gehen, gleichzeitig wird aber das sich so flüchtende Kapital in Grund und Boden, wegen dessen relativer, wirtschaftlichen Unbegrenztheit versickern. Bekanntlich hängt auch beim Bodenkapital die Rente nicht einfach von der Höhe des investierten Kapitals, sondern umgekehrt dem Kapitalwert von der effektiven Rendite des Grund und Bodens ab. Die Rendite hat aber immer ihre Grenze und

übertriebene Mietzinse bringen auch die Geschäftsleute und die Wohnbedürftigen zur Flucht. Wenn bereits bewohnter Grund und Boden und bereits bestehende Häuser überzahlt und bei der Vermietung zu teuer abgegeben werden sollen, so rentiert sich das Erstellen neuer Häuser und die Inangriffnahme neuen Landes so gut, daß die Preise und die Mietzinse der alten Häuser außerordentlich rasch wieder sinken. Das Kapital müßte einen derartigen Kampf sofort wieder aufgeben, weil es nicht nur mit der Konkurrenz der neuen Häuser zu rechnen hätte, sondern auch noch mit dem Schwund seiner eigenen Liegenschaften, und unter dem doppelten Druck bleiben würde, dem es heute schon untersteht. Es ist übrigens auch gar nicht einzusehen, warum nicht heute schon die Grund- und Bodenbesitzer ihr Monopol viel besser ausnützen würden, wenn es anders wäre; wenn wirklich eine Möglichkeit hierfür jemals bestehen könnte, so müßte sie schon heute bestehen und nichts vermöchte die Grundeigentümer zu verhindern, ihr angebliches Monopol so auszu-beuten, wie sie es angeblich unter der zinsfreien Wirtschaft tun werden. Aber gerade der Umstand, daß auch heute die im Boden investierten Kapitalien in ihrer Rendite dem allgemeinen Kapitalzinsfuß konsequent folgen, läßt genügend darauf schließen, daß es auch unter der Freiwirtschaft so sein muß. Einzig der falsche Glaube, daß das Land als materielles Wirtschaftsgut besondere Stellung innehat, kann zu einer Verknennung dieser sonst ganz klaren Sachlage verleiten.

These 8. *Das Geld regiert heute auch den Landbesitz so gut wie den andern Produktionsmittelbesitz. Infolgedessen erzwingt es auch die Bodenrente, die einzig dem heutigen Geld- und Währungssystem ihre Entstehung verdankt.*

Kritik: Die Bodenrente verdankt nicht dem heutigen Geld- und Währungssystem ihre Entstehung, sie hat schon in geldfreier und in geldarmer Wirtschaft bestanden. Das Mißverhältnis erklärt sich aus der ungenauen Definition Roth's der Grundrente. Die Christen'sche Definition erklärt, wieso schon im frühen Mittelalter eine Bodenrente bestehen konnte, und eine solche nach der Beseitigung der Zinswirtschaft bestehen wird. „Den jährlichen Ertrag, der aus dem Eigentum von Grund und Boden fließt, nennt man Grundrente.“ Ob dieser Ertrag nun in Form von Hühnern, wie im Mittelalter, oder von Elephantenzähnen, wie in Afrika, oder von Geld, wie bei uns, gezahlt wird, ist einerlei.

Replik: Aus dem bloßen Eigentum an Grund und Boden fließt vom wirtschaftlichen Standpunkte aus kein Ertrag, der nicht wie überall, wo wirtschaftliche Werte entstehen, auf die menschliche Arbeit zurückzuführen wäre. So wenig wie das Weyermann'sche Ei des Huhnes oder das Ei des Weyermann'schen Huhnes den natürlichen Zins des Huhnes darstellt, ebensowenig gibt es einen natürlichen Zins des Bodens. Beim gänzlich unkultivierten Land müssen die natürlichen Früchte (wie etwa die Waldbeeren und Wildfrüchte, das dürre Holz, das Wildheu) zuerst gepflückt, gesammelt oder geschnitten, d. h. dem Konsum zugeführt werden, bevor sie die Wirtschaft des Einzelnen oder der Gesamtheit interessieren können; vorher sind sie für die Wirtschaft gänzlich indifferent. Die brachliegende Bauparzelle gibt überhaupt keinen Ertrag, bevor sie bearbeitet wird. Dagegen kann sie einen Preis haben, dank den Zubereitungen und Ameliorationen, welche auf dem Nachbarland in der unmittelbaren oder mittelbaren Nähe zu Wohnzwecken getroffen werden. Alles was also dem Grundeigentümer

als Rente, also als arbeitsloses Einkommen zufließt, ist ein Teil des Ertrages der Arbeit, dem die Bewohner oder (Be-) Bauern auf dem Lande errichten. In seiner Urform entsteht auch dieser Zins nicht an Ort und Stelle, d. h. nicht bei der Ausbeutung des Landes, sondern im Austausch zwischen Ware und Geld.

Der Einwand, daß lange vor der sogenannten Geldwirtschaftsepoche Grundrente bezahlt und erhoben worden sei, stimmt, widerspricht aber der vorstehenden Auffassung nicht. Letzten Endes beruht jeder Zins als arbeitsloses Einkommen auf einem Gewaltakte. Dabei ist vollständig gleichgültig, ob dieser Gewaltakt der Ausfluß einer Privatwillkür oder staatlich organisierter Macht ist. So wurde die Grundrente ursprünglich vom unterdrückten Bewohner des eroberten Landes mit Gewalt erhoben; später bildete sich ein ähnlicher Zustand mit Hilfe des Rechtsprinzipes aus, wobei das Recht mit der vollen Staatsmacht ausgerüstet wurde, damit die Ausübung des gewaltmäßigen Zwanges dem Rentner von der Rechtsordnung abgenommen wurde. Einzig mit solcher Gewalt ist auch zeitweise ein wirkliches Bodenmonopol geschaffen worden, dessen Existenz aber nicht in der Begrenztheit der Erdoberfläche, sondern in der Begrenztheit des zum Bodenbesitz zugelassenen Personenkreises begründet war. Mit ähnlichen Mitteln ordnete und beherrschte auch der Feudalstaat die Bodenbesitzverhältnisse. Der Liberalismus gab das Bodenmonopol wieder auf, behielt aber das Geldmonopol bei und lieferte damit auch die Bodenvirtschaft dem mit Staatsmacht wertbeständig gehaltenen Gelde, d. h. der modernen Geldwirtschaft aus. So gut wie in den ersten bekannten Wirtschaftsepochen ist dies auch in der letzten, der kapitalistischen Epoche nicht eine Folge der natürlichen Ordnung der Dinge, sondern eine Folge der künstlichen Einrichtungen unserer Wirtschaft. Der moderne, kapitalistisch eingestellte Bodeneigentümer hat kein anderes Mittel, andere auf seinem Lande für sich arbeiten zu lassen, als sein Geld, resp. das Mittel, sein Land gegen ständiges Geld umzutauschen, mittelst dessen er dann Zins erpressen kann. In den meisten Fällen beruht der Abschluß des Rentenvertrages (Miet- oder Pachtvertrag) auf einem abgekürzten Verfahren: Der Bodenbesitzer verlangt seinen Bodenzins von vornherein so, wie wenn sein Boden, sein Haus, sein Heimwesen bares Geld wäre, das der Bodenbenützer von ihm leihen wollte; statt daß er sein Land unter allen Umständen verkaufen würde, und damit dem andern zumuten müßte, sich das nötige Geld zur Übernahme des Eigentums gegen eine entsprechende Zinsverpflichtung anderswo zum Ankauf zu entlehnen, spielt der Bodenbesitzer selbst den Kapitalisten und vermietet sein Haus gegen einen Bodenzins, der eigentlich Geldzins ist. Daraus erklärt sich auch die Erscheinung, daß Boden- und Geldzins sich ihrer Höhe nach immer auf der gleichen Linie bewegen. Würde den Bodeninteressenten zinsloses Geld zum Ankauf zur Verfügung stehen, oder hätte der Bodeneigentümer nicht die Möglichkeit, sich mit seinem Besitze in das wertbeständige Geld zu flüchten, so wäre ein Bodenzins in der modernen Wirtschaft tatsächlich nicht mehr denkbar. Die heutige Form des Geldes ist infolgedessen auch die einzige und ausschließliche Ursache der heutigen Grundrente.

Gesell: Die humoristische Stimmung, in die uns die in These 7 und 8 gemachten Behauptungen versetzen, entschädigt uns für die kostbare Zeit, die uns die Thesen gestohlen haben, nicht ganz. Es bleibt ein bitterer Geschmack übrig. Was bei Nichtgebrauch beim Boden schwindet, das ist die darauf verausgabte menschliche Arbeit. So z. B. ein Haus. Das Haus stürzt ein, oder verbrennt, der Boden aber bleibt unberührt. Roth macht aus der Grundrente Kapitalzins. Da das angelegte Kapital schwindet und

damit auch der Zins dieses Kapitals, so folgert er, daß auch der Boden verschwindet.

Roth hat in seinen Thesen nicht mit einem Worte das Lohnproblem erwähnt. Er hat das Problem vom falschen Ende her angepackt. Wonach richtet sich der Lohn der des Bodens beraubten Proletarier? Das ist der Ausgangspunkt für jede fruchtbare Kritik.

Auf den Inseln des stillen Ozeans ritzen sich die Insulaner das männliche Glied der Länge nach auf, um die Menschendichte dem beschränkten Boden anzupassen. Warum vergrößern sie nicht die Insel, wenn das nach Roth möglich ist? Keine Geldwirtschaft, kein Kapitalzins hindert sie daran? Bei den Philistern und den ändern Völkern, die das gelobte Land umgaben, herrschte Moloch. Warum töteten diese braven Menschen ihre Säuglinge? Waren es etwa entartete Menschen? Oh, nein, sie hatten keinen Platz für solchen Nachwuchs. Moses war darauf besessen ins gelobte Land zu kommen. Das „gelobte Land“? Warum blieb er nicht in der Wüste? Unter Moses Herrschaft gab es keinen Zins. Warum nun verwandelten die Juden die Wüste nicht in ein gelobtes Land? Nach Roth's Thesen sind ja alle bekannten Begriffe, die wir vom Boden haben, fruchtbar, Wüste, Kieselland, Sümpfe, Hagelgebiet, steinig, windig, ungesund, Flugsand, kalt, warm, heiß, Lehmboden, Sandboden, schiffbare Flüsse, natürliche Häfen, usw. inhaltslose Worte, vom Kapitalzins geschaffene Differenzierungen.

Heute trieft der Boden von Grundrente. Schafft man den Zins ab, so triefen die Wüsteneien ebenso von Milch und Honig, wie das gelobte Land!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß man schlechten Boden, schlecht gelegenen Boden durch Kapitalaufwendungen bessern, dem guten Boden ähnlich, manchmal gleich machen kann. Aber da diese Kapitalaufwendungen, neben dem Zins noch für den Schwund, dem sie unterliegen, zu sorgen haben, so würde solches Land auch bei zinsfreien Darlehen, dem guten, von Natur gutem Land immer wenigstens um den Betrag des jährlichen Schwundes der Kapitalaufwendungen nachstehen. Die Inseln des Ozeans werden mit der Entwicklung des Flugwesens als Notlandeplätze sicher einmal große Bedeutung gewinnen. Und die Grundbesitzer dieser Inseln werden den in Luftnot geratenen Reisenden gegen Zahlung gerne die Möglichkeit zum Landen gewähren. Nun kann man auch künstliche Inseln bauen, die demselben Zweck dienen. Große eiserne Flöße. Sie werden das Monopol brechen. Aber den Vorzug, daß die natürlichen Inseln und Notlandeplätze keine Unterhaltungskosten verursachen werden, nehmen ihnen die künstlichen Konkurrenten nicht. Und dieser Vorzug ist dann Grundrente. 10% des Kapitals müssen die künstlichen Inseln an Reparaturen und Abschreibungen in Rechnung stellen. Wenn sie auf ihre Kosten kommen wollen und bei diesen 10% beginnt erst für die Besitzer der natürlichen Inseln die Notwendigkeit sich um die Konkurrenz zu kümmern.

Bei gleicher Arbeit ist der Arbeitsertrag verschieden, je nach dem Boden, den man zur Verfügung hat und dieser Unterschied ist die Grundrente.

These 9. *Durch die Einführung der Festwährung mit Freigeld wird auch die Grundrente in gleicher Weise und im gleichen Maße wie der übrige Kapitalzins zum Sinken und zum Verschwinden gebracht.*

Kritik: Durch Einführung der Indexwährung wird der Zins gesenkt. Dadurch wird die Anlage von Kraftwerken, Meliorationen aller Art, von Ferntransporten außerordentlich erleichtert. Soweit diese Erleichte-

rungen nicht durch das Steigen der Löhne wettgemacht werden, können die Bodenfrüchte unserer Landesgegenden nur durch bisher weniger intensiv bebaute Gegenden konkurrenziert werden. Die Grundrente wächst nun selbstverständlich in den dortigen Gegenden. Es wird dann bei uns das Freiland des III. Grades in Angriff genommen werden. Sollte man damit der ausländischen Konkurrenz nicht die Spitze bieten können, so sinkt bei uns die ländliche Grundrente. Gleichzeitig muß aber die städtische und namentlich die suburbane außerordentlich stark ansteigen, denn die lebhaftere, ununterbrochene Tätigkeit, die auf die Nachfrage nach Grund und Boden wirkende Bevölkerungsvermehrung machen sich hier geltend.

Von einem „Verschwinden“ der Grundrente ist keine Rede. Wieso käme irgend ein Grundbesitzer dazu, sein Land ohne Entgelt zu verpachten, nun, da die Nachfrage nach Land gestiegen ist?

Das Memorial Roth basiert auf einem Mißverständnis. Roth spricht die Verzinsung des zum Ankauf von Land verwendeten Kapitals als Grundrente an und folgert, daß mit dem Verschwinden des Zinses auch die Grundrente verschwinden muß. Eine Klarstellung geht hervor, aus nachgehendem Zitat aus Eberstadts „Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage“:

„Die Baustelle wurde im Mittelalter nicht verkauft, sondern gegen einen festen jährlichen Zins verliehen; der Erwerber hat keinen Kaufpreis für den Boden aufzubringen, sondern nur eine Rente zu zahlen; die errichteten Baulichkeiten selbst wurden sein Eigentum. Der Bodenzins des ursprünglichen Eigentümers ist im übrigen regelmäßig fest und unveränderlich. Der Zins gilt nach der Ausbildung der Erbleihe als eine „ewige Rente“, die sich weder der Zeit noch dem Betrage nach ändern soll.“

Nur heute wird man sein Eigentumsrecht an Grund und Boden und damit sein Recht auf eine ewige Rente preisgeben, weil man dafür ein Kapital eintauschen kann, das den „ewigen Zins“ gewährt.

Sobald das Kapital keinen Zins mehr abwirft, wird der private Bodenbesitzer seinen Boden behalten und die ewige Rente durch Verpachtung zum Fließenden bringen.

Wenn die Indexwährung durchgeführt, aber die Bodenverstaatlichung versäumt wird, so wird die Bodenrente rasch anwachsen und die ganze Reform des Geldwesens illusorisch machen. Der Grundbesitzer wird nun von der Arbeit sein arbeitsloses Einkommen abpressen können, das bisher der Kapitalbesitzer von der Arbeit bezogen hat.

Replik: Aus dem soeben in der Replik zur vorhergehenden These Gesagten ergibt sich von selbst, daß die Grundrente nicht die Folge der Nachfrage nach dem Lande selbst, sondern die Folge der Nachfrage nach dem zum Ankauf von Land nötigen Kapitale ist. Die Steigerung der Nachfrage nach dem Lande erhöht nicht die Grundrente, sondern nur den Bodenpreis. Eine unter der Herrschaft der Indexwährung sich einstellende Erhöhung der Nachfrage nach Land wird demnach die Grundrente weiter gar nicht berühren, so lange nicht auch eine erhöhte Nachfrage nach Kapitalien zur Investierung im Lande eintreten würde. Dieser Fall wird aber nicht gegeben sein, sondern ganz im Gegenteil wird sich nach der Anschauung Bernoullis das sich ständig vermehrende und aus andern zinslosen Anlagen fliehende Kapital geradezu nach dem Land drängen, so daß ein höheres Kapitalangebot vorliegen wird, auch dann noch, wenn sich event. noch die Nachfrage nach Land steigern sollte.

Wie es dem „streikenden“ Landbesitzer ergehen muß, der sein Land weder verkaufen, noch zu dem allgemein sinkenden Zinsfuß oder gar un-

entgeltlich verpachten will, läßt sich aus allem bereits Gesagten ohne weiteres folgern. Er wird zusehen müssen, wie die Nachbarn ihr Land von Herzen gerne und zu guten Preisen verkaufen und wie seine Ameliorationen und damit sein Landwert überhaupt schwinden und schließlich auch dankbar sein, wenn ihm jemand den Wert seines Vermögens erhält. Einzig wenn er Bauland in guter, stark überbauter Gegend besitzt, kann er eine Zeitlang auf einen bessern Preis spekulieren, muß aber dann auch sehr aufpassen, daß er den richtigen Moment nicht verpaßt. Grundrente in einem den sinkenden Zinsfuß übersteigenden Maße wird er aber keiner falls mehr erzwingen können, ebenso wenig wie heute.

Die Richtigkeit und Begründetheit dieser Erwartung zeigt auch noch folgende Überlegung. Gesell, und mit ihm auch Bernoulli, nimmt immer ohne weiteres an, daß sich unter der Freiwirtschaft die Produktion notwendigerweise viel intensiver gestalten werde als sie bis heute gewesen sei. Das ist möglich, braucht aber gar nicht so zu sein. Unbedingt sicher ist nur das eine, daß sich infolgedessen auch die Kapitalbildung und der Kapitalbesitz verschieben muß. Heute bilden oder erhalten sich die großen in wenigen Händen vereinigten Kapitalien vornehmlich aus Konjunkturgewinnen und arbeitslosem Einkommen; diese beiden Wege der Kapitalbildung werden durch die Indexwährung unterbunden und alles was sich bis jetzt aus dem Produktionsertrage dorthin ergoß, wird den Arbeitenden verbleiben; infolgedessen werden schließlich nicht mehr in erster Linie die Spekulanten, Schieber und Finanzkreise die Inhaber der großen Kapitalien sein, sondern die Arbeitenden. Dieser Verschiebungsprozeß wird sich deswegen noch beschleunigen müssen, weil schon bald nach Beginn der Stabilisierung der Kaufkraft das allgemeine Sinken des Zinsfußes die Inhaber des gegenwärtigen Kapitalbesitzes, soweit sie nicht in der Lage sind, sich in der Arbeit ebensogut zu bewähren wie bis dahin beim Spekulieren und Couponschneiden, gelungen sein werden, ihren Kapitalbesitz sukzessiv zu liquidieren und aufzuzehren. Es werden also auch die Grundbesitzer, soweit sie ihren Besitz nicht selbst bearbeiten, eher zur Liquidierung desselben gezwungen sein als heute. Neben der Bildung neuer Kapitalien, die sich bei anhaltendem Fortgang einer heute auch nur als normal geltenden Durchschnittsproduktion immer ergeben muß, wird auch diese Verschiebung im Kapitalbesitz zurückdrückend wirken, da die arbeitenden als neue Kapitalbesitzer auf der Zinsseite viel weniger interessiert sein werden als auf der Lohnseite. Dementsprechend werden sich auch sehr rasch die Renditenbegriffe nach der Arbeit und deren Lohn orientieren, und zu einer neuen wirtschaftspsychologischen Einstellung führen müssen, die es dann auch vom psychologischen Standpunkte aus leicht begreiflich erscheinen lassen wird, daß ein verknöchertes, alter Landbesitzer schließlich tatsächlich keine Pächter oder Mieter finden kann, die ihm noch arbeitsloses Einkommen gewähren würden; die Arbeit wird nur noch dann als rentierend empfunden werden, wenn sie möglichst wenig mit dem Kapitalbesitzer zu teilen hat und daher in erster Linie an diejenigen Betätigungsmöglichkeiten halten, wo der Zins möglichst klein und der Lohn möglichst groß ist. Übermäßig hohe Zinse werden heute schon in der Regel nur vom unsoliden Konsumenten und von unsoliden Unternehmern versprochen und bezahlt oder nicht bezahlt.

Das Gespenst der unter der Indexwährung stetig zunehmenden Bevölkerungsvermehrung braucht uns im Zusammenhang mit der Landfrage, ganz abgesehen von der nachgewiesenen, wirtschaftlichen Unbegrenztheit der Erdoberfläche, auch deswegen nicht zu schrecken, weil erfahrungsgemäß die Minderzahl mit der Erhöhung des Lebensstandards eher sinkt

als steigt. Ein Proletariat, d. h. eine auf tiefer Lebensstufe sich kaninchenmäßig vermehrende Rasse soll es unter der Freiwirtschaft nicht geben, wenn nicht alle bisherigen Erfahrungen trügen.

Schlußbemerkungen von F. Roth: Bernoulli glaubt, daß die neuen, von ihm angefochtenen Thesen zum Grundrentenproblem auf einem Mißverständnis beruhen, und führt als letztes Argument den „ewigen Zins“ des mittelalterlichen Feudalstaates an. Wenn irgendwo ein Irrtum vorliegt, so läßt sich ein solcher jedenfalls für dieses Argument anführen. Dieser „ewige Zins“ die „ewige Tributpflicht“ der feudalistischen Bodenrechtsordnung ist in der europäischen Rechtsgeschichte sattsam bekannt und wurde in der liberalistischen Epoche, wie schon mitgeteilt, durch die Einführung der obligatorischen Ablösbarkeit aller Grundlagen und Rententitel überwunden. Diese Neuerung wird noch heute mit vollem Rechte in der Rechtsgeschichte als die Tat gepriesen, durch welche das Landmonopol gebrochen und der Weg zu einer völligen Befreiung des Landes gebahnt worden ist. Inzwischen hat sich die Befreiung des Landes tatsächlich vollzogen, indem heute schlechweg jedermann rechtlich vollständig freien Zutritt zum Lande hat. Das Land ist heute wie irgend ein anderem Wirtschaftsgut Gegenstand des unbegrenzten, freien Güterverkehrs und braucht nicht mehr befreit zu werden. Dagegen muß nun heute noch die Benützung und Ausbeutung des Landes von dem modernen Kapitalzins befreit werden. Die Grundrente ist heute nichts anderes mehr als Kapitalzins und unterliegt in ihren Existenzbedingungen genau den gleichen Prinzipien wie irgend ein Kapitalzins. Gelingt es, mittelst der Geld- und Währungsreform den Kapitalzins zu überwinden, so wird davon auch die Bodenkapitalrente betroffen, und eine besondere Behandlung des Bodenkapitals ist gänzlich überflüssig. Gelingt dagegen die Überwindung des Kapitalzinses auf diesem Wege nicht, so müssen nicht nur das Land, sondern im Sinne und Geiste von Marx die gesamten Produktionsmittel expropriert und die gesamte Wirtschaft vom Sozialstaat übernommen werden.

Ob es gelungen ist, die Richtigkeit dieser neuen Einsicht in unserer modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der letzten klassischen Formulierung nachzuweisen, kann hier nicht entschieden werden. Jedoch darf gesagt werden. Il y a assez de lumière pour ceux qui ne désirent que de voir, et assez d'obscurité pour ceux qui ont une disposition contraire (Pascal).

So viel muß heute sicher und gewiß sein, daß die neuen Thesen zum mindesten so weit begründet worden sind, daß die heute von der Freiwirtschaftsbewegung verfochtene Bodenexpropriation mit gutem Gewissen nicht aufrecht erhalten werden kann. Sie ist, wenn vielleicht auch das Grundrentenproblem hier noch nicht in der letzten, mathematisch genauen Weise geklärt erscheinen mag, trotzdem heute bereits veraltet und überholt. Das Aufgeben dieser Forderung dürfte abgesehen hievon umso leichter fallen, als alle in der Propaganda gewissenhaft gesammelten Erfahrungen gezeigt haben, daß die Werbekraft des freiwirtschaftlichen Programms allein durch diesen Punkt immer wieder ernsthaft in Frage gestellt ist. Die Gesell'sche Freilandforderung mit Expropriation des Grund und Bodens und Verteilung der Mütterrente wird immer wieder von der großen Mehrzahl der in der Produktion tätigen Bevölkerung als sozialistisch-marxistisch und utopistisch entschieden zurückgewiesen und einzig deswegen das ganze Programm abgelehnt.

Am freiwirtschaftlichen Ziele soll nichts verrückt werden. Als solches kommt nur die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, Kontinuität der Produktion und die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, d. h. die Überwindung des arbeitslosen Einkommens in Frage. Zu dieser Verwirklichung sollten aber nur Mittel in Vorschlag gebracht werden, die sich wissenschaftlich gegen jedermann und unter allen Umständen verfechten lassen. Die Gesell'sche Indexwährung hat bis heute jeden Angriff abgehalten und jede Probe in dem bereits jahrzehntelangen Kampfe bestanden, der um sie geführt wird. Mit dem Freilande verhält es sich ganz anders. Selbst in den Kreisen der Freiwirtschaftsbewegung wird dieses Postulat, soweit es als Mittel zur Überwindung des arbeitslosen Einkommens in Betracht fiel, immer skeptisch und mit Vorsicht behandelt. Wissenschaftlich ist es bis heute noch nie überprüft und materiell nie umstritten worden. Dagegen dürfte die Zeit nun gekommen sein, wo sich die Gegner auf diesen Teil unseres Programms werfen werden, nachdem in Bezug auf die andern Teile der wissenschaftliche Sieg von der freiwirtschaftlichen Bewegung schon mehr oder weniger errungen ist. Es ist also heute doppelte Vorsicht am Platze, und besser wird dieses Postulat von vornherein fallen gelassen, als daß ein Kampf aufgenommen wird, zu dem die volle, einmütige Überzeugung bei uns selbst fehlt. Würde uns schließlich dieses Postulat von unsern Gegnern wieder aufgedrängt, so wird sich bis dahin die volle Klarheit längst eingestellt haben. Vorläufig ist die Situation aber so gestaltet:

Nach der alten Auffassung ist die Freilandforderung notwendig zur Erreichung des freiwirtschaftlichen Ziele.

Nach der neuen Auffassung ist die Forderung ganz überflüssig.

Solange also dieser Widerstreit nicht gelöst ist, wird ein gemeinsames Weitermarschieren am zweckmäßigsten dadurch ermöglicht, daß die Forderung vorläufig einmal zurückgestellt wird in der Meinung, daß sie erst dann wieder erhoben wird, wenn die weitere Klärung dies theoretisch und praktisch notwendig erscheinen läßt.

Die Praxis argentinischer Grundstücksverkäufe.

Besser und leichter als aus dem Studium wissenschaftlicher Werke kann der Neuling die Natur der Grundrente erfassen, wenn er aufmerksam die Ankündigungen der mit den Landverkäufen beauftragten Auktionsagenten studiert. Was die wissenschaftlichen Beamten des Staates nur ungern, zaghaft, errötend sogar zugestehen, das wird von diesen Agenten aus Geschäftsinteresse in alle Öffentlichkeit hinausposaunt. Kein Professor der „National-Oekonomie“ hat bisher in Deutschland den Mut gehabt, von seinem Katheder aus es zu verkünden, daß die Grundrente mit der Geburtenzahl steigt und fällt, daß die Grundrente daher ein unmittelbares Produkt der Mütter ist und daß nach dem Grundsatz: *suum cuique* – Jedem das Seine – den Müttern die Grundrente auszurichten sei, und daß jeder Taler, der direkt oder auf dem Umwege über die Hypothekenbanken den unflätigen Wesen, die wir Rentner nennen, ausgezahlt wird, den Müttern gestohlen, geraubt und unterschlagen ist. Nein, von der ganzen Bande, feigen Gesellschaft, muckst keiner. Sie alle sehen, wie die Frauen, die Mütter an den Folgen dieser Beraubung leiden, dahinsterven, moralisch zugrunde gehen. Sie haben nicht den Mut, die Wahrheit zu bekennen aus Furcht – sehr berechtigten Furcht, von denen, die sie in ihr Ämtchen eingesetzt haben, an die Luft gesetzt zu werden, nach dem Grundsatz: Wer nicht pariert, der fliegt. Sie tun übrigens recht so, auf diese Weise für ihr Brot, für ihre Kinder zu sorgen. Jeder handelt so, mit Ausnahme der ganz wenigen, der ganz, ganz wenigen, die, fanatisch, besessen, toll, unter allen Umständen zur Wahrheit stehen und diejenigen über den Haufen schießen, die von ihnen Spitzbüherei, deutsche

nationalökonomische Arbeiten fordern. Der Mensch hat vor allen Dingen die Pflicht (Pflichten sind allein die Dinge, die uns bei der Erfüllung Freude machen), das ihm von seiner Mutter geschenkte Leben zu erhalten, zu pflegen, ihm zu den höchsten Daseinsfreuden zu verhelfen und es so auf Nachkommen zu übertragen. Und wenn er dieser Pflicht als deutscher Professor der Nationalökonomie nicht anders nachkommen kann als durch Lug, Trug und Schwindel, nun, so ist es seine Kindespflicht, das zu tun, was das Leben, was die Kapitalisten von ihm fordern. Nur auf eines muß er verzichten, nämlich auf den Anspruch auf besondere Achtung und Beachtung. Der Nachtwächter schützt das Eigentum der Kapitalisten gegen Bezahlung. Er fordert nichts als seinen Lohn. Der Professor der Nationalökonomie hat auch keine andere Aufgabe. Schulden wir ihm mehr als die Bezahlung? Vielleicht, weil er schwindeln muß, während der Nachtwächter aufrecht durch die stillen Gassen wandelt. Beide sind Beamte der

Kapitalisten. Was der Brotherr von ihnen fordert, das tun sie, das tut jeder. Frißt nicht der Teufel in der Not sogar Fliegen?

Hören wir zu, wie der Grundstücksmakler und Grundstücksauktionator (rematador) in Argentinien die proletarische Kundschaft über die räuberische Natur der Grundrente unterrichtet, wie der sich über das liederliche Geschreibsel der nationalökonomischen Wissenschaft hinwegsetzt und die lautere Wahrheit sagt. Wer fünf Minuten dem Geschrei, dem Gebrüll, dem Stöhnen, den Seufzern des Auktionators zugehört hat und dann daheim im stillen Kämmerlein das Gehörte geistig verarbeitet, der weiß mehr von Nationalökonomie, von Politik und von Schwindel, als wenn er alle Werke der Nationalökonomien studiert hätte.

Hören wir den Auktionator: Wie könnt ihr es wagen, mir einen so lächerlichen Preis anzubieten? Seht ihr nicht, wie die Preise der Grundstücke wieder sprunghaft steigen wie vor dem Krieg? Vielerorts sind die Vorkriegspreise schon wieder erreicht, trotzdem die Kapitalisationsrate heute von 5% auf 10% gestiegen ist? Was so viel heißt, daß die Einkünfte aus den Grundstücken, die Grundrente, auf die doppelte Höhe der Vorkriegszeit gestiegen sind? Kauft Land, Grundstücke. Es ist und bleibt das einzige Geschäft, das sicheren Ertrag gibt. Hat schon jemals ein Mensch Geld verloren, der sein Kapital in Land und Grundstücken angelegt hat in Argentinien? Zeitweilig mögen die Preise wohl schon zurückgegangen sein von der erklommenen Höhe, aber nur, um mit um so größerer Kraft emporzuschellen. Wie sagte unser großer Patriot, der Präsident Sarmiento: „Land, Land und wieder Land. Bleibt mir gestohlen mit euren Bergwerken, Industrien und sonstigem Unsinn.“ Alle großen Vermögen des Landes sind durch Landspekulationen entstanden, wenn auch die ersten Ankaufssummen durch Arbeit und ähnlichen Unsinn erworben wurden. Wer hier das von mir angebotene Land erwirbt, der verdoppelt sein Kapital in kurzer Zeit. Er verzehnfacht sein Kapital in etwas längerer Zeit. Kauft, sage ich euch, kauft! Wer es nicht tut, der wird es bereuen. Die Preise des Bodens *müssen* steigen, weil die Einwanderung in stets wachsendem Maße zunimmt. Die Gebärtätigkeit der europäischen Frauen ist schier unbegrenzt. Die Wissenschaft der Geburtshilfe macht mächtige Fortschritte. Dank dem Karbol sterben nur selten noch Frauen im Wochenbett und auch die Säuglingssterblichkeit ist überall geringer geworden. Und jedes Kind, das so vor dem Tode gerettet wird, wird vor den Wagen der Grundherren gespannt, es mehrt die Volksdichtigkeit und gibt dem Grundbesitzer die Macht, höhere Preise, höhere Mieten zu fordern und einzutreiben. Karbol-Grundrente. Hört ihr? Kauft Land, sage ich euch. Es gibt für den Proletarier keinen einfacheren Weg, sich aus dem unwürdigen Stand, aus dem verachteten Stand des Proletariers emporzuheben,

als indem er die Gebärtätigkeit seiner Standesgenossinnen zur Grundlage seiner Spekulation macht. – Kauft Land, kauft Grundstücke, kauft dieses Grundstück! Hoch die Gebärtätigkeit der Proletarierinnen! Proletarier aller Länder, die ihr hier in Buenos Aires vereinigt seid: Noch niemals hat die Internationale, hat die proletarische Politik mehr als eure Bonzen glücklich gemacht. Ihr könnt aber alle so fett und rund wie eure Bonzen werden, wenn ihr dieses Grundstück kauft. Der Bonze spekuliert mit der Gebärtätigkeit der Proletarierinnen und gedeiht dabei. Auch ihr werdet fett, faul und zufrieden, wenn ihr eure Sache so einstellt, daß der Strom proletarischer Geburten sich auf eure Mühle ergießt. Die mit der Geburt proletarischer Parteigänger steigenden Parteigelder treiben die Mühle der Bonzen, die aus demselben Grunde steigende Grundrente wird eure Mühle treiben. Kauft Land, sage ich euch! Wer Land gekauft hat, sitzt ebenso sicher, wie wenn er den Sessel eines Parteibonzen erobert hätte. Jede Hochzeitsnacht mehrt die Parteigelder und die Grundrente.

Kauft, sage ich euch! Die Preise der Grundstücke *müssen* steigen. Alle eure Genossen, die mit der Expropriation der Expropriateure gerechnet hatten und es unterließen, Land zu kaufen, sind armselige Proletarier geblieben, sind zumeist in Not und Elend mit ihrer Brut untergegangen, während die Zielbewußten, die die proletarische Politik als Broterwerb betrieben, die den Zukunftsstaat der Zukunft überließen und Land kauften, heute leben, zumeist an der Regierung des Landes teilnehmen und sie werden es sein, die den Zukunftsstaat erleben und nach ihren Wünschen gestalten werden. Werdet Bonzen oder kauft Grundstücke, das sage ich euch.

Kauft Land, kauft das. euch hier zu Spottpreisen angebotene Grundstück. Die Preise der Grundstücke müssen steigen, weil die Produktivkraft der menschlichen Arbeit mit jedem Tage und ins Unermeßliche steigt. Jede neue Erfindung mehrt den Wohlstand, ja sogar den allgemeinen Wohlstand. Und in dem Maße, wie der Wohlstand wächst, wächst auch das Bedürfnis des Menschen nach einer größeren Wohnung, nach einer Villa, nach einem Garten, nach Sportplätzen, nach öffentlichen Vergnügungsorten. Eine gute Ernte, eine Besserung der Preise für unser Vieh setzt sich unmittelbar um in einen größeren Bedarf an Bauland in unserer Hauptstadt. Die Löhne sind gestiegen. In demselben Maße steigt auch die Nachfrage nach Bauland. Und mit der steigenden Nachfrage steigt notwendigerweise der Preis, der Preis des euch hier angebotenen Grundstückes. Wollt ihr euch etwa aus moralischen Gründen nicht an der Plünderung der Land- und Wohnungsbedürftigen beteiligen, so bedenkt, daß das, was ihr nicht tut, andere tun werden und daß man Idealen nur dann Opfer bringen soll, wenn das Ideal dadurch gefördert wird. Das ist aber hier nicht der Fall. Ihr opfert einer

Besessenheit, aber nicht einem Ideal. Kauft, sage ich euch. Heult mit den Wölfen. Das seid ihr euch und euren dürren Weibern schuldig. Sorgt für euch persönlich, das ist die beste Zukunftsstaatspolitik, die ihr zurzeit betreiben könnt. Wer sich selbst und seine Brut aus diesem Chaos herüberrettet, der treibt Zukunftsstaatspolitik. Denn er wird den Zukunftsstaat erleben; er oder seine Kinder werden den Zukunftsstaat gründen.

Kauft Land, Land, Land. Der Preis muß mit der Zeit steigen. Was macht ihr mit euren Ersparnissen? Ihr bringt sie zur Sparkasse. Ist das Geld da sicher? Was macht die Sparkasse mit eurem Geld? Sie gibt es auf Zins den Kaufleuten und Fabrikanten. Einen Teil dieser Zinsen zahlt sie euch, einen *Teil*. Der Kaufmann schlägt den Zins als Generalunkosten mit Aufschlag auf die Preise, die ihr zahlen müßt. Ihr bekommt von der Sparkasse 4% Zins und dafür zahlt ihr den Kaufleuten 8% in den Preisen zurück. Ist das vernünftige Politik, proletarische Finanzpolitik? Ihr lehnt die Grundstücksspekulation aus moralischen Gründen ab. Die Spekulation auf den Sparkassenzins ist um nichts besser, sie ist ebenso dumm, sie hat auch den Charakter des Bumerang. Ihr erhebt freudestrahlend von der Sparkasse 10 Mark Zins. Und eure Weiber zahlen den Kaufleuten in den Preisen 20 Mark zurück. Das ist so in normalen Zeiten. In anormalen Zeiten aber, wenn es darauf ankommt, dann wird die Sparkasse geschlossen oder man verwässert das Geld im Interesse der Kapitalisten, wie man das im Land der Genossen und unter den Augen eurer Vertrauensmänner getan hat. *Wo sind die 18 Milliarden Goldmark geblieben, die ihr den Sparkassen anvertraut hattet und die euch als Zehrpennig in schlimmen Zeiten dienen sollten?* Die schlimmen Zeiten sind über euch gekommen, aber die Zehrpennige haben eure Führer unterschlagen oder sie duldeten es, daß sie unterschlagen wurden. Glaubt ihr Esel, daß es in Argentinien besser mit den Sparpfennigen bestellt ist? Glaubt ihr, daß die Sparkassen einem Krieg, einer Revolution, einem Generalstreik widerstehen würden? Und wie wollt ihr jemals eine Revolution unternehmen, wenn die Genossinnen aus Sorge um ihre Spargelder die Revolution fürchten? Jede ernsthafte Revolution hat noch immer mit der Papiergeldwirtschaft geendet, also mit dem Verlust der Spargelder. Was wollt ihr das Experiment wiederholen? Kauft Land, sage ich euch. Die Titel der Grundbesitzer überdauern die Revolution. Auch in Rußland werden sie wieder zum Vorschein kommen. Der Grundbesitz steht unter dem Schutze der mächtigsten Schichten im Reich. Seht in Deutschland. Der Kaiser schob unter den Augen eurer Genossen sein Vermögen, das mit Hilfe und auf Kosten der Sparkassengelder überhaupt erst liquid für die Flucht gemacht werden konnte, über die Grenze. Die Grundbesitzer förderten unter den Augen der Genossen die

Papiergeldwirtschaft, die sie von allen Schulden, auch von den Schulden gegenüber den Sparkassen, befreite. Achtzehn Milliarden Goldmark haben die Herren da dem Proletariat gestohlen, die Notgroschen eurer Weiber, die Zehrpennige eurer Greise. Die herrschende Schicht zog aus dem Grundbesitz die Mittel, eure Bonzen, die für die Sicherheit der Sparkassengelder bestellt sind, alle, restlos alle zu bestechen, so daß sie alle schwiegen und noch heute keiner dieser Spitzbuben den Mut hat, Sühne zu fordern für das fürchterlichste Verbrechen, das jemals begangen worden ist. Aber die, die den Grund und Boden besitzen, die besitzen ihn noch heute ungestört. *Die haben durch den Krieg nichts weiter verloren als ihre Schulden.* Bei den Grundbesitzern bewahrheitet sich der Satz, den ihr fälschlich für euch in Anspruch nehmt: Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, nämlich eure Schulden. Seht ihr.

Werdet Grundbesitzer, dann steht ihr im Schutze der Mächtigsten auf Erden. Niemand wagt es, die Grundbesitzer zu belästigen. Auch eure Genossen nicht. Da habt ihr den Beweis: Die Sparkassen wurden beraubt, geplündert. Die Notgroschen der Witwen und der Waisen wurden gestohlen, *damit man die Grundbesitzer nicht mit Steuern zu belästigen brauchte.* Genau, wie es schon in der Bibel steht, wo der Herr einer unermeßlichen Herde der armen Witwe das einzige Schaf pfänden ließ. Und – hier ließ der Herr Rematador einen Seufzer fahren – wer zweifelt daran, daß es in Argentinien anders sein werde? Darum Genossen: Überlaßt den Einfältigen die Sparkassen. Kauft Land, Land, Land! Franklin pflegte zu sagen: „Wenn jemand euch sagt, daß es einen anderen Weg gibt um zu Reichtum zu gelangen als Arbeit und immer wieder Arbeit, so dreht ihm den Rücken, er ist ein Schwindler.“ Vielleicht war das einmal bei den Hottentotten der Fall. Hier aber und sonst überall in kultivierten Ländern sieht man den Reichtum niemals in schwieligen Händen. So daß wir den Franklinschen Satz umkehren können und sagen: Wer euch sagt, daß es einen anderen Weg zum Reichtum gibt als den der Spekulation, des Wuchers, des Raubes und des Mordes, dem dreht nur den Rücken; er ist ein Schwindler.

Dieser Speech des Herrn Rematador hatte die Geister gut vorbereitet. In knapp zwei Stunden waren die 120 zum Verkauf angesetzten Parzellen bei ständig steigenden Preisen abgesetzt. 80 Monatsraten von je 20 bis 50 Pesos waren der Preis der Parzelle von etwa 8 Metern Straßenfront bei 25 Metern Tiefe.

Nach zwei Seiten hin war das ein gutes Geschäft. Der Preis war gut, und 112 Genossen waren für die Expropriation der Expropriateure für immer verloren.

Nicht immer sprechen die Herren Rematadores solch klare Sprache. Oft sind es sehr kapitalkräftige Firmen, die sich nun

auch politisch auf die Seite des Kapitals schlagen. So ließ die Deutsche Überseebank in Buenos Aires ein ihr gehöriges größeres Terrain in Mar del Plata stark parzellieren, weil zurzeit kein Interesse für große Grundstücke in jener Badestadt besteht. Der Auktionator kündigt das mit folgenden, schier lächerlich klingenden Worten an: Indem die Deutsche Überseebank dieses Grundstück zum Verkauf bringt, erstrebt sie, nicht ein Geschäft daraus zu machen. Sie hat nur den Wunsch, dem Arbeiter behilflich zu sein.“ Ich glaube nicht, daß dieser Satz vom Rematador selber herrührt, sondern daß irgendein bei der Bank angestellter deutscher Doktor rer. pol. dem Rematador den Satz in die Feder diktiert hat. Nur ein Mann, der schulmäßig dressiert worden ist, die wirtschaftlichen Tatsachen wissenschaftlich oder heuchlerisch zu verdunkeln, kann auf die Idee kommen, einer Aktienbank philanthropische Beweggründe unterzuschieben.

Juan Acratillo.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Die Schweiz auf der Bahn des Fortschrittes.

Die Schweizer Regierung, die am treuesten an der Goldwährung festgehalten hat, ist nun die erste Regierung, die es wagt, den Zweifel auszusprechen, ob man zu jedem Preis an der Goldwährung festhalten soll. In ihrem Bericht über die seit 1914 befolgte Währungspolitik heißt es: „Die Frage ist heute durchaus berechtigt, ob es sich empfiehlt, zur Goldwährung zurückzukehren oder auf anderem Wege zu versuchen, die in- und ausländische Kaufkraft des Geldes zu festigen.“ [Alle Zitate sind aus der Freiwirtschaftlichen Zeitung, Bern.]

Der Zweifel ist die erste Etappe auf der Bahn des Fortschrittes. Die Schweizer Behörden sind offenbar stutzig geworden. Die Goldwährung ist ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet. Zum ersten Male seit Lykurg scheinen Staatsmänner sich über das Geldwesen ernstlich Sorgen zu machen. Man sieht ein, daß es sich hier um eine verdammt wichtige Angelegenheit des Staates handelt. Vielleicht fragt man sich schon, ob denn die Währung nicht die weitaus wichtigste Staatsangelegenheit sei, ob ein Staatsmann, der nicht in der Währungsfrage beschlagen ist, nicht notwendigerweise in den wichtigsten Fragen zum Hampelmann der Spitzbuben wird. (Siehe die deutschen Staatsmänner.) Daß es ausgerechnet das Volk der Hirten ist, das hier dem Fortschritt Bahn bricht, zeugt für den

hohen erzieherischen Wert dieses beschaulichen Berufes. Der Mann, der unter einem vom Großvater geerbten Regenschirm geborgen, seine Kühe, will sagen seine Kuh, auf fetter Matte weidet, der ist in der rechten geistigen Verfassung, um uralten Götzen den hohlen Bauch aufzuschlitzen. Vielleicht aber irre ich hier. Vielleicht war es nicht die Wiederkäuferin, sondern die fleißige Arbeit des SFFB, die sich des Erfolges rühmen kann. Auf alle Fälle: das Schweizer Volk kann sich freuen, daß es wieder einmal zu rechter Zeit einen Arnold von Winkelried aufgebracht hat, der ihm in einer Situation allergefährlichster Art eine Bresche geschlagen hat. Kellenberger soll dieser neue Arnold heißen. Wenn er nicht wegen dieses Verrates an der Goldwährung von den Morganisten ermordet wird, dann wird er noch viel Freude erleben an den Wirkungen seiner Heldentat. Freilich keine ungetrübte Freude. Und auch nicht lange mehr wird er seinen Posten bekleiden. Die Auflehnung gegen den Goldwährungsschwindel kostet der Schweiz zunächst den Kredit bei den Morganbanken und damit den Kredit überhaupt. Schlimm ist das ja nicht. Im Gegenteil. Denn so wird die Schweiz nolens volens wieder auf die Bahn der Tugend gestoßen werden und wenn auch nicht dem eigenen Triebe folgend, so wird sie doch notgedrungen der verächtlichen Pumpwirtschaft der letzten Jahre ein Ende machen. (Die Bundesschulden sind in den letzten 10 Jahren von 100 Millionen auf 200 Millionen gestiegen!) Die aus dem Parteischwindel zu den Staatsämtern hervorgegangenen Hampelmänner haben nie die Macht, dem Pöbel, der sie ins Amt eingesetzt hat, Steuern aufzuerlegen. Da aber der Pöbel etwas sehen will, so muß das Geld für die staatlichen Schauspiele, Komödien und Tragödien hintenherum durch Anleihen aufgebracht werden. Jetzt aber, wenn Morgan den Eidgenossen den Kredit schneiden wird, so werden diese einen Diktator einsetzen müssen, der die Demokraten bei den Hammelbeinen zu fassen und direkte Steuern einzutreiben versteht. Was dann weiter wird, wenn die Schweiz versucht, ohne Morgans Hilfe auf anderem Wege die in- und ausländische Kaufkraft des Geldes zu befestigen, das braucht hier nicht gesagt zu werden, denn dieser andere Weg kann nur das Freigeld sein. Es gibt überhaupt keinen anderen Weg. Wenn die Preise von der Geldseite aus durch die Geldmenge und ihre Umlaufgeschwindigkeit gebildet werden, dann kann nur das Freigeld die Antwort auf die Frage sein, was an die Stelle der versagenden Goldwährung zu setzen ist. Oder kennt Dr. Kellenberger vielleicht einen anderen Weg? Auf dem Erdenrund ist bisher kein anderer Weg, der von der Quantitätstheorie ausgeht, gezeigt worden. Und wie es zwischen zwei Punkten nur eine Gerade gibt, so wird jeder, der zwischen Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit eine logische Linie ziehen will, das Freigeld zum Lineal nehmen müssen. Müssen, ja müssen.

Einen Vorwurf müssen wir hier Herrn Dr. Kellenberger machen. Er hätte das Schweizervolk nicht in Unruhe versetzen und darüber in Zweifel lassen sollen, Welch anderen Weg er einzuschlagen gedenkt. Denn viele werden jetzt sagen: Uns steht jetzt das Zeitalter der Experimentenmacher bevor. Wenn der Bundesrat schreibt: „Zu wenig vertraut mit der Handhabung der Papierwährung, wurden allenthalben bedenkliche und verhängnisvolle Fehler begangen“, so fragt sich der Eidgenosse jetzt: ist unser Bundesrat denn jetzt besser vertraut mit der Handhabung der Papiergeldwährung? Und worin besteht das grundsätzlich Neue in seinen Erkenntnissen über die Natur des Papiergeldes? Worin besteht die Gewähr, daß jetzt nicht noch „verhängnisvollere Fehler“ begangen werden? Schließt Kellenberger die Freigeldliteratur aus, so muß er zugeben, daß irgendein beachtlicher Vorschlag für die bessere Handhabung der Papiergeldwährung nirgendwo gemacht worden ist. Wenn er also von einem anderen Weg spricht, so kann er dabei nur an das Freigeld gedacht haben. Dann aber war es seine Pflicht, das Schweizer Volk mit diesem neuen Weg bekannt zu machen, damit es sich geistig für die größte Revolution aller Zeiten vorbereiten kann. Wer aber als Leiter der Währungspolitik das Bestehende preisgibt und nicht sagen kann, was an die Stelle zu setzen ist, der soll nur machen, daß er fort kommt.

„Die Frage ist *heute* durchaus berechtigt“, so heißt es in dem zu Anfang zitierten Satz. Warum aber gerade heute, Herr Dr. Kellenberger? Warum nicht schon gestern, warum nicht 1914, als der Goldschatz gesperrt wurde? Warum nicht, so oft das Privileg der Notenbank erneuert wurde? Warum nicht, als das Nationalbankgesetz in Diskussion stand? Warum nicht, als die lateinische Münzunion mit einem Verlust von mehreren hundert Millionen Franken liquidiert wurde? Warum nicht, als diese Münzunion gegründet wurde? An Gelegenheiten hat es in der Schweiz wahrhaftig nie gefehlt. Warum also gerade heute? Ehret Lykurg, sagte Pythagoras vor bereits 2 1/2 Jahrtausenden, er ächtete das Gold und Silber, die Ursache aller Verbrechen. Und seit 2 1/2 Jahrtausenden ist kein Tag verstrichen, da man nicht durchaus berechtigt gewesen wäre, die Frage zu stellen, warum man eigentlich die Goldwährung eingeführt hat und ob alles, was hier vorausgesetzt wurde, auch stichhaltig ist. Was sich nun heute Neues zugetragen hat gegenüber den Verhältnissen seit 2 1/2 Jahrtausenden, ist das Vorliegen einer, alle Erscheinungen des Geldwesens deckenden, Geldtheorie, der Freigeldtheorie, und eines von dieser Theorie getragenen Planes zur sicheren Steuerung der Währung auf das Ziel fester Kaufkraft hin. Wenn dieser Plan nicht existierte, Herr Kellenberger, der Ihnen, wenn Sie in die Enge getrieben werden, die Möglichkeit gibt, zu sagen, was an die Stelle der Goldwährung und der Papiergeldpfuschereien zu setzen sei, würden Sie dann auch noch sagen,

„daß die Frage *heute* durchaus berechtigt sei“? Würden Sie den Mut aufbringen, dem Schweizervolk zu sagen, daß an der Goldwährung nicht alles richtig ist, daß Sie aber nicht wissen, was an die Stelle zu setzen sei, und daß man Sie ruhig weiterwursteln lassen soll? Daß also experimentiert werden würde, wie das die Schweizer Behörden seit jeher getan haben, und ganz besonders in den letzten Jahren mit von den Behörden selbst anerkannten „verhängnisvollen Folgen“?

Die Theorien, die in letzter Zeit über das Geldwesen veröffentlicht worden sind (Knapp, Bendixen, Liefmann, Irving Fisher usw.), sind, sofern sie nicht auf der Quantitätstheorie aufgebaut sind, falsch, sonst aber unvollständig und darum als Richtschnur für die Währungspolitik unbrauchbar. Chronologisch hinken sie übrigens auch alle weit hinter der Freigeldtheorie her, so daß darum auch noch das, was etwa richtig an ihnen ist, überflüssig ist. Daß ihre Theorien unvollständig und darum unbrauchbar für die Praxis sind, empfinden ihre Schöpfer auch selber, denn keiner hat den Mut, sich von der Goldwährung völlig frei zu machen. Wahrscheinlich verdanken die Autoren gerade diesem Umstand, daß die Presse sich ihrer annahm. Wer die Goldwährung kritisiert, aber keine gangbaren positiven Vorschläge zu machen weiß, der nützt nur dem Goldwährungsschwindel. Am besten aber nützt man der Goldwährung und ihren Interessenten, wenn die praktischen Vorschläge zu Fiasko führen, je jämmerlicher, um so besser.

Warum hat nun Dr. Kellenberger das Freigeld nicht erwähnt? Sagen wir es hier freimütig: Die Schweizer Behörden erkennen, daß sie in der wichtigsten Staatsangelegenheit grob fahrlässig gehandelt haben. Sie fürchten (mit Recht) den groben Zorn aller, die durch die Währungspuschereien des Bundesrates ruiniert, geschädigt wurden und die „verhängnisvollen“ Folgen der eidgen. Währungspolitik zu tragen hatten. Nun ist mit dem Worte „Freigeld“ schon sehr vieles, bereits Historisches verbunden. Als das Nationalbankgesetz im Jahre 1900 beraten wurde, da verfaßte ich in Los Hauts-Geneveys eine besondere Schrift, in der ich die Aufmerksamkeit der Schweizer Behörden auf sehr wichtige, aber völlig ungeprüfte Voraussetzungen der Goldwährungslehre lenkte. Sie trug den Titel: Das Monopol der Nationalbank und die Grenzen der Notenausgabe im Falle einer Sperre der freien Goldprägung. Wenn die Behörden damals nicht so leichtfertig über diese Schrift hinweggegangen wären, dann hätten sie 1914 genau gewußt, wie man das Volk vor den „verhängnisvollen“ Folgen der Papiergeldpuschereien schützen soll. Die Diskussion wäre schon damals auf breiter Grundlage eröffnet worden, und diese hätte die Behörden mit der Natur des Papiergeldes vertraut gemacht. Aber die Schweizer Staatsmänner sind Geschöpfe der Parteibonzen; es steckt keine Macht hinter ihnen, sie können nicht, wie sie wohl möchten, sie

bängen ewig um ihre Stellung und statt sich um die Staatsangelegenheiten zu kümmern, und sich zu fragen, wie eigentlich das Papiergeld verwaltet werden soll, falls die freie Goldprägung gesperrt wird, sitzen sie mit den Parteibonzen, ihren Gönnern, im Wirtshaus und politisieren. Und so kommt es, daß allenthalben in der Welt über die Lippen der Staatsmänner nie ein anderes als ein Wirtshauswort kommt und die Spitzbuben an der Börse die eigentlichen Regenten werden. Seit der Veröffentlichung der erwähnten Schrift sind die Schweizer Behörden unausgesetzt an die Existenz der Währungsfrage erinnert worden. Ich erinnere hier an den skandalösen Morgankrach an der Neuyorker Börse 1907. Ich erinnere an die Berichte des Direktors des eidgenössischen Versicherungsamtes, Herrn Trefzer, worin die Behörden rechtzeitig vor den deutschen Papiergeldpfuschereien gewarnt wurden, durch die so viele Schweizer Bürger um ihren Notschatz geprellt wurden. Herr Trefzer war Vorsitzender des Freiland-Freigeldbundes. Im Wirtshaus hat man nichts von dem verstanden, was Trefzer sagte, sonst hätten die Herren Redakteure die schlafenden Behörden geweckt. Ich erinnere an die vielen Eingaben von Dr. Christen (veröffentlicht in der Freistatt), worin die Behörden rechtzeitig auf die Verluste aufmerksam gemacht wurden, die der Schweiz erwachsen mußten, wenn nach der Quantitätstheorie und nach dem Gresham-Gesetz das Silber durch die Papiergeldwirtschaft Frankreichs und Italiens nach der Schweiz verdrängt werden sollte. Aber was versteht man am politischen Stammtisch von Quantitätstheorie und von Gresham-Gesetz? Ich erinnere an die unzähligen Artikel und Warnungen in den Zeitschriften des Freiland-Freigeldbundes und nicht zuletzt an die Briefe der Freihofkasse, Bern, und an die kläglichen Antworten des Finanzdepartements. Wenn nun das Volk erfährt, daß seine Behörden auf so nachdrückliche Weise vom Freiland-Freigeldbund an ihre Pflichten erinnert wurden, daß diese aber für die Freigelder nichts als Wirtshausantworten übrig hatten, die in der weitaus wichtigsten Staatsangelegenheit die größte Unsicherheit und Unbeholfenheit kundtun, daß also die „verhängnisvolle“ Papiergeldpfuscherei hätte verhütet werden können, so wird es sagen: Hier liegt strafbare, grobe Fahrlässigkeit vor. Konfisziert das Vermögen aller, die aktiv und passiv an der verhängnisvollen Papiergeldpfuscherei beteiligt waren!

Freigeld und die Furcht vor der Konfiskation des persönlichen Vermögens sind so in der Schweiz bei den Staatsmännern zu einer Ideenassoziation geworden. Und darum darf kein Staatsmann auf die Tätigkeit des Schweizer FF-Bundes hinweisen. Sie hoffen noch immer, sich damit vor dem Volk reinwaschen zu können, daß sie, wie es bereits im erwähnten Bericht geschieht, sagen: Allenthalben hat man gepfuscht. Anderswo, bei den Deutschen, Abessinern und Hottentotten ist es sogar noch schlimmer gewesen.

Wir haben immer in Übereinstimmung mit den Sachverständigen, mit den Wissenschaftlern unserer Universitäten gehandelt. Niemand hat uns vor der „verhängnisvollen“ Papiergeldpfuscherei gewarnt. Kein aus öffentlichen Geldern besoldeter Wissenschaftler, selbst Professor Landmann in Basel, der doch immer einen so hohen Klepper reitet, nicht, hat uns in den schwierigen Stunden mit seinem erleuchteten Rate beistehen können. Sie waren alle am Ende ihres Lateins. Der absolute Mangel an wissenschaftlichen Richtlinien für die Politik der Papiergeldwährung muß uns vor dem Volk entschuldigen. „Wir sind gedeckt“ durch die Rückständigkeit der „Wissenschaft“, die die Praxis zwang, irgendwie zu handeln! So könnten die Schweizer Staatsmänner reden, wenn nur die verdammte Freigeldlehre nicht wäret

Die Überschrift dieses Artikels soll die Schweizer Eidgenossen nicht in ein ungerechtfertigtes und darum gefährliches Sicherheitsgefühl einlullen. Es handelt sich um eine Etappe auf der langen Bahn des Fortschrittes. (Lang ist ein relativer Begriff. Für Schnecken, Wiederkäuer, Demo- und Sozokraten ist die Bahn immer lang.) Eine Gewähr gegen die Fortsetzung der bisher geübten verhängnisvollen Währungspfuschereien bietet diese erste Fortschrittsetappe selbstverständlich nicht. Eine Gewähr gegen solche Puschereien wird das Volk erst dann haben, wenn die Freigeldtheorie und die auf ihr aufgebaute praktische Währungspolitik als erster Artikel der Staatsverfassung verankert worden ist. Bis dahin stehen den Puschern alle Türen auf. Und da die Profitsucht letzten Endes diese Puschereien leitet und aus ihnen gewaltige, unerhörte Profite gemacht werden (ist es eine Ehrabschneidung, wenn ich sage, die meisten Staatsmänner seien in der Währungsfrage so naiv geblieben, daß sie nicht einmal einen Anteil an den Profiten von den Börsenmännern forderten, deren Einflüsterungen sie wie lindherzige Schöffli folgten?), mit deren Ertrag man leicht die Presse kaufen oder bei Halsstarrigkeit ruinieren kann (Stinnes) und so durch Irreführung der öffentlichen Meinung den Währungsschwindel verewigen kann, so gehört wahrhaftig nicht viel Bosheit dazu, um zu prophezeien, daß die Staatsmänner, die in den Demokratien als *Parteimänner* immer verdächtig sind, bestochen, verdorben, korrumpiert werden, wie das in Deutschland gerade jetzt in so erschütterndem Umfang geschehen ist. Die Eidgenossen, die ihre Bundesräte vor solchem Geschick bewahren wollen, müssen dafür sorgen, daß ihren Behörden in bezug auf alle Währungsangelegenheiten keinerlei Spielraum gelassen werde. Wie die Reptilien im Käfig, so müssen die Staatsmänner von den Währungsgesetzen eingepfercht werden. Nur durch scharfkantig abgesetzte Währungsgesetze kann man erreichen, daß die Horde den geraden Weg einschlägt und sich nicht von Morgan und Konsorten mißbrauchen

läßt. Oder wenn sie es tun, dann doch nur gegen „anständige“ Bezahlung. (Letzteres natürlich nur, um den Profit und damit die Macht jener Räuber zu schmälern.)

Wie sehr berechtigt die hier gebrauchten scharfen Worte sind, geht aus einer Reihe von Sätzen des bundesrätlichen Berichtes klar hervor. Da steht z. B. der Satz: Das Ziel jeder ernsthaften Währungspolitik ist seit mehr als einem Jahrhundert (!) die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes gewesen. (!) „Und dieses Ziel habe man am besten durch die Goldwährung zu erreichen geglaubt.“ Nur ein vollkommener Ignorant kann diesen Satz geschrieben haben. Jemand, der absolut nichts von der Theorie der Goldwährung versteht. Die Goldwährungstheorie ist eine ausgesprochene Werttheorie. Danach bürgt nicht die öffentliche Verwaltung für die Währung, sondern der „innere Wert“ des Goldes. Kraft seiner Metall-Eigenschaften währt das Gold und damit die Goldwährung. So lehrte Bamberger, so lehrt die Goldwährungstheorie. Wer aber von der Kaufkraft des Goldes spricht, und von einer diese regulierenden öffentlichen Währungspolitik, der gibt damit die Wertlehre und die auf ihr aufgebaute Goldwährungslehre auf. *Währungspolitik und Goldwährung sind bereits Widersprüche.* Am Gold ist ja nichts, was man verwalten könnte. Brauchen wir eine Verwaltung für den Glanz, das spezifische Gewicht des Goldes? Niemals ist im vorigen Jahrhundert von der Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes die Rede in den Emissionsbanken gewesen. Das Wort „Index“ war dort völlig unbekannt. Keine Notenbank befragte den Index bei ihrer Notenpolitik. [Gesell-Frankfurt, Aktive Währungspolitik.] Keine Indexstatistik wurde auf den Notenbanken geführt. In den Statuten keiner einzigen Notenbank findet man das Wort Index. Keiner Notenbank ist die Berücksichtigung des Indexes vorgeschrieben. Wenn es anders wäre, müßte man nicht da alle Direktoren der Notenbanken hängen? In dem vom Präsidenten Koch der Reichsbank gegen Schluß des Jahrhunderts herausgegebenen dicken Buch über die Politik der Reichsbank kommen die Worte Index, Kaufkraft, Preise, Ware, Hausse, Baisse überhaupt nicht vor. Der Zinsfuß, die Golddeckung, die Wünsche der Morgans und Spitzbuben, das waren (und sind) für alle Noteninstitute die maßgebenden Elemente der Notenpolitik. War es anders in der Schweiz? Wir erinnern hier an den bereits erwähnten Brief der Freihofkasse, Bern, an das Finanzdepartement, worin die Frage gestellt wurde, ob sie, die Freihofkasse, unbesorgt einen Baukredit aufnehmen könnte zwecks Erstellung von Arbeiterwohnungen, unbesorgt, d. h. also, ob die schweizerische Währungspolitik nicht etwa auf Deflation eingestellt werden würde, wodurch dann die Freihofkasse dem Bankerott zugetrieben werden würde? Wenn nun das zuträfe, was der Bericht

des Bundesrates heute behauptet, dann müßte damals das Finanzdepartement der Freihofkasse geantwortet haben: Ein Preisabbau kann nicht in Frage kommen. Wir haben laut Artikel so und so der Nationalbankstatuten für einen festen Index zu sorgen. Laßt euch also aus währungspolitischen Rücksichten von der Ausführung eurer so vortrefflichen Absichten nur keinen Augenblick abhalten. Solange „noch eine Ader in uns lebt“, werden wir von den durch die Statuten der Nationalbank uns vorgeschriebenen Richtlinien keinen Fingerbreit abweichen. Den Index halten wir fest, ob auch die Schweiz zugrunde geht. Betet ihr und arbeitet, wir wachen und schützen euch vor dem Bankrott! Jawohl, ihr braven Männer von der Freihofkasse: Wenn ihr damals damit gerechnet hättet, daß „das Ziel jeder ernsthaften Währungspolitik schon seit hundert Jahren die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes gewesen ist“, wo wäret ihr heute? Zum Glück für euch ließ euch das Finanzdepartement wissen, daß es gar nicht daran denkt, bei seiner Währungspolitik irgendwelche Rücksicht auf die Kaufkraft des Geldes zu nehmen und lehnte es ab, der Freihofkasse irgendwelche bindende Erklärung über die künftige Gestaltung des Indexes in der Schweiz zu geben. Also unterliebet ihr als vorsichtige Männer den Bau der so nötigen Arbeiterwohnungen und die dann später wirklich eingeleitete Deflationspolitik der Schweiz konnte euch soweit nichts anhaben.

Nun ist es so, daß die für die Währung verantwortlichen Männer in der Schweiz dem bis dahin in Währungsangelegenheiten völlig blinden, jetzt aber durch die Arbeit des SFFB wenigstens bereits blinzelnd gewordenen Volk sagen dürfen, es sei alles wohl getan worden, man habe bei der Notenpolitik die Kaufkraft des Geldes berücksichtigt, wohl wissend, daß mangels eines offiziellen Indexes und Maßstabes niemand solche Behauptung nachprüfen und als das, was sie ist, als Schwindel bezeichnen kann. Aus diesem Grunde können diese Männer auch dreist behaupten: „Die Goldwährung vereinige zwei große Vorteile: stabile Wechselkurse und ziemlich stabile Preise.“ Mit dieser Behauptung wird dann die bis dahin betriebene Goldwährungspolitik vor dem Volk. von den Hirten gerechtfertigt.

Feste Wechselkurse und ziemlich stabile Preise! Wenn man die Schwankungen innerhalb der Goldpunkte, die bis zu 2% reichen, als feste Wechselkurse bezeichnen will (2% würden auf einen Weltumsatz von 100 Milliarden die Kleinigkeit von 2 Milliarden im Jahr ausmachen), so bleibt doch zu erwähnen, daß das nur für den Verkehr zwischen den Goldwährungsländern gilt, daß die Goldwährung für die Befestigung der Wechselkurse mit den Ländern ohne Goldwährung (das war vor dem Krieg die halbe Welt und jetzt nach dem Krieg 9/10 der Welt) kein Hilfsmittel, sondern ein Hemmnis war. Und wie es sich mit der Stabilität der Preise ver-

hielt, daß weiß jeder, der in kummervollen Nächten auf seinem Bette weinend saß und sich den Kopf darüber zerbrach, wie er bei den niedergehenden Preisen seine Hypothekenschulden zahlen würde. Die Hypotheken werden zumeist generationsweise aufgenommen, und innerhalb der letzten Generationsperiode haben die „ziemlich stabilen Preise“ bis zu 50% um den Ausgangspunkt gependelt. Schwankungen, die das Eigenkapital des mit Kredit arbeitenden Kaufmannes und Gewerbsmannes völlig absorbieren, nennt der Bericht also „ziemlich stabile Preise“.

Das hier Gesagte möge vorläufig genügen zur Begründung des Mahnrufes: Eidgenossen, schaut euren Behörden scharf auf die Finger!

Die Freilandpraxis in Argentinien.

In der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „La Nacion“ vom 26. Februar d. J. war folgende Anzeige zu lesen:

Regierungsministerium der Provinz Buenos Aires. Generaldirektion des Bodens. Verpachtungsauktion von 521 000 Hektar Fiskalländereien in Patagones in 254 Stücken von je 1250 Hektaren. Fünfjährige Pachtzeit.

Sonntag, den 8. März, um 1 Uhr, in Übereinstimmung mit dem Dekret vom 7. Februar 1925. Der Zuschlag erfolgt nach Meistgebot, Parzelle um Parzelle, ohne irgendwelche Option (Recht auf mehrere Parzellen). Die Interessenten müssen ihre Angebote nach Jahr und Hektar bemessen abgeben.

Die Verpachtung gilt für fünf Jahre, vom Tage der Uebergabe an gemessen. Für diejenigen Personen, die bereits Pächter sind und die Pacht erneuern wollen, rechnet die Pachtzeit ab 1. Januar 1925. Diese Pächter, sofern sie mit der Pachtzahlung nicht im Rückstand sind, werden bei dieser Neuverpachtung bevorzugt, in der Weise, daß ihnen das Land zum Höchstgebot abermals zugewiesen wird. Falls von anderer Seite kein anderes Angebot gemacht wurde, müssen sie ein Angebot machen, durch das der Taxwert verbessert wird.

Personen, die mit der Pachtzahlung im Rückstand sind, oder die die Pachtbedingungen vom 8. Januar 1919 nicht erfüllt haben., dürfen an dieser Pachtung nicht teilnehmen.

Niemand darf persönlich oder durch Mittelspersonen in dieser Auktion mehr als acht Parzellen 4. und 5. Kategorie, mehr als sechs von der 5. Kategorie, mehr als vier der 2. Kategorie und mehr als zwei von der I. Kategorie pachten.

Bei der Unterzeichnung des Vertrages müssen die Pächter ein Semester im voraus bezahlen.

Die Regierungsexekutive behält sich das Recht vor, die Angebote ganz oder teilweise abzulehnen.

Den Pächtern, die Weizen anbauen werden, wird je nach der Güte des Landes ein Abzug vom Pachtgeld bewilligt werden.

—

Es handelt sich hier um Land, das hauptsächlich für Viehzucht verwendet wird und bei solcher Verwendung ohne weiteres in Benutzung genommen werden kann. Im Sinne von Freiland ist an diesem Pachtverfahren grundsätzlich kaum etwas zu verbessern. In Argentinien werden vorerst noch die Pachtgelder ohne weiteres den Staatsgeldern zugeschlagen. Die Grundbesitzer brauchen um den Betrag weniger Steuern zu zahlen. Ihre Grundrente steigt. Insofern können die Grundbesitzer auch das Fiskalland als ihr Eigentum betrachten, ähnlich wie in den deutschen Gemeinden die Grundrente des Gemeindelandes unmittelbar den Privatgrundbesitzern durch Ermäßigung der Steuern zugute kommt. „Seht“, heißt es da beim Verkauf eines Ackers: „die Gemeinde hat so viel Land, daß sie keine Steuern zu erheben braucht. Die Steuern in allen Nachbargemeinden fressen fast 20 Prozent der Grundrente auf. Das sparen Sie hier. So können Sie auch ohne Nachteil hier 20 Prozent mehr Pacht bezahlen.“ Diese Zusammenhänge haben die Grundbesitzer jedoch noch nicht durchschaut. Die wenigen aber, die sie durchschauen, sehen auch schon mehr. Sie sehen in der Existenz von solchem Freiland eine Gefahr für ihren Besitz. Denn sie sagen sich, daß, wenn einmal die Sozialdemokraten in solchem Freiland die Formel für ihre Bestrebungen gefunden haben werden, sie dann eine Gelegenheit, wie sie sie 1919 hatten, nicht unbenutzt lassen werden. Drum sei es besser, jede Spur von Freiland auszurotten.

Historisch interessant ist es, daß bereits vor fast 100 Jahren der Präsident *Sarmiento*, also lange bevor *Henry George* auf dem Plane erschien, die Forderung stellte, den Verkauf von Fiskalland völlig durch die Verfassung zu verbieten und den Boden nur pachtweise an die Bebauer abzugeben. *Sarmiento* wurde darum gestürzt. Wieder ein Beweis, daß anständige Männer nichts in der Regierung zu suchen haben. Ihr Platz ist in der Opposition und dann in der Revolution. Die Parteipolitik lockt nur Spitzbuben an. Sie verdirbt den Charakter, sagte Bismarck. Freiland wird uns die Politik der Parteipolitiker niemals bringen.

Susannas unbefleckte Empfängnis.

Oft hatte sie vom Feste der unbefleckten Empfängnis gehört und hatte immer der heimlichen Wunsch gehegt, auch einmal auf unbefleckte Weise zu einem Knaben zu kommen. Unbefleckt durch die Einmischung des Staates, der Kirche, durch die Einwirkung der Umgebung. So hatte die Unschuldige das Wort verstanden. Nun hatte sie zur Sommerzeit mit ihrem Liebsten eine Fahrt unternommen und hatte die Nacht der Sonnenwende auf dem höchsten Gipfel des Gebirges verbracht. Dort oben, dem Himmel am nächsten, umfungen von den frischen Morgenwinden, bestrahlt von der aufgehenden Sonne feierte sie das persönliche Fest der unbefleckten Empfängnis. Keine rauhen menschlichen Stimmen, kein Geräusch stark bewohnter Mietshäuser, auch nicht das ohrzerreißende Knirschen schlecht geschmierter Straßenbahngleise befleckte den heiligen Akt der Empfängnis.

Wer aber hätte gedacht, daß auch hier oben das Auge des Gesetzes wachte? Plötzlich stand sie da, die doppelte Reihe blinkender Messingknöpfe. Mit dem schrillen Ton schlecht geschmierter Bahngleise, mit dem Gepolter stark bewohnter Mietshäuser wurde Susanna aufgescheucht und angeschnauzt. Der Gendarm, der seinen Rausch dort oben ausgeschlafen hatte, nahm öffentliches Ärgernis an Susannas unbefleckter Empfängnis. Ihr Name wurde aufgeschrieben; sie kam vors Gericht, mußte eine Buße zahlen. Das ganze Städtchen unterhielt sich über den unerhörten Skandal. Befleckt durch die Gerichtsverhandlung, befleckt durch das Gerede gebar Susanna den unbefleckt empfangenen Knaben. Es war ein prächtiger kleiner Bursche. Das schönste, das intelligenteste Kind der Stadt. Die ganze Stimmung der Sonnenwende, der Glanz der aufgehenden Sonne spiegelten sich im Blick des kleinen Siegfried wieder. Nur ein Fleck in Farbe und Form eines Messingknopfes auf der reinen Stirn störte etwas das Gesamtbild der Reinheit und Schönheit. Susanne führte dieses Muttermal auf den Schreck zurück, den ihr – der Gendarm eingejagt hatte. Aber was halfen dem Kinde alle Vorzüge der Gestalt und des Geistes? In der Gesellschaft gilt nicht das Wort: an den Früchten sollt ihr die Moral erkennen. Der Knabe war durch die Unehelichkeit befleckt. Vieles hatten Mutter und Kind zu erdulden.

Ja, ja, Susanne, so geht es. Wer unbefleckt empfangen will, der hat sich den Gesetzen des Pöbels zu unterwerfen. Über dem Gesetze Gottes stehen die Gesetze des Pöbels, steht der Staat, die Uniform, der Messingknopf. Ein andermal gehst du vorher zum Standesamt, nimmst einen Haufen Papiere mit, dann begibst du dich sittsam in deine Proletarierwohnung. Und wenn links von dir die keifende Stimme der Nachbarin die Kinder zur Ruhe bringen will, wenn rechts von dir der betrunkene Ehegatte sein kreischendes Weib verprügelt, wenn das ganze Haus verpestet ist mit dem Dunste von hundert Küchen, dann, dann, Susanne, sind alle Vorbedingungen der staatlichen Ordnung erfüllt für die Feier der unbefleckten Empfängnis und für die Zucht hochwertiger Kinder. Und we

dann auch im Gesicht des so empfangenen Kindes der ganze Greuel der Umgebung sich widerspiegelt, was macht's? Du hast dann unbefleckt empfangen.

I.O.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Der Einfluß des Zinses auf die Acker- und Baugrundrente.

Es herrscht bei einigen Freiwirten eine gewisse Unsicherheit über die Wirkung, die vom Freigeld auf die Grundrente zu erwarten ist. Es ist ein Verdienst Dr. Ernst Dick-Basel, die Klärung dieser Frage angeregt zu haben. Dr. Dick selbst ist auf Grund seiner fleißigen Studien zu der Meinung gekommen, daß mit der Beseitigung des Zinses durch das Freigeld auch die Grundrente verschwindet, und da eine solche Wirkung unsere Freilandforderung überflüssig machen würde, so ist diese Dicksche Meinung von all denen mit Begeisterung und offenen Ohren aufgenommen worden, die bei der Werbung um unsere Ziele so oft die Worte hören: Freigeld ja, Freiland nein. Und die nun gerne solchem Widerstand hintenherum ausweichen möchten. Wir verschweigen dann den Grundbesitzern, den Bauern einfach diese Wirkung des Freigeldes. So fangen wir bei den Wahlen viel mehr Stimmen, so gewinnen wir Mitglieder für den Bund, so wächst die Bewegung endlich zu der „nötigen“ Massenbewegung heran, so kommen wir schneller ans Ziel. So sagen sie.

Es ist bei den Debatten über diese Frage darauf hingewiesen worden, daß ich irgendwo in meinen Schriften gesagt habe: Die Beseitigung des Zinses ist der schwerste Schlag, der die Grundrente treffen kann. (NWO. Kap. Einfluß des Kapitalzinses auf Lohn und Rente.) Dieser Satz bezog sich auf die landwirtschaftliche Grundrente. In einer Bemerkung war darauf hingewiesen worden, daß für die Baugrundrente der Einfluß des Kapitalzinses ein *entgegengesetzter* ist, weil die Beseitigung des Zinses die Wohnungsmieten verbilligt und diese Verbilligung die Nachfrage nach Wohnraum und damit nach Baugrund verstärken muß. Diese Bemerkung, die als Fußnote eingeschaltet ist, mag übersehen worden sein. Wer sie beachtet hat, der wird sich gesagt haben, daß die Gesamtgrundrenten durch die Beseitigung des Zinses keine Änderung erfahren, weil das, was bei der landwirtschaftlichen Grundrente abgeht, bei der städtischen Grundrente wieder zuwächst.

Die praktische Bedeutung der Sache (für die Theoretiker war m. E. in dem Kapitel genug gesagt worden) läßt es ratsam erscheinen, etwas ausführlicher den Gegenstand zu behandeln. Es sind da eine Anzahl Wenn und Aber einzuschalten, die der Praktiker und Politiker nicht übersehen darf, wenn er sich nicht widersprechen will.

Wenn ich gesagt habe, daß es der härteste Schlag ist, der die Grundrente (die landwirtschaftliche Grundrente) treffen kann, und zwar von den vorher genannten Schlägen der härteste, so darf man nun keinen tödlichen Schlag daraus machen und folgern, daß mit dem Freigeld die Grundrente überhaupt verschwindet. Wenn man solches aus meinem Satze folgern kann, so habe ich mich nicht vorsichtig genug ausgedrückt.

Die städtische Grundrente steht an Bedeutung der ländlichen Grundrente in vielen Ländern nicht nach. In manchen Ländern oder Provinzen mag sie letztere sogar stark überwiegen. Oft bezahlt man für einen Quadratmeter in der Stadt mehr als für ein Hektar auf dem Lande. Wenn nun die Berliner Wohnungen durch die Beseitigung des Baugeldzinses sich verbilligen, vielleicht um 50 und mehr Prozent, und wenn die Berliner Proletarier, die heute vielfach für eine Familie von 6 oder 10 Köpfen sich mit einem Zimmer begnügen müssen, die 50 prozentige Verbilligung benutzen, um sich eine größere Wohnung zu mieten, so müssen doch solche größeren Wohnungen erst gebaut werden, ehe sie bezogen werden und die Nachfrage nach ihnen befriedigt werden kann. Wenn 40 Prozent der Bevölkerung Berlins mit einem Zimmer sich begnügen müssen und diese 40 Prozent nun zwei Zimmer verlangen, weil mit der Beseitigung des Zinses für das Baukapital zwei Zimmer so viel kosten sollen wie jetzt ein Zimmer, so müssen für diese allein schon 1 200 000 Zimmer gebaut werden (40 Prozent von 3 Millionen). Und für die anderen im gleichen Verhältnis. Durch solche Wohnungsansprüche müßte die Baufläche Berlins um das Doppelte wachsen. Die Hemmungen, die durch die dann steigende Grundrente solchem Wachstum entgegenstehen, können nur durch Freiland bekämpft werden. Die steigende Grundrente würde proportional die Mütterrente verstärken und die Mütter könnten mit dem Geld dann wieder mehr Raum für ihre Kinder verlangen und bezahlen. Die Beseitigung des Zinses verbilligt aber nicht nur die Wohnungen; sie verdoppelt das Arbeitseinkommen, und bei verdoppeltem Einkommen stellt der Mensch neue Ansprüche an seine Lebensführung. Viele, die es sich jetzt nicht leisten können, werden sich ein Auto verschaffen und ihre Wohnung nach außen verlegen und einen Garten haben wollen. So viele Autos verlangen eine Verbreiterung der Straßen, verlangen mehr Raum, auch für die Garage. Und so viele Gärten beanspruchen

große Flächen. Das alles wirkt treibend auf die Grundrente. Mit dem größeren Beutel macht sich der Mensch auch breiter in jeder Hinsicht. Für die dünnen, dünn gekleideten Proletarier genügt ein Bürgersteig von ein Meter Breite. Gewohnt, geschubst zu werden, macht es für sie nichts aus, auf dem Bürgersteig ständig gestoßen zu werden. Die gut gekleidete Mutterrentnerin verlangt Verbreiterung des Bürgersteiges, weil sie nicht gewohnt ist, gestoßen zu werden, und auch schon aus Rücksicht auf ihre schönen Kleider. Macht mir Platz, bleibt mir drei Schritt vom Leibe! Aber diese drei Schritt verlangen entsprechenden Raum. Die Verbreiterung der Bürgersteige wirkt treibend auf die Grundrente. Man braucht übrigens nur von Berlin Norden nach Berlin Westen zu gehen, um wahrzunehmen, wie viel mehr Raum der wohlhabende Mensch braucht als der Proletarier. Auf demselben Raum, auf dem im Westen ein Mensch wohnt, wohnen im Norden (nach dem Gewimmel geschätzt) gut zehn Menschen. Der zu Wohlstand gelangte Proletarier reißt alles, was der Kapitalismus ihm als Wohnung zugemutet hat, glatt nieder und baut sich die Stadt nach seinen Bedürfnissen neu auf, weit, breit und luftig. Wie man da ohne Freiland verhindern kann, daß die Grundbesitzer alle Vorteile der Situation ausnützen und den Gewinn aus dem Niedergang des Zinses in ihre Taschen leiten werden, haben uns die Vertreter der Meinung, daß die Beseitigung des Zinses automatisch auch die Grundrenten beseitigt, nicht gezeigt. Das, was sie bisher zur Stütze ihrer Meinung gesagt haben, genügt nicht. Es müßten neue Tatsachen und Gesichtspunkte aufgedeckt werden. Tatsachen, die wir zur Stunde nicht kennen.

Der Satz, daß die Beseitigung des Zinses der landwirtschaftlichen Grundrenten den härtesten Schlag versetzen würde, der sie überhaupt ausgesetzt werden kann, gilt natürlich auch nicht für die Ewigkeit, wie z. B. die Zölle auch nicht ewig die Grundrenten heben können (s. NWO. Artikel: Zölle, Lohn und Grundrente). Unterwerfen wir diesen Satz dem heute noch gültigen Bevölkerungsgesetz, wonach die Menschen in geometrischer Progression sich selbst, ihre Subsistenzmittel dagegen nur in arithmetischer Progression vermehren können, und daß jede Mehrung der Subsistenzmittel auch eine entsprechende Mehrung der Bevölkerung zur Folge hat, so sehen wir, daß die Beseitigung des Zinses durch die mit ihr mögliche Mehrung der Subsistenzmittel und damit auch Mehrung der Bevölkerung stark in der Richtung einer Grundrentensteigerung wirken muß und daß solche Bevölkerungsvermehrung am Ende alle auf die Grundrentensenkung hinwirkenden Folgen der Beseitigung des Zinses übertrumpfen könnte. Freilich, wenn an die Stelle der heutigen unwillkürlichen Bevölkerungsvermehrung die willkürliche tritt,

dann dürfte der Malthussche Satz umgekehrt werden können, so daß dann die Bevölkerung sich in arithmetrischer. die Subsistenzmittel in geometrischer Progression mehren werden. In diesem Falle würde natürlich der in Rede stehende Satz seine Gültigkeit behalten, auch dann, wenn andere Umstände die Grundrente in die Höhe treiben würden. Der niedergehende Zins würde dann verhindern, daß die Grundrente noch weiter stiege.

Mit der Grundrente verhält es sich wie mit der Währung. Tausend Umstände wirken treibend und tausend andere Umstände drückend auf die Preise und auf die Grundrente. Wer solche Umstände bei seinen Betrachtungen übersieht, wird Fehlschlüsse machen. Größte Ein-, Um-, Vor- und Nachsicht ist hier nötig. So z. B. wäre hier zu erwähnen, daß der mit Freiland-Freigeld sich breit machende Wohlstand eine größere Nachfrage nach feineren Lebensmitteln und Lebensgenüssen schaffen wird, die zu ihrer Deckung mehr Boden fordert. Es wäre möglich, daß die proletarischen Fahrräder und Autos wieder in Wegfall geraten werden, und daß jeder Arbeiter sich zu Pferd zur Arbeitstätte bewegen wird. Und zur Fütterung und Stallung so vieler Reitpferde wird man große Bodenflächen nötig haben. Für die Ernährung des Volkes mit Kartoffeln, Brot und Speck genügt die heutige Bodenfläche. Sie genügt aber nicht mehr, wenn überall die Kochrezepte der Klosterküchen in Gebrauch kommen. Braucht man ein Hektar Land zur Ernährung einer Proletarierfamilie, so braucht man deren zwei, wenn diese Familie zu Wohlstand, gelangt. Und so in unendlich vielen Fällen. Berechnen läßt sich solche Entwicklung nicht. Wer sich die Mühe geben will, kann eine Tabelle aufstellen und alles Für und Wider mit Schätzungszahlen versehen, wie ich das in meinen Schriften für die Währung getan habe. Und mit Hilfe solcher Schätzungen kann er dann sein Heil als Grundstücksspekulant versuchen. Mit Freiland erübrigen sich solche Berechnungen vollständig, weil dann keine Geschäfte dieser Art gemacht werden können.

Wie dem nun auch sei, ob die Grundrente mit der Beseitigung des Zinses steigt oder fällt, ob mit dem Verschwinden des Zinses der landwirtschaftlichen Grundrente ein harter oder gar der härteste Schlag versetzt wird, der ihr überhaupt versetzt werden kann, verschwinden kann damit weder die städtische noch die landwirtschaftliche Grundrente keineswegs. Immer und ewig wird der Unterschied zwischen gutem und schlechtem Boden, zwischen gut gelegenem und schlecht gelegenem Boden fortbestehen, immer wird dieselbe Arbeit hier größeres, dort kleineres Produkt geben. Diesen Unterschied kann kein Freigeld je beseitigen. Und diesen Unterschied wird man benennen

mögen, wie man will, er wird das darstellen, was man heute Grundrente nennt. Und jeder Mensch, der schlechten, schlecht gelegenen Boden bearbeitet, wird bereit sein, bares Geld anzubieten demjenigen, der ihm im Tausch gegen den schlechten Boden in der Einöde guten Boden in der Nähe der Stadt anbietet. Und dieses Geld wird man mit vollem Recht arbeitsloses Einkommen nennen.

Wer darum allen Menschen das gleiche, unveräußerliche Recht auf den Boden und die Schätze dieser Erde zuerkennt, der muß bei der Forderung „Freiland“ bleiben. Privatrechte auf den Boden und Freiland, Grundrenten und das Recht auf den vollen Arbeitsertrag schließen sich absolut aus. Jeder, auch der kleinste Kompromiß führt zur Korruption des fruchtbarsten, großartigsten Gedankens, der je ein Menschenherz bewegt hat. Wir verschnöden Moses, wir verhunzen das Andenken Henry Georges, wir versinken in den Morast der Damaschkiden, wir verlieren alle Werbekraft bei allen entschiedenen Vertretern der freiwirtschaftlichen Forderungen und ersetzen sie durch lahme, geistlose „Anhänger“, unehrliche Streber, wenn wir die geringste Einschränkung des Freilandgedankens dulden. Makellos wie die Jungfrau *Maria* so soll der *Freilandgedanke* bleiben. Der kühnsten, den hoffnungsvollsten Ausdruck des Freilandgedankens, die Vereinigung des Souveränitätsrechts auf den von den einzelnen Völkern besetzten Boden, geht uns verloren, wenn wir die geringste Einschränkung unserer Hauptforderung dulden. Freiland ist die mathematische Formel des Freihandels und des Weltfriedens. Die großartigen Ausblicke, die der Freilandgedanke in dieser Hinsicht bietet, die werden wohl, denke ich, den auf dem Wege der Kompromisse zu gewinnenden schmutzigen Stimmzettel dumpfer Massen, verblödeter Philister aufwiegen. Wir werden, wenn wir rücksichtslos unsere Forderungen stellen, auch ohne das Stimmvieh zum Ziele kommen. Wir sind Pazifisten, ganz gewiß sind wir es. Aber das sagt nicht, daß wir keine anderen Mittel anerkennen als den Stimmzettel, dieses verlogenste, korrumpierteste, unwirksamste aller Kampfmittel. Den Freilandgedanken kann man nicht durch das Studium dicker Bücher fassen. Er bleibt denen ewig unfaßbar, die nicht mit ihm geboren werden. Moses in Ägypten hatte sicher keine freiwirtschaftliche Schrift gelesen. Wenn wir auf Schwierigkeiten bei der Werbung stoßen, so liegt das daran, daß so wenig freie Menschen geboren werden. Ein Volk, das seit Jahrhunderten wie das Stallvieh auf den Gütern als Leibeigene gezüchtet worden ist, wo der Ausleseprozeß ganz gesetzmäßig die Freien ausmerzte (zum Glück sorgte das Recht der ersten Nacht für Blutauffrischung, sonst wären wir am Ende vollkommen zu Lasttier hinabgesunken), bleibt dem Freilandgedanken

schwerer zugänglich, als den Negern und Atchinesen. Wie die Mastgans im Herbst blinzelnd den am Himmel dahinziehenden wilden Gänsen nachschaut und es nicht einmal mehr zu einem Seufzer bringen kann, so hören die Philister das Wort Freiland und können sich nichts dazu denken.

Freiland ist der Prüfstein freiwirtschaftlichen Denkens. Freigeld ist kein angeborener Gedanke. Dem geborenen Diener, dem kümmerlichsten, kleinlichsten niedrigsten Geist kann sich der Freigeldgedanke erschließen. Es ist mehr ein Kniff, eine Erfindung als ein Gedanke. (Fritz Schwarz in Bern, wenn er von Freiland spricht, wächst um einen Schuh. Seine Pupillen erweitern sich. seine Augen rollen, seine Adern an den Schläfen strotzen von Blut. Wenn dann die Rede auf Freigeld kommt, dann ändert sich sein Gesicht. Er blinzelt mit den Augen, die Blässe dringt durch seine dicke Chinesenhaut, seine Brust senkt sich, man sieht, er ist von einem hohen Postament hinabgestiegen auf das Terrain der Kniffe, der Wissenschaft.)

Wer darum für die Freiwirtschaft werben will, der beginne mit Freiland. Hier kann gleich das Korn von der Spreu gesondert werden. Man gewinnt so Männer, die auch in gefährlicher Zeit zur Sache stellen, und verliert keine Zeit mit der Werbung von Männern, die, ehe der Hahn kräht, die Freiwirtschaft dreimal ver-raten haben. So laßt uns also sagen und so es behaupten: Die Erde ist unser. Und wenn wir dann fest auf unserem Sinne beharren, dann zwingen wir die Welt in unsere Bahn. Und schließlich, wer Großes will, der darf die Tage und die Jahre nicht zählen.

*

Was bietet die Freiwirtschaftslehre eigentlich Neues an volkswirtschaftlichen Erkenntnissen?

I.

Als bestes Werbemittel für die freiwirtschaftlichen Ziele muß sich selbstverständlich das Ziel selber erweisen. Wer das Ziel wünscht und die Mittel als wirksam anerkennt, der ist auch schon innerlich für diese Lehre gewonnen. Es gibt aber auch Personen, denen es nicht auf das Ziel ankommt, denen es völlig gleichgültig ist, was mit den empfohlenen Mitteln erreicht wird, die sich aber wissenschaftlich dafür interessieren. Sie fragen, ob denn die Freiwirtschaftslehre überhaupt etwas Neues in theoretischer Hinsicht

bietet, entweder um dieses Neue zu weiteren wissenschaftlichen Arbeiten zu verwerten, manchmal auch aus wissenschaftlichem Reinlichkeitsbedürfnis oder auch, um die neuen Erkenntnisse als Waffe gegen einen persönlichen Gegner literarisch zu verwenden. Solche Personen können der Bewegung mittelbar oft sehr nützlich werden, indem sie die einzelnen Lehrsätze in weitere Kreise bringen. Wobei es gleichgültig bleibt, ob es unter Quellenangabe geschieht oder nicht.

Der Freiwirt, der nun von solchen Leuten nach dem *Neuen* seiner Lehre gefragt wird, der hat es noch nicht so leicht, die Frage erschöpfend zu beantworten, denn es ist vieles da aufzuzeichnen auf allen Gebieten der Volkswirtschaftslehre, in der Theorie des Geldes, der Grundrente, des Lohnes, des Zinses, der Krisen. Eine kurze Übersicht wird sich darum als nützlich erweisen. Freilich, freilich, was ist neu? Wir denken an Ben Akiba und betrachten die Berge von Literatur in den Bibliotheken. Ich will darum hier den Sinn des Wortes „neu“ beschränken und sagen, daß als neu alles anzusehen sei, was den herrschenden wissenschaftlichen Lehrsätzen widerspricht und sich als richtig erweist. Neu war seinerzeit die Lehre des Kopernikus, weil die Lehren seiner altgriechischen Vorgänger sich nicht hatten durchsetzen können und in Vergessenheit geraten waren. Neu war auch wieder die Lehre Galileies, denn auch Kopernikus hatte sich nicht durchsetzen können. Neu ist ein steinalter Stein, den man eben in ein Loch eingemauert hat. Und neu ist ein alter Lehrsatz, sobald er dadurch für uns Bedeutung erhält, daß er in ein System eingebaut wird. Hier und da und dort wird man manche Aussprüche finden, die, wenn sie nach ihrem Inhalt geordnet würden, auch eine, wenn auch verstümmelte freiwirtschaftliche Lehre darstellen würden. Aber der, der diese Ordnung besorgt, müßte den in den einzelnen Sätzen versteckt liegenden leitenden Gedanken erst fassen, und dazu würden ihm die einzelnen, durcheinandergewürfelten Sätze so viel wie nichts nützen. Und im übrigen möchte ich bemerken, daß ich mich freuen würde, wenn alles, was ich hier als neu, von mir entdeckt, bezeichne, sich als alte, bekannte Wahrheiten, als Gemeingut der Wissenschaftler erweisen würde, wenn von allen Seiten bleiche Gerippe auf mich einstürmen würden mit dicken Bänden in den Händen, in denen, wie Veilchen im Gestrüpp, unter tausend engbedruckten Seiten das Sätzchen zu finden ist, das ich in der freiwirtschaftlichen Lehre verwende und als neu bezeichne. Mich drängt keine Ruhmsucht zu den folgenden Aufzeichnungen. Die Ruhmsucht entsteht aus einem heißen Bedürfnis nach öffentlicher Anerkennung, nach Ehrerweisungen. Aber welche Ehre könnte mir ein Volk erweisen, das ich nicht mehr achten kann, das, um die Besitzer der Sachwerte mit Steuern zu schonen, *die Sparkassengelder unterschlug* und unzählige Greise, Witwen und Waisen der Notgroschen

beraubte, *und das jetzt auch noch tatenlos zuschaut*, wie unzählige Opfer dieser Schandtat sich das Leben nehmen müssen, weil es sie anwidert, bei denen, die sie betrogen und bestohlen haben, betteln zu gehen? Es muß schon ein Volk anderen Kalibers sein, nach dessen Anerkennung ich mich sehnen könnte.

Beginnen wir mit der Lehre vom Geld. Da ist zunächst zu erwähnen, daß die freiwirtschaftliche Lehre vom Geld ausschließlich auf Nachfrage und Angebot errichtet ist, unter ausdrücklicher Ablehnung der Wertlehre, die bis dahin als Ausgangspunkt aller Geldtheorien verwendet wurde. Ich liefere hier den Beweis, daß man eine lückenlose Darstellung des Geldes geben kann, ohne daß man dabei auf den Gegenstand der Wertlehre stößt. Kann es einen besseren Beweis geben für die Behauptung, daß die Wertlehre ein Hirngespinnst zum Gegenstand hat? Und was das in wissenschaftlicher Beziehung bedeutet, wird klar, wenn man bei allen gründlichen Untersuchungen den Satz zu lesen bekommt: Der Wert (das Hirngespinnst) ist das Fundament der Volkswirtschaftslehre! Die erste Darstellung dieser auf Angebot und Nachfrage aufgebauten Geldtheorie gab ich in meiner in spanischer Sprache veröffentlichten Schrift: „El sistema monetario argentino, sus ventajas y su perfeccionamiento.“ Buenos Aires 1895. (Anm. d. Schriftl.: Wir haben einige Exemplare dieser Schrift erhalten, deren Erlös unserer Kasse gestiftet ist. Zwei Mark das Heft von 96 Seiten.) Ich selbst bezeichnete diese Theorie als die kaufmännische Theorie des Geldes. Dr. Christen gab dieser Lehre später den Namen: Dynamische Theorie des Geldes. Da die Kaufleute, an die ich mich in erster Linie wandte, sich nicht für die Theorie des Geldes interessierten (tausende haben dieses Verhalten mit dem Verlust des Vermögens, viele mit dem Leben büßen müssen), ließ ich in der Folge meine Bezeichnung fallen und übernahm die von Dr. Christen. Seitdem haben andere versucht, das Geld dynamisch zu erklären. Oft wird Irving Fishers Werk zitiert. Es ist ein gutes Werk. Aber hier, wo es sich darum handelt, die Primogenitur nachzuweisen, ist es von Bedeutung, zu erwähnen, daß Fishers Schrift 1911 erschien, also fast 20 Jahre nach meiner Veröffentlichung. Auch ist Fishers Schrift, obschon breiter angelegt, nicht so umfassend wie die meinige. Sie ist auch nicht so gefährlich. Ob sich Fisher Beschränkung aus Taktik- oder Tiktakgründen auferlegte, weiß ich nicht. Möglich, daß er nicht alles sagen wollte, um dem Wenigen nicht den Weg zu versperren. In meiner zitierten Schrift habe ich aus dem gleichen Grunde auch nicht alles gesagt, aber doch vielleicht zu viel. Die, die die Goldwährung hüten, haben scharfe Witterung.

Da es nicht unwichtig für die Freiwirte ist, wenn sie bei der Werbearbeit auf das würdige Alter der freiwirtschaftlichen Erkenntnisse hinweisen können, lasse ich hier die erste dynamische Dar-

stellung der Preisbildung, wie ich sie in der erwähnten Schrift Seite 57 – 60 gebe, in der Übersetzung folgen.

II.

Übersicht der preisgestaltenden Faktoren.

A. Die Grundlage des Preises.

	Angebot Kilo	Nachfrage Pesos
Die Arbeitsteilung erzeugt ein fortlaufendes Angebot von Waren	100	
Das in Umlauf gesetzte Geld erzeugt eine fortlaufende Nachfrage von		200
	$\frac{\text{Nachfrage } 200}{\text{Angebot } 100}$	Preis 2 \$ das Kilo

B. Änderungen, denen dieser Preis ausgesetzt ist.

1. In normalen (sogenannten) Zeiten.

Die in ständiger Entwicklung befindliche Arbeitsteilung mehr das Angebot von Waren um etwa 10%	10	
Die Mehrung des Papiergeldes oder die Prägung neuer Münzen stärkt die Nachfrage um 10%		10
Mit der ständigen Vermehrung der Bevölkerung wächst die Anzahl der Warenerzeuger, wächst die Warenerzeugung und damit wächst auch das Angebot	30	
Die Verbesserungen der dem Umlauf des Bargeldes dienenden Einrichtungen, die Abkürzung des Weges, den die Münzen durchlaufen, machen einen Teil des Geldes überflüssig. Da dieses überflüssig gewordene Geld jedoch nicht eingezogen wird, so kehrt es über kurz oder lang in die Zirkulationsbahn zurück und wirkt dort wie eine Neuemission von Geld und stärkt entsprechend die Nachfrage		30
Gute Ernten, ein gesichert erscheinender Frieden fördern die Warenerzeugung, vermehren das Angebot	20	
Der Frieden und die guten Ernten heben das allgemeine Vertrauen der Kapitalisten und stärken den Kredit und dieser wiederum macht Bargeld überflüssig. Da auch dieses überflüssig gewordene Bargeld nicht eingezogen wird, so kehrt es in die Zirkulationsbahn zurück und wirkt auch wieder wie eine Neuemission und stärkt entsprechend die Nachfrage		50
Die Kapitalisten werden durch die steigende Nachfrage zur Erweiterung der Betriebe angeregt, und die verstärkte Warenerzeugung mehr das Angebot	20	
Die Regierung verbietet das Lotteriewesen und erklärt dem Glücksspiel den Krieg, und die dadurch freiwerdenden Geldmassen wenden sich durch die Spar-		

Angebot Kilo	Nachfrage Pesos
-----------------	--------------------

kassen oder sonstwie der Warenproduktion zu und mehren so das Angebot ...

25

Dieses verstärkte Angebot erzeugt eine, wie man glaubt, vorübergehende Neigung zu einem allgemeinen Preisrückgang. Manche Käufer wollen diese Konjunktur ausnutzen und verstärken ihre Bestellungen unter Benutzung von Barreserven oder ihres Kredits

120

$\frac{\text{Angebot } 205}{\text{Nachfrage } 410}$ Gleich 2 \$ das Kilo

205 410

2. In Krisenzeiten.

In normalen Zeiten kann die Mehrzahl der Bürger Ersparnisse machen; diese Ersparnisse haben zunächst die Geldform. Es ist dem Verkehr entzogenes Geld. Und wenn die Sparer das Geld auch wieder dem Verkehr übergeben, so doch nur unter der Bedingung des Zinses. Die Nachfrage nimmt zunächst um das gesparte Geld ab *)

100

Die erste Wirkung des hierdurch erzeugten Preisfalles ist eine Beschleunigung des Geldumlaufes, weil wieder viele der Meinung sein mögen, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelt, und glauben, ein gutes Geschäft zu machen, wenn sie jetzt kaufen

120

Aber da der Preisrückgang anhält und sich verstärkt, und da niemand weiß, bis wohin die Preise fallen können, werden viele stutzig und halten mit den Bestellungen zurück, weil sie sich mit Recht sagen, daß, wenn die Preise fallen, es besser ist, morgen statt heute zu kaufen. Die Mehrzahl der Kaufleute entzieht das Geld dem Verkehr *)

50

Der Preissturz zieht den Bankrott vieler Kaufleute nach sich. Viele, um dem Bankrott zu entgehen, führen Notverkäufe aus und mehren so noch das Angebot

20

Die Zahlungseinstellungen mehren das Unsicherheitsgefühl und haben Krediteinschränkungen zur Folge. Die auf dem Kreditwege bis dahin verkauften

Waren müssen nun gegen Bargeld verkauft werden. Die gegen Bargeld angebotenen Waren nehmen zu

100

Die Bankiers und Spekulanten halten alles eingehende Bargeld fest, um den Preissturz zu verstärken *)

100

575 530

$\frac{\text{Angebot } 575}{\text{Nachfrage } 530}$ Preis 0,95 \$ das Kilo

Rette sich, wer kann!

*) Siehe Anmerkung auf der nächsten Seite.

Angebot	Nachfrage
Kilo	Pesos

Hochkonjunktur, gute Zeiten.

Der außerordentliche Preissturz und der Stillstand der Industrie, die Unterbrechung des Warenaustausches (Arbeitslosigkeit) zwingen nun alle, von ihren Ersparnissen Gebrauch zu machen, um das zum Leben Nötige kaufen zu können. Sie entnehmen das Geld der Sparbüchse oder dem Bankkonto und bringen es nach und nach zum Markt

50

Der Bankrott der Unternehmer, den die Krise zur Folge gehabt hatte, mindert die Produktion und das Angebot *)

20

Die hierdurch bereits herbeigeführte Preissteigerung reizt, wenn diese längere Zeit anhält, zum Kauf, weil alle hoffen, das heute Gekaufte morgen zu den höheren Preisen verkaufen zu können

100

Diese Preissteigerung erlaubt nun den Kaufleuten, den Zahlungsverpflichtungen regelmäßig nachzukommen. Das Vertrauen kommt wieder und stärkt den Kredit. Das hierdurch frei werdende Bargeld wirkt sich als Neuemission aus

100

Die Bankiers, Wucherer, Spekulanten und Spitzbuben werfen nun alles Geld wieder auf den Markt, um die Hochkonjunktur zu fördern und so mit Gewinn die in der Krise erworbenen Papiere abzustoßen

350

575

1150

Angebot	575
---------	-----

Nachfrage	1150
-----------	------

Preis 2 \$ das Kilo

[*] Diese Posten mußten hier in Abzug gebracht werden. Um das zu vermeiden habe ich sie in die andere Rubrik gestellt. Das gleicht sich aus. Für die Darstellung wenigstens.]

III.

Wie man sieht, handelt es sich hier um eine rein dynamische Darstellung der Preisbildung und damit auch des Geldes und der Währung. Die Währung ist hier vollkommen auf Nachfrage und Angebot aufgebaut. Alles ist hier in ständiger Bewegung. Nirgends ein fester Punkt „in der Erscheinungen Flucht“, an dem man sich festklammern könnte, es sei denn, daß man die Arbeitsteilung, also eine unstoffliche Einrichtung, als Fundament, als Deckung, als Anker, als Klammerbegriff betrachten möchte. Nirgends wird auf den sogenannten „Wert“ Bezug genommen, die Fiktion, von der die Währungsforscher sich auch heute noch nicht frei machen können. Wie die Astronomen vor Kopernikus, die lieber das ganze Weltall um die Erdkugel herumwälzten, als sich persönlich zu der großen Fahrt durchs Weltall zu bequemen, so vergewaltigen die Währungsforscher lieber alle Tatsachen und Lehren

der Volkswirtschaft, ehe sie den „Wertgedanken“ (Gott) als Hirngespinnst aufgeben.

Die Erkenntnis, daß das Geld dynamisch begriffen werden will, ist für die Währungspolitik von richtunggebender Bedeutung. Wer auf diesem Boden schürft, der kann die täglichen Entdeckungen wie die Perlen eines Rosenkranzes träumend durch die Finger gleiten lassen. Alle uralten Währungsfragen finden hier glatte Lösung. Alles, was wir für die Verbesserung des Geldwesens fordern, aktive Währungspolitik, Indexwährung, Unterwerfung des Geldes unter die Bedürfnisse des Warenaustausches, Erzwingung eines regelmäßigen Umlaufes des Geldes und schließlich das Freigeld, es sind logische, an der Oberfläche liegende Folgerungen der einen Erkenntnis, daß das Geldwesen dynamisch anzupacken ist. Und so können wir auch noch folgern, daß jeder, der glaubt, das Geld dynamisch zu betrachten und der nicht auch gleich bis zum Freigeld vorstößt, statische Hemmungen hat, die von einer Verkümmernng des dynamischen Gefühles herrühren. Das gilt für Irving Fisher, für Liefmann, für Otto Heyn, für Keynes, für Cassel, für alle, die sich in den letzten Jahren zur Währungsfrage äußerten. Cassel z. B. würde gewiß nicht seinen wissenschaftlichen Ruf in den Schmutz werfen und den *commis voyageur* der Goldwährung spielen, wenn er keinerlei statische Hemmungen hätte, wenn er sich in der Freiheit wohlfühlte und keines Stoffes bedürfte, um sich daran zu klammern. Zwar sagt er, nicht er, sondern „die Welt“ verlange die Goldwährung, doch muß er wissen, daß unter „Welt“ jeder, auch der Harmloseste, die amerikanischen Börsenmänner versteht, von denen es völlig abhängt, ob Cassel noch weiter als Autorität in Währungsfragen gelten soll. Dem Wissenschaftler Cassel wird die Wahrheit auch nicht für Morgans Scheckbuch feil sein. Er tritt für die Goldwährung ein, weil er trotz allem den Goldwahn noch nicht überwinden konnte. – Nicht die „Welt“ (hier richtig als Welt oder Menschheit, nicht als Morgan zu verstehen), sondern Cassel selbst verlangt die Rückkehr zur Goldwährung. Wenn nicht, dann ist er kein wissenschaftlich denkender Mensch, sondern ein Politiker gewöhnlicher Sorte. Vom Wissenschaftler verlangt man ein wissenschaftliches Gutachten, kein politisches Rezept, wie man vom Ochsen auch nur Rindfleisch verlangt. Wenn die „Welt“ (sprich Morgan) der Wissenschaft den Kampf ansagt, nun so kämpft man, aber man unterwirft sich nicht feige den Morganschen Wünschen.

Man erkennt an diesem ruhmlosen Ende eines alten Währungsforschers, daß der dynamische Begriff des Geldes einer geistigen Umstellung bedarf, die nicht jeder so verankern kann, daß sie den verdrängten statischen Vorstellungen der Kindheit auch im Alter noch standhält. Und nicht jeder hat das Organ für solche dynamische Erkenntnis. Die Inquisitoren, die den Prozeß gegen Galileo führten, konnten ja auch die Dynamik des Weltalls nicht begreifen.

So muß also zugegeben werden, daß die dynamische Theorie des Geldes tatsächlich etwas Neues und auch Kühnes darstellt, so daß dem fürwitzigen Fragesteller, der nach dem Neuen der Freiwirtschaftslehre fragt, mit der Dynamik des Geldes schon etwas recht Stutziges vor die Füße geworfen werden kann.

Oben wurde gesagt, daß die Erkenntnis von der dynamischen Natur des Geldes gleich zu einer Reihe neuer, unerhörter Forderungen führt. In der zitierten, 1895 in Buenos Aires erschienenen Schrift wird die Indexwährung verlangt, ganz wie sie heute von Irving Fisher und vielen anderen auch schon verlangt wird. Auch die Art, wie der Index ermittelt werden soll durch die Berücksichtigung der relativen Bedeutung jeder Ware, wird angegeben. Auch das war damals neu. In genannter Schrift wird verlangt, daß die Emissionsbank die Arbeitsteilung als Deckung der Noten zu betrachten habe. Diese Forderung war so neu, daß sie niemand verstand. Noch heute gibt es keine Noten, die dieser selbstverständlichen Forderung jeder dynamischen Betrachtung des Geldproblems gerecht wird. Jetzt erst hat sich die Reichsbank bewogen gefühlt, aus der Inschrift der von ihr ausgegebenen Noten die Worte: „Die Reichsbank zahlt“ zu streichen. Vor 50 Jahren machte ich sie in einem Briefe auf den Blödsinn der bisherigen Inschrift aufmerksam. Damals war das so neu, daß die Reichsbank wahrscheinlich umgekehrt meine Forderung, denn mein Brief wurde keiner Antwort für wert gehalten, als Blödsinn betrachtet hatte. In der 1895 erschienenen Schrift mache ich (Seite 89) den Vorschlag, den Noten folgende Inschrift zu geben:

Nachfrage.

Der Inhaber hat das allgemeine Angebot von Produkten der Arbeitsteilung um

100 Nientes (Pesos. Nichtse. Nihilisten)

verstärkt und ist berechtigt zu einer Nachfrage gleichen Betrages. Der Wert (!) des Nichtses wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden.

Die Realisierung des Wertes dieser Note findet ausschließlich auf dem Warenmarkt statt. Die Bank zahlt nichts dafür.

Die Nationalbank für die Regulierung des Geldpreises.

Diese Inschrift wird allen Tatsachen gerecht. Aber bis heute gibt es noch kein Noteninstitut, das den Mut hätte, die Inschrift ihrer Noten in diesem Sinne abzuändern. Sie ist allen noch zu neu, heute nach 50 Jahren!

Für die obengenannte Nationalbank sind in der zitierten Schrift

(Seite 84) die folgenden Richtlinien aktiver Währungspolitik aufgestellt:

1. Alle offiziellen Banken werden liquidiert. An ihre Stelle tritt die Nationalbank für die Regulierung des Geldpreises.

2. Einziger Zweck dieser Bank ist, den Preis des Geldes zu regulieren und den Goldpreis auf 500 zu erhalten.

(Bemerkung des Verfassers: In den Erklärungen wird diese Rücksicht auf den Goldpreis als eine vorübergehende Maßnahme gefordert. Man müsse zeigen, daß man mit ungedecktem Papiergeld auch den Goldpreis halten kann, wenn und so lange man es wünscht. Dann erst könne man eine internationale Währungskonferenz einberufen und ihr die Indexwährung empfehlen.)

5. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, wird die Bank als einzige das Vorrecht der Notenemission haben. Sie wird den Notenumlauf mehren und mindern können im Umfang, wie es für ihre Aufgabe nötig sein wird.

4. Der Bank sind alle kaufmännischen Handlungen verboten. Sie darf keine Wechsel diskontieren, keine Darlehen machen, keine Privatgelder in Depot nehmen. Nur durch An- und Verkauf von Titeln der Staatsanleihen darf sie den Geldumlauf regulieren.

5. Äußersten Falles, wenn die Mittel der Bank nicht ausreichen, um Geld einzuziehen (wenn ihr Bestand an Staatsschuldscheinen aufgebraucht ist), erhält die Bank die Vollmacht, durch vorübergehende Zollzuschläge die Einfuhr zu hemmen und mit den Zollerträgen ihre Machtmittel zu stärken.

(Bemerkung: Diese Vorschläge wurden zu einer Zeit gemacht, wo die Emissionsbanken gänzlich mittellos geworden waren.)

6. Die Bank ist ebenfalls bevollmächtigt, in der ganzen Republik vorübergehend, und wenn es durchaus nötig ist, Geldlotterien zu veranstalten zu dem Zweck, das Geld vom Warenmarkt abzuleiten und so eine Verminderung der Nachfrage nach Waren zu erzwingen und so auf die Preise zu drücken.

(Bemerkung: In Argentinien, wo das ganze Volk sich an den Lotterien beteiligt, wäre gewiß solches Mittel sehr wirksam gewesen. Hier würde die Lotterie nicht als Einnahmequelle des Staates behandelt, als Mittel, die Kleinen und Dummen zugunsten der mächtigen Steuerzahler zu plündern, sondern allein als währungsregulatorisches Mittel. Das Geld der verkauften Lotterielose wäre den Gewinnern ohne jeden Abzug ausgezahlt worden. Es wäre leicht gewesen, in Argentinien auf diese Weise zu jeder Zeit virtuell den Notenumlauf um 20, 50 und 50% zu vermindern. Will man dann den Notenumlauf wieder stärken, so braucht man nur weniger Lotterien zu veranstalten. Dann kehrt das Geld der Lotteriekollekteure zu den Banken, zum Warenmarkt zurück. Die Nachfrage, die Preise steigen.)

7. Die Regierung wird der Bank durch ihre Konsuln das nötige Tatsachenmaterial verschaffen, damit sich die Bank ein Bild machen kann von den Schwankungen, die der Goldpreis durchmacht, und damit die Bank weiß, wieviel Gold für die Zahlung der Einfuhr nötig sein wird, sollen alle im Handel umlaufenden Goldobligationen bei der Bank registriert werden (dürfte überflüssig sein).

8. Die Provinzialregierungen werden der Bank regelmäßig Bericht über den Stand der Saaten einsenden, damit sich die Bank ein Bild von den kommenden Getreideaufgaben und damit über die zu erwartenden Goldeingänge machen kann.

(Bemerkung: Kein Land der Welt ist so auf den Außenhandel eingestellt wie Argentinien, darum ist hier so viel Rücksicht auf den Devisenkurs genommen worden.)

Damals vor 50 Jahren waren diese Vorschläge völlig neu. Und sie sind es heute nach 50 Jahren leider auch noch. Nirgends in der Welt wird bei der Notenemission Rücksicht auf die Warenpreise genommen. Und da wir in Deutschland, dank der verbrecherischen Unwissenheit der Sozialdemokraten wieder zur Goldwährung zurückgekehrt sind, wird auch in Zukunft, so lange Schacht und Morgan nicht tot und begraben sind, nicht auf die Warenpreise Rücksicht genommen werden. (Wie könnte man noch dem Fortschritt eine Bresche schlagen, wenn man den Tod nicht zum Waffengefährten hätte?)

Mit diesen wenigen Ausgrabungen von funkelneuen Neuigkeiten will ich für heute schließen. Ein andermal mehr. Ich glaube aber, daß man die ganze Freiwirtschaftslehre vorzutragen hätte, wenn man alles aufzeichnen will, was sie an Neuem bietet in volkswirtschaftlichen Erkenntnissen.

Das deutsche Verbrechen.

Nach der großen Schlacht in Ostpreußen äußerte sich der Heerführer Hindenburg zu seiner Umgebung dahin, daß der Gedanke, durch einen Sieg sein persönliches Besitztum in Ostpreußen geschützt zu haben, etwas ganz besonders Erfreuliches für ihn habe. Wir freuten uns damals, als wir das lasen, und dachten, daß, wenn jeder Soldat von sich sagen könnte, er verteidige nicht Thron und Altar und andere sternenferne Dinge, sondern seine Kuh und ihren Misthaufen, daß dann wohl ein solches Heer unbesiegbar sein müsse im Kampfe mit den proletarischen Massen, aus denen auch die Heere der „Feinde“ zusammengesetzt waren.

Bei diesen Worten Hindenburgs kommt uns heute in den Sinn, daß unser Reichspräsident ja auch Grundbesitzer sein muß, und da interessiert uns die Frage, wie sich der Reichspräsident zur Inflation gestellt hat. Da fast alle Güter hypothekiert oder sonstwie verschuldet waren (notwendige Folge des Privateigentums am Boden), so nehmen wir an, daß auch Hindenburgs Gut in Ostpreußen belastet war und daß diese Last durch die Inflation, d. h. durch politische Liebesdienste, in Wohlgefallen aufgelöst wurde auf Kosten der Sparkassengelder, der Mündelgelder, des Notschatzes aller kleinen Leute und der arbeitsunfähigen Greise.

Anmerkung d. Red.: Die Annahme, daß auch Hindenburgs Gut verschuldet war, wird gestützt durch die Tatsache, daß niemand von einem Protest Hindenburgs gehört hat, als seine Standesgenossen durch agrarische Sperrzölle die Taschen der Proletarierinnen leerten. Hindenburg hat allerdings erklärt, daß er auch durch die Inflation Vermögen verloren habe. Das ist wahrscheinlich; denn Geld wird er auch besessen haben. Trotzdem können die Gewinne aus der Inflation größer gewesen sein.

Anmerkung des Setzers: Als die edlen Standesgenossen nichts mehr von den Zöllen erwarteten, da erinnerten sie sich, daß in den Sparkassen der Proletarier noch etwas zu holen war. Begeistert unterstützten sie durch Steuersabotage die Papiergeldwirtschaft Helfferichs. So plünderten die edlen Standesgenossen die proletarischen Weiber zum drittenmal. Das 1. Mal bei den Verhandlungen um den nominellen Lohn. Das 2. Mal beim Reallohn durch die Sperrzölle und das 3. Mal bei den unter unsäglichen Entbehnungen auf den Sparkassen zusammengetragenen Notgroschen mittels der Inflation. Daß die Standesgenossen solche plündernde Wirkung der Inflation sehr gut kannten, das sie also mit vollem Bewußtsein des Verbrechens handelten, das steht außer jedem Zweifel, das haben sie seinerzeit bewiesen, als sie für den Bimetallismus (Metallgeldinflation) eintraten.

Anmerkung des Setzerlehrlings: Und zum 4. Mal plünderten die Standesgenossen den Proletarier, als sie das den Sparkassen geraubte Geld für die politische Agitation benutzten, zu einer Zeit, als der durch die Inflation bewirkte Verlust der Parteigelder und der Spargelder es dem Proletariat unmöglich machte, sich finanziell am Parteikampf zu beteiligen.

Anmerkung der Korrekturleserin: Und zum 5. Mal plünderte der Standesgenosse die Proletarierin, als er mit den ihr geraubten Sparkassengeldern ihre Töchter verführte.

Wir stellen an das Ehrgefühl der Beamten, auch des Reichspräsidenten, keine höheren Ansprüche als bei irgendwelchem Bürger, Pferdehändler, Bauer, Kellner und Nachtwächter. Und da wir wissen, daß das Ehrgefühl all dieser von den Staatsschulen, Staatskirchen und Kasernen großgezogenen Bürger nichts Anstößiges fand in der Beraubung der Witwen, der Mündel mittels der Inflation, daß sie es alle in der Ordnung fanden, daß man den Proletarierinnen die Notgroschen der Sparkassen unterschlug und den Raub den Sachwertbesitzern in Gestalt der Schuldentilgung auslieferte, so fordern wir auch von Hindenburg in dieser Ehrensache keine größere Empfindlichkeit. Jede Demokratie hat den Präsidenten, der ihrem Charakter entspricht. Ehrenhafte Männer suchen sich einen ehrenhaften Mann, Spitzbuben einen Spitzbuben.

Es wäre aber durchaus möglich, daß sich ein alter Mann, und dazu ein so einflußreicher, in Ehrensachen keine Vorschriften von den Standesgenossen machen ließe und daß Hindenburg seine persönlichen Hypothekenlasten nicht durch Helfferich und LipsTulian auf Kosten der proletarischen Spargelder tilgen ließ. Es wäre fast zu schön, wenn es so wäre. Wie viele Hoffnungen könnten wir an eine solche Heldentat unseres Präsidenten knüpfen! Und wie eigentümlich wäre es und fast als göttliche Fügung zu bewerten, wenn das deutsche Volk den einzigen ehrlichen Mann, den es

noch hat, den einzigen Grundbesitzer, der sich nicht von Barmat und Helfferich auf Kosten der Mündelgelder bereichern lassen wollte, zu seinem Präsidenten ernannte!

Wie könnte Hindenburg, wenn er so gehandelt hat, nun seinen Standesgenossen gegenüber auftreten und sie als ehrloses Gesindel behandeln. Ihr Otterngezücht, würde er den Standesgenossen zurufen: geht hin und zahlt erst den Mündern, Witwen und Waisen das geraubte Geld zurück, Taler für Taler, wenn ihr mich als euren Mann betrachten wollt. Mit Spitzbuben will Ich nichts zu tun haben! Und dann könnte er auch an Wilhelm von Hohenzollem schreiben: „Exmajestät“ sind nicht klug beraten worden. Niemals hätte Majestät sich an der Plünderung der Sparkassen beteiligen dürfen. Das Gold, das man nach Holland schickte, war der Reichsbank und damit *unmittelbar* der Währung, den Sparkassen, dem Notschatz der Proletarierinnen gestohlen worden. An diesem Gold klebt das Blut der unzähligen Greise, die sich aus Not das Leben nehmen mußten. So lange dieses Verbrechen nicht gesühnt ist, kann an eine Restauration der Hohenzollerndynastie nicht gedacht werden. Schickt das Gold zurück!“

Aber nein, es kann ja gar nicht so sein. Niemals wäre Hindenburg gewählt worden, wenn er solch empfindliches Ehrgefühl gehabt und entsprechend gehandelt hätte, wenn er der Sparkasse in Ostpreußen geschrieben hätte, daß ein Hindenburg selbstverständlich die Hypothek in Geld von derselben Güte zurückerstattet, in der die Schuld seinerzeit kontrahiert wurde, dann wäre Hindenburg, statt zum Präsidenten ernannt zu werden, von seinen Standesgenossen als Verräter agrarischer Interessen wie Rosa Luxemburg und Liebknecht umgelegt worden.

Die Worte, die in diesem Artikel verwendet wurden, entsprechen leider nicht der Größe des Verbrechens, das durch die Plünderung der Sparkassen begangen wurde. Ich fand keine schärferen Worte. Das deutsche Verbrechen verlangt Sühne und Gutmachung. Niemand im Deutschen Reiche hat das Recht, zu sagen: diese Vogelscheuche, dieser Knochen, dieser Bettelstab ist mein, solange den Sparkassen das Geld nicht zurückerstattet worden ist. Die Sparkassengelder sollten die letzten, nicht die ersten Mittel sein, die der Staat seinen Interessen opfert. Und solange die Höhe der Steuern den Grundbesitz, die Industrieaktien die Gebäude nicht völlig und restlos entwertet, kann der Staatsmann nicht behaupten, daß es nicht möglich sei, auf dem Wege der Steuer und der Konfiskation diese Sparkassengelder wieder zusammenzubringen, die man 22 Millionen Sparkassenbücherbesitzern geraubt, gestohlen, unterschlagen hat. Und man sage auch nicht, daß solche Steuer als Eingriff in die Substanz die Wirtschaft zugrunde richten müßte. Das ist nicht wahr. Es ist logen.

Hindenburg! Herr Präsident! Die Frage, wie man auf dem Wege der Steuer den dem Proletariat geraubten, unterschlagenen, ge-

stohlenen Notschatz, die Sparkassengelder, wieder zusammenbringen, wie man ohne Eingriff in die Substanz das große Verbrechen wieder sühnen kann, ist gelöst. Lassen Sie sich den Gesetzentwurf kommen, den seinerzeit Herr Regierungsrat Albrecht von Hofmann, Köslin, ausgearbeitet und gesetzreif dem deutschen Parlament und den Behörden zugehen ließ. Und setzen Sie diesen Mann, der gerade und aufrecht seinen Weg geht, an die Stelle, die es ihm möglich macht, das große Verbrechen zu sühnen, das auch noch auf Ihrer Regierung lastet und Ihren Namen besudelt.

Im Rachen des Staates.

(Glossen zu Hanna Blumenthals Artikel in Nr. 6 dieser Zeitschr.)

Sicher hat der Mann, der den ersten Zaunpfahl einschlug und der damit nach Rousseau das Fundament zum heutigen Staat legte, nicht geglaubt, daß dieser Zaunpfahl so viele Wurzeln treiben, so vielartige Früchte tragen würde. Sicher hatte man nicht erwartet, daß die Zeit kommen würde, wo man zum Schutze des Zaunpfahles ernsthaft einen Vorschlag behandeln würde, wonach unmündige Kinder mit ihren Müttern einer chirurgischen Operation unterworfen werden sollen, die man Sterilisierung nennt. Hätte er so weit vorausschauen können, dann hätte er den Pfahl sicher wieder ausgerissen, denn wie wir den Grundsbesitzer als solchen nicht zu den Verbrechern rechnen, so war auch jener erste Grundbesitzer nach dieser Handlung zu urteilen keineswegs verbrecherisch veranlagt. Er wollte seine Ernte mit dem Zaun schützen und vergriff sich in den Mitteln, als er sagte, nicht allein die Ernte, auch der Boden soll mein sein. Aber nun steht der Zaunpfahl. Er wuchert, und uns bleibt nun die Sorge, wie wir diesen zum Urwald gewordenen Zaunpfahl wieder ausrodern können, damit er uns nicht erstickt.

Die neueste Blüte des Zaunpfahles ist der vom Regierungs- und Medizinalrat Boeters in Chemnitz ausgearbeitete Gesetzentwurf, wonach alle Frauen, die zwei uneheliche Kinder geboren haben, deren Vaterschaft zweifelhaft ist, der Sterilisierung unterworfen werden. Der Entwurf segelt unter der Fahne „Rassenhygiene“ und ist als Zusatz zu den Strafgesetzen gedacht.

Uns wundert der ungeheuerliche Plan nicht im geringsten. Er liegt schon für den, der gute Augen hat, lesbar in den Runen, die der Borkenkäfer in den Zaunpfahl gegraben hat. Den Staat als Organisation treibt es wie jeden Organismus zur vollen Entfaltung seines Wesens. Er will wachsen, alles beherrschen, und die Menschen, die keinen persönlichen Daseinszweck mehr haben, in einer gewaltigen Orgie fressen. Zehn Millionen Männer, 10 Millionen, fraß er bereits im letzten Krieg. Warum soll er jetzt nicht auch Frauen und Kinder fressen? Warum soll er die Frauen, die sich seinen Befehlen nicht fügen, nicht sterilisieren, warum

soll er Kinder, die nicht sind, wie er sie braucht, nicht als „minderwertig“ erklären und ausrotten? Wir erwarten vom Staat noch ganz andere Dinge als Kriegshekatomben, als die Vergötterung der Kriegshelden, als die Kastration aller politischen Gegner, und die Ausrottung aller, die für Staatszwecke unbrauchbar erklärt wurden. Die preußischen Könige trieben bereits für Staatszwecke Kuppelei, Riesenkuppelei in Potsdam. Wenn der Versuch nicht mißlungen wäre, dann hätten wir ganz gewiß bereits neben dem Schul-, dem Impf- und so vielen anderen Zwangseinrichtungen den Kuppeleizwang. Der Staat würde den Menschen in Kasernen züchten, und wehe dem, der sich hier eine Extratour erlauben würde! Die staatlichen Voraussetzungen für solche Züchtereie sind bereits in den Ehegesetzen gegeben. Sobald die Wissenschaft etwas mehr Licht hinter die Vererbungsgesetze gestreut haben wird, werden ganz bestimmt die Bürokraten mit ihren Forderungen hervortreten. Das Stimmvieh aber ist dann auch für solche Tollheiten zu haben. Wie dieses Stimmvieh blöden Blicks dem Vorgang der Sparkassenplünderung durch den Staat zuschaute, so würde es sich auch widerstandslos, genau wie die Potsdamer Riesen, wenn nötig mit einem Ring durch die Nase zur Kaserne für Zuchtzwecke führen lassen. Wird nicht schon in Nordamerika Rassezucht von Staats wegen betrieben? Den mongolischen Frauen ist die Einwanderung verboten, ebenso die Ehe zwischen Weißen und Negern. Und die Sterilisierung der „Minderwertigen“ geht dort ins Große. Die Natur liebt es, immer neue Formen zu schaffen. Der Bürokrat aber haßt diese neuen Formen. Er sterilisiert alles, was nicht in die Uniform paßt. Er ändert lieber die Natur als die Uniform.

Dr. Boeters will vorerst nur die Wehrlosen, die Frauen und Kinder sterilisieren, mutig dem Gesetz des geringsten Widerstandes folgend. Hat er aber einmal festen Fuß gefaßt, dann werden selbstverständlich auch die Männer mit dem Bisturi bearbeitet werden. Schon um den anderen Männern, dem vom Staat geförderten Typ, mehr Spielraum bei den „Weibern“ zu verschaffen. Es ist übrigens auch logisch, daß, wenn die unehelichen Kinder als minderwertig betrachtet werden, die Väter solcher Kinder in erster Linie sterilisiert werden müssen. Denn eine Frau kann schließlich nur eine eng begrenzte Zahl Kinder zur Welt bringen, während der Mann einen viel größeren Wirkungskreis hat. Und um so mehr wird man auf der Sterilisierung der Männer bestehen, weil das Gesetz in die Strafgesetzsordnung eingebaut werden soll, die zur Sterilisierung führende Tat somit als Verbrechen angesehen wird. Strafen aber werden verhängt dort, wo der Gerechtigkeitssinn verletzt wurde. Und die Gerechtigkeit fordert, daß beide „Verbrecher“, also Mutter und Vater des unehelichen Kindes, bestraft, d. h. hier sterilisiert werden. *Und das ganz unabhängig von der Qualität der „unehelichen“ Kinder.* Denn Dr. Boeters fragt nicht nach Qualität der Kinder, deren Mütter er sterilisiert. Warum sterilisiert er die Mütter? Weil er ohne weiteres annimmt, daß die Frau, die den Mut hat, in der weitaus wichtigsten menschlichen Handlung eigene Wege zu

gehen, als Minderwertige minderwertige Kinder gebären wird. So sterilisiert: dieser Bürokrat im Namen der Rassenhygiene die Mütter, ohne sich Mühe zu geben, zu untersuchen, ob die Produkte dieser Mütter tatsächlich minderwertig sind!! Der Mangel eines staatlichen Trauscheines ist ihm vollgültiger Beweis der Minderwertigkeit. Als römischer Beamter hätte dieser moderne Blaubart glattweg die Jungfrau Maria sterilisiert, denn im Falle Marias findet der Bürokrat in „idealer Konkurrenz“ alle von Boeters geforderten gesetzlichen Vorbedingungen der Sterilisierung vor. Die Unehelichkeit ist unbestritten, und für den römischen Beamten war die Vaterschaft gewiß auch zweifelhaft, wenn sie für dritte Personen überhaupt nicht immer zweifelhaft erscheinen muß. Denn wo sind die Beweise für einen Vorgang, der sich im Tannendickicht öder hinter verschlossenen Türen zu vollziehen pflegt? Also werden nach Dr. Boeters alle unehelichen Mütter ohne weiteres sterilisiert werden müssen. Und wenn man die Mutter sterilisiert, weil sie angeblich minderwertige Kinder zur Welt bringt, so ist es reine Logik, wenn man dann weiter fordert und sagt: selbstverständlich müssen auch die unehelichen Kinder sterilisiert werden, und zwar wahllos, ohne Nachprüfung, ob das Kind wirklich minderwertig ist, denn der Minderwertigkeit der Kinder wegen hat man ja die Mutter sterilisiert. Selbstverständlich hätte der Bürokrat Boeters also auch als römischer Generalsterilisator den unehelichen Sohn Marias, Jesus Christus, sterilisiert. Im Namen dies Staates sterilisierte auf gründliche Weise Torquemada 10 000 Ketzler. Im Namen des Staates ließ Pharao die Kinder Israels ersäufen. Im Namen des Staates ließ Herodes alle Kinder unter drei Jahren töten. Im Namen des Staates tötet Boeters 10 Millionen Unmündige. Zahlenmäßig macht der Staat also Fortschritte. Wie klein und unansehnlich erscheint uns da Moloch, der nur die Kinder sterilisierte, die ihm die Mütter freiwillig brachten. Und das geschah mit großem Apparat. Alle Staatsärzte des Landes mußten da zugegen sein. Moloch ist entschieden ein Waisenknabe verglichen mit Dr. Boeters. Moloch tötete die Kinder, die die Eltern, die eigene Mutter als hoffnungslose Idioten und Krüppel anerkannt hatten, Dr. Boeters schändet (das ist wohl die deutsche Bezeichnung für die Operation, die Dr. Boeters „sterilisieren“ nennt, und die früher von den Weibern an den Kriegsgefangenen vorgenommen wurde) die Kinder und überläßt sie dann ihrem Schicksal und der allgemeinen Verachtung, und er schändet die Kinder gewaltsam mit Hilfe der öffentlichen Macht gegen die wilden Proteste der Mütter. Es sind ja uneheliche Mütter, die sich sträubten, die Begattung vor Zeugen und vor dem Notar vorzunehmen und wo darum die Vaterschaft zweifelhaft ist.

Dr. Boeters schändet die Frauen im „Interesse“ der Rassenhygiene. Wir fragen ihn, ob er auch die Mütter der 552 Kinder des Königs August von Polen und Kurfürsten von Sachsen sterilisiert haben würde im Interesse der Rassenhygiene? August der Starke, so hieß jener König wegen seiner Riesenkräfte, war zwar ein unehelicher Vater jener

352 Kinder, aber vom Standpunkt militärischer Rassenhygiene (auf diese kommt es ja den Staatsknechten allein an) war er doch gewiß den kümmerlichen Vätern vorzuziehen, die sonst in Sachsen herumlaufen und herumliefen. Was wäre aus dem sächsischen Volk geworden, wenn König August der Starke es nicht als Landesvater regeneriert hätte? Und solchen Landesvater müßte Dr. Boeters aus rassehygienischen Gründen sterilisieren.

Die Veredelung des Menschengeschlechts ist gewiß etwas Gutes. Wenn wir all das Leid, das uns die Krankheitein bringen, vermindern, verhüten könnten! Und wenn wir nicht alle zu Krankenwärtern, Medizinalräten, Quacksalbern und Sterilisatoren werden wollen, so muß entschieden etwas getan werden zur Hebung der Volksgesundheit. Aber der Weg, den uns Dr. Boeters zeigt, führt in die Irre. Dr. Boeters appelliert an den Staat, und das ist schon Beweis genug, daß Boeters' sich in den Mitteln vergreift. Als Arzt müßte dieser Mensch wissen, daß man demselben Staat, der seinen Zwecken zwei Millionen Mann, die Auslese, geopfert hat, nicht jetzt rassehygienische Aufgaben übertragen kann. Der Staat, das sehen wir doch klar genug, frißt alles, was gesund ist, und hinterläßt die Krüppel. Je besser der Staat gedeiht, um so mehr degeneriert der Mensch. Mensch und Staat sind unüberbrückbare Gegensätze, geborene Feinde, ähnlich wie Kapitalist und Proletarier, und wie die Kapitalisten den Proletariern nicht die Pflege ihrer Interessen übertragen würden, so wird auch der Mensch klugerweise nicht staatlichen Organen die Pflege der Rasse übertragen.

Die Menschheit braucht keine staatlichen Eingriffe, um sich von allem Ungesunden zu befreien. Die Natur selber hat diese Aufgabe übernommen. Von früh bis spät ist sie dabei, das Minderwertige auszulesen. Und niemals macht sie Fehlgriffe. Jährlich „sterilisiert“ die Natur im Deutschen Reiche an die anderthalb Millionen Menschen. Sie hatten alle einen Knacks. Viele von diesen hätten die Ärzte für kerngesund erklärt. Dem Großsterilisator bleibt kein Fehler verborgen. Was will gegenüber einer solchen regelmäßigen, natürlichen, unfehlbaren Massensterilisation noch die künstliche, der Eingriff des Staates? Wenn Dr. Boeters der Natur diese Arbeit abnehmen will, so wird er jährlich mindestens ebensoviele, also über 1? Millionen Sterilisierungen, vornehmen müssen! Wenn er das nicht kann, dann soll er seine Pfuscherhände aus dem Spiele lassen.

Dr. Boeters Vorschlag hat ganz die Natur der Quacksalberei, der staatlichen Pfuscheri; ähnlich wie auch die amerikanische staatliche Alkoholpolitik nicht nach den Ursachen der Völlerei fragt, so fragt auch Dr. Boeters nicht, warum die uehelichen Mütter oft nicht in der Lage sind, eine ordentliche Brutpflege zu üben, weshalb dann auch der Prozentsatz der Sterbefälle bei uehelichen Kindern größer ist als bei den legitimen Geburten. Gebe man den Müttern die Erde wieder, die die Grundbesitzer ihnen geraubt haben, oder wenn das nicht in allen

Fällen in natura geschehen kann, so gebe man ihnen wenigstens die Grundrente, wie das die Physiokraten fordern. Dann braucht er sich nicht mehr um die unehelichen Kinder zu kümmern. Es wird dann weder eheliche noch uneheliche Kinder geben, weil die Ehe, so weit sie Staatseingriff bedeutet, nicht mehr bestehen wird. Und wenn dann Dr. Boeters ein Sterilisierungsfest feiern will, so kann er das mit den Frauen tun, die sich freiwillig dazu melden, und mit den Kindern, die ihnen die Mütter freiwillig bringen. Es ist das dann private Angelegenheit Dr. Boeters und der Mütter, wie das auch zur Zeit Molochs der Fall war. Es werden nie viele sein, und der Einfluß solcher chirurgischen Tätigkeit wird gleich Null sein verglichen mit der von der Natur bewirkten Auslese. Und wer dann sich noch über Molochs Tätigkeit empört, der mag ja den Müttern den Vorschlag machen, das ihnen lästig gewordene Kind zu sich zu nehmen, um es zu erziehen. Der Staat aber, den lasse man in Ruhe.

Vielleicht ist Dr. Boeters gar nicht das Scheusal, das Reptil, der Moloch, für den ihn jeder vernünftige Mensch, nach seinem Vorschlag zu urteilen, halten muß. Er meint es vielleicht wirklich gut und ernsthaft mit seinen Sterilisierungen. Er kennt erfahrungsgemäß das Elend der unehelichen Mütter und ihrer Kinder. Vielleicht sterilisiert er die Mutter nur, um sie vor größerem Elend, größerer Schande zu schützen. Gleichzeitig wünscht er, die Menschheit vor dem Schicksal zu bewahren, in einem Meer von Krankenhäusern, Blindenanstalten, Toll- und Zuchthäusern zu ersticken. Wenn es so ist, so raten wir ihm, sich einmal das Problem der Hochzucht des Menschengeschlechts vom Standpunkt der Freiwirtschaft zu betrachten.

Mutterrente als wirtschaftliche Voraussetzung einer völlig freien Zuchtwahl, das ist der Weg zur menschlichen Hochzucht. Wenn jedes Kind stolz von sich sagen kann: Ich bin Produkt einer reinen, absolut freien Liebe, dann wird Dr. Boeters seine Bisturis einpacken können, und er und alle seine Kollegen werden den ekelhaften Ärzteberuf an den Nagel hängen können. Wie es bei den Tieren des Waldes keine Kranken gibt, so auch dann nicht unter den Menschen. Die freie, wirtschaftlich durch die Mutterrente begründete Wahlzucht wird dafür sorgen, daß die eheliche und uneheliche Hurerei ein Ende nimmt, daß alle durch Unzucht und Laster verunstalteten Männer von den Frauen abgelehnt, von der Fortpflanzung ausgeschlossen, auf den Aussterbeetat gesetzt werden. Wenn so durch 10 oder 1000 Generationen alles Minderwertige gleich bei der Wahl des Gatten ausgemerzt wird, kann Dr. Boeters sicher sein, daß die Produkte der kapitalistischen Unzucht restlos vor dem Angesichte Gottes ausgerottet sein werden.

Die Verteidigung des Kapitalzinses durch den Pater von Nell-Breuning S. J.

(Vorbemerkung des Verfassers: Für uns sind Weltanschauungen Privatangelegenheiten, die wir weder propagieren noch bekämpfen. Das sagt aber nicht, daß wir Weltanschauungen, die auf unser Gebiet übergreifen und soweit sie dies tun, unbehelligt lassen werden. Wir erweitern darum den obigen Satz und sagen: Wir verhalten uns neutral, sofern die Weltanschauungen nicht zum Schutze der Vorrechte und des Kapitals organisiert wurden oder mißbraucht werden. Wir kämpfen nicht nur gegen die Schafe in Wolfskleidern, Kommunisten, sondern erst recht gegen die Wölfe in Schafskleidern. Und wir glauben, es wird sich schon bald genug zeigen, wo die Hochburg des Kapitals versteckt ist. Der Ruf: Schutz den Weltanschauungen, der von allen Seiten auf uns eindringt, darf uns nicht in unserem Kampfe lähmen. Wir wollen unsere Feinde aller Waffen berauben, namentlich der geistigen. Es könnte ja einem Mohammedaner der Einfall kommen, einer kapitalistischen Gesellschaftslehre ein religiöses Mäntelchen zu geben und die betrügerischen Sophismen solcher Lehre in den Schutz der Weltanschauungen zu stellen, wodurch sie den Gefahren der Kritik entgehen würde.)

Solange für die erschöpften Silber- und Goldgruben der Römer kein Ersatz gefunden wurde, ging die Geldwirtschaft zurück, und über tausend Jahre lang war damals die Naturalwirtschaft allein möglich. Das heißt, wir mußten auf die Arbeitsteilung verzichten. Wer aber begriffen hat, was die Arbeitsteilung für den Fortschritt der Menschheit bedeutet, der wird still und nachdenklich und hütet sich von da ab, der katholischen Kirche Vorwürfe wegen ihrer Eingriffe in die Wirtschaft zu machen und die Gründe für das „Mittelalter“, für den 1000 jährigen Niedergang der menschlichen Kultur in der Schatzkammer der christlichen Lehre zu suchen. Die scheußlichen Hexenprozesse, der Flammentod Huß' und Giordano Brunos, die Autodafes usw., die entstammen gewiß nicht dem Lichte christlicher, uralter jüdischer Kultur. Sie sind die zwangsläufig sich einstellenden Begleiterscheinungen der Finsternis, die mit der Einstellung der Arbeitsteilung alle Geister, auch die allerbesten, umwebt. Und auch die Barbarei, die mit dem Einbruch der Germanen die Stelle der feinen griechischen Kultur einnahm, wird man nicht mehr dem „Vandalismus“, einem besonderen barbarischen Zug der germanischen Völker, in die Schuhe schieben. Die Völker, die durch die Geldwirtschaft und Arbeitsteilung der Barbarei entwachsen sind, verfallen ihr wieder, wenn die Geldwirtschaft versagt, und die, die die Segnungen der Arbeitsteilung nie genossen haben, bleiben Barbaren, bis daß sie mit Silber und Gold, d. h. mit Geld getauft werden.

Nun war es so, daß, solange man die Naturalwirtschaft betreiben mußte, der Darlehenszins unbekannt, auf alle Fälle außer-

gewöhnlich war. Die Darlehen wurden in Naturalien gemacht, in Produkten der Ernte, der Viehzucht, der Jagd. Und bei solchen zinsfreien Darlehen war der Vorteil ein beidseitiger. Der Nehmer hatte das, was er brauchte, und der Geber erhielt das, was er zinsfrei hergab nach Jahr und Tag in frischer Qualität, in Erzeugnissen der neuen Ernte zurückerstattet. Für einen Sack muffigen Kornes im Frühling einen Sack frischen Kornes im Herbst. Unter solchen Verhältnissen war das kirchliche Zinsverbot überflüssig, und weil es überflüssig war, war es, scheinbar wenigstens, wirksam. Das Verbot hatte auf das Gebaren der Darlehenskontrahenten keinen Einfluß. Damals wie heute wurden die Kinder getauft, aber es gab damals so wenig Christen, wie es heute welche gibt. Das zinsfreie Darlehen war nicht die Frucht christlicher Herzensgute, sondern Wirkung beiderseitigen Vorteils. Überall, wo das Christentum mit dem Leben in Berührung kommt, behauptet Adam das Feld. Das hatte man auch wieder feststellen können, als vom 15. Jahrhundert ab die neuen Funde von Münzmetallen der Arbeitsteilung Luft verschafften, als die Naturalwirtschaft aufgegeben werden konnte und die Darlehen wieder in Geld gemacht wurden. Da ging der gute Christ einfach über alle Zinsverbote zur Tagesordnung über, und die Kirche sah sich genötigt, das Zinsverbot aufzuheben, weil ein unwirksames Verbot ihrer Autorität geschadet hätte. Die Macht des Geldes zwang hier zum zweitenmal dem Christentum einen Kompromiß auf. Das erstmal, als Christus von einem Börsianer aufgefordert wurde, Stellung zur Münze zu nehmen, und er da antwortete: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.

Solche Scheidung des Menschen in Staatsbürger und Christen wurde Christus wahrscheinlich mit Hinweis auf eine mögliche Kreuzigung abgenötigt, sozusagen mit dem Revolver erpreßt, denn ein wahrer Christ gibt seinem vollen Leben christliche Gestalt, alles, was er von früh bis spät tut, hat christliches Gepräge, und den kaiserlichen. Gesetzen gehorcht er nur insoweit, wie sie selbst von christlichem Geiste durchdrungen sind. „Solange noch eine Ader in ihm lebte“, blieb Christus am Kreuze seiner Lehre treu, aber dem Blick des oben erwähnten Börsianers wich er aus. Er stand über allen Dingen dieser Welt, nur beim Geld, das verstand er nicht, da fühlte er sich schwach, da versagte sein Stolz. Damals brach seine Lehre zusammen, erschlagen von einem, der nicht größer, wohl aber stärker war als er. Nachdem er den Satz ausgesprochen hatte, gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist, war seine Lehre entkernt. Der Satz schuf den Zwitter, den Heuchler, der sich Christ nennt, weil er Sonntags eine Stunde lang mit halbem Ohr der Predigt zuhört und dann die übrige Zeit des Tages, des Jahres, des Lebens als gemeiner Heide dem Kaiser gibt, was der Kaiser von ihm fordert. Das Töten unter militärischem Gehorsam z. B. Wie inhalt- und seelenlos die christliche Lehre dadurch wurde, erkennt man

darán, daß alle unsere Gesetze, die das Gesellschaftsleben regeln, die Reichs- und Staatsverfassung, das Bürgerliche Gesetzbuch, der Handelskodex, das Strafgesetzbuch ebensogut von einem Heiden, von Hamurabbi, von Abrahamu, von Solon und von Nero hätten verfaßt werden können. Nirgendwo eine Spur des christlichen Geistes. Das Kompromiß, das Christus mit dem Geld schloß, vernichtete seine Lehre. Und wie froh waren die Organisatoren der christlichen Kirche, als sie den Satz entdeckten, der die christliche Lehre salon- und hoffähig machte, wie oft und wie nachdrücklich wird dieser Satz den unterdrückten und aufsässigen Proletariern unter die Nase gerieben.

Wie kommt es aber nun, daß mit der Wiederkehr der Geldwirtschaft auch die Zinswirtschaft sich mit solch elementarer Gewalt durchsetzen konnte?

In seinem Flugblatt über den Zins und das Zinsverbot (s. Nr. 25, N. Z. d. A.) wirft Pater von Nell diese Frage gar nicht auf. Ihre richtige Beantwortung hätte ihm ermöglicht, die Zinspolitik der Kirche viel wirkungsvoller zu verteidigen, als es ihm mit seinen Ausführungen gelungen ist. Dem Pater kam es darauf an, in der Zinspolitik der katholischen Kirche keine Widersprüche wahrnehmbar zu lassen. Denn man widerruft nicht gerne einzelne Teile einer Lehre, und erst recht nicht, wenn es sich um eine religiöse Lehre handelt, wo es auf den Glauben ankommt und wo darum der Sturz eines Teiles leicht den Sturz des Ganzen nach sich ziehen kann. Darum verbrannte die Kirche lieber den Giordano Bruno, als daß sie zugeben wollte, daß die Erde, in Widerspruch mit dem astronomischen Inhalt der Bibel, sich um die Sonne drehe. Es ist darum auch erklärlich, daß die Kirche nicht gerne das von ihr erlassene Zinsverbot widerrief, und daß sie sich angelegen sein ließ und läßt, die Sache so zu deuten, als ob es sich nicht um einen eigentlichen Widerruf, sondern mehr um eine den Bedürfnissen des Verkehrs angepaßte Einschränkung gehandelt habe. Zu diesem Zwecke wird dem Worte *Darlehen* eine doppelte Deutung gegeben. Das eine Mal soll es sich um eine Liebes- und Hilfeleistung, um ein Gefälligkeits- und Notdarlehen handeln, das andere Mal um *Finanzgeschäfte*, eine nach des Paters Ansicht „grundverschiedene Sache“. Für das zuerst genannte Darlehen besteht das Zinsverbot und die damit logisch zusammenhängende Darlehenspflicht in voller Kraft weiter, während für die anderen Darlehen es jedem erlaubt ist, Zinsen zu empfangen und zur Bedingung des Darlehens zu machen. Kein Zins, kein Darlehen, kann auch der gute Katholik sagen. Zur Erklärung dieser für einen Christen gewiß schwer faßbaren Unterscheidung sagt der Pater in seinem Flugblatt: „Wie kommt man dazu, die schlichten Grundsätze über das Gefälligkeits- und Notdarlehen heranzutragen an moderne (?) Finanztransaktionen, die mit Gefälligkeit so wenig zu tun haben als mit Not? Hier handelt es

sich doch um reines Geschäft. Allerdings ist es verwunderlich, daß man diese himmelweit verschiedenen Dinge hat über einen Leisten schlagen wollen. Dennoch hat auch dieses seinen Grund. Die rechtliche Form, in der die Kreditgeschäfte sich abspielen, das juristische Gewand, in das sie sich kleiden, ist nämlich genau das gleiche wie bei den Not- und Gefälligkeitsdarlehen: sie geben sich als Darlehensvertrag

(Anm. d. Setzers: Der Pater weiß gewiß besser als ich, daß schon zur Zeit Hamurabbis und noch viel mehr im alten Rom, also zur Zeit, wo das Zinsverbot erlassen wurde, alle heutigen Kreditgeschäfte, namentlich die Hypothek, in größtem Umfange betrieben wurden, daß das Zinsverbot generell alle Zinszahlungen umfaßte. Die heutigen Kreditgeschäfte kann man daher nicht als moderne Geschäfte bezeichnen.)

Wir wollen nun hier untersuchen, ob es sich wirklich um himmelweit verschiedene Dinge handelt, wenn ich bei einem Hagelwetter dem Nachbar meinen alten Regenschirm borge, oder wenn ich den im Felde stehenden Soldaten durch Zeichnung von Kriegsanleihen ermögliche, ihren Unterstand gegen den Hagel feindlicher Granaten zu sichern.

Unser Pater erkennt es erfreulicherweise selbst an, daß in rechtlicher Hinsicht die Unterscheidung, die er macht, gar nicht existiert. Ein spez. Finanzgeschäft gibt es juristisch nicht. Rechtlich deckt das Wort *Darlehen* das Finanzgeschäft vollkommen. Die Geschäfte des Finanzministers sind juristisch gewöhnliche Darlehensverträge. Was ist nun das Merkmal des Finanzgeschäftes? (für das die Kirche das Zinsverbot aufhob?) Nach des Paters Worten ist es *das Fehlen eines Notzustandes beim Darlehensnehmer*. Wie war es nun in dieser Beziehung mit der Kriegsanleihe? Unser Pater nennt sie selbst ein *Notdarlehen* (für welche kein Zins gefordert werden darf), er ist aber gutmütig genug, nicht alle unglücklichen Zeichner dieses Papiere wegen Übertretung des Zinsverbotes in die Hölle zu schicken. Seiner eigenen Lehre widersprechend. rechtfertigt er den Zins der Kriegsanleihe. Weil man das Geld für die Kriegsanleihe zinsbringend in der Rüstungsindustrie hätte anbringen können, weil man so auf einen „Gewinn“ verzichtete, darum wäre auch der Zins der Kriegsanleihe gerechtfertigt. Ist das nicht dasselbe, wie wenn ein Strauchdieb sagen würde: ich darf dich eigentlich nicht berauben. Da ich aber während der Zeit, die ich hier hinterm Busch verbrachte, einen anderen Reisenden hätte überfallen können und mir somit ein Gewinn entgehen würde, so werden sie es wohl auch für gerechtfertigt halten, wenn ich ihnen den schönen warmen Mantel abnehme. Dem Darlehensgeber soll die Zinsfreiheit nicht nur keinen Substanzverlust, sondern außerdem noch Ersatz für den verschenkten Zins bringen. Sonst heißt es doch, daß christliche Taten im Himmel hundertfältige Belohnung erfahren!

Wenn vom Christen nicht mehr verlangt wird, dann verstehe ich nicht, daß der Samariter sich die Zeit, die er bei seinem Liebesdienst verlor (Substanzverlust), nicht bezahlen ließ, daß er darüber hinaus, keinen Gewinn verlangte und schließlich, daß er die Hilfeleistung von solcher Zahlung nicht abhängig machte, wie ja auch die Zeichner der Krieganleihe die Lieferung der von den kämpfenden Soldaten erbetenen Waffen von der Zinszahlung abhängig machten. (Helfferich schätzte das patriotische deutsche Gesindel von vornherein so niedrig, d. h. richtig ein, daß er überhaupt keinen Versuch machte mit zinsfreien Notdarlehen, und die Kirche kannte ihre Ohnmacht so gut, daß sie auch nicht wagte, nach dieser Richtung hin einen Vorschlag zu machen.) Die vom Zins abhängig gemachte Hilfeleistung durch die Krieganleihe, die widerwärtigste Handlung, die je ein Wucherer beging, die wird von unserem Pater gerechtfertigt. Niemals hat ein Mensch in solch schrecklicher Not und Gefahr um ein Darlehen gebeten und gebettelt, wie der an der Front kämpfende Soldat, der sich verschossen hatte. Wenn hier der Wucher gestattet war nach christlicher Lehre, dann, Wucherer, Mörder, Morgan und Spitzbuben, gibt es überhaupt keinen Wucher mehr, und ich empfehle euch Sündern und Krieganleihezeichnern, das Geld für Ablaßzettel und Messen zu sparen, denn dann kommt jeder Verbrecher, kommt der ewige Jude, kommt selbst ihr und der Teufel glatt in den Himmel.

Vielleicht wird unser Pater hier einwenden, daß es sich um Krieg, um einen anormalen Zustand handelte, für den nicht nun das Zinsverbot aufgehoben wurde, sondern sogar das praktisch wichtigste Gebot der christlichen Lehre: Liebe deine Feinde, steche sie nicht mit dem Bajonett ins Gesicht, in den Leib, ins Herz. Tue ihnen Gutes und du wirst sie sofort entwaffnen, „Im Krieg, wie im Krieg“ wird hier wohl der Pater sagen. Lassen wir zugunsten des Paters diesen Einwand gelten (fadenscheinig genug ist er), und fragen dann weiter: sind die gewöhnlichen Friedensgeschäfte des Finanzministers, die er bei jedem Defizit zu machen pflegt, Notdarlehen, für die kein Zins verlangt werden darf, oder „reine Geschäfte“, bei denen es den Katholiken erlaubt wird, den Schuldner mit dem Zins zu erwürgen, wie es jetzt Morgan, der Retter des deutschen Volkes, mit demselben Volk beabsichtigt und auch schon reichlich tut? Ich glaube nicht, daß der Finanzminister aus purem Juxgefühl heraus den Wucherern in Wallstreet den Zinsfuß von 7 Prozent gewährt, hat. Ohne die Anleihe und angesichts der Steuersabotage des patriotischen Gesindels wäre es dem Finanzminister unmöglich gewesen, den Lehrern (Stützen des Staates), den Geistlichen (Stützen des Staates), den Eisenbahnern (Stützen des Staates) das am Schluß des Monats sehnlichst erwartete Gehalt auszurichten. „Welch ein Jammern, welch ein Stöhnen“ wäre dann zu seinen Höhen hinaufgestiegen. Ohne das Geld für die Gehälter

der Staatsstützen stürzt das ganze Gebäude in kürzester Zeit zusammen. Die Beamten verwandeln sich in Räuber, angeführt von Richtern und Staatsanwälten. Verrät es unter derartigen Umständen dann wirklich keinen *Notzustand*, wenn der Finanzminister eine Anleihe machen muß? Das „reine Geschäft“, die „Finanztransaktion“ sind immer ausgeprägte *Notstandsanleihen*, und für Notstandsanleihen darf nach unseres Paters Worten kein Zins gefordert werden. Und außerdem besteht für diese Anleihen die Darlehenspflicht! Daß es sich so mit den Staatsanleihen verhält, würde der Pater übrigens schnell erfahren, wenn einmal ein ehrlicher Kerl die Finanzen des Reiches verwalten würde und es ihm in den Sinn käme, seine Steuerbeamten mit Revolvern und Handgranaten zu versehen und das, was die Schwindler heute durch Anleihen aufbringen, auf dem Steuerwege einzutreiben dort, wo noch etwas zu holen ist. Da würden manche der Herren Gutsbesitzer, die gerade nicht bei Kasse sind, den Weg persönlich zu Morgan machen, den sie heute Dienstboten und Finanzminister zu gehen zwingen. Nur dem völlig naiven Bauer kann die Staatsanleihe einen Notzustand unter höherer Gewalt (*Force majeure*) so verschleiern, daß er ihn nicht mehr sieht.

Es steht also recht faul in bezug auf die Staatsanleihen mit dem von Nellschen Begriff des „reinen Geschäftes“, wo den Katholiken der Zinswucher gestattet sein soll. Vielleicht aber gibt es noch andere Darlehensgeschäfte, Finanztransaktionen, die so „himmelweit verschieden“ sein sollen von den Notdarlehen, für die es nicht erlaubt sein soll, Zins zu nehmen oder gar zu fordern. Da ist ein Bauer, dem sein Haus mit lebendem und totem Inventar niedergebrannt ist. Er will von der Hypothekenbank für den Neubau ein Darlehen. Kein Zweifel, der Mann ist in Not. Seine Familie ist in einem Stall untergebracht, und der Verlust seines Gespannes hindert ihn, das Feld zu bestellen. Handelt es sich nun hier um ein Notdarlehen, für das kein Zins gefordert werden darf und für das die Darlehenspflicht für jeden Katholiken besteht, der wohlhabender ist als der abgebrannte Bauer? Oder handelt es sich um eine „Finanztransaktion“, um ein „reines Geschäft“, wo man Wucher treiben darf? Kein Zweifel, wenn dem Bauer der Kredit gesperrt wird, dann wird er seine Frau auf den Bettel schicken müssen. Wenn dieses Geschäft, das die Hypothekenbank und die Sparkasse hier machen, nicht zu den Notdarlehen gehört, für das die Zinsbedingung verboten ist, dann kann mir das Zinsverbot der katholischen Kirche gestohlen werden, dann handelt es sich hier einfach um ein billiges, unverbindliches Propagandamittel, ähnlich den politischen Programmen, die nach der Wahl *ad acta* gelegt werden. Eine inhaltlose, seelenlose, wesenlose Sache, von Pfiffiküssen erdachter Schwindel, womit wir uns dann keinen Augenblick zu beschäftigen hätten.

Unser Pater wird mich vielleicht hier daran erinnern, daß das Zinsverbot nur für kleine Summen, die dem Darlehengeber keine Verlegenheiten bereiten können, gemeint ist. Hm, hm, kleine Summen, große Summen ermittelt man durch Zählen und Rechnen. Seit wann wird aber nun im Himmel des Christen gezählt und gerechnet? Seht die Lilien auf dem Felde! ruft mir der heilige Franziscus zu. Und da soll ich angesichts des Elends, in das der Wille Gottes den armen Bauer gestürzt hat, meiner Opferfreude Zügel anlegen, ich soll da unterscheiden zwischen einer großen und einer kleinen Summe? Ich greife in meine Tasche und in beide Taschen meines Nachbarn, leere sie und gebe freudestrahlend und blindlings her, was ich fand. So wenigstens verstehe ich den Satz: Sehet die Lilien auf dem Felde! Dabei ist noch zu bedenken, daß es sich bei der Frage: was ist eine große Summe, um eine Relation handelt und daß die Summe, die der Bauer braucht, ein Pfifferling ist für den Kapitalisten, der das Darlehen mit seinem Zins als *Finanztransaktion* bezeichnet, damit er nicht mit dem Zinsverbot in seelischen Konflikt gerät. Für den Samariter war der Verlust eines Tagelohnes gewiß eine erhebliche Summe, größer als die Summe für den Kapitalisten sein mag, die der Bauer für den Wiederaufbau seines Gehöftes braucht. Kleine Summen schenkt man täglich den Blinden und Lahmen vor dem Frühstück und nach dem Abendbrot. Das zinsfreie Darlehen aber sollte kein Almosen sein. Es sollte eine einmalige starke Hilfe sein, die dem vom Schicksal Betroffenen ermöglichen sollte, eine selbständige Wirtschaft wieder aufzubauen. Vom Zins kleiner Summen, von Almosen lohnt es sich auch nicht zu reden und Verbote zu erlassen. Solcher Zins hat auch wohl noch niemals einen Menschen ruiniert. Er ist darum auch gewiß nicht die Ursache des Zinsverbotes gewesen. Das Zinsverbot hatte seine Ursache in dem Umstand, daß der Wucher sehr viele Mitbürger um alles Eigentum brachte. Es betraf das Darlehen schlechthin, und nicht die *Finanztransaktionen* in erster Linie. Ja, mußte man nicht gerade von denen, die über große Summen verfügten, fordern, daß gerade sie auf die Einnahme aus dem Zins verzichteten? Ein Zinsverbot, das man moralisch begründet, leidet keine zahlenmäßige Beschränkung. Das siebente (Du sollst nicht stehlen!) der zehn Gebote gilt sowohl für kleine wie für große Summen, und das achte gilt wie für die Magd so für den Esel.

Scheiden nach dieser Darstellung die Geschäfte der Hypothekenbank, der Sparkasse, ja sogar die Geschäfte des Finanzministers aus dem von Nellschen Begriff der Finanztransaktionen aus, für die kein Zinsverbot besteht und als deren Kennzeichen die Abwesenheit eines Notzustandes genannt wird, so bleibt nur noch das übrig, was unser Pater „reines Geschäft“ nennt. Eine Definition des Begriffes „reines Geschäft“ gibt der Pater leider nicht. Er wird sagen, daß man in Flugblättern keine Definitionen zu geben pflegt. Gewiß,

aber um so nötiger ist es, in Flugblättern nur eindeutige Worte zu gebrauchen. Beim „reinen Geschäft“ darf Notlage auf keiner Seite vorliegen, das können wir aus dem Zusammenhang mit dem Zinsverbot folgern. Das „reine Geschäft“ ist also eine Finanztransaktion, das beiden Seiten einen Gewinn einbringen muß, ein Geschäft, das man ohne Schaden, ohne in Not darum zu geraten, auch lassen kann. Der Zins, der für beide Kontrahenten aus dem Geschäft herauspringen soll, kann unmöglich aus der Tasche der Kontrahenten kommen. Somit, so folgert die Einfalt, liegt beim reinen Geschäft trotz Zins kein Wucher vor. Damit solche „reinen Geschäfte“ rein erscheinen und man sich nicht in seinem katholischen Gewissen beunruhigt fühle, fragt niemand nach der Quelle des Zinses, das vom „reinen Geschäfte“ abgeworfen wird. Auch im Beichtstuhl wird nicht danach gefragt. Das Geschäft, das der sparsame Bergmann mit der Sparkasse macht, spiegelt wohl am besten das reine Geschäft wieder. Auch die Geschäfte des Aktien-, Pfandbrief-, Obligationen- und Hypothekenkäufers gehören hierher. Sie alle beziehen *Zins* und schlafen seelenvergnügt mit Bündeln von Aktien und dem Zinsverbot als Kopfkissen. Dennoch, auch dieser Zins wird, wie jeder Zins durch Ausnutzung einer Notlage, hier sogar der schlimmsten Notlage, herausgewuchert. Es sind die Unternehmer, die bei den Lohnverhandlungen durch Druck auf den Lohn, den Zins für die Sparkasse, für die Aktionäre und Rentner herauswirtschaften, herauswirtschaften müssen, denn nur unter der Bedingung des Zinses haben die Leute, die die „reinen Geschäfte“ aus Gewissensgründen vorziehen, ihnen, den Unternehmern, das Darlehen gegeben. Der Unternehmer, der die Rolle des Wucherers vor den Arbeitern mit Lebensgefahren zu spielen hat, hat nichts vom Zins. Er liefert den Aktionären, der Sparkasse und den Sparern ab, was er bei den Lohnverhandlungen herausgewuchert hat. Was dann übrig bleibt, ist Ertrag seiner Arbeit. Durch die Einschaltung der Mittelglieder, der Banken, Sparkassen und Sparer wird dieser Sachverhalt verdunkelt, doch ändert das nicht das Geringste an seinem wucherischen Charakter. Schaltete man die vermittelnden Geldinstitute aus und setzte man die Geldgeber unmittelbar in Berührung mit den Arbeitern, so würden sie ja sehen, daß sie, um den Zins ihres Geldes herauszuwirtschaften, unter Ausnutzung der Notlage der Arbeiter einen entsprechenden Lohnabzug machen müßten.

Dann würde es ihnen klar, daß sie da gegen das Zinsverbot in krasser Weise verstoßen. Wenn sie dann auf das Zinsverbot pfeifen und höhnisch auf ihre vollen Taschen und ihren gut besetzten Tisch hinweisen, dann ist alles gut. Wir werden diesen Leuten schon die Beute entreißen. Aber die anderen armen Tröpfe, die heucheln müssen! Und allerlei widersinnige Ausflüchte für die Beschönigung ihres Verhaltens ersinnen müssen! Leid tun uns diese Menschen. Wir wissen, wie schwach sie alle, alle in diesem Punkt

sind. (Der heilige Franz von Assisi natürlich ausgenommen.)

Überall, wo Geld der Ware und den Arbeitsprodukten gegenübertritt, kann gewuchert, kann ein Zins ausbedungen werden. Die Ware unterliegt einer Übermacht. Diese Übermacht gestattet, den Unternehmern und Kaufleuten, den Sparern und sonstigen Geldgebern einen Zins zu zahlen. Diesen Geldgebern aber, die bei den Unternehmern, den Geldnehmern, keine Not wahrnehmen, erscheint der Zins als ein Geschenk der Natur, das man ohne Bedenken in Empfang nehmen kann. Und tatsächlich gibt es auch eine ganze Reihe von Zinstheorien, die den Zins als Naturgeschenk behandeln. (Unter diesen rühdigen Theoretikern befindet sich seltsamerweise sogar unser lieber Henry George.)

Ist nach dieser Darstellung (die in unserer Literatur nach allen Seiten hin fest fundiert ist) Pater von Nell damit einverstanden, daß wir die oben genannten Geschäfte aus der Kategorie der vom Zinsverbot befreiten Geschäfte ausschließen? Dann blieben nur mehr die Börsengeschäfte zu betrachten, die Geschäfte, die die meisten Selbstmorde zur Folge haben. Ob hier das Gebiet der reinen Geschäfte ist, wo niemals die Notlage ausgebeutet wird? Und wo darum das Zinsverbot aufgehoben wurde? Ich glaube, Pater, Ihr kommt hier vom Regen in die Traufe. Warum beschäftigen Sie sich auch mit dieser ekligen Sache? Steht es nicht geschrieben: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und nehmen heute nicht der Zinsbezieher, der Kapitalist, Morgan und Lipstulian die Stelle des Kaisers ein, jetzt und schon seit den Zeiten der römischen Kaiser? Betrachten wir das Termingeschäft in Kaffee, das sich Ende des vorigen Jahrhunderts an der Hamburger Börse abspielte. Da hatten sich einige Kaffeemakler verpflichtet, in Hamburg an einem bestimmten Tage und zu einer bestimmten Stunde X Sack Kaffee abzuliefern. Sie waren etwas unvorsichtig gewesen und hatten telegraphisch in Havre und anderswo die fehlenden Mengen bestellt, doch die Schiffe hatten sich verspätet (vielleicht waren die Kapitäne oder Heizer von der anderen Börsenpartei bestochen worden). Die Kaffeeschiffe waren aber gemeldet. Sie schwammen elbaufwärts dem Hamburger Hafen zu. Sie waren sogar in Sicht, aber doch nicht greifbar, wie es im Schlußschein stand. Die andere Partei aber bestand auf ihrem Schein. Greifbare Ware stand hier: ein Pfund Fleisch stand in Shyloks Schlußschein. Und weil die Ware nicht greifbar war, darum wurde der fehlende Kaffee auktionenweise für Rechnung der Verkäufer gekauft, zum doppelten, zum dreifachen Preis, bis zum Bankrott und Selbstmord der leichtsinnigen Makler. Fünf Minuten nach dem Selbstmord konnte man den Kaffee wieder für den gewöhnlichen Preis haben, und den schwimmenden Kaffeeschiffen wurde Auftrag gegeben, auf der Elbe umzukehren und den Kaffee hinzubringen, woher er kam. Ein Darlehen von einigen Stunden in Gestalt einer Terminverlängerung, die niemanden

im geringsten gestört hätte, wäre genügend gewesen, um die Tragödie in eine Komödie zu verwandeln. Aber „so was gibt es nicht“ an der Börse. Wir fragen nun hier Pater von Nell: war es für einen katholischen Börsenmakler Christenpflicht, in eine solche Terminverlängerung einzuwilligen? Wenn Pater von Nell diese Frage bejahen würde, so bliebe den Katholiken nichts anderes übrig, als mit fliegenden Fahnen zu den Bolschewiks überzugehen, denn der gesamte Handel entwickelt sich heute in Millionen mal Millionen Geschäften auf Grund einer glatten Verneinung unserer Frage. Überall herrscht Shylok unbeschränkt. Bejaht unser Pater die Frage, dann scheiden auch noch die letzten Geschäfte, die Börsengeschäfte, aus dem Begriff „reines Geschäft“ aus und es bleibt nichts übrig als das leere Wort. Es gibt keine Börsengeschäfte, die nicht ausgesprochene Wuchergeschäfte sind. Wenn sie auch nicht alle mit dem berüchtigten Börsenkrach verglichen werden können, den der Mörder *Morgan*, der Vater unseres *Wohltäters*, im Jahre 1907 mit gewaltigem Erfolg vorbereitete. Durch ein Darlehen von einem Tage in Gestalt einer Terminverlängerung hätte der Mörder den Krach vermeiden können und den Selbstmord von einer Anzahl Börsenmakler verhütet. Ihm fiel das aber nicht ein, und als guter Christ hatte er es auch nicht nötig, denn es war ja hier nur ein reines Geschäft, ein Börsengeschäft. Er leerte die Taschen der Selbstmörder, und mit dem so geschaffenen Vermögen hat der Sohn den Strick gedreht, womit er das deutsche Volk erdrosseln wird (wenn ihm das Messer der Physiokraten nicht noch rechtzeitig den Strick zerschneidet.)

Die Grundsätze der Börse sind auch die des Kramhandels. Daß es sich hier um Millionen, dort um Pfennige handelt, ändert nichts am Inhalt der Sache. *Morgan* heißt *Morgan*, *Wucher* heißt *Wucher* und *Diebstahl* heißt *Diebstahl*. Wer den Geldschrank aufknaxt, um einen Taler zu stehlen, wird alles nehmen, was er findet. Wenn der Krämer manchmal neben der Konjunktur noch andere Umstände berücksichtigt, so sind das gewiß keine moralischen Faktoren, obschon er sich das wohl zuweilen einbilden mag. „Nach Lage des Marktes könnte ich Ihnen jetzt für diesen Salat wesentlich höhere Preise abfordern. Ihnen aber als altem Kunden will ich in Rücksicht auf weitere Geschäfte den alten Preis berechnen.“ Mit diesen Worten enthüllt er seine moralischen Triebe. Wo solche Rücksichten keinen Profit abwerfen, wie auf der Börse, wo es keine Kundschaft gibt, da waltet die absolute Rücksichtslosigkeit, il sacro egoismo der Italiener. Und nicht nur bei den Kaufleuten. Auch die Köchin, die den Salat kauft, ist von demselben Geiste beherrscht. Die Köchin nutzt die Konjunktur aus, der Mieter tut dasselbe, der Lohnarbeiter macht keine Ausnahme. Wer hier durchaus unterscheiden will, der wird sagen: *Morgan* hat die Gruben gegraben, in die seine Opfer fielen, die Köchin ging zufällig an einer Grube vorbei,

als sie den Hasen erwischte. Gewiß, es ist ein kleiner Unterschied da, aber kein moralischer, sondern ein intellektueller. Die Köchin war zu dumm, um Gruben zu graben. Beide aber ziehen dem Hasen das Fell über die Ohren.

Wir sehen, die „reinen Geschäfte“ des Paters sind reine Phantasieprodukte Sie existieren nicht. Der Zins ist auf alle Fälle Produkt der Ausbeutung einer Notlage. Und zwar der Zins in allen Formen. Der Mietzins, der Pachtzins, der Zins der Staatspapiere, der Hypothekenzins, der Wechseldiskont. Wo die Ausbeutung nicht gleich ins Auge springt, wie bei dem Dienstmädchen, das sein Spargeld zur Sparkasse bringt, handelt es sich regelmäßig um die Einschlebung von Mittelspersonen. Der Kapitalist, der sich die Hände nicht beschmutzen will, der nicht des Nachts bei 20 Grad unter Null über die Dächer in die Räucherzimmer seines Nachbarn einbrechen will und lieber seinen Knecht damit beauftragt, der bringt sein Geld, zur Bank und sagt dem Bankier: Hier hast Du in Gestalt von Bargeld einen Revolver. Mit diesem Revolver kannst Du zu jeder Zeit von den Warenverfertignern (Arbeitern) Zins erpressen. Gehe hin auf die Landstraße und nachher teilen wir die Beute. Dein Teil heißt Raub, mein Teil „Zins eines reinen Geschäftes“. Du fährst dann als Ausbeuter in die Hölle, ich habe mit der Beute meinen Platz im Himmel bereits belegt. Dich werden die Arbeiter eines Tages erschlagen; mich werden sie in den Himmel heben, weil ich mit einem kleinen Teil der Beute ihre Presse finanziere und dann mit ihrer Hilfe meinem Raub eine Tarnkappe aufsetze.

Da alle Darlehensgeschäfte sich als Notdarlehen erweisen, besteht das katholische Zinsverbot heute in seinem vollen Umfang weiter. Das Einkassieren von Mieten, Pachtzinsen, Dividenden, Kupons usw. ist sündhaft. Wer es tut, wird bestraft werden – in der Hölle, wenn es „Reine Geschäfte“, Finanztransaktionen waren; im Fegefeuer, wenn es geringere Dinge waren. Und Pflicht des Paters ist es nun, nachdem ihm eine bessere Einsicht in die Natur der Finanztransaktionen verschafft wurde, dafür zu sorgen, daß die katholische Zinspolitik neu revidiert und in die Bahn der Freiwirtschaft gelenkt werde: Die Freiwirtschaft verbietet zwar den Zins nicht, aber sie handelt nach den Grundsätzen des *Vaterunser*, wo es heißt: Führe uns nicht in Versuchung, sondern *erlöse uns von dem Übel*. Das Übel ist hier der Zins. Das Verbot des Zinses erlöst uns nicht. Wir werden immer in Versuchung geführt werden. Die Freiwirtschaft macht den Zins wirtschaftlich unmöglich und vereinigt so in idealer christlicher Weise die Forderung, die im Zinsverbot sich ausdrücken will mit den Wünschen, die wir stammelnd ausdrücken im täglichen *Vaterunser*.

Die Reform der Bodenreformer.

Mit gutem Werkzeug soll die Arbeit munter fortschreiten und die Bodenreform, die wurzelechte Bodenreform, ist eine scharfe Axt.

Warum aber geht das Werk der Bodenreform so phlegmatisch langsam vonstatten? Seitdem „Fortschritt und Armut“ erschienen, hat man seinen Verfasser, hat man eine ganze Generation zu Grabe getragen, und noch immer ist von dem Wehr, das die Grundrente von den Privattaschen ab in die Staatskasse leiten soll, kaum eine Spur zu sehen. Zwar hat man da weit am Ende der Welt in einem bedeutungslosen Kasernen- und Fischernest einen schüchternen Anlauf gemacht, aber den Jubel über diesen „Erfolg“ in *Kiautschau* hat man gleich in der *Heimat* mit einer allgemeinen, gesetzlich durchgedrückten Erhöhung der Grundrente durch Zölle um 30, sage und schreibe dreißig Mark, für jede Tonne Land, das sind ungefähr tausend Millionen Mark jährlich, zu dämpfen gewußt.

Bem.: Eine Tonne Land ist nach dänischem Maße so viel Land, wie nötig ist, um eine Tonne Weizen (1000 Kilo) zu erzeugen.

Höhnischer hätte man das Triumphgeschrei der Bodenreformer von oben herab nicht erwidern können.

Die Bodenreformer trösten sich über diese kalte Dusche jetzt mit ihren „Erfolgen“ in der Besteuerung der Bauplätze, aber es ist und bleibt ein schwacher Trost, daß von dem Raube von tausend Millionen an neuen Grundrenten jetzt ? oder gar ein ganzes Prozent durch die Bauplatzsteuer wieder eingeht. Zumal mit dieser Steuer kein moralischer oder theoretischer Erfolg verbunden ist. Die Grundsteuer wird erhoben, weil die Gemeinden neue Einnahmequellen erschließen müssen, nicht weil anerkannt wird, daß die Grundrente eigentlich der Gemeinde gehört. Und darauf käme es an; dann dürfte man hoffen, daß die Ansätze der neuen Steuer nach und nach bis zur vollen Höhe der Grundrente würden erhöht werden. Aber wie die allgemeine Grundsteuer seit Generationen keine Erhöhung erfahren hat, weil mit ihr kein anderer Zweck verfolgt wird als die Füllung des Staatsäckels, so wird es wohl auch mit der Bauplatzsteuer bleiben. Man hat einen in die Augen springenden, groben Unfug beseitigt und wird sich damit begnügen.

Gesetzlich hat man also Bodenreform rückwärts betrieben. Man hat durch Getreidezölle den Grundsatz gesetzlich bekräftigt, daß der Staat nicht allein den Grundbesitz, sondern auch die Grundrente zu beschützen hat! Nicht das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, sondern das gerade Gegenteil, *das Recht auf die volle Rente* hat man unter den Schutz des Staates gestellt!

Wie ist das möglich gewesen, woher kommt es, daß ein so kerngesunder, von Werbekraft strotzender Gedanke, wie die Bodenreform, so unfruchtbar bleibt? Sind die Waffen, mit denen man dem Ge-

danken Bahn zu brechen sucht, vielleicht zu stumpf? Ich glaube es fast und will hier meine Gedanken darüber mitteilen.

Schon der Titel der Zeitschrift, welche den deutschen Bodenreformern als Aufwiegelungsblatt dient, könnte nicht schüchterner gewählt werden. Deutsche Volksstimme! Das wäre ja ein trefflicher Name für ein Gesang- und Tanzkränzchen; aber für einen Verein, der so Umstürzlerisches bezweckt, ist der Titel nichtssagend. Wie es scheint, war der Titel früher „Freiland“. Darunter konnte man sich schon was denken. Hat man nun gerade darum den Titel unterdrückt?

Dann der Auszug aus den Satzungen: „Der Bund sieht in der ‚Bodenfrage‘ den wesentlichen Teil des sozialen Problems.“ Wie ängstlich das klingt! Bodenfrage? Soziales Problem? Jeder kleine pommersche Junker sagt ja auch dasselbe. Die „Bodenfrage“, das ist die ungenügende Grundrente, und da der Junker sich (übrigens wie jeder Mensch) für den Mittelpunkt des Volksganzen hält, so sieht er in der ungenügenden Bodenrente ein soziales Problem erster Ordnung. Um diese „Bodenfrage“ und dieses „Soziale Problem“ zu lösen, hat man ja die neuen Kornzölle bewilligt, die die Grundrente um volle dreißig Mark per Tonne Land erhöhen werden.

Es gibt also viele „Bodenfragen“ und soziale Probleme, aber für den Bodenreformer soll es nur *eine* Bodenfrage geben und das ist der *Privatgrundbesitz*. Warum sagt man also nicht offen und ehrlich: „Die Bodenreformer sehen in dem Privatgrundbesitz den wesentlichen Teil des sozialen Problems“?

Jedoch auch letzteres Wort bedarf der Erläuterung. Das soziale Problem ist das Problem der Sozialisten und besteht in der Frage, wie man es am zweckmäßigsten erreichen kann, daß der sogenannte „Mehrwert“, der Unterschied zwischen Lohn und Arbeitsprodukt beseitigt, dem Rechte auf den vollen Arbeitsertrag praktisch Genüge geleistet werden kann. Um klaren Wein einzuschenken, um niemand im Zweifel zu lassen, wohinaus die Bodenreform will, müßte es also heißen:

„Die Bodenreformer erblicken in der Privatgrundrente den Löwenteil des ‚Mehrwertes‘ und streben danach, durch Verstaatlichung der Grundrente das Recht auf den vollen Arbeitsertrag seiner Verwirklichung näherzubringen.“

So könnte sich jeder von der Tragweite der bodenreformatorischen Bestrebungen und von dem Geiste, dem sie entspringen, ein Bild machen, und mancher, der heute für diese Reform nur ein mitleidiges Achselzucken hat, würde sich vielleicht veranlaßt sehen, den Grundsatz der Bodenreform zu prüfen.

„Der Bund zählt und wirbt Freunde in allen politischen Parteien.“ Die Bodenreformer halten also ihre Bestrebungen nicht für Politik! Ein Bund, der die Gesetze beeinflussen will und nur durch das Gesetz

etwas erreichen kann und noch dazu die Grundlage unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung umstürzen will, wäre keine politische Partei? Was ist denn die Politik, die politische Oekonomie etwa anderes als ein Kampf um die Gesetzgebung zwecks wirtschaftlicher Formen und Reformen?

Kaninchenzüchtervereine mögen Freunde in allen politischen Parteien suchen und finden, der Bodenreformer niemals. Wenn jemals ein Gedanke mit politischen Gärstoffen geschwängert war, so ist es der Gedanke der Bodenreform. Das ist so wahr, daß jeder, der die Tragweite der Bodenreform erkannt hat, sicher mit mir darin übereinstimmt, daß mit der Durchführung der Bodenreform der Hauptzankapfel aus der Politik verschwindet, ja die Politik im wesentlichen erschöpft und erledigt sein wird.

Und dabei suchen sich die Bodenreformer hinter dem Busch der Parteilosigkeit zu verbergen! Wozu diese Heuchelei und Komödie? Die rote Krawatte leuchtet ja doch durch alle Überzieher hindurch. Bringe man die Bodenreformer in das Parlament und man wird sehen, wie sie ihre Parteien verlassen, um aneinander gerückt, eine neue Partei zu bilden.

Alle, die wie die Bodenreformer den Sinn für das, was recht und billig ist, mit der Muttermilch eingesogen haben, geben in den meisten politischen Fragen ein übereinstimmendes Urteil ab, und das ist doch das erste Merkmal einer politischen Partei: Übereinstimmung der Ansichten in den die Richtung markierenden Fragen.

Dementsprechend müßte es heißen: Die Bodenreformer bilden eine rein politische Partei, und indem sie alle religiösen, idealen oder moralischen Ziele als persönliche Nebensächlichkeiten behandeln, suchen sie alle anderen politischen Parteien aufzulösen und in zwei neue zu verschmelzen: die Freunde und die Gegner der Bodenreform.

Der Bodenreformgedanke ist revolutionär und gesund genug für eine solche Aufgabe. Dieweilen du weder warm noch kalt bist, weder für noch gegen die Bodenreform stimmst, will ich dich ausspucken aus dem Reichstag. So würde es heißen.

Der Bodenreformer hat sein Auge auf ein hohes Ziel gerichtet: es ist ein Kriegergeschlecht, was dort heranwächst; darum soll er auch den Kopf hoch halten, vor keiner Partei den Nacken beugen, im Gegenteil, allen Parteien den Fehdehandschuh vor die Füße werfen. Auf grimmige Kämpfe soll er sich gefaßt machen, ist es doch zweifelhaft, ob die Bodenreform ohne blutige Zusammenstöße sich durchsetzen lassen wird. Das Himmelreich leidet Gewalt, und sicher ist es, daß die ersten Exekutionen der Grundsteuer nicht so friedlich verlaufen werden wie etwa die Kulturkampfgesetze, die Aufhebung der Klöster in Frankreich. In Religionssachen läßt das Volk wohl mit sich spaßen, in Geldangelegenheiten aber entscheidet die Gewalt.

Gewalt brauchen die Bodenreformer, und wenn sie ihr Ziel auf

unblutigem Wege erreichen wollen, dann ist die erdrückende Gewalt der Masse unentbehrlich. Was hält nun diese Masse heute davon ab, der Fahne der Bodenreform zu folgen? Die Masse will das Schmarotzertum in der Volkswirtschaft abschütteln – das will der Bodenreformer auch. Das Ziel der Bodenreformer, d. i. die praktische Anerkennung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, ist auch das Ziel der Masse. Und doch will es nicht gelingen, die Masse für die Bodenreform zu gewinnen! Woran das liegt? Zum Teil daran, daß die Bodenreform an sich nicht ausreicht, um das volle Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen. Denn die Bodenreform beschneidet wohl den „Mehrwert“, aber sie beseitigt ihn nicht. Die Unzulänglichkeit der Bodenreform, das ist ihr einziger Fehler. Die Sozialisten wollen alles, keinen Teil. Jedoch manche würden sicherlich die Bodenreform als Abschlagszahlung annehmen, wenn die Bodenreformer nicht selber bemüht wären, ihre Bestrebungen zu verkleinern, als unpolitische Spielerei hinzustellen, die ungeheure Rasanz und Durchschlagskraft ihres Geschosses zu verschleiern. Sieht es doch fast so aus, als ob man bei den Bodenreformern die Hoffnung hegte, den Grundbesitzern die Haut über die Ohren ziehen zu können, ohne daß sie es merken! Werben sie doch um Anhänger in allen politischen Parteien!

Es müßte also den Sozialisten gezeigt werden, daß es sich durchaus nicht um Kleinkrämerei, um Flickarbeit handelt, daß die Bodenreform den Löwenanteil des Mehrwertes verschlingt, daß sie wirklich des Strebens wert ist, um so mehr, als ja niemand damit das Recht verwirkt, auch die Restbestandteile des Mehrwertes einzuklagen. Die Bodenreform verlegt nicht den Weg für weitere Forderungen, sondern ebnet ihn im Gegenteil.

Darum sollen die Bodenreformer ihre Bestrebungen von der wirkungsvollsten Seite zeigen; sie sollen den Rachen aufsperrern, damit man das Gebiß sehen kann; denn je fürchterlicher die Hauer, je größer die Gefräßigkeit, um so wuchtiger die Werbekraft. Das Leisetreten ist zweckwidrig, kann nur höchstens zu vorübergehenden Scheinerfolgen führen; diejenigen, die für die Sache gewonnen werden könnten, werden durch die Schwäche der Forderungen abgestoßen, und die, die man zu überrumpeln hofft, werden sicher noch rechtzeitig erfahren, wohinaus die Bodenreform führt.

Also das Höchstmaß dessen fordern, was die Bodenreform leisten kann; je mehr sie leistet, je gefräßiger sie sich dem Mehrwert gegenüber erweist, um so entschlossener, kampfbegieriger Anhänger wird sie finden. Die Bodenreform leistet viel, sehr viel sogar, ihr einziger Fehler ist, daß sie nicht alles leistet, daß sie nicht für sich allein den ganzen Mehrwert vertilgen kann. Aber gerade darum soll man das, was sie verspricht, nicht verkleinern. Also nur keine Miniaturausgabe von „Fortschritt und Armut“.

„Der Bund tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht.“

Das soll eine Kriegserklärung sein! Als ob man den Zorn der Leute fürchte, die man mit Krieg überziehen will! Der Privatgrundbesitz, diese rüdicke Krätze, muß mit einer rauhen Bürste angegriffen werden. Hier darf man kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es heißt, Ziel und Zweck der Bodenreform zu kennzeichnen. Rauh wie das Kriegshandwerk muß auch das Kommando ertönen. Zusammenschauern wie Schafe beim Wolfsgeheul müssen die Rentenbezieher, wenn von Bodenreform gesprochen wird. Und von „nationaler Existenz“ soll man nicht reden, solange man sich über den Inhalt dieses Wortes nicht geeinigt hat.

Und wo fängt der Mißbrauch des Grund und Bodens an? Erst bei der Wertsteigerung? Dann hätten ja dort, wo keine Wertsteigerung stattfindet (wie in Frankreich), die Bodenreformer nichts mehr zu tun. Der Bodenreformer will aber wie der Sozialist „Alles“ haben. den vollen Arbeitsertrag. Kein Pfennig soll von der Grundrente preisgegeben werden. Solange überhaupt der Boden. „Wert“ hat (d. h. verkäuflich ist), findet ein Mißbrauch statt. Der Bodenreformer betrachtet jeden Grundbesitz als Usurpation; er verlangt klipp und klar die Rückführung der Erde in den Gemeinbesitz der Menschheit. Mit der Aussicht auf einen Anteil auf die Wertsteigerung lockt man keinen Hund vom Ofen. Das müßte man doch endlich eingesehen haben. Laut und deutlich müßte es darum ausgesprochen werden: „Der Bund verlangt die Rückführung der Grundrente in den Staatsäckel“. Das ist etwas, was des Strebens wert ist, was zum Studium reizt! Aber eine „mögliche Wertsteigerung“ möglichst dem Volksganzen nutzbar machen! Bah!

Wer die sonnige Landstraße verläßt, um auf Seitengäßchen dem Ziele zuzustreben, wird leicht im Sumpfe stecken bleiben. Das meiste von dem, was die Bodenreformer „zunächst“ erstreben, ist entweder ganz unwesentliche Flickerei, oder es verläuft in den Sumpf, so die Forderung der Zuwachssteuer, der Verstaatlichung des Realkredits und die gesetzliche Begrenzung hypothekarischer Belastung.

Die Zuwachssteuer soll nur bei Verkäufen erhoben werden; nicht der Zuwachs, sondern der Verkauf soll den *Anlaß* zur Steuer geben. Ohne diesen Anlaß keine Steuer, wenn auch Zuwachs stattfand. Eine Steuer wird jedoch nach dem benannt, was sie veranlaßt, und das ist hier, wie gesagt, der Verkauf, der Umsatz.

Der Umsatz wird wiederum veranlaßt (in der Regel) durch den Tod. Krankheit. Bankrott. Umzug, Alter, Glück und Unglück, kurz durch alle die Umstände, die eine Veränderung in der Lebens

weise, in der Beschäftigung, im Wohnort bedingen. Dementsprechend handelt es sich bei der Zuwachssteuer um eine Besteuerung des Alters, der Krankheit und des Todes. Mehr noch. Da bekanntlich in den kleinen Verhältnissen, im Kleinbetrieb Umsätze viel öfter vorkommen als in den konsolidierten Vermögen, so würden die reichen Familien die erhöhte Grundrente (die allein den Zuwachs bedingt) ungestört einheimen können, während bei allen anderen der Staat einen Anteil reklamiert! Und um den Ertrag dieses Anteils sollen die allgemeinen Steuern; auch die der reichen Leute, herabgesetzt werden!!

Nicht, weil ich erhöhte Renten einheimse, soll ich besteuert werden; sondern weil ich verkaufen will, verkaufen muß. Weil mir das Klima unzutraglich ist, weil ich anderswo günstigere Arbeitsverhältnisse finde, weil ich vor Altersschwäche den Berg nicht mehr erklettern kann und darum im Tale wohnen möchte, kurz, aus 1000 persönlichen Gründen, die mit dem Staatsbetrieb nichts zu tun haben, soll ich besteuert werden! Darum muß ich auf den Umzug verzichten, lasse meine Kinder an der Schwindsucht sterben, klettere keuchend den Berg hinan, gestatte dem Fabrikanten, meine Zwangslage durch Lohnherabsetzung auszu-beuten.

Man sagt mir, daß die Borsig-Werke, eine große Maschinenfabrik im Zentrum von Berlin, nach außen verlegt werden wird, und daß der Verkauf des alten Fabrikgrundstückes genug eingebracht habe, um damit die neue Fabrik, eine ganze Arbeiterstadt zu bauen und die Kosten des Umzuges zu decken. Wenn der Staat hier die Zuwachssteuer erhoben hätte, so hätte der Umzug sicherlich nicht stattgefunden und die Berliner würden nach wie vor den Ruß und Staub einatmen.

Die Zuwachssteuer; sofern sie vom Verkauf abhängig gemacht wird, ist eine reine Umsatzsteuer, und die Umsatzsteuer ist bekanntlich die unbilligste; willkürlichste, zufälligste aller Steuern, Prellerei und Wucher, aber keine Steuer. Sie nagelt den Eigentümer an die Scholle, sie verhindert, daß er sich die für ihn zuträglichsten Ortsverhältnisse schafft, sie bedeutet eine Beschränkung der Freizügigkeit, einen Angriff auf die Verfassung.

Dabei ist die Zuwachssteuer durchaus nicht so leicht zu berechnen, wie die Bodenreformer glauben. Das will ich hier an einigen Beispielen zeigen. A. hat vor 30 Jahren einen Acker gekauft, der 1000 Mark Rente abwarf. Damals rechnete man bei Kapitalisierungen mit 5% (angenommen), das macht also

$$\frac{1000 \times 100}{5} = 20\ 000 \text{ Mark}$$

als Preis des Ackers. Jetzt bringt der Acker auch noch 1000 Mark an Rente ein, aber zu 4% kapitalisiert ergibt das 25 000 Mark. Hat hier ein Zuwachs stattgefunden? Im Preis, aber nicht in der Rente, und die Rente ist es, was der Bodenreformer für den Staat reklamiert. In diesem Falle würde die Zuwachssteuer keine Renten-, sondern Zinssteuer bedeuten, also auf ein ganz anderes Gebiet überspringen. Bei

der Berechnung der Zuwachssteuer müßte man also, wenn man keine reine Paschawirtschaft einführen will, damit beginnen, den Zinsfuß festzustellen, der der Berechnung des Kaufs- und Verkaufspreises zugrunde gelegt wurde. Das wäre aber eine sehr schwierige Sache, da dieser Zinsfuß aus mehreren Elementen besteht und nach Ort und Zeit schwankt.

Jedoch der Preis des Ackers richtet sich nicht allein nach Rente und Zinsfuß, sondern auch nach dem allgemeinen Stand der Preise. Der Geldpreis ist nur der nominelle Preis, über den Realpreis gibt er, heute wenigstens, keine Auskunft. Und dieser, nicht der nominelle Preis müßte bei der Zuwachsberechnung berücksichtigt werden. A. hat vor 50 Jahren einen Acker für 1000 Taler gekauft und verkauft ihn jetzt für 2000. Geht er aber mit den 2000 Talern auf den Markt, so erhält er weniger Ware als die, mit denen er s. Z. die 1000 Taler erstanden hatte. Der reale Verkaufspreis steht also unter dem realen Einstandspreis, trotzdem der nominelle Preis um 100% gestiegen ist. Der Mann hat also verloren, soll er darum besteuert werden?

Diese zwei Elemente des Zuwachses, Zinsfuß und Währung, spielen eine große Rolle, werden aber von den Bodenreformern nicht berücksichtigt.

Wenn der Zuwachs auf staatliche oder kommunale Eingriffe zurückzuführen ist, so muß auch das Gegenteil des Zuwachses, *der Preisfall*, auf staatliche oder kommunale Eingriffe zurückführbar sein. Und wenn der Staat einen Teil des Zuwachses reklamiert, so ist es nur gerecht und billig, *daß der Staat den gleichen Teil im entgegengesetzten Falle vergüte!*

Nun denke man sich, wohin diese durchaus logische Folgerung aus dem Grundsatz der Zuwachssteuer führen muß! Jeder, der ein faules Geschäft in Grundstücken gemacht hat (und es sind in diesem Geschäftszweig Millionen und aber Millionen verloren worden), geht zur Staatskasse und läßt sich entschädigen! Ohne zu fragen, wie der Verlust entstanden ist, ob Käufer und Verkäufer vielleicht unter einer Decke stecken und die Entschädigungssumme des Staates unter sich teilen, ohne zu fragen, ob Geschäftsunkennntnis den Verlust herbeigeführt, muß der Staat zahlen! Eine nette Geschichte das.

Es gibt im Grundstückshandel wie in allen Geschäftszweigen gute und schlechte Geschäfte, glückliche und unglückliche Griffe. Hat man ein gutes Geschäft gemacht, so wird man das Grundstück behalten und schweigen; erweist es sich als schlecht, so verkauft man es wieder und den Verlust wälzt man auf den Staat.

Überhaupt wird der Preis der Grundstücke nach der in Zukunft zu erwartenden Grundrente berechnet. Man kapitalisiert jene erwartete Grundrente zum laufenden Zinsfuß und zieht den Betrag der Zinsen ab, die man bis zum Eintritt der erwarteten Rente einbüßt. Wenn also der Verkaufspreis

trotzdem noch über den Einstandspreis zu stehen kommt, so erklärt sich das nur in der Weise, *daß die Möglichkeit eines Zuwachses* als Prämie für das Risiko eines möglichen Preisfalles unberechnet in den Kauf gegeben wurde. *Soll nun der Staat die Prämie einkassieren, ohne das Risiko zu tragen?*

Der Bodenreformer, der den geraden Weg verläßt, gerät in den Sumpf. Das ist durch obige Beispiele bewiesen und ein anderes Beispiel soll es bestätigen.

„Organische Überführung des Realkredits in öffentliche Hand.“ So sagt die zweite Hauptforderung der Bodenreformer. Das soll wohl so viel heißen, daß der Staat als allgemeiner Kreditgeber auftreten soll. Da nun der Staat immer nur das hat, was er aus dem Volke zieht, so kann die Rolle, die der Staat hier spielen soll, nur die eines Vermittlers sein. Durch diese Vermittlung soll wohl, wenn die Forderung einen Sinn hat, der Kredit für den Grundbesitzer billiger werden! Was zum Teufel haben aber wir Bodenreformer mit den Sorgen des Grundrentners zu tun? Wir wollen die Grundrenten an uns reißen, wir wollen die Rentner angreifen, nicht schützen. Diese wissen sich schon selber zu schützen; das haben sie durch die Erhöhung der Zölle bewiesen.

Die Belastung des Staates mit der Sorge um die Sicherheit der Hypothek würde den Staat zum natürlichen Gegner alles dessen machen, was auf die Grundrente drücken könnte, denn die Bodenrente, nicht der Boden bildet die Sicherheit der Hypothek. So würde z. B. ein Großschiffahrtskanal nach Berlin dadurch, daß er den Einfuhrpreis amerikanischen Getreides heruntersetzt, auf den Preis des konkurrierenden Getreides der Güter rings um Berlin drücken und die Rente dieser Güter entsprechend herabsetzen, Ist nun der Staat als Hypothekargläubiger in Sorge um die Sicherheit seiner Forderung, so darf er keinen solchen Kanal bauen.

Zölle, Getreidezölle, setzen die Rente herauf und die erhöhte Rente setzt den Preis des Landes entsprechend höher, Ist nun die hypothekarische Belastung diesem erhöhten Preise gefolgt, so dürfte der Staat als Hypothekargläubiger die Zölle nicht herabsetzen oder abschaffen, da sonst die Rente – der Preis – die Sicherheit der Hypothek, heruntergehen würden. Handelsverträge mit niedrigen Zollsätzen wären unmöglich.

Die Entwicklung der Industrie, die die Löhne hochtreibt, setzt die Grundrente herunter, sie gefährdet die Sicherheit der Hypothek, muß also verhindert werden.

Die Freizügigkeit, die den Wegzug der Landarbeiter oder gar die Auswanderung ermöglicht, verursacht eine Erhöhung der Löhne auf Kosten der Rente und der Sicherheit der Hypothek, darum muß der Staat etc. etc. Kurz, die reaktionäre Politik, die die Agrarier zum Schutze der

Grundrente betreiben, müßte nun der Staat schon aus Rücksicht auf seine faulen Papiere unterstützen.

„Festsetzung einer Beleihungsgrenze!“ Dieselbe Forderung ist schon oft gestellt worden; jedoch nicht um das Prinzip des Grundeigentums anzugreifen, sondern im Gegenteil, um den Grundbesitz zu konsolidieren. Das Majorat, das Fideikommiß entspringt demselben Gedankengang.

Wir Bodenreformer haben aber die Aufgabe, auf die Beseitigung des Grundbesitzes überhaupt zu wirken und die natürlichen Auflösungselemente, die die hypothekarische Verschuldung in sich bergen soll, zu unterstützen statt zu bekämpfen.

Ist der Grundbesitz bis an die Grenze der Rente hypothekiert, so ist der Eigentumstitel leer und wir haben im Grundbesitzer für unsere Bestrebungen einen Bundesgenossen statt eines Gegners. Im Interesse der Bodenreform wäre es also, daß die Grundrente von den Hypothekenzinsen gänzlich aufgezehrt würde, dann würde es sich zeigen, wie recht Proudhon hatte, als er sagte: *Donnez-moi la rente et je vous cède la propriété.* Und wie will bei Erbschaftsteilungen, die gewöhnlich die hypothekarische Belastung veranlassen, der Übernehmer des Hauses, des Gutes, seine Miterben abfinden, wenn der hypothekarischen Belastung eine Grenze gezogen wird? Soll er zum Wucherer gehen, den Personalkredit statt des Realkredits ausnutzen? Der Personalkredit ist aber immer kostspieliger, drückender, umständlicher.

Lassen wir jedoch die Sorgen der Bodenreformer um das leibliche Wohl des Grundrentners aus Gründen, die ich nicht zu erkennen vermag, gelten, so bleibt immer die Frage offen, wie der Staat gleichzeitig *Steuerexekutor* und *Hypothekargläubiger* sein kann?

Durch die Grundsteuer, die die Bodenreformer zu erheben gedenken, tritt die 1. Hypothek an die zweite Stelle, denn nach dem jetzigen Rechte wenigstens ist der Steuerempfänger der bevorrechtigte Gläubiger. Steigt die Grundsteuer, so fällt die Hypothek, und so wird die Sorge um die Sicherheit des Papiers, womit die Bodenreformer den Staat belastet haben, den letzteren zwingen, den weiteren Wünschen der Bodenreformer entgegenzutreten.

Kurz, die Bodenreformer vertreten sich mit ihren Forderungen selber den Weg; ihr Ziel läßt sich so nicht erreichen. Durch die Verquickung des Grundbesitzes mit dem Zins, mit der Währung und den Pfandbriefen läßt sich auf diesem Wege kein Stoß gegen die Rente wagen, ohne sofort gefährliche, wunderliche und rechtswidrige Erscheinungen hervorzurufen.

Durch solche kleine und kleinliche Forderungen werden die kompliziertesten theoretischen Fragen aufgeworfen und der wunderbar einfache Gedanke der Bodenreform läuft Gefahr, in den Ruf

der Kompliziertheit zu geraten. Und das ist in diesem versoffenen Zeitalter das Schlimmste, was einer Sache begegnen kann.

Die „*Große, schlichte Bodenreform*“, d. i. der Rückkauf des gesamten Grundbesitzes durch Ausgabe von Titeln der allgemeinen Staatsschulden, die Tilgung dieser Schuld mit dem Ertrag der entsprechend zu erhöhenden Kapital- und Einkommensteuer [Die kräftige Unterstützung, die dem Staate bei der Schuldentilgung durch die Geldreform zuteil würde, will ich hier nur streifen. Durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Verminderung der Krisen würde der allgemeine Wohlstand und die Steuerkraft gewaltig zunehmen, das allmähliche Zurückweichen des Zinses würde die Verzinsung verbilligen und der Zins der Emission, zusammen mit dem Ersatz (5%) des in der Zirkulation sich verbrauchenden Geldes, 400 – 500 Millionen jährlich eintragen. S. G.], geeignete Parzellierung und Verpachtung in öffentlicher Steigerung – das begreift jeder. Hier sind keine Komplikationen zu befürchten. Die „Große Bodenreform“ genügt auch dem Gerechtigkeitssinne der Sozialisten, denn die Sozialisten, die die Gerechtigkeit für sich reklamieren, fordern, daß ihren Ansprüchen ohne Unbilligkeit genügt werde. Nachdem es geduldet wurde, daß Land, Geld und Güter zu einer homogenen ökonomischen Masse wurden, wäre es eine offenbare Ungerechtigkeit, wenn man zugunsten der Allgemeinheit, zugunsten auch des Geld- und Industriekapitals einseitig den Bodenkapitalist fassen wollte.

Die Bodenreform, d. h. die große, schlichte Bodenreform, durch welche der Mehrwert um den vollen Betrag der Rente beschnitten werden kann, ohne den heutigen, auf der persönlichen Verantwortung begründeten Wirtschaftsbetrieb anzutasten, ist an und für sich der schlagendste Beweis gegen die Theorie, die den Mehrwert als Voraussetzung und Attribut dieses Wirtschaftsbetriebes erklärt. Man braucht die drei dickleibigen Bücher Marx' nicht mehr satzweise zu revidieren und zu widerlegen; wir können uns diese Arbeit sparen. Die Bodenreform, die auf der Erkenntnis der Unabwälzbarkeit der Grundsteuer beruht, ist an sich eine *lebendige* Widerlegung dieser Theorie.

Die Sozialisten, die Masse, die allein die Bodenreform zum Siege führen kann, sind jetzt gerade bei der Arbeit, ihr Glaubensbekenntnis einer gründlichen Revision zu unterwerfen. Daß diese Revision unsere Theorie bestätigen muß und schließlich auch bestätigen wird, wissen wir. Wie lange es jedoch währen wird, bis daß sich die Wahrheit so weit Bahn brechen wird, hängt zum guten Teil von der Taktik der Bodenreformer ab. Verbleiben die Bodenreformer bei der jetzigen Korinthenkackerei, so wird sich die Einsicht, daß der Hauptbestandteil des Mehrwertes auf dem Wege der Reform sich ausmerzen läßt, nur langsam Bahn brechen; verlangen sie dagegen die Bodenreform sans phrase, so wird allein schon die stolze Größe dieser Forderung den Sozialisten Achtung für unsere Betreibungen

einflößen. Und diese Achtung wäre der Vorläufer des Studiums und dieses der Sieg unserer Theorie.

*

Ein Index für die Handelsprofitrate.

Der Index für die Warenpreisschwankungen hat sich als gutes Werbemittel für unsere Ziele erwiesen. Das erkennen wir bereits daran, daß die Kapitalisten diesen Index zu fürchten beginnen. Im *Dawesabkommen* steht das Wort *Index*, und aus diesem Milliardenwechsel ist es schwer wieder zu streichen. (Wer mag das Wort wohl da hineingeschmuggelt haben?) Es gibt bereits private Zahlungsdokumente, die diese Dawesklausel als Korrektur möglicher Währungspuschereien benutzen. Und je mehr das der Fall sein wird, um so schwerer wird es sein, den Index aus dem Bewußtsein des Volkes wieder zu streichen. Es ist nur schade, daß wir noch nicht über die Kräfte verfügen, um einen Kontrollindex zu führen, denn wir haben allen Grund, den staatlichen Produkten gegenüber mißtrauisch zu bleiben. Die Macht der Bankiers und ihrer Millionen reicht weit, und warum sollten die Herren Bankiers nicht einige Millionen springen lassen, um zu verhindern, daß die Statistik und der Index dem Volke zeigen, wie die Bankiers fischen gehen und wieviel diese Fischzüge jedesmal einbringen. Verdächtig ist schon die Tatsache, daß es so lange gedauert hat, bis sich die Statistik dazu bequeme, dem Volk durch Schaffung des Indexes die Puschereien, die die Reichsbank auf Befehl der Bankiers trieb, sicht- und meßbar zu machen. Noch verdächtiger ist es, daß bei den Leistungen des D. R. auf Rechnung des Dawesabkommens die Indexklausel unberücksichtigt blieb, ob schon alle vertraglichen Voraussetzungen für ihre Anwendung gegeben waren!

Wir könnten aber heute noch weitere Indizes über andere Gebiete der Volkswirtschaft sehr gut gebrauchen. So z. B. einen fortlaufenden Index des bereinigten Zinsfußes und einen solchen über die Bruttohandelsprofitrate. Es ist aber nicht zu erwarten, daß das Statistische Amt uns auch diese gefährlichen Waffen liefern wird. Wir werden sie selber schaffen müssen. Vielleicht, wenn wir einen Aufruf erließen, würden sich Freunde unserer Sache melden, die uns gegen gute Worte diesen Index schaffen würden. Ein Index des bereinigten Zinsfußes ist unter Benutzung des offiziellen Warenpreisindex leicht zu schaffen. Umfangreichere Arbeiten erfordert der Index der Handelsprofitrate. Das Material dazu können uns nur Kaufleute liefern, die mitten im Betrieb sind, z. B. Bundesmitglieder, die Beamte von Konsumgenossenschaften sind. Nötig sind hier die Fabrikpreise und die Kleinhandelspreise sowie möglichst genaue Angaben über die Höhe der Produktion jeder einzelnen Ware. Manche Preise liefern die Markt- und Börsenberichte, jedoch bei weitem nicht genug. Über die Höhe der Produktion liefern die Fach-

zeitungen gutes Material. Wünschenswert wäre natürlich die Ermittlung sämtlicher Preise, dazu aber gehört ein Apparat mit einem Budget von 20 bis 50 000 Mark jährlich. Was wir heute können, das ist, den Weg zu zeigen, der für das gestellte Ziel einzuschlagen wäre. Sache stärkerer Organisationen wäre es dann, ein solches stat. Werk zu finanzieren. Da die Konsumgenossenschaften in diesem Punkt mit uns das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Herabsetzung der Handelsspesen, die Verbilligung des Tausches, so wäre es vielleicht möglich, daß, wenn diese bürokratisierte, faule Bande noch einen Rest von Witz besitzt, sie uns diese Arbeit abnimmt. Das stumpfsinnige Verhalten dieser Organisationen gegenüber den Währungspfuschiereien macht es uns aber schwer, an eine solche schöne Arbeitsgemeinschaft glauben zu können. Wir wollen aber doch erwähnen, daß es keiner Organisation besser anstehen würde, als den Konsumgenossenschaften, den in Rede stehenden Index zu schaffen. Bei den ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen den Konsumgenossenschaften und den anderen bürokratischen Arbeiterorganisationen bestehen, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und den hinter diesen verborgenen Bankiers und Börsenspekulanten, könnten die Konsumgenossenschaften sogar mit einer finanziellen Unterstützung rechnen, zumal die Großkassierer des Kapitalismus selber stark daran interessiert sind, daß alle anderen Schmarotzer am Arbeitsprodukt des Arbeiters mit möglichst rauen Bürsten und Desinfektionsmitteln behandelt werden. Würde z. B. die Statistik erweisen, wie es wahrscheinlich ist, daß der Handelsprofit seit dem Kriegsausbruch statt wie bis dahin 50 bis 40% der Warenproduktion jetzt 50 bis 60 bis 70% verschlingt, so könnten die Raubritter des Kapitalismus sagen, daß nicht der Kapitalzins, die Grundrente und die Börsenspekulation die mißliche Lage des Arbeiters geschaffen halten, sondern der unverschämt hohe Handelsprofit, das Riesenheer der Kaufleute mit ihrem entsprechend großen Troß von Angestellten, Geschäftsreisenden, mit den riesengroßen Ausgaben für Reklame, Ladenmieten usw. Da läuft der Dieb! würden sie sagen. Wir aber hätten dann die ganze Bande im Sack, die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsbözen, die Börsenspekulanten und die Konsumgenossenschaftsbürokraten, denn wir würden mit dem Index den Beweis führen können, daß der ungeheuerliche Handelsprofit ein automatisch sich einstellendes Produkt der von den Bankiers befohlenen und gewünschten Währungspfuschiereien ist. Aber, aber, die Kapitalkapitäne werden schon den Braten riechen, ehe er aufgetischt wird, und den Konsumgenossenschaften, den Gewerkschaften und Sozialdemokraten rechtzeitig einen Wink und Befehl geben, nicht gemeinsame Sache mit den Feinden des Kapitals zu machen. Also bleibt es bei der alten Erkenntnis: Wir haben die ganze Welt zum Feind, uns wird niemand helfen, wir sind auf eigene Kraft angewiesen. Und diese Kraft ist da; wir brauchen sie nur in den Dienst der Sache zu spannen. Wir müssen von den Mitgliedern des Bundes mehr fordern können als den Mitgliedsbeitrag. Der „Kampfbund“ braucht kämpfende Mitglieder, in diesem Falle mitarbeitende Mitglieder. Wer dem Kampfbund beiträgt, gibt

damit kund, daß er mitarbeiten will. Der Geschäftsführer hat also nur unter den Mitgliedern die für die Aufgabe passenden Mitarbeiter zu wählen. Wer sich dann solchen Aufgaben entzieht, hat nicht das Recht, sich Mitglied des „Kampfbundes“ zu nennen.

Der Handelsprofit, um den es sich hier handelt, ist der Bruttohandelsprofit, d. h. der mit allen Unkosten des Kaufmannes belastete Profit, der volle Unterschied zwischen dem Fabrikpreis und dem Kleinhandelspreis. Wieviel von diesem Bruttoprofit der Nettoprofit, das Reineinkommen des Kaufmannes, ausmacht, interessiert uns hier nicht. In dem Preisunterschied zwischen Fabrikpreis und Kleinhandelspreis ist auch die Fracht und die Verpackung eingerechnet. Es leuchtet ein, daß diese Kosten nicht zu den eigentlichen Handelskosten, sondern noch zu den Produktionskosten zu zählen sind.

Die Statistik zur Errechnung des Indexes der Handelsprofitrate sieht dann so aus:

Ware	Fabrikpreis	Kleinhandelspreis	Handelsprofit in %	Jahres-Produktion	Handelskosten
1. Hüte	15,00 Mk	25,00 Mk.	40%	60.000.000	24.000.000
2. Hemden	5,00 Mk	8,00 Mk	60%	100.000.000	60.000.000
3. Uhren	50,00 Mk	75,00 Mk	50%	50.000.000	25.000.000
4. Kanarien	10,00 Mk	16,00 Mk	60%	2.000.000	1.200.000
5. Wichse	0,20 Mk	0,50 Mk	50%	1.000.000	500.000
6. Butter	2,00 Mk	2,40 Mk	20%	1.000.000.000	200.000.000
7. Bleistifte	0,05 Mk	0,15 Mk	200%	1.000.000	2.000.000
				1.214.000.000	312.700.000

was einer durchschnittlichen Handelsprofitrate von 25,8 % entsprechen würde.

Dieser Durchschnitt ist deshalb so niedrig ausgefallen, weil der schwere Posten aus der Landwirtschaft (Butter) mit dem niedrigen Profitsatz (von 2000) das Gesamtbild vollständig verschiebt. Ich wählte dieses Bild, um zu zeigen, wo die Schwierigkeiten dieser Statistik liegen und wie man es macht, um das Resultat zu fälschen. Es gibt manche Waren, die nicht in diese Statistik gehören oder für die eine besondere Statistik zu führen wäre. Das ist z. B. der Fall bei allen Waren, die direkt vom Produzenten an die Konsumenten abgeführt werden: Zeitungen, Maßanzüge, künstliche Gebisse, Särge, Brot, überhaupt sehr viele Lebensmittel.

Obige Aufstellung zeigt auch, wie wichtig für die Schaffung eines Indexes die richtige Berechnung, oder sorgfältige Schätzung der Gesamtproduktion der einzelnen Waren ist.

Sind einmal die Preise in der nötigen Anzahl ermittelt, so ist der Rest der Arbeit leicht zu verrichten. Natürlich, je größer die Zahl der gesammelten Preise ist, um so sicherer sind die Verallgemeinerungen, die wir daraus ziehen. Bei der einen Sorte von Hüten mag der Profitsatz 30, bei der anderen 40 und bei noch anderen 50% und mehr betragen. Es ist darum nötig, von vielen Hutsorten die Preise zu ermitteln. Dann kann man den Durchschnitt solcher Profitsätze auch für alle anderen Hutsorten als normal betrachten. Kennt man dann die Gesamt-

produktion aller Hutfabriken und zieht von ihr die ins Ausland abgeführten Hüte ab, so können wir mit Hilfe jenes für die Hüte ermittelten Durchschnittsprofites den Betrag errechnen, den der Huthandel in Deutschland den Konsumenten kostet, Ist die Gesamtproduktion von Hüten, zu den Großhandelspreisen berechnet, nach Abzug der ausgeführten Mengen etwa 60 Millionen Mark, und ist der ermittelte Handelsprofit durchschnittlich für diese Ware gleich 40%, so kostet der Huthandel dem deutschen Publikum 24 Millionen Mark jährlich.

Manche Produkte der Arbeitsteilung nehmen nicht oder nicht ganz den Warencharakter an. Sie gehen nicht durch die Hände der Kaufleute. Sie gehören dann ebenfalls nicht in diese Statistik. So z. B. die Gebäude, die Eisenbahnen, die Schiffe, die Kanäle usw.

Wie oft soll nun diese Statistik erneuert werden? In den Zeiten großer Währungspuschereien, wie heute z. B., wäre es natürlich wünschenswert, wenigstens alle Monate die neuen Zahlen zu ermitteln, um mit dem Index dem Volk zu zeigen, was diese Puschereien allein an Handelsspesen kosten. In Zeiten ruhigerer Währungspolitik würde eine einmalige Ermittlung für jedes Jahr genügen.

Für den Zweck, den ich mit diesem Artikel verfolge, dürften diese Angaben zunächst genügen. Sollte es zu praktischer Arbeit kommen, dann wird es immer noch Zeit sein, die Methoden für die Führung der Statistik ins einzelne auszuarbeiten.

Das Gedächtnis der Menschen ist kurz, zumal für unangenehme Dinge. Die meisten erinnern sich kaum der eigenen Geschichte. Die Geschichte der Väter kennen nur wenige. Der Sohn des freigelassenen Sklaven weiß nichts von den Knutenhieben zu erzählen. Und auch der Proletarier, wenn er von der Ausbeutung durch die Freiwirtschaft befreit sein wird, wird nur noch nebelhaft sich erinnern, wie hunds miserabel es ihm erging. Jeder Proletariersohn gibt sich dann als Kapitalistensprößling aus und schimpft mit diesen zusammen. Es ist aber nötig, daß die Erinnerung an die Greuel wach erhalten werde, nicht um Rachegefühle lebendig zu erhalten, sondern um die Kräfte zu schaffen, die nötig sein werden, wenn es sich um die Abwehr von kapitalistischen Restaurationsversuchen handeln wird. Denn daß solche Versuche immer und immer wieder wiederholt werden, ist nur allzu menschlich und selbstverständlich. Wir brauchen Denkmäler unserer Schande viel mehr als Denkmäler des Ruhmes. Denkmäler der Unzucht, Denkmäler der Niederlagen, Denkmäler der Sklaverei, der Leibeigenschaft, Denkmäler der Massengräber, Denkmäler der Landgrafen von Hessen, die die Bauernsöhne nach Amerika als Kanonenfutter fob London zu 100 Dollar das Stück (inkl. Strick) verkauften. Wir brauchen Denkmäler der Hexenprozesse und der Inquisition. Denkmäler Havensteins und Helfferichs, Denkmäler der Inflation, der Sparkassenplünderung, der Goldwährung, des Kapitalzinses, des Alkoholismus. Unsere gesellschaftlichen Zustände sollen der Nachwelt nicht durch Geschichtsfälscher überliefert werden, Orate fratres et vigilate! Wir haben jetzt im Nickelstahl ein Material, das nicht rostet und sich so für Denkmäler eignet, die die Ewigkeiten

überdauern sollen. Aber besser als solche ehernen Denkmäler, die doch immer sich einschmelzen lassen, wie wahrscheinlich die bronzenen Hohenzollernpferde mit ihren Reitern von der Nachwelt eingeschmolzen werden, ist das Leben, die ewig und ewig sich wiederholende Tat. Wenn wir jetzt mittels des Index feststellen, daß der Handelsprofit die Hälfte der Warenproduktion verschlingt, und auf solche Tatsache hinweisen können, wenn wir einst diesen Index auf die Hälfte oder gar den vierten Teil durch unsere grundstürzenden Reformen herabgesetzt haben werden, dann dürfte es schwerfallen, solche Reformen wieder zu beseitigen. *Dieser Index wird sich als das dauerhafteste, eindringlichste aller antikapitalistischen Monumente erweisen.*

Aber noch aus einem anderen Grund müssen wir jetzt schon den in Rede stehenden Index schaffen. Es kommt einst der Tag, wo wir die Macht an uns „reißen“ werden. Dann werden wir für rasche, in die Augen klatschende Erfolge sorgen müssen, wenn wir nicht ins Zuchthaus und an den Galgen wandern wollen. Die „große Masse“, die uns die Macht ausliefert und sie stützen muß, ist urteilslos, wetterwendisch, verräterisch. Sie hat für Theorien keinen Sinn, und Schlagworte haben in der Physiokratie ebensowenig Platz wie in der Naturwissenschaft, von der sie einen Zweig bildet. Die Gefahr ist groß, daß die Vorhut der Kapitalisten, die Sozialdemokraten, uns überfallen und erschlagen werden (siehe München), denn die sozialdemokratischen Bonzen werden durch uns ebenso erledigt werden wie die Kapitalisten. In der physiokratischen Ordnung ist weder für Kapitalisten noch für Bonzen Raum. Und keine Lebenslage schafft blutdürstigere Stimmung als die Lagen des aufs Trockene gesetzten Schmarotzers. Der politische Bonze, bereits mit gemeiner Gesinnung geboren, kocht vor Wut und Gift, wenn er als überflüssig bezeichnet wird. Nun ist es so, daß unsere Mühlen zwar sicher aber doch langsam mahlen, langsam im Vergleich mit der fieberhaften Tätigkeit, die unsere Gegner entfalten werden. Freiland, wenn wir von einer Konfiskation des Grundbesitzes absehen müssen, sowie Freigeld brauchen Zeit, um sich voll auszuwirken. Und je unruhiger die Zeiten, um so ungeduldiger das Volk. In solcher Lage wäre es dann sehr schön, wenn wir bereits in 6 Monaten dem Volk nachweisen könnten, daß der Handelsprofitindex zugunsten des Reallohnes um 10 oder 20% gesunken ist und weiter sinkt. Zu diesem Nachweis brauchen wir jedoch den Vergleichspunkt, den heutigen Index der Handelsprofitrate, den man uns schwer nachträglich würde konstruieren und mit der nötigen Überzeugungskraft versehen können.

Wer also hilft, den Revolutionären solche Waffe für die Selbstverteidigung zu schaffen.

N. Z. der Arbeit

Veröffentlichung, Verlag und Erscheinen: Berlin S. W., Hofenstraße 40/41. Versand West Preußen 2024. Preis pro Nummer: 10 Pf., Berlin 5135. Druckverleger: G. Reimann & Co., Berlin. — Die für die Veröffentlichung unentgeltlich zugewandene Schriftleitung wird keine Haftung übernehmen. Die Verantwortlichkeit für die Inhaltlichkeit der Artikel liegt bei den Autoren und nicht bei der Schriftleitung. — Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

(Der neue Kurs)

Freiland ist die mathematische Formel des Freihandels und des Weltfriedens. Die großartigen Ausblicke, die der Freilandgedanke in dieser Hinsicht bietet, die werden wohl, denke ich, den auf dem Wege der Kompromisse zu gewinnenden schmutzigen Stimmzettel stumpfer Massen, verblödeten Philister aufwiegen. Wir werden, wenn wir rücksichtslos unsere Forderungen stellen, auch ohne das Stimmvieh zum Ziele kommen. Wir sind Pazifisten, ganz gewiß sind wir es. Aber das sagt nicht, daß wir keine anderen Mittel anerkennen als den Stimmzettel, dieses verlogene, korrumpierte, unwirksamste aller Kampfmittel.

4. Jahrgang, 1925 / Nr. 1

3. Februar-Nummer

Preis: 15 Pfennig

Freiland, der Prüfstein!

Wer darum allen Menschen das gleiche, unveräußerliche Recht auf den Boden und die Schätze dieser Erde zuerkennt, der muß bei der Forderung „Freiland“ bleiben. Privatrechte auf den Boden und Freiland, Grundrenten und das Recht auf den vollen Arbeitsertrag schließen sich absolut aus. Jeder, auch der kleinste Kompromiß führt zur Korruption des fruchtbarsten, großartigsten Gedankens, der je ein Menschenherz bewegt hat. Wir verschnöden *Moses*, wir verhunzen das Andenken *Henry Georges*, wir versinken in den Morast der *Damaschkiden*, wir verlieren alle Werbekraft bei allen entschiedenen Vertretern der freiwirtschaftlichen Forderungen und ersetzen sie durch lahme, geistlose „Anhänger“, unehrliche Streber, wenn wir die geringste Einschränkung des Freilandgedankens dulden.

Makellos wie die Jungfrau *Maria*, so soll der Freilandgedanke bleiben. Den kühnsten, den hoffnungsvollsten Ausdruck des Freilandgedankens, die Verneinung der Souveränitätsrechte auf den von den einzelnen Völkern besetzten Boden, geht uns verloren, wenn wir die geringste Einschränkung unserer Hauptforderung dulden.

Freiland ist die mathematische Formel des Freihandels und des Weltfriedens. Die großartigen Ausblicke, die der Freilandgedanke in dieser Hinsicht bietet, die werden wohl, denke ich, den auf dem Wege der Kompromisse zu gewinnenden schmutzigen Stimmzettel stumpfer Massen, verblödeten Philister aufwiegen. Wir werden, wenn wir rücksichtslos unsere Forderungen stellen, auch ohne das Stimmvieh zum Ziele kommen. Wir sind Pazifisten, ganz gewiß sind wir es. Aber das sagt nicht, daß wir keine anderen Mittel anerkennen als den Stimmzettel, dieses verlogene, korrumpierte, unwirksamste aller Kampfmittel.

Den Freilandgedanken kann man nicht durch das Studium dicker Bücher fassen. Er bleibt denen ewig unfaßbar, die nicht mit ihm geboren werden. *Moses* in Ägypten hatte sicher keine freiwirtschaftliche Schrift gelesen.

Wenn wir auf Schwierigkeiten bei der Werbung stoßen, so liegt das daran, daß so wenig freie Menschen geboren werden. Einem Volk, das seit Jahrhunderten wie das Stallvieh auf den Gütern, als Leibeigene gezüchtet worden ist, wo der Ausleseprozeß ganz gesetzmäßig die Freien ausmerzte (zum Glück sorgte das Recht der ersten Nacht für Blutauffrischung, sonst wären wir am Ende vollkommen zum Lasttier hinabgesunken), bleibt dem Freilandgedanken schwerer zugänglich, als den Negern und Atchinesen. Wie die Mastgans im Herbst blinzelnd den am Himmel dahinziehenden wilden Gänsen nachschaut und es nicht einmal mehr zu einem Seufzer bringen kann, so hören die Philister das Wort Freiland und können sich nichts dazu denken.

Freiland ist der Prüfstein freiwirtschaftlichen Denkens. Freigeld ist kein angeborener Gedanke. Dem geborenen Diener, dem kümmerlichsten, kleinlichsten, niedrigsten Geist kann sich der Freigeldgedanke erschließen. Es ist mehr ein Kniff, eine Erfindung als ein Gedanke.

Wer darum für die Freiwirtschaft werben will, der beginne mit Freiland. Hier kann gleich das Korn von der Spreu gesondert werden. Man gewinnt so Männer, die auch in gefährlicher Zeit zur Sache stehen, und verliert keine Zeit mit der Werbung von Männern, die, ehe der Hahn kräht, die Freiwirtschaft drei mal ver-raten haben. So laßt uns also sagen und so es behaupten: Die Erde ist unser.

Und wenn wir dann fest auf unserem Sinne beharren, dann zwingen wir die Welt in unsere Bahn. Und schließlich, wer Großes will, der darf die Tage und die Jahre nicht zählen.



Sonderbeilage

N.Z. der Arbeit, Berlin C 54

Nr. 31 • 1925

Freiwirtschaftliche Friedenspolitik

Das größte Hindernis für den internationalen Frieden bildet die ungelöste Währungsfrage. Nur wenige haben eine Ahnung davon, wie tiefgreifend die Währungsfrage von jeher und namentlich in den letzten Jahrzehnten die internationalen Beziehungen der Staaten beeinflusst hat, wie viel Kriege in den wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Verhältnissen, die die unbeantwortete Währungsfrage auslöste, ihre letzten Beweggründe haben. Der Schutzzoll, der Gedanke des geschlossenen Handelsstaates, der imperialistische Gedanke – Gedanken sind es, die mit der Wirtschaftskrise, mit dem Defizit im Staatshaushalt, mit den Streiks und sozialen Kämpfen kommen und gehen. Der Staatsmann, der sich verantwortlich fühlt für das Wohlergehen seines Volkes, der kommt, wenn er die Verheerungen der Wirtschaftskrisen beobachtet und wenn er keine besseren Erkenntnisse hat, immer zwangsläufig auf den Gedanken des Schutzzolles. *Baldwin* in England ist ein Beispiel dafür. Die Schutzzollpolitik, die in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts sich wie eine Pest über die ganze Welt ausbreitete, war ein unmittelbares Produkt des damals herrschenden chronischen Krisenzustandes. Deutschland, das am ärgsten darunter zu leiden hatte, ging mit der Schutzzollpolitik voran. Alle anderen folgten bis auf England, das seines größten industriellen Vorsprunges wegen nicht so schwer zu leiden hatte. Aber Vorstöße in der Richtung des Schutzzolles sind in England immer wieder gemacht worden. Beweis dafür, wie die inneren Zustände den Gedanken des Schutzzolles immer wieder automatisch auf Tapet bringen. Jetzt haben ja zum Glück die Schutzzöllner in England wieder eine Niederlage erlitten. Aber lange darf der jetzige Zustand in England, darf das Elend der Arbeitslosigkeit nicht mehr anhalten, sonst verlieren auch in England die schönsten Freihandelsargumente alle Zugkraft.

Der Krisenzustand, der die Stimmung für den Schutzzoll überall aufkommen ließ, war die natürliche und notwendige Folge des allgemeinen Preisrückganges, der mit der Einführung der Goldwährung in Deutschland einsetzte und der sich mit der Verallgemeinerung der Goldwährung zur Welterscheinung entwickelte.

Die Krise, die England heute durchmacht, ist zurückzuführen auf die dort seit 1920 betriebene Deflationspolitik, die nicht nur auf die Preise drückt, sondern auch Grund zur Befürchtung eines weiteren, bodenlosen Preisrückganges gibt. In Amerika stieg die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1925 auf über fünf Millionen, als auch dort Deflationspolitik betrieben wurde. Die Arbeitslosigkeit kippte fast plötzlich in das Gegenteil um, als die Deflationspolitik aufgegeben wurde. Überhaupt ist der innere Zusammenhang zwischen Preisrückgang und Krise durch so viele Beispiele aus der alten wie neuen Geschichte dokumentiert, daß kein Raum für Zweifel mehr vorhanden ist. Um so rätselhafter ist es, daß man in England jetzt noch nach drei Jahren der furchtbarsten Arbeitslosigkeit immer noch nach Gründen für die Erscheinung sucht, und man dort so oft der Meinung begegnet, daß der Friedensvertrag die wahre Ursache der herrschenden Krise und Arbeitslosigkeit sei. Der Freiwirtschaftsbund hat diese Ansicht über die Ursachen der Krise in England von Anfang an bekämpft, obschon jeder weiß, daß die in England herrschende Stimmung für eine Revision des Vertrages von Versailles im deutschen Sinne in der Hauptsache dieser Ansicht entspringt. Uns erscheint aber die Richtigstellung der Ansichten über die Ursachen der Wirtschaftskrisen wichtiger als eine Revision des Vertrages, die uns weiter nichts bringen kann als einen Schulderlaß von einer Reihe von Milliarden. Unzählige Milliarden haben uns die Wirtschaftskrisen gekostet, unzählige Milliarden werden wir ersparen, wenn die Erkenntnis der Ursache dieser Erscheinung uns in den Stand setzt, erfolgreiche Maßnahmen zu ihrer Verhütung zu ergreifen. Und außerdem, wenn uns die Entente die Schuldenlast erleichtern will, so soll sie das nicht aus anderen Rücksichten tun, als aus dem der Menschlichkeit. Wenn in England einmal wieder der allgemeine Wohlstand sich breit macht, wenn sich in Frankreich auf den Ruinen der zerstörten Städte wieder fröhliches Leben entwickelt und man sich dort sicher weiß vor feindlichen Überfällen, dann, aus einem Gefühl der Kraft des Übermutes und eigener Macht heraus, mag uns die Entente einst bei Gelegenheit eines Weltfriedensfestes den Rest der Schuld erlassen, und solche Geste werden wir mit Freude und Stolz entgegennehmen. Heute aber liegt uns wenig daran, daß man uns einige Milliarden erläßt, als daß die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt werde, denn nur so können wir hoffen, daß der Schutzzollgedanke keine weiteren Fortschritte machen wird, daß er vor dem Freihandelsgedanken die Waffen strecken wird.

Wenn wir uns von der Besetzung befreien wollen, so müssen wir zahlen. Um zu zahlen, müssen wir Waren ausführen und um Absatz für diese Waren zu lohnenden Preisen zu erzielen, muß die Weltwirtschaft in Vollbetrieb gesetzt, muß der Weltwohlstand wiederhergestellt werden. Der Vollbetrieb der Weltwirtschaft ist unverträglich mit dem Schutzzollsystem, das mit dem Aufkommen von Wirtschaftskrisen sich immer als das erste Mittel erweist, an das die kleinen Geister denken,

die für die Erscheinungen der Wirtschaftskrisen keine andere Erklärung haben, als die, daß die Preise infolge der ausländischen Konkurrenz sinken und somit der Betrieb nicht mehr lohnt, daß man daher die ausländische Konkurrenz durch Abwehrzölle fernhalten muß. Der Schutzzoll macht aus den einzelnen Staaten geschlossene, nationale Wirtschaftsgebiete, die, da sie naturgemäß immer zu klein für den Weltgeist der Unternehmer erscheinen, regelmäßig dahin führen, daß man auf dem Wege der Eroberung, der imperialistischen Politik, der Kolonialpolitik stückweise, mit Gewalt das zurückzuerobern sucht, was man vorher besaß, was man aber leichtfertigerweise durch die Zollpolitik von sich abgestoßen hatte. Mit dem Freihandel verfügt jeder Europäer, jeder Amerikaner, jeder Japaner ohne jede Eroberung über die ganze Welt, und weil er diese Welt nicht der Gewalt verdankt, braucht er auch nicht zu befürchten, daß sie ihm durch Gewalt entrissen werden wird. Er fühlt sich darum frei und sicher. Dieses Sicherheitsgefühl, das aus der Natur der Dinge wächst, enthebt ihn der Notwendigkeit, sich durch den Anschluß an ein Staatsgebilde, an ein „nationales Wirtschaftsgebiet“ kümmerliche Entschädigung für den Verlust der Weltkugel zu suchen. Mit dem Schutzzoll wird jedem Menschen ein Panzer angelegt, der ihn zu ersticken droht, den er darum mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln des Krieges zu sprengen suchen wird. Solche durch den Zollpanzer sich bedroht und bedrückt fühlenden Unternehmer und Handelsleute nennt man dann Imperialisten. Der imperialistische Gedanke liegt also nicht im Menschen, sondern im Zollsystem. Hätte es niemals Zollgrenzen gegeben, so hätte es auch niemals Imperialisten gegeben. Die natürlichen und urgesunden imperialistischen Gedanken des nach dem Besitz der Weltkugel strebenden Menschen sind im Freihandel voll und ohne jede Gewalt verwirklicht.

Der heutige gefährliche Imperialismus ist eine Nebenerscheinung des Schutzzolles, und diesem Imperialismus schreibt man es zu, daß so viele Kriege in den letzten Jahrzehnten ausgebrochen, daß so viele Kriege in Vorbereitung sind. Ich erinnere hier an den furchtbaren, entsetzlichen Krieg, an den Rassekrieg, den die amerikanische Mongolenpolitik vorbereitet. Wir sehen alle das Unglück kommen. Es mag sich noch um 10, um 20 Jahre handeln, aber das Unglück kommt mit tödlicher Sicherheit, wenn in Amerika keine andere Stellung zum Gedanken des geschlossenen Handelsstaates, des nationalen Wirtschaftsgebietes, des Schutzzolles genommen wird. Wie können wir aber in Deutschland die Reparationen zahlen, wenn in 10 oder in 20 Jahren der Weltfrieden wieder in seinen Grundfesten durch einen Krieg zwischen der weißen und mongolischen Rasse erschüttert wird?

Wir sehen hier, welche gewaltige Rolle die Krisen und die Beurteilung ihrer Ursachen für das Geschick der Menschheit haben. Sein oder Nichtsein des Menschengeschlechtes ist hier aufs Spiel gesetzt. Für uns in Deutschland aber hat die Frage noch die besondere, unmittelbare Bedeutung, daß wir uns niemals von dem

Drucke der Besetzung befreien werden, wenn durch die Krisen die Schutzpolitik gefördert und uns so der Export der für die Reparationen nötigen Warenmengen erschwert oder unmöglich gemacht wird.

Wir erklären darum, daß der gute Wille zu zahlen, die Beteuerung, daß wir das harte Londoner Diktat buchstäblich erfüllen wollen, inhaltslose Worte bleiben, wenn die Wirtschaftskrisen und die aus ihnen hervorgehende Schutzzollpolitik und imperialistische Politik mit den dazugehörigen Kriegen die wirtschaftlichen Vorbedingungen für die Erfüllung zerstören. Wir betteln nicht um eine Herabsetzung der Reparationssumme. Wir fordern nicht die Abberufung der militärischen Besetzung als Vorbedingung, wie sehr wir auch die möglichst baldige Zurückrufung der Truppen mit jeder Faser des Herzens herbeisehnen, wir stellen nur eine Bedingung: den Vollbetrieb der Weltwirtschaft, den vollen, tiefen Völkerfrieden, den Weltfrieden.

Und zu diesem Weltfrieden gelangen wir durch den Freihandel, durch den Weltfreihandel, durch die allmähliche oder schnelle Abtragung der Zollgrenzen, die wieder nichts anderes fordern als den Schutz vor Wirtschaftskrisen, den uns die endgültige Lösung des Währungsproblems liefern wird.

Der Wert der Sowjetstatistiken

Talleyrand, der Vielgewandte, hat in einem Anfall von Offenherzigkeit einmal gesagt, es gebe drei Arten von Lügen, die gemeine Lüge, die Notlüge und Statistik. An dieser wenig schmeichelhaften Einschätzung der Statistik hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegenteil, je schärfer und eindeutiger sich die modernen Staatengebilde zu Instrumenten der Volksausbeutung entwickelten, desto wichtiger wurde die Rolle der Statistik in dem ungeheuren staatlich aufgezogenen Verdummungsapparat, der das gesamte öffentliche und private Leben bis in die feinsten Kanäle durchdringt. Es gibt schlechterdings nichts, was nicht mit Hilfe von Statistiken bewiesen werden könnte. Sie sind ebenso geduldig, wie das Papier, auf dem sie gedruckt werden. Mit der Statistik kann jede Regierung beweisen, daß ihre Untertanen die bestregiertesten, gebildetsten und zufriedensten Bewohner des Erdballes sind, in der Statistik wird dem Proletarier eine märchenhafte Ziffer von „Volksvermögen“ vorgeführt, wird ihm bewiesen, daß sich auch sein Einkommen gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gebessert habe. Leider nur auf dem Papier. Und schade, daß niemand von all diesen schönen Berechnungen satt wird.

Eine ganz besondere Vorliebe für die Statistik hat die Sowjetregierung. Man wird keine russische Wirtschaftszeitschrift, kein Handbuch oder ähnliche Veröf-

fentlichung durchblättern können, ohne auf seitenlange statistische Tabellen, Kurven und Diagramme offiziösen Ursprungs zu stoßen. Auf allen Ausstellungen und Kongressen, die die Sowjetregierung beschickt, wimmelt es von Karten und Schaubildern. Und all die ungeheure Arbeit hat natürlich nur eine Tendenz: zu beweisen, daß Sowjetrußland ein Musterstaatswesen ist. Es fragt sich nur, wie lange diese Methode wirkt. Allzu viel ist ungesund. In allen Dingen. Und es ist bezeichnend, daß selbst das offizielle Moskauer Wirtschaftsorgan „Ekonomitnheskaja Shisn“ eingesehen hat, daß auf dem Gebiete der Statistik zu viel des Guten geschieht. In der Nummer vom 23. Juni d. J. wird mit deutlichen Worten gegen die „Überschwemmung“ mit Statistiken protestiert. In einem Jahre hat die ökonomische Abteilung des Obersten Rates für Volkswirtschaft allein 12 000 verschiedene Plakate statistischen Inhalts mit 1 Millionen Zahlen hergestellt!

Und der Wert, die praktische Brauchbarkeit dieser Zahlenüberschwemmung? Nun, lassen wir, da man unser Urteil möglicherweise als befangen ablehnen könnte, da wir weder Kommunisten noch Untertanen der Sowjetunion sind, einen anerkannten alten russischen Statistiker, *J. Wegner sen.*, reden, der seine wissenschaftliche Tätigkeit auch nach dem Umsturz ungehindert fortsetzte und bei der Sowjetregierung volles Vertrauen genießt. Der kommt in Nr. 2/1925 der halboffiziellen Zeitschrift „Sozialistische Wirtschaft“ zu folgendem vernichtenden Urteil über den Wert der Statistik im heutigen Rußland:

„Wir haben eine falsche Statistik; eine falsche Methode der Berechnung und Analyse und direkt falsche und widerspruchsvolle Angaben. Wir verstehen ferner nicht die Statistik zu benutzen; den statistischen Feststellungen gegenüber verhalten wir uns unkritisch, wir ziehen willkürliche Schlußfolgerungen, wir verstehen nicht die Zahlen zu analysieren. Es muß festgestellt werden, daß es nicht nur um die Statistik jämmerlich bestellt ist, sondern daß sie direkt ein Elend für die Sowjets bedeutet.“

Es ist eigenartig, alles, was der Zwangsstaat, ganz gleich ob proletarischer oder antiproletarischer Tendenz, in seine schmutzigen Finger nimmt, verdirbt, wird wertlos und unbrauchbar für den Menschen, der die Wahrheit sucht. Aber alles Herumdoktern an den Symptomen ist zwecklos. Erst mit dem Untergang des Zwangsstaates werden alle diese Dinge, auch das „Elend der Statistik“, verschwinden.

S.

Animierkneipe für höhere Zölle

Zur Neubesetzung des Reichswirtschaftsministeriums

Das Reichswirtschaftsministerium ist eine Institution, geschaffen, um ein ganzes Volk zu vergiften. Was wollen die Männer aus dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft im Vorzimmer des Reichswirtschaftsministers? Ach, sehr einfach ist alles, was dort besprochen wird. „Eine Animierkneipe für höhere Zölle“, das ist das Reichswirtschaftsministerium. (So wurde es im Reichstag auch einmal bezeichnet). Abbauen, abbauen, das ist das einzige, was man hier sagen kann.

Den Staat treibt es, wie jede Organisation, zur Entwicklung seiner selbst. Er strebt danach, sich immer unentbehrlicher zu machen. Der ehrgeizige Beamte, der innerhalb seines kleinen Ressorts keinen Wirkungskreis findet, sucht selbstverständlich diesen Wirkungskreis zu erweitern. Natürlich ist das beim Reichswirtschaftsminister auch der Fall. Er sucht daher alle Dinge zu verwirren, undurchsichtig zu machen, um dann die selbstgeschaffenen gordischen Knoten zerhauen zu können und zu zeigen, wie unentbehrlich er ist. Kein Reichswirtschaftsminister wird jemals Interesse am Freihandel bekunden, nein, keiner hat jemals auch nur daran gedacht, den Ast abzusägen, auf dem er sitzt. Der Reichswirtschaftsminister betreibt Schutzzollpolitik, die Politik, die unser Volk verdorben, verhetzt, mit der ganzen Welt verfeindet, uns den Krieg, mit der ganzen Welt gebracht hat. Wir müssen dieses Ministerium abbauen, spurlos abbauen. Den Staatsbetrieb scharf von allen Privatinteressen auch ohne den Staat zu vertreten. Schalten wir den Staat vollkommen aus Handel und Wandel aus, so werden sich die Gewerbetreibenden zusammenschließen (Handelskammern), um alles das zu tun, was der Einzelne nicht allein tun kann. Ist kein Reichswirtschaftsministerium mehr da, so sind auch keine Vorrechte mehr zu verschenken. Die agrarischen Gelüste, die sich in dem Verlangen nach immer höher zu schraubenden Zöllen äußerten, können nirgends mehr lokalisiert werden. Umstellt von Räubern und Dieben, konnte der Reichswirtschaftsminister niemals sachliche und vom Allgemeinwohl diktierte Wirtschaftspolitik treiben. Und wenn er sie hätte treiben wollen, so hätte er bald gefunden, daß er dann gehen und den Handel der Freiheit überlassen müßte.

